

Elisabeth Huber

ARMUT UND UMWELTSCHUTZ

Potenziale und Barrieren
im urbanen Raum Westafrikas

[transcript] Kultur und soziale Praxis

Elisabeth Huber
Armut und Umweltschutz

Kultur und soziale Praxis

Elisabeth Huber (Dr. phil.), geb. 1983, ist wissenschaftliche Mitarbeiterin im Forschungsdatenzentrum Qualiservice an der Universität Bremen. Die Sozial- und Kulturanthropologin promovierte an der Universität Wien und hat an der Freien Universität Berlin zu Emotionen und Forschungsdatenmanagement geforscht.

ELISABETH HUBER

Armut und Umweltschutz

Potenziale und Barrieren im urbanen Raum Westafrikas

[transcript]

Die Forschungsaufenthalte in Mali und Burkina Faso wurden durch das Marietta Blau-Stipendium der OeAD-GmbH, finanziert aus Mitteln des österreichischen Bundesministeriums für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft (BMFWF), ermöglicht.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.



Dieses Werk ist lizenziert unter der Creative Commons Attribution 4.0 Lizenz (BY). Diese Lizenz erlaubt unter Voraussetzung der Namensnennung des Urhebers die Bearbeitung, Vervielfältigung und Verbreitung des Materials in jedem Format oder Medium für beliebige Zwecke, auch kommerziell.

(Lizenztext: <https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>)

Die Bedingungen der Creative-Commons-Lizenz gelten nur für Originalmaterial. Die Wiederverwendung von Material aus anderen Quellen (gekennzeichnet mit Quellenangabe) wie z.B. Schaubilder, Abbildungen, Fotos und Textauszüge erfordert ggf. weitere Nutzungsgenehmigungen durch den jeweiligen Rechteinhaber.

Erschienen 2020 im transcript Verlag, Bielefeld

© Elisabeth Huber

Umschlaggestaltung: Maria Arndt, Bielefeld

Umschlagabbildung: Elisabeth Huber, 2011, CC BY

Druck: Majuskel Medienproduktion GmbH, Wetzlar

Print-ISBN 978-3-8376-5116-4

PDF-ISBN 978-3-8394-5116-8

<https://doi.org/10.14361/9783839451168>

Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier mit chlorfrei gebleichtem Zellstoff.

Besuchen Sie uns im Internet: <https://www.transcript-verlag.de>

Unsere aktuelle Vorschau finden Sie unter
www.transcript-verlag.de/vorschau-download

Inhalt

Abbildungs- und Tabellenverzeichnis	9
Verzeichnis der Abkürzungen	11
Danksagung	15
1. Einleitung	17
1.1. Einführung in die Forschungsfrage	17
1.2. Umweltbewusstsein und Umwelthandeln	24
1.2.1. Umweltbewusstsein und Wohlstand der Bevölkerung	26
1.2.2. Die »traditionellen« Umweltethiken der »Armen«	28
1.2.3. Umweltverschmutzung als Form des politischen Handelns	30
1.3. Forschungsdesign	32
1.4. Einteilung	35
2. Armut: Konzept und Theorien	39
2.1. Armut im historischen Wandel	39
2.2. Quantitative Armutsmessungen	43
2.3. Multidimensionale Armutsmessungen	46
2.4. Armut als Fehlen von Verwirklichungschancen	49
2.5. Afrikanische Theorieansätze zu Armut	55
2.6. Solidaritätsstrategien zur Bekämpfung von Armut	59
2.7. Staatliche und internationale Maßnahmen zur Armutsreduktion	65
2.8. Handlungstheoretische Aspekte: Ressourcen und Wissen	68
3. Umwelt: Konzept und Theorien	73
3.1. Natur und Umwelt: Erste Begriffsklärungen	73
3.2. Die Wahrnehmung der Umwelt	76
3.3. Umweltbewusstsein und Umweltethik	83
3.4. Umweltverschmutzung und Umweltrisiken	87
3.5. Das Konzept der Umweltgerechtigkeit	94

3.6.	Traditionelle und kulturelle Wahrnehmung der Umwelt in Westafrika	96
3.7.	Dimensionen von Umwelt in westafrikanischen Städten	103
3.7.1.	Umwelt im privaten Raum.....	104
3.7.2.	Das unmittelbare Wohnumfeld: »six mètres«	106
3.7.3.	Umwelt im öffentlichen Raum	107
3.8.	Umweltbildungsmaßnahmen in Bamako und Ouagadougou	109
3.9.	Handlungstheoretische Aspekte: Kulturelle Schemata und Normen	113
4.	Geschichte und Theorie des urbanen Raums in Westafrika	119
4.1.	Historische Aspekte der Stadtplanung in Westafrika	119
4.1.1.	Koloniale Stadtplanung	119
4.1.2.	Stadtplanerische Maßnahmen nach der Unabhängigkeit	123
4.1.3.	Das heterogene Stadtbild heutiger westafrikanischer Städte.....	126
4.2.	Wohnen in der Stadt	130
4.2.1.	Infrastruktur der Abfall- und Abwasserbehandlung.....	130
4.2.2.	Zugang zur Abfall- und Abwasserentsorgung	134
4.2.3.	Kosten der Abfall- und Abwasserentsorgung	136
4.3.	Handlungstheoretische Aspekte: Handeln und Technik	142
5.	Das Konzept des urbanen Lebensstils.....	151
5.1.	Das »Recht auf die Stadt« im afrikanischen Kontext.....	151
5.2.	Urbanität als Modernität	157
5.3.	Handlungstheoretische Aspekte: Routinen im Kontext sozialen Wandels.....	163
6.	Methode und Vorgehensweise bei der empirischen Forschung	169
6.1.	Darstellung des Forschungsfeldes	169
6.2.	Darstellung der Forschungsannahmen.....	174
6.3.	Reflexion über die Forschungsinstrumente.....	178
6.4.	Positionierung im Forschungsfeld	189
6.5.	Datengrundlage der Forschung in Bamako und Ouagadougou.....	194
6.6.	Auswertung und Interpretation der empirischen Daten	195
7.	Umfassende Darstellung der Forschungsergebnisse	199
7.1.	Wohnverhältnisse.....	199
7.1.1.	Die Abfall- und Abwasserbehandlung in Bamako und Ouagadougou	199
7.1.2.	Wohnbedingungen und umweltgerechtes Verhalten	203
7.1.3.	Dimensionierung und Nutzung der sanitären Infrastruktur	208
7.1.4.	Die Kostenfrage als Streitpunkt zwischen MieterInnen und VermieterInnen	211
7.2.	Zahlungsfähigkeit und Zahlungsbereitschaft	214
7.2.1.	Die »fehlende Zahlungsmoral«	214
7.2.2.	Subventionen, die nicht wirken.....	219
7.2.3.	Schwierigkeiten bei der Durchsetzung von Abfallsammelgebühren	221
7.2.4.	Sparvermögen und Services	227
7.2.5.	Familiäre Unterstützung.....	233
7.2.6.	Prioritäten für die Verwendung des Haushaltseinkommens	237

7.3.	Die echten Kosten	249
7.3.1.	Aktuelle Herausforderungen	249
7.3.2.	Die Stadtverwaltung: Ein (un-)verantwortlicher Akteur	251
7.3.3.	Abhängigkeit von internationaler Entwicklungshilfe	254
7.3.4.	Korruption als eigenes Problem	258
7.4.	Ehrenamtliches Engagement für den Umweltschutz	260
7.5.	Umweltbewusstsein und unterschiedliche Umweltdiskurse	265
7.5.1.	Vorstellungen von Schmutz und Umweltschutz	265
7.5.2.	Das Umweltbewusstsein der »Armen« nach den ExpertInnen	271
7.5.3.	Armutsreduktion versus Umweltschutz	275
7.5.4.	Umweltverschmutzung als Problem der »Weißen«	278
7.6.	Conclusio: Armut und umweltgerechtes Verhalten	281
7.6.1.	Die Ursachen für Armut	281
7.6.2.	Die relative Armut in der Stadt	283
7.6.3.	Von der Abfall- und Abwasserbeseitigung zur Siedlungshygiene	285
8.	Zusammenfassende Darstellung und Ausblick	291
9.	Bibliographie	303
	Anhänge	333
	Anhang 1: Liste der Interviews.....	333
	Anhang 2: Interviewleitfäden	338
	Anhang 3 : Zitate	345
	Anhang 4: Zusammenfassung	362
	Anhang 5: Abstract	363
	Anhang 6 : Résumé	364

Abbildungs- und Tabellenverzeichnis

Abbildung 1: »Capability Set« und Kontextfaktoren.....	52
Abbildung 2: Räumliches Konzept des Dorfes und seiner Umwelt bei den Bambara	97
Abbildung 3: Mehrebenenmodell von technologischer Entwicklung	148
Abbildung 4 (Tabelle): »Settled Culture and Unsettled Culture«	166
Abbildung 5: Monatliche Einnahmen-Bilanz von zwei 9-Personen Haushalten in Ouagadougou (in CFA)	229
Abbildung 6: Monatliche Ausgaben-Bilanz von zwei 9-Personen Haushalten in Ouagadougou (in CFA)	231
Abbildung 7: Prioritätenpyramide laufender Haushaltsausgaben	237
ExpertInneninterviews in Bamako, Mali	333
ExpertInneninterviews in Ouagadougou, Burkina Faso.....	334
Einzelinterviews mit Haushaltsvorständen bzw. deren Frauen in Bamako, Mali	335
Einzelinterviews mit Haushaltsvorständen bzw. deren Frauen in Ouagadougou, Burkina Faso	335
Fokusgruppeninterviews in Bamako, Mali	337
Fokusgruppeninterviews in Ouagadougou, Burkina Faso	337

Verzeichnis der Abkürzungen

BEPC Brevet d'Études du Premier Cycle du second degré, ein Diplom im französischen Bildungssystem nach dem Abschluss der achten Schulstufe.

CFA CFA-Franc, Währung der Westafrikanischen Wirtschafts- und Währungsunion, 1.000 CFA entsprechen 1,52 Euro.

COFESFA »Coopérative des Femmes pour l'Education à la Santé Familiale et l'Assainissement«, Frauenkooperative zur Verbesserung der Siedlungshygiene in Bamako.

COGEVAD »Comité de Gestion et de Valorisation des Déchets«, Komitee für das Management und die Wiederverwertung von Abfällen in Bamako.

COPIDUC »Comité de Pilotage des Déchets Urbains en Commune IV«, Steuerkomitee für städtische Abfälle der Kommune vier in Bamako.

DNACP »Direction Nationale de l'Assainissement et du Contrôle des Pollutions et des Nuisances«, Behörde für Abfallwirtschaft und Siedlungshygiene in Mali.

FAO Food and Agriculture Organization of the United Nations.

GIE »Groupements d'Intérêt Économique«, Steuerbegünstigte Kleinunternehmen, die seit 1991 in der Abfallsammlung tätig sind.

MDG Millennium-Entwicklungsziele der Vereinten Nationen.

ONEA »Office National de l'Eau et de l'Assainissement«, Behörde für Wasserversorgung und Siedlungshygiene in Burkina Faso.

Verzeichnis einiger Begriffe

Celibatorium: Kleine ein- bis zwei-Zimmerwohnungen, welche um einen Hof gruppiert sind und für junge alleinstehende Männer vorgesehen sind.

Concession: Grundstück mit mehreren, um einen Hof gruppierten, Gebäuden, das von einer Mauer umschlossen wird.

Grin: Zusammentreffen von Gleichaltrigen zum Tee und Gespräch.

Griot/Griotte: Angehörige/r der Berufsgruppe der SängerInnen, DichterInnen und MusikerInnen in Westafrika. Griots und Griottes erfüllen darüber hinaus die Funktion als historische WissensträgerInnen (Genealogien, etc.).

Naaba: Traditionelle Autoritäten in der Gesellschaft der Mossi in Burkina Faso.

Réserve: Schutzgebiet in Ouagadougou, eine unbebaute und nicht erschlossene Fläche, die bisher nicht als Siedlungsfläche diente, aber in naher Zukunft für die Errichtung öffentlicher Infrastruktur wie Schulen, Krankenhäuser, Märkte, Fußballplätze, etc. verwendet werden soll. Solche Schutzgebiete werden in Bamako (Mali) auch als »domaine de l'Etat« bezeichnet.

Six Mètres: Unmittelbares Wohnumfeld, in Anspielung auf die sechs Meter breiten Straßen, welche die französische Kolonialregierung in den Städten errichten ließ.

Tontine: Traditioneller Spar- und Kreditverein.

Danksagung

Mein besonderer Dank geht an Prof. Dr. Famagan-Oulé Konaté, Dr. Gaoussou Traoré und Dr. Issa Sory für die wissenschaftliche und fachliche Beratung in Bamako und Ouagadougou. Ebenfalls danke ich Bamadou Sidibé vom Collectif des Groupements Intervenants dans l'Assainissement au Mali sowie Dr. Raymond Ouédraogo vom Institut de l'Environnement et de Recherches Agricoles in Ouagadougou dafür, dass sie für mich viele wertvolle Kontakte zu Institutionen und InterviewpartnerInnen hergestellt haben.

Meinen Gastfamilien in Bamako und Ouagadougou habe ich für die sprachliche, organisatorische und praktische Unterstützung im Forschungsalltag viel zu verdanken.

1. Einleitung

1.1. Einführung in die Forschungsfrage

Inwieweit Menschen sich einer Gefährdung der natürlichen Umwelt bewusst sind und umweltgerecht handeln, hängt von einer Vielzahl an Faktoren ab. Mangelndes Wissen, Armut und fehlende Handlungsspielräume werden generell als hemmende Faktoren für den Umweltschutz gesehen. Im urbanen Kontext sind die Zusammenhänge zwischen Armut und Umweltbelastungen besonders komplex, da verschiedenste gesellschaftliche, politische und ökonomische Gegebenheiten in einem relativ dicht besiedelten Raum zusammenwirken. Dies gilt insbesondere für Städte in westafrikanischen Ländern, wo sowohl ein hohes Bevölkerungswachstum als auch ein verstärkter Trend der Urbanisierung bemerkt werden können.

Interessant erscheint im Hinblick auf die zunehmende Bevölkerungsdichte und die stetig schwindenden Flächenressourcen in westafrikanischen Städten, welche Bedeutung einer sauberen Umwelt beigemessen wird. Stellen die BewohnerInnen der ärmeren, zum Teil informellen Viertel eine Verbindung zwischen der Wohnqualität und dem Umweltschutz her? Wird die Abfall- und Abwasserproblematik im urbanen öffentlichen Raum als Umweltverschmutzung wahrgenommen? Darüber hinaus haben in vielen westafrikanischen Ländern in den vergangenen Jahrzehnten grundlegende Änderungen der Organisation der öffentlichen Verwaltung stattgefunden. Wie haben sich die Dezentralisierungsprozesse, also die Übertragung von organisatorischen und finanziellen Kompetenzen auf die lokalen politischen EntscheidungsträgerInnen, auf die Abfallwirtschaft in den Städten ausgewirkt? Inwiefern werden die Stadtverwaltungen für unterlassene Maßnahmen in der Siedlungshygiene und Abfallwirtschaft von der Bevölkerung zur Rechenschaft gezogen?

Die Forschungsfrage beschränkt sich jedoch nicht nur auf die Analyse des Umweltbewusstseins der ärmeren städtischen Bevölkerung in Westafrika, sondern rückt auch deren Handlungsmöglichkeiten in den Fokus. Die aus dem Mangel an Arbeitsplätzen resultierenden prekären Einkommensverhältnisse sind hierfür höchst bedeutsam, denn sie sind oft der Grund für den fehlenden Zugang zu umweltbezogenen Dienstleistungen und sanitärer Infrastruktur. Welche Prioritäten setzen ärmere Familien, wenn sie über die Verwendung ihrer finanziellen Ressourcen entscheiden? Welche Auswirkungen hat

der tatsächliche bzw. der subjektiv empfundene Geldmangel auf die Entsorgung von Abfällen und Abwässern? Und wie reagieren die Menschen auf die Entstehung von wilden Mülldeponien oder die Kontaminierung des Grundwassers?

Diese Forschung knüpft an bestehende wissenschaftliche Diskurse an und versucht gleichzeitig, neue Perspektiven zu eröffnen, wobei zwei Forschungsbereiche, die im Allgemeinen bisher getrennt betrachtet wurden, hier vernetzt erforscht werden. Beide Forschungsfelder – sowohl die Umwelt- als auch die Armutsforschung – haben differenzierte Theorien und Instrumente entwickelt, um die vielfältigen Erscheinungsformen von Mensch-Umwelt-Beziehungen und Armut zu beschreiben und zu erklären. Aus einem kultur- und sozialanthropologischen Zugang, der sich durch seine Offenheit und Reflexivität sowie die Berücksichtigung der Verschränkung von lokalen und globalen Prozessen auszeichnet, können Zusammenhänge zwischen der Armuts- und der Umweltproblematik aufgedeckt werden. Obwohl ich mich in diesem Buch vor allem mit Armut und umweltbezogenem Handeln befasse, beschränkt sich der theoretische Rahmen nicht auf diese beiden Konzepte. Es sollen auch komplementäre oder alternative Erklärungen berücksichtigt und vorgestellt werden, welche im Kontext westafrikanischer Städte relevant sein könnten. Wie Wolfgang Sachs (1993) kritisiert, wurden strukturelle Faktoren, institutionelle Gegebenheiten oder globale Einflüsse in der Vergangenheit weitgehend außer Acht gelassen. Umweltzerstörung wurde ausschließlich mit den durch Mangel und Not gekennzeichneten Lebensbedingungen von Menschen erklärt.

In diesem Zusammenhang sind die Parallelen zwischen den Umweltdiskursen aus der Kolonialzeit und den Umweltdiskursen internationaler Umweltschutzorganisationen in den vergangenen Jahrzehnten von Interesse. Faktoren, die mit Armut verknüpft sind, wie hohes Bevölkerungswachstum oder kurzfristige Nutzenorientierung wurden in beiden Fällen als Ursachen für die Übernutzung von natürlichen Ressourcen und den Rückgang natürlicher Lebensräume gesehen. Während der Kolonialzeit wurden »primitive« indigene Formen des Bodenbaus wie der Brandrodungsfeldbau als Ursache für den Verlust von tropischen Wäldern in Westafrika verantwortlich gemacht (Bartlett 1956). Kultur- und sozialanthropologische Forschungen (Fairhead und Leach 1996; Leach und Mearns 1996) konnten in den 1990er Jahren allerdings aufzeigen, dass die bestehenden Waldflächen in Ländern wie Guinea oder Ghana nicht letzte Flecken unberührter Natur, sondern das Ergebnis von gezielten Aufforstungen waren. Trotzdem wurde in den Diskursen und Programmen von NGOs und Organisationen wie der Weltbank die Entwaldung in afrikanischen Ländern weiterhin als schwerwiegendes Problem thematisiert (Bassett und Zuéli 2000).

Die vorschnelle Verurteilung von traditionellen Umweltechniken hatte in den vergangenen Jahrzehnten auch das Verbot vermeintlich umweltschädlicher Praktiken und die Durchführung von Sensibilisierungsmaßnahmen zur Folge. Dadurch kam es zu einer Fragmentierung althergebrachter umweltrelevanter Kenntnisse, weshalb heute weniger traditionelle als hybride Wissensbestände handlungsleitend wirken (siehe Gordon und Krech 2012). Darüber hinaus haben in den postkolonialen afrikanischen Ländern politische Prozesse wie die Verstaatlichung und Privatisierung von Grund und Boden dazu beigetragen, dass die gemeinschaftliche Verwaltung von natürlichen Ressourcen

unterwandert wurde, wie dies Richard Moorehead (1989) am Beispiel der Nutzung von Weide- und Ackerland sowie Gewässern in Mali feststellen konnte.

Traditionelle kultur- und sozialanthropologische Ansätze wie die Kulturökologie, die von Julian Steward (1977) begründet wurde und die sich mit den Anpassungsmechanismen von relativ kleinen Gruppen an ihre natürliche Umgebung befasst, sind aus diesem Grund für meine Forschung über die Mensch-Umwelt-Beziehungen in Westafrika weniger geeignet. In diesem Buch verfolge ich einen Zugang, der sich stärker auf die Diskussion moderner Konzepte wie Umweltschutz, nachhaltiges Handeln und interdisziplinäre Ansätze der Umweltpsychologie und der urbanen Anthropologie bezieht.

Der Beitrag der Kultur- und Sozialanthropologie kann heute – abseits von jeglicher romantisierender Klassifizierung von Menschen in Entwicklungsländern als »ökologisch noble Eingeborene« (siehe Kalland 2003) – darin bestehen, die Bedeutung von Kultur für die Wahrnehmung der Umwelt zu erforschen. In der Kognitiven Anthropologie werden hier einige Aspekte behandelt, die für meine Forschung sehr wichtig sind, u.a. das Wissen über die natürliche Umwelt, die Klassifikationen von nichtmenschlichen Lebewesen (als schützenswert oder nicht schützenswert) oder die Bedeutung von religiösen Weltanschauungen und Umweltbildung für umweltgerechtes Handeln (siehe Kirner 2016). Ein kultur- und sozialanthropologischer Zugang kann außerdem kulturell geprägte Repräsentationen von Umwelt mit dem tatsächlich beobachtbaren Zustand der Umwelt in einem Gebiet in Beziehung setzen. Aus dem Vergleich von überlieferten Mustern der Naturwahrnehmung einer Gruppe und der gegenwärtigen Umweltqualität dieser Gruppe kann auf das Ausmaß der Umweltveränderungen in dem von ihr bewohnten Gebiet geschlossen werden. Dieser Zugang kann sich einerseits der Analyse historischer Quellen bedienen und andererseits die Erforschung des kollektiven Gedächtnisses einer bestimmten Gruppe von Menschen zum Gegenstand haben (siehe Auyero und Swiston 2009). Robin Gregory et al. (1993) konnten zeigen, dass es von Relevanz ist, ob sich Menschen an eine intakte Umwelt erinnern können oder ob sie seit ihres Lebens nur mangelnde hygienische Bedingungen in ihrem Wohnumfeld gekannt haben. Umweltprobleme werden von Menschen stärker wahrgenommen, wenn es ihnen darum geht, einen früheren Zustand wieder herzustellen, d.h. einen Verlust an Umweltqualität rückgängig zu machen. Wenn hingegen kein Vergleich zu einem früheren Zustand des Wohnumfeldes gezogen werden kann, dann wird die Verschmutzung der Umwelt weniger stark wahrgenommen (ebd.).

In den Sozialwissenschaften wird umweltgerechtes Verhalten gemeinhin als zielgerichtetes Handeln, das Auswirkungen auf die Umwelt hat und wahrnehmbar bzw. messbar ist, definiert, wie Kollmuss und Agyeman (2002) schreiben. Darüber hinaus ist damit die absichtsvolle Einschränkung des eigenen Ressourcenverbrauchs gemeint:

»By ›pro-environmental behaviour‹ we simply mean behavior that consciously seeks to minimize the negative impact of one's actions on the natural and built world (e.g. minimize resource and energy consumption, use of non-toxic substances, reduce waste production)« (ebd.: 240).

Handeln ist also nicht nur ein Reagieren auf äußere Reize, sondern Handeln als transformative Fähigkeit meint die Möglichkeit, die Einwirkungen auf die soziale und na-

türliche Umwelt zu beeinflussen (siehe auch Kraemer 2008). Allerdings wird in der wissenschaftlichen Diskussion auch darauf hingewiesen, dass umweltschonendes Verhalten in bestimmten Situationen ein Nebeneffekt von sozialen Handlungsstrategien und Gewohnheiten sein kann. Menschen könnten demnach auch ohne umweltorientierte Zielsetzungen Handlungen setzen, welche kaum negative Folgen für die Umwelt haben (Steg und Vlek 2009).

Differenzierte Forschungsansätze können also zu neuen Erkenntnissen führen. Dies gilt ebenfalls für Forschungsfelder wie die Umweltpsychologie, die zwischen gemeinschaftlichen Verhaltensnormen, individuellen Wertorientierungen und situativen umweltrelevanten Entscheidungen unterscheidet (Raudsepp und Heidmets 2005). Diese Ansätze machen klar, dass die Erforschung von umweltgerechtem Verhalten äußerst komplex ist. So konnten Catton und Dunlap (1978) zeigen, dass individuelle und kollektive Handlungspraktiken unterschiedliche Auswirkungen auf den Zustand der Umwelt zur Folge haben können. Individuelles umweltgerechtes Verhalten kann, obwohl es zweckmäßig ist, aufgrund der komplexen Verschränkungen mit den Handlungen anderer Menschen zu nicht intendierten Folgen führen. Bereits Robert K. Merton (1936) hatte auf diese Problematik hingewiesen und sie auf fehlende Informationen, die Beibehaltung von Gewohnheiten und kurzfristige Interessen zurückgeführt.

Diese Debatte macht klar, dass die Auseinandersetzung mit handlungstheoretischen Grundlagen erforderlich ist, um den Zusammenhang zwischen Handlungsbedingungen und tatsächlichem Verhalten näher erläutern zu können. Der Soziologe Anthony Giddens (1988) hat das Handeln von Menschen vor dem Hintergrund der strukturellen Bedingungen zu erklären versucht. Dabei warnte er sowohl vor einem Strukturdeterminismus wie auch vor der Vorstellung, Menschen hätten einen unbegrenzten Handlungsspielraum. Seien es gesellschaftliche oder politische Strukturen, kulturelle Normen oder technische Gegebenheiten, Handlungen finden immer in einem bestimmten Rahmen statt.

Im afrikanischen Kontext wurde die Verfolgung von Handlungsstrategien früher oft unter dem Konzept der Individualisierung thematisiert. Die zunehmende Individualisierung würde nicht zum sozialen Ausschluss von Menschen führen, sondern zu größerer Selbstbestimmung. Individuelle Handlungen und Strategien seien in unterschiedlichen sozialen Sphären wie der Familie, der Nachbarschaft, dem Arbeitsumfeld, der Politik oder der Religionsgemeinschaft beobachtbar (siehe Marie 1997a). Im Hinblick auf die Herausbildung von Handlungsstrategien wurden v.a. auch die Aspekte Kreativität und Erfindungsreichtum herausgearbeitet. Einerseits zeigt sich dies in Forschungen zum Urbanisierungsprozess in afrikanischen Ländern, in welchen die Versuche der Menschen, sich an verändernde Situationen anzupassen und sich Modernität anzueignen, dargestellt wurden. Van Binsbergen und Van Dijk (2004) konnten z.B. zeigen, dass afrikanische ZuwanderInnen in den Städten nicht Gefangene ihrer Traditionen bzw. Städte nicht zwangsläufig Orte sind, an welchen eine Form von Neo-Tribalisierung stattfinden würde. Die neu Hinzugezogenen hätten durchaus die Fähigkeit, sich die wirtschaftlichen Möglichkeiten und die politischen Institutionen zunutze zu machen. Auch eine Forschung von niederländischen AnthropologInnen (De Bruijn et al. 2007) beschäftigte sich mit den verschiedenen Ausformungen von Ideenreichtum und Innovationsfreude in Afrika. Diese Erkenntnis ist von großer Bedeutung, denn sie vermeidet eine allzu

starke Fokussierung auf statische Gegebenheiten wie sie beispielsweise Staat, Kultur oder Infrastruktur sind. Wenn Menschen vorteilhafte Gegebenheiten in Anspruch nehmen oder einschränkenden Faktoren ausweichen, dann ändert dies zwar nichts an der Existenz dieser strukturellen Handlungsbedingungen, aber sie sind für die Menschen von anderer Bedeutsamkeit. Allerdings weisen De Bruijn et al. (ebd.) aber auch darauf hin, dass Handlungspotentiale nicht überbewertet werden dürfen, da in einem zunehmend neoliberalen urbanen Kontext Handlungsstrategien auch scheitern könnten.

Handlungsstrategien wurden im Hinblick auf die Umwelt- und Armutsproblematik in den afrikanischen Städten bisher zu wenig Aufmerksamkeit gewidmet, da diese häufig den Gesetzen bzw. den Zielvorgaben von Entwicklungsprojekten entgegenlaufen. Von den Berichten der staatlichen Institutionen oder internationalen Organisationen können keine Einblicke in die konkreten Handlungsweisen erwartet werden, denn, sofern sie nicht den Erwartungen entsprechen, werden sie oft als Entwicklungshindernis gesehen. Die kultur- und sozialanthropologische Herangehensweise, welche sich Methoden wie der teilnehmenden Beobachtung und qualitativen Interviews bedient, scheint hier vielversprechend zu sein. Im Hinblick auf meine Forschungsfrage scheint es besonders relevant, die mit Armut einhergehenden Einschränkungen der Handlungsfreiheit näher zu bestimmen. Es gilt also der Frage nachzugehen, inwieweit materielle Zwänge, also ökonomische Notwendigkeiten der Bedürfnisbefriedigung, für den Umgang des Menschen mit der Umwelt ausschlaggebend sind.

Die Abfall- und Abwasserentsorgung steht in dieser Arbeit exemplarisch für umweltrelevantes Handeln. Diese Entscheidung wird damit begründet, dass es möglich ist, anhand der Abfallproblematik, welche zusehends in den Städten des »Globalen Südens« zu einem Kernproblem wird, manche Zusammenhänge aufzuzeigen, wobei auf Ergebnisse einer früheren Forschung zurückgegriffen werden kann (Chevron et al. 2002). Aktuelle Statistiken weisen darauf hin, dass die Hälfte der Weltbevölkerung, also 3,8 Milliarden Menschen, keinen Zugang zur Abfallsammlung hat (ISWA 2012)¹. Im Hinblick auf die Siedlungshygiene verfügt nur ein Fünftel der Bevölkerung im subsaharischen Afrika, also im Forschungsgebiet, über verbesserte Latrinen und Sickergruben. In der Hälfte aller Großstädte im subsaharischen Afrika existiert zwar ein Kanalisationssystem, aber dieses ist nur in den wenigsten Fällen flächendeckend (Banerjee und Morella 2011; siehe auch Lang 2002). In vielen Stadtteilen gibt es also keine Möglichkeiten, Abfälle und Abwässer umweltgerecht zu entsorgen. Dieser Umstand wirft auch die Frage nach der Umweltgerechtigkeit, welche die gerechte Verteilung von Umweltbelastungen und Umweltrisiken in räumlicher und zeitlicher Hinsicht meint, auf (Kopnina und Shoreman-Ouimet 2013). Im Hinblick auf die Forschungsfrage betrifft dies einerseits die Unterschiede zwischen zentrumsnahen, peripheren und informellen Stadtvierteln, andererseits die Auswirkungen der kolonialen und postkolonialen Stadtplanung auf den Zugang zur heute existierenden urbanen Infrastruktur. Die kultur- und

1 Abfallwirtschaft ist auch ein guter Indikator für die Erbringung anderer öffentlicher Dienstleistungen im urbanen Raum: »A city that cannot effectively manage its waste is rarely able to manage more complex services such as health, education, or transportation« (Hoornweg und Bhada-Tata 2012: ix).

sozialanthropologische Erforschung des Umgangs mit Abfällen und Abwässern eröffnet also neue und spannende Einsichten in die Umweltforschung.

Neben der Frage, wie Umweltwahrnehmung und -handeln aus einer sozialwissenschaftlichen Perspektive thematisiert werden kann, stellt sich die Frage nach der Konzeptualisierung von Armut. In der Kultur- und Sozialanthropologie wurde das Phänomen der Armut bis Mitte des 20. Jahrhunderts relativ selten untersucht (Green 2006). Armut wurde bis dahin v.a. von den Wirtschaftswissenschaften und der Soziologie untersucht und dabei als Problem industrialisierter Gesellschaften gesehen, in denen es durch die Herausbildung einer Arbeiterklasse zu größeren sozialen Ungleichheiten kam. Sozialwissenschaftliche Ansätze, welche Arbeits- und Wohnverhältnisse der städtischen Armen erforschten, nahmen Ende des 19. Jahrhunderts in Großbritannien ihren Anfang. Sozialreformer wie Charles Booth oder Seebohm Rowntree entwickelten in ihren Studien in London und York bereits das Konzept einer so genannten »Armutslinie«, welches das Mindesteinkommen festlegt, das zum Überleben benötigt wird (siehe Townsend 1954). In der Kultur- und Sozialanthropologie wurde Armut erst Mitte des 20. Jahrhunderts mit Oscar Lewis kontrovers diskutiertem Konzept der »Kultur der Armut« (1959; [1966] 2010) als Forschungsbereich aufgenommen. Anhand von ethnographischen Forschungen in Mexiko und Puerto Rico wollte Oscar Lewis beweisen, dass die ärmeren Bevölkerungsschichten bestimmte gemeinsame kulturelle Merkmale besitzen. Die der Subkultur der Armen eigenen Lebensentwürfe und Lösungsansätze würden von Generation zu Generation weitergegeben. Unabhängig vom geographischen Kontext zeichne sich die »Kultur der Armut« demnach durch ähnliche Familienstrukturen, Beziehungsmuster, Ausgabegewohnheiten und Werteorientierungen aus. Aspekte wie Arbeitslosigkeit, fehlender Rückhalt in der Großfamilie und zunehmende Individualisierung zählen zu den Merkmalen dieser Subkultur und zeigen auf, dass diese erst mit der Eingliederung in eine kapitalistische Marktwirtschaft entstanden sei (siehe ebd.). Man könnte also sagen, dass AnthropologInnen sich erst mit Armut auseinandersetzten, als in indigenen bzw. traditionellen Gesellschaften schwerwiegende ökonomische und gesellschaftliche Umbrüche stattfanden. Ein Problem, auf das Oscar Lewis mehrfach hingewiesen hat, ist der Ausschluss der ärmeren Bevölkerungsschichten aus den politischen und wirtschaftlichen Strukturen. Anstatt sich politischen Parteien anzuschließen oder Gewerkschaften zu gründen, würden die Menschen nur verwandtschaftliche und nachbarschaftliche Kontakte pflegen. Der Zugang zu Banken und Sozialleistungen bliebe ihnen verwehrt, sodass sie auf alternative informelle Solidaritätsnetzwerke zurückgreifen müssten. Die Einstellungen des Fatalismus, der Hilflosigkeit und der Abhängigkeit sowie das Gefühl der Minderwertigkeit wurden als weitere Ursachen beschrieben, warum die Armen in der Armut verhaftet bleiben. Oscar Lewis setzte mit seiner Theorie einer eigenen Subkultur der Armen eine wissenschaftliche Diskussion in Gang, welche bis heute fortgesetzt wird. Wenn auch viele Kultur- und SozialanthropologInnen dem Konzept der »Kultur der Armut« ablehnend gegenüberstehen (Goode und Eames 2010; Leacock 1971), haben sie in Folge dieser Diskussion dennoch zunehmend versucht, soziale und kulturelle Aspekte von Armut zu berücksichtigen. Damit unterscheiden sich kultur- und sozialanthropologische Erklärungsansätze von den dominierenden ökonomischen Zugängen, welche sich auf die Messung monetärer Armut oder anderer quantitativ definierter Bedürfnisse beschränken.

In Westafrika wurde Armut lange Zeit als Problem der ländlichen Bevölkerung definiert, womit in Wirklichkeit ein Leben außerhalb von marktwirtschaftlichen und staatlichen Strukturen gemeint war (The World Bank 1975). Manche schrieben die Verantwortung für die Armut in ruralen Gegenden auch den Städten zu, da einerseits ein Großteil der natürlichen Ressourcen in den Städten angehäuft wurde und andererseits staatliche Gelder überwiegend in die Entwicklung der städtischen Infrastruktur investiert wurden (Lipton 1977). Die Armut in der Stadt wurde also als relative Armut verstanden und der Fokus wurde auf die Armutsminderung in den ländlichen Regionen gelegt. In meiner Forschung habe ich aus diesem Grund versucht, das wenig erforschte Phänomen städtischer Armut aus einer kultur- und sozialanthropologischen Perspektive heraus zu beleuchten. Durch die zunehmende Urbanisierung ist Armut immer mehr zu einem Phänomen geworden, das mit dem Leben in den Städten in Verbindung gebracht wird. Seit der politischen Unabhängigkeit der afrikanischen Länder setzte eine ungebrochene Zuwanderung in die Städte ein. Weniger vom wirtschaftlichen Wachstum in den Städten angezogen, als von den immer schwieriger werdenden Lebensbedingungen in den Dörfern angetrieben, strömten immer mehr Menschen in die Städte (siehe Bertinelli und Strobl 2007; Tacoli et al. 2015 u.a.m.). Die Städte können aber nur einem Teil der ZuwanderInnen geregelte Einkommensmöglichkeiten anbieten. Strukturelle Defizite führen nun auch im urbanen Raum dazu, dass die Erwartungen an das Wohnen und den Arbeitsmarkt nicht erfüllt werden können. Diese Herausforderungen wurden von den politischen EntscheidungsträgerInnen lange Zeit nicht wahrgenommen. In Bamako machten beispielsweise spontane Viertel Mitte der 1990er Jahre bereits fast die Hälfte der gesamten Stadtfläche aus (Fall und Rondeau 1998 u.a.m.). Die Einführung von Strukturanpassungsmaßnahmen in den 1980er Jahren durch die Weltbank hatte u.a. zur Folge, dass die überwiegende Mehrheit der EinwohnerInnen in Bamako Ende der 1980er Jahre im informellen Sektor beschäftigt war (Ouédraogo et al. 1995). Der Prozess der Urbanisierung hat in westafrikanischen Ländern also dazu beigetragen, die existierenden sozialen Ungleichheiten zu verschärfen. Die städtischen Armen sind heute aufgrund von Markt- und Staatsversagen dazu gezwungen, unverhältnismäßig viel für die Inanspruchnahme von Dienstleistungen und Infrastruktur zu bezahlen.

Der kultur- und sozialanthropologische Zugang versucht, auf der Grundlage dieser komplexen Entwicklungen und Probleme neue Aspekte der Armut sowie des Umweltbewusstseins und -handelns im urbanen Raum aufzudecken. Bis heute gibt es zu wenig sozialwissenschaftliche Grundlagenforschung über umweltgerechtes Verhalten in Entwicklungsländern (siehe hierzu Mosler und Kraemer-Palacios 2013; Sonnenfeld und Mol 2011). Die Mehrzahl der anthropologischen, soziologischen und politikwissenschaftlichen Analysen verortet sich in der angewandten Forschung und zeichnet sich durch detailliertes Hintergrundwissen über den jeweiligen Kontext aus. Die praktischen Erkenntnisse, die aus diesen Fallstudien gewonnen wurden, können jedoch oft nicht ohne weiteres für die hier verfolgte Fragestellung herangezogen werden. In den folgenden Kapiteln werden daher kultur- und sozialanthropologische Ansätze vorgestellt und mit theoretischen Zugängen von Nachbardisziplinen wie der Soziologie, der Psychologie, der Wirtschaftswissenschaft oder der Politikwissenschaft ergänzt. In geringerem Ausmaß müssen auch Konzepte aus den Naturwissenschaften und den technischen Wis-

senschaften verwendet werden, da diese für das Verstehen mancher Zusammenhänge nötig sind.

Die Wahl der Forschungsmethoden stützt sich hauptsächlich auf die Methoden der Kultur- und Sozialanthropologie. Um die Forschungsfrage offen zu behandeln, sind qualitative Methoden zum Einsatz gekommen, welche neue Aspekte aufnehmen und die bisherigen theoretischen Ansätze ergänzen und erweitern können. Eine kultur- und sozialanthropologische Forschung zur Umweltproblematik hat den Vorteil, Zusammenhänge, welche in einer technologisch oder ökonomisch definierten Forschung nicht ersichtlich sind, aufzeigen zu können.

1.2. Umweltbewusstsein und Umwelthandeln

In entwicklungspolitischen Studien werden die Auswirkungen von Armut auf die Umwelt erforscht, wobei in der Auseinandersetzung mit dem umweltrelevanten Verhalten armer Menschen in ländlichen Gebieten diese oft als Akteure, die kurzfristige Nutzenmaximierung betreiben, gesehen werden. Ihnen wird zugeschrieben, ausschließlich mit dem alltäglichen Kampf ums Überleben beschäftigt zu sein und daher nicht vorausschauend handeln zu können. Ihre Lebensweise wird als nicht nachhaltig klassifiziert, da durch diese ein ständiger Druck auf die Umwelt ausgeübt würde. Im »Global Environmental Outlook« des Umweltprogramms der Vereinten Nationen aus dem Jahr 1999 wird dieser Zusammenhang folgendermaßen beschrieben: »In many parts of the developing world, poverty combined with rapid population growth is leading to widespread degradation of renewable resources – primarily forests, soils and water« (Clarke 1999: 3). Das Zusammenspiel von Armut und Bevölkerungswachstum führe darüber hinaus dazu, dass keine Ressourcen für den Umweltschutz bzw. die Verbesserung der Umweltsituation mobilisiert werden können. Das Ergebnis sei eine Abwärtsspirale von Armut und einer zunehmenden Umweltzerstörung. Bereits im Brundtland Bericht (WCED 1987) wurde Armut sowohl als die Ursache als auch als die Folge von Umweltproblemen gesehen, also: »as a major cause and effect of global environmental problems« (ebd.). Für die Aufrechterhaltung eines natürlichen Gleichgewichts dürften die Belastbarkeitsgrenzen der Umwelt nicht überschritten werden. Die übermäßige Nutzung und Belastung der Umwelt schränke die Fähigkeit von natürlichen Ressourcen ein, sich selbst zu erneuern. Die Menschen – und in diesem Fall geht es um arme Menschen in Entwicklungsländern – seien mitverantwortlich für die Umweltkrise, weil sie natürliche Ressourcen ausbeuten.

Diese allgemeine Frage manifestiert sich im urbanen Raum anders als im ländlichen Bereich. Die Gesundheitsgefährdung ist aufgrund der hohen Siedlungsdichte und ungelöster Entsorgungsprobleme von Abfällen und Abwässern für ärmere StadtbewohnerInnen ungleich höher. Infektionskrankheiten wie Malaria, Typhus oder Durchfallerkrankungen treten häufig endemisch auf, weil Moskitos und andere krankheitsübertragende Tiere wie Fliegen, Küchenschaben oder Ratten günstige Lebensbedingungen vorfinden. Hinzu kommen die Kontaminierung des Grundwassers und die Luftverschmutzung durch Verkehr und Industrie (Benneh et al. 1993; Wratten 1995). Während auf dem Land der Rückgang der Bodenfruchtbarkeit oder der Waldflächen auf

anthropogene Einflüsse zurückgeführt werden kann, steht in der Stadt weniger die Umweltnutzung als die Umweltverschmutzung im Mittelpunkt. Gleichzeitig sei also hier Armut weniger an den Zugang zu natürlichen Ressourcen als vielmehr an die Umweltschutzkosten gekoppelt, wie sie für die Entsorgung von Abfällen und Abwässern anfallen. Wenn auch in der Stadt materielle, zeitliche und soziale Ressourcen für das Umwelthandeln relevant sind, so definiert sich der Umweltschutz dennoch über die finanziellen Kapazitäten der einzelnen StadtbewohnerInnen und der Stadtverwaltung. Schließlich sind die Rückwirkungen einer Verschmutzung der Umwelt auf die Menschen im urbanen Raum anderer Art als die im ländlichen Raum, da in der Stadt eine zerstörte Umwelt erhöhte Gesundheitsrisiken für eine große Anzahl an Menschen zur Folge haben kann.

Trotz dieser Unterschiede werden die Ergebnisse und prinzipiellen Annahmen betreffend die Handlungsspielräume armer Menschen in ländlichen Gebieten auf den urbanen Raum übertragen. Dies betrifft einerseits die Betonung der individuellen Verantwortung für den Umweltschutz und andererseits den Fokus auf das nachhaltige Konsumverhalten der StädterInnen. Es wird hierbei kaum berücksichtigt, dass die Verschmutzung des öffentlichen Raums ein sehr komplexes Problem ist, das sowohl die Nachbarschaft als auch private und kommunale Akteure betrifft. Die Forderung nach umweltfreundlichem Verhalten lässt gleichsam außer Acht, dass in einem marktbasieren und durch große soziale Ungleichheiten geprägten Umfeld gewisse prahlerische Konsummuster begünstigt werden, die kaum ressourcenschonend sind. Interessanterweise findet sich sogar in literarischen Werken diese zum Allgemeingut übergegangene Annahme, Armut würde mit fehlendem Umweltbewusstsein einhergehen². Ein malischer Schriftsteller (Tapo 2006) beschreibt beispielsweise in seinem Roman »Faantankin. La cité des pauvres« den Alltag in einem spontanen Viertel an der Peripherie Bamakos. Die BewohnerInnen dieses imaginären Viertels, welche ausschließlich mit der Überlebenssicherung beschäftigt seien, würden keinerlei ökologische oder ästhetische Kriterien zur Bewertung ihrer Lebensqualität heranziehen:

»Ceux qui occupèrent les lieux n'avaient d'autres motivations que la survie. Par conséquent les notions liées à la qualité de la vie étaient aux antipodes de leurs préoccupations. Sur ce dernier point, les préoccupations des faantankinois n'ont guère évolué depuis les urbanistes fondateurs de notre localité, et l'écologie et l'esthétique loin d'avoir conquis les esprits« (ebd. : 30).

Eine sozialwissenschaftliche Analyse dieser Behauptungen ist nicht nur längst überfällig, sondern auch erforderlich, um manche vorschnell gefasste Schlüsse zu korrigieren. Wissenschaftliche Studien, die nicht möglichst umfassend die Interdependenzen zwischen Faktoren der Armut und den Umweltbelastungen im urbanen Raum untersuchen, können mit ihren Ergebnissen in irreführenden Meinungen münden und dies könnte fatale Folgen haben, wenn politische EntscheidungsträgerInnen unter Heranziehung solcher Annahmen Maßnahmen treffen. In diesem Sinn schreibt David Satterthwaite

2 Eine Analyse von afrikanischen literarischen Werken, die sich symbolhaft mit der Umweltproblematik in den Städten befassen, findet sich bei Garth Myers (2016).

(2003: 74): »Faulty diagnoses of the links between poverty and environmental degradation have led to inappropriate, ineffective, and often antipoor policies«. So wurde wiederholt den ärmeren ZuwanderInnen in die Städte die Schuld dafür gegeben, dass schützenswerte natürliche Lebensräume im peri-urbanen Raum zerstört wurden, weil die Menschen sich dort angesiedelt hatten. Es wurde hierbei nicht berücksichtigt, dass die Stadtverwaltung durch ihr Versäumnis, Grundstücke oder Wohnungen zur Verfügung zu stellen, zu dieser Situation beigetragen hatte. Auch wurde die Rolle der städtischen Ober- und Mittelschicht bei Umweltschäden im urbanen Raum häufig ausgeblendet und damit bewirkt, dass Umweltschutzmaßnahmen großteils erfolglos blieben (ebd.).

Im Hinblick auf das Umweltbewusstsein und das Umwelthandeln von Menschen in ärmeren Ländern bzw. bei ärmeren Bevölkerungsschichten verdienen drei Zugänge besondere Beachtung. Diese beschäftigen sich mit dem Zusammenhang zwischen wirtschaftlichem Wohlstand und Umweltschutzmaßnahmen, den »traditionellen« Umwelthethiken und Abfall als Protestmittel im politischen Widerstand.

1.2.1. Umweltbewusstsein und Wohlstand der Bevölkerung

Der erste Ansatz, der von modernisierungstheoretischen Prinzipien ausgeht, sieht einen direkten Kausalzusammenhang zwischen dem Wirtschaftswachstum einerseits und den kulturellen und politischen Entwicklungen andererseits. Ronald Inglehart (1995) vertritt diese Denkrichtung und argumentiert, dass postmaterialistische Werte erst im Zuge einer materiellen und physischen Absicherung höhere Priorität erhalten. Er nimmt hier Bezug auf Maslows Bedürfnispyramide, welche in den 1940er Jahren entwickelt wurde, und wendet das Konzept für die europäischen Nachkriegsgenerationen an. Zu den postmaterialistischen Werten zählt er neben der Meinungsfreiheit oder dem Mitspracherecht in politischen Entscheidungen auch das Umweltbewusstsein. Inglehart will mit seiner Theorie den Beweis erbringen, dass die Generationen, die in Europa ab den 1960er Jahren in einer Überflussesgesellschaft sozialisiert worden sind und weder mit Nahrungsmittelknappheit noch mit der Bedrohung ihrer Existenz zu kämpfen hatten, neue Werthaltungen übernehmen. Die Entstehung von Umweltschutzbewegungen und Gründung von umweltpolitischen Parteien in vielen europäischen Ländern war demzufolge erst möglich, als ein neues Umweltbewusstsein in der breiten Bevölkerung Resonanz fand (ebd.). In Industriestaaten führe dies beispielsweise dazu, dass die Forderungen der Bevölkerung nach Umweltschutzmaßnahmen lauter würden und der Staat stärker in die Errichtung von sanitärer Infrastruktur investiere oder Vorkehrungen treffe, um den Ausstoß von Schwefeldioxyden, Feinstaub oder Blei zu reduzieren (Beckerman 2006).

In den 1990er Jahren haben sozialwissenschaftliche Umfragen versucht, den Zusammenhang zwischen Einkommen und Umweltbewusstsein statistisch zu analysieren (Diekmann und Franzen 1999). Studien wie die Health-of-the-Planet Umfrage aus dem Jahr 1992 oder das International Social Survey Program aus dem Jahr 1993, die in 24 bzw. 21 Ländern durchgeführt wurden und das Umweltbewusstsein sowie das freiwillige Engagement für den Umweltschutz erhoben, wurden herangezogen, um darzulegen, dass diese These allgemeine Gültigkeit habe. »Entwicklungsländer« und Länder

mit einem niedrigen Bruttonationaleinkommen waren jedoch in den Umfragen unterrepräsentiert und so war Nigeria das einzige afrikanische Land, das in der Analyse berücksichtigt wurde. Umweltbewusstsein wurde anhand mehrerer Variablen, welche die Einstellungen zu den Ursachen von Umweltzerstörung und zum Wirtschaftswachstum betreffen, erhoben. Die Wahrnehmung von lokalen, nationalen und globalen Umweltbelastungen wurde ebenso wie das Bewusstsein von den gesundheitlichen Auswirkungen von Umweltproblemen auf die derzeit lebenden Menschen und die nachfolgenden Generationen erforscht. Das persönliche Umweltengagement wurde anhand der Bereitschaft, finanziell zum Schutz der natürlichen Umwelt beizutragen, bzw. Einschnitte im Lebensstandard zugunsten des Umweltschutzes hinzunehmen, gemessen. Die Daten wurden anschließend mit dem durchschnittlichen Pro-Kopf-Einkommen des jeweiligen Landes korreliert. Diekmann und Franzen gelangten durch die Auswertung der Daten zu dem Ergebnis, dass ein positiver Zusammenhang zwischen dem Einkommen und dem freiwilligen Engagement für den Umweltschutz bestehe. In reichen industrialisierten Ländern gebe es eine wesentlich höhere Bereitschaft, aktiv zum Umweltschutz beizutragen. In Entwicklungsländern werde die Verantwortung für den Umweltschutz der Regierung und der Industrie zugeschrieben. Weniger Menschen seien bereit, höhere Preise oder Steuern für die Erhaltung der Umwelt zu bezahlen bzw. für Umweltschutzmaßnahmen auf Wirtschaftswachstum zu verzichten. Im Hinblick auf das Umweltbewusstsein gebe es hingegen widersprüchliche Ergebnisse, sodass nicht eindeutig auf ein höheres Umweltbewusstsein in wohlhabenden Ländern geschlossen werden könne (ebd.). Riley Dunlap et al. (1993) führten dies auf die methodische Herangehensweise zurück. Umweltbewusstsein wurde in der Health-of-the-Planet Umfrage aus dem Jahr 1992 in zweifacher Form erhoben: Einerseits sollten die Befragten die Dringlichkeit von Umweltproblemen neben einer Reihe anderer Probleme wie Hunger, Kriminalität, mangelnde Gesundheitsversorgung oder hohe Lebenskosten einstufen. Andererseits wurden die Befragten aufgefordert, das wichtigste aktuelle Problem in ihrem Land zu nennen. Während die Ratingfrage keine signifikanten Zusammenhänge zwischen dem Einkommen und dem Umweltbewusstsein aufzeigen konnte, schnitten die reichen Länder in der Rankingfrage eindeutig besser ab (ebd.). Diese Ergebnisse würden den Schluss zulassen, dass die Vielzahl von Problemen in Entwicklungsländern dazu führt, dass Umweltverschmutzung nicht als das wichtigste Problem eingeschätzt wird. Dies bedeute jedoch nicht, dass die Zerstörung der Umwelt nicht als ernsthaftes Problem gesehen wird. Vielmehr könne man davon ausgehen, dass Umweltzerstörung weltweit als direkte Bedrohung der Gesundheit und des menschlichen Wohlergehens betrachtet wird.

Der Zusammenhang zwischen Wohlstand und Umweltbewusstsein und -handeln bzw. die Frage, ob postmaterialistische Werte eine Rolle für die Herausbildung eines Problembewusstseins im Hinblick auf die Verschmutzung der Umwelt spielen, bleibt nach wie vor umstritten. Neuere Studien (Echavarren 2016; Fairbrother 2013) weisen darauf hin, dass die Bevölkerungen ärmerer Länder generell ein höheres Umweltbewusstsein als die Bevölkerungen reicher Länder haben. Gleichzeitig wird aber festgestellt, dass in allen Ländern die wohlhabenderen Menschen ein größeres Problembewusstsein zeigen würden bzw. auch eher dazu bereit seien, mehr Geld für den Umweltschutz bereitzustellen.

Inwieweit diese Annahmen auf afrikanische Länder übertragen werden können, bleibt unklar. Bisher gibt es nur eine wissenschaftliche Studie (Givens und Jorgenson 2011), die neben 29 Ländern weltweit auch neun afrikanische Länder, darunter Mali und Burkina Faso, berücksichtigt. Die statistische Auswertung legt nahe, dass es einen Zusammenhang zwischen zunehmendem Wohlstand (gemessen als Bruttoinlandsprodukt pro Kopf) und steigendem Umweltbewusstsein gibt. Es sei demzufolge weniger auf postmaterielle Werte als auf das Wirtschaftswachstum und die damit einhergehende Umweltverschmutzung zurückzuführen, dass die Umweltproblematik stärker in den Mittelpunkt rückt. Eine weitere Studie hat den Zusammenhang zwischen Wohlstand und Umweltbewusstsein auf lokaler Ebene analysiert. Michael White und Lori Hunter (2009) haben die Postmaterialismus-These anhand einer Forschung in Ghana untersucht und 2.500 Menschen über ihre Wahrnehmung von Umweltgefahren befragt. Die Antworten wurden mit dem sozioökonomischen Status und anderen Faktoren wie dem Alter, dem Geschlecht, dem Bildungsgrad oder der Mediennutzung korreliert. Die Studie lieferte jedoch kein eindeutiges Ergebnis in dem Sinn, dass reichere GhanaerInnen ein höheres Umweltbewusstsein hätten. Faktoren wie Bildung oder politische Partizipation, welche häufig mit Wohlstand in Beziehung stehen, scheinen die Unterschiede beim Umweltbewusstsein besser erklären zu können.

Für die hier vorliegende Fragestellung sind diese Studien insgesamt wenig hilfreich, denn sie liefern keine tiefergehende qualitative Analyse für die Ursachen von Umweltbewusstsein und sind gleichfalls wenig aufschlussreich im Hinblick auf die Prioritätensetzung von Umweltschutzzielen und anders gelagerten Zielen. Es wird daher nun ein Zugang vorgestellt, der mögliche Zusammenhänge zwischen Armut und Umweltbewusstsein aus einer anderen Perspektive beleuchtet und außereuropäische Umweltethiken berücksichtigt.

1.2.2. Die »traditionellen« Umweltethiken der »Armen«

Im Gegensatz zur anfangs erwähnten Annahme, dass die Übernutzung der Böden und die Ausbeutung von natürlichen Ressourcen auf Armut zurückzuführen sei, geht der Ansatz des »Environmentalism of the Poor« (Martinez-Alier 2002) davon aus, dass es ein ökologisches Bewusstsein der »Armen« gibt, das ihr Überleben sichert. Die »traditionelle« Lebensweise würde sicherstellen, dass arme Bevölkerungsschichten von der Natur nicht entfremdet werden und ökologisches Wissen über Lösungsansätze für Umweltprobleme erhalten bleibt. Die »Armen« werden im Hinblick auf den Umgang mit der Umwelt demnach als beispielhaft gesehen: »The poor are not the problem, they are the solution« (Chambers 1988: 3). Eine wertschätzende Haltung gegenüber der Umwelt beruhe häufig auch auf religiösen Werten oder auf Werten, die insbesondere von Frauen getragen werden, denn Frauen seien in vielen Gesellschaften in Entwicklungsländern mit der Bewahrung von natürlichen Ressourcen betraut (Guha und Martinez-Alier 1997). Als Beispiele werden die Nutzung von Wasser, Wäldern und Weideland genannt. Arme Bevölkerungsschichten in ländlichen Gegenden seien von diesen natürlichen Ressourcen abhängig, da sie ihre unmittelbare Lebensgrundlage bilden. Sind diese Ressourcen nicht mehr vorhanden bzw. durch Verschmutzung nicht mehr nutzbar, gefährde das die Existenz der »Armen«. Diese Feststellung habe auch im urbanen Kontext Gül-

tigkeit, weil ärmere Menschen sich Leitungswasser oder Gas als Brennmaterial nicht leisten könnten und deshalb auf natürlich vorhandene Ressourcen wie Brunnenwasser oder Holz angewiesen seien (Martinez-Alier 2008). Die These des »Environmentalism of the Poor« impliziert sowohl ökonomische als auch politische Aspekte. Einerseits enthält dieser Ansatz eine Kritik an der Kommodifizierung von öffentlichen Gütern wie Wasser oder Grund und Boden. Andererseits bezieht sich die Argumentation auf die lokale Verortung und die Vorrechte der ansässigen Bevölkerung. Die Frage nach den Wertvorstellungen steht bei beiden Aspekten im Mittelpunkt. Juan Martinez-Alier (2002) wirft den Wirtschaftswissenschaften vor, das Problem der Umweltzerstörung anhand einer Kosten-Nutzen Analyse zu behandeln und moralische, ästhetische oder religiöse Werte zu vernachlässigen. Die Ökonomisierung des Denkens führe dazu, dass der Wert einer intakten Natur nicht mehr als Wert an sich betrachtet, sondern als ökonomischer Wert ausgedrückt wird. Im politischen Sinn geht es um Fragen des Zugangs und Rechts auf die Nutzung von Ressourcen sowie um das Problem der Umweltgerechtigkeit. Menschen in ärmeren Ländern bzw. ärmeren Bevölkerungsschichten würden durch lokale und globale Entwicklungen ökologische Nachteile entstehen. Die Hauptverantwortlichen für die Verschmutzung der Umwelt bzw. den Klimawandel sind in den wenigsten Fällen die »Armen« selbst. Inwiefern den Umweltbedrohungen Einhalt geboten werden kann bzw. die Menschen angemessen entschädigt werden können, sei letztendlich eine politische Herausforderung.

Der Ansatz des »Environmentalism of the Poor« gibt einige wichtige Anregungen für die Forschung über das Umweltbewusstsein und -handeln von ärmeren Menschen in westafrikanischen Städten. Erstens müssen traditionelle Nutzungs- und Eigentumsrechte, die infolge von gesellschaftlichem Wandel bedroht sein können, berücksichtigt werden. Wenn beispielsweise Wasser ein Gut ist, für das kein Geld verlangt werden darf, oder das Wohn- bzw. Nutzungsrecht von Land nur temporär verliehen wird, muss die Einführung von Marktprinzipien automatisch zu Wertekonflikten führen. Zweitens ist es erforderlich, die Frage des umweltgerechten Verhaltens aus der Perspektive der handelnden Menschen zu erforschen. Es ist möglich, dass Menschen nicht explizit betonen, dass sie die Umwelt schonen, ihr Verhalten jedoch genau dies bewirkt. Es ist daher notwendig, über eurozentrische Vorstellungen von Umweltschutz hinauszugehen und lokale Diskursformen miteinzubeziehen. Eine Fragebogenerhebung scheint für diese Forschung kaum geeignet, da die Freiheit der Befragten, ihre Sichtweise darzustellen, stark eingeschränkt wäre. Qualitative Forschungsmethoden wie Interviews oder teilnehmende Beobachtung ermöglichen sowohl die Darstellung aus einer Eigenperspektive der Betroffenen als auch die Erforschung von Handlungspraktiken. Die Kenntnisse einer afrikanischen Sprache sowie der sozialen und kulturellen Verhältnisse können hier maßgeblich zu einer Erweiterung des Interpretationsspielraumes beitragen.

Die Einnahme einer Perspektive, welche auf ökonomische, politische und kulturtheoretische Aspekte eingeht, bietet im Gegensatz zur w.o. dargestellten Postmaterialismus-These zwar einige Vorteile, allerdings werden die Ursachen für das Umweltbewusstsein der »Armen« in diesem Ansatz ebenfalls nur unzureichend erklärt. Für die indigenen Völker in Kolumbien werden religiöse Vorstellungen, für die BewohnerInnen des Nigerdeltas die Bedrohung der Existenzgrundlage als Gründe für den Kampf gegen Erdölbohrungen angeführt, allerdings ohne darauf näher einzugehen

(Martinez-Alier 2002). Es bleibt also unklar, welche Bedeutung den »traditionellen« Umweltethiken, also überlieferten Handlungsvorschriften und Tabus tatsächlich zukommt. Wenn ein »full-stomach« environmentalism of the North« einem »empty-belly« environmentalism of the South« gegenübergestellt wird (Guha und Martinez-Alier 1997: xxi), dann scheint das Umweltbewusstsein der ärmeren Bevölkerungsschichten materialistisch begründet zu sein. Die Bezugnahme auf religiöse Vorstellungen lässt jedoch auch den Schluss zu, dass indigene bzw. »traditionelle« Umweltethiken, welche noch nicht in Vergessenheit geraten oder von einer kapitalistischen Denkweise überlagert worden sind, eine Quelle des Umweltbewusstseins sind.

1.2.3. Umweltverschmutzung als Form des politischen Handelns

Um ein gesellschaftspolitisch und sozial so wichtiges Thema wie die Lebensqualität in Städten zu behandeln, hat die Politische Ökologie eigene Ansätze entwickelt. Dabei werden Zusammenhänge zwischen politischer (Ohn-)Macht, sozio-ökonomischen Ungleichheiten und Umweltverschmutzung im urbanen Raum erforscht. Die strukturellen Handlungsbedingungen werden demnach als ausschlaggebend für die Handlungsmöglichkeiten der StadtbewohnerInnen gesehen. Studien, die eine solche Betrachtungsweise einnehmen, fokussieren weniger auf das Umweltbewusstsein als auf die politischen und ökonomischen Verhältnisse. Die Ansätze in der urbanen Politischen Ökologie sind weit differenziert und lassen sich grob in drei Kategorien einteilen: Erstens werden Umweltkonflikte diskutiert, die auf die Knappheit von Ressourcen zurückgeführt werden können, und welche Auseinandersetzungen zwischen der lokalen Bevölkerung und dem Staat oder privaten Unternehmen implizieren. Zweitens werden die Entstehung und die Einflussphäre von Umweltschutzbewegungen erörtert. Dies bezieht sich sowohl auf die Umweltbildungsmaßnahmen von internationalen Umweltschutzorganisationen als auch auf lokale Gruppierungen, welche sich für ein sauberes Lebensumfeld engagieren. Drittens wird die räumliche bzw. sozioökonomische Marginalisierung von Bevölkerungsgruppen mit ökologischen Benachteiligungen oder auch mit dem Ausschluss aus der Umweltinfrastruktur in Beziehung gesetzt (siehe Robbins 2012).

Kultur- und sozialanthropologische Forschungen kommen zu dem Schluss, dass marginalisierte Bevölkerungsgruppen Abfall bisweilen als Protestmittel im politischen Widerstand einsetzen (Bouju 2009; Fredericks 2009). Umweltverschmutzung sei in diesem Zusammenhang weniger die Folge eines fehlenden Umweltbewusstseins als das sichtbare Zeichen für die Unzufriedenheit ärmerer Bevölkerungsschichten mit dem politischen System, der Korruption und den Lebensbedingungen. Die mutwillige Verschmutzung des öffentlichen Raumes weise darauf hin, dass den ärmeren StadtbewohnerInnen nur diese Ausdrucksform zur Verfügung stehe. Diese Überlegungen gehen in ihren Ansätzen auf Albert O. Hirschman (1981) zurück, der zwischen Abwanderung, Widerspruch und Loyalität als möglichen Reaktionsformen auf die verminderte Sicherstellung von Leistungen unterschied. Marginalisierte Bevölkerungsschichten haben meist nicht die Möglichkeit, sich in den Stadtvierteln, in denen eine bessere Lebensqualität garantiert wird, anzusiedeln. Den Menschen steht nur die Möglichkeit zur Verfügung, Widerstand zu leisten, also in Form von Protesten auf sich aufmerksam zu machen. Im Hinblick auf die Umweltproblematik in westafrikanischen Städten stellt sich die Fra-

ge, wie ärmere Bevölkerungsschichten auf Marginalisierung und fehlenden Zugang zur Infrastruktur reagieren. Versuchen die Menschen durch Proteste auf die untragbaren Lebensbedingungen hinzuweisen oder finden sie sich mit der Untätigkeit der EntscheidungsträgerInnen ab und nehmen die Organisation der Abfallwirtschaft selbst in die Hand?

Die Kritik am politischen System muss sich jedoch nicht auf Sabotageakte wie das Blockieren von Straßen mit Abfällen beschränken. Die Formen des alltäglichen Widerstandes wurden von James Scott (1990) sehr detailliert beschrieben.

Am Beispiel der Präsenz von Abfällen im öffentlichen Raum in Algier, der Hauptstadt Algeriens, wird klar, dass die Vorurteile der lokalen Autoritäten über die »schmutzigen StadtbewohnerInnen« ebenso tief sitzen wie die Desillusionierung der Stadtbewölkerung über den politischen Unwillen und die mangelhaften Kapazitäten der städtischen Müllabfuhr, die Stadt von ihren Abfällen zu befreien. Die Beziehung zwischen einer »tauben« Stadtverwaltung und einer »stummen« Bevölkerung wird so eindrucksvoll beschrieben:

»Dans les pays dits sous-développés les ordures symbolisent l'échec et la difficulté à gérer simultanément un pouvoir d'achat incertain et insuffisant, et un mode de consommation aléatoire. Elles sont la manifestation permanente de la rupture induite par la facilité à importer les indicateurs d'une autre croissance et la difficulté à (di)gérer les déchets. Leur présence perpétue le dialogue entre des gouvernants sourds, masquant leur illégitimité et incapacité, en se répétant que : 'Les gens sont sales', et une société muette (réduite au silence) pour laquelle le pouvoir 'n'est même pas capable d'enlever les ordures'. C'est ainsi que les muets parlent aux sourds par l'intermédiaire des détritiques« (Lesbet 1999 : 150).

Die Vermüllung des städtischen Raumes weist somit auf das permanente Nichtfunktionieren der Stadtverwaltung und die fehlende politische Legitimität der Stadtverwaltung hin (ebd.). Forschungen zur Abfallproblematik im subsaharischen Afrika kommen zu ähnlichen Schlussfolgerungen (Myers 2005; Onibokun 1999; Quénot 2010). Die Müllkrisen in Dakar, der Hauptstadt Senegals, in den Jahren 1988 und 2007 erfolgten zeitgleich mit einem Umbruch des politischen und wirtschaftlichen Systems (Fredericks 2009). Inwiefern Sabotagehandlungen, die unter Verwendung von Abfällen durchgeführt werden, zielführend sind, bleibt jedoch dahingestellt. In Bobo Dioulasso, der zweitgrößten Stadt Burkina Fasos, hätten die Menschen Anfang der 2000er Jahre aus Protest ihre Abfälle und Abwässer auf der Straße und in Entwässerungsgräben entsorgt. Diese Verzweiflungstaten wären jedoch nicht in der Lage, die politischen Strukturen zu verändern. Um tatsächlichen politischen Druck auszuüben, müssten die Protestaktionen besser durchdacht und organisiert sein (Bouju 2009).

Hier wird also die gewagte These aufgestellt, wonach die urbane Bevölkerung die städtische Umwelt mehr oder weniger bewusst verschmutzt, um auf Missstände aufmerksam zu machen. Inwiefern Vermüllung als explizit politische Ausdrucksform von ärmeren StadtbewohnerInnen beabsichtigt ist, bedarf jedoch näherer Überprüfung. Es könnte auch sein, dass ärmere Bevölkerungsschichten das Konzept des Bürgers/der Bürgerin im westlichen Sinne nicht auf sich anwenden. Wenn beispielsweise im französischen Rechtssystem von BürgerInnen (»citoyens/citoyennes«) die Rede ist, so sind

damit gewisse Pflichten verknüpft. Gleichzeitig wissen die BürgerInnen, dass ihnen im Gegenzug gewisse Rechte eingestanden werden. In postkolonialen afrikanischen Ländern, wo Korruption und Willkür an der Tagesordnung stehen bzw. die Mächtigen solcher verdächtigt werden, erwarten sich die Menschen nicht unbedingt, dass sie Rechte besitzen. Diese Einstellung kann zur Folge haben, dass auch bürgerliche Pflichten nicht ernst genommen werden.

1.3. Forschungsdesign

Wie in der theoretischen Einführung festgehalten, muss eine Vielzahl von Aspekten berücksichtigt werden, um sowohl das Phänomen der Armut als auch das Problem umweltgerechten Handelns umfassend zu erforschen. Dies hat einen wesentlichen Einfluss auf das Forschungsdesign, das nun vorgestellt werden soll. Die empirische Forschung wurde in zwei westafrikanischen Millionenstädten, Bamako (Mali) und Ouagadougou (Burkina Faso), durchgeführt. Die Wahl fiel auf diese zwei Städte, da sie sich sehr gut eignen, um die Fragestellung zu untersuchen. In beiden Städten führen die Entstehung von informellen Siedlungen an der städtischen Peripherie und die Verdichtung im Stadtzentrum dazu, dass die Entsorgung von Abfällen und Abwässern nur unzureichend gelöst ist. Der Anstieg der Lebenshaltungskosten kann ebenfalls in diesen westafrikanischen Städten beobachtet werden, während gleichzeitig die Einkommenssituation für einen Großteil der städtischen Bevölkerung weiterhin prekär bleibt. Auch wenn der Anteil der schulisch gebildeten StadtbewohnerInnen zunimmt und damit möglicherweise das Umweltbewusstsein steigt, können die Wohn- und Lebensbedingungen eine Hürde für umweltgerechtes Handeln darstellen. Da es sich um Städte in so genannten Entwicklungsländern handelt, kann die These überprüft werden, inwiefern die ungenügende Befriedigung von Grundbedürfnissen Ursache für ein wenig ausgeprägtes umweltfreundliches Verhalten ist. Die umweltrelevanten Handlungsweisen der ärmeren Menschen in den Städten können also sowohl im Hinblick auf die allgemeinen ökonomischen Zwänge als auch im Hinblick auf ihre Umweltwahrnehmung und ihr Wissen über die Risiken von Umweltverschmutzung analysiert werden.

Insgesamt habe ich drei Forschungsaufenthalte in Bamako und Ouagadougou durchgeführt. Ein erster einmonatiger Forschungsaufenthalt in Bamako im Jahr 2009 diente der Präzisierung der Forschungsfrage. Diese erste Orientierung im Feld und mehrere Gespräche mit ExpertInnen in Bamako waren für die Schwerpunktsetzung der weiteren Forschung hilfreich. Nach diesem Aufenthalt war es notwendig, meine Kenntnisse der afrikanischen Verkehrssprache Bambara zu verbessern, um die qualitativen Interviews während der folgenden Forschungsaufenthalte durchführen zu können. Der interdisziplinäre Workshop »Qualitative Sozialforschung in außereuropäischen Kontexten: Transdisziplinäre Sichtweisen«, den ich im Jahr 2011 gemeinsam mit KollegInnen organisierte, stellte eine gute Vorbereitung für die weiteren Forschungsaufenthalte dar. Im Rahmen des Workshops wurden eurozentrische Grundprinzipien qualitativer Forschungsansätze einer kritischen Analyse unterzogen und methodologische sowie forschungsethische Herausforderungen, auf welche ForscherInnen in außereuropäischen Kontexten stoßen, diskutiert. Der zweite Forschungsaufenthalt

in Bamako war für den Zeitraum von Oktober 2011 bis September 2012 geplant, aber die politischen Ereignisse in Mali führten dazu, dass der Aufenthalt im März 2012 unterbrochen werden musste. Die Unterbrechung habe ich dazu genutzt, um am Weltwasserforum in Marseille und am UN-Habitat Forum in Neapel im Jahr 2012 teilzunehmen. Die in diesem Rahmen – auf globaler Ebene – geführten Diskurse über Umwelt und Armut in der Praxis mitzuerleben, war sehr hilfreich. Ein Aufenthalt in Paris zum Zweck der Literaturrecherche im November 2012 machte es möglich, bestimmte Aspekte, die theoretisch noch zu wenig berücksichtigt worden waren, einzuarbeiten. Die in Frankreich gesammelte Literatur zu den Themen Umweltgeschichte Westafrikas, koloniale und postkoloniale Steuerpolitik und Stadtplanung sowie Mechanismen sozialer Sicherheit in Westafrika trug dazu bei, die theoretische Diskussion in dieser Hinsicht zu vertiefen. Der dritte Forschungsaufenthalt wurde von September 2013 bis Februar 2014 in Ouagadougou durchgeführt. Dank der beiden vorhergegangenen Feldforschungen in Bamako konnte ich in diesem neuen Umfeld relativ rasch einen Überblick über die relevanten Akteure im Bereich der Abfallwirtschaft und Siedlungshygiene gewinnen. Meine Vertrautheit mit den familiären und sozialen Strukturen in anderen westafrikanischen Städten erleichterte gleichfalls die Durchführung von Interviews und teilnehmender Beobachtung. Die politisch instabile Lage in Mali war der Grund dafür, dass ich während dieses Aufenthalts nur für einige Wochen nach Bamako zurückkehrte, um ein Projekt des Welternährungsprogramms im Bereich der Abfallwirtschaft mit zu verfolgen. Der Aufenthalt in Bamako ermöglichte einerseits, Erfahrungen des Projekts »Saniya Warri« im Bereich des Recyclings aus erster Hand zu erhalten und andererseits meine durch den Militärputsch unterbrochene Forschung fortzusetzen und die geplanten Interviews mit Familien und Frauengruppierungen durchzuführen.

Aus einer Forschung, die ursprünglich nur in Bamako hätte stattfinden sollen, entstand also aufgrund der prekären Sicherheitslage in Mali eine ethnographische Forschung in Mali und Burkina Faso. Damit war zwar ein erhöhter Aufwand für die Vorbereitungen der Feldforschung verbunden, aber es können auch einige Vorteile aufgezählt werden: Die soziale Einbettung in das Forschungsfeld gestaltete sich wegen der Gastfamilien in Bamako und Ouagadougou unterschiedlich und machte mir die Vielfaltigkeit von Lebensformen in der Stadt bewusst. Während meine Gastfamilie in Bamako bereits seit zwei Generationen in der Stadt lebte und trotz prekärer Lebensumstände gesellschaftlich integriert war, war meine Gastfamilie in Ouagadougou erst vor zwanzig Jahren in die Stadt gezogen und ihre sozialen Kontakte beschränkten sich vorwiegend auf Menschen mit demselben sprachlichen und ethnischen Hintergrund. Weiters war der Zugang zum Forschungsfeld jeweils anders. In Bamako bestanden infolge einer früheren Forschung (Chevron et al. 2002) gute Beziehungen zu einem mali-schen Kulturanthropologen, Gaoussou Traoré, sowie dem Leiter des Dachverbands der Kleinunternehmen in der Abfallwirtschaft, Bamadou Sidibé, und viele weitere Kontakte ergaben sich aus diesem ersten Forschungseinstieg. In Burkina Faso war mein erster Anknüpfungspunkt ein Forscher an der Universität von Ouagadougou, Issa Sory, und dank seiner Unterstützung konnte der Kontakt mit weiteren Schlüsselpersonen aufgenommen werden. Eine solche ethnographische Forschung konnte also zu einer Erweiterung der Perspektiven auf die Phänomene Armut und umweltgerechtes Verhal-

ten beitragen. Die Forschung in zwei westafrikanischen Städten hatte schließlich den Vorteil, dass lokale politische und räumliche Besonderheiten in ihrer Bedeutung nicht überschätzt wurden, sondern überregionale Gemeinsamkeiten hervortreten konnten. Die Forschungsdauer von insgesamt zwölf Monaten erlaubte es mir, Vertrauen zu den Menschen vor Ort aufzubauen und damit Verzerrungen in der Interaktionssituation wie z.B. soziale Erwünschtheit zu minimieren. Überdies konnte ich durch längere und mehrmalige Aufenthalte Veränderungen und Entwicklungen mitverfolgen und somit auch ein Verständnis für Prozesse gewinnen. Während der Unterbrechung meiner Forschungsaufenthalte sowie nach meiner Rückkehr nach Österreich blieb ich über Internet und Telefon mit Schlüsselpersonen in Kontakt und konnte so den Informationsstand regelmäßig aktualisieren.

Die Auswahl der InterviewpartnerInnen erfolgte nach dem Prinzip der theoretischen Sättigung, es wurde auch darauf geachtet, dass möglichst unterschiedliche Institutionen und Personengruppen befragt werden. Der Kontakt zu den InterviewpartnerInnen wurde sowohl mittels einer offiziellen Anfrage als auch durch das Schneeballsystem hergestellt, womit versucht wurde, einen möglichst breiten Zugang zum Feld zu erhalten. Der Aufbau von sozialen Netzwerken in Bamako und Ouagadougou stellte sich als unersetzliche Ressource heraus. Viele Kontakte zu WissenschaftlerInnen, PraktikerInnen, PolitikerInnen oder auch Haushaltsvorständen konnten nur durch den Rückgriff auf bestehende Kontakte etabliert werden.

Als Kultur- und Sozialanthropologin war für mich die Lebensrealität ärmerer StadtbewohnerInnen sehr wichtig. Aus diesem Grund wohnte ich sowohl in Bamako als auch in Ouagadougou bei einer Gastfamilie. Die Schwierigkeiten des Alltags wie auch die familiäre und nachbarschaftliche Integration meiner Gastfamilien konnte ich so aus nächster Nähe erleben. Überdies halfen mir ForschungsmitarbeiterInnen, Aussagen, Handlungen und Geschehnisse besser zu verstehen. Die Forschungsk Kooperation mit dem Dachverband der Kleinunternehmen in der Abfallwirtschaft in Mali gewährte mir schließlich einen Einblick in lokale politische Zusammenhänge und die Rolle der internationalen Entwicklungszusammenarbeit. Ein partizipativer Ansatz erwies sich somit auch für meine Forschung als gewinnbringend.

Die Datengrundlage der qualitativen Forschung stützt sich auf 38 ExpertInneninterviews mit einheimischen WissenschaftlerInnen und VertreterInnen von Umweltbehörden, kommunalen Strukturen und (inter-)nationalen Organisationen. Mit Haushalten in zentrumsnahen Stadtvierteln, in Vierteln in städtischer Randlage und in informellen peri-urbanen Siedlungen wurden insgesamt 25 halbstrukturierte Leitfadenterviews geführt. Fokusgruppeninterviews mit sieben Frauenvereinigungen und einer Gruppe von Gemüsegärtnern und -gärtnerinnen bilden eine wichtige Ergänzung des Datenmaterials. Die teilnehmende Beobachtung in Haushalten, in umweltrelevanten Arbeitsfeldern und bei Konferenzen in Bamako und Ouagadougou fließt ebenfalls in die Auswertung und Interpretation der Ergebnisse ein.

1.4. Einteilung

Dieses Buch ist grob in zwei Teile unterteilt: Nach der Einleitung umfasst der Theorieteil die Kapitel 2 bis 5. Anschließend werden im empirischen Teil, also in Kapitel 6 und 7, die empirische Vorgangsweise und die Ergebnisse dargestellt.

Im Theorieteil stelle ich theoretische Zugänge zu den Themenbereichen Armut, Umwelt und Stadt sowie handlungstheoretische Ansätze vor. Die Diskussion unterschiedlicher Konzepte soll sowohl die Komplexität der Problematik aufzeigen als auch die Brauchbarkeit und die Grenzen der Erklärungsansätze sichtbar machen.

Im zweiten Kapitel setze ich mich mit Armutskonzepten auseinander, wobei ich auch aufzeige, welche Formen der Armutsmessung existieren. Dies ist insofern relevant, als international vergleichbare statistische Maßzahlen bei der Bewertung von Armut und der Planung von Maßnahmen zur Armutsminderung die Diskussion beherrschen. Gleichzeitig werden nichtökonomische Aspekte von Armut, die sozial und kulturell geprägt sind, ausgeblendet. Quantitative Armutsmessungen werden multidimensionalen Ansätzen gegenübergestellt und die jeweiligen Schwierigkeiten dieser Ansätze diskutiert. Während die multidimensionale Messung von Armut zwar auch strukturelle Faktoren wie den Zugang zu Infrastruktur berücksichtigt, scheint die Auswahl der Indikatoren doch häufig willkürlich gewählt. Die Theorie der Verwirklichungschancen, die von Amartya Sen (2002) und Martha Nussbaum (2006) geprägt wurde, wird als alternativer Ansatz vorgestellt. Die Freiheit, eigenständige Entscheidungen zu treffen und die Möglichkeit, selbst gesetzte Ziele zu verfolgen, werden hier als zentral erachtet. Dieser Zugang zu Armut erweist sich jedoch vor dem afrikanischen Hintergrund nur als eingeschränkt anwendbar. Einerseits beschränkt sich dieser theoretische Zugang weitgehend auf den Handlungsspielraum von Individuen und andererseits wohnt dem Konzept der Verwirklichungschancen ein gewisser Idealismus inne. Aus diesem Grund werden afrikanische Theorieansätze, die auf Julius Nyerere (1973) und Henry Odera Oruka (1997) zurückgehen, vorgestellt. Beide Ansätze sind explizit im afrikanischen Kontext entwickelt worden und definieren die Befriedigung von Grundbedürfnissen als Voraussetzung für das Anstreben anderer Ziele. Außerdem werden sowohl informelle Wege der Armutsbekämpfung wie gegenseitige Solidarität als auch nationale und globale Armutsreduktionsstrategien vorgestellt. Abschließend gehe ich anhand von sozialwissenschaftlichen Handlungstheorien auf die Möglichkeiten und Einschränkungen des Handelns von einzelnen Menschen ein. Zu diesem Zweck werden Reflexionen über die Bedeutung von Ressourcen und Wissen, welche Menschen zur Verfügung stehen, angestellt, und die Fähigkeiten von Menschen, nutzbringende Handlungsstrategien zu entwickeln, erörtert.

Das dritte Kapitel befasst sich mit der Frage nach dem Umweltbewusstsein und dem Umweltschutz, wobei interdisziplinäre Zugänge wichtig sind. Umweltpsychologische Ansätze unterscheiden im Hinblick auf umweltorientiertes Handeln zwischen egoistischen, altruistischen und ökozentrischen Werthaltungen (De Groot und Steg 2008). Inwiefern das Prinzip der Nutzenmaximierung und das Trittbrettfahrerproblem zur Zerstörung der Umwelt beitragen, wird ebenso diskutiert wie Gegenentwürfe, die den sozialen Zusammenhalt in einer Gemeinschaft und interne Regulierungsmechanismen als Lösungsstrategien für Umweltkrisen betrachten. Kultur- und sozialanthropo-

logische Ansätze werden herangezogen, um die Parallelen zwischen der Verschmutzung der Umwelt und der Überschreitung von Grenzen im symbolischen Sinn aufzuzeigen (Douglas [1966] 2003). Auf welche Art und Weise Sanktionen erfolgen und der ursprüngliche Zustand durch (symbolische) Reinigung wiederhergestellt werden kann, wird ebenfalls dargelegt. Darüber hinaus wird die Frage nach der Verantwortung bei umweltschädigendem Verhalten gestellt und das Thema Umweltgerechtigkeit angeschnitten. Das Umweltbewusstsein der Menschen in westafrikanischen Städten lässt sich nur analysieren, wenn auch kulturelle Vorstellungen in Zusammenhang mit Umweltverschmutzung (vgl. Chevron 2002) berücksichtigt werden. In welchem Ausmaß Menschen durch kulturelle Schemata geprägt sind oder aber kreativ handeln können, wird anhand von kulturanthropologischen Ansätzen diskutiert. Clifford Geertz (1973) Unterscheidung zwischen Kultur als Denkmodell und Kultur als handlungsanleitendem Modell sowie Marshall Sahlins (1986) Konzept der Instrumentalisierung von kulturellen Symbolen sind hier von besonderer Bedeutung.

Das vierte Kapitel geht auf die historische Stadtentwicklung ein, die grundlegend für die heutigen Wohn- und Lebensbedingungen in den westafrikanischen Städten ist. Die letzten hundert Jahre Stadtplanung werden aufgerollt und Maßnahmen von der Kolonialzeit bis in die Gegenwart analysiert. Das Problem der Infrastruktur für die Abfall- und Abwasserentsorgung findet besondere Berücksichtigung und wird sowohl für Bamako als auch für Ouagadougou im Hinblick auf den Zugang und die Finanzierung erörtert. Schließlich wird der menschliche Umgang mit technologischen Gegebenheiten erörtert, da davon ausgegangen wird, dass Technologien gewisse Nutzungsgewohnheiten erleichtern, während sie andere erschweren. Technologien, die als angepasst bezeichnet werden, werden auf ihre inhärenten Merkmale untersucht, die umweltgerechtes Handeln möglich machen können (Jelsma und Knot 2002).

Im fünften Kapitel setze ich mich in theoretischer Hinsicht mit dem Konzept des »Rechts auf die Stadt« (Lefebvre 1968) auseinander, da hier einerseits die Aspekte Teilnahme und Mitbestimmung und andererseits der Aspekt Aneignung besonders thematisiert werden und dies zur Behandlung der Forschungsfrage wichtig erscheint. Das Kapitel setzt mit einer Analyse der Auswirkungen der zunehmenden Urbanisierung auf die Lebensweisen der StadtbewohnerInnen fort. Schließlich wird anhand von sozialwissenschaftlichen Zugängen diskutiert, inwiefern Routinen in Zeiten sozialen Wandels beibehalten werden oder aber sich verändern.

Im empirischen Teil werden zuerst die Forschungsanordnung und die Vorgehensweise näher begründet sowie anschließend die Forschungsergebnisse vorgestellt.

Im sechsten Kapitel werden methodologische Fragen eingehend diskutiert. Die Wahl des Forschungsfeldes und der qualitativen Methoden, die bereits vorher angeschnitten wurden, werden hier näher begründet. Die Forschungsannahmen, welche sowohl den methodologischen Zugang als auch die inhaltliche Themenabgrenzung beeinflusst haben, werden offen gelegt. Das Kapitel geht weiters auf die Herausforderungen und Schwierigkeiten, als europäische Kultur- und Sozialanthropologin in westafrikanischen Städten zu forschen, ein. Schließlich bietet das Kapitel einen Überblick über die Datengrundlage und Informationen zur Auswertung und Interpretation der Daten.

Im siebten Kapitel widme ich mich der Präsentation und der Interpretation der Forschungsergebnisse. Aspekte, die für den Zusammenhang von Armut und umweltgerechtem Handeln von Relevanz sind, werden im Detail erläutert. Einerseits werden die Wohnbedingungen und der Zugang zu Infrastruktur bzw. die Zahlungsfähigkeit für Entsorgungsleistungen beschrieben. Im Hinblick auf die verfügbaren finanziellen Mittel ärmerer StadtbewohnerInnen versuche ich, Subventionsmaßnahmen zu evaluieren und diskutiere die Rolle der informellen Dienstleister. Weiters thematisiere ich die Zuschreibung von Verantwortung für den Umweltschutz und das Problem der Korruption bzw. der Straflosigkeit in Bezug auf die Stadtverwaltung. Das Umweltbewusstsein der ärmeren StadtbewohnerInnen wird schließlich im Zusammenhang mit sozial definierten Prioritäten und der Haushaltslogik erörtert.

Im Schlusskapitel werden die Erkenntnisse aus der theoretischen Auseinandersetzung und der empirischen Forschung noch einmal zusammengefasst. Die eingangs gestellten Fragen nach dem Stellenwert des Umweltschutzes in der Bedürfnishierarchie, der Bedeutsamkeit traditioneller Umweltethiken sowie der politischen Dimension des Umweltproblems werden beantwortet. Lösungsvorschläge werden sowohl im Hinblick auf finanzielle Hürden als auch das Mitspracherecht der ärmeren StadtbewohnerInnen formuliert.

2. Armut: Konzept und Theorien

2.1. Armut im historischen Wandel

Begriffe wie »Armut«, »ärmere Bevölkerungsschichten« oder »städtische Arme« erwecken unterschiedliche Assoziationen, wobei im afrikanischen Kontext häufig Bilder von unterernährten und kranken Menschen oder unzumutbaren Lebensbedingungen in städtischen Elendsvierteln entstehen. Die Massenmedien tragen seit Jahrzehnten dazu bei, dass sich dieser Eindruck von der Armutsproblematik in afrikanischen Ländern erhärtet und Armut als konstanter, lebensbedrohender Zustand gesehen wird (Kosciulek 2013). Diese Wahrnehmung ist zwar nicht unbedingt falsch, aber sie beschränkt sich auf die unmittelbar sichtbaren Aspekte von Armut. Inwiefern Armut für Menschen in afrikanischen Ländern mit zusätzlichen Entbehrungen, Einschränkungen und Unsicherheiten einhergeht, wird in der medialen Berichterstattung meist zu wenig berücksichtigt. Es findet also keine Reflexion darüber statt, dass das Verständnis von Armut aufgrund von internen und externen gesellschaftlichen Einflüssen einem ständigen Wandel unterworfen ist. Aus einer sozialwissenschaftlichen Perspektive ist es erforderlich, die historischen und geographischen Gegebenheiten sowie die wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Verhältnisse, welche die Art und Weise, Armut zu bestimmen, beeinflussen, zu berücksichtigen. Ein historischer Rückblick auf die Beschreibungen der afrikanischen Völker zu Beginn der Kolonialzeit macht dies deutlich. David Livingstone habe bei seinen Reisen durch das südliche Afrika und Zentralafrika Mitte des 19. Jahrhunderts über angepasste Agrartechniken, eine weitgehend zufriedenstellende Ernährungssituation und nur örtlich begrenzt auftretende Krankheiten berichtet. Er hätte so ein Bild von gesunden, kraftstrotzenden und im Einklang mit der Natur lebenden AfrikanerInnen vermittelt (Rijpma 2015). Faktoren wie Landlosigkeit oder eine ausgeprägte ökonomische Stratifizierung, die in den europäischen Industrieländern zur Verarmung der Landarbeiter und Fabrikarbeiter geführt hatten, spielten in Afrika keine Rolle, weshalb während der Kolonialzeit weiterhin der Glaube aufrechterhalten wurde, es gebe in der autochthonen Bevölkerung keine Armut (siehe Iliffe 1987). Dieses Bild entsprach manchen HistorikerInnen zufolge nicht vollständig der Realität, denn das Phänomen Armut sei in afrikanischen Ländern auch zu damaliger Zeit nicht unbekannt gewesen. Auch in vorkolonialer Zeit hätten

Klimaschwankungen, politisch instabile Verhältnisse, Sklaverei oder ein strenges Steuersystem Menschen in den verschiedensten Regionen Afrikas wiederholt in die Armut geführt (ebd.). Allerdings wurden Not leidende Mitglieder wie Kranke, Alte und Waisenkinder wurden von der afrikanischen Großfamilie und Sippe versorgt. Und auch einige andere Mechanismen hatten dazu beigetragen, die Not zu lindern oder sogar der Armut zu entkommen. Am weitesten verbreitet war John Iliffe zufolge die Abhängigkeit von GönnerInnen, die auf informelle und individuelle Weise ihre Barmherzigkeit den Armen zuteilwerden ließen. Zusammenschlüsse der Armen mit dem Ziel, sich gegenseitig zu unterstützen – wie es sie beispielsweise bei den »Unberührbaren« in Indien gegeben habe – waren in afrikanischen Ländern hingegen selten anzutreffen gewesen. Schließlich hat es in den christlich geprägten Ländern wie Äthiopien sowie in den islamisch geprägten Ländern Westafrikas eine organisierte Wohlfahrt gegeben, welche sich um bedürftige Menschen kümmerte. Bei den ethnischen Gruppen der Mande in Westafrika hat diese institutionalisierte Armenfürsorge dazu beigetragen, dass das Ausmaß der Verelendung in vorkolonialer Zeit relativ gering gewesen war. Die Wahrnehmung von Armut und der Umgang mit armutsgefährdeten Menschen sind demnach abhängig von der familiären und gesellschaftlichen Organisation. Die Analyse von Begriffen in den lokalen afrikanischen Sprachen ist nach John Iliffe (ebd.) gut geeignet, um diese Verknüpfungen aufzuzeigen. So bezeichnet der Begriff »umphawi« für den Armen/ die Arme auf Chichewa, einer in Malawi und anderen Ländern des südlichen Afrikas gesprochenen Sprache, das Fehlen von Verwandten und FreundInnen. In Westafrika weist der Begriff »fangantan« auf die Verschränkungen zwischen den wirtschaftlichen und politischen Lebensbedingungen hin. Die Armen sind hier nicht nur mittellose Menschen, sondern Menschen, deren Einflussphäre sehr begrenzt ist. In der dichotomen Vorstellung stehen demnach die Armen den Reichen und Mächtigen gegenüber:

»Most savanna peoples distinguished linguistically between two broad classes of the powerful and the weak. Indeed, in the Malinke language of the Mande family the normal word for both »poor« and »indigent« in the late nineteenth century, *fangantan*, was the negative form of a word, *fanga*, meaning both »power« and »wealth« (Iliffe 1987: 41).

In jeder Gesellschaft kann es aufgrund von sozialen Hierarchien und kultureller oder religiöser Diversität widerstreitende Annahmen über die Ursachen, Merkmale und Auswirkungen von Armut geben. Die in zentralisierten Reichen lebenden Gesellschaften in Westafrika waren über Jahrhunderte hinweg durch eine hierarchisch aufgebaute soziale Organisation charakterisiert. Im Königreich der Mossi im heutigen Burkina Faso wurde in vorkolonialer Zeit das einfache Volk der aristokratischen Klasse gegenübergestellt, wobei die nichtadligen Gesellschaftsmitglieder ehemals »Talsé« genannt wurden. Interessanterweise handelt es sich hier um einen Begriff, der heute die monetär Armen bezeichnet (Kinda 1987). Armut scheint demnach vor allem mit dem sozialen Rang zu korrelieren und auf eine hierarchisch strukturierte Gesellschaft zurückgeführt werden zu können. In solchen Gesellschaften entscheidet der zugeschriebene Status über den sozialen Aufstieg.

Hier wird der zugeschriebene Status von der eigenen Leistung und Fähigkeit, Vermögen aufzubauen oder aufrecht zu erhalten, abhängig gemacht. Historische For-

schungen belegen, dass in Westafrika die Personen aristokratischer Abstammung die Zugehörigkeit zu den aristokratischen Familien verloren, wenn sie die an sie gestellten Anforderungen nicht erfüllen konnten. Die Abstammung von einer herrschenden Klasse zählte nicht, wenn nicht auch entsprechende Leistungen vollbracht oder ein gewisses Vermögen angehäuft wurde:

»En effet, le Horon [der Adelige, Übersetzung der Autorin] est considéré en fonction de son sang, de ses activités ou de sa fortune; guerrier, lettré ou riche, il a droit de cité et peut jouer un rôle important dans la vie du pays. Pauvre, il n'a aucune considération, fût-il descendant d'une famille qui s'était jadis couverte de gloire et d'honneur« (N'Diaye 1995 : 16).

Die Nachkommen bedeutender Familien, die selbst wenig Ruhm und Vermögen erlangt hatten, wählten aus diesem Grund das Exil oder gliederten sich in die hierarchisch niedriger positionierte Berufsgruppe der Handwerker und Musiker, die so genannten »nyamakala«, ein. Die traditionelle Unterteilung in Adelige und Angehörige bestimmter Berufsgruppen unterlag seit Beginn des 20. Jahrhunderts großen Veränderungen und hat heute in dieser Form keine Gültigkeit mehr. Dennoch bestehen manche Attribute in veränderter Form weiter: In Klientelbeziehungen zeichnet sich ein mächtiger und reicher Patron durch Großzügigkeit, Gewandtheit und Diskretion aus, während sich der »untergebene Arme« durch Respekt und Fügsamkeit revanchiert (Bouju 2002). Und während die einfache Bevölkerung Armut offen zur Schau stellen und ohne Scham Spenden entgegennehmen kann, verbietet es der Stolz den Menschen mit aristokratischer Abstammung, andere um Hilfe zu bitten (De Suremain und Razy 2011).

Der stattgefundene religiöse Wandel im Laufe der Jahrhunderte in den westafrikanischen Gesellschaften hatte gleichfalls Auswirkungen auf das Armutsverständnis. In vorislamischen afrikanischen Zeiten wurde BettlerInnen mit Misstrauen begegnet, denn ihre Situation wurde als Folge der Überschreitung von Tabus interpretiert. Die »Armen« wurden aufgrund ihres Fehlverhaltens für ihr Missgeschick selbst verantwortlich gemacht. Im Islam hingegen werden Bedürftige von Anfang an unterstützt, wenn sie guten Willens sind und sich aus ihrer Situation befreien wollen. Mit dem »Zakat« als verpflichtender Gabe von Almosen und der »Sadaqa« als freiwilliger Gabe wurden im Islam zwei Wohlfahrtsleistungen geschaffen, welche Hilfesuchende unterstützen (Vuarin 2000).

Diese historischen Veränderungen und gesellschaftlichen Entwicklungen gilt es zu beachten, wenn urbane Armut in westafrikanischen Städten des beginnenden 21. Jahrhunderts thematisiert werden soll. Zwar hat die Einführung der Marktwirtschaft, die Diversifizierung der Einkommensquellen und die Abschwächung der traditionellen Hierarchien die überlieferten Auffassungen von sozialem Status verändert, aber manche Vorstellungen über die Rechte und Pflichten der Armen und Reichen sind weiterhin relevant. So können gegenwärtige Formen der Solidarität nicht verstanden werden, wenn nicht die historisch gewachsenen Erwartungshaltungen und Interdependenzen innerhalb von Familien berücksichtigt werden. Gleichfalls kann der Umstand, dass das institutionelle Angebot der Wohlfahrt und Armutsbekämpfung auch heutzutage noch unzureichend und unwirksam ist, nur vor dem Hintergrund der Kolonialgeschichte und der Staatsentwicklung in den afrikanischen Ländern nachvollzogen werden.

Theoretische Ansätze zum Thema Armut werden bisweilen von einem konkreten zeitgeschichtlichen und politischen Entstehungskontext beeinflusst. So hätten im französischen Kolonialreich Vorstellungen über Rassenunterschiede dazu geführt, dass schwarzhäutigen AfrikanerInnen bis in die 1930er Jahre andere Bedürfnisse als den weißen EuropäerInnen zugeschrieben wurden. Bestimmte Krankheitsbilder in der afrikanischen Bevölkerung in Westafrika seien beispielsweise nicht auf die Mangelernährung, sondern auf genetische Grundlagen zurückgeführt worden. Ebenso seien psychologische und soziale Besonderheiten der Kolonialiserten, welche maßgeblich zu ihrer »Unterentwicklung« beigetragen hätten, nicht im Zusammenhang mit den Lebensbedingungen, sondern als Folge von biologischen Ursachen gesehen worden (Bonnecase 2011). Nach dem Zweiten Weltkrieg hätte sich die Wahrnehmung von Armut gewandelt, denn der Kolonialismus sei immer stärkerer Kritik ausgesetzt gewesen. Frankreich hätte deshalb Anstrengungen unternommen, um die Lebensbedingungen der Bevölkerung zu verbessern und damit die Kolonialpolitik legitimieren zu können. Zu diesem Zweck sei im Jahr 1946 ein Investitionsfonds für die ökonomische und gesellschaftliche Entwicklung der Überseegebiete eingerichtet und die medizinische Grundversorgung in den Kolonialgebieten ausgeweitet worden (ebd.).

Darüber hinaus hatten aber auch globale Entwicklungen Einfluss auf das Armutsverständnis in Westafrika. Die statistische Erhebung und der internationale Vergleich von standardisierten volkswirtschaftlichen Kennzahlen wie dem Bruttoinlandsprodukt prägten seit der Unabhängigkeit der afrikanischen Länder die staatlichen Maßnahmen. So hatte der erste Präsident der Republik Mali, Modibo Keita, Anfang der 1960er Jahre ein jährliches Wirtschaftswachstum von acht Prozent angestrebt, weltweit eines der ehrgeizigsten Ziele der damaligen Zeit (siehe ebd.). Und auch die Schaffung von Kategorien wie jene der »Least Developed Countries«, also der am wenigsten entwickelten Länder, durch die Vereinten Nationen im Jahr 1968 und die damit verknüpften finanziellen Zuwendungen der Entwicklungshilfe waren für das Selbstverständnis der jungen unabhängigen afrikanischen Staaten bedeutsam. Bis heute kann die Armutsproblematik in Westafrika ohne die Verbindungen zur internationalen Entwicklungszusammenarbeit nur zum Teil verstanden werden, wie folgendes Zitat zeigt: »Avant, même s'ils n'avaient rien à manger, les gens ne savaient pas qu'ils étaient pauvres. Aujourd'hui, même s'ils ont à manger, ils le savent« (Somda 2009). Früher wären sich die Menschen also ihrer Armut trotz fehlender Ernährung nicht bewusst gewesen. Heute wüssten sie, dass sie arm sind, auch wenn sie genug zu essen haben. Armut ist eine der wichtigsten Kategorien in der gegenwärtigen Entwicklungspolitik und bestimmt die politische und wirtschaftliche Maßnahmengestaltung binationaler sowie multilateraler Kooperationsprogramme und Abkommen. Inwiefern der Armutsdiskurs in Mali und Burkina Faso von externen Paradigmen, Zielen und Forderungen dominiert wird, muss daher hinterfragt werden.

Die Konzeptualisierung von Armut basiert auf unterschiedlichen epistemologischen Grundlagen. In diesem Kapitel wird Armut daher aus mehreren Perspektiven analysiert. Im ersten Abschnitt werden monetäre und quantitative Armutsbestimmungen präsentiert. Die Armutsindikatoren entstammen sowohl nationalen als auch internationalen Erhebungen und Statistiken. In Folge werden multidimensionale Erklärungsansätze zum Thema Armut vorgestellt, die von einer rein monetären Be-

trachtung abrücken und auch Aspekte wie den Zugang zu Dienstleistungen einbinden. Die theoretische Auseinandersetzung zu Armut als Fehlen von Verwirklichungschancen wird anschließend durch den philosophischen Zugang von Amartya Sen erörtert. Darauf folgend werden anhand von Forschungen in Westafrika Solidaritätsstrategien vorgestellt, welche Bezug auf kultur- und sozialanthropologische Konzepte wie »kulturelles Repertoire«, »symbolische Grenze« oder »kulturelles Kapital« nehmen. Abschließend werden staatliche und internationale Armutsreduktionsmaßnahmen präsentiert.

2.2. Quantitative Armutsmessungen

Der Großteil der Analysen von Armut in westafrikanischen Ländern bedient sich quantitativer Erhebungen. Statistiken besagen, dass sich im Jahre 2014 19 Prozent der EinwohnerInnen in Bamako und 25 Prozent in Ouagadougou unter der nationalen Armutsgrenze befanden (The World Bank 2014). Indikatoren und Maßzahlen werden im Allgemeinen von staatlichen Behörden sowie von internationalen Organisationen erhoben, um das Phänomen Armut greifbar zu machen und in weiterer Folge Grundlagen für die Planung von Armutsreduktionsmaßnahmen zu bilden. Die Quantifizierung von einem Phänomen wie das der Armut kann man kritisch betrachten, aber dies weist auch einige Vorteile auf: So können sowohl Veränderungen zwischen zwei Erhebungszeitpunkten untersucht werden als auch internationale Vergleiche gezogen werden. EntscheidungsträgerInnen können aus diesen Zahlen Prioritäten für die Durchführung von Maßnahmen ableiten. Die Suche nach objektiven Kriterien zur Bestimmung von Armut macht Armut heute allerdings zu einem verwalteten und regulierten Phänomen. Das Schlagwort »Evidence Based Policy«, also faktengestützte Politikgestaltung, zeigt, welchen Stellenwert Statistik heute für politische Zielsetzungen hat. In den Forschungsberichten vieler internationaler Organisationen, die sich die Armutsreduktion zum Ziel gesetzt haben, herrscht ein positivistischer Zugang vor. Empirischen Daten wird eine entscheidende Rolle zugeschrieben und in angewandten Armutsforschungen oft eine Kombination aus Bedürfnisanalysen, dem Konsumniveau und Ernährungsdaten verwendet. Armut wird dann als fehlende Befriedigung von Bedürfnissen verstanden. Aus kulturanthropologischer und sozialwissenschaftlicher Sicht ist diese Betrachtungsweise nicht unproblematisch, denn sie führt zu einer Essentialisierung des Armutsbegriffs. Vermeintlich eindeutig bestimmbare Kriterien für Armut werden als unveränderlich betrachtet und ohne Berücksichtigung des Kontexts oder kulturell verschiedener Interpretationen universell angewandt.

Die häufigste und nach wie vor eine der grundlegenden Formen quantitativer Erhebungen stützt sich auf die Messung von Einkommen. Heute spielt der monetäre Ansatz, der vom Vorhandensein von konkreten Bedürfnissen ausgeht, eine große Rolle. Demnach benötigt jeder Mensch ein gewisses materielles Minimum zum Lebenserhalt. Aufgrund des leichteren Zugangs hat es sich eingebürgert, dieses materielle Minimum an den verfügbaren finanziellen Mitteln zu messen. Die Messung von monetärer Armut sollte es möglich machen – so die Grundidee – eine einfache Trennung zwischen den »Armen« und den »Nichtarmen« zu ziehen. Zu diesem Zweck wurde im Jahr 1990 von

der Weltbank eine »internationale Armutslinie« entwickelt, die seitdem mehrmals angehoben wurde. Im Zeitraum von 2008 bis 2015 wurden alle Menschen, denen täglich weniger als 1,25 US\$ zur Verfügung standen, als extrem arm eingestuft. Im Jahr 2015 wurde aufgrund der Neuberechnung der Kaufkraftparitäten in den 15 Entwicklungsländern, die als Basisländer dienen, die Armutslinie auf 1,9 US\$ korrigiert (The World Bank 2016).

Eine alternative Konzeptualisierung von Armut bezieht sich auf die Einkommenssituation in einem bestimmten Land. Indem nicht die absolute Einkommenshöhe einer Person betrachtet, sondern ihr Einkommen im Verhältnis zum Volkseinkommen gesehen wird, wird die Armut als Konzept relativiert. Die Einkommensverteilung in der gesamten Bevölkerung wird erhoben und danach diejenigen als arm kategorisiert, die im Vergleich zu einem bestimmten Bevölkerungsanteil weniger verdienen. Gewöhnlich wird die Einkommensarmut anhand eines 40-, 50- oder 60-prozentigen Medianeinkommens berechnet (OECD 2008).

Ein Erklärungsansatz, der für den afrikanischen Kontext von Lipton (1986) weiterentwickelt wurde, setzt mangelndes Einkommen mit mangelndem Konsum in Beziehung und misst den Anteil des Haushaltsbudgets, der für Ernährung ausgegeben wird¹. Als besonders arm werden diejenigen bezeichnet, deren Ernährung weniger als achtzig Prozent der erforderlichen Kalorienzufuhr garantiert und deren Ausgaben für Ernährung mehr als achtzig Prozent der gesamten Haushaltsausgaben ausmachen. Die »extrem Armen« würden demnach die Priorität der Ausgaben auf Ernährung legen und dennoch von Unterernährung bedroht sein (Lipton 1986). Dieses Konzept wurde ursprünglich für die Messung von Armut in ländlichen Gebieten Afrikas verwendet und kommt bis heute im urbanen Raum selten zum Einsatz.

Mittlerweile gibt es weitaus differenziertere Analysemethoden für die Messung von monetärer Armut in afrikanischen Ländern. Manche Studien unterscheiden zwischen chronischer und vorübergehender monetärer Armut (Hulme 2003), andere Studien differenzieren zwischen dem Ausmaß, der Tiefe und der Schwere von monetärer Armut (Minujin und Delamonica 2005). Es wird hier nicht nur erhoben, wie viele Menschen unter eine bestimmte Armutslinie fallen, sondern auch wie groß der Einkommensunterschied ist, der sie von den »Nichtarmen« trennt. Schließlich berücksichtigt dieser Ansatz die Ungleichverteilung der Einkommen in einer Bevölkerung.

Die monetäre Armutsmessung wird in vielen westafrikanischen Ländern seit mehreren Jahrzehnten durchgeführt und stellt oft die einzige landesweite Analyse der Armutproblematik dar. Dennoch haben viele Studien nur eine räumlich oder zeitlich begrenzte Aussagekraft. So weist eine Studie über monetäre Armut in Bamako nach, dass in den 1990er Jahren die Armut im urbanen Raum leicht angestiegen sei (Günther et al. 2006). Die Erhebungen der nationalen Statistikbehörde (INSTAT 2011 c) für den Zeitraum 2001–2010 ergaben, dass die Armut in Bamako von 2001 bis 2006 leicht zurückgegangen, bis 2010 jedoch wieder leicht angestiegen sei. Die statistischen Daten

1 Erstmals wurden diese Berechnungen nach dem Ersten Weltkrieg im Jahr 1918 für die Arbeiterschaft in Großbritannien durchgeführt (siehe Gazeley 2013). Forschungen, die sich während der Kolonialzeit mit der Ernährungssituation in afrikanischen Ländern befassten, fokussierten weniger auf marktwirtschaftliche Strukturen als auf die Subsistenzwirtschaft (Richards ([1939] 1995).

zeigen also keine eindeutige Tendenz der Armutsentwicklung auf, sondern scheinen von großen Schwankungen gekennzeichnet zu sein. Problematisch ist es darüber hinaus, dass durch die heterogene Datengrundlage und unterschiedliche Messinstrumente von amtlicher und wissenschaftlicher Statistik die Ergebnisse kaum vergleichbar sind.

Die Kritik an quantitativen Armutsmessungen betrifft mehrere Aspekte. Kritik wird an der Berechnung der Armutslinie geübt, denn diese berücksichtigt die Inflation nur unzureichend und überschätzt die Kaufkraft des US-Dollars im Ausland. Wäre die Teuerungsrate in den 2000er Jahren einbezogen worden, dann wäre die Armutsgrenze im Jahr 2008 nicht auf 1,25 US\$, sondern auf 1,45 US\$ pro Tag festgelegt worden. Eine erste Schlussfolgerung ist, dass der Anteil der »Armen« an der Gesamtbevölkerung unterschätzt und die Armutsreduktion weltweit überschätzt wird (siehe hierzu Harsmar 2010). Ein weiterer Kritikpunkt, der einen technischen Aspekt betrifft, bezieht sich auf die Berechnung des Warenkorb, mit dem die Kaufkraft einer Bevölkerung berechnet wird. In Mali beispielsweise setzt sich der Warenkorb aus den zwanzig am häufigsten konsumierten Lebensmitteln sowie aus einigen weiteren Gütern des Alltagslebens und Dienstleistungen zusammen (Dabita et al. 2011). Für die Festlegung einer Armutsgrenze ist ein solcher Warenkorb jedoch nur bedingt geeignet, denn Grundnahrungsmittel, welche für ärmere Bevölkerungsschichten von besonderer Relevanz sind, sind im Warenkorb unterrepräsentiert, wohingegen Dienstleistungen, welche in Entwicklungsländern relativ günstig sind, überrepräsentiert sind (Robeyns 2005 b).

Auf methodologischer Ebene werden die vorgestellten Erhebungsinstrumente kritisiert. Auch wenn die Fragebögen nach allen Regeln der Kunst entwickelt wurden und die Formulierung der Fragen wissenschaftlichen Kriterien entspricht, muss die Validität der Ergebnisse mit Vorsicht gesehen werden. Das größte Problem stellt die verwendete Sprache dar. Bei der sehr geringen Schulbesuchsquote von Erwachsenen in westafrikanischen Ländern ist die ausschließliche Verwendung von französisch- oder englischsprachigen Fragebögen nicht ausreichend. Inwiefern die Fragebögen vorab oder während der Befragung in die Landessprachen übersetzt werden, wird nur sehr selten thematisiert. Es bleibt offen, ob InterviewerInnen für eine eventuelle Übersetzung geschult wurden. Darüber hinaus ist der Großteil der Bevölkerung nicht mit anonymisierten Fragebogenerhebungen vertraut und wird unbekannten InterviewerInnen bei manchen Fragen möglicherweise keine korrekte Antwort geben. Die Erwartungshaltung² der Befragten wird in den meisten Studien nicht thematisiert. Es darf aufgrund dieser methodologischen Mängel bezweifelt werden, dass die Antworten der Befragten die tatsächlichen Gegebenheiten widerspiegeln. Die Ergebnisse der statistischen Erhebungen in Bamako und Ouagadougou weisen offensichtlich auf dieses Problemfeld hin. Die Analysen der beiden Erhebungen durch die nationalen Statistikbehörden im Jahr 2001 beziehen sich auf eine Stichprobe von 2.409 Haushalten in Bamako bzw. 2.458 Haushalten in Ouagadougou. Sowohl in Bamako als auch in Ouagadougou

2 Folgende Hoffnungen oder Befürchtungen könnten bei den InterviewpartnerInnen vorliegen: Ist von den ForscherInnen bzw. der Institution Hilfe zu erwarten? Können meine Aussagen zu rechtlichen Konsequenzen führen? Welches Bild bekommen die ForscherInnen von mir aufgrund meiner Aussagen?

wurden die Befragten in vier Einkommenskategorien unterteilt und gleichzeitig ihre subjektive Einschätzung auf einer Armutsskala erhoben. Die Selbstwahrnehmung unterschied sich dabei signifikant von der objektiven Armutsmessung. In Bamako gaben dreißig Prozent der als monetär ärmsten eingestuften Befragten an, zum Mittelfeld der EinkommensbezieherInnen zu gehören (Sako et al. 2005). Die AutorInnen schließen daraus, dass soziale Ungleichheit entweder kaum wahrgenommen wird oder eine kulturell bedingte Tendenz zur Mitte dazu führt, dass sich sowohl Arme als auch Reiche in Bamako der Mittelschicht zuordnen. Im Gegenzug dazu stuften sich in Ouagadougou 34 Prozent der reichsten Befragten als eher arm ein (INSD 2005). Diese Divergenz wird damit begründet, dass die Reichen möglicherweise ebenfalls finanzielle Schwierigkeiten haben und sich nicht als privilegiert einschätzen oder dass den Reichen die Dimension der Armutproblematik in Ouagadougou nur unzureichend bewusst ist.

Schließlich bezieht sich grundlegende Kritik an der Quantifizierung von Armut auf die eingeschränkte Sichtweise von Armut, die als individueller Zustand verstanden wird und die soziokulturelle Faktoren nicht berücksichtigt. Die monetäre Messung von Armut könnte im Sinne von Clifford Geertz als dünne Beschreibung von Armut gesehen werden, wie Broch-Due (2000) dies formuliert. Mit Konzepten wie Einkommen wird versucht, die Lebensbedingungen von Menschen zu erklären. Diese dünne Beschreibung hat den Vorteil, nicht kulturell oder historisch verankert zu sein und daher in einen globalen Vergleich einfließen zu können. Dies darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass es eine reduktionistische Betrachtungsweise des Phänomens Armut ist, wie dies Broch-Due (2000) zutreffend formulierte:

»Through their endless reproduction in diverse discourses, thin descriptions often assume a taken for grantedness that escapes critical scrutiny. They seem context free and commonsensical and, for their audiences, apparently free from the contamination of authorship and agency. Such thin descriptions and images have a tendency to turn into very thick, politicized, and controversial ones the moment they move out of global speech-space and become localized and situated in social reality« (2000: 49).

Armutskriterien, die sich ausschließlich auf materielle Ressourcen stützen, betreffen im Grunde das Überleben von Menschen. Geht es jedoch um die Frage, wie ein zufriedenstellendes Leben ermöglicht werden kann, dann ist es notwendig, auch »dichte«, lokal definierte Bedürfnisse zu erheben.

2.3. Multidimensionale Armutsmessungen

Multidimensionale Ansätze zur Messung von Armut versuchen, durch die Verknüpfung mehrerer Armutskriterien eine holistische Sichtweise auf die Armutproblematik zu gewinnen. Das Ziel dieser Ansätze ist es, einen Index für Armut zu erstellen, der ein breit gefächertes Spektrum von Dimensionen beinhaltet. Der weltweit bekannteste Index ist der von Amartya Sen entwickelte Human Development Index, welcher monetäre und nichtmonetäre Dimensionen von Armut misst. Das Einkommen, die Lebenserwartung und die Schulbesuchsrate werden als Einzelindikatoren quantitativ gemessen und dann gewichtet und summiert (UNDP 2014). Ein alternativer Index, der ebenfalls

universell zur Anwendung kommt, ist der »Multidimensional Poverty Index«, der die Aspekte Gesundheit, Bildung und Lebensstandard anhand von zehn Indikatoren misst (ebd.).

Um die Armut im urbanen Raum in Westafrika zu messen, wurde eine Reihe eigener Indizes erstellt. Der ressourcentheoretische Zugang versteht Armut als einen Zustand, bei welchem unzureichende Wohnverhältnisse und fehlende Haushaltsausstattung zu verzeichnen sind (vgl. Booyesen et al. 2008). Mithilfe von mehreren Indikatoren wie dem Vorhandensein von Radio, Fernseher, Kühlschrank, Fahrrad und sanitären Einrichtungen sowie die Beschaffenheit des Bodens und die Art der Wasserversorgung wird die Wohnsituation und die Wohnungseinrichtung erhoben. Armut, auf diese Art und Weise konzeptualisiert, erweist sich als weniger fluktuierend als Einkommensarmut oder die Messung des Haushaltskonsums. Ein ressourcentheoretischer Zugang spiegelt allerdings eher Einkommenszuwächse als Rückgänge im Einkommen wider und kann aus diesem Grund verschlechternde Lebensbedingungen nur bedingt erkennen. In einer Langzeitstudie im Zeitraum 1980-2000 wurde die Lage von Menschen in sieben afrikanischen Ländern anhand des ressourcentheoretischen Zugangs miteinander verglichen. Der Anteil an armen Menschen in Mali war dieser Studie zufolge für diesen, allerdings schon länger zurückliegenden Zeitraum, sowohl im ruralen als auch im urbanen Milieu rückläufig (Booyesen et al. 2008).

Trotz des methodisch einheitlichen Zugangs sind die theoretischen Grundlagen für die multidimensionale Messung von Armut recht heterogen. Oft werden die materiellen Aspekte von Armut einer monetären Messung von Armut gegenübergestellt. Durch einen Vergleich dieser beiden Ansätze sollen mögliche Korrelationen zwischen den beiden Operationalisierungen von Armut ersichtlich werden. In einer Studie über die Formen von Armut in Bamako wurden deshalb neben dem Einkommen Aspekte wie Ernährungssicherheit, Strom- und Wasserversorgung, die Wohnsituation, Besitztümer und der Zugang zu Bildung und Gesundheitsversorgung berücksichtigt (Sako et al. 2005). Die Grundannahmen für die Auswahl dieser Indikatoren wurden jedoch nicht näher ausgeführt.

Andere Forschungen präzisieren ihren Zugang, indem sie sich theoretisch auf das Konzept der Grundbedürfnisse stützen. In einer Fallstudie im Senegal (Ki et al. 2009) bezieht sich Armut sowohl auf Aspekte der Ernährung, der Gesundheit und der Bildung als auch auf Indikatoren für die Wohnverhältnisse und den Zugang zu Infrastruktur. In der Auswertung der Ergebnisse kristallisierten sich drei Arten von nichtmonetärer Armut heraus: Vulnerabilität, Mangel an Gütern sowie fehlender Zugang zu Infrastruktur. Vulnerabilität bezieht sich im Kontext der Armutsforschung auf die Armutsgefährdung und beschreibt eine Situation der Unsicherheit und des Ausgesetztseins gegenüber Risiken. Das Konzept der Vulnerabilität befasst sich weniger mit einem punktuellen Mangel an Mitteln als mit den Kapazitäten von Menschen, mit (unvorhergesehenen) Schwierigkeiten umzugehen (vgl. Chambers 1989). In der Studie von Ki et al. (2009) wurde mit Vulnerabilität der Komplex Ernährungsunsicherheit, fehlender Zugang zu Trinkwasser und sanitären Einrichtungen sowie Strom bezeichnet. Vulnerabilität bedeutete außerdem den Zwang, minderwertige Baumaterialien für den Hausbau zu verwenden und die Nutzung von Holz als Energiequelle. Schließlich konnten aufgrund fehlender finanzieller Mittel weder Ärzte konsultiert noch die Kinder zur Schule geschickt werden.

Vulnerabilität war in der Studie von Ki et al. (2009) somit die sichtbarste Form von Armut. Eine zweite Art der Armut wurde enger gefasst und bezog sich ausschließlich auf den Mangel an Gütern. Wenn die befragten Personen weder über Haushaltsausstattung noch über Komfortgüter verfügten, wurden sie dieser Gruppe zugeordnet. Für die dritte Art der Armut wurde der Zugang zu Infrastruktur, in diesem Fall also die Trinkwasserversorgung und die Nähe zu Gesundheits- und Bildungseinrichtungen sowie zu Märkten gemessen. Diese Form der Armut hat nur bedingt mit den Charakteristiken der einzelnen Haushalte zu tun, denn die Verantwortung für die Bereitstellung einer Basisinfrastruktur zur Verbesserung der Lebensbedingungen liegt beim Staat. Die Studie von Ki et al. (2009) macht die Unterschiede zwischen den Herausforderungen im ruralen und im urbanen Raum deutlich. Während im ländlichen Raum das Fehlen von Infrastruktur das größte Problem darstellt, ist es in den Städten der Umstand, dass sich viele ärmere StadtbewohnerInnen die Nutzung von Basisinfrastruktur nicht leisten können. Wenn sich also Strom- und Wasserleitungen, Schulen und Gesundheitseinrichtungen oder öffentliche Verkehrsmittel häufig in erreichbarer Entfernung befinden, jedoch das Geld fehlt, um die Infrastruktur bzw. die Dienstleistungen in Anspruch zu nehmen, wird ärmeren Menschen die benachteiligte Lebenslage deutlich vor Augen geführt. Im urbanen Raum ist daher das Konzept der relativen Deprivation, also der wahrgenommenen geringeren Verwirklichungschancen, für die Armutsforschung von besonderer Bedeutung. Hierbei sind zwei Aspekte zu berücksichtigen: Relative Deprivation setzt entweder einen Vergleich mit anderen Bevölkerungsgruppen oder mit der eigenen Lebenssituation in der Vergangenheit voraus. Das heißt, dass einerseits bei ZuwanderInnen vom Land mit geringeren finanziellen Mitteln das Gefühl der relativen Deprivation geweckt werden kann. Andererseits kann aber auch bei alteingesessenen Familien aufgrund von steigenden Preisen, Arbeitslosigkeit oder einer großen Zahl an abhängigen Familienmitgliedern der Eindruck entstehen, benachteiligt zu sein.

Eine Forschung in Mali (Dabita et al. 2011) nimmt das Konzept des Wohlbefindens als Ausgangspunkt, um die vier Bereiche Wohnen, Wohnungseinrichtung, Bildung und öffentliche Infrastruktur anhand von dreißig Indikatoren zu untersuchen. Die Analyse beruht auf den Daten zweier Befragungen der amtlichen Statistikbehörde aus den Jahren 2001 und 2006. Mit einer Stichprobe von 4.967 bzw. 4.494 Haushalten kann die Studie als repräsentativ für die malische Bevölkerung gelten. In der Analyse wurde der Wohlstandsindex mit den Dimensionen Wohnen, Wohnungseinrichtung, Bildung sowie öffentliche Infrastruktur mit monetärer Armut in Beziehung gesetzt. Die vergleichende Betrachtung dieser beiden Konstrukte ergab, dass es zwischen beiden Dimensionen in vieler Hinsicht eine Entsprechung gab³. Knapp ein Drittel der malischen Bevölkerung könne demnach gleichzeitig als monetär und nichtmonetär arm bezeichnet werden. Ein Fünftel der Bevölkerung hingegen sei nur im Hinblick auf die nichtmonetären Aspekte des Wohlergehens arm und ein Sechstel der Bevölkerung sei ausschließlich nach monetären Kriterien arm (Dabita et al. 2011). Eine tiefer gehende Analyse der unterschiedlichen Dimensionen nichtmonetärer Armut in der betreffenden Studie führte

3 Spearman's Rangkorrelationskoeffizient für den Wohlstandsindex und die monetäre Armut bewegt sich zwischen 0,56 für die Daten aus dem Jahr 2001 und 0,58 für die Daten aus dem Jahr 2006 (Dabita et al. 2011).

zur Differenzierung der Gruppen der Reichen, der Vulnerablen, der »Armen« und der sehr »Armen«. Von Interesse ist diese Kategorisierung insbesondere deshalb, weil sie Umweltaspekte miteinbezieht. Die sehr Armen wären demnach diejenigen, die über keine sanitären Einrichtungen verfügen und ihre Bedürfnisse in der Natur verrichten müssen. Die Gruppe der »Armen« und der Vulnerablen wäre Besitzer von Latrinen und teilweise Sickergruben für die Grauwässer, würde jedoch über keinen Zugang zu einer organisierten Abfallsammlung verfügen. Die Haushalte der Reichen wären schließlich mit Wasserspültoiletten ausgestattet und bei der Müllabfuhr abonniert. Die Ergebnisse der Studie geben auch Aufschluss auf die Armutsentwicklung zwischen 2001 und 2006. Der Rückgang von Armut wird in der Studie vorwiegend auf die Bemühungen der Familien zurückgeführt, in die Wohnungseinrichtung zu investieren und ihre Wohnsituation zu verbessern. Im selben Zeitraum wurde der Zugang zu öffentlicher Infrastruktur nur im begrenzten Ausmaß erweitert, sodass dieser Faktor für den Rückgang von Armut wenig bedeutsam war (Dabitao et al. 2011).

Multidimensionale Ansätze zur Armutsmessung bieten im Vergleich zu monetären Armutskonzepten den Vorteil, die Armutsproblematik anhand vieler durchaus relevanter Aspekte zu erforschen. Die Auswahl der Indikatoren wirkt hingegen oft willkürlich und theoretisch kaum begründet. Der ausschließliche Fokus auf quantifizierbare Kriterien blendet die Menschen und ihre Handlungskapazitäten und -strategien aus. Die Tatsache, keine Schulbildung genossen zu haben, kann – es sei dies nur als Beispiel angeführt – für manche Menschen in bestimmten Kontexten eine nur geringe Bedeutung haben. Wenn Menschen nicht lesen können, wird gemeinhin angenommen, dass sie keinen Zugang zu verschriftlichten Informationen haben. Allerdings können AnalphabetInnen durch lesekundige Familienangehörige Kenntnis vom Inhalt eines Schriftstücks erlangen, was auf Englisch »proximate literacy« (Basu und Foster 1998) genannt wird. Die Ermittlung des Bildungsstandes von Einzelpersonen ist demnach in diesem Belang nur wenig aussagekräftig, wenn nicht gleichzeitig der Bildungsstand der Familienmitglieder erhoben wird. Dasselbe gilt für andere Armutskriterien wie einem fehlenden Trinkwasserzugang: Auch wenn ein Haushalt keinen eigenen Trinkwasseranschluss im Hof hat, ist es möglich, dass Verwandte in unmittelbarer Wohnumgebung über diesen verfügen und der Haushalt sein Wasser von dort bezieht. Da quantitative Befragungen solchen Eventualitäten meist keine Aufmerksamkeit schenken – obwohl diese in afrikanischen Städten durchaus nicht außergewöhnlich sind – bleiben auch multidimensionale Analysen in ihrer Erklärungskraft oft begrenzt.

2.4. Armut als Fehlen von Verwirklichungschancen

Ein weiterer Zugang, um Armut zu erfassen, stellt der theoretische Zugang zu Armut von Amartya Sen dar. Amartya Sen hat als Ökonom und Philosoph einen bedeutenden Beitrag zu einer neuen Konzeptualisierung von Armut geleistet, die über eine rein materielle Definition von Armut hinausgeht. Universelle Maßzahlen zu Einkommen und Ressourcen würden laut ihm zu kurz greifen, denn die unterschiedlichen Gesellschaftsstrukturen bedingen, dass dieselben Ressourcen nicht in jeder Gesellschaft zu derselben Entwicklung führen. Alter, Geschlecht, die soziale Position oder der Wohnort können

sich auf die Art und Weise auswirken, wie effizient Ressourcen eingesetzt werden. Sen thematisiert dies anhand der Position von Frauen in sogenannten Entwicklungsländern (Sen 1987). Traditionelle Ungleichheiten im Hinblick auf die Arbeitsteilung, die Verteilung von Nahrung und anderen Gütern und die Möglichkeit der Teilnahme an Entscheidungsprozessen sind laut Amartya Sen in vielen indischen Haushalten nach wie vor aufrecht. Kulturelle und soziale Faktoren sind demnach für die Aufteilung von Ressourcen innerhalb der Familie verantwortlich. Da jedoch das Konzept des persönlichen Wohlergehens und eine individualistische Auffassung nicht weit verbreitet sind, wird innerfamiliäre Ungleichheit nicht wahrgenommen. Auch würden viele Frauen in Indien die Frage nach dem persönlichen Wohlergehen immer nur auf die gesamte Familie beziehen. Subjektives Wohlbefinden muss daher abhängig vom kulturellen Kontext betrachtet werden und es darf nicht als alleiniges Kriterium für Wohlstand herangezogen werden. Daher plädiert Sen (1987) dafür, dass auch objektive Kriterien berücksichtigt werden. Zufriedenheit ist darüber hinaus kein verlässliches Kriterium für persönliches Wohlergehen, denn ein Mensch kann sich aufgrund fehlender Perspektiven mit seiner Situation abfinden. Andererseits kann eine Veränderung der Lebensumstände bewirken, dass sich das subjektive Wohlbefinden verringert, ohne dass dies auf tatsächliche Armut zurückgeführt werden kann (Sen 2000).

Güter sind für Amartya Sen durchaus von Bedeutung, jedoch sieht er sie als Mittel, mit denen bestimmte Ziele erreicht werden können. Im Endeffekt sollten nicht Güter, sondern Verwirklichungschancen im Zentrum der Aufmerksamkeit stehen. Die Freiheiten oder Möglichkeiten der Menschen, das zu erreichen, was von ihnen geschätzt wird, nennt Sen »capabilities«. In weiteren Ausführungen wird zwischen den tatsächlichen Möglichkeiten, die einem Menschen offen stehen, der Entscheidungsfreiheit für bestimmte Möglichkeiten und der Freiheit, diese Möglichkeiten auszuschöpfen, unterschieden (Sen 2000). Im Großen und Ganzen geht es dabei immer um die Verwirklichung einer Vorstellung vom »guten Leben«. Menschen sollten die Freiheiten haben, das Leben zu führen, das sie führen wollen; das zu tun, was sie tun möchten; und die Person zu sein, die sie sein möchten. Freiheit bedeutet hier das Vermögen, Entscheidungen zu treffen, zu handeln und angestrebte Ziele zu erreichen. Dies impliziert auch, dass Menschen die Möglichkeit offen stehen sollte, sich aufgrund ihrer persönlichen Bewertung für oder gegen ein bestimmtes Ziel zu entscheiden. Mit dem Begriff des »guten Lebens« schließt Amartya Sen an eine alte Diskussion an: In der westlichen Philosophie hatte sich bereits Aristoteles mit der Frage, wie das Leben gelingen kann, beschäftigt. Seine Antwort war – um es sehr verkürzt auszudrücken – die menschliche Vernunft und die Moral zu gebrauchen, um im Rahmen einer politischen Gemeinschaft, der »polis«, zur Glückseligkeit zu gelangen. Auch Immanuel Kant betonte in seiner Sozialethik die Notwendigkeit, mithilfe der Vernunft eigene Ziele zu setzen, die über die Befriedigung der grundlegenden biologischen Bedürfnisse hinausgehen. Der kategorische Imperativ meint in diesem Zusammenhang die Aufforderung an jeden einzelnen Menschen, so zu handeln, dass es als Vorbild für das Handeln anderer Menschen dienen kann. John Stuart Mill verfolgte in seinem utilitaristischen Verständnis von Glück das Nutzenprinzip, das besagt, dass alle Handlungen gut zu heißen sind, wenn sie dem Individuum und der Gemeinschaft zugutekommen. Alle Menschen würden danach streben, ihre Bedürfnisse zu befriedigen, aber die »Freuden des Geistes« würden laut John Stuart

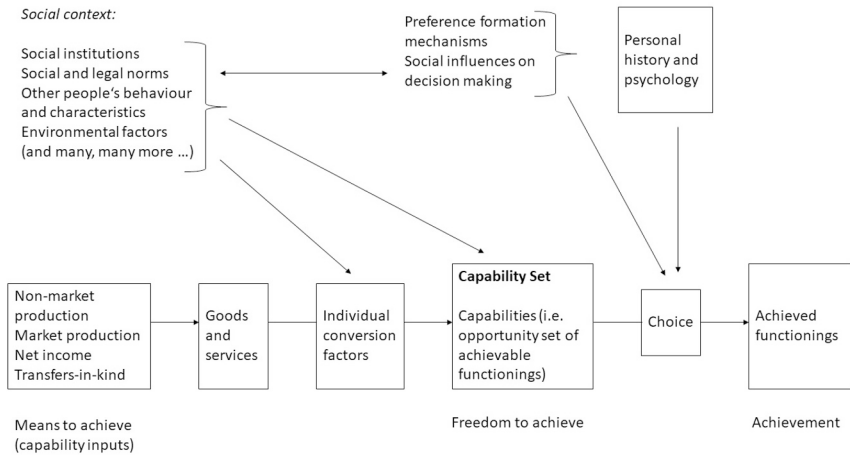
Mill von allen Menschen generell höher bewertet als die »Freuden des Leibes« (siehe Fenner 2007). Amartya Sen behandelt in seinem Werk »Der Lebensstandard« (2000) diese unterschiedlichen Zugänge zur Frage nach dem »guten Leben« und schließt, dass nicht global und wertfrei beurteilt werden kann, was Menschen glücklich macht. Er beschränkt sich in seiner Definition des »guten Lebens« deshalb auf die Garantie der persönlichen Freiheiten und Möglichkeiten, ein selbstbestimmtes Leben zu führen.

In Analogie zur Unterscheidung zwischen subjektiver und objektiver Armut unterscheidet Amartya Sen in seiner theoretischen Abhandlung zwischen absoluten und relativen Verwirklichungschancen. Damit bejaht er prinzipiell gültige Freiheiten, ohne sich auf einen bestimmten räumlichen oder zeitlichen Kontext festzulegen. Wie bereits anhand der sozialen Ungleichheiten in indischen Haushalten erwähnt, hängen die gegebenen Freiheiten von den gesellschaftlichen Strukturen, den Lebensgewohnheiten, den sozialen Techniken und dem allgemeinen Reichtum in einer Gesellschaft ab. Sen erörtert die Differenz zwischen absoluten und relativen Möglichkeiten am Beispiel der Fähigkeit, sich ohne Scham in der Öffentlichkeit zu zeigen. Die Möglichkeit an sich sollte allen Menschen offen stehen. Was jedoch erforderlich ist, um dies tatsächlich zu erreichen, hängt vom jeweiligen Kontext ab. Amartya Sen zitiert hier Adam Smith, der im ausgehenden 18. Jahrhundert Lederschuhe zu den unabdinglichen Kleidungsstücken in England zählte, ohne deren man sich nicht im öffentlichen Raum zeigen konnte (Sen 2000). Sen geht davon aus, dass die Fähigkeit, gewisse Ziele zu erreichen, von den Bedingungen abhängt, unter denen Menschen an einem bestimmten Ort und zu einer bestimmten Zeit leben. Für das 21. Jahrhundert hebt Sen hierfür insbesondere das Mitspracherecht in demokratischen Entscheidungsprozessen, den Zugang zu Märkten, die Schaffung von Chancengleichheit durch den Zugang zu Gesundheitsversorgung und Bildung, Rechtsstaatlichkeit und die Abwesenheit von Korruption sowie Hilfeleistungen für die ärmsten Mitglieder der Gesellschaft hervor (vgl. ebd. 2002).

Beim »Capability Approach« stehen die Freiheiten oder Möglichkeiten von Menschen, bestimmte Ziele zu erreichen, im Zentrum der Betrachtungen. Eine Reihe von Ressourcen und Kontextfaktoren wirkt sich auf die konkrete Gestaltung der Verwirklichungschancen aus (siehe hierzu Robeyns 2005 a; vgl. Abbildung 1). Zuallererst können hier die Ressourcen, also Güter und Dienstleistungen genannt werden, welche selbst produziert, käuflich erworben oder über Transferleistungen bezogen wurden. Die Umsetzung dieser Ressourcen in (biologische) Fähigkeiten ist abhängig von den physischen Merkmalen einer Person wie dem Gesundheitszustand, dem Alter oder dem Geschlecht. Zweitens beeinflussen Kontextfaktoren wie institutionelle Gegebenheiten, gesellschaftliche Normen, soziale Hierarchien oder ökologische Faktoren die Verwirklichungschancen eines Menschen. Die Kontextfaktoren können sich indirekt auf die gegebenen Möglichkeiten oder auch direkt auf die Handlungsfreiheiten auswirken. Geschlechterrollen beispielsweise können dazu führen, dass Frauen weniger gehaltvolle Nahrung zugeteilt wird und sie daher schlechtere physische Voraussetzungen haben. Ökologische Faktoren wie beispielsweise klimatische oder geographische Bedingungen wirken sich hingegen direkt auf die Handlungsbedingungen eines Menschen aus (siehe Abbildung 1; vgl. Robeyns 2005 a: 98). Die Entscheidungsfreiheit für bestimmte Handlungsziele wird zusätzlich zu den Verwirklichungschancen anführt. Auch auf die Entscheidung für bestimmte Ziele wirken externe Faktoren ein. Dies sind einerseits soziale Präferenzen und

gesellschaftlicher Druck auf die Entscheidungsfindung, andererseits lebensgeschichtliche Umstände und Persönlichkeitseigenschaften. Wie Entscheidungsprozesse im Detail ablaufen soll jedoch erst in den nächsten Kapiteln im Hinblick auf umweltorientiertes Handeln erläutert werden.

Abbildung 1: »Capability Set« und Kontextfaktoren



(Quelle: Robeyns 2005 a: 98)

Armut wird in den Werken von Amartya Sen nur in Ansätzen mit Umwelt in Verbindung gebracht. Im Werk »Der Lebensstandard« (Sen 2000) wird der Schutz vor Luftschadstoffen erwähnt und damit demonstriert, dass die Verwirklichung des »guten Lebens« nicht nur von der Sicherstellung der Grundbedürfnisse oder von der Verfügung über Waren und Dienstleistungen abhängt. Vielmehr müssen bestimmte Voraussetzungen und Handlungsbedingungen gegeben sein. Saubere Luft ist ein öffentliches Gut, das per definitionem niemandem vorenthalten werden darf. Durch umweltverschmutzende Aktivitäten kann allerdings das Problem auftreten, dass Menschen an bestimmten Orten oder zu bestimmten Zeiten keine saubere Luft mehr atmen können. Es bedürfe daher eines Rechts auf saubere Luft, damit dieses lebensnotwendige, öffentliche Gut tatsächlich für alle Menschen vorhanden ist. Dieselbe Problematik wird am Beispiel der Malaria diskutiert. Jeder Mensch könne seinen eigenen Beitrag dazu leisten, dass Malaria eingedämmt wird, aber niemand könne den Schutz vor Moskitos käuflich erwerben. Eine malariefreie Umgebung sei demnach ein öffentliches Gut, in dessen Genuss nur alle gemeinsam kommen können. Staatliche Maßnahmen im Bereich der Umweltpolitik und der Sozialpolitik seien hier erforderlich (Sen 2002). In einem Vortrag im Rahmen der »International Conference on Energy, Environment and Development« in Bangalore im Jahre 2006 betonte Sen, dass Menschen mit guten Gründen ein Leben in einer nicht verschmutzten Umwelt schätzen sollten. Da sich der Zustand der Umwelt auf die Lebensqualität auswirke, sollte Umweltschutz ein Entwicklungsziel darstellen:

»Seeing development as enhancement of human freedom involves diverse concerns, but incorporating expansion of social opportunities and the quality of life, which are integrally dependent on ecology and environmental preservation, must be among the central concerns in development thinking. Indeed, important components of human freedoms – and crucial ingredients of our quality of life – are thoroughly dependent on the integrity of the environment. The opportunity to live the kind of lives that people value – and have reason to value – depend inter alia on the nature and robustness of the environment. In this sense, development has to be environment-inclusive« (Sen 2006).

Viele WissenschaftlerInnen haben kritisch auf Sens Ansatz der Verwirklichungschancen Bezug genommen. In seinen schriftlichen Ausführungen habe Sen die grundlegenden menschlichen Freiheiten, welche für die Verwirklichung eines »guten Lebens« vorausgesetzt werden können, nicht genügend spezifiziert. Begründet hat er dies damit, dass man aufgrund der unterschiedlichen sozialen und kulturellen Lebenswelten von Menschen keine universellen Freiheiten definieren könne. Erst bei Martha Nussbaum (2006), die Sens Ansatz weiterführte, findet man eine Auseinandersetzung mit der Fähigkeit der Menschen, bestimmte Ziele zu erreichen, und eine nähere Spezifizierung. Die Bestimmung universell gültiger, bedeutender und nicht verhandelbarer »Fähigkeiten« im Sinne von Sen sollte einem Kulturrelativismus vorbeugen, der möglicherweise Werthaltungen gut heißt, welche im Gegensatz zu den Menschenrechten stehen. Eine Liste der universell zu ermöglichenden Freiheiten würde darüber hinaus einen internationalen Vergleich von Entwicklungstendenzen erlauben. Zehn Grundfreiheiten sind nach Nussbaum für jeden Menschen bedeutsam, d.h. jeder Mensch sollte mit gutem Grund die Sicherstellung dieser Ziele anstreben. Gleichzeitig sollten diese Freiheiten von jedem Staat geschützt und gefördert werden. Die erste Freiheit betrifft die Freiheit jeglicher Bedrohung des eigenen Lebens. Die zweite Freiheit betrifft die körperliche Gesundheit und inkludiert das Recht auf Nahrung, Familie und Unterkunft. Als dritte Freiheit wird körperliche Integrität genannt, welche Bewegungsfreiheit, physische Sicherheit und Schutz vor Gewalt meint. Die vierte Freiheit behandelt die Sinne, die Vorstellungskraft und die Gedanken. Menschen sollten hier die Möglichkeit haben, ihre Sinne zu nutzen, ihre Kreativität auszuleben und sich intellektuell zu betätigen. Auch umfasst diese Freiheit politische und künstlerische Meinungsäußerungen sowie die Ausübung eines religiösen Glaubens. Die fünfte Freiheit befasst sich mit Gefühlen, also der Möglichkeit, soziale Bindungen einzugehen und eine emotionale Befriedigung zu erfahren. Vernunft bildet die sechste Freiheit und bedeutet nach Nussbaum, eine Vorstellung vom Guten entwickeln zu können. Weiters zählt Nussbaum Zugehörigkeit zu den zentralen menschlichen Freiheiten. Darunter werden sowohl die Versammlungsfreiheit und die Freiheit der politischen Meinungsäußerung als auch Solidarität, Menschenwürde und Nichtdiskriminierung verstanden. Der fürsorgliche und nachhaltige Umgang mit anderen Lebewesen, also Tieren und Pflanzen, stellt ebenfalls eine menschliche Freiheit dar. Die neunte Freiheit behandelt die Möglichkeit, zu lachen, zu spielen und die Freizeit zu genießen. Schließlich bildet die Kontrolle über das eigene Lebensumfeld die letzte wesentliche und universell zu gewährende Freiheit. Diese beinhaltet die Teilnahme an politischen Entscheidungsprozessen, aber auch gleichberechtigte Eigentumsrechte und

Arbeitsmöglichkeiten (siehe Nussbaum 2006). Armut bedeutet nach dieser Auffassung die Abwesenheit von Freiheiten und die fehlenden Möglichkeiten, eine oder mehrere dieser wertvollen Zielsetzungen zu erreichen.

Ein anderer wichtiger Aspekt, der in Sens theoretischem Zugang nur unzureichend erörtert wird, wurde vom Anthropologen Arjun Appadurai aufgegriffen. Es handelt sich hierbei um persönliche Einstellungen und Einschätzungen im Hinblick auf Verwirklichungschancen. Appadurai (2004) griff den von Amartya Sen (2000) geäußerten Gedanken auf, wonach auch Gefühle für die Realisierung von Zielen von Bedeutung sind. Resignation, fehlende Hoffnung und Angst vor Enttäuschungen spielen eine große Rolle, wenn Ziele niedrig angesetzt werden. In manchen Fällen ist nicht die tatsächliche Wahrscheinlichkeit, Möglichkeiten umsetzen zu können, ausschlaggebend, sondern die fehlende Aussicht auf die Erreichung eines Zieles. Arme Menschen hätten genauso Wünsche, Hoffnungen und Pläne wie reiche Menschen, jedoch kann ihr Horizont stärker eingeschränkt sein. Arme Menschen hätten aufgrund geringerer Ressourcen weniger Möglichkeiten als reiche Menschen, neue Versuche zu wagen und damit alternative Wege zu etablieren. Nach Appadurai (2004) hängt das Vermögen, etwas anzustreben, von den bisher stattgefundenen (wiederholten) Handlungen, Erkundungen und Vermutungen ab⁴ (ebd.).

Auch unter ÖkonomInnen gibt es Bemühungen, die subjektiven Aspekte bei der Umsetzung von Möglichkeiten in konkrete Freiheiten stärker in die theoretische Auseinandersetzung miteinzubeziehen. Debraj Ray (2006) geht es wie Appadurai darum, die Kluft zwischen Wunsch und Wirklichkeit und die Strategien der Menschen, mit diesen Divergenzen umzugehen, zu analysieren. Sein Konzept des »aspiration gap« besagt, dass sowohl ein sehr großer als auch ein sehr kleiner Abstand zwischen erwarteter und tatsächlicher Bedürfnisbefriedigung dazu führt, dass Menschen in Passivität verharren. Wirkt das Ziel also unerreichbar, werden ebenso wenige Anstrengungen unternommen, als wenn das Ziel so nahe liegt, dass es nicht der Mühe wert erscheint. Frustrationen über fehlende Verwirklichungschancen und geringe Aussicht auf soziale Mobilität können demnach die Entscheidungsfindung und Handlungsstrategien von armen Menschen maßgeblich beeinflussen (ebd.).

Der Ansatz von Amartya Sen wurde jedoch nicht nur ergänzt, sondern auch Kritik an den zugrundeliegenden Annahmen geübt. Ein Kritikpunkt betrifft dessen individualistisches Verständnis von Fähigkeiten, das Fähigkeiten von Gruppen, also Familien oder Vereinigungen, ausblendet. Denn prinzipiell könnte das Fehlen von individuellen Fähigkeiten durch Familienmitglieder oder andere Personen des sozialen Netzwerkes kompensiert werden, wie Robeyns meinte (2005 a). Die so genannten »externen Fähigkeiten« könnten die individuellen Fähigkeiten in verschiedener Hinsicht erweitern (siehe Foster und Handy 2009). Die Menschen im sozialen Umfeld können sowohl direkten Zugang zu Informationen und Ressourcen schaffen als auch die Handlungsfähigkeit

4 Dieser Erklärungsansatz steht im Gegensatz zur »Kultur der Armut« (Lewis [1966] 2010), wo davon ausgegangen wird, dass die »Armen« grundsätzlich andere Ziele wertschätzen als die Mittel- und Oberschicht. Die kulturellen Unterschiede zwischen Armen und Reichen liegen eher darin begründet, wie Verhaltensweisen, Gewohnheiten und Fertigkeiten gesellschaftlich geformt sind und nicht im Hinblick auf die Werte und Präferenzen.

der Gruppe erhöhen und Einfluss auf andere Personen und Gruppen ausüben (vgl. Stewart 2005). In diesem Sinne werde von Amartya Sen das normative Ideal individueller Selbstverwirklichung vertreten, ohne darauf einzugehen, wie menschliches Vermögen sozial konstruiert wird (Green 2009).

Schließlich richtet sich die Kritik an den vorrangigen Fokus auf die Handlungsfähigkeiten des Menschen. Es sei oftmals nicht ausreichend, die individuellen Fähigkeiten von armen Menschen zu fördern, sondern der Staat müsse Verantwortung übernehmen, indem er die strukturellen Handlungsmöglichkeiten sicherstellt. In diesem Sinn meinte z.B. Geof Wood (2003: 458):

»How far is it appropriate and ethical to shift the balance of effort in social policy *from* the stance of intervention to compensate for market outcomes (social protection) *to* the stance of supporting poor people's higher level of entry point into labor, commodity, services markets (social investment)«.

Inwiefern der Handlungsspielraum von armen Menschen zu Recht in den Vordergrund gestellt oder aber überschätzt wird, wird in den folgenden Kapiteln wiederholt thematisiert werden. Auch wenn dem Handlungsvermögen von Menschen verstärkte Aufmerksamkeit geschenkt werden soll, darf nicht außer Acht gelassen werden, dass es externe Faktoren gibt, die nicht nur ermöglichend, sondern auch einschränkend wirken. Im südafrikanischen Armutsbericht (The Government of South Africa 1998) wurde der Begriff »poverty of opportunity« geschaffen, um damit auszudrücken, dass arme Menschen entweder keinen Zugang zu Ressourcen haben, die Ressourcen nicht akkumulieren können oder die verfügbaren Ressourcen aufgrund von strukturellen Mängeln nicht nützen können.

2.5. Afrikanische Theorieansätze zu Armut

Julius Nyerere (1922 – 1999)

Manche afrikanische Intellektuelle und PhilosophInnen haben ähnliche Erklärungsansätze zu Armut wie Amartya Sen entwickelt. Julius Nyerere, der erste Präsident Tansanias, befasste sich in seinem Werk »Freedom and Development« 1973 mit den Zusammenhängen zwischen Freiheit, Selbstbemächtigung, Partizipation und Entwicklung. Nyereres Verständnis von Entwicklung bezieht sich auf die Handlungsfreiheiten der Menschen. Eine Gesellschaft könne demnach als entwickelt bezeichnet werden, wenn die BürgerInnen freie Entscheidungen für den richtigen Weg treffen können. Julius Nyerere kann insofern als Vordenker einer philosophischen Theorie gesehen werden, die Armut nicht nur als materiellen Mangel versteht, sondern als die Einschränkung der Verwirklichungschancen. Manche WissenschaftlerInnen wie z.B. Leander Schneider (siehe 2004) gehen sogar so weit zu behaupten, Amartya Sens 1999 erschienenes Werk »Development as Freedom« sei in Anlehnung an Nyereres Buch aus dem Jahr 1973 benannt worden. Nyerere hatte darauf hingewiesen, dass Entwicklung sich nicht auf das Vorhandensein von Infrastruktur und den Zugang zu Gütern und Dienstleistungen beschränke. Die Fähigkeit des Menschen, diese Ressourcen zu seinem eigenen Vorteil zu nutzen, sei zu entwickeln. 1973 schreibt er (ebd.: 59):

»Roads, buildings, the increases of crop output, and other things of this nature, are not development; they are only tools of development. A new road extends a man's freedom only if he travels upon it. An increase in the number of school buildings is development only if those buildings can be, and are being, used to develop the minds and the understanding of people. An increase in the output of wheat, maize, or beans, is only development if it leads to the better nutrition of the people. An expansion of the cotton, coffee, or sisal crop is development only if these things can be sold, and the money used for other things which improve the health, comfort and understanding of the people.«

Die Handlungsfähigkeiten von Menschen zu stärken, sei demnach von größter Bedeutung, denn Menschen können sich nur durch eigene Handlungen entwickeln und nicht als HilfeempfängerInnen entwickelt werden. Durch das Treffen von eigenen Entscheidungen, durch eigene Taten und selbstständigen Wissenserwerb sowie die aktive Einbringung in kollektive Angelegenheiten können Menschen zur eigenen Entwicklung beitragen. Nach Nyerere ist die Beziehung zwischen Entwicklung und Freiheit ebenso wie das Verhältnis von Henne und Ei beschaffen. Ohne Henne bekommt man keine Eier und ohne Eier hat man früher oder später keine Hennen mehr. Übertragen auf den Zusammenhang zwischen Entwicklung und Freiheit bedeutet das, dass ohne Freiheit keine Entwicklung möglich ist und dass ohne Entwicklung Freiheiten verloren gehen.

Freiheiten werden von Nyerere in folgende Kategorien unterteilt: Zuerst nennt er die Entscheidungsfreiheit der BürgerInnen in einem postkolonialen afrikanischen Kontext, wenn diese ohne fremde Einflussnahme über ihre eigene Entwicklung entscheiden. Als zweite Freiheit wird die Freiheit von Hunger, Krankheit und Armut genannt. Die dritte Freiheit umfasst persönliche Freiheiten und das Recht auf Würde und Gleichberechtigung. Entwicklung, verstanden als die Abwesenheit von Armut, wird als Voraussetzung gesehen, um Freiheiten auch schätzen zu können. Anhand des Beispiels eines Kleinbauern wird die Interdependenz von Entwicklung und Freiheit aufgezeigt. In seinem Werk beschreibt Nyerere einen Subsistenzbauern, der am Existenzminimum lebt und seinen Kindern weder Schulbildung noch medizinische Versorgung und nicht einmal eine ausreichende Ernährung garantieren kann. Die Meinungsfreiheit und das Recht, politische VertreterInnen zu wählen, werden ihm gewährt, doch aufgrund der Armut haben diese Freiheiten für ihn keine Priorität:

»Only as his poverty is reduced will his existing political freedom become properly meaningful and his right to human dignity become a fact of human dignity« (Nyerere 1973: 111).

Die Ausführungen von Nyerere sind von besonderer Relevanz, da sie die konkreten Lebensbedingungen der Menschen veranschaulichen und ihre Verwirklichungschancen vor diesem Hintergrund erörtern. Die Bedeutung von Nyereres Ansatz für Sen scheint unbestritten.

Henry Odera Orika (1944 – 1995)

Henry Odera Orika, ein zeitgenössischer kenianischer Philosoph, sieht Armut ebenfalls in einem direkten Zusammenhang mit den Freiheiten und den Grundbedürfnissen des

Menschen stehen. Vor dem Hintergrund eines alltäglichen Kampfs um den Lebenserhalt seien Handlungsfreiheiten nur von Bedeutung, wenn Grundbedürfnisse befriedigt seien. Grundbedürfnisse oder – wie Oruka es 1997 ausdrückt – »das menschliche Minimum« setzte sich aus physischer Sicherheit, Gesundheit und Subsistenz zusammen (siehe ebd.). Um moralisch, rational, selbstbewusst und kreativ handeln zu können sowie in der Lage zu sein, ein faires Geschäft abzuschließen, ist die Befriedigung dieser drei Grundbedürfnisse nach ihm erforderlich. In der philosophischen Diskussion wird Orukas Forderung nach der Garantie des menschlichen Minimums als »Kategorischer Imperativ« gesehen, also als grundlegendes Prinzip für Selbstbestimmung und freie Entscheidungsfindung (siehe Graneß 2011: 115). Als Grundbedürfnisse können dieser Definition zufolge diejenigen Bedürfnisse bezeichnet werden, die unabhängig von Wünschen und Entscheidungen vorhanden sind. Ein Grundbedürfnis beschreibt demnach ein Abhängigkeitsverhältnis, denn wenn dieses Bedürfnis nicht befriedigt werden kann, erleidet die Person Schaden. Die Befriedigung von Grundbedürfnissen sei grundsätzlich und dringlich und könne nicht hinausgeschoben werden. Grundbedürfnisse seien nicht austauschbar, sondern würden vielmehr menschliche Konstanten darstellen (siehe Alkire 2005). Im Gegensatz zu Martha Nussbaum, die zehn universelle und gleichrangige Freiheiten bestimmt hatte, reiht Oruka die Freiheiten nach ihrer Wichtigkeit in einer Bedürfnispyramide. Das menschliche Minimum in Form ökonomischer Freiheit erlangt bei ihm die höchste Priorität, da es Freiheit von Hunger sowie Schutz, Arbeit und die freie Verfügung über Einkommen umfasst. Die ökonomische Freiheit müsse in einer Hierarchie von Freiheiten als erste gewährt werden, denn sie sei die Voraussetzung für den Genuss aller anderen Freiheiten. Auf der nächsten Stufe folgt die politische Freiheit, welche die Freiheit der Meinungsäußerung, Pressefreiheit und Versammlungsfreiheit, aber auch Bewegungsfreiheit und Freiheit auf Bildung beinhalte. Zur Begründung, warum die politische Freiheit die ökonomische Freiheit voraussetzt, führt Oruka ein Beispiel an:

»If a poor man comes to discuss with a rich man there is a clear possibility that the former, if being economically dependent on the latter, may be forced to suppress some of his opinions which the rich man might not tolerate. There is even a likelihood that in exchange for material help the poor man may support opinions which he thinks are false« (ebd. 1997: 88).

Ökonomische Deprivation kann nach Oruka also zu Selbstzensur und Opportunismus führen. Die politische Freiheit sei wiederum Bedingung für die Inanspruchnahme von kultureller Freiheit. Nach Oruka ist die kulturelle Freiheit die Freiheit von Monotonie und von den Zumutungen der Trivialekultur, die Freiheit von kulturellem Imperialismus, die Freiheit, eine rationale Einstellung dem Leben gegenüber einzunehmen sowie die Freiheit, den eigenen Lebensstil zu verändern. Schließlich folgen auf die ökonomische, die politische und die kulturelle Freiheit die intellektuelle und die religiöse Freiheit sowie die Freiheit der Familiengründung. Intellektuelle Freiheit umfasse dabei die Freiheit, Wissen zu erlangen und Wissen anzuwenden. Unter die intellektuelle Freiheit fällt auch die religiöse Freiheit. Dies bedeutet für religiöse Menschen, nach ihrem Glauben und für nichtreligiöse Menschen, nach ihren ethischen Regeln zu leben (Oruka 1997). Henry Odera Orukas theoretische Ausführungen leisten einen wichtigen afrikanischen

Beitrag zur Diskussion über das Thema Armut. Sein Ansatz wird als bedeutsam eingeschätzt, da er den Freiheitsbegriff durch die Voranstellung von Grundbedürfnissen relativiert, ohne sich gleichzeitig jedoch auf einen ökonomischen Determinismus zu beschränken.

Afrikanische Lebensweisheiten und Sprichwörter

Der Geltungsanspruch der Konzeptualisierung von Armut durch Henry Odera Oruka wird durch Sprichwörter bekräftigt. So lautet ein Sprichwort, das der ethnischen Gruppe der Bambara in Mali zugerechnet wird, folgendermaßen: »Dans le troupeau, seules les chèvres qui n'ont pas soif, bêlent, celles qui crèvent de soif, n'ont pas ce loisir« (zitiert in Prevost und Laye 1999: 242). [In der Herde meckern nur die Ziegen, die keinen Durst haben. Diejenigen, die am Verdursten sind, haben nicht diese Muße]. Im übertragenen Sinn bedeutet das, dass Menschen nur solange ihre Wünsche äußern können, solange sie die notwendige Kraft dazu besitzen. Menschen in einem (physischen) Erschöpfungszustand sind nicht mehr in der Lage, das zu verlangen, was sie benötigen. Sprichwörter sind in westafrikanischen Gesellschaften weit verbreitet und dienen meist als Lehrsätze. In der oralen Kultur stellten sie ein Allgemeinwissen dar und werden von Generation zu Generation weitergegeben. Auch wenn Sprichwörter keine Theorien darstellen, geben sie über den gesellschaftlichen und kulturellen Kontext, in dem sie entstanden, Aufschluss.

In afrikanischen Sprichwörtern wird Armut häufig an die ökonomische Lebensgrundlage geknüpft. Diese Vorstellung geht demnach von einer prinzipiellen Handlungskompetenz des Menschen aus, die es ihm ermöglicht, seine Existenz zu sichern. Ein gesunder, arbeitsfähiger und arbeitswilliger Mensch kann dieser Auffassung nach nicht arm sein. Ein erwachsener Mensch, der in der Lage ist, für sich selbst zu sorgen, könne nicht verarmen (zitiert in Guissou 2002: 118). Neben dieser Zuweisung von Verantwortung für die jeweilige Lebenssituation wird jedoch auch dem Schicksal eine gewisse Rolle für die ökonomischen Verhältnisse eines Menschen zugestanden. Im Lebenszyklus werden Phasen der Entbehrung als unumgänglich betrachtet und Gleichmut als positive Eigenschaft hervorgehoben, um mit den Unwägbarkeiten des Lebens umzugehen (siehe Magassa 2002). Während dem Reichtum mit Zurückhaltung begegnet werden sollte, müsse die Armut mit Geduld ertragen werden, denn wie ein Sprichwort in Mali besagt: »Quant à la fortune, [...] elle ne vaut guère plus qu'un saignement de nez: comme lui, elle apparaît sans raison et comme lui elle disparaît de même« (zitiert in Bâ 1991: 387). [Was das Vermögen/das Glück betrifft, ist dieses kaum mehr wert als ein Nasenbluten: Wie dieses taucht es grundlos auf und wie dieses verschwindet es wieder].

Aus diesem Grund können Sprichwörter hilfreich sein, um ein besseres Verständnis von den sozialen Auswirkungen von Armut zu entwickeln. Während vorübergehende Situationen des Mangels in ihren gesellschaftlichen Auswirkungen begrenzt sein mögen, schädigt chronische Armut soziale Beziehungen nachhaltig. Ein Sprichwort der ethnischen Gruppe der Fulbe drückt dies so aus: »Trois choses ne peuvent pas cohabiter dans une maison : l'homme, la femme, la pauvreté. Si la pauvreté ne les quitte pas, l'homme ou la femme s'en ira ailleurs« (zitiert in Prevost und Laye 1999: 242). [Drei Dinge können

nicht unter einem Dach leben: ein Mann, eine Frau und die Armut. Wenn die Armut das Haus nicht verlässt, wird der Mann oder die Frau eines Tages gehen]. Anhaltende Armut führe demnach zu Scheidungen und zur Trennung innerhalb einer Familie. Ein anderes Sprichwort besagt, dass ein armer Mensch keine FreundInnen habe. Von Armut betroffene Menschen hätten – dieser Auffassung zufolge – bereits genug eigene Probleme, die sie nicht zu lösen imstande seien. Freundschaften würden das Leid armer Menschen nicht lindern, sondern nur zu zusätzlichen Problemen führen (Tapo 2006). Die Vereinzelung könnte jedoch nicht nur auf den Rückzug der Armen, sondern auch auf die Ausgrenzung durch die Mitmenschen, weil die Armen ihnen nichts mehr geben können, zurückgeführt werden. Eine Analyse der Sprichwörter zum Thema Reichtum legt diese Interpretation nahe.

Die Reichen sind im Gegensatz zu den Armen der traditionellen Auffassung zufolge ständig von Menschen umgeben. Wohlhabende Menschen ziehen andere Menschen, ob Familienmitglieder, Bekannte, NachbarInnen oder auch Fremde an, die aus der Nähe zu diesem Menschen einen eigenen Nutzen aus dem Reichtum erhoffen. Bildlich dargestellt wird dies in dem Sprichwort der Bambara: »C'est sur les arbres touffus que viennent s'assembler les oiseaux« (zitiert in Prevost und Laye 1999: 263). [Nur auf den dicht belaubten Bäumen versammeln sich die Vögel]. Aufgrund des hohen Prestiges fällt es reichen Menschen leichter, andere Menschen zu beeinflussen und ihr Verhalten zu kontrollieren. Die Anerkennung in der Gesellschaft gilt daher für alle als erstrebenswertes Ziel. Um jeden Preis wird versucht, einen positiven Eindruck auf andere zu vermitteln und aufrechtzuerhalten. Phasen des Mangels werden geheim gehalten, um in der Achtung der Mitmenschen nicht zu sinken. Die Großzügigkeit gegenüber anderen Menschen wird ebenfalls aufrechterhalten, um das Bild des wohlhabenden Mächtigen zu bewahren. Ein Sprichwort der Malinke besagt: »Celui qui a la renommée de riche, même s'il a faim, aura la réputation de bien manger« (zitiert in Prevost und Laye 1999: 263). [Wenn jemand den Ruf hat, reich zu sein, dem wird – auch wenn er Hunger hat – nachgesagt, er würde gut essen]. Reichtum geht in den westafrikanischen Gesellschaften mit einer Reihe von Privilegien einher und daher sind Menschen darauf bedacht, das Gesicht zu wahren. Eines dieser Vorrechte ist es, als kreditwürdig zu gelten. Ein Sprichwort in Mali besagt, dass man nur den Reichen Geld leihe, den »Armen« hingegen die geringsten Summen versage (Tapo 2006). Der Umgang mit Geld und Formen der gegenseitigen Unterstützung werden im Folgenden anhand von Ergebnissen kultur- und sozialanthropologischer Studien analysiert.

2.6. Solidaritätsstrategien zur Bekämpfung von Armut

Hier wird der Versuch gemacht, Armut neu zu sehen. Der Zugang zur Armutsproblematik über die Gewährung von Solidaritätsleistungen stellt eine neue Herangehensweise an diese Thematik dar. Sie ist prozessorientiert und berücksichtigt den gesellschaftlichen und kulturellen Kontext. Dieser Ansatz wird vorwiegend von Kultur- und SozialanthropologInnen gewählt, da er eng an die soziale Realität und an die Handlungsstrategien der Menschen anknüpft. Der Ansatz wird hier vorgestellt, da er sich besonders gut eignet, um Armut im urbanen Raum zu erforschen. In der Stadt lässt

ein komplexes Netz an Sozialbeziehungen die monetären Grenzen zwischen Familien, NachbarInnen und FreundInnen oft verschwinden. So beschreibt Andries du Toit (2009) im urbanen Raum Südafrikas beispielsweise drei verschiedene Ausprägungen von Sozialkapital: Es gebe ihm nach traditionelle Verwandtschaftsnetzwerke, hierarchische Klientelbeziehungen und soziale Netzwerke in Form von Interessensgemeinschaften (ebd.). Du Toits Analyse von Solidaritätsstrategien ist aufschlussreich, denn sie zeigt die Selbsthilfeoptionen auf, die in einer durch Informalität gekennzeichneten Gesellschaft existieren. Weiters gibt sie Hinweise auf die Armutsverteilung in einer Gesellschaft, indem sie aufzeigt, ob Armut nur eine lokale Bedingung ist oder ob Armut auch eine lokale Kategorie ist, welche Menschen eine eigene Identität verleiht. Von einem kultur- und sozialanthropologischen Standpunkt aus wurden wiederholt ökonomistische Konzepte von Armut kritisiert. Die Kritik richtet sich hierbei an die individualistische Betrachtungsweise von Armut und das Ausblenden der gemeinschaftlichen und gesellschaftlichen Beziehungen (siehe Green 2009). Für die Beurteilung, ob ein Menschen arm sei, müssen einige grundsätzliche Fragen berücksichtigt werden. Von Relevanz ist, wie die Gesellschaft strukturiert ist, welche Identität den Gesellschaftsmitgliedern zugeschrieben wird und welche Arten von Verpflichtungen und Anforderungen mit der Zugehörigkeit zu einer bestimmten Gesellschaft verbunden sind. In Bezug auf den Status der »Armen« in afrikanischen Städten wird betont, dass dieser nicht unbedingt mit Exklusion einhergehe. Arme Menschen handeln nicht als Kollektiv, sondern sie fügen sich in unterschiedliche Verwandtschafts- und Nachbarschaftsnetze ein (ebd.). Eine Ausnahme bilden bestimmte Kategorien von BettlerInnen, insbesondere behinderte Menschen, verstoßene Frauen oder Straßenkinder. Diese extreme Ausformung von städtischer Armut geht mit dem Verlust einer sozialen Positionierung und bestimmter Berechtigungen einher. Diese Gruppen armer Menschen befinden sich außerhalb der gesellschaftlichen Norm und sind auf das Mitleid von wohl tätigen Menschen angewiesen. Die Spenden erfolgen in anonymer Art und Weise, denn zwischen BettlerInnen und GeberInnen besteht keine persönliche Beziehung (vgl. Vuarin 2000). Als extrem arm gelten daher diejenigen, die vom sozialen System ausgeschlossen sind und die in keinen persönlichen Abhängigkeitsverhältnissen stehen. Das Armutsproblem in Zusammenhang mit BettlerInnen und manchen gesellschaftlich am Rande stehenden Menschen soll nun nicht weiter erörtert werden, denn für die Forschungsfrage dieser Arbeit ist Armut, die sich durch Stigmatisierung und Obdachlosigkeit auszeichnet, von geringerer Relevanz.

Zentrales Ergebnis einiger kultur- und sozialanthropologischer Studien in afrikanischen Ländern ist, dass Armut – wie bereits erwähnt – nicht nur einen monetären oder materiellen Mangel beschreibt, sondern fehlende Beziehungen zu einflussreichen Personen meint. Im Gegenzug bedeutet Reichtum, in eine große Familie hineingeboren zu werden und viele Verwandte zu haben. Reichtum wird als Konsequenz der Zusammenarbeit mit anderen Menschen und als Konsequenz der Teilnahme an gemeinschaftlichen Aktivitäten betrachtet. Reichtum wird hier also an der Reichweite des sozialen Netzwerkes gemessen. Reich zu sein bedeutet im traditionellen Verständnis auch, armen Menschen Hilfeleistungen nicht zu verwehren (Godinot et al. 2007). In der traditionellen, hierarchisch strukturierten Gesellschaft, wurde die Verpflichtung, anderen Menschen zu helfen, nicht an den ökonomischen Wohlstand geknüpft, sondern an den Status einer Person. Der Statushöhere wird in die Pflicht genommen, für die in seiner

Verantwortung stehenden Personen aufzukommen. Ein Untergebener empfindet keine Scham, wenn er sich an den Vater, den älteren Bruder, den Familienvorstand oder den Dorfältesten wendet und ihn um Hilfe bittet. Aufgrund einer klaren Überlegenheit der statushöheren Person kann diese Hilfe eingefordert werden. Im Gegenzug ist der Empfänger von Unterstützung verpflichtet, Respekt zu zollen und Gegenleistungen zu erbringen (Vuarin 2000). Die nie zu tilgende Schuld gegenüber anderen Mitgliedern der Familie und der Gemeinschaft stellte in der traditionellen Ordnung den Integrationsmittelpunkt dar. Der Zyklus der Schuld wird durch Leistungen und Gegenleistungen am Leben erhalten. Von Geburt an ist der Mensch gegenüber seinen Ahnen, seinen Eltern und Gott verschuldet, als Kind ist er seiner Familie gegenüber verschuldet, die ihn ernährt, erzieht und schützt. Das Kind muss sich im Gegenzug unterwerfen, gehorchen, Anerkennung zollen und mithelfen. Erwachsene verschulden sich in der Gemeinschaft jenen Menschen gegenüber, die materielle oder symbolische Unterstützung gewähren (Marie 2011). In traditionellen Gesellschaften gab es effektive Strategien gegen extreme Armut. Diese drückte sich in starker Interdependenz und Reziprozität innerhalb einer Gemeinschaft aus. Bei sparsamer und genügsamer Lebensführung ermöglichte dies ein bestimmtes Maß an Sicherheit (Godinot et al. 2007). Die Aufteilung von Unterstützungs- und Hilfeleistungen erfolgte nach einem genauen Regelsystem. Es war festgehalten, wer Anrecht auf eine Leistung hat und wer verpflichtet ist, diese Leistung zu erbringen. Dieses System erreichte nach internen Gerechtigkeitsvorstellungen einen gewissen Ausgleich innerhalb der Gemeinschaft (Chevron 2001 b).

Diese Auffassung von Solidarität hat im Prinzip bis heute Bestand. Übertragen auf eine urbane und monetarisierte Gesellschaft gibt es jedoch neue Ausprägungen dieser gegenseitigen Unterstützung. Der Status einer Person bezieht sich nicht nur mehr auf soziale Merkmale wie Alter, Familienstand oder Funktion, sondern auch auf ökonomische Kriterien. In einer weit verbreiteten Meinung hat der Reiche die Aufgabe, den »Armen« zu helfen. Reichtum wird nicht negativ bewertet, wenn das Vermögen mit weniger begüterten Menschen geteilt wird. Reichtum in Kombination mit Geiz und Habsucht wird hingegen sozial geächtet:

»L'accumulation des richesses, en effet, n'est pas répréhensible aux yeux des habitants de ce pays; ce qui l'est par contre, c'est leur rétention. Si la redistribution entraîne les bénédictions de ceux qui reçoivent, l'avarice provoque au contraire la malédiction. Quoi de plus important pour les Maliens, surtout les plus riches, que d'éviter les malédictions alors qu'ils n'ont qu'un seul souci, celui d'assurer leur réputation au sein de leur milieu social« (Amselle 1987 : 72).

Wie Jean-Loup Amselle betont, wird die Großzügigkeit eines Gebers/einer Geberin mit den Segenswünschen der EmpfängerInnen honoriert. Geizige Wohlhabende müssten hingegen damit rechnen, in aller Öffentlichkeit beschimpft zu werden. Die gemeinschaftliche Ethik weist der Umverteilung eine wichtige Rolle zu und erlegt den Reichen aufgrund ihres Status Verpflichtungen auf. Diese müssen den Erwartungen nachkommen, auch wenn diese ihre tatsächlichen Ressourcen übersteigen. Diese Form der Solidarität kann als »vertikale Solidarität« bezeichnet werden. Dies bedeutet in einem modernisierten Verständnis eine klientelistische Solidarität, die zu einer gewissen Ver-

teilung von Ressourcen und zur Anhäufung von sozialem Prestige für den Geber führt (Marie 1997b).

Allerdings gibt es auch eine Form der gegenseitigen Unterstützung zwischen statusgleichen Personen, wie es in einer brüderlichen Beziehung der Fall ist. Oft wird diese Form der Unterstützung als erste in Anspruch genommen, da sie Vertrauen und Discretion garantiert. Erst wenn die erwartete Hilfeleistung die Kapazitäten dieser Person übersteigt, wird Unterstützung von einer statushöheren Person gesucht. Für den Hilfesuchenden stellt sich das Problem, wie er Kontakt mit einer einflussreichen, wohlhabenden oder mächtigen Persönlichkeit aufnehmen kann. Das Ziel ist es, diese Person für das eigene Problem zu interessieren und Mitgefühl zu wecken, so dass es dann zu konkreten Hilfeleistungen kommt. Darüber hinaus sollte vermieden werden, dass das Bittgesuch an die Öffentlichkeit gelangt. Der Rückgriff auf einen Vermittler wird daher oft als Strategie gewählt, um die Erfolgswahrscheinlichkeit des Hilfeansuchens zu erhöhen und im schlimmsten Fall die Ehre zu retten. Robert Vuarin (2000) konnte in seiner kultur- und sozialanthropologischen Forschung in Bamako zeigen, dass es fünf Möglichkeiten für Hilfsansuchen gibt.

Diese sind:

- 1 Hilfe wird von einer statusgleichen Person erbeten,
- 2 Hilfe wird von einer statushöheren Person erbeten,
- 3 Hilfe wird über einen statusgleichen Vermittler von einer statushöheren Person erbeten,
- 4 Hilfe wird über einen statushöheren Vermittler von einer statushöheren Person erbeten,
- 5 Hilfe wird sowohl über einen statusgleichen als auch über einen statushöheren Vermittler von einer statushöheren Person erbeten (ebd.: 154).

Oft wird versucht, mehrere Strategien zugleich anzuwenden, um das Ziel zu erreichen. Das gesamte Sozialkapital in Form von Mittelspersonen wird mobilisiert, um Zugang zu einer Person zu erhalten (ebd.). Diese Vorgangsweise kann notwendig sein, wenn die wohlhabende Person wenig Bereitschaft zeigt, die Bitte zu erfüllen. Hilfe wird u.U. erst gewährt, wenn Dritte intervenieren oder wenn der eigene Ruf auf dem Spiel steht. Personen, die den sozialen Aufstieg geschafft haben, sehen die Solidarität gegenüber ihren armen Verwandten heute oft nur noch als Belastung, denn für die erbrachte Unterstützung ist kaum mit materiellen Gegenleistungen zu rechnen. Diese Personen wenden sich daher immer mehr anderen Solidaritätsformen zu, die in ihrem beruflichen Umfeld oder in ihrem sozialen Milieu angesiedelt sind und die sich weniger auf die Familie, sondern auf KollegInnen, NachbarInnen, Vereine oder Parteien stützen (Marie 2011).

Die Mehrheit der ärmeren Bevölkerungsschichten in der Stadt betrachtet die Großfamilie immer noch als primäre Quelle von Unterstützung. Die durch Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung zunehmend schwieriger werdenden Lebensbedingungen wirken sich jedoch auf das innerfamiliäre Solidaritätsnetz nachteilig aus. In einer Familie, in der alle arm sind, funktioniert die Solidarität nicht mehr, denn die Reichen haben ihre finanziellen Reserven aufgebraucht und können nichts mehr an die Ärmern abgeben. Das Solidaritätsprinzip wird dann problematisch, wenn überzogene Forderungen

gen an andere Familienmitglieder gestellt werden. Diejenigen, die in den Augen der Anderen erfolgreich sind, werden aufgefordert, etwas zu geben, das sie eigentlich gar nicht besitzen. Auch ergibt sich das Problem, dass bei uneingeschränkter Solidarität mit den Familienangehörigen nichts mehr übrig bleibt, das investiert werden könnte. So beschränkt sich die gegenseitige Hilfe innerhalb einer Großfamilie auf diejenigen, die sozial oder räumlich nahe sind und die die Schwierigkeiten und Probleme der anderen kennen. Die Solidarität zwischen Armen hat oft eine größere symbolische Bedeutung als das Potential, wirkliche Probleme zu lösen. Hilfe bedeutet hier oft das Teilen von Nahrungsmitteln und Essen, kleine Gesten der Gastfreundschaft oder etwas Geld. Wenn eine Verwandte/r eine medizinische Behandlung oder Medikamente braucht, kann die Familie dafür meist nicht aufkommen. Eine Jugendliche/r kann gleichfalls nicht damit rechnen, dass seine/ihre Schulgebühren für eine weiterführende Schule bezahlt werden (Marie 2011).

Von Relevanz ist auch die Art und Weise, wie Geld innerhalb der Familie verteilt und verwendet wird. Während es früher der männliche Haushaltsvorstand war, der alle Einkommen der Familienmitglieder verwaltete und aufteilte, ist heute die individuelle Verwendung des selbst verdienten Geldes üblich geworden. Damit gestaltet sich die Umverteilung innerhalb der Familie anders und oft wird nur mehr die eigene Mutter unterstützt. Der Vater sowie die anderen Ehefrauen des Vaters in polygamen Haushalten erhalten u.U. keine Unterstützung mehr (Chevron 2001b). Die gleichzeitige Wirkung von zwei Prinzipien, nämlich einer inklusiven Solidarität und einer exklusiven Haushaltslogik führt zu neuen Phänomenen. Die Sozialwissenschaftlerin Almuth Schaubert (2008) hat dies anhand der Überlebensstrategien von armen Menschen in der ghanaischen Hauptstadt Accra erforscht. So wird Verwandten immer eine Unterkunft zur Verfügung gestellt, denn die Bereitstellung eines Schlafplatzes verursacht keine finanziellen Kosten. Gleichzeitig gehen jedoch immer mehr Menschen dazu über, sich von Streetfood zu ernähren, denn dies ist günstiger als selbst zu kochen und das Essen muss nicht mit anderen geteilt werden. Die Kosten für Essen und sogar für den Wasserkonsum werden individualisiert und stehen im Gegensatz zum Wert der Familiensolidarität.

Für mittellose Familienmitglieder haben diese Entwicklungen schwerwiegende Auswirkungen. Indem Solidarität zwischen Armen nur existiert und sich reproduziert, wenn materielles, soziales oder symbolisches Kapital in Gang gesetzt wird, sind die »Ärmsten der Armen« von manchen Solidaritätsformen ausgeschlossen. Die monetarisierte urbane Gesellschaft verlangt bei jedem Fest und bei vielen Gelegenheiten Geld. Alltägliche Solidarität existiert heute nicht mehr ohne Geld (Olivier de Sardan 1999). Mittellose Angehörige nehmen zwar an sozialen Ereignissen wie z.B. Beerdigungen teil, werden aber nicht ihrem Alter gemäß eingebunden. Weil sie sich nicht an den Kosten beteiligen können, müssen sie manuelle Hilfstätigkeiten, welche normalerweise nur Jugendlichen zufallen, ausführen. Erwachsene Männer ohne eigenes Einkommen sind von diesem Problem besonders betroffen. Wenn sie am System nicht teilhaben können, weil sie weder Kredite vergeben noch Schulden zurückzahlen können, werden sie de facto aus dem System ausgeschlossen. Arbeitslosigkeit wirkt sich aufgrund der fehlenden finanziellen Mittel nicht nur in materieller Hinsicht negativ für eine Person aus, sondern sie hat durch das Fehlen von verteilbaren Ressourcen auch verheerende

soziale Folgen, die bis zum »symbolischen Tod« (Marie 1997a) reichen können. Erst wenn ein junger Mann Arbeit gefunden hat und für die Familie und die Gemeinschaft wieder nützlich wird, kann er seine Ehre zurückgewinnen und das Gefühl der Beschämung weichen (Gérard 1997).

Trotz anhaltender und gravierender Härtebedingungen kommt es selten zum Bruch mit der Familie. Einerseits wird dies durch das hoch gehaltene Ideal des Zusammenhalts innerhalb der Familie verhindert. Der effektive Ausschluss eines Familienmitglieds würde den Ruf der Familie schädigen und eine Demütigung darstellen, da dies zum Ausdruck bringen würde, dass die Familie nicht in der Lage sei, für alle zu sorgen. Andererseits ist es auch der Mangel an Alternativen, der dazu führt, dass die Familie zusammen bleibt. Wenn keine Sozial- und Pensionsversicherung und keine Chance auf Kreditgewährung bestehen, ist es unausweichlich, sich auf das bestehende Solidaritätsnetzwerk zu beziehen (Marie 1997b). Auch wenn das Ausmaß der Unterstützung von Seiten der Familie sehr gering ist, ist es für viele die einzige zugängliche Form der Hilfe. Besonders kritisch stellt sich die Situation armer Frauen dar, denn diese sind sowohl von einem Mangel an monetärem und sozialem Kapital betroffen als auch von unvorteilhaften gesellschaftlichen Entwicklungen. In den traditionellen Gesellschaften waren die Frauen den Entscheidungen der alten Männer unterworfen, gleichzeitig konnten sie jedoch auf den Schutz durch die männlichen Familienoberhäupter zählen. Mit dem Machtschwund der alten Männer schwindet auch ein System sozialer Sicherheit und dies führt zu einer größeren Vulnerabilität der Frauen (Chevron 2001b).

Eine zusätzliche Dimension gewinnen Solidaritätsnetzwerke durch die Rücküberweisungen von MigrantInnen. In den Jahren 2005 und 2006 betrugen die Rücküberweisungen nach Mali 90 Milliarden CFA, dies sind 3,7 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Innerhalb Malis gibt es jedoch große Unterschiede im Hinblick auf die Anzahl und die Höhe der Rücküberweisungen. Die Regionen Kayes und Mopti sind durch eine jahrzehntelange temporäre oder permanente Migration gekennzeichnet. In diesen beiden Regionen erhalten 43 bzw. 36 Prozent der Haushalte Geldüberweisungen von MigrantInnen. Während sich MigrantInnen aus Kayes überwiegend in Frankreich und anderen europäischen Ländern aufhalten, befinden sich MigrantInnen aus Mopti hauptsächlich in Ländern Westafrikas. Bamako hat im Gegensatz zu Kayes und Mopti keine lange Abwanderungstradition und die Anzahl der Haushalte, die Rücküberweisungen erhalten, ist erst in den letzten Jahren angestiegen. Heute erhält knapp ein Fünftel der Haushalte in Bamako Geld von Verwandten, die im Ausland leben. Mit diesem Geld können schätzungsweise 17 Prozent der Haushaltsausgaben bestritten werden (Gubert et al. 2010).

Umfragen zeigen auf, dass ein Drittel der Haushalte in Bamako ihre Bedürfnisse nicht mit eigenen finanziellen Mitteln befriedigen können. Um ihren Lebensstandard aufrechtzuerhalten, müssen sie Kredite bei Verwandten aufnehmen und sie sind gezwungen, in Abhängigkeit von reicheren Angehörigen im In- und Ausland zu leben. Andererseits hat ein Fünftel der Befragten in Bamako keine Möglichkeit, von Verwandten finanzielle Unterstützung zu erhalten. Ein beachtlicher Anteil der ärmeren StadtbewohnerInnen ist demnach weder durch familiäre noch durch staatliche Systeme der sozialen Absicherung geschützt (Sako et al. 2005).

2.7. Staatliche und internationale Maßnahmen zur Armutsreduktion

In afrikanischen Ländern wird die Armutsproblematik seit den 2000er Jahren besonders thematisiert und staatliche Lösungsansätze manifestieren sich in der regelmäßigen Erstellung von Armutsreduktionsstrategien. Mithilfe von Strategiepapieren übermitteln die Regierungen der Weltbank und dem Internationalen Währungsfonds sowie anderen bi- und multilateralen Partnern ihre Zielsetzungen im Hinblick auf die Bekämpfung der Armut. Die Weltbank hatte 2001 eingefordert, dass das Wirtschaftswachstum auch zu einer Verminderung der Armut führen sollte. Ein so genanntes armutsorientiertes Wachstum oder »pro-poor growth« liegt demnach vor, wenn die armen Bevölkerungsschichten stärker vom Wachstum profitieren als die Mittel- und Oberschicht oder wenn es zu einem Rückgang der absoluten Armut kommt. Dieser Ansatz ist insbesondere für afrikanische Städte von Relevanz, da das Phänomen der urbanen Armut auf fehlendes Wirtschaftswachstum zurückgeführt wird. Grundsätzlich wird nicht Urbanisierung an sich als problematisch gesehen, sondern das Versagen der Politik, die städtische Armutsbevölkerung in die modernen marktwirtschaftlichen Strukturen zu integrieren (Kessides 2005). Bereits Mitte der 1970er Jahre hatte die Weltbank darauf gedrängt, Maßnahmen zur Armutsreduktion in afrikanischen Städten durchzuführen. Aus den Unruhen in nordafrikanischen Ländern wie Marokko und Tunesien Anfang der 1970er Jahre schloss die Weltbank, dass die Bedürfnisse der städtischen Bevölkerung nicht unberücksichtigt bleiben dürfen (Osmont 1985)⁵. Aber Maßnahmen, die im Rahmen der Strukturanpassungsprogramme in Mali und Burkina Faso ab den 1980er Jahren gesetzt wurden, haben aus heutiger Sicht nicht zur Bekämpfung von Armut beigetragen. Die Sanierung des Haushaltsbudgets wurde dadurch zwar vorangetrieben aber die Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen, die Erhöhung der Steuern und die Entlassung von etwa zehntausend Beamten erschweren vielmehr die Lebensbedingungen der urbanen Bevölkerung (Bergamaschi 2009). Seit Mitte der 1990er Jahre beträgt das Wirtschaftswachstum in den beiden westafrikanischen Ländern Mali und Burkina Faso durchschnittlich fünf Prozent. Das Pro-Kopf-Einkommen in Mali und Burkina Faso hat sich seit den 1960er Jahren rein statistisch gesehen verzehnfacht. Dennoch zählen Mali und Burkina Faso immer noch zu den Entwicklungsländern und die Einkommensunterschiede der EinwohnerInnen im Vergleich zur Bevölkerung der G20 (Gruppe der zwanzig wichtigsten Industrie- und Schwellenländer) sind weiterhin enorm. Zudem gibt es auch innerhalb der beiden Länder eine steigende soziale Ungleichheit, die sich im urbanen Raum insbesondere auf die Bildung und auf den Zugang zum Arbeitsmarkt bezieht. Die Arbeitslosigkeit junger Erwachsener mit höheren Bildungsabschlüssen ist ein weit verbreitetes Problem (Antoine et al. 1998). Die Erwerbstätigkeit im informellen Sektor, die mit signifikant geringeren Einkommen einhergeht, ist ebenfalls eine Folge dieser Entwicklungen (Brilleau et al. 2005).

5 Interessant sind die Parallelen zum Armutsdiskurs des US-amerikanischen Präsidenten Harry Truman in seiner Antrittsrede im Jahr 1949. Die Armut in den Entwicklungsländern wurde damals als Gefahr für die Industrieländer gesehen.

Die Armutsreduktionsstrategien versuchen, die strukturellen Ursachen von Armut zu bekämpfen. Die Strategiepapiere in afrikanischen Ländern weisen diesbezüglich viele Gemeinsamkeiten auf. Die Regierungen erkennen grundsätzlich die Notwendigkeit, makroökonomische Reformen durchzuführen. Mithilfe von Privatisierungen und verstärktem Wettbewerb sollte das Wirtschaftswachstum angeregt werden. Die Bereitstellung von Beschäftigungs- und Einkommensmöglichkeiten steht in Burkina Faso und in einer Reihe weiterer westafrikanischer Länder ebenfalls im Zentrum der Bemühungen. Armen Menschen sollte der Zugang zu Produktionsmitteln und (Mikro-)Krediten ermöglicht und die Selbstständigkeit gefördert werden. Weiters werden der Infrastruktur und sozialen Dienstleistungen eine große Bedeutung für die Verringerung von Armut zugeschrieben. In dieser Hinsicht sollte die Bereitstellung von Infrastruktur in den Bereichen Wasser- und Energieversorgung sowie Transport und Kommunikation verbessert werden. Ebenso gilt es, den Zugang zu Bildung und Gesundheitsversorgung auch für arme Menschen sicherzustellen. Der Bildungsbereich umfasst Grundschulbildung, Alphabetisierung sowie weiterführende Bildung und Berufsbildung. Die Maßnahmen beinhalten sowohl die Verbesserung der Bildungsinfrastruktur als auch die Qualitätssicherung der Bildung und eine Steigerung des Bildungserfolgs. Der Gesundheitsbereich umfasst u.a. den Kampf gegen Infektionskrankheiten und verbesserten Zugang zu Trinkwasser und sanitärer Infrastruktur. Die Armutsreduktionsstrategien bekennen sich dazu, dem Schutz armer Bevölkerungsschichten mehr Aufmerksamkeit zu widmen. Die Ausweitung der Reichweite und der Leistungen der Sozialversicherung sollten zu einer besseren Absicherung armer Menschen führen. Schließlich sollte demokratische Regierungsführung im Hinblick auf Transparenz und Effizienz forciert werden, um den Maßnahmen anhaltende Wirksamkeit zu verleihen (Brilleau 2004).

In Mali gibt es mittlerweile drei Generationen von Armutsreduktionsstrategien. Die erste Strategie wurde für den Zeitraum 2002-2006 erstellt und legt im Hinblick auf den städtischen Raum den Fokus insbesondere auf den Zugang zu sozialen Basisdienstleistungen. Dies führte zu Maßnahmen in den Bereichen Bildung, Gesundheit, Umwelt und Wohnen. Die ärmeren Menschen, die als Zielgruppen identifiziert wurden, umfassten ältere Personen, BettlerInnen, Straßenkinder und behinderte Menschen sowie die BewohnerInnen informeller Siedlungen (BNETD 2001). Der zweite Plan für Wachstum und Armutsreduktion wurde für den Zeitraum 2007-2011 konzipiert und thematisierte erneut den Zugang zu Sozialdienstleistungen, rückte aber nun den Produktionssektor und das Wachstum stärker in den Mittelpunkt (Bergamaschi 2009). Mehr als die Hälfte des Haushaltsbudgets wurde der Armutsbekämpfung zugewiesen. Die Bereiche Schulbildung, Gesundheit, Stadtplanung und Arbeitsmarktpolitik erhielten den größten Anteil des Budgets (Dabitao et al. 2011). Die letzte Armutsreduktionsstrategie in Mali für den Zeitraum 2012-2017 enthält eine große Bandbreite von Mitteln und Wegen zu mehr Wachstum und größerem Wohlstand. Die Maßnahmen betreffen sowohl einen Anstieg der agrarlandwirtschaftlichen Produktion als auch die Zunahme der Industriebetriebe. Arbeitsplätze sollten geschaffen und der Zugang zu Krediten vereinfacht werden. Ernährungssicherheit und Zugang zu medizinischer Versorgung und Bildung sollten garantiert und das Infrastrukturnetzwerk ausgeweitet werden. Das Bevölkerungswachstum und das Ausmaß der Migration sollten beschränkt, soziale Ungleichheiten und die Benachteiligung von Frauen reduziert werden. Schließlich berücksich-

tigt die Strategie die Friedenssicherung, die Korruptionsbekämpfung und den nachhaltigen Schutz der Umwelt (Ministère de l'Economie et des Finances 2011). Anhand des Vergleichs dieser drei Generationen von Armutsreduktionsstrategien kann der Schluss gezogen werden, dass immer mehr Faktoren als notwendig erachtet werden, um Armut effektiv zu bekämpfen. Die Planungs- und Durchführungsschritte werden immer detaillierter erarbeitet, denn die Mittel und Wege zur Erreichung von Entwicklungszielen sind vielfältig. Trotz einer Vielzahl an strategischen Plänen und Leitbildern wird nur als Ziel definiert, was anhand von Indikatoren gemessen werden kann (Mosse 2005). Der Erstellung von statistischen Kennzahlen kommt daher eine wichtige Rolle zu. Die nationalen Regierungen werden im Hinblick auf die selbst formulierten Ziele vor große Herausforderungen gestellt, denn das Statistikamt hat begrenzte finanzielle und personelle Kapazitäten:

»The persistent lack of viable statistics has led to a situation where people talk a lot about poverty, but in fact know very little about its origins and permutations, which allows donors to impose their numerous priorities« (Bergamaschi 2009: 222).

Die internationale Entwicklungshilfe spielt für die Armutsbekämpfung in afrikanischen Ländern eine gewichtige Rolle. In Mali beispielsweise sind mehr als vierzig bi- und multilaterale Partner der Entwicklungskooperation präsent, wobei die EU, die Weltbank, Frankreich, die Niederlande, Japan, die USA, die Afrikanische Entwicklungsbank, Kanada und Deutschland am bedeutsamsten sind. Im Zeitraum 1996-2005 machten die Hilfsgelder dieser Partner durchschnittlich 28 Prozent des Haushaltsbudgets und 75 Prozent des nationalen Investitionsbudgets aus (Bergamaschi 2009). Das politisch wirksamste Paradigma der Armutsbekämpfung in den letzten 15 Jahren bis 2015 fand sich in den von den Vereinten Nationen definierten Millennium Development Goals. Von acht Entwicklungszielen fand sich die Beseitigung von extremer Armut und Hunger an erster Stelle. Es folgten Ziele im Bereich Bildung und Gesundheit, Gleichstellung von Frauen und nachhaltigem Umweltschutz. Die Millenniumsziele konnten als »Supernorm« (Fukuda-Parr und Hulme 2011) verstanden werden, denn sie gingen von einer globalen Verantwortung für die Armutsbekämpfung aus. Die Sustainable Development Goals, also die Ziele nachhaltiger Entwicklung, welche von den Vereinten Nationen im Jahr 2015 beschlossen wurden, schließen an die Millenniumsziele an. Bis zum Jahr 2030 sollen nun insgesamt 17 Ziele und 169 Zielvorgaben erreicht werden, wobei das Ziel der Beseitigung von Armut erneut an erster Stelle steht.

Die Kritik an der Armutskonzeption der internationalen Organisationen betrifft viele Aspekte und kann hier nicht im Detail behandelt werden. Einige besonders relevante Kritikpunkte sollen hier jedoch angeführt werden. Der Weltbank, die den Armuts- und Entwicklungsdiskurs maßgeblich prägt, wird vorgeworfen, die theoretischen Ansätze nicht in die Praxis umzusetzen. Fehlende Konsistenz und innere Widersprüche würden die Herangehensweise der Weltbank kennzeichnen. So hätte sie in ihrem Bericht aus dem Jahr 2001 darauf hingewiesen, dass die Armutslinie weder für die Messung des nationalen Fortschritts noch für die Erstellung nationaler Maßnahmen herangezogen werden sollte. Dennoch stützen sich alle Maßnahmen der Weltbank auf die Armutslinie. Die Weltbank unterscheidet in ihrem Diskurs und in ihren Maßnahmenempfehlungen zwischen den »Armen« und den »extrem Armen«, welche Unterstüt-

zung verdienen. Außerdem differenziere sie zwischen den »guten Armen«, welche Hilfestellungen wie Kredite oder Ausbildungsprogramme in Anspruch nehmen und den »schlechten Armen«, die diese Hilfestellungen nicht annehmen können oder wollen (Lautier 2002). Dies führe dazu, dass Maßnahmen auf diejenigen Gruppen abzielen, welche die höchste Erfolgswahrscheinlichkeit böten. Während früher die »deserving poor«, also die hilfsbedürftigen Armen, im Blickpunkt stünden, seien es heute die »easy to assist poor«, also die Armen, denen rasch und unkompliziert geholfen werden kann (Hulme 2003). An der Weltbank wird weiters bemängelt, dass sie keine tiefer gehenden Analysen über die Bedingungen für und die Auswirkungen von Armutsreduktionsmaßnahmen anstellt. Die Zivilgesellschaft soll der Weltbank zufolge an Einfluss gewinnen, ohne dabei den Staat in Frage zu stellen. Die Korruption soll reduziert werden, ohne die korrupten Akteure direkt anzusprechen. Die armen Bevölkerungsschichten sollten ihre politische Stimme erheben, ohne dass sie anderen entzogen wird. Und die Demokratisierung sollte forciert werden, ohne die politischen Parteien einzubeziehen (Lautier 2002).

Internationale Entwicklungshilfeorganisationen beziehen sich allgemein auf »objektive« Kennzahlen und ökonomische Strategien, die sich auf »Best Practices« berufen. Die Dominanz internationaler Konzepte in der theoretischen Herangehensweise und in der Strategieplanung lässt die landesspezifischen Bedingungen oft im Dunkeln. Die nationalen Armutsreduktionsstrategien tragen auf den ersten Blick ebenfalls zu einer kulturellen Homogenisierung bei, da sie sich ebenfalls auf global kursierende Schlagwörter berufen. Die konkreten Auswirkungen dieser internationalen entwicklungspolitischen Leitbilder auf die nationalen Maßnahmen zur Armutsbekämpfung sind dennoch schwer zu evaluieren. Inwieweit die Konzepte tatsächlich in Programme umgesetzt werden bleibt nämlich offen. Konzepte wie jenes der Armut von Frauen werden in erster Linie nur halbherzig und für die ausländischen GeldgeberInnen verwendet.

Abschließend kann festgehalten werden, dass sich die Strategien zur Bekämpfung von Armut durch die internationale Entwicklungshilfe vorwiegend auf die endogenen Ursachen von Armut richtet. Endogene Faktoren scheinen durch Maßnahmen leichter zu verändern als die Art der Einbindung von Entwicklungsländern in globale wirtschaftliche und politische Netzwerke. Die Voraussetzungen für Entwicklung liegen diesem modernisierungstheoretischen Ansatz zufolge in der langfristigen Verfügbarkeit von Kapital, einer stabilen Industrie, technischem Know-how und Demokratisierung. Auch wenn die Ursachen für Armut heute nicht mehr in der Kultur verortet werden, sind es indirekt doch Faktoren, die in Verbindung mit einer politischen Kultur oder einer Unternehmenskultur stehen. Die Vielzahl an Zielen, die unter Armutsreduktion subsumiert werden und die Vielfalt an Wegen, um diese Ziele zu erreichen, lässt Armut beinahe als »fait social total« erscheinen: Alles steht mit Armut in Verbindung und kann durch sie erklärt werden.

2.8. Handlungstheoretische Aspekte: Ressourcen und Wissen

In vielen sozialwissenschaftlichen Ansätzen wird davon ausgegangen, dass das Handeln von Menschen in Abhängigkeit von der Verfügbarkeit von Ressourcen erfolgt. Unter der

Annahme, dass Armut mit ungleich weniger Ressourcen einhergeht, scheint auch die Handlungsfreiheit von armen Menschen stärker eingeschränkt zu sein. In der Armutsforschung wurde in Zusammenhang mit »agency« der Stellenwert von Ressourcen wiederholt betont. Es ist hier allgemein von Mitteln, »means«, oder auch von Vermögenswerten, »assets«, die Rede, welche die notwendigen Voraussetzungen für wirkungsvolles Handeln schaffen würden:

»Agency is about people's ability to act individually or collectively to further their own interests. In this discussion, it is about men and women having the means to envision and make choices that can lead to their escaping poverty« (Narayan und Petesch 2007: 15).

Die theoretische Auseinandersetzung mit den verschiedenen Arten von Ressourcen und ihren Eigenschaften bleibt in der Armutsforschung jedoch meines Erachtens zu wenig berücksichtigt. Hier stellt der soziologische Ansatz von Anthony Giddens (1988) mit der Differenzierung zwischen »allokativen« und »autoritativen« Ressourcen einen wichtigen Beitrag dar. »Allokative Ressourcen« beinhalten ihm nach sowohl natürliche Ressourcen, Güter und materielle Produkte als auch Produktionsmittel und Technologien während »autoritative Ressourcen« die Macht und Herrschaft über Menschen beschreibt. Die Anhäufung von allokativen Ressourcen ist die augenscheinlichste Form der Verfügung über Ressourcen und steht in direktem Zusammenhang mit dem Ausmaß der Naturbeherrschung durch den Menschen. Die autoritativen Ressourcen, also die Kontrolle über das Verhalten von Menschen, ist nach Giddens genauso bedeutsam wie die Verfügung über materielle Ressourcen, denn dies bedeute Einfluss auf die Organisation von und die Beziehungen zwischen Menschen. Diese seien damit mitbestimmend für die Lebenschancen von Menschen. Diese Überlegungen können im Hinblick auf meine Forschungsfrage hilfreich sein, um den Unterschied zwischen materiellem Wohlstand und sozialem Status im urbanen Raum Westafrikas festzustellen. In Bama-ko und Ouagadougou zählen einige traditionelle Viertelvorsteher bzw. Nachfahren der adeligen Familien der Naaba zwar nicht zu den wohlhabenden Menschen, jedoch zu den lokal einflussreichen Persönlichkeiten. Studien haben aufgezeigt, dass die Autorität der traditionellen Viertelvorsteher bzw. der Naaba zumeist nicht in Frage gestellt wird und diese beiden Personengruppen neben den religiösen Autoritäten das meiste Vertrauen in der Bevölkerung genießen (Bado 2015; Logan 2008). Anordnungen, die von ihnen an die BewohnerInnen im Viertel bzw. an die Angehörigen der ethnischen Gruppe der Mossi ausgegeben werden, werden oftmals befolgt. Dies kann u.a. Verhaltensweisen betreffen, die in Zusammenhang mit der Gefährdung der öffentlichen Gesundheit oder in Zusammenhang mit dem Erscheinungsbild des Stadtviertels stehen. Die Bedeutung der allokativen Ressourcen bzw. der Macht wird im Hinblick auf diese besonderen Gruppen in den Städten Westafrikas offensichtlich.

Inwiefern es im Großteil der urbanen Bevölkerung Unterschiede im Hinblick auf das Handlungsvermögen gibt, wurde bisher noch nicht näher erforscht. Hier dienen theoretische Überlegungen als Ausgangspunkt für die Analyse des tatsächlichen Vermögens, angestrebte Ziele zu erreichen. So macht Sabina Alkire (2009) darauf aufmerksam, dass wenngleich die Fähigkeit, Entscheidungen zu treffen, allen Menschen gegeben ist, die Kontrolle über den Handlungsverlauf und die Handlungsergebnisse nicht

für alle Menschen gleich ist. Die Frage der effektiven Macht steht hier also im Mittelpunkt des Interesses. Dieser Standpunkt wird auch von Sherry Ortner (2006) geteilt, die Handlungsvermögen anhand von drei Aspekten behandelt. Diese sind die Handlungsabsichten, die universelle und gleichzeitig kulturelle Beschaffenheit von Handlungsvermögen und das Verhältnis zwischen Handeln und Macht. Ortners Zugang ist hier von Interesse, weil sie die Frage der Macht unter den Aspekten Herrschaft und Widerstand thematisiert. Die Problematik von ungleich verteiltem Handlungsvermögen wird in ihren Worten folgendermaßen beschrieben:

»People in positions of power« have« – legitimately or not – what might be thought of as »a lot of agency«, but the dominated too always have certain capacities, and sometimes very significant capacities, to exercise some sort of influence over the ways in which events unfold. Resistance then is also a form of »power-agency« (Ortner 2006: 144).

Hier schließt Ortner an eine Diskussion über die Strategien des Widerstands der entmachteten Bevölkerungsschichten, die maßgeblich von James Scott (1990) geprägt wurde, an. Widerstand gegen hegemoniale staatliche Maßnahmen, elitäre Macht und dominante Ideologien könne demnach in einer offenen, konfrontierenden Art und Weise geübt werden, aber es könnten auch Strategien wie Verheimlichung, Verleumdung oder Verzögerungstaktiken zum Einsatz kommen, wenn es konkurrierende Loyalitäten oder die Angst vor Repressionen gebe. Auch im Hinblick auf die Analyse von Umweltkonflikten in afrikanischen Ländern wurde wiederholt auf den Ansatz von James Scott Bezug genommen und verschiedene Strategien, die sowohl während der Kolonialherrschaft als auch nach der Unabhängigkeit von ethnischen Minderheiten oder von Frauen eingesetzt wurden, vorgestellt (siehe Mittelman 1998; Moore 1998). In beiden Beispielen werden die autoritativen Ressourcen, also die Fähigkeit von Respektspersonen, Menschen zu organisieren und im Kampf gegen die Einschränkung von Jagdrechten oder die Landenteignung anzuführen, als entscheidend bewertet. Übertragen auf die Umweltproblematik in westafrikanischen Städten soll der Machtfrage ebenfalls Aufmerksamkeit gewidmet werden. Im Zusammenhang mit der Problematik, dass die Herrschaft ausübenden Institutionen zum Teil als illegitim oder korrupt gesehen werden, könnten möglicherweise Äußerungen des Ungehorsams oder Protests beobachtet werden. In Bamako und Ouagadougou könnte es also möglich sein, dass die Bevölkerung wenig Kooperationsbereitschaft zeigt, wenn die Stadtverwaltung neue Maßnahmen im Bereich der Abfallwirtschaft erlässt oder zu bestimmten umweltbezogenen Verhaltensweisen aufruft. Diesem Aspekt wird im Rahmen der Forschung Aufmerksamkeit geschenkt werden, allerdings darf trotz aller Kritik nicht vergessen werden, dass Handlungsmacht sich nicht nur im Widerstand gegen (neo-)koloniale Unterdrückung, sondern immer auch in der Verwirklichung von Absichten, Projekten und Zielen manifestiert (vgl. Apter 2007). Welche Handlungsstrategien letztendlich zum Einsatz kommen, hängt davon ab, welche Ressourcen verfügbar sind. Hierbei gilt es, wie William Sewell (1992) zu bedenken gibt, auch zu berücksichtigen, dass Ressourcen zu anderen Zwecken eingesetzt werden können als zu jenen, für welche sie erdacht waren.

Eine besondere Rolle spielt hier der Faktor Wissen, denn nur mit entsprechendem Wissen können Ressourcen und Macht erworben, erhalten und vermehrt werden (ebd.). Pierre Bourdieu (1983) hat einen wichtigen Beitrag zu dieser Debatte geliefert, indem

er die symbolische Bedeutung des kulturellen Kapitals herausgestrichen hat. Während Giddens allokativen und autoritativen Ressourcen einander gegenüberstellt, differenziert Bourdieu zwischen ökonomischem, sozialem und kulturellem Kapital. Die drei Kapitalformen würden sich oft gegenseitig bedingen und auch in die jeweils andere Kapitalform umgewandelt werden können. Im Kontext seiner Forschung über soziale Ungleichheiten wird im Hinblick auf das kulturelle Kapital insbesondere der Bereich der Wissenschaften analysiert, da er das größte Potential hat, den WissensträgerInnen zu einer ökonomischen und gesellschaftlichen Wertsteigerung zu verhelfen (ebd.). An anderer Stelle hat Bourdieu ([1976] 2009) zwischen praktischem Wissen und gelehrtem Wissen unterschieden. In traditionellen Gesellschaften wie jener der Berber in Algerien sei es die praktische Logik oder *Doxa*, welche vorherrschend sei. Die natürliche und die soziale Welt würden als selbstverständlich wahrgenommen und im Normalfall nicht infrage gestellt. Im Gegensatz dazu gebe es Diskurse und das Diskutierbare, wobei hier die Bedeutung der Wissenschaft, welche zur »Entzauberung« der Welt beigetragen hätte, zum Tragen komme.

Die Ungleichbewertung von Alltagswissen und wissenschaftlich abgesichertem Wissen werde ich auch im Hinblick auf umweltrelevante Praktiken in Westafrika diskutieren. Es ist hier aber auch unabhängig von der Art des Wissens von Interesse, inwiefern handlungsrelevantes und zielbestimmtes Orientierungswissen generell vorhanden ist. Das praktische Wissen, also die nicht artikulierten Elemente der Bewusstheit, werden besondere Aufmerksamkeit erhalten, da sie es den Handelnden erlauben, sich im Alltagsleben zu bewegen. Wie Giddens (1988) wiederholt betont, werde die Selbstreflexion von den handelnden Menschen nur zum Teil auf einer kommunikativen Ebene durchgeführt; viele reflexive Prozesse fänden im praktischen Bewusstsein⁶ statt. Es wird hier also das Spannungsverhältnis zwischen individueller und sozialer Ebene angesprochen. Es handelt sich um ein Kernthema, das interdisziplinär unter Heranziehung soziologischer Ansätze wie der von Giddens besser hervorgehoben werden kann:

»Was die Handelnden über ihr Handeln und die entsprechenden Handlungsgründe wissen – ihre Bewußtheit (*knowledgeability*) als Handelnde – ist ihnen weitgehend in der Form des praktischen Bewußtseins präsent. Dieses praktische Bewußtsein (*practical consciousness*) umfaßt all das, was Handelnde stillschweigend darüber wissen, wie in den Kontexten des gesellschaftlichen Lebens zu verfahren ist, ohne daß sie in der Lage sein müßten, all dem einen direkten diskursiven Ausdruck zu verleihen« (Giddens 1988: 36).

Für die Forschungspraxis bedeutet dies, dass nicht nur Erzählungen, tradierte Überlieferungen oder verschriftlichtes Wissen erhoben werden müssen, sondern dass auch durch Beobachtungen der Zugang zu praktischem Wissen erschlossen werden muss. Kultur- und sozialanthropologische Forschungen wie zum Beispiel Studien über die

6 Das praktische Bewusstsein könne nicht mit dem Unbewussten gleichgesetzt werden, denn das Unbewusste sei jener Bereich, der den Akteuren nicht direkt zugänglich sei und der das aus dem Bewusstsein Verdrängte oder im Bewusstsein Verzerrte umfasse (siehe ebd.).

speziellen Fertigkeiten von Maurern (Marchand 2009) oder Töpferinnen und Lederverarbeitern (Frank 1998) in Mali weisen auf die Vorzüge eines solch breiten methodischen Zugangs hin. Auch materielle Artefakte können von Wissensbeständen zeugen, die heutzutage möglicherweise in Vergessenheit geraten sind. So zeigen Kondé und Diallo (2003) auf, dass es in der malischen Stadt Djenné bereits in präkolonialer Zeit technologisch angepasste und funktionierende Systeme der Abfall- und Abwasserentsorgung gegeben hat. Eine bestimmte Art der Trockentoilette, welche auf dem Hausdach der zweistöckigen Lehmhäuser errichtet wurde, hätte eine platzsparende und hygienische Lösung für die Entsorgung von Fäkalien bereitgestellt. Der Sickerschacht mit einem Fassungsvermögen von bis zu 8 m³, der an der Außenmauer des Hauses angelegt war, hätte nur alle fünf Jahre entleert werden müssen. In diesem Zeitraum hätte sich der Inhalt zersetzt und hätte ohne Bedenken als Komposterde auf den Feldern verwendet werden können. Aufgrund der Zunahme der Bevölkerungsgröße und -dichte in der Stadt sowie der Präferenz für neue Baumaterialien sei diese Form der Toilette jedoch rückläufig. Ob durch den Wandel des Lebensstils auch das Wissen über die Errichtung, Wartung und Nutzung dieser Trockentoilette verloren gehen könnte, bleibt offen.

Hier zeigt sich die Erfordernis, zwischen dem praktischen Wissen von ExpertInnen und dem praktischen Wissen der Bevölkerung zu unterscheiden. Es wird zu Recht kritisiert, dass Kultur- und SozialanthropologInnen lange Zeit vorwiegend spezielles Wissen wie beispielsweise jenes über Rituale, Heilpflanzen oder Magie erforscht und alltagsweltliche Wissensbestände zu wenig berücksichtigt hätten. Darüber hinaus seien Denkprinzipien, die in diesem Spezialwissen entdeckt wurden, auf andere Wissensbereiche übertragen und verallgemeinert worden (siehe Guyer 1996). In meiner Forschung über umweltgerechtes Verhalten in westafrikanischen Städten soll also der Versuch gemacht werden, diese Wissenslücke über das in der Bevölkerung verbreitete Umweltwissen zu schließen. Ich bin mir durchaus bewusst, dass die alltagsweltlichen Wissensbestände im urbanen afrikanischen Raum komplexe Gebilde von traditionellen und modernen Wissensfragmenten darstellen. Es wird hier deshalb auch vordergründig darum gehen, die Lokalisierung von Wissen (Moity-Maizi 2011) zu erforschen, also inwiefern überliefertes und importiertes Wissen sich vor Ort in bestimmten Handlungspraktiken manifestiert. Um die Nutzbarkeit und Nutzung von Wissensbeständen und anderen Ressourcen durch die BewohnerInnen Bamakos und Ouagadougous erforschen zu können, ist es notwendig, auf die kulturellen Besonderheiten einzugehen.

3. Umwelt: Konzept und Theorien

3.1. Natur und Umwelt: Erste Begriffsklärungen

Die Begriffe Natur und Umwelt wurden und werden in der Kultur- und Sozialanthropologie in den unterschiedlichsten Kontexten und Verbindungen verwendet. Natur und Umwelt werden oft synonym verwendet, auch wenn ihr etymologischer Ursprung grundsätzlich verschiedene Bedeutungszusammenhänge andeutet. Während sich Natur vom lateinischen Wort »natura« (Geburt, geboren werden) ableitet, wurde der Begriff Umwelt erstmals im 19. Jahrhundert vom dänischen Dichter J. Baggesen im Sinne von Umgebung verwendet. Bis heute bleibt der Begriff Umwelt durch Jakob Johann von Uexküll, der ihn 1909 als die Gesamtheit der Umweltbedingungen eines Lebewesens definierte, geprägt: »das, was ein Lebewesen aus seiner Umgebung aufnimmt, und das, was es in seiner Umgebung beeinflusst; Wechselwirkung zwischen Lebewesen und Umgebung« (zitiert in Kluge und Seebold 2011). Der Begriff Natur bezieht sich auf die Lebewesen selbst, während Umwelt vielmehr die unmittelbaren und lebensnotwendigen natürlichen Elemente meint.

In der europäischen Kulturgeschichte wurde seit der Aufklärung die Natur als Gegensatz zu Kultur aufgefasst (siehe Descola 2011)¹. Die menschliche Zivilisation wurde als höherwertig als die Natur eingestuft und auch unter den Völkern wurde eine – an der Gegenüberstellung von Natur und Kultur orientierte – Hierarchie erstellt. Die so genannten »Naturvölker« oder »Naturmenschen«, die von Jean-Jacques Rousseau noch als »edle Wilde« klassifiziert worden waren, wurden von Vertretern des Evolutionismus wie Henry Maine oder James Frazer zu primitiven Völkern erklärt (Kokott 2001; Kuper 1988). Der Evolutionismus knüpfte an den Gedanken des »Naturzustandes« an

1 In der Kultur- und Sozialanthropologie wurde die Vorstellung, die Dichotomie von Natur und Kultur sei universell gültig, vielfach kritisiert. U.a. hat Tim Ingold (2002) am Beispiel der Lebensweise von Sammlern und Jägern aufgezeigt, dass in diesen Gesellschaften keine Trennung zwischen mentalen Zuständen und physischen Objekten vorgenommen wird. Diese Gesellschaften würden ihre Umwelt vielmehr als einen Raum, der sich aus verschiedenen handlungsfähigen Kräften zusammensetzt, wahrnehmen. Die Beziehungen der Menschen zueinander sind in dieser Betrachtung nur ein Teil des gesamten Beziehungsfeldes.

und entwarf Theorien, die von einer steten Weiterentwicklung menschlicher Gesellschaften ausging. Das Ausmaß der Naturbeherrschung spielte für Wissenschaftler wie Lewis Henry Morgan eine große Rolle, denn während Sammler und Jäger nur vom Erwerb wild wachsender Pflanzen und Wildtiere leben, haben Bauern und Viehzüchter bereits Techniken entwickelt, die ihnen eine umfassendere Aneignung der natürlichen Ressourcen erlauben. Die höchste Stufe der Entwicklung wurde mit den Schriftkulturen gleichgesetzt, weil diese ein hohes Ausmaß an technischer und gesellschaftlicher Komplexität erreicht hatten, um sich die Natur untertan zu machen. Es erstaunt nicht, dass mit dem Einsetzen der Industrialisierung die Natur nur noch in der Funktion der Bereitstellung von natürlichen Ressourcen gesehen wurde. Die Nationen, die imstande waren, die Natur zugunsten des wirtschaftlichen Wachstums auszubeuten – und dies sowohl im eigenen Staatsgebiet als auch in den Kolonien – erlangten eine internationale Vormachtstellung (vgl. Polanyi 2001 [1944]). Die Auswirkungen, welche die industrielle Produktionsweise und die Verstädterung auf die Natur hatten, wurden gleichsam zum Ausgangspunkt einer neuen Vorstellung von Natur als schützenswertem Lebensraum von Tieren und Pflanzen. In Europa und den USA wurden bereits ab Mitte des 19. Jahrhunderts Gesetze erlassen, welche bestimmte Gebiete als Naturschutzgebiete auswiesen. Die ersten Naturschutzbewegungen zum Erhalt gefährdeter Tier- und Pflanzenarten können auf beiden Kontinenten ebenfalls bis in diese Zeit zurückdatiert werden (Fleming 1988; Weisz und Payer 2005). Eine höhere Wertschätzung der »unberührten« Natur erfolgte demnach erst mit der zunehmenden Gefährdung durch den Menschen.

Der Begriff Umwelt im Sinne von Umgebung ist anders als Natur ein relationaler Begriff, denn es bedarf eines Bezugspunktes wie den Menschen oder ein anderes Lebewesen, um die Umwelt spezifizieren zu können. Der Mensch nimmt als Lebewesen eine Sonderstellung ein, weil er – wie dies Arnold Gehlen (1997 [1940]) ausführt – besonders anpassungsfähig ist und unter unterschiedlichen klimatischen Bedingungen überleben kann. Zwar ist der Mensch ebenso wie ein Tier für die Erfüllung seiner Bedürfnisse auf die Aneignung von natürlichen Ressourcen angewiesen, allerdings haben technische und organisatorische Fähigkeiten dazu beigetragen, dass der Mensch im Gegensatz zu Tieren seine Umwelt zu seinem Zweck formen kann. Diese Eigenschaft findet auch im Begriff Weltoffenheit, womit die Lernfähigkeit und Erfindungsgabe des Menschen gemeint ist, ihren Ausdruck (ebd.). Die Umwelt als soziales Umfeld ist für den Menschen daher von außerordentlicher Bedeutung. Die Besonderheit der Sozialwissenschaften lag zum Zeitpunkt ihrer Gründung darin, dass ausschließlich die gesellschaftlich relevanten Aspekte der Umwelt Eingang in die Theoriebildung fanden. Seit Émile Durkheim, der Umwelt oder »Circumfusa« als »Einflüsse aus dem »äußeren sozialen Milieu« definierte (siehe Chevron 2001a: 35), wurden biologische, physikalische oder chemische Prozesse explizit aus dem Gegenstandsbereich der Sozialwissenschaften ausgeschlossen. Dies zeigte sich bei Durkheim beispielsweise darin, dass er nur die Wechselwirkungen zwischen gesellschaftlichen Kollektiven und ihrem »Boden«, verstanden als räumlich abgegrenztes geographisches Terrain, in Anlehnung an Friedrich Ratzel als relevant erachtete. Die natürliche Umwelt an sich, der in einer politischen Betrachtung keine Bedeutung für eine mögliche Staatsbildung und -entwicklung zukam, ließ Durkheim außer Acht (siehe ebd.). Diese Haltung wurde von den NachfolgerInnen Durkheims geteilt, die gesellschaftliche Phänomene mit sozialen Ursachen zu erklären

versuchten. In Strömungen der gegenwärtigen Soziologie wie beispielsweise der Systemtheorie wird die Umwelt nach wie vor als äußerer Faktor definiert, der weder in gesellschaftliche Systeme noch in Kommunikationszusammenhänge eingebunden sei (Luhmann 1986).

Mit dieser Betrachtungsweise standen die Sozialwissenschaften lange Zeit in einem Gegensatz zu den Natur- und Lebenswissenschaften, welche die Umwelt als Ökosystem, also einen Raum, der Lebewesen umgibt und sich aus Organismen und unbelebten Elementen zusammensetzt, definieren (vgl. Haeckel 1866; siehe auch Haber 1992). Umwelt in diesem Sinne meint also die ganz spezifische Zusammensetzung der Tier- und Pflanzenwelt sowie der Böden und Landschaften, die auf ein bestimmtes Lebewesen einwirken.

Seit der Mitte des 20. Jahrhunderts hat die fortschreitende Spezialisierung und Ausdifferenzierung der Sozialwissenschaften in Subdisziplinen wie die Kulturökologie, die Politische Ökologie oder die Umweltsoziologie dazu beigetragen, dass auch der natürlichen Umwelt des Menschen stärkere Aufmerksamkeit gewidmet wurde (Brondizio et al. 2016; Catton und Dunlap 1978). Auch die selbst geschaffene Umwelt, also der bebaute Lebensraum rückte in den Blickpunkt der Sozialwissenschaften. Die urbane Umwelt wurde von Henri Lefebvre (1970) als eine »seconde nature«, also eine »zweite Natur« des Menschen definiert, die aufgrund der Verwendung von Materialien wie Stein oder Metall einen gewissen künstlichen Charakter annehme. Die ursprüngliche Natur sei in der Stadt nicht mehr vorzufinden, diese werde mithilfe von Parks und Gärten nur mehr vorgetäuscht. In den letzten Jahrzehnten konnte schließlich auch eine Annäherung von Seiten der Natur- und Lebenswissenschaften beobachtet werden. Mehrere Disziplinen haben ihren Umweltbegriff ausgeweitet und berücksichtigen nun neben der Gesamtheit der Natur und der natürlichen Ressourcen auch das Kulturerbe und die menschliche Infrastruktur (IUCN Environmental Law Programme 1995).

Für die Forschungsfrage werden alle drei Aspekte der Umwelt, also die soziale Umgebung, die natürliche Umwelt und der städtische Raum berücksichtigt werden. Dies kann damit begründet werden, dass der Mensch nicht nur als Individuum, sondern v.a. in kollektiven Zusammenschlüssen wie der Familie, Nachbarschaften, Vereinigungen oder als Teil der Stadtbevölkerung auf die Umwelt einwirkt. Fragen der familiären und gesellschaftlichen Organisation sind deshalb besonders von Relevanz. Die anthropogenen Einflüsse auf die natürliche Umwelt stehen jedoch im Mittelpunkt des Interesses. Es sollen hier die Fragen analysiert werden, wie die natürliche Umwelt wahrgenommen wird und inwiefern kulturelle Vorstellungen für umweltgerechtes Handeln von Bedeutung sind. Als letzter Aspekt soll die urbane Umwelt beleuchtet werden, denn die Stadt schafft aufgrund ihrer baulichen Strukturen bestimmte neue Voraussetzungen für umweltgerechtes Handeln.

Zunächst möchte ich auf theoretische Zugänge zur Wahrnehmung der Umwelt eingehen, bevor ich das Thema Umweltbewusstsein und Umweltethik behandle. Umweltbewusstsein als Überzeugung, die Umwelt schützen zu müssen, baut auf den grundlegenden Vorstellungen über die Umwelt auf. Umweltgerechtes Handeln kann schließlich als Folge einer umweltbewussten Einstellung gesehen werden.

3.2. Die Wahrnehmung der Umwelt

Die Umweltwahrnehmung von Menschen zu verstehen ist unerlässlich, um die Umwelt selbst zu verstehen. Umweltwahrnehmung kann in einem ersten Sinn als die Erfassung der Natur mithilfe der Sinnesorgane wie Augen, Ohren und Nase definiert werden. In diesem Verständnis ist die Umweltwahrnehmung überlebensnotwendig, denn die sinnlichen Umwelteindrücke helfen dem Menschen dabei, sich zu orientieren, Gefahren zu meiden oder nutzbringende natürliche Ressourcen identifizieren zu können. In einem zweiten Sinn meint Umweltwahrnehmung auch die gedankliche Wahrnehmung, d.h. die Erschließung aufgrund von Erfahrungen und Vorstellungen der Umwelt. Ein Gedankenspiel, das von der Wahrnehmung einer Landschaft ausgeht (siehe Meinig 1979), macht dies offensichtlich. Landschaft könne sowohl als Natur, als Lebensraum, als menschliches Produkt, als Ökosystem oder auch als räumlicher Ort gesehen werden. Die Umwelt ist somit auch ein kulturelles Konstrukt, das aus bestimmten Denkmustern, Kategorisierungen und Bewertungen resultiert.

Die Kultur- und Sozialanthropologie hat sich seit jeher dafür interessiert, wie unterschiedliche Gesellschaften ihre Umwelt erleben, d.h. welches Wissen über die Umwelt vorhanden ist. Roy Rappaport (1979) unterschied zwischen einer materiellen und einer symbolischen Dimension von Umwelt. Die materielle Dimension oder das »operational model« bezeichnet die tatsächliche Beschaffenheit der Umwelt. Die wissenschaftliche Erforschung der natürlichen Erscheinungen steht als Beispiel für eine »objektive« Sichtweise. Im Gegensatz dazu bezieht sich die symbolische Dimension auf die kulturell geprägte Wahrnehmung der Umwelt, d.h. auf emische Konzepte, Prinzipien und Werte im Hinblick auf die Umwelt. Die Aufgabe der Kultur- und Sozialanthropologie wird nicht darin gesehen, festzustellen, inwiefern kulturelle Vorstellungen der Umwelt den tatsächlichen Gegebenheiten entsprechen, sondern zu erörtern, inwiefern diese Vorstellungen zu umweltgerechtem Verhalten führen:

»The important question concerning cognized models in this view is not the extent to which they are identical with what the analyst takes to be reality but the extent to which they direct behavior in ways that are appropriate to the biological well-being of the actors and of the ecosystems in which they participate« (ebd. 98).

So würden bei den Tsembaga Maring in Neuguinea traditionelle Glaubensvorstellungen und die damit verbundenen Rituale dazu führen, dass das ökologische Gleichgewicht zwischen Menschen und Schweinen aufrechterhalten bliebe (ebd.). Die Frage, welche Nützlichkeit kulturelle Vorstellungen von der Umwelt für den Schutz eines ökologischen Systems haben, steht hier im Mittelpunkt. Die handlungsanleitende Relevanz von kulturellen Modellen und lokalem Wissen wurde von Rappaport exemplarisch herausgearbeitet. Die Relevanz dieser Ansätze für meine Forschung zu umweltgerechtem Verhalten in westafrikanischen Städten bleibt jedoch begrenzt, denn die zunehmende Mobilität von Menschen, Ideen und Technologien hat dazu geführt, dass traditionelle umweltrelevante Vorstellungen und Verhaltensweisen nur mehr eingeschränkte Gültigkeit besitzen. Neue bzw. stärker divergierende Lebensweisen können traditionelle kulturelle Verhaltensregelungen möglicherweise obsolet machen (vgl. Kottak 1999).

Bevor ich mich den gegenwärtigen Herausforderungen einer Umweltforschung im urbanen Raum Westafrikas im Detail widme, möchte ich zuerst auf die reichhaltigen konzeptionellen Beiträge der Kultur- und Sozialanthropologie zur Frage der Wahrnehmung der Umwelt eingehen. Von Philippe Descola (1996) stammt hier die brauchbare Unterscheidung zwischen Kategorisierungs-, Identifikations- und Beziehungsweisen.

Im Hinblick auf die Kategorisierungsweisen läge das Interesse darin, auf welche Art und Weise die symbolische Zuschreibung von Eigenschaften vor sich ginge und wie ein Ordnungssystem hergestellt werde. Die Ethnobiologie und ihre Subdisziplinen wie die Ethnobotanik, die Ethnozoologie oder die Ethnoökologie können als herausragende Beispiele genannt werden, denn hier wurden umfassende Sammlungen von indigenen bzw. traditionellen ökologischen Wissensbeständen angelegt (siehe Berlin 1992; Ellen 1982; Sillitoe 1996). Analysiert wurden u.a. die Klassifikationen von Pflanzen und Tieren oder Böden und Gewässern. Manche VertreterInnen dieser Denkrichtung hätten aufzeigen wollen, dass traditionelle Gesellschaften komplexe und differenzierte Kategoriensysteme hervorgebracht hätten, welche an ihre jeweilige Umwelt angepasst seien. Die Bewahrung und Weitergabe von traditionellem Wissen umfasse demnach nicht nur konkrete Praktiken des Ressourcenmanagements, sondern auch umweltbezogene Werte, welche eine nachhaltige Lebensweise ermöglichen. Andere VertreterInnen hingegen hätten den Versuch unternommen, in den indigenen Klassifikationen dahinterliegende Muster zu entdecken. Der Vergleich mit einem System logisch kohärenter wissenschaftlicher Taxonomien, wie es Carl von Linné geprägt hatte, sei hier implizit angestrebt worden (siehe Nazarea 2003).

Zweitens beziehen sich die Identifikationsweisen auf die Art und Weise, wie Grenzen zwischen dem Selbst und dem Anderen gesetzt werden (siehe Descola 1996). Insbesondere indigene Gesellschaften und ihre Produktionssysteme wurden erforscht, um aus den Taxonomien Rückschlüsse auf die kulturellen Strukturen innerhalb dieser Gesellschaften ziehen zu können. Es wurde angenommen, dass sich in der Wahrnehmung der Natur die jeweilige gesellschaftliche Realität spiegeln würde. Klassifikationssysteme, die sich auf die Tier- und Pflanzenwelt beziehen, würden in einer analogen Sichtweise auch auf die Beziehungen der Menschen zueinander zutreffen. Lévi-Strauss hatte festgestellt, dass die Natur im menschlichen Geist als Denkmodell für die sozialen Beziehungen gut geeignet sei und versuchte dies am Beispiel des Totemismus aufzuzeigen. Die Anordnung von Tieren und Pflanzen würde demnach ein sinnlich erfahrbares System von Unterschieden bereitstellen, mit deren Hilfe soziale Gruppen voneinander differenziert werden könnten (siehe Lévi-Strauss 1997 [1962]).

Ein dritter Zugang, der für die Wahrnehmung der Umwelt relevant ist, behandelt Fragen der Beziehungsweisen, also der Interaktionsformen zwischen Menschen und anderen Elementen der Natur (siehe Descola 1996). Philippe Descola nennt als Beispiel zwei indigene Gruppen im Amazonas-Gebiet, die trotz ähnlicher Lebensweisen unterschiedliche Beziehungen zu ihrer Umwelt pflegen. Während die Tukano von der Ebenbürtigkeit zwischen den Menschen und nichtmenschlichen Lebewesen ausgingen und um Reziprozität bemüht seien, seien die Shuar davon überzeugt, dass die Beziehung zwischen Menschen und anderen Lebewesen einer Räuber-Beute-Beziehung entspreche. Diese unterschiedlichen Wahrnehmungsformen gehen nach Descola auch mit jeweils andersartigen Handlungsweisen und Lösungsansätzen für Probleme einher. Bei

den Tukano würde darauf geachtet, dass das Gleichgewicht im imaginären Energiekreislauf gewahrt bleibe und nicht mehr Energie entnommen als gegeben wird. Bei den Shuar sei es nicht erforderlich, die Entnahme von Tieren oder Pflanzen wettzumachen, allerdings seien die Menschen ständig gefordert, sich vor Vergeltungsschlägen der nichtmenschlichen Lebewesen zu schützen. Eine weitere Form der Interaktion mit der Umwelt bestünde im Schutz nichtmenschlicher Lebewesen. Diese Beziehung resultiere aus der Abhängigkeit bestimmter Tiere und Pflanzen vom Menschen, wie es beispielsweise bei Rindern und Viehzüchtern der Fall sei. Unter menschlichem Schutz stünden hier ebenfalls die in Form von Tieren oder Pflanzen verkörperten Gottheiten, die für den Schutz und Erhalt der Nutztiere und -pflanzen verantwortlich gemacht werden. Descola fügt hinzu, dass die schützende Haltung in bestimmten Gesellschaften sowohl reziproke als auch ausbeuterische Elemente enthalten könne. Die Menschen in diesen Gesellschaften könnten sich Wildtiere und -pflanzen in unbegrenztem Ausmaß aneignen und gleichzeitig domestizierte Tiere und Kulturpflanzen unter ihren Schutz stellen (ebd.).

Die Ausführungen von Descola eignen sich für den Einstieg in die traditionelle Umweltwahrnehmung in Westafrika gut, da hier grundlegende Fragen zur Art der Beziehungen zwischen Menschen und ihrer natürlichen Umwelt aufgeworfen werden. Die Bevölkerungsgruppen in Mali und Burkina Faso setzten sich bis zu Beginn der Kolonisation großteils aus Ackerbauern und -bäuerinnen, halb(nomadischen) ViehzüchterInnen und FischerInnen zusammen. In der Region der heutigen Republik Mali hatten seit dem 8. Jahrhundert nach- und nebeneinander Königreiche der Soninke, Malinke, Songhai, Bambara und Fulbe bestanden. Auf dem Territorium des heutigen Staates Burkina Faso hatten Dynastien der Mossi seit dem 12. Jahrhundert ein zentralisiertes Reich beherrscht. Mit dem Transsaharahandel war auch der Islam in den subsaharischen Raum gekommen und Städte entstanden. Diese politischen, ökonomischen und religiösen Entwicklungen waren jedoch für den überwiegenden Großteil der Bevölkerung wenig relevant. Die Wirtschaftsbereiche Ackerbau, Viehzucht und Fischerei waren weiterhin subsistenzorientiert und die traditionellen Glaubensvorstellungen behielten ihren Stellenwert innerhalb der Bevölkerung.

Im Hinblick auf die Haltung gegenüber der natürlichen Umwelt verweist John Kesby (2003) auf die semantischen Besonderheiten der afrikanischen Sprachen. In den Sprachen des subsaharischen Afrikas gebe es kein Wort für Natur bzw. Umwelt. In der traditionellen Wahrnehmung würde es allerdings die Vorstellung eines Gegensatzes zwischen dem vom Menschen angeeigneten Raum und dem wilden Gelände geben. Außerdem würde zwischen dem Raum, der menschlichen Gesetzesbestimmungen unterläge, und dem Raum, der von übernatürlichen Kräften wie Gottheiten und Geistern regiert werde, unterschieden.² Aus linguistischen Analysen könne auch auf die Kategorisierung von Elementen der Natur geschlossen werden: Neben Tieren und Pflanzen würde auch der Boden, Flüsse, Seen und Hügel sowie Sonne, Mond und Sterne eigene Kategorien darstellen. Domestizierte Tiere würden oft mit menschlichen Eigenschaften identifiziert werden, während wild lebenden Tieren übernatürliche Kräfte zugesprochen werden würden (ebd.). Den Clans der unterschiedlichen ethnischen Gruppen sei-

2 Für die Ausprägung dieser Differenzierung bei den Bambara siehe Kapitel 3.6.

en bestimmte Wildtiere zugeordnet gewesen, die als Totemtiere galten. Die Einhaltung des Verbots, diese Tiere zu töten, sei für das Wohlergehen des Clans als unumgänglich betrachtet worden (Tauxier 1927). Diese Schutzbestimmungen für gewisse Lebewesen werden in der wissenschaftlichen Diskussion dem Schutz der Umwelt insgesamt gegenübergestellt. Dadurch, dass es in traditionellen Gesellschaften keine vollständige Trennung zwischen Natur und Kultur bzw. dem Materiellen und dem Ideellen gegeben hätte, sei es erklärlich, dass es keine Vorschriften gegeben hätte, die Natur als Ganzes zu schützen (Bargatzky 2008). Die natürliche Umwelt würde in den nicht industrialisierten Gesellschaften nicht nur als Reservoir von Ressourcen und Rohstoffen, sondern als Mitwelt betrachtet. In der traditionellen Vorstellung werde diese Mitwelt nicht vom Menschen, sondern von verschiedenen Gottheiten beherrscht und der Mensch sei deshalb gezwungen, sich den religiös-magischen Regeln zu unterwerfen. Einer unberührten Natur sei in traditionellen Gesellschaften kein Wert zugeschrieben worden, da diese Form der »Wildnis« nicht mit den mythisch begründeten Normen der Ordnung und Beständigkeit übereingestimmt hätte. Eine Umweltethik sei erst in der Moderne möglich, da hier der Natur ein hoher ethischer und ästhetischer Wert beigemessen und der Mensch in die Verantwortung gezogen werde, die Natur zu schützen: »Es gibt daher keine Vorstellung von Natur als der Gesamtheit des Belebten und Unbelebten, die aus dem Handlungs- und Sinnzusammenhang des Lebens in der menschlichen Mitwelt jeweils herauslösbar wäre, aus den Naturgesetzen heraus von selbst erwächst und von der Kultur deutlich geschieden ist. Ein Naturgefühl im Sinne eines für die Moderne charakteristischen distanzierten Genießens menschenfreier Landschaft suchen wir unter mythisch-ontologischem Vorzeichen vergeblich, denn Naturgefühl setzt Distanzierung von der Natur voraus, die es aber im Rahmen einer mythischen Weltanschauung nicht geben kann. Daher sind ›Naturvölker‹ auch keine ›Naturschützer‹« (Bargatzky 2008: 99).

Die Distanzierung von der Natur wird also als Bedingung für die »moderne« Wahrnehmung der Natur genannt. Damit ist v.a. die Entstehung neuer Lebensweisen gemeint, die nicht mehr mittels einer subsistenzorientierten Wirtschaft vom Ackerbau, der Viehzucht oder der Fischerei leben, sondern vom Kauf und Verkauf auf Märkten abhängen. Karl Polanyi (2001 [1944]) hat dies eindrücklich am Beispiel der industriellen Entwicklung im England des 19. Jahrhunderts beschrieben, wo die kapitalistische Logik die früher geltenden Verhaltensprinzipien der Reziprozität und Umverteilung ersetzt hätte. In Westafrika kann die Veränderung der Lebensweisen zuerst auf die Sklaverei und dann auf die Kolonisation, die mit der Entmachtung dörflicher Organisationsstrukturen und der Abhängigkeit von externen Kräften und Institutionen einherging, zurückgeführt werden. Maßnahmen der französischen Kolonialmacht wie der Anbau von für den Export bestimmten marktfähigen Agrarprodukten wie Erdnüsse und Baumwolle oder die Zwangsarbeit auf den Kaffee- und Kakaoplantagen in der Nachbarkolonie Elfenbeinküste hatten schwerwiegende gesellschaftliche Folgen. Der Abzug von männlichen Arbeitskräften hätte dazu geführt, dass die traditionell familiär organisierte Landwirtschaft zerstört worden sei und es wiederholt Ernährungskrisen aufgrund der unzureichenden lokalen Nahrungsmittelproduktion gegeben hätte (Austin 2010). Eine Studie in Gambia (Carney und Watts 1991) wies darauf hin, dass die Einführung von neuen Agrarprodukten und Anbaumethoden durch die Kolonialherrschaft auch die Geschlechterverhältnisse verändert hatte. So seien in Gambia die Männer durch steuer-

liche Maßnahmen dazu gezwungen worden, Erdnüsse für den Export anzubauen. Die Frauen, die vorher ihre eigenen Reisfelder bewirtschaftet und damit eine gewisse wirtschaftliche Unabhängigkeit erlangt hatten, wären immer mehr zu Hilfskräften auf den Erdnussfeldern ihrer Männer geworden, ohne am Gewinn durch den Erdnussverkauf beteiligt zu werden. Die kolonialen Bestimmungen hätten sich demnach zugunsten der Männer ausgewirkt und die ökonomischen Freiheiten der Frauen indirekt beschnitten (ebd.).

Die Ausbreitung des kapitalistischen Systems in Westafrika ging insgesamt mit einer Veränderung der Besitzstrukturen und der Arbeitsbedingungen einher. So sei das Marktprinzip, das vor der Kolonialzeit nur für den Verkauf einer begrenzten Auswahl an Gütern auf lokalen Märkten gegolten hätte, auf die Vermarktung von Grund und Boden sowie die Arbeitskraft ausgeweitet worden (Dalton 1971). In Anlehnung an Karl Marx Begriff der »Entfremdung« könnte argumentiert werden, dass die Fremdherrschaft durch die Kolonialmächte das Verhältnis der Menschen zum Boden und der landwirtschaftlichen Produktion – und damit im weiteren Sinne zur Natur – zerstört worden sei. Entfremdung als Verdinglichung der Natur könnte zu einer neuen Form der Beherrschung der Natur führen. Wie Reiner Grundmann (1991) ausführt, enthält das Konzept der Entfremdung bei Karl Marx nicht nur eine ökonomische, sondern auch eine technische Komponente. Die Umsetzung eines der größten Bewässerungsprojekte im afrikanischen Kontinent, das »Office du Niger« in Mali, das ab den 1920er Jahren den Baumwollanbau für die Textilproduktion in Frankreich sicherstellen sollte, könnte so als Beispiel für die Entfaltung einer instrumentellen Wahrnehmung der Natur gesehen werden. Zwar war dieses koloniale Vorzeigeprojekt nur mäßig erfolgreich, dennoch wurde die Bewässerung zum Zweck des Reisanbaus nach der Unabhängigkeit weitergeführt. Die Maßnahmen aller nachfolgenden Präsidenten der Republik Mali zielten auf Produktivitätssteigerungen ab und stellten das »Office du Niger« als wichtigen Beitrag zur Entwicklung des Landes dar (siehe Filipovich 1985).

Als Spitze des »Fortschritts« gelten heutzutage in Westafrika die Hauptstädte, die nicht nur politische, sondern auch wirtschaftliche und kulturelle Zentren sind. Im Hinblick auf die Forschungsfrage kann nun die Frage gestellt werden, inwieweit die BewohnerInnen dieser Städte den Prozess der Entfremdung durchlaufen haben. Aufgrund der neuen Lebensweisen, die zwar nicht vollständig den Gesetzen der Marktwirtschaft, aber dennoch maßgeblich durch das Prinzip des Angebots und der Nachfrage geprägt sind, kann die Distanz zur Natur größer geworden sein. Wenn StädterInnen in ihrer alltäglichen Arbeit nicht mit der Bebauung des Bodens oder der Haltung von Nutztieren befasst sind, schwindet vermutlich das Wissen über die natürliche Umwelt. Ob die Versorgung mit Nahrungsmitteln durch Angehörige, die im Dorf Ackerbau betreiben, oder der Kauf von Nahrungsmitteln auf dem Markt auch zu einer emotionalen Entfremdung von der natürlichen Umwelt führt, bleibt offen.

Unter der Annahme, dass es in der Stadt zu einer stärkeren Instrumentalisierung der Natur kommt, werden im Folgenden die natürlichen Funktionen, welche die Umwelt für den Menschen erfüllen kann, präsentiert werden. Unter Funktionen wird hier die Erbringung einer »Leistung« für die Reproduktion der physischen Grundlagen einer Gesellschaft verstanden. Ein sozialwissenschaftlicher Zugang kann bei dieser Betrachtung hilfreich sein. Es wird hier demnach konzeptionell zwischen der Nutzung der Um-

welt als Quelle, als Senke und als Fläche unterschieden (siehe Kraemer 2008). Als Quelle diene die Umwelt der Produktion von Gütern und dem Konsum. Es würden also natürliche Ressourcen entnommen, um diese zu Konsumgütern zu verarbeiten und damit die Versorgung von Menschen sicherzustellen. Die Aneignung von pflanzlichen, tierischen oder anderen unbelebten Elementen der Natur habe zwangsläufig Auswirkungen auf die jeweiligen Ökosysteme, die je nach Ausmaß der Nutzung auch unwiederbringliche Verluste an biologischer Vielfalt zur Folge haben könnten. Der Konsum von Gütern führe in Folge auch zur Entstehung von Abfällen und Abwässern. Mit der Funktion der Umwelt als Senke wird hier die Kapazität der Umwelt beschrieben, ebendiese Abfälle und Abwässer aufzunehmen. Die Nutzung der Umwelt als Deponie für Abfallprodukte und Überreste des menschlichen Konsums sei besonders in der Stadt von Bedeutung, wo Menschen auf dichtem Raum leben und eine Vielzahl an Herstellungsprozessen unterschiedlichster Art stattfinden. Die dritte Art und Weise der instrumentellen Nutzung der Umwelt bestehe in der Aneignung von Grund und Boden. Als Fläche könne die Umwelt für die Errichtung von Siedlungen, Straßen und Infrastruktur genutzt werden (ebd.).

Von Interesse ist diese Darstellung, weil sie einerseits aufzeigt, dass die unterschiedlichen Nutzungsformen der Umwelt in Konkurrenz zueinander stehen können. Auf derselben Fläche Land können nicht ohne Einschränkungen gleichzeitig natürliche Ressourcen entnommen, Abfälle und Abwässer entsorgt und Infrastruktur gebaut werden. Insbesondere im städtischen Raum führt die relativ begrenzte Fläche dazu, dass manche Nutzungsarten zugunsten anderer aufgegeben werden müssen. Außerdem kann diese Konkurrenz zu Konflikten zwischen unterschiedlichen Nutzergruppen führen. Die Wahrnehmung der städtischen Umwelt und ihrer unterschiedlichen Funktionen für (ärmere) Menschen könnte daher sehr aufschlussreich sein.

In einem zweiten Sinne ist die Idee der natürlichen Funktionen insofern von Interesse, als die Natur- und Lebenswissenschaften davon ausgehen, dass die Nutzung der Umwelt natürlichen Beschränkungen unterliegt. Natürliche Ressourcen stünden also nicht unbegrenzt zur Verfügung, sondern könnten erschöpft oder sogar vernichtet werden. In der Wissenschaft wird dieses Problem mit dem Konzept des ökologischen Gleichgewichts von Systemen diskutiert (siehe Fischer-Kowalski 1997). Dieser Ansatz geht von natürlichen Systemen, die durch den Eingriff des Menschen aus dem Gleichgewicht gebracht werden können, aus. Eine mögliche Folge davon sei der Biodiversitätsverlust, also die Abnahme von Tier- und Pflanzenarten. Im Mittelpunkt ist hier die Beschäftigung mit den Kapazitäten natürlicher Systeme, ihre Funktionen trotz Störfaktoren weiter zu erfüllen. In der Sozialökologie wird dies mit dem Begriff der Resilienz, als der Fähigkeit eines Systems, sich an veränderte Bedingungen anzupassen, bezeichnet. Auch der Mensch wird als Teil des Systems verstanden und sei gezwungen, sich an veränderte Umweltbedingungen, Umweltgefahren und -risiken anzupassen. Der Zustand der Vulnerabilität liege vor, wenn die physische Umwelt bzw. eine Gesellschaft Umweltbelastungen ausgesetzt sei und diese nicht abwehren könne. Wenn also keine Lösungskapazitäten für diese Umweltprobleme bzw. alternative Handlungsstrategien vorliegen, könne von Vulnerabilität gesprochen werden (Adger 2006; Hogan und Marandola 2005).

Die Nutzung der Umwelt als Senke unterliegt dieser Annahme zufolge ebenfalls bestimmten natürlichen Grenzen, die sich an der Kapazität der Natur, die Abfälle und Abwässer abzubauen, orientiert. Die Zugänge aus der Medizin und der Chemie befassen sich in dieser Hinsicht mit der Problematik der Schadstoffe und Gifte (siehe Fischer-Kowalski 1997). Wenn eine zu große Menge an Chemikalien, Schwermetallen, pathogenen Mikroorganismen oder organischen Schadstoffen freigesetzt werde, könne dies die chemische Zusammensetzung des Bodens verändern und somit die Bodenfruchtbarkeit vermindern. In Flüssen und Gewässern können sich Schadstoffe am Grund absetzen, sich im Wasser auflösen oder mit dem Wasser weitertransportiert werden. Auch können die Schadstoffe durch die Aufnahme von im Wasser lebenden Pflanzen und Tieren wieder in die Nahrungskette gelangen. Schließlich könnten Schadstoffe durch Tiere oder durch den Wind verbreitet werden (Groom et al. 2006; Hinga und Batchelor 2005). Die Definition von Grenzwerten ist in diesem Zusammenhang zentral, denn sie soll eine Beschränkung der Freisetzung von umweltschädlichen Substanzen bewirken. Umweltverschmutzung wird in diesem Ansatz im Hinblick auch auf die gesundheitlichen Auswirkungen auf den Menschen untersucht. Die Belastung durch Schadstoffe und Gifte sei in den Städten industrialisierter Länder und in den Städten in Entwicklungsländern unterschiedlich (siehe McGranahan et al. 2001). In den Entwicklungsländern betreffe die Umweltverschmutzung vorwiegend das unmittelbare Wohnumfeld der städtischen Bevölkerung. Insbesondere die mangelhafte Abfall- und Abwasserentsorgung habe direkte und sofortige Auswirkungen auf die Gesundheit der Menschen. In so genannten Schwellenländern wird der Hauptanteil an der urbanen Umweltverschmutzung hingegen auf die Industrie und den Verkehr zurückgeführt. Durch die Verbrennungsprozesse komme es dort zur Entstehung von giftigen Gasen wie Schwefeldioxid, Stickoxiden oder Kohlenstoffoxiden. Die Auswirkungen von Luft- und Wasserverschmutzung betreffen sowohl die Stadt als auch die umgebenden Regionen. Die Umweltverschmutzung in Städten industrialisierter Länder zeige sich v.a. in den Treibhausgasemissionen, die zwar zeitverzögert, aber dafür globale Auswirkungen haben (ebd.).

Auf der Grundlage des derzeitigen wissenschaftlichen Wissensstandes ist es interessant, danach zu fragen, ob es in westafrikanischen Städten eine ähnliche Wahrnehmung von Umweltproblemen gibt. Das spezifische Wissen, das durch technische Messinstrumente und wissenschaftliche Auswertungsverfahren gewonnen wurde, kann natürlich von den BewohnerInnen dieser Städte nicht erwartet werden. Ich nehme also beispielsweise nicht an, dass Langzeit- und Kombinationseffekte von Schadstoffen im Detail bekannt wären, denn selbst die Naturwissenschaften können hier aufgrund der Vielzahl an Faktoren keine eindeutigen Erkenntnisse liefern. Allerdings ist die Frage, inwiefern die Menschen ein Bewusstsein über die Probleme der Übernutzung oder Verschmutzung haben, von großer Relevanz. Das Wissen über natürliche Kreisläufe und anthropogene Gefahren, denen die Umwelt ausgesetzt ist, wird für umweltgerechtes Verhalten jedoch noch nicht als hinreichend erachtet. Denn auch wenn Menschen ein Bewusstsein über Umweltprobleme haben, bleibt umweltgerechtes Handeln oft aus. Diese Divergenz zwischen Problembewusstsein und entsprechendem Handeln kann laut Grove-White (1993) damit erklärt werden, dass Umweltprobleme meistens anhand von biologischen, physischen oder chemischen Beschreibungen dargestellt werden. Die Reduktion von Umweltproblemen auf wissenschaftliche Erklärungsmodelle sei dem-

nach kaum imstande, die emotionale Ebene des Menschen anzusprechen und damit ein Engagement für den Umweltschutz auszulösen. Die Kluft zwischen Wissen und Überzeugung, Gleichgültigkeit und Achtsamkeit oder Passivität und Handlungsbereitschaft könne nur durch die Verbindlichkeit von umweltethischen Prinzipien überbrückt werden. Die wissenschaftliche Erklärung von Umweltproblemen greife hier jedenfalls zu kurz:

»A fourth respect in which the present orthodoxy on environmental questions is inadequate is in its superficial treatment of the mysteriousness and open-endedness of existence itself. There is little sign in the official descriptions of environmental problems or methodologies of the radically unknown character of the future, or of humankind's place in creation« (Grove-White 1993: 23 f.).

Im Folgenden sollen nun Überlegungen zum Umweltbewusstsein bzw. der Frage der Umweltethik, die umweltgerechtes Verhalten fördern können, angestellt werden. Erst das Zusammenspiel von Umweltwahrnehmung und bestimmten Wertungen führt m.E. zu handlungsrelevanten Einstellungen.

3.3. Umweltbewusstsein und Umweltethik

Die Konzepte des Umweltbewusstseins und der Umweltethik werde ich nun in ihrem modernen Verständnis, das auf moralischen Prinzipien und der Übernahme von Verantwortung gegenüber der natürlichen Umwelt beruht, behandeln. Thema ist also nicht die nachhaltige Ressourcennutzung von indigenen bzw. traditionellen Gesellschaften, die in ihrem physischen und mentalen Selbstverständnis Teil der Umwelt sind, sondern vielmehr das vor dem Hintergrund gegenwärtiger Umweltprobleme bestehende Bekenntnis zum Umweltschutz. Dieser Zugang wird, wie w.o. ausgeführt, dadurch begründet, dass in den westafrikanischen Städten neue Lebensweisen entstanden, die sich sowohl im Hinblick auf die Mensch-Natur-Beziehung als auch die gesellschaftliche Strukturierung neu konstituieren. Entgegen der traditionell bäuerlichen Gesellschaften, wo die dörfliche Gemeinschaft und religiös-magische Vorstellungen für die Ressourcennutzung und das Umweltverhalten ausschlaggebend gewesen sind (Knopf 2008), gehe ich davon aus, dass die StadtbewohnerInnen Erfahrungen mit einem größeren technischen Ausmaß der Naturbeherrschung gemacht haben und dass dies mit einer stärkeren instrumentellen Nutzung der Umwelt einhergeht. Die traditionellen kulturellen umweltbezogenen Werte, die für landwirtschaftlich geprägte Lebensweisen ihre Gültigkeit hatten, können im urbanen Kontext möglicherweise nicht mehr greifen.

Es könnte nun argumentiert werden, dass diese Entfremdung von der Natur zu einer rein ökonomischen Betrachtung von Natur, die sich durch Selbstbezogenheit, Rationalität und Nutzenmaximierung auszeichnet (Becker 2008), geführt hätte. Die Folgen einer solchen individuellen Kosten-Nutzen-Abwägung gegenüber der Umwelt wurden von Garrett Hardin (1968) am Beispiel der »Tragik der Allmende« beschrieben. Hardin geht davon aus, dass Menschen rational handeln, indem sie mit dem geringsten Aufwand den eigenen Vorteil zu maximieren versuchten. Unter der Annahme, dass alle Menschen nach diesem Prinzip handeln, kommt es im Hinblick auf Gemeingüter, die

für alle zugänglich sind und deren Nutzung nicht mit finanziellen Kosten verbunden ist, jedoch unweigerlich zu Konflikten. Die Menschen wären als rationale und eigennützige Akteure bestrebt, von der Nutzung dieser öffentlichen Güter zu profitieren, ohne sich an der Erhaltung dieser Güter zu beteiligen. Gemeinsam genutzte Ressourcen würden zerstört, weil das Trittbrettfahrerproblem auftreten würde. Garrett Hardin führt das Beispiel eines Viehzüchters an, der seinen Gewinn maximieren will, indem er seine Viehherde ständig vergrößert. In einer Kosten-Nutzen-Abwägung kommt er zu dem Schluss, dass er durch den Zuwachs seiner Viehherde mehr profitiert als er Einbußen durch Überweidung hinnehmen muss. Wenn alle Viehzüchter nach dieser Logik handeln, kommt es früher oder später zu einer Katastrophe:

»Each man is locked into a system that compels him to increase his herd without limit – in a world that is limited. Ruin is the destination toward which all men rush, each pursuing his own best interest in a society that believes in the freedom of the commons. Freedom in a commons brings ruin to all« (Hardin 1968: 1244).

Übertragen auf die Problematik des umweltgerechten Handelns in der Stadt würde dies bedeuten, dass die TrittbrettfahrerInnen die Möglichkeit nutzen würden, ihre Haushaltsabfälle und Abwässer im öffentlichen Raum zu entsorgen. Wenn die städtische Umwelt in dieser instrumentellen Betrachtungsweise nur mehr als Senke für die Aufnahme von Abfällen gesehen wird, dann gibt es folgerichtig keine moralischen Einschränkungen für ein solches Handeln. Die zunehmende Verschmutzung des öffentlichen Raums und mögliche gesundheitliche Beeinträchtigungen würden in der Abwägung mit den finanziellen Ersparnissen dieses Verhalten durchaus nahe legen. Gegen dieses Argument kann einerseits eingewendet werden, dass unter bestimmten Voraussetzungen der internen gemeinschaftlichen Organisation und Kommunikation auch rationales und eigennütziges Handeln eine vorteilhafte Lösung für alle zur Folge haben kann (siehe Ostrom 1990). Als Beispiele für einen nachhaltigen Umgang mit der Umwelt führt die Politikwissenschaftlerin Elinor Ostrom u.a. die Bewirtschaftung von Almen in der Schweiz und Bewässerungssysteme auf den Philippinen an.

Ein anderes Argument, dass gegen diese ökonomische Betrachtung von Natur angeführt werden kann, kommt aus der Psychologie. Eine egoistische Werthaltung sei demnach nur eine von mehreren möglichen Werthaltungen und könne an und für sich auch umweltrelevantes Verhalten anregen (De Groot und Steg 2008). Eine egozentrische Umweltethik gehe zwar von Kosten- und Nutzenüberlegungen aus und beinhalte die Überzeugung, dass jeder einzelne das Recht habe, sich natürlicher Ressourcen zu bedienen und damit sein Wohlbefinden zu verbessern, aber gerade diese Überlegungen könnten auch zum Schutz der Umwelt beitragen, wenn die Anreizsysteme entsprechend gestaltet sind. In der Umweltpsychologie werden neben der egoistischen Werthaltung die umweltrelevanten Implikationen der altruistischen und ökozentrischen Werthaltungen untersucht. Eine altruistische Werthaltung könne insofern zu umweltgerechtem Verhalten führen, als sie das gemeinschaftliche Wohlergehen in den Vordergrund stellt (ebd.). Auch wenn die altruistische Werthaltung als anthropozentrische Werthaltung bezeichnet werden kann, führe sie u.U. nicht nur zu kollektivem Wohlbefinden, sondern auch zum Schutz der Umwelt. Diese Annahme wird durch das Konzept des »actively carings« (Geller 1995) weiter untermauert. Demnach würden sich soziale Für-

sorge und Altruismus positiv auf umweltschützende Verhaltensweisen auswirken. Sozialer Zusammenhalt in einer Gruppe und das Zugehörigkeitsgefühl zu dieser Gruppe würden umweltgerechtes Verhalten fördern, weil Umweltbelastungen negative Folgen für die anderen Gruppenmitglieder haben könnten. Als weitere Werthaltung wird die ökozentrische Werthaltung angeführt, die allen Lebewesen einen intrinsischen Wert zuschreiben und deren Schutz befürworten würde. Der Zusammenhang zwischen der Wertschätzung der Umwelt und umweltgerechtem Verhalten sei hier offensichtlich (De Groot und Steg 2008).

Im Hinblick auf das umweltgerechte Verhalten in westafrikanischen Städten sind hier alle drei Werthaltungen denkbar. Eine egoistische Werthaltung könnte am Beispiel des Kompostierens und Recyclings festgestellt werden, das nicht nur den Menschen zum Vorteil gereicht, sondern auch Wertstoffe wiederverwertet und die Abfallbelastung reduziert. Die regelmäßig stattfindenden freiwilligen Saubermachaktionen könnten als Manifestation einer altruistischen Werthaltung gesehen werden, denn sie dienen nicht nur der Reinigung der Straßen und öffentlicher Plätze, sondern sie sind auch ein Beitrag zur Gesundheit aller BewohnerInnen im Stadtviertel. Inwiefern die Menschen in westafrikanischen Städten ökozentrische Werthaltungen vertreten, ist hier auf den ersten Blick schwieriger zu beantworten. Handlungsweisen, die sich alleine an der Wertschätzung der in der Natur innewohnenden Eigenschaften orientieren, können aus den mir bekannten wissenschaftlichen Studien nicht abgeleitet werden. Dadurch, dass einige Denkrichtungen in der Philosophie Umweltethik als ökozentrische Werthaltung definieren, könnte der Eindruck entstehen, die städtische Bevölkerung in Afrika besäße keine Umweltethik. Solche philosophischen Ansätze wie z.B. der egalitäre Biozentrismus postulieren, dass Menschen und alle anderen Elemente der natürlichen Umwelt als gleichwertig zu betrachten seien und der Mensch daher Respekt vor der Natur haben sollte (Taylor 2010). Abseits von utilitaristischen Überlegungen müssten anderen Lebewesen Rechte zugestanden werden. Der Rechtsphilosoph Christopher Stone zeigt am Beispiel eines verschmutzten Flusses auf, worin der Unterschied zwischen einer zweckorientierten und einer ökozentrischen Betrachtung dieser Umweltverschmutzung liegt. So würden aus einer zweckorientierten anthropozentrischen Perspektive die gegenwärtig am Fluss lebenden Menschen oder zukünftige Generationen dafür entschädigt werden, dass sie durch die Verschmutzung in Mitleidenschaft gezogen werden. Eine Kompensation erfolge hier in ökonomischer Hinsicht. Wenn jedoch aus einer ökozentrischen Perspektive heraus dem intrinsischen Wert des Flusses Beachtung geschenkt werde, dann müssten viel umfassendere Maßnahmen erfolgen und als Ausgleich der ursprüngliche Zustand des Ökosystems wieder hergestellt werden (Stone 2010).

Eine ökozentrische Haltung kann meiner Ansicht nach unter den BewohnerInnen aber auch unter den EntscheidungsträgerInnen in afrikanischen Städten nicht beobachtet werden. Die Umwelt um ihrer selbst willen zu schützen, erscheint hier vielmehr als Luxus, der in Konkurrenz mit der Befriedigung menschlicher Bedürfnisse steht. In Erinnerung gerufen werden kann hier auch die Auseinandersetzung zwischen Industrieländern und Entwicklungsländern im Hinblick auf internationale Umweltschutzprogramme anlässlich der UN-Konferenz zum Thema Umwelt 1972 in Stockholm. Die Entwicklungsländer erhoben hier den Vorwurf des Ökoimperialismus gegen die Industrieländer. Damit meinten sie, dass ihnen Umweltschutzmaßnahmen aufgezwun-

gen würden, die ihnen die Lösung drängenderer Probleme wie die Ernährungssicherheit, die fehlende Energieversorgung oder das ausbleibende ökonomische Wachstum erschweren würden. Afrikanische Länder befürchteten damals eine Verringerung der Ressourcen für die Entwicklungshilfe zugunsten von Umweltschutzprogrammen sowie der Überwachung durch eine internationale Umweltpolizei, die gegen ökologisch abweichendes Verhalten vorgehen würde. Die Umweltschutzmaßnahmen wurden in keinster Weise als nützlich für die Bevölkerungen in diesen Ländern erachtet, da man davon ausging, dass dadurch sowohl die Produktions- als auch die Exportkosten ansteigen würden (siehe Kamto 1996).

Das Konzept der nachhaltigen Entwicklung, das in seinem heutigen Verständnis auf den Brundtland Bericht aus dem Jahr 1987 zurückgeht, kann ebenso wie das Verursacherprinzip³ als Produkt des Paradigmas der »Ökologischen Modernisierung« gesehen werden (Hajer 1997). Damit ist ein seit den 1990er Jahren aufkommendes Leitbild globaler Reichweite gemeint, das sowohl eine Abwägung von den Kosten und Nutzen der Umweltzerstörung als auch das Setzen von Präventionsmaßnahmen impliziere. Obwohl die aktuellen Umweltprobleme in den kapitalistischen Wirtschaftsstrukturen verortet werden, würden in dieser ökonomistischen Sichtweise auf die Umwelt die Lösungen für diese Probleme in denselben Strukturen gesucht werden. Zusätzlich zu den Maßnahmen der Marktliberalisierung würde eine Demokratisierung, also die Kooperation aller relevanten gesellschaftlichen Akteure gefordert werden, um die Umweltprobleme zu lösen (ebd.). Auch im Hinblick auf das Konzept der nachhaltigen Entwicklung wurde von afrikanischen Intellektuellen kritisiert, dass damit hegemoniale Macht ausgeübt und nationalstaatliche Ansätze der Umweltpolitik obsolet gemacht würden. Das Aufzwingen eines neoliberalen Paradigmas des Umweltschutzes würde keinerlei Rücksicht auf die jeweiligen gesellschaftlichen Zielsetzungen nehmen und könnte auf längere Sicht nur scheitern (vgl. Logan 2004).

Die Millenniums-Entwicklungsziele, die im Jahr 2000 von den Vereinten Nationen formuliert wurden, erhielten hingegen größeren Zuspruch und wurden von allen afrikanischen Staaten verabschiedet. Dies kann darauf zurückgeführt werden, dass die acht Ziele in ihrer Ausrichtung als anthropozentrisch beurteilt werden können. Selbst das Ziel der nachhaltigen Entwicklung, das neben dem Schutz von Biodiversität und natürlichen Ressourcen auch den Zugang zu sauberem Trinkwasser und verbesserten Lebensbedingungen in Slums umfasst, kann zum Teil aus utilitaristischen Motiven hergeleitet werden.

Wie anhand des Leitprinzips der nachhaltigen Entwicklung dargestellt wurde, wirken sich globale Umweltdiskurse und Umweltschutzprogramme erheblich auf die Ausgestaltung der nationalen Umweltpolitik aus. Inwiefern das Umweltbewusstsein der lokalen Bevölkerung von globalen oder nationalen Entwicklungen im Umweltschutzsektor geprägt wird, kann daraus jedoch noch nicht geschlussfolgert werden. Das Konzept der »Environmentalität«, das sich aus dem englischen Wort für Umwelt »environment«

3 Das Verursacherprinzip besagt, dass diejenigen, welche die Umwelt verschmutzen, auch die Kosten für die Wiederherstellung der Umwelt tragen sollten. Außerdem sollten sie sich an Vorbeugungsmaßnahmen zum Umweltschutz beteiligen (Kamto 1996).

und dem von Michel Foucault geprägten Begriff »governmentality« zusammensetzt (Lücke 1995), kann hier als Erklärungsansatz hilfreich sein. Am Beispiel der Einstellung der ländlichen Bevölkerung zur Entwaldung im Norden Indiens zeigt der Politikwissenschaftler Arun Agrawal (2005) auf, wie die Menschen dort in den letzten Jahrzehnten ein neues Bewusstsein für eine bedrohte und schützenswerte Umwelt entwickelt und sich entsprechende Verhaltensweisen angeeignet haben. Im Zentrum der Überlegungen steht der Begriff des Subjekts, der im Sinne von Foucault den Menschen bezeichnet, der der Herrschaft eines anderen unterworfen ist und in seiner Abhängigkeit steht. Nach Foucault wird die Identität des Menschen durch das Bewusstsein des Eingebundenseins in institutionelle Strukturen geprägt. Übertragen auf die staatlichen Umweltschutzprogramme und das Selbstverständnis der ländlichen Bevölkerung in Indien bedeutet dies, dass nicht nur so genannte »Forest Councils« und WaldaufseherInnen physisch präsent sind, sondern dass die Menschen ihr umweltbezogenes Handeln auch einer Selbstregulation unterwerfen. Agrawal beschreibt außerdem die Dezentralisierungsprozesse, die seit den 1990er Jahren immer mehr Befugnisse, umweltpolitische Entscheidungen zu treffen und Maßnahmen im Umweltbereich durchzuführen, an die Gebietskörperschaften übertragen haben. Aus der Einbeziehung in die lokalen politischen Prozesse hätte sich auch die Wahrnehmung der Umweltproblematik verändert und die Menschen seien zu »environmental subjects«, also BürgerInnen, die ihre Denk- und Handlungsweisen am Prinzip des Umweltschutzes orientieren, geworden (Agrawal 2005).

Die Überlegungen zu globalen und nationalen Umweltdiskursen und Umweltschutzmaßnahmen gilt es im Kontext westafrikanischer Städte zu beachten, denn gewisse umweltorientierte Werte gelangen erst über die internationale Entwicklungszusammenarbeit zu den lokalen Behörden. Die städtische Bevölkerung könnte demnach erst durch persönliche Interaktionen mit den Behörden in Kontakt mit neuen Umweltkonzepten gelangen. Inhaltlich richten sich die Umweltdiskurse in afrikanischen Städten jedoch nur in geringem Ausmaß an den Prinzipien der Nachhaltigkeit oder am schonenden Umgang mit natürlichen Ressourcen aus. Vielmehr kommt hier das Problem der Umweltverschmutzung zum Tragen, das nun im Folgenden diskutiert werden soll.

3.4. Umweltverschmutzung und Umweltrisiken

Umweltverschmutzung wurde w.o. als die Belastung der Umwelt mit Schadstoffen und Giften definiert. Es wurde darauf hingewiesen, dass diese Form der Umweltverschmutzung in den Städten von Entwicklungsländern insbesondere mit der unzureichenden Entsorgung von Abfällen und Abwässern zusammenhängt. Es werden nun in Folge konkrete Entstehungsursachen von Verschmutzung für die Stadt Bamako behandelt. Anschließend soll das Thema Verschmutzung nicht nur aus einer naturwissenschaftlichen Perspektive, sondern auch aus einer kultur- und sozialwissenschaftlichen Perspektive betrachtet werden. Diese unterschiedlichen Dimensionen haben – wie abschließend gezeigt werden wird – weitreichende Folgen für die Risikowahrnehmung in der Bevölkerung.

Die VerursacherInnen von Umweltverschmutzung im urbanen Raum Westafrikas können einerseits in der Bevölkerung und andererseits in der gewerblichen Wirtschaft verortet werden. Die unangemessene Entsorgung von Haushaltsabfällen, Grauwässern oder Klärschlamm durch die StadtbewohnerInnen und die mangelhafte Beseitigung von Industrieabfällen und -abwässern werden also gleichermaßen als Ursachen für die Verunreinigung des urbanen Raums gesehen. Aktuelle Schätzungen gehen davon aus, dass jede/r EinwohnerIn Bamakos täglich durchschnittlich 0,65 kg an Haushaltsabfällen produziert (Samake et al. 2009). Eine Müllanalyse, die Ende der 1990er Jahre in Bamako durchgeführt wurde, hat aufgezeigt, dass sich die Abfälle zu rund achtzig Prozent aus Küchen- und Grünabfällen sowie Sand, Erde und Asche zusammensetzten. Weitere zehn Prozent entfielen auf Plastikabfälle und die restlichen zehn Prozent bestanden aus Altpapier, Metall, Glas und Textilien (Rogalski 2002). Zehn Jahre später hat sich in Bamako der Anteil von Plastikabfällen zulasten der biologisch abbaubaren Abfälle verdoppelt (Équipe VICA Mali 2009). Dies stellt die Abfallwirtschaft in Bamako, aber auch in anderen Städten Westafrikas vor neue Herausforderungen. Dadurch, dass es in afrikanischen Städten fast ausnahmslos keine Müllverbrennungsanlagen gibt, werden die Haushaltsabfälle – oft vermischt mit Problemstoffen – auf offenen Mülldeponien abgelagert. Die Mülldeponien seien in vielen Fällen nicht gut abgedichtet, sodass die Gefahr der Verschmutzung des Grundwassers bestehe (Brunner und Fellner 2007). Außerdem gibt es eine Vielzahl an wilden Deponien im Stadtgebiet, bei welchen zwar das Ausmaß der biologischen, chemischen und organischen Verschmutzung von Boden und Wasser nicht bekannt ist, aber eine visuell sichtbare Form der Umweltverschmutzung vorliegt.

Durch das Bevölkerungswachstum in den Städten haben die Abwässer auch zugenommen. Für den Zeitraum von 1993 bis 2003 wurde für Bamako von einer Verdopplung der anfallenden Menge an Klärschlamm ausgegangen. Die Entsorgung würde jedoch weiterhin auf den Feldern der Bauern, auf brachliegenden Flächen, in Felsschluchten oder in toten Flussarmen erfolgen (BNETD 2001). Messungen, wie sich dies auf den Boden und das Grundwasser auswirkt, wurden bisher nur sporadisch durchgeführt. Im Viertel Banconi in Bamako wurden die Abwässer, die von einem dezentralen Abwassersystem in einen toten Flussarm und anschließend in den Niger geleitet werden, im Labor untersucht. Die Laborwerte würden überdurchschnittlich hohe Werte an Ammoniumstickstoff, das auf den Urin in den Abwässern zurückzuführen sei, aufweisen. Auch gebe es einen hohen Anteil an nicht biologisch abbaubaren Tensiden, der auf die Verwendung von Waschmittel und Seife zurückgeführt werden könne (Steiner 2002).

Die schwerwiegendsten Formen von Umweltverschmutzung werden jedoch in Bamako durch die Industrie verursacht. Die Menge der unbehandelten Abwässer von Industriebetrieben, die jedes Jahr in Bamako in den Niger gelangen, wurden im Jahr 2008 auf 31.000 m³ geschätzt (UN-Habitat 2008). Welche Auswirkungen die Entsorgung von Abfällen und Abwässern von Industriebetrieben, Krankenhäusern, Schlachthöfen, Gerbereien oder Färbereien im urbanen Raum in Westafrika hat, und welche Umweltbelastungen daraus entstehen, wurde bisher noch nicht erforscht. Aus einer Analyse von Schadstoffen, welche weltweit die schwerwiegendsten Formen von Umweltverschmutzung hervorgerufen haben, gehen jedoch einige Substanzen hervor, die auch in westafrikanischen Städten anzufinden sind. Die Umweltverschmutzung durch Chrom, das in Gerbereibetrieben Verwendung findet, wird in der Liste der weltweit größten Um-

weltprobleme auf Platz vier geführt. An fünfter Stelle folgt die Verschmutzung durch Mülldeponien, auf denen Industrie- und Krankenhausabfälle entsorgt werden. Schwermetalle und organische Schadstoffe können in das Grundwasser gelangen und pathogene Mikroorganismen können durch den Wind übertragen werden. Auf den unkontrollierten Mülldeponien sind v.a. Blei, Chrom, Kadmium, Pestizide und Kohlenwasserstoffe als Schadstoffe zu nennen. An zehnter Stelle wird schließlich die Verschmutzung durch Färbereibetriebe, welche eine Reihe an Schwermetallen in Oberflächenwasser abführen, genannt (Blacksmith Institute 2012).

Der Grad und die Verbreitung der Umweltverschmutzung im urbanen Raum sind durch eine Vielzahl an unbekannten Faktoren im naturwissenschaftlichen Sinne nicht eindeutig feststellbar. Manche Formen der Verschmutzung wie die Belastung durch Chemikalien, Schwermetalle oder pathogene Mikroorganismen sind mit den Sinnesorganen nicht wahrnehmbar. Auch wenn sozusagen keine sichtbare Verschmutzung durch Abfälle oder Abwässer vorliegt, kann der Boden oder das Grundwasser kontaminiert sein (Rogalski 2002). Andere Verunreinigungen – beispielsweise Küchenabfälle oder Altpapier – können zwar als störend empfunden werden, enthalten jedoch nicht das Potential, sich negativ auf die menschliche Gesundheit auszuwirken. Manche Formen der Verschmutzung wie z.B. ein Abfallhaufen am Straßenrand sind auf einen bestimmten Ort begrenzt, während andere Formen der Verschmutzung wie z.B. das Abwasser, das in eine Entwässerungsrinne geleitet wird, sich verbreiten können.

Für meine Forschung zu umweltgerechtem Verhalten in westafrikanischen Städten ist das vielschichtige Verständnis von Verschmutzung relevant. Das bedeutet, dass einerseits das Problem der Umweltverschmutzung, wie es in einem naturwissenschaftlichen Sinne verstanden wird, berücksichtigt werden muss. Andererseits gilt es aber auch, die sozial und kulturell geprägte Wahrnehmung zu erforschen. Der Vergleich dieser beiden Perspektiven kann aufschlussreich sein, denn er zeigt auf, inwiefern es Übereinstimmungen oder Abweichungen zwischen einer wissenschaftlichen und einer populär verbreiteten Wahrnehmung von Umweltverschmutzung gibt.

Ein wesentlicher sozialwissenschaftlicher Beitrag zur Bedeutung von Schmutz und Verschmutzung in traditionellen Gesellschaften stammt von Mary Douglas. In ihrem Werk »Purity and Danger: An Analysis of the Concepts of Pollution and Taboo« aus dem Jahr 1966 versuchte sie, über die Analyse alltäglicher Praktiken wie der praktischen und symbolischen Reinigung in so unterschiedlichen Gesellschaften wie der jüdischen, der hinduistischen oder der Azande zu einer Erklärung des kulturellen Systems traditioneller Gesellschaften zu gelangen. Die Klassifizierung von gewissen Elementen oder Handlungsweisen als schmutzig erfolgt laut Douglas aufgrund einer kulturabhängigen Klassifizierung. Schmutz sei demnach kein absoluter, sondern ein relativer Begriff. Schmutz werde nur dort als solcher wahrgenommen, wo er fehl am Platz sei. In anderen Worten sei Verschmutzung das Resultat einer Grenzüberschreitung zwischen dem Akzeptierten und dem Nichtakzeptablen, wobei die körperlichen oder räumlichen Grenzen als »natürliche« Grenzen verstanden würden (Douglas [1966] 2003). Ob Abfall Aufmerksamkeit geschenkt werde, hänge davon ab, wo sich der Abfall befinde. Abfall an dem ihm zugeordneten Platz löse keine Emotionen aus, doch Abfall, der außerhalb dieses Platzes angetroffen wird, könne Angst oder Scham bewirken:

»Wir bemerken Müll nur dann, wenn er sich am falschen Ort befindet. Etwas, das ausgeschieden worden ist, aber nicht zu stören droht, beunruhigt uns nicht im Geringsten. Zum Beispiel sind wir uns der Küchenabfälle in unseren Mülleimern [...] bewusst, aber wir machen nicht viel Aufhebens davon. Diese negativ bewerteten Dinge befinden sich am richtigen Ort, und wir können sie im Großen und Ganzen ignorieren. Nicht so [...] die Exkreme des Hundes auf dem Wohnzimmerteppich. Das ist Müll am falschen Ort: deutlich sichtbar und höchst bestürzend« (Thompson [1979] 2003: 111).

Dem theoretischen Zugang von Mary Douglas wurde angelastet, für die Erforschung von Umweltverschmutzung in modernen Gesellschaften kein passendes Werkzeug zur Verfügung zu stellen. Rituale der Reinigung könnten nur Einblick in zwischenmenschliche Interaktionen gewähren, jedoch keinerlei Aussage über die strukturellen gesellschaftlichen Zusammenhänge liefern:

»Whilst it is possible to read or interpret the totality of primitive culture through its mundane rituals of dirt-avoidance and cleansing the same does not hold for modern culture. It may be ethnographically interesting, even taxonomically fascinating, to chart such rituals in the modern world but in the end the disconnectedness and disjointedness of modernity means that dirt management says nothing about modern culture as such – only about the diverse arenas in which uncoordinated cleansing practices are made micro-culturally meaningful« (O'Brien 2011: 130).

Dieser Kritik kann entgegengehalten werden, dass die symbolische Bedeutung von Schmutz auch in einem nicht-traditionellen Kontext in Zusammenhang mit Ordnungsvorstellungen steht. Unter der Annahme, dass Schmutz eine Gefahr für die Ordnung darstellt, kann Verschmutzung mit dem Nichtfunktionieren der sozialen Ordnung gleichzusetzen werden. Einige sozialwissenschaftliche Forschungen in afrikanischen Städten stützen sich auf die Theorie von Douglas und weisen auf die Wechselwirkung von verschiedenen Arten physischer und symbolischer Verschmutzung hin. Der Zusammenhang zwischen der Verschmutzung der städtischen Umwelt, asozialem Verhalten und dem Gefühl der Unsicherheit wurde beispielsweise für Algier festgestellt (Lesbet 1999). Auch für die Städte Ouagadougou und Bobo Dioulasso in Burkina Faso wurde die Verschmutzung der städtischen Umwelt mit der Abschwächung des gesellschaftlichen Zusammenhalts und der nachbarschaftlichen Solidarität in Beziehung gebracht (Bouju 2002). Auch wenn Umweltverschmutzung primär im physischen Sinne thematisiert wird, darf die symbolische Bedeutungsebene nicht vernachlässigt werden. Wie in späteren Abschnitten noch gezeigt werden wird, betrifft das Problem der Verschmutzung des urbanen Raums auch die Stadtverwaltung, die bestrebt ist, durch die Abfallwirtschaft und durch Sanktionen die Sauberkeit und Ordnung in der Stadt aufrechtzuerhalten. Das Ausmaß, wie der urbane Raum vor sichtbarer Verschmutzung geschützt oder befreit wird, veranschaulicht möglicherweise auch das Ausmaß der Kontrolle und Legitimation der Stadtverwaltung. Verschmutzung kann also als Frage der Hygiene, als Umweltproblem oder aber als soziale und kulturelle Herausforderung gesehen werden.

Die Komplexität dieses Themas zeigt sich ebenfalls in der Wahrnehmung der Risiken, die von Umweltverschmutzung ausgehen. In einem naturwissenschaftlichen Sin-

ne ist die Verschmutzung der urbanen Umwelt mit Schadstoffen oder Krankheitserregern verbunden. So hat eine Studie in der Stadt Rufisque im Senegal untersucht, ob es einen Zusammenhang zwischen der Verschmutzung im urbanen Raum und den Gesundheitsbeeinträchtigungen der StadtbewohnerInnen gibt (Sy et al. 2011). Besonderes Augenmerk wurde auf die Auswirkungen von Umweltverschmutzung in Form von offener Kanalisation, wilden Mülldeponien und stagnierendem Abwasser auf die Gesundheit der Menschen gelegt. Als Indikator für die Beeinträchtigung der Gesundheit wurde die Anzahl von Durchfallerkrankungen verwendet. Neun Monate lang wurden 212 Haushalte in vier Stadtvierteln zweiwöchentlich besucht und die Krankheitsfälle der Kinder unter fünf Jahren aufgezeichnet. Zugleich wurden alle Haushalte auf ihre Wasserversorgung, Abfall- und Abwasserentsorgung und die häusliche Hygiene befragt. Die Ergebnisse der Studie konnten einen direkten Zusammenhang zwischen der Verschmutzung des öffentlichen Raums und dem Auftreten von Durchfallerkrankungen aufzeigen. So waren in den zwei Vierteln, die weder über ein Kanalisationssystem noch eine flächendeckende Abfallbeseitigung durch die Müllabfuhr verfügen, die Durchfallerkrankungen von Kindern am häufigsten zu finden. Besonders die fehlende Abfallsammlung und das Entstehen von wilden Deponien scheinen den größten Einfluss auf das Infektionsrisiko zu haben. Die Infektionsraten blieben unabhängig von der Jahreszeit – heiße Trockenzeit, Regenzeit, kühle Trockenzeit – dieselben, und können daher mit großer Wahrscheinlichkeit tatsächlich auf die Verschmutzung in der unmittelbaren Wohnumgebung zurückgeführt werden (ebd.).

Die Risikowahrnehmung in der Bevölkerung scheint demgegenüber in keinem Verhältnis zu den tatsächlichen Risiken, die von Umweltverschmutzung ausgehen, zu stehen. Wie in Abschnitt 3.6 gezeigt werden wird, hat diese Divergenz möglicherweise auch mit den in Mali und Burkina Faso vorhandenen traditionellen Überzeugungen zu tun. Vorerst sollen jedoch Überlegungen aus der Umweltpsychologie, die das Problem der Risikowahrnehmung zu erklären versuchen, vorgestellt werden.

Das Konzept des »Optimismus-Bias« (Hatfield und Job 2001) beschreibt den Umstand, dass die möglichen negativen Auswirkungen von Umweltverschmutzung unterschätzt werden, wenn das Risiko, selbst davon betroffen zu sein, als gering eingestuft wird. Wenn die Gefährdung der eigenen Gesundheit durch eine verschmutzte Umwelt als geringfügig beurteilt würde, dann sei auch die Bereitschaft, die Umwelt zu schützen von geringem Ausmaß. Dieser psychologische Erklärungsansatz geht demnach davon aus, dass sich die Risikobewertung nach der eigenen Betroffenheit richtet. Inwiefern die Bevölkerung im Allgemeinen durch Umweltverschmutzung gefährdet ist, sei für die persönliche Handlungsbereitschaft nicht relevant (ebd.). Zu ähnlichen Ergebnissen kamen psychologische Studien zum Thema der geschlechterspezifischen Wahrnehmung von Umweltgefährdungen. Eine Studie in zwei indischen Großstädten (Siddiqui und Pandey 2003) ergab im Hinblick auf die Beurteilung von umweltbedingten Stressfaktoren signifikante Unterschiede zwischen Männern und Frauen. In den Slumvierteln von Neu-Delhi und Allahabad wurden 280 Männer und Frauen gefragt, welcher unter den Umweltstressoren Luft- und Wasserverschmutzung, Lärm, Müll, Verkehr und engen Wohnverhältnissen für sie am belastendsten sei. Während Männer den Straßenverkehr als größten Stressfaktor nannten, identifizierten Frauen die Verschmutzung des Wassers als größte Belastung. Dies könne dadurch erklärt werden, dass Frauen sich vor-

wiegend im häuslichen Bereich aufhalten und durch die Wasserverschmutzung stärker betroffen seien als Männer, die sich im öffentlichen Bereich bewegen und damit den Gefahren des Straßenverkehrs ausgesetzt seien:

»In India, women are generally confined to their house and neighborhood with infrequent opportunities to commute. Therefore, they do not have much experience with stressful traffic conditions leading to lesser perceptions of stress on its account. However, regarding the poor quality of water, females reported greater perceptions of stress, as they are the ones who are frequently exposed to it while handling their daily household chores« (Siddiqui und Pandey 2003: 602).

Im Hinblick auf die Stressfaktoren Müll und enge Wohnverhältnisse gebe es keine geschlechtsspezifischen Unterschiede in der Wahrnehmung. Allerdings seien die Frauen häufiger bestrebt, Lösungen für diese Probleme zu finden. Die Männer würden diesen Stressfaktoren stärker mit Hilflosigkeit und Akzeptanz begegnen (ebd.). Aus einer psychologischen Perspektive ist diese Analyse der Risikowahrnehmung durchaus nachvollziehbar. Es kann davon ausgegangen werden, dass ein Mensch Risiken stärker zur Kenntnis nimmt, wenn er/sie häufiger und direkt damit konfrontiert wird. Wenn also Männer in Indien von frühmorgens bis spätabends in der Stadt sind und dort sauberes Trinkwasser konsumieren können, könnten sie das Risiko, aufgrund von verschmutztem Wasser zu erkranken, unterschätzen. Frauen könnten dadurch, dass sie den Gefahren des Straßenverkehrs nicht alltäglich ausgesetzt sind, diese ebenfalls unterbewerten. Der Fokus auf die individuelle Risikoeinschätzung greift aber möglicherweise zu kurz, denn ein Familienvater wird durch die Erkrankung seiner Frau oder seiner Kinder zumindest finanziell in Mitleidenschaft gezogen. Gleichfalls wird durch einen Verkehrsunfall, bei dem der Mann verletzt wird oder sogar ums Leben kommt, auch die Frau betroffen sein. Es erscheint daher notwendig, die Perspektive auf den gesamten Haushalt auszuweiten und die Interdependenzen der Haushaltsmitglieder zu berücksichtigen.

Einen Schritt weiter geht die von Thompson, Ellis und Wildavsky (1990) aufgestellte Kulturtheorie, die die unterschiedliche Wahrnehmung von Umweltrisiken nicht nur auf Geschlechterdifferenzen oder das unmittelbare Lebensumfeld, sondern auf die zugrundeliegenden sozialen Strukturen in der jeweiligen Gesellschaft zurückführt. Ausgangspunkt für diese Theorie ist die »Grid-Group Typologie«, welche die Dimension der Rollenzuschreibungen und der Eingliederung in eine Gesellschaft umspannt. Bezeichnend für eine bestimmte Gesellschaftsordnung seien einerseits die Position eines Individuums in einem sozialen Netzwerk und das damit verknüpfte Ausmaß an Rechten und Verbindlichkeiten. Andererseits sei der Grad der Gruppenzugehörigkeit, also wie stark ein Individuum in eine soziale Gruppe integriert ist, für die jeweilige Gesellschaftsordnung ausschlaggebend. Aus dem Zusammenspiel dieser beiden Faktoren entstünden vier Gesellschaftstypen: Eine egalitäre Gesellschaft sei durch einen expliziten Ein- oder Ausschluss in eine Gruppe sowie durch geringe Rollenzuschreibungen gekennzeichnet. Eine hierarchische Gesellschaft würde die Zugehörigkeit ihrer Mitglieder ebenfalls eindeutig festlegen, allerdings wären hier auch die mit einer sozialen Position verknüpften Verpflichtungen verbindlich. In einer individualistischen Gesellschaft würden dem Individuum relativ große Freiheiten im Hinblick auf die Zugehörigkeit zu einer Gruppe

und die Erwartungen an eine bestimmte soziale Rolle gewährt. In einer fatalistischen Gesellschaft würden Individuen mit verbindlichen Rollenzuschreibungen konfrontiert während sie gleichzeitig nicht über den Ein- oder Ausschluss in einer Gruppe entscheiden könnten. Diese vier Gesellschaftstypen würden unterschiedliche Weltbilder, welche als Spiegel der sozialen Organisationsformen fungieren würden, nahelegen. Die Wahrnehmung der Natur und natürlicher Risiken würde ebenfalls durch diese gesellschaftlichen Ideologien beeinflusst. Individualistische Gesellschaften nennen die Autoren Gesellschaften, die durch das Marktprinzip, also die Selbststeuerung durch Angebot und Nachfrage charakterisiert sind, und die nur ein gering ausgeprägtes Bewusstsein für Umweltrisiken haben. Die Natur würde in diesen Gesellschaften von den Menschen als »strapazierfähig« gesehen, denn würde nach jedem Eingriff selbst wieder zu einem stabilen Gleichgewicht finden. So wie sich Angebot und Nachfrage am Markt nach den Theorien des Neoliberalismus selbst regulieren, würden sich demnach auch die Bereitstellung und die Entnahme von natürlichen Ressourcen regulieren. Hierarchische Gesellschaften würden die Verantwortung für das ökologische Gleichgewicht der Wissenschaft und Technologie übertragen und seien im Hinblick auf die Kontrolle von Umweltrisiken grundsätzlich optimistisch. In hierarchischen Gesellschaften werde von einer weitgehend toleranten Natur ausgegangen, die bis zu einem gewissen Grad belastungsfähig sei und die manchen Gesellschaftsmitgliedern mehr und manchen Gesellschaftsmitgliedern weniger natürliche Ressourcen zur Verfügung stellen würden. In egalitären Gesellschaften würde das natürliche Gleichgewicht als bedroht und die Natur als empfindlich wahrgenommen. Weil jeder Eingriff schwerwiegende Folgen haben könne, würde in diesen Gesellschaften die Einschränkung der Ausbeutung von natürlichen Ressourcen gefordert. Alle Gesellschaftsmitglieder seien in gleichem Maße zum Schutz der Umwelt verpflichtet. In einer fatalistischen Gesellschaft hingegen dominiere die Einstellung, das natürliche System nicht beeinflussen zu können und es gebe dementsprechend auch keine Versuche, die Natur zu regulieren. Die Natur würde als unberechenbar wahrgenommen und davon ausgegangen, jeder Eingriff könne unvorhersehbare negative wie auch positive Folgen haben. Der eigenen Handlungsfähigkeit würde in einer solchen Gesellschaft wenig Effektivität zugesprochen (Thompson et al. 1990)⁴.

Inwiefern die »Grid-Group Typologie« geeignet ist, die Wahrnehmung von Umweltrisiken in westafrikanischen Städten zu untersuchen, bleibt fraglich. Es ist zwar davon auszugehen, dass die Umweltwahrnehmung und der als richtig erachtete Umgang mit der Umwelt nicht nur auf psychologische Faktoren zurückgeführt werden kann, aber dass dies ausschließlich durch die soziale Einbindung eines Individuums in die Gesellschaft und das Ausmaß der Verhaltenskontrolle begründet wird, ist m.E. auch nicht wahrscheinlich. In methodologischer Hinsicht steht die Kulturtheorie von Thompson,

4 Eine ähnliche Systematisierung der Umweltwahrnehmung bezieht sich auf die Bewertung von Fortschritt. Ein Weltbild, das Natur beherrschen und den Zwecken der Menschen unterordnen will, wird einerseits einer Naturauffassung, welche den Schutz der Umwelt und die Aufrechterhaltung eines natürlichen Gleichgewichtes anstrebt, und andererseits einer traditionellen Umweltwahrnehmung, die sich auf historisch überlieferte Verhaltensweisen stützt, gegenübergestellt (Huber 2001).

Ellis und Wildavsky vor einigen Schwierigkeiten: Die Operationalisierung der vier Ideologien Individualismus, Hierarchie, Egalitarismus und Fatalismus sowie die eindeutige Zuordnung von Gesellschaften bzw. Individuen hat sich in empirischen Forschungen als problematisch herausgestellt (vgl. Marris et al. 1998). Außerdem wird kritisch angemerkt, dass die symbolischen Bedeutungsebenen von Umwelt in diesem theoretischen Ansatz zu wenig herausgearbeitet worden seien. Die relativ allgemeine Formulierung von Umwelt Risiken trage der Diversität von Risiken nicht genüge (Boholm 1996). Für die Forschung in den Städten Westafrikas, wo sich die gesellschaftlichen Strukturen im Umbruch befinden, sollte man deshalb bei der Übertragung dieses Schemas Vorsicht walten lassen. Es mögen vielleicht manche Tendenzen erkennbar sein, doch eine eindeutige Festlegung kann aufgrund des vielfältigen Zusammenspiels von neuartigen sozialen Phänomenen und Umweltproblemen nicht erfolgen.

3.5. Das Konzept der Umweltgerechtigkeit

Mit der Wahrnehmung von Umwelt Risiken ist auch die Frage nach der Umweltgerechtigkeit verknüpft. Unabhängig davon, wie Menschen die sie unmittelbar betreffenden Umwelt Risiken einschätzen, wird dann von fehlender Umweltgerechtigkeit gesprochen, wenn bestimmte Bevölkerungsschichten überdurchschnittlich hohen umweltbedingten Risiken ausgesetzt sind. Aus dieser Sicht gilt es Umweltverschmutzung nicht nur in Hinsicht auf die VerursacherInnen zu untersuchen, sondern vor allem auch im Zusammenhang mit den Menschen, welche mit Umweltbelastungen leben müssen. Menschen können sowohl die Lasttragenden von selbst verursachter Umweltverschmutzung als auch die Betroffenen von fremdverschuldeter Umweltverschmutzung sein. Dies gilt besonders auch für arme Bevölkerungsschichten, denn sie haben im Gegensatz zu den Reichen geringere Aussichten, die Umweltverschmutzung aus ihrem Wohnumfeld zu entfernen oder selbst der Umweltverschmutzung zu entfliehen (Segura und Boyce 1994). Fakt ist, dass lokale Umweltgefahren sich häufig in Stadtvierteln mit einem hohen Anteil an ärmeren Bevölkerungsschichten oder ethnischen Minderheiten finden. Die Gruppen, die ärmer, weniger einflussreich, schlecht organisiert oder gebildet sind, sind von Umweltverschmutzung in besonderem Ausmaß betroffen. So werden Mülldeponien oft dort errichtet, wo weniger Widerstand von der Bevölkerung erwartet wird (Taylor 2000).

Das Konzept der Umweltgerechtigkeit, auf Englisch »Environmental Justice«, entstand in den USA in den 1980er Jahren, als offensichtlich wurde, dass in den Wohngebieten der afroamerikanischen Bevölkerung Mülldeponien und Industriezonen überdurchschnittlich häufig angesiedelt worden waren (siehe Bullard 1990). Unter der Perspektive der Umweltgerechtigkeit werden die Auswirkungen von Umweltverschmutzung auf die lokalen Lebensbedingungen von Menschen untersucht. Es geht hier also weniger darum, festzustellen, inwiefern arme Menschen die Umwelt verschmutzen, sondern darum, inwieweit Umweltverschmutzung zur Armut von bestimmten Bevölkerungsschichten beiträgt. Darüber hinaus wird unter diesem Ansatz das politische Problem, wie mit dem Wissen um die Gefährdung von Mensch und Umwelt umgegangen wird, thematisiert.

Eine allgemeine Definition von Umweltgerechtigkeit innerhalb einer Gesellschaft wurde von Anton Leist (2007: 5) folgendermaßen formuliert:

»Umweltgerechtigkeit herrscht in einer Gesellschaft aktuell und längerfristig dann, wenn alle ökologisch relevanten Güter und Lasten, Freiheiten und Pflichten aktuell und längerfristig gerecht unter den Beteiligten verteilt sind«.

Diese Definition von Umweltgerechtigkeit erinnert an das Konzept der »nachhaltigen Entwicklung«, wie es im Brundtland Bericht 1987 formuliert wurde, und das auf die gegenwärtigen und die zukünftigen Generationen verweist. Umweltgerechtigkeit könnte also mit anderen Worten als Prinzip gesehen werden, das die aktuelle Nutzung von natürlichen Ressourcen sowie das derzeitige Ausmaß an Umweltbelastungen zugunsten der nachfolgenden Generationen beschränkt.

Eine gerechte Verteilung von Umweltgütern wie sauberem Wasser oder Grünflächen und Umweltbelastungen wie Luftverschmutzung oder Mülldeponien könne laut Leist (2007) sichergestellt werden, wenn folgende drei Aspekte berücksichtigt würden: die Garantie ökologischer Menschenrechte, ökologischer Chancengleichheit sowie ökologischer Gestaltungsrechte. Unter ökologischen Menschenrechten versteht Leist das Recht, in einer intakten und für die menschliche Gesundheit ungefährlichen Umwelt zu leben. Es gehe hier darum, dass allen Gesellschaftsmitgliedern ein menschenwürdiges Mindestmaß an Umweltgütern und Umweltrechten zur Verfügung gestellt wird. Ökologische Chancengleichheit meint, dass die Zugangsrechte zu Naturgütern gerecht verteilt werden. Allen Menschen sollte die Möglichkeit eingeräumt werden, den gleichen Anteil an natürlichen Ressourcen wie beispielsweise Grund und Boden zu erhalten. Ökologische Gestaltungsrechte beziehen sich schließlich auf die Partizipation der Bevölkerung an der Erhaltung von Naturdenkmälern und Entscheidungen über die Errichtung von Industriezonen oder Mülldeponien. Ökologische Gestaltungsrechte umfassen sowohl den Aspekt der Verteilungsgerechtigkeit als auch den Aspekt der Verfahrensgerechtigkeit (Leist 2007; Sachs 2003).

Theoretische Ansätze zur Frage der Umweltgerechtigkeit sind m.E. für die Forschung zur Abfallproblematik in afrikanischen Städten bedeutsam, weil davon ausgegangen werden kann, dass das Recht auf eine intakte Umwelt für alle dabei thematisiert wird. In Mali und in Burkina Faso ist das Recht aller BürgerInnen auf eine saubere Umwelt gesetzlich verankert. So lauten § 5 und § 6 des Umweltgesetzbuches in Burkina Faso :

»Toute personne a le droit à un environnement sain. [...] La promotion d'un environnement sain est d'intérêt général et une obligation pour toutes les personnes physiques et morales« (Assemblée Nationale 2013).

In Mali wird dieses Recht sogar in der Verfassung angeführt. Im § 15 heißt es :

»Toute personne a droit à un environnement sain. La protection, la défense de l'environnement et la promotion de la qualité de la vie sont un devoir pour tous et pour l'Etat« (DNACPN 2007a : 9).

Der Schutz der Umwelt und die Förderung einer hohen Lebensqualität sind demnach sowohl die Pflicht des Staates als auch der BürgerInnen.

Während also zumindest ökologische Menschenrechte laut den verabschiedeten Gesetzen allen Menschen in Mali und Burkina Faso eingeräumt werden, scheint das Problem der ökologischen Chancengleichheit nicht gelöst zu sein. So deutet die Verteilung der Mülldeponien in den beiden Hauptstädten darauf hin, dass die BewohnerInnen mancher Stadtviertel von der dadurch verursachten Umweltverschmutzung überdurchschnittlich betroffen sind. Für Ouagadougou wurde mittels kartographischer Methoden bereits nachgewiesen, dass es in den Villenvierteln und Sozialwohnbauvierteln weder Mülldeponien noch wilde Deponien gibt (Sory 2013). Dasselbe Problem zeigt sich im Hinblick auf die ökologischen Gestaltungsrechte. Trotz den Dezentralisierungsbestrebungen der Stadtgemeinden und den Forderungen der internationalen GeldgeberInnen nach stärkerer Teilhabe der lokalen Bevölkerung bleiben die Mitbestimmungs- und Entscheidungskompetenzen der BürgerInnen weiterhin beschränkt.

3.6. Traditionelle und kulturelle Wahrnehmung der Umwelt in Westafrika

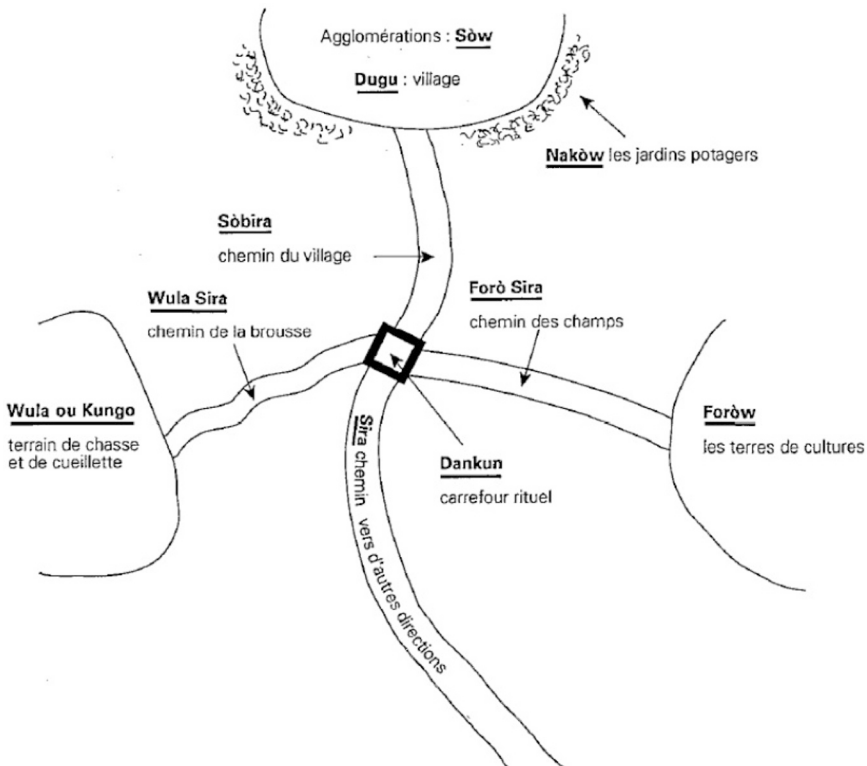
Wie bereits im Kapitel 3.2 kurz erwähnt wurde, gibt es in den afrikanischen Sprachen keine Begriffe, die den Begriffen »Umwelt« oder »Natur« entsprechen. Es wurde jedoch darauf hingewiesen, dass es bestimmte Eigenschaften gibt, die mit der natürlichen Umwelt assoziiert werden. Im Folgenden soll nun die Differenzierung zwischen Natur- und Kulturraum für die ethnischen Gruppen der Bambara und der Mossi im Detail dargestellt werden.

In den traditionellen agrarischen Gesellschaften, wie sie in Westafrika verbreitet waren, wurde jener Raum als Umwelt betrachtet, der das Dorf umgibt. Die Umwelt als Umgebung war keine einheitliche Kategorie, sondern umfasste mehrere Orte, die unterschiedlich genutzt wurden. Die traditionelle Auffassung der Bambara geht von einer Kosmologie aus, in welcher sich das Dorf im Zentrum befindet (siehe Abbildung 2). Das Dorf, »dugu«, setzt sich aus den Wohngebäuden, »sow«, mehrerer Familien zusammen. Das Dorfzentrum repräsentiert den vom Menschen domestizierten und kultivierten Raum. Weil dem Dorfzentrum der symbolisch höchste Wert zugeschrieben wird, wird es geschützt und gepflegt. Die täglich mehrmals erfolgende Reinigung des Zentrums zeigt, dass dieser Raum von den BewohnerInnen am stärksten angeeignet ist (Bouju 2009). An das Dorf angrenzend befinden sich die Gemüseärten, die regelmäßige Aufsicht und Pflege verlangen und die daher als kultivierte Flächen gelten. Rund um das Dorf befinden sich nun in unterschiedlicher Entfernung die Räume, die zur Kategorie »Umwelt« gehören. Umwelt wird im traditionellen kulturellen Verständnis vieler ethnischer Gruppen in Westafrika als Gegenwelt zum Dorf und zu den kultivierten Flächen gesehen. Angrenzend an das Dorf befinden sich ebenfalls die Orte, die traditionellerweise der Entsorgung von Abfällen und Abwässern dienen. Die menschlichen Bedürfnisse werden ebenfalls an diesen Plätzen verrichtet. In weiterer Entfernung des Dorfes befinden sich die Felder, die für den Ackerbau genutzt werden. Die Ackerflächen, »forow« genannt, werden zwar vom Menschen genutzt und kultiviert, sie werden aber dennoch als ein Teil der Natur betrachtet. Der Acker stellt demnach die Umwelt dar, die vom Menschen kontrolliert wird, die aber nicht vollends dem menschlichen Willen unterworfen ist. Schließlich gibt es den Busch, der Dorf und Felder umgibt. Der Busch

»kongo« bezeichnet die wilde Natur, in der die Jäger der Jagd nachgehen. Das traditionelle Raumverständnis unterscheidet demnach zwischen dem bewohnten Raum und der Umwelt und im Hinblick auf die Umwelt zwischen den kultivierten Ackerflächen und dem wilden Busch:

»Il y a du monde sauvage, présenté comme le monde de la non-culture où l'organisation de l'univers de référence (l'espace villageois) n'a plus cours. Il peut lui-même se décomposer en deux sous-ensembles : l'espace de la semi-sauvagerie (*kóngo*) représenté par la zone de brousse où se situent les champs cultivés, à proximité du village, lieu où le contrôle socioculturel est déjà incertain et où des êtres et des forces non maîtrisées sont susceptibles d'intervenir; l'espace de la nature totalement incontrôlée représenté dans les contes par la «brousse profonde» *wúla* ou par la «forêt» *tú*« (Derive 2010 : 212).

Abbildung 2: Räumliches Konzept des Dorfes und seiner Umwelt bei den Bambara



(Quelle: Bagayogo 1989: 447)

Die Kosmologie der Mossi gleicht jener der Bambara in fast jeglicher Hinsicht. Im Zentrum steht ebenfalls das Dorf »saka«, das mehrere Gehöfte mit den dazugehörigen Hausgärten umfasst und das einem Dorfältesten untersteht. Das Dorf wird von einer Landschaft, die sich aus den Ackerflächen und dem wilden Busch zusammen-

setzt, umgeben. Genauso wie bei den Bambara unterliegen die kultivierten Flächen der menschlichen Kontrolle während der Busch den Aufenthaltsort der Geister darstellt:

»Le village habité, construit par les hommes, forme un paysage classique de concessions, paillotes et champs de cases parsemés de karités. [...] À cet espace humanisé s'oppose (en le complétant) la brousse (weogo) qui est avant tout un espace de réserve dans lequel on ouvre les champs. Cette brousse est elle-même constituée de deux sous-ensembles. Puogo est l'espace des champs cultivés ou en jachère. C'est la brousse, mais bien connue des hommes, utilisée par eux et où il n'y a guère de place pour les génies. C'est le monde de la «culture» dans les deux sens du terme. Au contraire, werago (textuellement, «la brousse mâle») est la grande brousse, la brousse éloignée, monde des génies, du monstre «buninda» mangeur d'hommes et de viande crue. C'est le refuge des kinkirse (sing. kinkirga, sorte de lutins traditionnellement désignés par «génies» en français) depuis que, selon la légende, les hommes les ont chassés des villages. C'est le lieu de tous les dangers, le lieu du non-civilisé par excellence. C'est un espace de réserve qui permet aux hommes d'étendre leur influence (et leur civilisation). C'est le monde de la «nature» (Déverin 1998: 150).

Im Hinblick auf die Umwelt und das auf die Umwelt gerichtete Verhalten existierten in präkolonialen afrikanischen Gesellschaften bestimmte Tabus. Bei vielen ethnischen Gruppen war es beispielsweise verboten, seine Bedürfnisse in Flüssen oder Seen zu verrichten sowie Abfälle in Gewässern zu entsorgen (Njoh 2012). Dies wird damit erklärt, dass alle Arten von Gewässern als heilig galten und dies nicht nur, weil sie von Gott erschaffen worden seien, sondern auch, weil sie in der traditionellen Wahrnehmung als Wohnstätte von Geistern betrachtet wurden (ebd.). Traditionelle Kontrollinstanzen in den Mande-sprachigen Gebieten sorgten dafür, dass diese Regeln eingehalten wurden. Es handelte sich dabei um die Berater der lokalen Oberhäupter, die darüber wachten, dass Wasserquellen und Flüsse, aber auch öffentliche Plätze, Märkte und der Hof des Herrschers nicht verschmutzt werden. Sie schritten ein, wenn es in einem Dorf Probleme mit der Hygiene, Epidemien, Umweltzerstörung oder Dürren gab. Die örtlichen Herrscher organisierten ebenso Versammlungen, an denen die oben genannten Plätze gereinigt und aufrechterhalten wurden. Vereinigungen bestimmter Altersgruppen, dies waren unverheiratete Jugendliche und junge Männer, wurden für die Erhaltung der Wege und die Reinigung der öffentlichen Plätze eingesetzt. Neben Tätigkeiten für das Allgemeinwohl hatten diese in vorkolonialer Zeit, aber auch noch zum Zeitpunkt der Unabhängigkeit auch die Rolle als Dorfpolizei und Dorffeuerwehr inne (Leynaud 1966). Im Gegensatz zum Dorf und den Ackerflächen, die beaufsichtigt wurden, gab es im Hinblick auf den Busch keinerlei Regulierungsmaßnahmen. Vorstellungen über die Erhaltung und den Schutz dieser als wild kategorisierten Umwelt existierten bei den Mossi und bei vielen anderen ethnischen Gruppen in Westafrika nicht. Dies liegt an einer traditionellen Auffassung, die darin besteht, dass die Umwelt, also die nicht kultivierte Natur, als unerschöpflich betrachtet wird (Déverin 2002). Überdies wird der Busch im traditionellen Verständnis von bestimmten Geistern bewacht und bedarf daher keiner gesellschaftlichen Schutzbestimmungen (Bouju 2002).

In der traditionellen Wahrnehmung in Mali und Burkina Faso galten allerdings nicht nur der Busch, sondern auch die Orte, die als Abfallhaufen oder zur Verrich-

tung der Bedürfnisse genutzt wurden, als von Geistern bewohnt (siehe hierzu Bouju 2002)⁵. Menschliche Exkremente und Menstruationsblut wurden im traditionellen Verständnis als besonders gefährlich wahrgenommen und deshalb nicht im Dorf, sondern abseits der menschlichen Siedlungen entsorgt. Bei der Bewertung von menschlichen Ausscheidungen spielten magisch-religiöse Elemente eine große Rolle. In der Vorstellung der Menschen stammen diese Ausscheidungen aus dem Inneren einer Person und enthalten daher seine Energien. Dies erfordert, dass niemand mit böswilligen Absichten Zugang zu diesen Ausscheidungen haben darf, da man durch sie auf die Person einwirken kann (siehe hierzu Bonnet 1988). Die Menschen mussten daher bestimmte Vorsichtsmaßnahmen ergreifen, um sich vor ihnen zu schützen. Diese Orte durften zu bestimmten Zeiten wie Mitternacht oder in der Dämmerung nicht betreten werden, denn sonst mussten die Personen mit negativen Folgen wie beispielsweise Lähmungen oder Geisteskrankheiten rechnen (Bouju 2002)⁶.

Während menschliche Exkremente, Menstruationsblut und einige andere Körperflüssigkeiten verbreitet als gefährlich gelten, gibt es bei vielen ethnischen Gruppen in Westafrika auch eine Differenzierung zwischen nützlichen und nutzlosen Abfällen (Douny 2007). Die Bedeutung der unterschiedlichen Lebensweisen von Ackerbauern und -bäuerinnen, FischerInnen und ViehzüchterInnen für die Kategorisierung von Abfällen und die Definition von Sauberkeit wurde bereits von Marie-France Chevron (2002) hervorgehoben. Abfallarten, die zwar negativ konnotiert sind, die aber keine Gefahrenquelle darstellen, umfassen den Kehricht, Speisereste, Batterien, Plastik- und Papierabfälle sowie kaputte Schuhe und Textilreste. Auch verschmutztes Waschwasser zählt zu dieser Kategorie. All diese Abfälle und Abwässer werden außerhalb des Hofes gebracht und dort entsorgt (Douny 2007). Schließlich gibt es Abfälle, die im traditionellen Verständnis nicht als Müll in einem westlichen Verständnis gelten. Das gilt z.B. bei den Dogon (siehe Douny 2007), aber auch bei anderen Ethnien (siehe hierzu auch Chevron 2002). Abfälle wie Glas- und Plastikbehälter können wieder verwendet, Abfälle wie Metall und Plastik können wieder verwertet und biologische Abfälle können kompostiert werden. Überreste, die als materielle Objekte in der einen oder anderen Form nützlich sein können, werden deshalb nicht einfach willkürlich weggeworfen. Abfallsorten, die als brauchbar eingestuft werden, können folgendermaßen definiert werden:

»Any kind of rubbish that can potentially contribute to the renewal of people and places is seen as positive, that is, as a source of life. Although rubbish and residue are considered as disorder, they possess the capacity to introduce order in the way they enable the negotiation of scarcity, as well as by introducing new forms of economy. In fact,

- 5 Diesen Umstand machten sich Frauen zunutze, die bereits mehrere Kinder nach der Geburt verloren hatten. Sie legten ihr neugeborenes Baby auf den Abfallhaufen und kehrten danach in das Dorf zurück. Damit versuchten sie den Geistern zu signalisieren, dass sie das Kind dem Tod preisgegeben hätten. Die Geister seien auf das Täuschungsmanöver hereingefallen, hätten vom Kind abgelassen und das Kind sei am Leben geblieben (Traoré 2011).
- 6 In der Stadt scheinen heutzutage am Abort bestimmte, vom Islam inspirierte, Vorsichtsmaßnahmen praktiziert zu werden. Es wird berichtet, dass manche Menschen zum Schutz vor bösen Geistern die Toilette mit dem linken Fuß betreten und mit dem rechten Fuß verlassen und gleichzeitig Verse aus dem Koran zitieren würden (Bouju 2002).

the detritus that remains after the consumption or use of imported or local products constitutes a form of wealth and prosperity» (Douny 2007: 329).

Abfälle sind aus dieser Perspektive ein Hinweis auf Reichtum, eine Form von Verschwendung und ein Symbol von Überfluss (Scanlan 2005; Strasser 2000)⁷.

Bei den Mossi war der Komposthaufen im traditionellen Verständnis ein Zeichen für Wohlstand. Die Höfe der Naaba, also der traditionellen Autoritäten, waren aufgrund ihres Abfallhaufens zu erkennen. Der Abfallhaufen, der sich im Laufe eines Jahres vergrößert hatte, wurde zu Beginn der Regenzeit abgetragen und der Kompost auf den Feldern ausgebreitet. Von den Mossi wird sogar berichtet, dass die einfachen BürgerInnen dazu verpflichtet waren, einen Teil ihrer Abfälle zum Abfallhaufen des Naaba zu bringen. Steuerliche Abgaben, die in Form von Abfällen zu entrichten waren, garantierten dem traditionellen Oberhaupt eine gute Ernte im darauffolgenden Jahr:

»Dans le royaume de Ouagadougou, la tradition obligeait à déverser une partie des ordures sur le Tampuure du chef, ce qui était gage de bonnes récoltes pour lui. Jeter les déchets chez le chef est la meilleure façon d'assurer à celui-ci la prospérité« (Dévérin-Kouanda 1993: 125).

Der Abfallhaufen des Naaba war bei den Mossi in vorkolonialer Zeit so bedeutsam, dass sogar ein Stadtteil in Ouagadougou nach ihm benannt wurde. Der Stadtteil Tampui (die Mehrzahl von »Tampuure« = auf Deutsch Abfallhaufen) wurde nach dem Abfallhaufen des Mogho Naaba, des höchsten traditionellen Oberhauptes der Mossi benannt. Laut der Überlieferung hatte ein Nachfahre der königlichen Linie die Erlaubnis erhalten, sich auf dem Gelände des großen Abfallhaufens anzusiedeln, woraus in Folge die Siedlung Tampui entstanden ist (Traoré 2011).

Abfälle und Schmutz waren unter diesem Gesichtspunkt auch positiv konnotiert. Bei den Dogon wurde ein neu gebautes Haus mit dem Segensspruch »Ama ginu nemegere!« (Solle Gott das Haus schmutzig werden lassen!) bezogen. Schmutz wurde hier im Kontext der Ernährung und der Bedürfnisbefriedigung von Menschen verstanden. Solange im Hof Schmutz hinterlassen wird, bedeutet das, dass es Leben in dem Gehöft gibt. Auch ist es ein Symbol dafür, dass ausreichend Nahrung zur Verfügung steht. Gewisse Arten von Abfällen und Schmutz werden daher traditionellerweise im Hof akzeptiert. Dies betrifft einerseits die während der Trockenzeit im Hof ausgebreitete Streu. Das Stroh vermischt sich dort mit dem Kot der Haustiere und wird daher immer schmutziger. Da es als Dünger auf den Feldern dient, wird es im Hof belassen, solange bis die Regenzeit beginnt und der Acker bepflanzt wird. Eine andere Art von Schmutz bezieht sich auf schmutziges Kochgeschirr, das bis zur nächsten Mahlzeit nicht abgewaschen wird, denn anderenfalls würde dies in der Überzeugung der Dogon zu Unglück und Knappheit führen. Sogar schmutzige Kleidung sei im ländlichen Raum in Mali positiv konnotiert, denn sie würde mit Arbeit und Fleiß assoziiert (Douny 2007). Diese unterschiedlichen Dimensionen von Schmutz scheinen in Westafrika weit

7 In kapitalistisch geprägten Gesellschaften scheint ein hoher Verbrauch an Konsumgütern v.a. für die unteren sozialen Schichten bezeichnend zu sein. Alternative Gruppierungen wie beispielsweise die Freeganer, die im ökonomischen Sinne nicht unbedingt arm sind, streben hingegen Abfallvermeidung an (siehe Chevron 2012).

verbreitet zu sein, denn auch in den Akan-Sprachen in Ghana wird Schmutz nach seiner Herkunft und nach seiner Lokalisierung an Körper, Kleidung, Objekten oder am Wohnraum unterschiedlich bezeichnet (Van der Geest 1998). Es spiele hier also eine Rolle, ob Verunreinigung ein vorübergehender oder ein permanenter Zustand sei. Kleidung, die schmutzig geworden, oder ein Hof, der nicht gekehrt worden sei, seien zwar nicht wünschenswert, aber weil der Schmutz leicht wieder entfernt werden könnte, würde dies wenig Abscheu erregen. Anders hingegen verhält es sich mit Personen, deren Haus oder deren körperliches Erscheinungsbild ständig durch Unsauberkeit gekennzeichnet sei. Schmutz wird hier in einem ästhetischen, moralischen und sozialen Sinne als durchaus verwerflich gesehen. Solcherart würden Assoziationsketten, die schmutzig mit hässlich, widerlich, unzivilisiert und verachtenswert gleichsetzen, gebildet (ebd.).

Die Beurteilung von Schmutz in der Stadt unterscheidet sich in mancherlei Hinsicht von der traditionellen ländlichen Betrachtungsweise. Neuwertige, saubere und modische Kleidung hat unter den jüngeren Menschen in Bamako einen großen Wert (Douny 2007). Auch auf die körperliche Hygiene wird sehr geachtet und die Angehörigen mancher ethnischer Gruppen aus dem Norden Malis, die aufgrund der dortigen Wasserknappheit sparsam mit Wasser umgehen, werden von den StädterInnen als ungepflegt betrachtet (siehe Chevron 2002). Dieser Wandel im Hinblick auf die Kleidung und die Körperpflege kann nicht zuletzt das Resultat eines strenger gelebten Islams in der Stadt sein, der ein sauberes Gewand und Gebetswaschungen für MuslimInnen als unabdingbar erachtet. Die neuen urbanen Lebensweisen führen ebenso dazu, dass bestimmte Objekte und Praktiken, die im traditionellen dörflichen Kontext weit verbreitet sind, in der Stadt nicht mehr akzeptiert werden. So würden die Menschen, die von der Viehzucht leben, selbst die Exkremente von Nutztieren wie Rindern oder Schafen als positiv empfinden, während diese für die BewohnerInnen Bamakos hingegen schmutzig seien (siehe ebd.). Auch ein Abfallhaufen, der vor einem Gehöft in einem malischen Dorf nicht als schmutzig gilt, weil der Kompost als Dünger auf den Feldern verwendet wird, wird in der Stadt als Zeichen mangelnder Hygiene gesehen (Traoré 2002). Allerdings würden in Ouagadougou manche Praktiken wie die Entsorgung von verschmutztem Waschwasser auf der Straße genauso wie im Dorf als wenig abstoßend empfunden. Die in der Stadt lebenden Mossi würden auch weiterhin ihr Kochgeschirr nur innen, aber nicht außen reinigen, was ihnen von den anderen ethnischen Gruppen den Ruf, besonders schmutzig zu sein, zugetragen habe (Traoré 2011).

Abschließend soll nun erörtert werden, inwiefern traditionellen Auffassungen zufolge Verschmutzung mit Krankheiten assoziiert wird. Kultur- und sozialanthropologische Forschungen zur Wahrnehmung von Krankheiten und deren Ursachen können hierbei wertvolle Erkenntnisse liefern. Ethnomedizinische Forschungen in Afrika (Green 1999) haben beispielsweise gezeigt, dass Infektionskrankheiten von den Menschen nicht – wie lange Zeit behauptet – auf Magie und Zauberei, sondern auf natürliche Ursachen zurückgeführt werden. Demnach werden nicht andere Menschen oder übernatürliche Kräfte für Infektionskrankheiten verantwortlich gemacht, sondern der Kontakt mit bestimmten Krankheitsverursachern. Die Beobachtung der natürlichen Umwelt und die Analyse von Ursachen und Folgen seien in Afrika wie anderswo auch Ausgangspunkt für die Theoriebildung über ansteckende Krankheiten (ebd.).

Eine Studie über die Ursachen von Diarrhoe in Bobo Dioulasso (Burkina Faso) ergab, dass von den Menschen verschiedene Arten von Durchfallerkrankungen unterschieden werden. Manche Krankheitsbilder würden von den befragten Frauen auf das kalte Wetter in den Wintermonaten, andere auf das Sitzen auf nassem Untergrund zurückgeführt werden. Eine Art von Diarrhoe wird »toubaboukonoboli«, also »Durchfall der Weißen«, genannt, weil sie durch fehlende Nahrungsmittel- und Trinkwasserhygiene verursacht wird. Schließlich gebe es eine Erscheinungsform von Durchfall, die durch einen Tabubruch der stillenden Mutter ausgelöst werde. Wenn eine junge Mutter sich nicht an die Vorschrift der sexuellen Enthaltsamkeit halte, hätte dies nicht nur Diarrhoe, sondern auch Magerkeit und Unzufriedenheit beim Säugling zur Folge (Kanki et al. 1994). Forschungen in Abidjan (Elfenbeinküste) zeigten, dass Malaria nicht nur auf die Abfallproblematik im urbanen Raum und insbesondere auf verstopfte Entwässerungsgräben zurückgeführt wird, sondern auch auf eine Reihe anderer Faktoren. Manche Menschen vertreten demnach die Überzeugung, Malaria würde durch üble Gerüche oder Staub übertragen (Granado et al. 2006). Auch bei der Songhai-sprachigen Bevölkerung im Niger, die derjenigen im Norden Malis sehr ähnlich ist, gibt es die Vorstellung, dass Krankheiten durch Gerüche und Staub übertragen werden können. Das Verwenden von Räucherwerk wird deshalb häufig eingesetzt, um die Luft zu reinigen (Hahounou 2003). Von den Bambara ist überliefert, dass man sich durch das Einatmen von Staub mit Pocken oder Masern infizieren könne (Imperato 1975).

Die Ursachen und die Übertragungswege von Krankheiten sind der traditionellen Wahrnehmung zufolge also sehr vielschichtig. Dasselbe gilt auch für die Mittel und Wege, mit Gefahrenquellen umzugehen. In einer Forschung in Bamako aus den 1980er Jahren wird berichtet, dass es in der Bevölkerung die Vorstellung, die Umwelt würde sich selbst regulieren, gebe. Der Sonne und dem Wasser würde die Kraft zugeschrieben, Krankheitskeime unschädlich zu machen: »Pour les populations les germes pathogènes sont supprimées [sic] par le soleil et l'eau« (Sidibe 1985: 134). Die malische Forscherin, Aminata Sidibe, die zwar eine universitäre Ausbildung, jedoch keine tiefergehenden naturwissenschaftlichen Kenntnisse hat, stellt hier die Frage, inwieweit Sonne und Wasser Schadstoffe eliminieren können, und wo die Grenzwerte im Hinblick auf die Tragfähigkeit eines ökologischen Systems liegen:

»Par le soleil est-il possible d'obtenir une hygiène complète des systèmes? L'eau peut-elle être une purificatrice universelle, n'y a-t-il pas un seuil au-delà duquel il y a contamination possible?« (ebd.).

Aus heutiger Sicht scheint es für höher gebildete Menschen also manche Ungewissheiten im Hinblick auf die Gefährlichkeit von Krankheitserregern zu geben. Eine Studie in einem informellen Viertel in Nouakchott, der Hauptstadt von Mauretanien (Ould Taleb et al. 2006), zeigt auf, dass die mangelnde Hygiene insbesondere von den höher gebildeten und etwas besser gestellten Befragten als größtes Problem eingestuft wird. Diese Bevölkerungsschicht sei sich auch des Risikos von Epidemien bewusst und lege daher Wert auf die Schutzimpfungen für die Kinder. Die ärmeren und weniger gebildeten Menschen hingegen würden die Arbeitslosigkeit und die prekären Arbeitsbedingungen als größtes Gesundheitsrisiko sehen, denn sie gehen davon aus, dass sie durch die

Kürzung der Ausgaben für Ernährung in höherem Ausmaß von Krankheiten gefährdet seien.

Schließlich gibt es auch neue Krankheitsbilder, die weder mit traditionellen, noch mit schulmedizinischen Konzepten erklärt werden können. In einer zweiten Studie, die ebenfalls in Nouakchott durchgeführt wurde (Sy et al. 2011), wurde die Bevölkerung nach den Ursachen von häufig auftretenden Krankheiten befragt. Atemwegserkrankungen wären von drei Viertel der Befragten auf den Klimawandel zurückgeführt worden. Die veränderten klimatischen Bedingungen im Sahel ließen die Zunahme an Atemwegserkrankungen als durchaus wahrscheinlich erscheinen, jedoch würde es keine konkreten Luftmesswerte und Klimadaten für Nouakchott geben, um diesen Zusammenhang mit Sicherheit feststellen zu können (ebd.).

Zusammenfassend kann also festgehalten werden, dass weder traditionelle noch gegenwärtige Interpretationen von Krankheitsursachen leichtfertig abgetan werden sollten. Das lokale Wissen, das aus den alltäglichen Erfahrungen gewonnen wird, mag zwar in manchen Fällen auf Zusammenhänge rein zufälliger Natur fußen, allerdings haben auch viele wissenschaftliche Querschnittsstudien, die sich oft nur auf eine begrenzte Zahl an Einflussfaktoren beziehen, nur vorläufige Gültigkeit.

3.7. Dimensionen von Umwelt in westafrikanischen Städten

Im folgenden Abschnitt wird der Versuch angestellt, die bebaute Umwelt im urbanen Raum näher zu charakterisieren. Umwelt als Lebensumfeld kann in der Stadt mit neuen räumlichen Vorstellungen, neuartigen Definitionen von privat und öffentlich und weiter gefassten Begriffen von Verantwortung in Verbindung stehen. Dem wird durch die Analyse der unterschiedlichen Sphären Rechnung getragen.

Zahlreiche Forschungen in der Kultur- und Sozialanthropologie haben sich mit dem Wohnen auseinandergesetzt. Pierre Bourdieu, der sich mit dem Konzept des Wohnens bei den Kabylen in Algerien auseinandersetzte, sah eine Analogie zwischen dem Gegensatz Wohnhaus – öffentlicher Raum und dem Gegensatz Kultur – Natur. Das Haus repräsentiere demnach die Kultur, weil es sich als vom Menschen geschaffenes architektonisches Artefakt im öffentlichen Raum abhebe. Zugleich gebe es aber auch innerhalb des Hauses einen Gegensatz zwischen kultur- und naturbehafteten Stellen. Aktivitäten, die als kultiviert gälten – wie kochen, weben oder Gäste empfangen – würden Aktivitäten, die als natürlich gälten – wie schlafen, sich fortpflanzen oder gebären – gegenübergestellt (Bourdieu [1970] 2012). Die physischen und symbolischen Grenzen zwischen dem Haus und dem öffentlichen Raum sind einerseits durch Fenster und andererseits durch Türen gegeben. Joëlle Bahloul (1996) erläutert die Grenzziehung zwischen privatem und öffentlichem Raum am Beispiel der Stadt Sétif in Algerien während der Kolonialzeit. Ihre Beschreibung trifft auch für die »concession« genannten Wohnhäuser in Bamako und Ouagadougou zu. Die Räume eines solchen Gehöfts sind rund um einen Hof angelegt und auch alle Fenster und Türen weisen zum Hof hin. Der Blick auf die Straße ist also von den Räumlichkeiten aus nicht möglich und die Straße kann auch nur über den großen Hofeingang betreten werden. Die BewohnerInnen des Hofes sind dadurch in einem gewissen Sinne eingeschlossen und geschützt.

Dadurch, dass das große Eingangstor untertags jedoch ständig geöffnet ist, können Familienangehörige, NachbarInnen oder Bekannte den Hof jederzeit betreten. Obwohl die bauliche Struktur der Räumlichkeiten hofseitig orientiert und nach innen gerichtet ist, lässt das offene Eingangstor das Eindringen von außenstehenden Menschen zu. Die Abgrenzung zwischen innen und außen bzw. Privatsphäre und öffentlichem Raum ist also nicht absolut, sondern ist durch eine gewisse Durchlässigkeit gekennzeichnet. Der Übergangsraum zwischen diesen beiden Sphären zeigt sich in Bamako und Ouagadougou u.a. am Phänomen des »grins«, eine Art von regelmäßigem Zusammentreffen mehrerer Personen zum Teetrinken und Plaudern. Diese Treffen finden meist direkt neben dem Hofeingang, also an der Schwelle zwischen dem privaten und dem öffentlichen Raum statt (siehe Bondaz 2013). Auch wenn diese Teezeremonien im Grunde Männern, die je nach Alter einer eigenen Gruppe angehören, vorbehalten ist, sind Frauen nicht von vornherein ausgeschlossen. Unverheiratete Frauen können eigene Gruppen bilden und unter den gebildeten bzw. religiös gemäßigten Bevölkerungsschichten sind auch gemischte »grins« denkbar. Die ausschließliche Zuordnung von Frauen zur häuslichen und Männern zur öffentlichen Sphäre, so wie es u.a. Deborah Pellow (2003) für die Gemeinschaft der Hausa in Accra beschreibt, kann in Bamako und Ouagadougou nicht festgestellt werden.

Welche umweltrelevanten Implikationen im privaten, im halböffentlichen und im öffentlichen Raum in Westafrika gegeben sind, wird im Folgenden ausgeführt werden. Es wird dargelegt, wie diese unterschiedlichen Sphären konnotiert sind und inwieweit sie kontrolliert werden. Dies ist insbesondere im Hinblick auf die Frage, wo Abfälle und Abwässer anfallen und wo diese (zwischenzeitlich) entsorgt werden, von Interesse. Es wird gezeigt, dass es zwischen dem privaten Wohnraum, der direkten Wohnumgebung und dem öffentlichen Raum nicht nur Unterschiede räumlicher und sozialer Natur, sondern auch Unterschiede im Hinblick auf den Umgang mit Schmutz gibt. Eine Studie in fünf afrikanischen Städten ergab, dass die EinwohnerInnen zwischen der Belastung durch Abfälle und Abwässer unterscheiden. Abfälle seien den Menschen zufolge kein größeres Ärgernis, da sie nicht im privaten Wohnbereich, sondern nur im öffentlichen Raum lokalisiert werden. Im Gegensatz dazu seien Abwässer auch im privaten Wohnraum sowie in der direkten Wohnumgebung präsent und werden deshalb als Belastung empfunden (Morel à l'Huissier 2003). Die Aufschlüsselung nach familiärem Intimbereich, vertrautem Nahbereich und anonymem Raum im urbanen Umfeld kann also durchaus Erkenntnisse im Hinblick auf Unterschiede in der Problemwahrnehmung und im Handlungsspielraum liefern.

3.7.1. Umwelt im privaten Raum

In Zusammenhang mit dieser Vorstellung von Umwelt wird in Burkina Faso die Reinheit des häuslichen Bereiches mit dem Waschen, Kehren, Zusammenräumen und Entsorgen von Haushaltsabfällen und -abwässern in Verbindung gebracht (siehe Bouju 2002). Die Sauberkeit des Wohnbereiches wird in Westafrika auch mit Lebensqualität, mit Selbstachtung und mit dem Wohlergehen der Familie assoziiert und nimmt einen ebenso hohen Wert wie Schönheit, Reichtum, Sicherheit oder Gesundheit ein. Kultur- und sozialanthropologische Forschungen in den Großstädten in Burkina Faso haben aber

auch ergeben, dass der private Wohnraum, also die bewohnten Gebäude und der Hof, die einzigen Orte sind, die für die StadtbewohnerInnen von Bedeutung sind. Der kollektiv genutzte Raum im privaten Bereich zeichnet sich durch seine Polyfunktionalität aus: Essen, das Verrichten diverser Arbeiten oder das Empfangen von Gästen sind alles Aktivitäten, die im Hof stattfinden. Manche Aktivitäten, die als schmutzig empfunden werden, werden zwar ebenfalls im Hof ausgeübt, aber von den Orten des Essens, der Erholung und des Gebets räumlich entfernt. Zu diesen Tätigkeiten zählen das Baden von Kindern, das Waschen von Wäsche und Geschirr und das Halten von Tieren. In Gehöften mit vielen BewohnerInnen und einer hohen Wohnraumdichte können manche Aktivitäten außerhalb des Hofes auf der Straße verrichtet werden, wie z.B. der Abwasch, das Wäschewaschen oder das Holzhacken (ebd.).

Das Reinigen des häuslichen Bereichs ist eine sich wiederholende tägliche Aufgabe, die als Aneignung des Raumes gesehen werden kann. Die Vorgangsweise des Reinigens, des Auskehrens und des Abwaschens erfolgt in einer gewissen Art und Weise. Der gesamte Boden wird mindestens einmal pro Tag gekehrt, wobei diejenigen Orte öfter gekehrt werden, an denen gegessen wird. Der Kehricht ist das Ergebnis täglichen Aufräumens und wird meist in einem Behälter im oder außerhalb des Hofes entsorgt. Dieser Abfall setzt sich u.a. aus Speiseresten, Grünabfällen, Altpapier, Holzkohle, Plastikabfällen, Batterien oder Tierkot zusammen. Der Rhythmus des täglichen Säubermachens im häuslichen Bereich ist festgelegt⁸, das bedeutet, dass der Hof nur zu bestimmten Tageszeiten einen sauberen und geordneten Eindruck hinterlässt, zu anderen Tageszeiten jedoch ein Durcheinander von Kochgeschirr und anderen Arbeitsgeräten, sodass am Boden verstreute Abfälle und Wasserlacken das Erscheinungsbild des Hofes prägen (siehe Blundo 2003).

Im privaten Raum sind bestimmte Haushaltsmitglieder dafür verantwortlich, Haus und Hof zu reinigen. Die geschlechtliche Arbeitsteilung, die den Frauen die Verantwortung für den Haushalt zuweist, ist in Westafrika weit verbreitet (siehe Chevron 2002). Die Frauen sollten sich demzufolge im Hinblick auf die Sauberkeit des Hofes vorbildlich verhalten, und gelingt es ihnen, die Kleider der Familienmitglieder sowie Haus und Hof rein zu halten, so färbt dies positiv auf die ganze Familie ab. Während es die Aufgabe der Frauen ist, die gesamte Hausarbeit zu verrichten und die Sauberkeit des Wohnbereichs sicherzustellen, sind die Männer für die Finanzierung und Errichtung von Wohngebäuden und sanitären Anlagen zuständig. Frauen haben also oft kein Mitspracherecht im Hinblick auf Entscheidungen über die bauliche Infrastruktur. In den traditionellen Mehrgenerationen-Haushalten waren die alten Männer darüber hinaus mit der Arbeitseinteilung und Kontrolle der von den Frauen durchgeführten Reinigung von Haus und Hof betraut (Chevron 2002; Chevron und Reinprecht 2002). In den neueren Wohnformen der Kleinfamilien mischen sich die Ehemänner nicht in die Art und Weise der

8 Aus Ouagadougou wird berichtet, dass das tägliche Kehren mit der Fruchtbarkeit der Frauen in Verbindung gebracht wurde und dass es den Frauen untersagt war, Haus und Hof in der Nacht oder bei Vollmond zu kehren. Die Nichtbefolgung war mit dem Verlust der Fruchtbarkeit oder der Vertreibung guter Geister bedroht. Fand die Menstruation während des Vollmondes statt, kehrten die Frauen von der Schwelle des Hofes nach innen zum Haus. Der Kehricht wurde dann in einer Ecke des Hauses gelagert, wie um die guten Geister im Inneren des Hauses zu behalten (Poloni 1990).

Verrichtung der Hausarbeit ein. Wie und wo Abfälle und Abwässer entsorgt werden, wird von den Männern aufgrund ihrer Berufstätigkeit oft auch nicht wahrgenommen. Werden jedoch diesbezüglich Anweisungen gegeben, so beharren die Frauen meist auf ihren Gewohnheiten (Bouju 2002). Innerhalb der Elite und der Mittelschicht sind es oft die vom Land stammenden Hausmädchen, die für die Haushaltsarbeiten inklusive der Reinigung von Haus und Hof zuständig sind. Bei der überwiegenden Bevölkerungsmehrheit sind es jedoch die unverheirateten Töchter, die die Hausarbeit durchführen. Bei der Songhai sprechenden Bevölkerung im Niger ist es meist die älteste Tochter, die für die Sauberkeit und Ordnung des Hofes verantwortlich ist. Die Art und Weise, wie sie ihre Aufgabe wahrnimmt, hat Auswirkungen auf ihre Chancen, einen Ehemann zu finden. Die ordnungsgemäße Verrichtung der Hausarbeit garantiert also nicht nur hygienische Wohnbedingungen, sondern auch einen positiven Ruf der jungen Frauen (Hahounou 2003). In Gehöften, in denen die EigentümerInnen mit MieterInnen bzw. ausschließlich MieterInnen leben, ist ein erhöhtes Konfliktpotential gegeben. Insbesondere die Nutzung und Reinigung von gemeinschaftlich genutzter Infrastruktur wie dem Kochbereich oder der Waschgelegenheit und der Toilette können zu einer Quelle von Konflikten werden (Simard und De Koninck 2001). Bei polygamen Haushalten und manchen ethnischen Gruppen, die in sehr großen Familienverbänden leben, konnte diese Problematik ebenso beobachtet werden (siehe Chevron 2002).

3.7.2. Das unmittelbare Wohnumfeld: »six mètres«

Der Raum, der unmittelbar an den Hof angrenzt, wird für unterschiedliche Aktivitäten genutzt. Es wird sowohl der Abwasch oder das Wäschewaschen außerhalb des Hofes verlagert als auch Verkaufstätigkeiten oder informelle abendliche Versammlungen der jungen Männer. Die Aneignung dieses Raumes, welcher zwischen privatem und öffentlichem Raum angesiedelt ist, erfolgt durch die BewohnerInnen der angrenzenden Grundstücke. In den westafrikanischen Städten wird dieser Raum auch häufig für kommerzielle Zwecke vermietet. In diesem Fall dient dieser Raum dem Verkauf von Lebensmitteln, Brennholz und Kohle oder zubereiteten Speisen. Er diente im traditionellen ländlichen Milieu als Ort, wo die Abfälle entsorgt wurden. Bei den Mossi beispielsweise war in diesem halböffentlichen Raum der Abfallhaufen »tampoure« angesiedelt, der damit das Grundstück von den Grundstücken der NachbarInnen abgrenzte (Bouju 2002).

In der Stadt stoßen unterschiedliche symbolische Praktiken aufeinander: Während für die einen das Eigentum an der Schwelle des Hofes aufhört, geht es beim anderen bis auf den Straßenabschnitt vor dem Haus, den man in Bamako und Ouagadougou »six mètres« nennt. Während sich manche StadtbewohnerInnen also auf die Reinigung des Hofes beschränken, kehren andere auch den unmittelbar an den Hof angrenzenden öffentlichen Raum. Und während manche Haushalte die Abfälle temporär im Hof aufbewahren, befindet sich der Abfalleimer anderer Haushalte am Straßenrand. Selbst die sanitäre Infrastruktur und hier insbesondere die Klär- und Sickergruben können sich sowohl im Hof als auch außerhalb der Hofmauern befinden. Die Anzahl der BewohnerInnen eines Hofes wirkt sich signifikant auf die Nutzung des halböffentlichen Raums für die Verrichtung von Hausarbeit aus. Berechnungen (Etienne 2004) zeigen, dass Höfe

mit weniger als dreißig BewohnerInnen relativ geringe Mengen an Haushaltsabwässern produzieren. Meist ist hier ausreichend Platz vorhanden, um das Grauwasser im Hof zu verteilen wenn es keine Sickergrube gibt. Leben mehr als fünfzig Personen in einem Hof, dann sind die Haushalte gezwungen, ihr Grauwasser auf der Straße zu entsorgen, denn der verfügbare Platz im Hof ist dafür nicht mehr ausreichend. In diesem Falle ergeben sich für die NachbarInnen spürbare Belastungen durch Abwässer. In Höfen mit einer noch größeren Anzahl an BewohnerInnen kommt es sowohl im privaten wie auch im halböffentlichen Raum zu Belastungen durch Abwässer. In den meisten Fällen werden die Belästigungen durch NachbarInnen toleriert, doch kann eine große Menge an Abfällen oder Abwässern ohne die entsprechende Infrastruktur zur Abfallentsorgung oder Entwässerung auch zu Konflikten zwischen NachbarInnen führen. Werden Abfälle und Abwässer direkt vor dem Hof auf der Straße entsorgt und fühlt sich der/die NachbarIn dadurch belästigt, so hat er/sie die Möglichkeit, sich bei den VerursacherInnen der Verschmutzung zu beschweren. Das absichtliche Hinterlassen von Schmutz vor dem Hof eines Nachbarn/einer Nachbarin gilt in afrikanischen Gesellschaften als grobe Beleidigung. Durch die Reinigung des halböffentlichen Raumes wird von den BewohnerInnen eine soziale Kontrolle aufrechterhalten oder wieder eingeführt (Simard und De Koninck 2001).

Auch im halböffentlichen Raum wird die Verantwortung für die Sauberkeit den Frauen zugeschrieben. Diese Einstellung ist nicht nur in der Bevölkerung weit verbreitet, sondern sie findet sich sogar in politischen Maßnahmenplänen wie der mali-schen Abfallwirtschaftsstrategie. Die Verantwortung der Frauen beschränkt sich demnach nicht nur auf die häusliche Reinlichkeit und die Gesundheit der Kinder, sondern sie umfasst auch das Engagement für die Sauberkeit im öffentlichen Raum:

»Les femmes se sont particulièrement illustrées dans la gestion des ordures au Mali (propreté des voies publiques, collecte primaire, valorisation, journées de salubrité ...). Elles sont responsables de la salubrité domestique et de la santé des enfants« (DNACPN 2007a : 24).

3.7.3. Umwelt im öffentlichen Raum

Die Wahrnehmung des öffentlichen Raumes durch die BewohnerInnen westafrikanischer Städte unterscheidet sich maßgeblich vom europäischen Verständnis. Der öffentliche Raum wird nicht als Raum für die Benutzung durch die gesamte Bevölkerung gesehen, sondern als offener, freier und nicht angeeigneter Raum (vgl. Chevron et al. 2002). Am Beispiel von Bobo Dioulasso in Burkina Faso wurde aufgezeigt, dass es im Verständnis der StadtbewohnerInnen keinen Raum gibt, der als Allgemeingut allen Menschen in der Stadt zur Verfügung steht. Es gibt lediglich Räume, die bestimmten Familien gehören oder zwischen bestimmten Familien geteilt werden. Die Straßen und Plätze hingegen bleiben aufgrund der unterschiedlichen Nutzergruppen und Aktivitäten umkämpftes Terrain. Wo die einen diesen Raum als Verkehrsfläche betrachten, versuchen die anderen dort ihre Waren oder Dienstleistungen zu verkaufen, und wieder andere nutzen den Raum für das Abhalten familiärer oder religiöser Feste (Bouju 2002).

In Studien wird oft auf den Gegensatz zwischen der Sauberkeit im privaten Wohnbereich und der Verschmutzung des öffentlichen Raumes hingewiesen (Dévérin-Kouanda 1990; Simard und De Koninck 2001). Die EinwohnerInnen Bamakos und Ouagadougous würden der Reinlichkeit im Hof viel Aufmerksamkeit schenken, der Präsenz von Abfällen und Abwässern im öffentlichen Raum jedoch mit Gleichgültigkeit begegnen. Wenn Sauberkeit nicht unter dem Gesichtspunkt der Hygiene, sondern unter dem Aspekt der Ordnung verstanden wird, dann bilden die Sauberkeit in der häuslichen Sphäre und der Schmutz im öffentlichen Raum nicht unbedingt einen Widerspruch. In anderen Worten muss prinzipiell zwischen der Überfüllung eines Platzes mit Müll und der Verschmutzung eines Platzes unterschieden werden. Eine zu große Menge an Müll verlangt lediglich, den Müll richtig zu verteilen. Sauber machen bedeutet dann, alle Gegenstände an den für sie vorgesehenen Ort zu bringen:

»Propreté« et »santé« dénotent une absence ou une présence, une relation donc entre une matière et une surface. [...] Pour rendre propre une surface sale, il suffit d'enlever les traces, de séparer ces matières de leur support, pour les déplacer vers un lieu qui leur convienne, où leur présence ne heurtera plus les sens. Il suffit de les *ranger*« (Knaebel 1991: 24).

Die Anordnung der Objekte erfolgt aufgrund einer vorhergehenden Klassifikation. Kategorisiert werden die Abfälle nach den Kriterien Sorte, Zustand, Menge, ökonomischer Wert (sowohl Gebrauchswert als auch Tauschwert) und symbolische Bedeutung. Manche Menschen können also die Ansammlung von bestimmten Objekten an bestimmten Orten als Anhäufung von Schmutz oder als Unordnung betrachten, während dies den jeweiligen Nutzergruppen als zweckmäßig erscheint. So kann beispielsweise die Verwendung von Abfällen als Dünger, wie es in der Peripherie Bamakos und anderen westafrikanischen Städten seit geraumer Zeit praktiziert wird, analysiert werden. Dabei werden aus dem Müll wiederverwertbare oder verkäufliche Plastik- und Metallbestandteile aussortiert und die Haushaltsabfälle dann auf die Felder ausgebracht (Chevron et al. 2002; Eaton und Hilhorst 2003). Auch wenn der frische Müll auf den Feldern für europäische BetrachterInnen eine visuelle Verschmutzung darstellt und Plastiksackerl oder andere »wertlose« nichtorganische Abfälle zu tatsächlicher Verseuchung des Bodens und des Grundwassers führen können, wird dieser »Mülldünger« (Chevron et al. 2002) nicht als schmutzig wahrgenommen. Richtige Verschmutzung bedarf im Gegensatz zur Überfüllung eines Raumes mit Müll spezieller Reinigungsaktivitäten. Wenn ein Stadtviertel verschmutzt ist, also beispielsweise die Entwässerungsrinnen mit Abfällen verstopft sind oder die Flüsse, die das Viertel durchqueren, vermüllt sind, genügt es nicht, die Abfälle besser zu verteilen. Die Müllabfuhr ist hier gefordert, die Ordnung wiederherzustellen, indem sie die Abfälle aus der Stadt bringt. Die Kommunalverwaltung versucht, durch das Reinigen des öffentlichen Raums ihre soziale Kontrolle aufrechtzuerhalten oder wieder einzuführen. In der Stadt können zwischen der Bevölkerung und der Stadtverwaltung Konflikte durch eine übermäßige Belastung des öffentlichen Raumes durch Abfälle oder Abwässer sowie Konflikte durch knapp werdende nutzbare Flächen entstehen (Bouju 2002). Eine andere Form der Unordnung im öffentlichen Raum besteht in der Vielzahl an informellen Verkaufsständen im Stadtzentrum vieler westafrikanischer Städte. Straßen und Grünflächen werden von den StadtbewohnerIn-

nen nicht ausschließlich in der vorbestimmten Weise wahrgenommen und genutzt. Die Behörden, welche die Aufgabe haben, die Verkehrswege freizuhalten, empfinden die informelle Aneignung des öffentlichen Raumes daher als Störung der öffentlichen Ordnung (Pourcet 1992).

Aus der Perspektive der Stadtverwaltungen in Bamako und Ouagadougou stellen die Sauberkeit und Ordnung im öffentlichen Raum die größten Herausforderungen dar. Weil die Verhaltensweisen der StadtbewohnerInnen in dieser Hinsicht von der Stadtverwaltung häufig als unangemessen kritisiert wurden, wurden in den letzten Jahrzehnten zahlreiche Umweltbildungsmaßnahmen durchgeführt.

3.8. Umweltbildungsmaßnahmen in Bamako und Ouagadougou

In der Zwischenzeit ist die Umweltverschmutzung in westafrikanischen Städten ein tatsächliches Problem geworden, für das nicht nur die Müllabfuhr und die für die Siedlungshygiene zuständigen Behörden, sondern auch die urbane Bevölkerung verantwortlich gemacht wird. Offizielle Stellungnahmen zur Abfallproblematik in Bamako und Ouagadougou weisen den StadtbewohnerInnen explizit die Verantwortung für die mangelhaften hygienischen Wohn- und Lebensbedingungen zu. In Bamako wird im Hinblick auf die urbane Umweltverschmutzung von schlecht entwickeltem Bürgersinn gesprochen. Mit dem sozialen Wandel der malischen Gesellschaft würde nicht nur eine Abnahme der häuslichen Hygiene einhergehen, sondern generell die Umwelt und die Gesundheit schädigende Verhaltensweisen vermehrt auftreten:

»Si dans un passé récent, l'assainissement dans les familles était une réalité, force est de reconnaître qu'avec les mutations de la société malienne, nous assistons à une insalubrité généralisée de notre cadre de vie liée au mauvais comportement et à l'incivisme des populations« (DNACPN 2007 a : 25).

In Ouagadougou werden ebenfalls die Verhaltensweisen der StadtbewohnerInnen als Ursache für die wenig zufrieden stellende Umweltqualität gesehen. Um die festgesetzten Ziele der Siedlungshygiene erreichen zu können, müssten die Widerstände eines Großteils der Bevölkerung bezwungen und Verhaltensänderungen durchgesetzt werden:

»L'atteinte des objectifs de développement de l'assainissement ne peut se faire sans vaincre les résistances au changement de comportement d'une bonne partie de la population« (ONEA 2001 : 20).

Die Durchführung von Umweltbildungsmaßnahmen wurde in beiden Hauptstädten als Methode zur Verbesserung des Umweltbewusstseins gewählt⁹. In Bamako wurde

9 Tatsächlich reichen Maßnahmen zur Umweltsensibilisierung bis in die Kolonialzeit zurück. Bereits Anfang des 20. Jahrhunderts wurde die einheimische Bevölkerung in Bamako aufgefordert, ihren Hof zu kehren, die Straße vor ihrem Haus sauber zu halten und den Brunnen abzudecken. Um die Einhaltung der Anordnungen zu gewährleisten, wurden damals die »brigades sanitaires« ins Leben gerufen, welche strenge Kontrollen durchführten (Touré 2002).

u.a. das Komitee für das Management und die Wiederverwertung von Abfällen, CO-GEVAD genannt, damit beauftragt. Die Schaffung eines Bewusstseins für Umweltprobleme wurde als Herbeiführung einer Verhaltensänderung von Personen und Gruppen aufgrund von Aufklärungsmaßnahmen definiert. Die Bewusstseinsbildung setze einen Prozess der Reflexion über Ideen und Handlungen sowie eine bestimmte Kommunikationstechnik voraus und führe im Idealfall zur Übernahme von Verantwortung (CO-GEVAD 2003). In Bamako wurden beispielsweise ab 2010 regelmäßige Hausbesuche durchgeführt und die Haushaltsvorstände angeregt, sich um die Sauberkeit im Haus, auf den Straßen, Märkten und öffentlichen Plätzen zu kümmern und bei den monatlich stattfindenden Sauberkeitstagen teilzunehmen. Die Haushalte sollten mit adäquaten Mülleimern ausgestattet und bei der Müllabfuhr abonniert sein. Schließlich sollten die Klär- und Sickergruben sowie dezentrale Abwassersysteme von den Haushaltsvorständen instandgehalten werden (Camara 2011). Umweltbewusstsein impliziert auch eine gewisse Selbstdisziplin und das Einhalten von verbindlichen Regeln. Die Kommunikation über die Abfall- und Abwasserproblematik wird jedoch durch kulturelle Werte wie das Schamgefühl und die Diskretion oder die Tabuisierung menschlicher Exkremente erschwert. Eine Form der Aufklärung stützt sich daher auf das traditionelle Theater »koteba«. Unter der Mitwirkung von SängerInnen, MusikerInnen und TänzerInnen werden Botschaften an die Bevölkerung weitergegeben. Die Verwendung des Theaters als Aufklärungsinstrument reicht bis in die 1980er Jahre zurück, als UNICEF eine Kampagne für die Senkung von Durchfallerkrankungen in Mali durchführte (De Noray 1997). Zusammenfassend kann Umweltsensibilisierung als Prozess verstanden werden, der sowohl Information und Beratung als auch Unterstützung bei Entscheidungsfindungen und bürgerlichem Engagement beinhaltet. Wie Amartya Sen (2002) es meinte, sollten die Fähigkeiten der Menschen gestärkt und sie in die Lage versetzt werden, ihre Lebensbedingungen selbst zu verbessern. Umweltbildung in Bamako und Ouagadougou folgt in diesem Geist dem Prinzip der Partizipation, das seit den 1990er Jahren zahlreichen Umweltsensibilisierungsmaßnahmen zugrunde liegt (Gaye und Diallo 1997). Allerdings wird zu Recht darauf hingewiesen, dass Eigenverantwortlichkeit und Partizipation oft nur von den ärmeren Bevölkerungsschichten eingefordert wird. In den Villenvierteln oder Vierteln mit überwiegend reichen BewohnerInnen gibt es diese Maßnahmen nicht. Dies könnte nicht nur daran liegen, dass der wohlhabenden Bevölkerung ein höheres allgemeines Bildungsniveau und insbesondere ein stärker entwickeltes Umweltbewusstsein zugeschrieben wird, sondern es könnten auch ökonomische Gründe dahinter stecken. Weil die Abfallwirtschaft in den Stadtvierteln mit vorwiegend ärmerer Bevölkerung ökonomisch nicht rentabel sei, würde von ihnen verlangt, die Reinigung des öffentlichen Raumes selbst in die Hand zu nehmen. Maßnahmen, welche die Partizipation der BewohnerInnen in den Mittelpunkt rücken, seien demnach weniger als Trend zur Demokratisierung oder Machtteilung als vielmehr als Mittel zur Sicherstellung einer kostendeckenden Stadtverwaltung zu betrachten (Jaglin und Dubresson 1993).

Im Rahmen der Bewusstsein schaffenden Umweltbildung kann meist relativ schnell ein sozialer Konsens über die Wichtigkeit einer sauberen Wohnumgebung hergestellt werden. Die Umsetzung des Umweltbewusstseins in umweltorientiertes Handeln erfolgt jedoch nicht im selben Ausmaß. In der Commune VI in Bamako sollten im Jahr

2008 an elf Tagen im Jahr die BewohnerInnen der jeweiligen Stadtviertel unter der Aufsicht der städtischen Müllabfuhr und der Umweltschutzbrigade das Viertel reinigen. Das Resümee am Ende des Jahres fiel ernüchternd aus, denn durchschnittlich wurden pro Stadtviertel nur vier Reinigungsaktionen durchgeführt. Das größte Problem wurde im mangelnden Interesse der Bevölkerung gesehen. Die Bevölkerung sei demnach nicht bereit, die Straßen und Plätze in ihrem Viertel ohne Bezahlung zu reinigen (COGEVAD 2008). Die Einstellung der EinwohnerInnen Bamakos scheint in dieser Hinsicht in den letzten Jahrzehnten relativ konstant geblieben zu sein, denn auch eine Forschung, die Anfang der 2000er Jahre in Bamako durchgeführt worden war, hatte ergeben, dass die Verantwortung für die Reinigung des öffentlichen Bereichs der Stadtverwaltung zugeschrieben worden war (Chevron und Reinprecht 2002). Die Wirkung der Umweltbildungsmaßnahmen fällt also eher bescheiden aus. Aber auch Forschungen in anderen westafrikanischen Städten weisen auf dieselbe Problematik hin. In Abidjan (Elfenbeinküste) erzielten Umweltbildungsmaßnahmen Verhaltensänderungen im Hinblick auf die Verwendung von chemischen Reinigungsmitteln und die Entsorgung der Haushaltsabfälle in Abfalleimern. Die weiterhin existierende Verschmutzung des öffentlichen Raumes wurde auf das Leben in der Gemeinschaft zurückgeführt. Das Verhalten mancher Menschen in der Nachbarschaft würde demzufolge dazu beitragen, dass sich der Umweltzustand nicht verbessern könnte (Traoré 2007). Auch stellt sich die Frage, wie viele Menschen durch Umweltbildungsmaßnahmen erreicht werden können. Die Studie in Abidjan zeigt, dass fast achtzig Prozent der Familien nicht mit der Sensibilisierungskampagne in Kontakt gekommen waren und dass mehr als die Hälfte der TeilnehmerInnen die Botschaften der Kampagne nicht verstanden hatten (ebd.). Für Bamako und Ouagadougou konnten keine vergleichbaren wissenschaftlichen Studien gefunden werden, jedoch kann davon ausgegangen werden, dass sich die Situation ähnlich darstellt. Genauso wie in Abidjan gibt es zwar eine Vielzahl an kommunalen Ausschüssen, internationalen Organisationen, NGOs und Vereinen, die Umweltbildungsmaßnahmen durchführen, aber diese Aktivitäten sind nicht koordiniert und finden in vielen Fällen auch nur kurzzeitig für eine relativ kleine Anzahl an TeilnehmerInnen statt. Das relative Scheitern der Vermittlung von Aufklärungsinhalten kann möglicherweise auch damit erklärt werden, dass sich der Diskurs in eine Richtung entwickelt hat, die wenig anschlussfähig an das Alltagsverständnis der mehrheitlich nicht alphabetisierten Bevölkerung ist. Während früher Hygiene und ein sauberes Zuhause zentrale Themen waren, ist es heute der Umweltschutz:

»Alors que l'hygiénisme participe à l'éducation de la population à la propreté, le développement durable doit sensibiliser les populations à la connaissance et au respect de leur environnement; alors que la politique hygiéniste doit permettre l'accès des plus défavorisés à un habitat salubre, le développement durable doit assurer une qualité de vie pour tous« (Meynet 2005 : 176).

Umweltbildung bezieht sich heutzutage also viel stärker auf das Konzept der »Nachhaltigen Entwicklung« und auf abstrakte Vorstellungen von Umwelt und Lebensqualität.

Die Methoden der Bewusstseinsbildung sind jedoch auch im Hinblick auf die Umweltbildung im Bereich Hygiene häufig zu akademisch. In den öffentlichen Informations- und Aufklärungsveranstaltungen wird eine populärwissenschaftliche

Sichtweise von Hygiene, die sich auf die Tradition von Louis Pasteur stützt, vermittelt, wie François Enten (2003: 375 f.) aufzeigt :

»Dans leurs discours, ces animateurs tendent à reproduire un savoir de type «technico-scientifique», où l'hygiène est à prendre dans sa définition contemporaine, comme une «science» qui se réfère au modèle étiologique pasteurien. Selon ce dernier, dans sa version vulgarisée, l'explication de la maladie est simple : c'est le germe pathogène, le microbe, qui constitue l'élément étranger au malade qui, du dehors, vient s'abattre sur ce dernier«.

Man geht davon aus, dass sich in den Abfällen Krankheitserreger befinden und daher die Säuberung des Wohnumfeldes notwendig sei, um sich vor diesen Krankheitserregern zu schützen. Während sich der offizielle Diskurs über Hygiene auf wissenschaftliche Erklärungen bezieht, beruht ein gleichzeitig in der Bevölkerung verbreiteter Diskurs über Reinlichkeit vielmehr auf kulturellen Vorstellungen. So würde im Senegal traditionellerweise zwischen Kehricht und Küchenabfällen unterschieden und bei der Entsorgung dieser Abfälle würden mehr oder weniger strenge Sicherheitsvorkehrungen getroffen. Fischabfälle würden aufgrund des Geruchs außerhalb des Hofes vergraben oder in der Sonne getrocknet und mit den Küchenabfällen entsorgt. Alle diese Praktiken würden bezwecken, die Familienmitglieder vor Insekten, Gerüchen und Staub, die als Krankheitsüberträger gelten, zu schützen. Die traditionellen Erklärungsmuster für Krankheiten und die kulturelle Wertschätzung eines gepflegten Hofes seien oft genauso effektiv für die Sauberkeit im Haushalt wie die Umweltbildungsmaßnahmen der Sensibilisierungskampagnen:

»Les raisons empiriques (odeurs, mouches, poussières) couplées avec d'autres motivations d'ordre socio-culturel (propreté visible, compétition de voisinage, etc.) sont en elles-mêmes suffisantes pour motiver des gestes d'organisation de la propreté domestique sans devoir les fonder sur des concepts biomédicaux« (Enten 2003 : 399).

Die Sauberkeit im Haushalt, der Schutz der Nahrung vor Verunreinigung und die Verwendung von Toiletten und Abfalleimern gilt demnach als allgemein verbreitetes und geschätztes Wissen. Was hier für die Hygiene im privaten Wohnraum gilt, kann allerdings für die Reinhaltung des öffentlichen Raumes nicht ausreichend sein. Der Sauberkeit von Straßen und Plätzen mag möglicherweise weniger Aufmerksamkeit beigemessen werden. Für neuartige Produkte wie Chemikalien oder Abfälle und Abwässer, die am Markt oder durch wirtschaftliche Aktivitäten wie z.B. der Färberei oder der Gerberei anfallen, gibt es keine traditionellen Verhaltensvorschriften. Darüber hinaus können die Menschen im urbanen Raum auch mit neuen Situationen konfrontiert werden, die unkonventionelle Lösungsstrategien erforderlich machen. Im Hinblick auf die Sauberkeit im öffentlichen Raum können die Herausforderungen demnach auch im institutionellen und politischen Bereich verortet werden.

Die Umweltbildungsmaßnahmen in westafrikanischen Städten weisen generell auf eine veränderte Rolle des Staates hin. Staatliche Institutionen sind damit beauftragt, für das Wohl und den Schutz der Bevölkerung zu sorgen. In modernen Staatswesen ist die selbst auferlegte Zuständigkeit zu einem Legitimitätskriterium für den Staat geworden. Ein Expertendiskurs über Risiken hat sich entwickelt und manifestiert sich

in den Sensibilisierungsmaßnahmen im Bereich von Siedlungshygiene und Nahrungsmittelhygiene (Plough und Krimsky 1987). Die wissenschaftliche Rationalität befände sich jedoch im Gegensatz zu den subjektiven Besorgnissen und Wünschen der Bevölkerung. ExpertInnen seien oft der Ansicht, dass die Menschen Risiken aufgrund von einer begrenzten Menge an Informationen bzw. aufgrund von falschen Informationen einschätzen würden. Die Sensibilisierung der Bevölkerung, damit diese die Sichtweise der ExpertInnen übernimmt, sei nur eine Strategie, um diesen Gegensatz zu überbrücken. Entscheidungen, die nach demokratischen Prinzipien getroffen würden, seien häufig nicht die bestmögliche Lösung. Eine Strategie, um diesem Problem zu begegnen, läge im Ausschluss der Bevölkerung aus politischen Entscheidungsprozessen. Eine dritte Strategie fände sich in der Beauftragung von gesellschaftlichen Institutionen – welche das Vertrauen der Bevölkerung genießen – rational begründete Entscheidungen zu treffen (ebd.). In dieser Hinsicht unterscheiden sich heutige westafrikanische Staaten nicht von europäischen Staaten. Die Umsetzung des Aufklärungsprinzips in praktische Maßnahmen stößt in den westafrikanischen Ländern aber auch auf eine Vielzahl an Hürden, die organisatorisch bedingt sind. Eine Studie über die Sensibilisierungskampagnen im Bereich Gesundheit in Mali (Barker 2003) zeigt beispielsweise, dass diese oft mit Schwierigkeiten in Form von einer nur unzureichenden Koordination und schlecht funktionierenden Kommunikations- und Informationskanälen zu kämpfen haben. Im Informationszentrum für die öffentliche Gesundheit würden einheitliche Leitlinien und effektive Führungskompetenzen fehlen. Aufgrund dieser Mängel sei die zuständige Behörde nicht imstande, qualitativ hochwertige, standardisierte und technisch korrekte Materialien und Botschaften zu erarbeiten (ebd.). Dies verdeutlicht, dass nicht ausschließlich sozio-kulturelle und religiöse Ursachen hinter mangelnder Bewusstseinsbildung liegen müssen, sondern dass auch institutionelle Faktoren maßgeblich zum Gelingen oder zum Fehlschlagen von Sensibilisierungsmaßnahmen beitragen.

3.9. Handlungstheoretische Aspekte: Kulturelle Schemata und Normen

Kulturelle Bedeutungssysteme sind nach Ansicht vieler Kultur- und SozialanthropologInnen Voraussetzung und Grundlage für Gesellschaften. Menschen seien Kulturwesen, denn Kultur ermögliche es ihnen erst, ihrem Leben, Handlungen und Erfahrungen Sinn zu verleihen. Kultur als Ordnungssystem von Symbolen könne als Voraussetzung menschlicher Interaktionen verstanden werden. Kultur in Form von Sprache aber auch in Form anderer symbolischer Ausdrucksweisen sei für das Überleben von Menschen essentiell (siehe Geertz 1973 u.a.m.). Eine wichtige Erkenntnis ist demnach jene, dass nicht nur künstlerische Ausdrucksformen kulturell bedingt sind, sondern ebenso das Alltagsverständnis, denn jede Form der sozialen Interaktion benötigt kulturell geprägte Symbole wie Wörter oder Gesten.

In der interpretativen Anthropologie von Clifford Geertz umfasst Kultur also subjektive und ideelle Aspekte wie z.B. Werte und Überzeugungen, Sprache, Wissensformen, kulturelle Artefakte, Rituale und Lebensweisen. Geertz unterscheidet zwischen Kultur als Denkmodell und Kultur als handlungsanleitendem Modell. Diese Unterscheidung ist auch im Hinblick auf die Wahrnehmung von Umwelt und umweltorientiertes Handeln

relevant. Es gilt hier immer zu beachten, dass es zwischen den kollektiv geteilten Umweltkonzepten und den konkreten Praktiken fehlende Übereinstimmungen oder sogar Widersprüche geben kann. Handlungsanleitungen können nach Geertz als Verkörperung von kulturellen Strukturen gesehen werden:

»[...] culture is best seen not as complexes of concrete behavior patterns – customs, usages, traditions, habit clusters – as has, by and large, been the case up to now, but as a set of control mechanisms – plans, recipes, rules, instructions (what computer engineers call ›programs‹) – for the governing of behavior. The second idea is that man is precisely the animal most desperately dependent upon such extragenetic, outside-the-skin control mechanisms, such cultural programs, for ordering his behavior« (Geertz 1973: 44).

Aufgrund der Abwesenheit eines angeborenen Verhaltens würden Menschen also eine Vielzahl an Handlungsmöglichkeiten vorfinden und seien auf gewisse, kulturell definierte Orientierungshilfen angewiesen. Diese Erkenntnis ist für meine Forschung umso mehr von Relevanz, als ein so komplexes Thema wie umweltgerechtes Verhalten erforscht werden soll. Hier handelt es sich nicht um primär überlebensnotwendiges Verhalten wie Ernährung oder Schutz, sondern um Verhalten, das auf längerfristige Ziele ausgerichtet ist und eine Reihe von Selbstbeschränkungen beinhaltet. Wenn schon bei grundlegenden Handlungen wie essen und wohnen mannigfache kulturelle Ausprägungen festgestellt werden können, dann kann davon ausgegangen werden, dass bei komplexen Handlungen mindestens ebenso viele Handlungsmöglichkeiten existieren.

Viele sozialwissenschaftliche Ansätze sehen Kultur nicht ausschließlich als subjektiv, sondern betonen die tiefe strukturelle Verankerung kultureller Aspekte. So würden Menschen von Geburt an mit kulturellen Vorstellungen wie beispielsweise der Sprache ihrer Eltern, Denkkategorien oder einem bestimmten Glaubenssystem konfrontiert werden. Aufgrund von Prozessen der Internalisierung, Verkörperung und Institutionalisierung seien kulturelle Vorstellungen also durchaus auch materiell verortet. Eine Definition von Kultur müsse also sehr breit angelegt sein und könnte wie folgt lauten:

»[...] a social, durable, layered pattern of cognitive and normative systems that are at once material and ideal, objective and subjective, embodied in artifacts and embedded in behavior, passed about in interaction, internalized in personalities, and externalized in institutions« (Hays 1994: 65).

Die Art und Weise, wie kulturelle Vorstellungen in der Sozialisation weitergegeben werden, ist seit langem Gegenstand der Kultur- und Sozialanthropologie. VertreterInnen der nordamerikanischen Kulturanthropologie wie Ruth Benedict oder Margaret Mead setzten sich intensiv mit der Persönlichkeitsbildung in verschiedenen Gesellschaften auseinander. Die wissenschaftlichen Annahmen dieser Ansätze gelten heute jedoch zum Großteil als überholt, da die vorherrschenden kulturellen Muster in einer Gesellschaft zu stark vereinfacht und verallgemeinert wurden. Ein Kritikpunkt bezieht sich auf die Annahme, dass ausschließlich die in der Kindheit erfahrene Sozialisation das Erwachsenenleben prägen würde. Weiters wird an diesen Ansätzen kritisiert, dass jede Gesellschaft mit einem Persönlichkeitstyp assoziiert und der kulturellen Diversität innerhalb einer Gesellschaft kaum Rechnung getragen wurde (siehe Toren 2012).

In der heutigen Kultur- und Sozialanthropologie ist man davon abgerückt, die kulturellen Grundlagen, welche in der Kindheit geschaffen werden, als die einzigen prägenden Elemente zu betrachten. Aufgrund der Tatsache, dass Menschen beispielsweise zur ethnischen Gruppe der Bambara oder der Mossi gehören, kann sicher noch nicht geschlossen werden, dass sie ein homogenes Verhalten zeigen, welches allen Gesellschaftsmitgliedern gemeinsam ist. Denn obwohl kulturelle Besonderheiten der jeweiligen ethnischen Gruppe von Bedeutung sind, ist es notwendig, kulturelle Einflüsse, die durch das Zusammenleben mit Angehörigen anderer ethnischer Gruppen und die Medien ständig präsent sind, ebenfalls zu berücksichtigen. Das Leben in der Stadt scheint die Bedeutung der ethnischen Zugehörigkeit zu verringern. Vielmehr wirken sich die konkreten Lebensweisen der Menschen auf die Art und Weise, wie die Umwelt erlebt und in ihr gehandelt wird, aus. So haben Angehörige der Fulbe nicht aufgrund ihrer Zugehörigkeit zu dieser ethnischen Gruppe, die traditionellerweise von der Viehzucht lebte, eine besondere Einstellung gegenüber Nutztieren und auch deren Exkrementen, sondern aufgrund der auch im urbanen Raum nach wie vor ausgeübten Tätigkeit (siehe Chevron 2002). In der Stadt erlangen auch die materiellen Lebensbedingungen und die Art der sozialen Eingliederung eine größere Wichtigkeit. Kulturelle Aspekte sind hier durchaus von Relevanz, aber persönliche Entscheidungen und Interpretationen im Hinblick auf neue Situationen und Herausforderungen dürfen nicht vernachlässigt werden. Individuelle Handlungsabsichten und -strategien, die stärker durch Bildung, Erziehung und religiöse Sauberkeitsvorstellungen beeinflusst werden, müssen hier stärkere Berücksichtigung finden (siehe Bouju 2002).

Kultur wird also nicht mehr als homogenes Konstrukt verstanden, welches allen Gesellschaftsmitgliedern ein gleichbleibendes Set an Werten, Einstellungen und Vorstellungen vermittelt. Das strukturierende Potential von Kultur, welches sowohl in der Sozialisation als auch in der Bewusstseins-schaffung von Individuen aktiviert wird, wird allerdings von vielen Kultur- und SozialanthropologInnen weiterhin anerkannt. Konzepte wie jenes der »kulturellen Schemata«, also der mentalen Repräsentationen von Objekten oder Ereignissen, wurden eingeführt, um zu erklären, warum manche Menschen mit höherer Wahrscheinlichkeit in einer bestimmten Art und Weise denken und handeln werden. Die Theorie der kulturellen Schemata geht davon aus, dass mentale Repräsentationen gelernt, kommuniziert und mit anderen Menschen geteilt werden (D'Andrade 1990). Kulturelle Schemata legen also bestimmte Interpretationen nahe, die sich auch in konkrete Verhaltensformen in Interaktion mit anderen manifestieren. Der Prozess der Schematisierung kann folgendermaßen definiert werden:

»It is manifested in actors' abilities to recall, to select, and to appropriately apply the more or less tacit and taken-for-granted schemas of action that they have developed through past interactions. Schemas are corporeal and affective as well as cognitive patterns; they consist in the interpenetration of mental categories, embodied practices, and social organization« (Emirbayer und Mische 1998: 975).

Die Handlungs- und Manövrierfähigkeit besteht in der Art und Weise, wie Menschen aus einem Set an Schemata wählen und bestimmte Schemata in ihren Handlungen umsetzen. Eine zentrale Eigenschaft von Schemata wurde von William Sewell (1992) aufgegriffen: Ein Schema könne verallgemeinert und auf ähnliche Kontexte übertragen

werden. Die Gültigkeit eines Schemas müsse insofern nicht auf den Entstehungskontext begrenzt bleiben, sondern sie könne ausgeweitet werden, wenn dies erforderlich sei. So seien beispielsweise Benimmregeln oder ästhetische Normen nicht auf einen bestimmten Ort oder einen bestimmten Zeitraum beschränkt, sondern sie könnten in einer Vielzahl von Situationen zum Einsatz kommen. Je besser die Schemata beherrscht und in neuen Kontexten angewendet werden könnten, umso größer sei die Handlungsfähigkeit von Menschen.

Überlegungen, welche in eine ähnliche Richtung gehen, finden sich bereits bei Marshall Sahlins (1986), der einen bedeutsamen Beitrag zum Konzept der Kultur als strukturierendem Element von Gesellschaften geliefert hat. Eine besonders wichtige Vorstellung von Sahlins erscheint die der Instrumentalisierung von kulturellen Symbolen durch die handelnden Menschen. Kollektive symbolische Schemata könnten also abhängig von den Plänen und Absichten der handelnden Menschen eine unterschiedliche Bedeutung erhalten. Obwohl kulturelle Schemata grundsätzlich darauf abzielen würden, die gesellschaftlichen Strukturen aufrechtzuerhalten, könnten Menschen durch eine bestimmte Verwendungsweise von kulturellen Zeichen auf das System selbst einwirken und es verändern. Sahlins analysierte dies am Beispiel von Tabus auf der Insel Hawaii, deren Auslegung sich seit dem Kontakt mit europäischen Expeditionsschiffen verändert hatte.

In welchen Fällen die instrumentelle Verwendung von kulturellen Zeichen zu einer tatsächlichen Veränderung des Systems führt, hängt von mehreren Faktoren ab: Hier kann einerseits die institutionelle Verfassung genannt werden, die den Menschen mehr oder weniger Handlungsspielraum offen lässt. Darüber hinaus spielt auch die Positionierung von Menschen in einer sozialen Hierarchie eine Rolle, denn die Verhaltensweisen von statushöheren Personen haben oft größeren Einfluss auf die Gesamtgesellschaft als die Handlungsweisen statusniedrigerer Personen. Sahlins theoretischer Ansatz eröffnet somit eine neue Perspektive auf die Konzepte Kultur, Subjektivität und Macht. In Kapitel 2.8 bin ich bereits auf die traditionellen Autoritäten, welche in der malischen und burkinischen Bevölkerung ein hohes Ansehen genießen, eingegangen. Auch Simon Compaoré, der im Zeitraum von 1995 bis 2006 Bürgermeister von Ouagadougou war, zählt zu den Persönlichkeiten, die vielen Menschen als Vorbild dienen. Als er nach dem Volksaufstand und Sturz des Präsidenten Blaise Compaoré Anfang November 2014 die BewohnerInnen Ouagadougous aufforderte, die Straßen zur reinigen, rückten viele Menschen mit Besen und Schaufeln aus, um dem Folge zu leisten. Die Vorrangstellung als Altbürgermeister ermöglichte es ihm, die Werte Sauberkeit und Ordnung nicht nur als abstrakte Kategorien aufrechtzuerhalten, sondern sie in konkrete Praktiken umsetzen zu lassen.

Im Hinblick auf die Institutionalisierung von kulturellen Vorstellungen sind Normen und Regeln besonders wichtig. Genauso wie kulturelle Schemata erleichtern sie als Handlungsschemata die jeweiligen konkreten handlungsrelevanten Entscheidungen. Sie werden durch die aktive Anwendung reproduziert und erlauben dadurch Vorhersagbarkeit, Vertrauen und Verlässlichkeit in menschlichen Interaktionen. Während sich kulturelle Schemata auf mentale Repräsentationen im allgemeinen Sinn beziehen, beschreiben Normen und Regeln bedeutungstragende Zeichen mit normativen Elementen, welche bei Nichtbefolgung sanktioniert werden (siehe Giddens 1988). Die Regeln,

welche institutionalisierte Praktiken aufrechterhalten, können nach Giddens den gesamten Alltag betreffen wie es beispielsweise bei Sprachregeln der Fall ist, oder sie können nur eine geringe Reichweite in ihrer Gültigkeit haben. Regeln können einerseits als gesellschaftliche Normen stillschweigend und auf informelle Weise existieren, andererseits können sie diskursiv formuliert und in Form von Gesetzen formal kodifiziert sein. Aus diesem Grund kann die Nichteinhaltung von Regeln in manchen Bereichen mit schwachen Sanktionen, in anderen Bereichen mit starken Sanktionen einhergehen (ebd.).

Im Bereich der Umwelt kann hier als Beispiel der Unterschied zwischen einem Tabu und einem Gesetz angeführt werden. Bei den Bambara war es traditionellerweise aufgrund von religiösen Vorstellungen verboten, bestimmte Tiere zu jagen und zu töten. Wurde ein solches Tabu missachtet, dann hatte die betreffende Person zuvorderst eine göttliche Bestrafung, beispielsweise in Form von Krankheiten, zu erwarten. Gleichzeitig wurde sie aber auch von ihren Angehörigen dazu gezwungen, die notwendigen Reinigungsrituale durchzuführen, um das Unglück vom Clan abzuwenden (Dieterlen 1951). Während diese Verhaltensregeln von allen Gesellschaftsmitgliedern geteilt und befolgt wurden, waren sie nicht Bestandteil der Rechtsnormen, welche unter der französischen Kolonialherrschaft eingeführt wurden, denn ein Tabubruch wurde ja gesetzlich nicht sanktioniert. Die Nichteinhaltung von Bauvorschriften und Hygienegesetzen wurde während der Kolonialzeit rechtlich bestraft, aber diese Vorschriften stießen in der Bevölkerung großteils auf Unverständnis. Aus dem könnte man schließen, dass der Stellenwert von Tabus und Gesetzen sich in der Gesellschaft heute umgekehrt zu haben scheint. Verhaltensvorschriften, welche auf Tabus zurückgehen, werden von vielen Angehörigen der Bambara, die zum Islam oder christlichen Konfessionen konvertiert sind, nicht mehr in dieser Form gelebt. Gleichzeitig hat das Bewusstsein über umweltbezogene Gesetze zugenommen.

Wie Menschen in Bezug auf soziale Normen, welche ein bestimmtes menschliches Verhalten fördern oder auch unterbinden können, tatsächlich handeln, wurde in der Psychologie wiederholt anhand von Experimenten erforscht. Robert Cialdini et al. haben 1990 anhand des Wegwerfens von Abfällen im öffentlichen Raum untersucht, wie das Vorhandensein bzw. das Fehlen einer sozial akzeptierten Norm das Verhalten von Menschen beeinflusst. Sie definierten den Referenzpunkt für soziale Normen als das Verhalten, das der Großteil der Menschen an einem bestimmten Ort zu einer bestimmten Zeit praktiziert bzw. das Verhalten, das von diesen Menschen verurteilt wird. In ihrer Annahme gingen sie davon aus, dass Menschen eher geneigt sind, Abfälle auf der Straße wegzuworfen, wenn sie dieses Verhalten bei anderen beobachtet haben. Wenn also die Umwelt bereits durch das Verhalten anderer verschmutzt worden sei, werde der eigene Beitrag zur Umweltverschmutzung als gering betrachtet. Ebenso führe das Ausbleiben von Strafen für die Abfallentsorgung im öffentlichen Raum dazu, dass dieses Verhalten nicht eingeschränkt werde. Wie sich die Menschen tatsächlich verhalten, könne jedoch von den sozialen Normen abweichen oder sogar in Widerspruch zu ihnen stehen. Dies könne damit erklärt werden, dass das konkrete Verhalten durch ein komplexes Zusammenspiel von kulturellen Vorstellungen, situativen Aspekten und Persönlichkeitsmerkmalen bedingt sei (ebd.).

4. Geschichte und Theorie des urbanen Raums in Westafrika

In diesem Kapitel wird die Entstehungsgeschichte der westafrikanischen Städte von der Kolonialzeit bis zur gegenwärtigen Stadtentwicklungsplanung, unter besonderer Beachtung der urbanen Infrastruktur im Bereich der Abfall- und Abwasserentsorgung, thematisiert. Es ist davon auszugehen, dass historische Ungleichheiten im Stadtgebiet, d.h. sozialräumliche Differenzierungen, bis heute Auswirkungen auf die Wohnbedingungen der Menschen haben. Die Informalität kann als allgemeines Charakteristikum für westafrikanische Städte angeführt werden (Hansen und Vaa 2004). Damit sind nicht nur die Verbreitung von informellen Stadtvierteln, sondern auch die Errichtung von Infrastruktur und die Erbringung von Dienstleistungen durch inoffizielle Anbieter gemeint.

4.1. Historische Aspekte der Stadtplanung in Westafrika

4.1.1. Koloniale Stadtplanung

Die Kolonialherrschaft Frankreichs in Westafrika ab Mitte des 19. Jahrhunderts ging mit einigen politischen Besonderheiten einher, die sich nicht nur auf die Art der Verwaltung, sondern auch auf die konkrete Planung, Errichtung und Umgestaltung der Städte in den Kolonien auswirkten. Im Gegensatz zur britischen Kolonialmacht, welche sich traditionelle Herrschaftsstrukturen zunutze machte und ihre Kolonien in Afrika mittels indirekter Herrschaft regierte, setzte die französische Kolonialmacht eigene Einrichtungen in ihren zentral verwalteten Kolonien ein. Dies hatte Folgen für das Erscheinungsbild der Städte und Siedlungen¹. In den präkolonialen Städten wie Kano, Kampala oder Sansibar, die unter britische Herrschaft fielen, blieb der historische

1 Westafrikanische Städte wie Djenné-Djeno in Mali oder Koumbi Saleh in Mauretanien waren bereits im vierten Jahrhundert n.Chr. bedeutende Ansiedlungen. Sie dienten als Handels- und Verwaltungstützpunkte und Orte der politischen und religiösen Macht. Diese historischen Städte hatten nicht über alle Jahrhunderte hinweg den Charakter einer Stadt und viele Städte sind heute

Stadtkern erhalten. Im französischen Kolonialreich galt das nur für Städte wie Djenné oder Timbuktu, die nach dem Bedeutungsverlust des Transsaharahandels geographisch abgelegen waren. Eine Siedlung wie Ouagadougou, die Ende des 19. Jahrhunderts nur einige tausend EinwohnerInnen zählte, aber Herrschaftssitz der Mossi war, änderte hingegen nach ihrer Eroberung im Jahr 1896 gänzlich ihr Erscheinungsbild. Der königliche Palast, die Siedlungen der adeligen Familien und der Markt wurden zerstört und anstelle dessen ein Militärlager und ein von den Kolonialherrschern verwalteter Markt errichtet (Meyer 2008 a). Bamako zählte zum Zeitpunkt der französischen Eroberung weniger als tausend EinwohnerInnen und war im Vergleich zu Ségou, der historischen Hauptstadt des Bambara-Reiches, eine Ansiedlung ohne große politische, wirtschaftliche oder kulturelle Bedeutung. Erst die französische Kolonialregierung machte diese Ortschaft zur Hauptstadt der neu gegründeten Kolonie Französisch-Sudan. Sowohl in Ouagadougou als auch in Bamako sind heute keine präkolonialen Spuren mehr zu finden (Winters 1982).

Der Bau der Städte in den französischen Kolonien orientierte sich an den Prinzipien, die in der Umgestaltung von Paris durch den Stadtplaner Georges-Eugène Baron Hausmann ab der Mitte des 19. Jahrhunderts zum Tragen gekommen waren. Das Pariser Stadtbild wurde damals durch die Boulevards, also breit angelegte Straßen, neu gestaltet worden und auch in den französischen Kolonialterritorien wollte man diesen planerischen Idealen Rechnung tragen. Das Straßennetz wurde rasterartig angelegt und an den Kreuzungen wurden Plätze errichtet. Das Vorbild europäischer Städte zeigte sich ebenfalls in der Planung von Parks, dem Bau von Gebäuden mit großer Symbolkraft, der Trennung von Wohn- und Arbeitsort und der gesetzlich verankerten Einteilung in öffentlichen und privaten Raum. In den europäischen Städten hatte der Staat gewisse Funktionen im urbanen Raum übernommen. Er verwaltete nicht nur das Straßennetz und die technische Infrastruktur wie Bahnhöfe, Postämter, Schulen oder Geschäfte, sondern auch den Wohnraum insgesamt. Und so waren auch die Wohngebäude in den Vierteln der europäischen Bevölkerung in den Kolonialstädten in Form von Einfamilienhäusern, umgeben von einem Garten, angelegt (ebd.). Die koloniale Stadt war auch durch verschiedenste technische Infrastruktur geprägt: Wasserleitungen und Kanalisation, Strom- und Telefonleitungen schufen ein Infrastruktur-Netzwerk, das sich über das neu errichtete Stadtgebiet erstreckte (Offner 1993).

Vor dem Zweiten Weltkrieg galt Bamako als die »Perle der Städte Französisch-Westafrikas«. Zu dieser Zeit erschien Bamako dank dem elektrischen Licht im Zentrum der Stadt, den breiten Straßen und den Autos als Wunderwelt und Insel inmitten einer kaum berührten Natur, die die malische Landbevölkerung in Staunen versetzte (Touré 2002). Im Zentrum Bamakos hatte die französische Kolonialverwaltung 1911 Strom- und Wasserleitungen verlegt. Im selben Jahr waren ein Krankenhaus und ein Jahr später eine Ziegelfabrik errichtet worden. In den 1920er Jahren waren auch die Wohn- und Verwaltungsviertel der europäischen Bevölkerung am Hügel Koulouba und im Zentrum an das Elektrizitätsnetz angeschlossen und eine Radiostation eröffnet worden (Meillasoux 1968). Zur selben Zeit waren auch in Ouagadougou bereits viele Bauprojekte ab-

verschwunden. Andererseits sind die aktuellen Städte durch die Kolonialmächte erst überhaupt entstanden (Coquery-Vidrovitch 1991; siehe auch Chevron und Reinprecht 2002).

geschlossen: Ein neues Militärcamp, Straßen, Schulen, ein Krankenhaus und ein Fußballstadion waren errichtet worden. 1923 wurden im Stadtzentrum von Ouagadougou Entwässerungskanäle gebaut und eine mit Bäumen umsäumte Ringstraße angelegt (Skinner 1974). Während in Bamako gebrannte Tonziegel hergestellt und für die Errichtung der Wohn-, Verwaltungs- und Handelsgebäude verwendet wurden – die Bauwerke im neo-sudanesischen Stil zeugen bis heute davon – gab es in Ouagadougou weder eine Ziegelfabrik, noch wurden Ziegel importiert. Die meisten Verwaltungsgebäude der Kolonialregierung waren deshalb aus Lehmziegeln errichtet, weshalb Ouagadougou in Westafrika den Ruf einer »Bancoville« hatte (Meyer 2008a).

Die Infrastrukturprojekte in den Städten waren auf die Bedürfnisse der kolonialen Elite ausgerichtet. Die Stadtraumgestaltung diente hauptsächlich einem Zweck, nämlich die Funktionen der Wohn- und Verwaltungsviertel der Kolonialherrscher aufrecht zu erhalten. Während diese Viertel mit viel Aufwand geplant und errichtet wurden, erhielten die Viertel der einheimischen Bevölkerung kaum Aufmerksamkeit:

»Les quartiers réservés aux colons étaient bien aménagés et dotés d'infrastructures de base dont l'utilisation était gratuite ou fortement subventionnée, alors que les zones indigènes étaient laissées plus ou moins à elles-mêmes. Surtout, les colons, malgré les nombreuses ordonnances qu'ils ont prises en vue de renforcer l'administration urbaine, considéraient les villes comme des accidents de l'expansion géographique, et n'ont donc rien fait de sérieux pour résoudre les problèmes qui commençaient à surgir, notamment en matière d'hygiène« (Onibokun 2001 : 169).

Die Situation, die Adepoju Onibokun hier für nigerianische Städte wie Ibadan beschreibt, trifft, wenn auch in geringerem Ausmaß, ebenso für die Städte in den französischen Kolonien Westafrikas zu. Die Städte dienten hier wie dort als Standort für Verwaltungszentren, Handelsstützpunkte und Militärbasen. Die wirtschaftlichen Interessen der Kolonialmächte lagen aber v.a. in der Ausbeutung von Rohstoffen und in der Produktion von landwirtschaftlichen Exportprodukten wie Baumwolle, Erdnüsse, Kaffee, Kakao oder Kautschuk. Die einheimische Bevölkerung wurde als billige Arbeitskraft auf den Feldern und Plantagen oder zur Errichtung von Verkehrsinfrastruktur wie z.B. Eisenbahnstrecken geschätzt. Die AfrikanerInnen, die in der Stadt lebten, waren – wenn sie nicht als Soldaten, Bauarbeiter oder Hauspersonal arbeiteten – von geringerem Nutzen für die Kolonialherrscher. Um also das Abwandern der ländlichen Bevölkerung in die Städte zu verhindern, wurde der Zugang zur Stadt reglementiert. In Bamako und Ouagadougou lebten zur Jahrhundertwende deshalb wenige Menschen und es gab damit auch kaum Probleme im Hinblick auf die hygienischen Zustände.

Anfangs gab es also weder spezielle Sicherheitsvorkehrungen noch Bedenken bezüglich möglicher Auswirkungen auf die Gesundheit der europäischen Bevölkerung in den Städten. Dies änderte sich erst, als die Stadt Abidjan in der Elfenbeinküste im Zeitraum von 1899 bis 1903 von drei Gelbfieberepidemien heimgesucht wurde. Bis 1903 hatte es in Abidjan keine strikte Trennung gegeben, zwischen den Vierteln, in welchen EuropäerInnen wohnten und ihren beruflichen Tätigkeiten nachgingen, und den Vierteln, in welchen die afrikanische Bevölkerung lebte. Dies war hier deshalb so, weil die von EuropäerInnen geführten Unternehmen die afrikanischen Arbeitskräfte in der Nähe ihres Arbeitsplatzes zu beherbergen versuchten. Als aber im Zusammenhang mit

den drei Gelbfieberepidemien aufgrund von neuesten medizinischen Erkenntnissen erkannt wurde, dass die Übertragung durch Moskitos erfolgte, rückten die unterschiedlichen Lebensweisen der europäischen und der einheimischen Bevölkerung ins Zentrum des Interesses. Nicht abgedeckte Brunnen, stehende Abwasserlacken und die mangelnde Sauberkeit wurden als Risikofaktoren identifiziert und bei den afrikanischen Wohnstätten lokalisiert. Das Konzept der Segregation der Stadtbevölkerung hielt Einzug in die Stadtplanung und führte dazu, dass auf einem Hügel in Abidjan ein neues Wohnviertel für die EuropäerInnen geschaffen wurde. Ein Verwaltungs- und Geschäftsviertel wurde am Hafen errichtet und die afrikanische Bevölkerung wurde in eigene Wohnviertel, die sich in größerer Entfernung zum Stadtzentrum befanden, umgesiedelt (Le Pape 1985). Die Erfahrungen mit den Gelbfieberepidemien in Abidjan, aber auch mit Epidemien in anderen Städten wie z.B. mit der Pestepidemie in Dakar im Jahr 1914, führten dazu, dass auch in Bamako und Ouagadougou Maßnahmen der sozialräumlichen Segregation umgesetzt wurden. In Bamako wurde die einheimische Bevölkerung in den Vierteln, welche an den Bahnhof angrenzten und welche den drei Gründerfamilien Bamakos, Niaré, Touré und Dravé, zugeschrieben wurden, in den Jahren 1917-1919 an die Peripherie umgesiedelt. Einzig das Viertel Bozola im Stadtzentrum blieb erhalten. Kriterien wie die unzureichenden technischen Vorrichtungen für die Abwasserentsorgung, der Mangel an Hygiene und der nicht urbane Lebensstil wurden angeführt, um die afrikanische Bevölkerung aus dem Stadtzentrum zu entfernen (Meillasoux 1968). In Ouagadougou führten die sanitären Vorkehrungen ebenfalls im Jahr 1919 zur Zwangsevakuiierung der letzten königlichen Mitglieder der Mossi im zentral gelegenen Viertel Bilibambili und zur Schaffung neuer Viertel im Nordosten der Stadt. In der kolonialen Vorstellung sollte die Bewohnerschaft in einem Stadtteil homogen sein. Das Stadtzentrum wurde dazu auserkoren, neben dem Militärcamp die Missionarsstation und das Verwaltungs- und Handelszentrum der französischen Kolonialmacht zu beherbergen. Zwischen dem europäischen Viertel und den anderen Vierteln wurde ab dem Jahr 1919 ein »cordon sanitaire«, also eine Pufferzone zur Eindämmung von Infektionskrankheiten angelegt. Dahinter befand sich das Viertel der so genannten »semi-évolués«, welches westafrikanische Händler, senegalesische Muslime oder BürgerInnen der Elfenbeinküste beherbergte. Die äußerste Peripherie wurde schließlich zum Wohnviertel für die so genannten »non-évolués«, also die einheimische »nicht gebildete und nicht entwickelte« Bevölkerung, auserwählt (Meyer 2008 a). Die zunehmende räumliche Segregation während der Kolonialzeit trennte demnach strikt zwischen europäischen Stadtteilen, die als »ville«, »zone résidentielle« oder »zone urbaine« bezeichnet wurden, und den afrikanischen Stadtteilen, welche die Bezeichnung »cité«, »quartiers africains« oder »zone semi-urbaine« trugen (Winters 1982).

Rechtlich gesehen wurden die AfrikanerInnen nicht aufgrund ihrer Hautfarbe oder ihres Status als Kolonialiserte aus dem Stadtzentrum verbannt. So besagte eine Verordnung für Bamako aus dem Jahr 1919, dass jeder Einheimische – in der Verordnung »indigène« genannt – das Recht habe, in der »europäischen Stadt« zu wohnen, wenn er die Hygienevorschriften zur Gänze befolgte (Touré 2002). Das Gesetz über Hygiene und öffentliche Gesundheit machte es den meisten Einheimischen jedoch unmöglich, im Stadtzentrum zu wohnen. Für alle Bauprojekte war eine Baubewilligung erforderlich und alle Gebäude mussten den Sicherheits- und Sauberkeitsvorschriften Genüge

leisten. Die Vorgaben betrafen die Statik, die Wasser- und Elektrizitätsversorgung und ästhetische Richtlinien. Die Vorschriften im Hinblick auf Hygiene und Sauberkeit bezogen sich auf die Art und die Anzahl der Toiletten sowie die Abwasserentsorgung, die entweder durch eine Kanalisation oder die Errichtung einer Sickergrube zu erfolgen hatte. Wurden Gebäude als gesundheitsschädlich eingestuft, so hatte die lokale Verwaltung das Recht, den Hausbesitzer zu enteignen und das Gebäude nach erfolgter Sanierung zum Verkauf anzubieten (ebd.).

Ein umfassender Stadtentwicklungsplan für westafrikanische Städte, der sowohl die europäischen als auch die afrikanischen Stadtviertel berücksichtigt, wurde in Bamako erst nach dem Zweiten Weltkrieg, im Jahr 1949, entwickelt (BNETD 2001). Französische Architekten hatten einen Verschönerungsplan »plan d'embellissement« ausgearbeitet, in dessen Rahmen die afrikanischen Stadtviertel an die Trinkwasserversorgung angeschlossen werden sollten. Das Kanalisationsnetz sollte erweitert und eine Kläranlage errichtet werden (Dulucq 1997). Das überwiegende Investitionsbudget für die Errichtung öffentlicher Infrastruktur war jedoch für den Bau von Verwaltungsgebäuden vorgesehen. Weniger als zehn Prozent des Budgets diente tatsächlich zur Einrichtung einer sozialen und ökonomischen Infrastruktur. Die Investitionen dienten demnach v.a. dem Erhalt der Kolonialherrschaft (Touré 2002).

4.1.2. Stadtplanerische Maßnahmen nach der Unabhängigkeit

Die ersten zwei Jahrzehnte nach dem Ende der Kolonialzeit der afrikanischen Staaten ab Anfang der 1960er Jahre wiesen im Hinblick auf die städtebaulichen Maßnahmen nur wenige Unterschiede zur Kolonialzeit auf. In Ermangelung von einheimischen Architekten und Stadtplanern waren es weiterhin französische Planungsbüros, welche die städtebaulichen Maßnahmen für die ehemaligen Kolonien erarbeiteten. Die postkolonialen Städte blieben ein Abbild der klassischen kolonialen Logik:

»Les structures internes des centres urbains, leur morphologie, leurs fonctions, leur hiérarchie, leur équipement, étaient les fidèles reflets de la logique coloniale classique« (Dulucq 1997 : 88).

Der größte Schwerpunkt im Bereich der Investitionen waren die Bildungsinfrastruktur, also Schulen und Universitäten. Weiters wurde in Großbauprojekte wie Flughäfen, Elektrizitätswerke oder Telekommunikationsinfrastruktur investiert. Städtebaulichen Maßnahmen wie Wasserversorgung, Abfall- und Abwasserbeseitigung wurden lediglich 16 Prozent des Investitionsbudgets zugewiesen (ebd.).

Das Bevölkerungswachstum war bereits während der Kolonialzeit beachtlich gewesen und im Jahr der Unabhängigkeitswerdung 1960 zählte Bamako 130.000 EinwohnerInnen (Meillassoux 1968). Die Einführung der Bewegungsfreiheit im Jahr 1968² und

2 Diese Maßnahme wurde zu Beginn der Diktatur unter Moussa Traoré eingeführt und kann als Versuch der Machtsicherung gedeutet werden : »Il y a en premier lieu la liberté de circulation entre la ville et la campagne instaurée par les militaires putschistes qui dans le souci de donner une assise populaire à leur pouvoir ont, à tort ou à raison, cru devoir « ouvrir les frontières » de Bamako« (Ba 1996 : 26).

die Dürreperiode in den Jahren 1970-1973 führten jedoch zu einer nie dagewesenen Zuwanderung nach Bamako. Im Jahr 1980 war die Bevölkerung Bamakos auf 528.000 Menschen angewachsen (Ba 1996). In Ouagadougou stellte sich die Situation etwas anders dar. Während der Kolonialzeit hatte es kein stetiges Bevölkerungswachstum gegeben, sondern die Bevölkerungszahlen waren zwischen 1914 und 1931 sogar rückläufig gewesen. Zu Beginn der Unabhängigkeit im Jahr 1960 zählte Ouagadougou lediglich halb so viele EinwohnerInnen wie Bamako, nämlich 59.000 (Jaglin 1991). In den darauffolgenden zwei Jahrzehnten vermehrte sich die Bevölkerung Ouagadougous um ein Siebenfaches und erreichte im Jahr 1985 442.000 Menschen (Meyer 2008b). Die beträchtliche Zuwanderung manifestiert sich auch in den Statistiken über den Geburtsort. Im Jahr 1986 waren 85 Prozent der in der Stadt lebenden Haushaltsvorstände nicht in Ouagadougou geboren (Jaglin 1991).

Die wohnbaulichen Maßnahmen in den westafrikanischen Städten nach der Erklärung der Unabhängigkeit standen in keinem Verhältnis zum Bevölkerungswachstum. Zwischen 1968 und 1980, also während der Militärdiktatur unter Moussa Traoré, wurden in Bamako offiziell nur 2.740 Grundstücke für Bauzwecke gewidmet und 860 Häuser und Wohnungen geschaffen. Die Häuser und Wohnungen waren überdies für leitende Beamte errichtet worden und daher für die Durchschnittsbevölkerung nicht erschwinglich. Anfang der 1980er Jahre wurden in Bamako mittels eines Wohnprojekts der Weltbank viertausend neue Parzellen im Viertel von Magnambougou geschaffen. Die Grundstücke waren mit Wasserentnahmestellen und Sickergruben ausgestattet und im Viertel gab es Straßenbeleuchtung und einzelne gepflasterte Straßen. Siebzig Prozent der Grundstücke waren für ärmere Familien vorgesehen; die Bauvorschriften waren jedoch so streng, dass sie von diesen oft nicht eingehalten werden konnten. Viele ärmere GrundstücksbesitzerInnen verkauften aus diesem Grund ihre Grundstücke an wohlhabendere Personen und siedelten sich an der städtischen Peripherie an (Ba 1996).

In Ouagadougou wurde nach der Unabhängigkeit, die in den ersten zwei Jahrzehnten durch mehrere Militärregierungen geprägt war, ebenfalls Wohnraum vorwiegend für die Mittelschicht geschaffen (Jaglin 1991). Unter der Präsidentschaft von Thomas Sankara, der eine sozialistische Politik verfolgte, wurde Mitte der 1980er Jahre mit der Errichtung von Sozialwohnbauten begonnen. Aber selbst diese Maßnahme sollte vor allem Beamten, Technokraten und Lehrern Unterkünfte zur Verfügung stellen (Marie 1988). Sowohl in Bamako als auch in Ouagadougou hatten somit ärmere Familien bis Anfang der 1990er Jahre kaum Zugang zu Wohnraum in den erschlossenen, also mit einer entsprechenden Infrastruktur versehenen, Stadtvierteln.

Gleichzeitig zur wachsenden Zuwanderung in die Städte kam es daher zur Entstehung von spontanen Vierteln³. Mitte der 1970er Jahre wurden in Bamako bereits 15 informelle Siedlungen gezählt, die sich aus ehemaligen an der Peripherie der Stadt liegenden Dörfern entwickelt hatten. Schätzungen gehen davon aus, dass bereits zu dieser

3 Spontane oder informelle Viertel bezeichnen Siedlungen, die ohne offizielle Genehmigung errichtet werden. Die Grundstücke in diesen Siedlungen werden zum Großteil auf informelle Weise durch eine symbolische Gegenleistung erworben. Diese Viertel sind nicht erschlossen und weisen keinerlei urbane Infrastruktur auf (siehe auch Chevron et al. 2002).

Zeit 80.000 Menschen in den informellen Vierteln lebten (Ba 1996; Sarr 1980). Ähnliche Entwicklungen konnten damals auch in anderen westafrikanischen Städten beobachtet werden. Die Stadtverwaltungen in diesen Ländern reagierten unterschiedlich auf die Entstehung spontaner Siedlungen. Zeitweilig wurden die BewohnerInnen der informellen Siedlungen vertrieben, zeitweilig gab es eine Politik des »Laissez-faire«. Dann wieder wurden die informellen Siedlungen rechtlich anerkannt und schließlich wurden den Menschen Grundstücke zugewiesen, wo sie in Eigenregie ihre Häuser errichten konnten. So wurde beispielsweise das spontane Viertel Badalabougou in Bamako 1962 teilweise zerstört und neue Gebäude errichtet (Meillassoux 1968). Die Dörfer Djelibougou, Korofina und Kalabancoura wurden Mitte der 1970er Jahre aufgrund des Zustroms von Menschen in die Stadt Bamako eingegliedert (Ba 1996).

In Ouagadougou kam es sowohl unmittelbar nach der Unabhängigkeit in den 1960er Jahren als auch während der Präsidentschaft von Thomas Sankara in den 1980er Jahren zu massiven Umsiedlungsmaßnahmen in den zentral gelegenen Stadtvierteln. Dies wurde mit der Verbesserung der Lebensbedingungen für die an der Peripherie angesiedelten Menschen argumentiert (Jaglin 1991). In den 1980er Jahren waren aus diesem Grund im Stadtkreis von Ouagadougou Maßnahmen ergriffen worden, um die Dörfer aufzuwerten und die Ausdehnung der Stadtfläche sowie die Bevölkerungsanzahl im Kernbereich der Stadt zu reduzieren. Entgegen der Erwartungen führte dieses Programm dazu, dass die Dörfer vermehrt Anstrengungen unternahmen, um in das Stadtgebiet Ouagadougous aufgenommen zu werden (Marie 1988).

In Bamako wurde nach dem Putsch und der Demokratisierung in den 1990er Jahren im Rahmen des Stadtsanierungsprojekts »Sauvons notre quartier« das Ziel verfolgt, die Umsiedlung der Bevölkerung in 25 der 33 informellen Stadtviertel zu vermeiden bzw. so weit wie möglich zu reduzieren (Vaa 2000). Die Eingliederung der informellen Siedlungen in die Stadt folgte hierbei einer Ideologie der Modernisierung und Rationalisierung. Die StadtplanerInnen gaben die Verbesserung der Lebensqualität der städtischen BewohnerInnen als Hauptziel an, gleichzeitig war es jedoch auch ein Bestreben der Stadtverwaltung, die Menschen zu verwalten, zu kontrollieren und dem Steuerrecht unterzuordnen (Scott 1998). Politische Maßnahmen zur Bereitstellung von Grundstücken und Wohnungen für die breite Masse der Stadtbevölkerung wurden in Bamako und in Ouagadougou erst in den 1990er Jahren umgesetzt, zu einem Zeitpunkt also, wo spontane Viertel bereits mehr als die Hälfte der besiedelten Stadtfläche ausmachten. Der Bau von Sozialwohnbauten wird seitdem stetig wenn auch langsam vorangetrieben.

Die Wohnungsnot in den beiden Städten Bamako und Ouagadougou, die gegenwärtig jeweils knapp zwei Millionen EinwohnerInnen zählen, ist sehr groß. Schätzungen zufolge hat heute nur ein Drittel der städtischen Bevölkerung in Bamako die Möglichkeit, ein Grundstück oder Wohnraum über den offiziellen Wohnungsmarkt zu erwerben (UN-Habitat 2010 b). Betrachtet man die Bevölkerungsprognosen für das Jahr 2025, wenn für Ouagadougou 4,8 Millionen EinwohnerInnen und für Bamako 3,6 Millionen EinwohnerInnen erwartet werden (UN-Habitat 2014), so stellt sich die Frage, wie eine ausreichende Bereitstellung von Wohnungen in den nächsten Jahren bewerkstelligt werden kann. Der Erwerb eines Grundstücks ist heute mit einem großen bürokratischen Aufwand verbunden, da hier eine moderne Rechtsordnung Einzug gehalten hat.

Jemand, der auf legalem Weg ein Grundstück gekauft hat, bekommt nach der Entrichtung einer Steuer von der Gemeinde ein temporäres Wohnrecht zuerkannt. Innerhalb von fünf Jahren müssen EigentümerInnen ein Wohngebäude auf ihrem Grundstück errichten, da ihnen die Urkunde ansonsten wieder entzogen wird. Ein permanentes Wohnrecht wird nur dann verliehen, wenn das Grundstück bebaut wurde und das Gebäude den offiziellen Bauvorschriften entspricht. Das Grundstück kann mit der offiziellen Urkunde auch vererbt werden und es kann eine Hypothek aufgenommen werden. Als umfassendstes Eigentumsrecht gibt es schließlich den »titre foncier«, der ins Grundbuch eingetragen wird. Die Voraussetzungen für dieses Eigentumsrecht umfassen den Besitz eines permanenten Wohnrechts, die Bezahlung des geforderten Preises für das Grundstück und die Entrichtung der erforderlichen Steuern (UN-Habitat 2010 b). Aufgrund all dieser, für viele Menschen nicht erfüllbaren Voraussetzungen, entscheiden sich viele Menschen, ihr Haus ohne offizielle Baugenehmigung zu errichten. Ein Grundstück, das nach Gewohnheitsrecht erworben wurde, kann sofort in Besitz genommen werden. Es fallen Vorschriften weg, die EigentümerInnen dazu verpflichten, innerhalb von zwei Jahren mit dem Hausbau zu beginnen und diesen nach fünf Jahren abzuschließen. Ebenso wenig gibt es Kontrollen über die Einhaltung von Bauvorschriften, die Voraussetzung für den Erhalt einer permanenten Wohngenehmigung ist (Fall und Rondeau 1998). Auch wenn sich das Grundstück in großer Distanz zur Stadt – oder sogar viele Kilometer von einer öffentlichen Straße entfernt – befindet und keinerlei Anbindung zur städtischen Infrastruktur besteht, bevorzugen es viele aus den genannten Gründen, sich dort niederzulassen. Einerseits haben sie dort, sofern die finanziellen Mittel vorhanden sind, die Möglichkeit, ein großes Grundstück zu erwerben. Dort können sie die Wohngebäude ohne Auflagen errichten. Andererseits ist abzusehen, dass die Stadtgrenzen sich mittelfristig erweitern werden und spätestens ihre Kinder die Annehmlichkeiten der Stadt werden genießen können. Aus der Perspektive des Distrikts und der Stadtverwaltung bringt das unkontrollierte Wachstum an der städtischen Peripherie im Hinblick auf den Verkehr, die Schulbildung und die Wasser-, Elektrizitäts- und Gesundheitsversorgung der dort lebenden Menschen schier unüberwindliche Herausforderungen mit sich.

4.1.3. Das heterogene Stadtbild heutiger westafrikanischer Städte

Heutige westafrikanische Städte werden also aufgrund der mangelhaften Stadtplanung, der informellen Siedlungen, der mangelnden Infrastruktur sowie des starken Bevölkerungswachstums ohne gleichzeitigen Wirtschaftswachstums häufig als »unmoderne« Städte gesehen (Robinson 2011). Es darf hierbei jedoch nicht vergessen werden, dass der urbane Raum kein homogenes Phänomen darstellt. Wie w.o. ausgeführt, unterscheidet sich der Stadtkern, der auf die Kolonialzeit zurückgeht, in Form und Gestaltung meist deutlich von den während und nach der Kolonialzeit geplanten Stadtvierteln und den spontanen Vierteln. Postkoloniale Städte wie Bamako werden deshalb oft als fragmentierte Städte bezeichnet (Balbo 1993). Heutige Städte sind immer auch Zeugen der unterschiedlichen Epochen, in welchen sie errichtet, ausgebaut und erneuert wurden. Aufgrund der wechselhaften Geschichte zeigt sich auch das Stadtbild Bamakos äußerst heterogen:

»L'hétérogénéité des styles bamakoïses reflète l'hésitation des dirigeants maliens entre plusieurs blocs antagonistes. De la mosquée saoudienne au stade soviétique, du palais de la culture nord-coréen à l'usine chinoise, du musée français aux logements italiens, le promeneur navigue entre des architectures et des idéologies fort diverses, voire apparemment incompatibles« (Dulucq 1997 : 306).

Ein sichtbares Beispiel für den städtischen Wandel zeigt sich auch an den drei Brücken, die in Bamako über den Fluss Niger führen. Die erste Brücke wurde 1957 unter französischer Kolonialherrschaft errichtet, die zweite Brücke wurde 1992 nach dem Sturz des Diktators Moussa Traoré mithilfe der Finanzierung durch Saudi-Arabien errichtet und die dritte Brücke 2013 dank der Finanzierung Chinas fertig gestellt.

Die früheren Unterschiede zwischen den europäischen Stadtvierteln und den Stadtvierteln der einheimischen Bevölkerung sind auch heute noch sichtbar. Die verwendeten Baumaterialien, der Baustil, die Struktur des Straßennetzes und die vorhandene Infrastruktur unterscheiden sich deutlich voneinander. Der Gegensatz zwischen dem europäischen und dem traditionellen Wohnstil zeugt auch davon. In manchen Stadtvierteln, die früher von ärmeren Bevölkerungsschichten bewohnt waren, hat in den letzten Jahrzehnten allerdings eine Art Gentrifizierung stattgefunden. In Stadtteilen wie Djicoroni-Para, Sabalibougou oder Banconi in Bamako, die in den 1960er Jahren noch informelle Viertel gewesen waren, befinden sich heute neben traditionellen Gehöften auch neue Villen. Aufgrund des begrenzten Wohnraums in der Stadt siedelten sich auch in Ouagadougou manche wohlhabende StadtbewohnerInnen nicht nur in den Villenkolonien wie »Petit Paris« oder »Zone du Bois« an, sondern ließen in einigen anderen Stadtteilen wie Cissin oder Zogona ihre Villen erbauen. Dort leben nun Bevölkerungsschichten mit unterschiedlichem sozio-ökonomischen Status nebeneinander. Stadtplanerische Eingriffe wie das Stadterneuerungsprojekt »ZACA«, das ab dem Jahr 1990 im Zentrum Ouagadougous durchgeführt wurde, haben hingegen nicht zur sozialen Mischung beigetragen. Vielmehr wurde das ehemalige Wohngebiet im Zentrum Ouagadougous zu einer reinen Verwaltungs- und Geschäftszone umfunktioniert und die dort lebende Bevölkerung an die städtische Peripherie umgesiedelt (siehe Söderström et al. 2013). In den letzten zwei Jahrzehnten sind die Stadtverwaltungen auch dazu übergegangen, am Stadtrand neue luxuriöse Viertel aus dem Boden zu stampfen. So beherbergen die Stadtteile Ouaga 2000 in Ouagadougou und Hamdallaye ACI 2000 in Bamako nicht nur Villen, Hotels und Kongresscenter, sondern auch Botschaften, Repräsentativbauten und Nationaldenkmäler.

Ein Ansatz, der hier m.E. besonders brauchbar ist, geht davon aus, dass innerhalb der Stadt vier Landschaftsbilder unterschieden werden können. Hierbei wird zwischen der Landschaft des Zentrums, der Landschaft des Reichtums, der Landschaft der Armut und der »unvollendeten Landschaft« unterschieden (Gervais-Lambony 1994)⁴. Der Ansatz ist deshalb brauchbar, weil mit dieser Landschaftstypologie eine differenziertere Analyse, die über dichotome Gegenüberstellungen wie reiches Viertel – armes Viertel,

4 Eine andere Kategorisierung von Landschaften findet sich beim Geographen Denis Cosgrove (1989). Er unterscheidet zwischen der Landschaft der Leitkultur, der Landschaft von Alternativbewegungen, der Landschaft vergangener Kulturen, der Landschaft der aufstrebenden Gesellschaftsschichten und der Landschaft der ausgeschlossenen Gruppierungen.

Geschäftsviertel – Wohnviertel oder Zentrum – Peripherie hinausgeht, möglich wird. Die bestimmenden Elemente für jeden Landschaftstyp sind einerseits baulicher und ästhetischer Natur wie die räumliche Lage, die Bebauungsdichte, Grünflächen und Infrastruktureinrichtungen wie die öffentliche Beleuchtung, das Abwassersystem oder Stromleitungen. Andererseits wird auch der Bevölkerungszusammensetzung und ihren beruflichen Tätigkeiten Rechnung getragen. Das Konzept der Landschaft eignet sich aufgrund der Verknüpfung von umweltrelevanten und sozioökonomischen Aspekten für meine Forschung besonders gut.

Die »Landschaft des Zentrums« wird durch Hochhäuser, Gebäude der Verwaltung und den Handel geprägt. Die Fußgängerdichte und das Verkehrsaufkommen sind hier überdurchschnittlich hoch. Die urbane Infrastruktur ist zur Gänze vorhanden und neue Bürogebäude und Einkaufszentren aus Glas und Beton bestimmen zunehmend das Erscheinungsbild. Auch wenn es im Zentrum eine Mischung aus alten und modernen Baustilen gibt, gleicht, so Philippe Gervais-Lambony, die Innenstadt bisweilen einer Vitrine, welche die Stadt und die Machthabenden im Land repräsentiert. In den Zentren werden von der Stadtverwaltung Prestigeprojekte durchgeführt und Denkmäler errichtet. Die Innenstadt wird mit Modernität, Zivilisation und Fortschritt assoziiert und großer Wert wird hier auf Ordnung und Sauberkeit gelegt:

»Cities remain the loci of progress and modernity and the concept of global cities posits urban areas as sites where one finds the highest degree of order, logic, efficiency and the highest concentration of financial, political and cultural power. Such powerful, efficient, prestigious places cannot be reconciled with social or physical pollution« (Jaffe und Dürr 2010: 10).

In Bamako und Ouagadougou sind die Stadtzentren durch die Bankentürme, die Gebäude der Ministerien, den zentralen Marktplatz, die Große Moschee bzw. die Kathedrale, Luxushotels und zahlreiche Baudenkmäler gekennzeichnet.

Die zweite Landschaft in der Typologie von Gervais-Lambony (ebd.), die »Landschaft des Reichtums«, kann mehrere Ausprägungen annehmen. Erstens gibt es die Viertel der Superreichen und der Elite, wobei insbesondere die prachtvollen Villen und die gepflegten Gärten ins Auge springen. Zweitens gibt es die Viertel der Reichen, die zwar auch in von Gärten umgebenen Villen leben, wobei aber diese etwas bescheidener und kleiner ausfallen. Schließlich gibt es die Viertel mit den Sozialwohnbauten, die sich aus einheitlichen Wohnbauten für Beamte und die Mittelschicht (LehrerInnen, Buchhaltungskräfte, Bankangestellte) zusammensetzen. Gemeinsame Merkmale dieser Viertel sind die Ruhe, die Sicherheit und der umfassende Zugang zu urbaner Infrastruktur. In Ouagadougou existieren vier Stadtviertel, die der »Landschaft des Reichtums« zugeordnet werden können. Die Grenzen zwischen den Unterkategorien sind durchlässig. So wurden in der Sozialwohnbausiedlung »1200 Logements« zahlreiche Häuser zu Villen umgebaut und das Viertel entwickelt sich langsam zu einem Villenviertel (Traoré 2011). In Ouagadougou verfügen alle Häuser in den Villenvierteln und den Sozialwohnbausiedlungen über Strom- und Wasserversorgung, Anschluss an das Telefonnetz sowie Klärgruben. Villen und Sozialwohnbauten verfügen über interne Küchen und Badezimmer. Die Wohnhäuser in diesen Vierteln werden gleichfalls nur von einer Familie – meist einer Kernfamilie – bewohnt. In den Vierteln gibt es

Straßenbeleuchtung und Entwässerungsgräben. In Bamako haben sich seit der Liberalisierung der Grundstücksvergabe und der Gründung von privaten Immobilienfirmen in den 1990er Jahren mehrere Stadtviertel zu »Landschaften des Reichtums« verwandelt. Hierzu zählen insbesondere die Viertel Baco-Djicoroni und Kalaban-Coura, aber auch das Viertel ACI 2000, wo zahlreiche MinisterInnen, hohe Militärs und führende VertreterInnen der Wirtschaft ihre Villen bauen ließen (Touré 2011). Auch der Stadtteil »Cité du Niger«, eine geschlossene Wohngegend im Zentrum Bamakos, wo der Zugang durch Zäune und einen privaten Sicherheitsdienst bewacht und beschränkt wird, kann zu dieser Kategorie gezählt werden.

Aber ein Großteil der Stadtfläche in westafrikanischen Städten ist durch das, was Gervais-Lambony die »Landschaft der Armut« nennt, gekennzeichnet. Dazu zählen informell besetzte Grundstücke mit provisorischen Wohnbauten ebenso wie dauerhafte Siedlungen mit rechtmäßigen GrundstückseigentümerInnen. Ein Stadtentwicklungsplan fehlt ebenso wie urbane Infrastruktur. Die Baustruktur in der »Landschaft der Armut« ist sehr dicht, was auf die schmalen Wege und die kleinen Grundstücke zurückgeführt werden kann. In den informellen Vierteln Ouagadougous liegt die Bevölkerungsdichte beispielsweise bei über hundert BewohnerInnen pro Hektar, während in den zentrumsnahen Vierteln 65 BewohnerInnen auf einem Hektar wohnen (Boyer 2009). Die Viertel sind sehr belebt, informelle wirtschaftliche Tätigkeiten überwiegen und viele Aktivitäten finden im Freien statt. Umgangssprachlich werden solche Viertel häufig Slums genannt. Den Kriterien von UN-Habitat zufolge gilt ein Viertel als Slum, wenn es fehlenden Zugang zu Trinkwasser und sanitären Einrichtungen, überbelegten Wohnraum, mangelnde Qualität der Wohngebäude und ungesicherte Besitzverhältnisse gibt (UN-Habitat 2011). In dieser Arbeit wird der Begriff Slum vermieden, denn er ist für die tatsächlichen Wohn- und Lebensbedingungen von Menschen in westafrikanischen Städten zu wenig differenziert⁵. Da die »Landschaft der Armut« für diese Arbeit von besonderem Interesse ist, wird sie im Folgenden noch eingehender beschrieben werden. Wie bereits erwähnt, haben nicht alle »armen« Viertel in einer Stadt dieselben Charakteristiken. Die Viertel der »Armen« unterscheiden sich nach ihrer geographischen Lage, der Bausubstanz der Gebäude und der vorhandenen Infrastruktur. Zuerst können Innenstadtgebiete mit einer überalterten Bausubstanz, einer nicht mehr vollständig funktionstüchtigen Infrastruktur und einer hohen Bevölkerungsdichte genannt werden. In diesen Stadtteilen wohnen die ärmeren Bevölkerungsschichten vorwiegend als MieterInnen. Zweitens gibt es innerstädtische informelle Viertel mit hoher Siedlungsdichte und fehlender Abfall- und Abwasserentsorgung. Infrastruktur wird teilweise in Selbsthilfe errichtet. Diese Viertel, in denen sowohl EigentümerInnen als auch MieterInnen leben, werden von den Behörden vorübergehend toleriert. Drittens zählen Siedlungen auf gefährdeten Flächen wie Überschwemmungsgebieten oder Bahndämmen zur »Landschaft der Armut«. Die Häuser werden mit kostengünstigen,

5 Der Begriff Slum oder auf Französisch »bidonville« wird in Bamako und Ouagadougou weder von offizieller Seite noch von der Bevölkerung verwendet. Möglicherweise sind diese beiden Städte mit jeweils ca. zwei Millionen EinwohnerInnen noch zu klein, um richtige Slums zu beherbergen. Mit Slums wie Kibera in Nairobi oder Manshiyat Naser in Kairo haben die informellen Viertel in Bamako und Ouagadougou nichts gemeinsam.

temporären Materialien errichtet und sind vom Abriss bedroht. Es gibt hier ebenfalls keine Abfall- oder Abwasserentsorgung. Schließlich können informelle Siedlungen in städtischen Randlagen genannt werden. Diese Siedlungen werden von den Behörden temporär geduldet und haben keine Abfall- oder Abwasserentsorgung, teilweise gibt es jedoch provisorische Lösungen, die in Selbsthilfe bereitgestellt werden. In diesen Vierteln finden sich sowohl Eigentums- als auch Mietverhältnisse (siehe hierzu Herrle et al. 2002).

Als vierte urbane Landschaft nach Gervais-Lambony (ebd.) existiert die »unvollendete Landschaft«, welche sich an der städtischen Peripherie befindet. Dadurch, dass ein Großteil der Flächen dort noch unbebaut ist und es wenige Häuser gibt, die bereits fertig gestellt wurden, gleicht das Viertel einer riesigen Baustelle. Die »unvollendete Landschaft« ist dadurch charakterisiert, dass Infrastruktur erst in Ansätzen vorhanden ist und dass der Raum kaum durch die städtische Verwaltung kontrolliert wird. Freie Flächen werden agrarisch genutzt, es gibt kaum Handelsaktivitäten und wenig Verkehr. Die »unvollendete Landschaft« ist jedoch raschen Veränderungen unterworfen (Gervais-Lambony 1994). Oftmals wird dieser Raum mit dem Begriff peri-urban bezeichnet. In einer Forschung zur Stadt Kano in Nigeria wurde dieser Begriff von Mortimore und Wilson (1965) erstmals verwendet und meinte dort das stadtnahe Umfeld, das dichter besiedelt als die ländlichen Gegenden war, jedoch weniger dicht als das erschlossene Stadtgebiet. Im peri-urbanen Raum wird Landwirtschaft betrieben, aber in kleinerem Maßstab als im ländlichen Milieu. Die Nähe zum städtischen Markt führt zu einer großen Abhängigkeit der Bauern und Bäuerinnen, da die gesamten landwirtschaftlichen Produkte verkauft werden. Im peri-urbanen Raum werden jedoch zunehmend auch andere berufliche Tätigkeiten ausgeübt und es kommt zu einer Diversifizierung der Haushaltseinkommen.

4.2. Wohnen in der Stadt

4.2.1. Infrastruktur der Abfall- und Abwasserbehandlung

Die städtische Infrastruktur im Bereich der Entsorgung und Behandlung von Abfällen und Abwässern ist bis heute durch die Großbauprojekte, die während der Kolonialzeit begonnen wurden, geprägt. Damals wie heute ist die Infrastruktur nicht flächendeckend. Die Errichtung von Mülldeponien, Kanalisation oder Kläranlagen stellt den Staat und die Stadtverwaltung vor große Herausforderungen, denn dies benötigt viel Zeit und Geld. Bevor die Anlagen realisiert und operationell sind, hat das Städtewachstum sie schon überholt.

In Bamako deckt das Kanalisationsnetz zurzeit weniger als zwei Prozent des Stadtgebietes ab (Banerjee und Morella 2011)⁶. Weiters gibt es in Bamako 36 offizielle Müll-

6 Bamako bildet keine Ausnahme unter den subsaharischen afrikanischen Städten. Nur in Namibia, Südafrika und im Senegal ist das Kanalisationsnetz in den Großstädten flächendeckend. In der Elfenbeinküste, in Kenia oder in Uganda sind nur ca. zehn Prozent der urbanen Bevölkerung an das Kanalisationsnetz angebunden (Banerjee und Morella 2011). Jährlich werden nur 0,5 Pro-

deponien, wobei jedoch nur 14 in Verwendung sind und bis auf eine Ausnahme alle Mülldeponien nicht den umwelttechnischen Standards entsprechen. Zusätzlich zu den offiziellen Mülldeponien gehen Schätzungen von 75 großen wilden Mülldeponien im Stadtgebiet aus (UN-Habitat 2010 a). In Ouagadougou gibt es weder adäquate Orte für die Entsorgung von Klärschlamm noch regulierte und kontrollierte Zwischendeponien. Die Reichweite der Entwässerungsgräben ist nicht ausreichend, um Überschwemmungen während der Regenzeit vorzubeugen (Morella et al. 2008). Die beiden westafrikanischen Hauptstädte Bamako und Ouagadougou zählen im globalen Vergleich zu den Städten, deren Infrastruktur weltweit am wenigsten entwickelt ist, d.h. es fehlt dort in der überwiegenden Mehrheit der Stadtviertel ein funktionierendes Infrastruktur-Netzwerk. In diesen westafrikanischen Millionenstädten geht es also nicht nur darum, spontane Siedlungen oder sehr arme Stadtviertel an das Abwassersystem anzuschließen bzw. in die Abfallwirtschaft miteinzubeziehen, sondern die Infrastruktur muss überhaupt erst geschaffen werden. Zusätzlich zu den technischen Herausforderungen wäre es auch erforderlich, wie manche AutorInnen hinweisen (siehe Jaglin 2010), dass die ärmeren Bevölkerungsschichten für die Infrastrukturanbindung und die Inanspruchnahme von Dienstleistungen Subventionen erhalten.

Im Hinblick auf die Errichtung von sanitärer Infrastruktur sind die Städte in westafrikanischen Ländern aufgrund des unzureichenden nationalen Investitionsbudgets von internationalen Organisationen sowie bi- und multilateralen Entwicklungskooperationen abhängig (Simone 2004). So weisen die Statistiken darauf hin, dass dort der öffentliche Sektor durchschnittlich nur 0,2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts zur Durchführung von Bauprojekten im Bereich der Abwasserentsorgung beisteuert (Banerjee und Morella 2011). 62 Prozent der Gesamtausgaben im Sektor der Wasserversorgung und der Abwasserentsorgung werden mithilfe von Krediten und Darlehen von internationalen Gebern bestritten (Van Ginneken et al. 2011). Die Tatsache, dass sich die bereitgestellten Gelder der Entwicklungszusammenarbeit für den Wasser- und Sanitärsektor seit Anfang der 1970er verfünffacht haben (OCDE 2003), könnte die Schlussfolgerung zulassen, dass die Städte in Afrika weiterhin Fremdkörper darstellen, die sowohl in finanziellen als auch in symbolischen Zusammenhängen weiterhin von den ehemaligen Kolonialmächten abhängig bleiben (Dulucq 1997).

Trotz der finanziellen Unterstützung durch die internationalen Geber konnten viele afrikanische Länder die Millennium-Entwicklungsziele im Hinblick auf den Zugang zu adäquaten Sanitäreinrichtungen nicht erreichen (siehe hierzu auch Ahmed 2014). Die Gelder aus der Entwicklungszusammenarbeit konnten die Finanzierungslücken in den Haushaltsbudgets also nicht wettmachen. Afrikanische Niedrigeinkommensländer hätten den Berechnungen zufolge im Zeitraum von 2006 bis 2015 sieben Prozent des Bruttoinlandsprodukts in den Bau von sanitärer Infrastruktur investieren müssen, um diese Ziele zu erreichen (Banerjee und Morella 2011).

Allerdings wird von manchen ExpertInnen und VertreterInnen der Weltbank empfohlen, statt das Kanalisationsnetz zu erweitern, stärker in individuelle Lösungen für die Abwasserentsorgung und in verbesserte Toiletten zu investieren (Banerjee

zent der städtischen Haushalte in afrikanischen Ländern an das Wasser- und Kanalisationsnetz angeschlossen (Simone 2010 b).

und Morella 2011). Das Prinzip, lokale Lösungen für lokale Infrastrukturprobleme zu finden, entspricht dem Dogma der Dezentralisierung und hat in einigen Projekten bewirkt, dass ein ganzheitliches Kanalisationssystem für die Stadt von auf Stadtviertel beschränkte dezentralen Abwassersystemen abgelöst wurde (Graham 2000). Denn es bleibt offen, inwiefern Investitionen in Großprojekte im Sanitärsektor tatsächlich zu einer besseren Siedlungshygiene und damit einer höheren Lebensqualität in den Städten führen (Van Ginneken et al. 2011). Die konventionellen Lösungen für die Entsorgung und Behandlung von Abwässern und Abfällen seien oftmals teuer und hätten nicht immer die erwünschten positiven Auswirkungen auf die Gesundheit der gesamten Bevölkerung zur Folge:

»Environmental public good reasons can have a perverse incentive to prioritize investments in expensive wastewater collection and treatment systems for the rich few above investments in more latrines and septic tanks for the many unserved poor, which are considered a private good despite their higher health impacts« (ebd.: 32).

So nützen Kläranlagen und Kanalisation oft nur einem kleinen Anteil der städtischen Bevölkerung und hier meistens den reicheren Bevölkerungsschichten. Die BewohnerInnen der informellen Viertel hätten weiterhin keinen Zugang zu dieser Infrastruktur.

In westafrikanischen Ländern hat die Dezentralisierung⁷ generell dazu geführt, dass die Abwasser- und Abfallentsorgung nunmehr in der Kompetenz der Stadtverwaltungen liegen. In Mali und Burkina Faso hat der Dezentralisierungsprozess Anfang der 1990er Jahre begonnen und kann als Reaktion auf den überdimensionierten und weltfremden postkolonialen Staatsapparat gesehen werden. Mit der Dezentralisierung waren die Erwartungen verbunden, dass die Distanz zwischen den staatlichen Behörden und der Bevölkerung verringert wird, indem einerseits Möglichkeiten der Partizipation geschaffen und andererseits lokale demokratisch gewählte politische RepräsentantInnen eingesetzt werden. Außerdem waren finanzielle Aspekte für die Dezentralisierungsbestrebungen relevant, insofern als durch die Erhebung von lokalen Steuern auch neue Einkommensquellen für den Staat sichergestellt werden sollten (siehe Polak 2012).

In Mali und Burkina Faso sind die Gemeinden heutzutage also nicht nur für die Bereiche der Primärschulbildung, der Gesundheitsversorgung, der Wasserversorgung und den öffentlichen Transport, sondern auch für die Beseitigung von Abwässern, die Sammlung der Haushaltsabfälle und die Widmung von Flächen für Mülldeponien zuständig. In den meisten afrikanischen Ländern ging die Übertragung der Verantwortung jedoch nicht mit der Übertragung von Amtsbefugnissen, Budgettransfer, einer Aufstockung des Personals und technischer Unterstützung einher. Die fiskalische Dezentralisierung, welche Aspekte wie die Erstellung eines eigenen Budgets, die Verwaltung lokaler Steuern, finanzielle Transferleistungen vom Staat oder die Aufnahme von Krediten umfasst, wurde in Mali und Burkina Faso nur ansatzweise durchgeführt (Van

7 Dezentralisierung meint die Übertragung von Aufgaben wie die Erstellung, Durchführung und Evaluierung von Maßnahmen sowie die Mobilisierung und Verwaltung von Ressourcen an die Gebietskörperschaften. Es kann grundsätzlich zwischen einer administrativen, einer politischen und einer fiskalischen Dezentralisierung unterschieden werden.

Binneken et al. 2011). Aus der Sicht der Bevölkerung in Bamako und Ouagadougou sind die Grundstücksspekulationen eines der größten Probleme, die aus der Dezentralisierung resultieren. Die Gemeinden haben nämlich nicht nur die Entscheidungshoheit über die Grundstücksvergabe, sondern ihnen kommen auch die Erlöse aus dem Verkauf von Grundstücken zugute. In Bamako wurden wiederholt Mülldeponien im Stadtgebiet zu Flächen für Wohnzwecke umgewidmet. Entweder hatten die Gemeinden in ihren Stadtentwicklungsplänen Mülldeponien nicht berücksichtigt oder die Pläne wurden nicht eingehalten. Dennoch kann auch eine Auslagerung von Infrastruktur zur Abfall- und Abwasserbehandlung in das Stadtumland festgestellt werden. So wurden zwei an Bamako angrenzende Gemeinden dafür ausgewählt, eine neue Kläranlage und eine moderne große Mülldeponie zu beherbergen (Traoré 2009).

Eine letzte Maßnahme, die sich auf die Entwicklung der Infrastruktur im Bereich der Abfall- und Abwasserentsorgung auswirkt, betrifft schließlich die Privatisierung von Dienstleistungen. Dieser Trend kann auf die Forderungen der Weltbank, welche Effizienz und Rentabilität von Dienstleistungen in den Mittelpunkt stellen, zurückgeführt werden. In einer Wettbewerbssituation sollten diejenigen privaten Unternehmen für die Erbringung von Dienstleistungen ausgewählt werden, welche die voraussichtlich besten Leistungen erbringen können. In Bamako und Ouagadougou zeigt sich dies beispielsweise in den öffentlichen Ausschreibungen, die seit den 1990er Jahren regelmäßig durchgeführt werden, um eine gewisse Anzahl von Kleinunternehmen, GIE (eine Form von Mikrounternehmen, die bestimmte Steuerbegünstigungen erfahren) und Kooperativen damit zu beauftragen, die Haushaltsabfälle zu sammeln. Die Akteure in diesen beiden Städten erhalten von der Gemeinde eine Gewerbeerlaubnis in einer bestimmten Zone, für welche sie über einen vertraglich abgesicherten Zeitraum die Abfallsammlung übernehmen. Im Vertrag mit der Stadtgemeinde ist schriftlich festgehalten, in welcher Form und in welchem Ausmaß die Tätigkeiten in der Abfallwirtschaft zu erfolgen haben⁸. Alle nichtöffentlichen privaten Akteure, ob GIE, Kleinunternehmen oder Vereine werden dazu verpflichtet, Gewerbesteuer zu bezahlen (Quénôt 2010). Sie finanzieren sich ausschließlich aus den Gebühren der AbonnentInnen, jedoch wird die Preisspanne von der Stadtgemeinde festgelegt. Durch gezielte Subvention wurden in Mali in den 1990er Jahren insbesondere arbeitslose UniversitätsabgängerInnen dazu angeregt, in der Abfallwirtschaft tätig zu werden (Chevron et al. 2002).

In Bamako gibt es heute ca. sechzig offiziell zugelassene und aktive GIE in der Abfallsammlung (Sidibé 2012) und etwa fünfzig Kleinunternehmen in der Abwasserentsorgung (Traoré 2011). In Ouagadougou sind zurzeit 24 (Klein-)Unternehmen, GIE und Vereine für die Sammlung der Haushaltsabfälle autorisiert (Sory 2013). Überdies haben zwanzig Kleinunternehmen eine Berechtigung für die Entleerung von Klär- und Sickergruben mit Saugwägen (Bassan et al. 2012). In Ouagadougou wurden die Kompetenzen des Privatsektors in den letzten Jahren ständig ausgeweitet. Während in der Abfallwirtschaftsstrategie der Zuständigkeitsbereich der privaten Akteure nur für die Tür-

8 Dieser Vorgang unterscheidet sich von der »Privatisierung« in Burkina Faso in den 1970er Jahren, die dadurch zustande kam, dass die Stadtverwaltung ihren Aufgaben nicht mehr gerecht wurde. Zwischen der städtischen Müllabfuhr und den privaten Akteuren gab es damals eine stillschweigende Kooperation zur Erbringung von Dienstleistungen (Quénôt 2010).

zu-Tür-Müllentsorgung vorgesehen ist, übernehmen sie zurzeit auch zusätzlich immer mehr Aufgaben, die eigentlich der städtischen Müllabfuhr obliegen würden wie z.B. den Transport von den Zwischendeponien zur zentralen Mülldeponie oder die Sortierung und die Aufbereitung der Abfälle. Die unzureichenden personellen, finanziellen und materiellen Ressourcen der Stadtverwaltung sind die Ursache dafür, dass größere Privatunternehmen nun auch mit der Deponiebewirtschaftung betraut werden (Sory 2013). Auch in Bamako erhielten in den letzten Jahren Privatunternehmen von der Müllabfuhr mehrmals den Auftrag, wilde Deponien zu evakuieren. Bezeichnend für eine zunehmend kapitalistische Gesellschaftsordnung ist, dass die Abfall- und Abwasserentsorgung nicht mehr nur das Funktionieren der Wirtschaft erlaubt, sondern dass sie selbst ein Wirtschaftssektor geworden ist. Mit der Entsorgung von Abfällen und Abwässern wird heute Gewinn gemacht (Hawkins und Muecke 2003). Gleichzeitig werden manche Bereiche der Abfallwirtschaft als rentabler als andere eingestuft. Die privaten Akteure haben beispielsweise ein größeres Interesse daran, die Abfälle von Großproduzenten wie Industriebetrieben, Märkten, Hotels oder Verwaltungseinrichtungen zu entsorgen. Dies führt dazu, dass die Privatisierung die Abfall- und Abwasserproblematik im urbanen Raum bisher nicht lösen konnte. Schätzungen für Bamako gehen davon aus, dass von privaten Akteuren der Abfallwirtschaft nur 57 Prozent der Haushaltsabfälle gesammelt und von der städtischen Müllabfuhr außerhalb der Stadt gebracht werden (UN-Habitat 2010 a). In Ouagadougou liegt die Abfallentsorgungsrate Schätzungen zufolge bei 76 Prozent. Allerdings wird angemerkt, dass bei diesen Berechnungen weder die verbliebenen Abfallmengen aus den Vorjahren noch das Bevölkerungswachstum berücksichtigt wurden (Sory 2013).

4.2.2. Zugang zur Abfall- und Abwasserentsorgung

Im Gegensatz zu den meisten europäischen Städten, wo Kanalisation und Müllabfuhr standardisierte und flächendeckende Entsorgungsleistungen darstellen, ist die Abfall- und Abwasserentsorgung in westafrikanischen Städten durchaus problematisch. Während dieser Sektor in europäischen Städten kaum mehr mit unangenehmen Gerüchen oder Anblicken verbunden ist, sind Abfälle und Abwässer im urbanen Raum Westafrikas allgegenwärtig. Eine entsprechende Infrastruktur ist hier weder selbstverständlich noch unsichtbar. Während der Großteil der städtischen Bevölkerung in Europa nicht mehr darüber nachdenkt, wohin ihr Abwasser fließt oder wie die Müllabfuhr funktioniert, sind die BewohnerInnen in Bamako und Ouagadougou aufgrund der uneinheitlichen Organisation, des vielfältigen Angebots und der variierenden Preise für die Abfall- und Abwasserentsorgung gezwungen, sich individuell damit auseinanderzusetzen.

Im Hinblick auf den Zugang zu Dienstleistungen und Infrastruktur im Bereich der Abfall- und Abwasserentsorgung waren die Millennium-Entwicklungsziele der Vereinten Nationen für die nationalen Zielsetzungen im Bereich Umweltschutz maßgeblich⁹.

9 Bereits in den 1980er Jahren wurde von den Vereinten Nationen das erste »Internationale Jahrzehnt des Zugangs zu Wasser und Sanitäreinrichtungen« ausgerufen. Damals ging man davon aus, dass bis 1990 für achtzig Prozent aller StädterInnen der Zugang zu Wasserversorgung und Abfall- und Abwasserentsorgung garantiert werden sollte.

In diesem Zusammenhang wurde die Halbierung der Anzahl von Menschen ohne Zugang zu verbesserten Latrinen mit adäquater Sickergrube bis Ende 2015 gefordert. Die Statistiken der beiden Hauptstädte Bamako und Ouagadougou weisen unterschiedliche Fortschritte auf. Während in Ouagadougou fast sechzig Prozent der sanitären Einrichtungen den UN-Kriterien entsprechen, sind es in Bamako lediglich ein Fünftel (Hopewell und Graham 2014). In Bamako finden sich vorwiegend traditionelle Latrinen in Form von Trockentoiletten mit nicht ausgekleideten Klärgruben. Gleichzeitig gibt es in Bamako knapp 9.000 und in Ouagadougou knapp 50.000 Menschen, die gar keinen Zugang zu Toiletten haben und die ihre Bedürfnisse in der freien Natur verrichten müssen. Diese Tatsache kann als Hinweis dafür gedeutet werden, dass die Maßnahmen nicht auf die Bereitstellung von Toiletten für die ärmsten Bevölkerungsschichten, sondern auf die Verbesserung der bestehenden sanitären Infrastruktur abzielen (ebd.).

Im Hinblick auf die Abfallentsorgung gab es keine konkreten Empfehlungen in den Millennium-Entwicklungszielen. Die Forderung nach einer sauberen Umwelt ergibt sich lediglich aus Teilzielen, welche sich auf die Bekämpfung von Infektionskrankheiten und den Rückgang der Kindersterblichkeit beziehen (UN-Habitat 2010 a). Die Schätzungen über den Anteil der StadtbewohnerInnen, welche ihre Abfälle von der Müllabfuhr entsorgen lassen, liegen weit auseinander. Für Ouagadougou gehen manche Studien davon aus, dass in den erschlossenen Stadtvierteln vierzig Prozent der Haushalte die Tür-zu-Tür-Abfallsammlung in Anspruch nehmen (Rossier et al. 2011). Anderen Studien zufolge liegt dieser Anteil sogar bei drei Viertel der Haushalte (Sory und Tallet 2012). Unbestritten ist, dass in den informellen Stadtvierteln in Ouagadougou knapp neunzig Prozent der Familien keinen Zugang zur Abfallsammlung haben. Für Bamako gibt es keine vergleichbaren Zahlen, die von der Unterscheidung zwischen erschlossenen und informellen Stadtvierteln ausgehen. Eine Analyse der Haushalte, die bei einer GIE abonniert sind, weist jedoch auf große Unterschiede zwischen den sechs Gemeinden von Bamako hin: Während in den zentrumsnahen Gemeinden II und III rund sechzig Prozent der Haushalte ihre Abfälle auf diesem Wege entsorgen, sind es in der Gemeinde I, welche auch peripher gelegenen Stadtviertel umfasst, nur 34 Prozent (Équipe VICA Mali 2009). Die malische Abfallwirtschaftsstrategie aus dem Jahr 2009 forderte folgerichtig, dass bis zum Jahr 2015 achtzig Prozent der Haushalte im urbanen Raum ihre Abfälle von einer GIE entsorgen lassen sollten (DNACPN 2009).

Da die Art und Weise der Abfall- und Abwasserentsorgung in der Entscheidungskompetenz der Familien liegt, haben diese oft mehrere legale und illegale Alternativen zur Auswahl. Die Schwarz- und Grauwässer¹⁰ können entweder gemeinsam in eine Klärgrube oder getrennt in eine Klär- und eine Sickergrube abgeführt werden. Haushalte in innenstädtischen Vierteln können sich außerdem an das Kanalisationsnetz anschließen lassen. Für die Entsorgung der Grauwässer kann in den zentrumsnahen Vierteln der Anschluss an ein dezentrales Abwassersystem in Betracht gezogen werden (DNACPN 2007b). Gesetzlich nicht legitime Entsorgungstechniken umfassen die Entleerung der Klär- und Sickergruben auf die Straße oder die Ableitung des Inhalts

10 Schwarzwasser bezeichnet häusliches Abwasser mit fäkalen Feststoffen. Grauwasser umfasst fäkalienfreie, gering verschmutzte Abwässer, wie sie beim Duschen, Wäschewaschen oder Geschirrwaschen anfallen.

von Klär- und Sickergruben in einen Entwässerungsgraben. Für die Entsorgung der Haushaltsabfälle stehen den Haushalten vorschriftsmäßig nur die Dienstleistungen der offiziell anerkannten Akteure der Abfallsammlung zur Verfügung. Das System der Abfallsammelcontainer, welche in den 1980er Jahren sowohl in Bamako als auch in Ouagadougou in allen zentrumsnahen Stadtvierteln aufgestellt waren, wurde ab Mitte der 2000er Jahre wieder abgeschafft. Unzulässige Arten der Abfallentsorgung betreffen das Deponieren von Müll im öffentlichen Raum, das Verbrennen der Abfälle oder die Inanspruchnahme von Dienstleistungen durch informelle AbfallsammlerInnen.

Mit der Privatisierung ab 1991 in Bamako und 1992 in Ouagadougou wurde bezweckt, die Abfall- und Abwasserentsorgung effizienter zu gestalten und diese Dienstleistungen im gesamten Stadtgebiet sicherzustellen. Die Weltbank und die nationalen Behörden haben nicht bedacht, dass Privatisierung zu einer ungleich besseren Abdeckung der wohlhabenderen Stadtviertel führen könnte. Das Risiko der Exklusion ärmerer Stadtviertel wurde nicht berücksichtigt (Baron und Haoues-Jouve 2004), denn mit der Vereinheitlichung der Abfallsammlung im ganzen Stadtgebiet sollten auch v.a. die räumlichen Ungleichheiten verringert werden. Im Endeffekt führten jedoch die Einkommensunterschiede zwischen den Familien dazu, dass die Dienstleistung im Bereich der Abfallsammlung nicht von allen in Anspruch genommen werden konnte und die Fragmentierung im Großen und Ganzen aufrecht blieb (Meunier-Nikiema 2007). Private Unternehmen, die nach dem Prinzip der Rentabilität handeln, ignorieren zumeist informelle Siedlungen und versuchen sich aus Verträgen, die nicht profitabel sind, zurückziehen (Hall und Lobina 2007). Die marktwirtschaftliche Logik hat nach dem Gesundheitssystem, das in afrikanischen Ländern seit Ende der 1980er Jahre über Tarife finanziert wird, längst auch den Umgang mit den Abfallprodukten des menschlichen Konsums eingeholt. In einer »modernen«, kapitalistischen Sichtweise wird Abfallwirtschaft zu einer Dienstleistung, für die es einen Preis zu bezahlen gilt. Den Kosten für eine adäquate Abfall- und Abwasserentsorgung wird im folgenden Abschnitt mehr Aufmerksamkeit gewidmet. Dabei werden sowohl Investitionskosten für die Errichtung hauseigener sanitärer Anlagen berücksichtigt als auch die Kosten für die Inanspruchnahme von Dienstleistungen.

4.2.3. Kosten der Abfall- und Abwasserentsorgung

Im urbanen Raum in Bamako und Ouagadougou können mehrere Typen von Toiletten in den Privathaushalten angetroffen werden: die traditionelle Latrine, die moderne Toilette mit Wasserspülung und die belüftete und verbesserte Grubentoilette (VIP Latrine). In Bamako sind die so genannten traditionellen Toiletten, deren Errichtung sowohl einen geringen baulichen Aufwand als auch relativ geringe Kosten für die Familien mit sich bringt, am häufigsten verbreitet. Diese Toiletten werden oft durch informell tätige, mehr oder weniger qualifizierte Maurer errichtet. Die Kosten für die Errichtung einer traditionellen Latrine mit Klärgrube betragen ca. 25.000 CFA, was einem Drittel des Monatsgehalts einer Familie entspricht. Für eine Toilette mit Wasserspülung und ausbetonierter Sickergrube muss man hingegen bis zu 190.000 CFA oder umgerechnet auf die Einkommenssituation in westafrikanischen Städten vier durchschnittliche Monatsgehälter einer Familie ausgeben (Banerjee und Morella 2011). In den Städten Burkina

Fasos wird aus eben diesen Gründen die Errichtung von Toiletten- und Duschanlagen in Privathaushalten subventioniert. Die staatliche Behörde für die Wasserversorgung und die Abwasserentsorgung ONEA bietet den Familien an, eine »Ventilated Improved Pit« (VIP) Latrine zu errichten und rund dreißig Prozent des benötigten Baumaterials kostenlos zur Verfügung zu stellen. Die Kosten für die Familien belaufen sich dann abhängig vom Fassungsvermögen der Sickergrube auf mindestens 60.000 CFA, also jedenfalls mehr als das Doppelte einer traditionellen Toilette. Die Maßnahme scheint in Burkina Faso erfolgreich zu sein, denn die Statistiken zeigen, dass beinahe siebzig Prozent der StadtbewohnerInnen mittlerweile über verbesserte Latrinen verfügen. Dies ist im Vergleich zu den Städten in Mali, wo es dieses Subventionsprogramm nicht gibt und wo nur etwa zwanzig Prozent der Familien eine verbesserte Grubentoilette besitzen, beachtlich. Wenn man sich allerdings die Verteilung über die Einkommensklassen hinweg ansieht, fällt auf, dass in Burkina Faso nur die wohlhabenderen Bevölkerungsschichten solche Toiletten errichten ließen. In den Familien, die zu den ärmeren vierzig Prozent der Stadtbevölkerung zählen, wurden kaum subventionierten VIP-Toiletten errichtet. Für die ärmeren Haushalte scheint die Anschaffung dieser Toilette einer nicht leistbaren Annehmlichkeit gleichzukommen:

»Access to improved latrines parallels that of septic tanks, suggesting that despite their lower cost, improved latrines remain something of a luxury, with little success in penetrating the middle of the income distribution« (Banerjee und Morella 2011: 15).

Studien weisen darauf hin, dass die Bereitschaft, in Sanitäreinrichtungen zu investieren, damit zusammenhängt, wie lange ein Haushalt dafür sparen muss. Kann ein Haushalt die erforderlichen Kosten innerhalb von sechs Monaten aufbringen, so ist die Investitionsbereitschaft um ein vielfaches höher als wenn der Haushalt länger als ein Jahr benötigt, um sich eine neue Toilette, Dusche oder Sickergrube leisten zu können (siehe Morel à l'Huissier 2003). Dies könnte erklären, warum ärmere Familien mit traditionellen Latrinen vorliebnehmen. Dieser Grundsatz kann aber auch für die gesamten sanitären Anlagen herangezogen werden, denn die städtischen Haushalte in Burkina Faso müssten gemäß den behördlichen Vorschriften nicht nur eine »Ventilated Improved Pit«-Toilette, sondern auch eine Dusche und einen Waschplatz mit Sickergrube errichten lassen. Diese sanitären Anlagen werden zwar auch subventioniert, aber die Kosten für die gesamten, gesetzlich vorgeschriebenen häuslichen Sanitäreinrichtungen belaufen sich auf ca. 250.000 CFA (UN-Habitat 2008). Auch wenn es keine Statistiken darüber gibt, welche Familien das Angebot der staatlichen Behörde ONEA in Anspruch genommen haben, kann man davon ausgehen, dass angesichts des relativ hohen Errichtungsbeitrages ärmere Familien günstigere Alternativen bevorzugen bzw. bevorzugen mussten.

Im Bereich der Abwasserentsorgung fällt schließlich die regelmäßige Entleerung der Klär- und Sickergruben an. Je nach Haushaltsgröße und Fassungsvermögen der Gruben hat die Entleerung jährlich bzw. im Schnitt alle zwei bis drei Jahre zu erfolgen. Für die Durchführung dieser Dienstleistung können sowohl spezialisierte Kleinunternehmen mit Saugwägen als auch informelle Arbeiter, die mit Schaufel und Kübel ausgerüstet sind, herangezogen werden. Die Kosten für die Entleerung betragen zwischen 12.500 und 30.000 CFA (Traoré 2011). Neben den Errichtungskosten für Toiletten und Sickergruben können also auch die Entleerungskosten ärmere Familien vor finan-

zielle Herausforderungen stellen. Die Kosten für die Reinigung und die Instandhaltung der sanitären Anlagen stellen hingegen nur einen geringfügigen finanziellen Aufwand für die Familien dar. Sie belaufen sich den Berechnungen zufolge auf fünf Prozent des monatlichen Haushaltsbudgets einer nach monetären Kriterien armen Familie. Die Schlussfolgerung lautet demnach, dass diese Ausgaben auch für arme Familien tragbar sind (Mathys 2004)¹¹.

Im Hinblick auf die Entsorgung der Abwässer über die Kanalisation gibt es mehrere Finanzierungsmöglichkeiten. In Bamako existiert in manchen Stadtvierteln ein dezentrales Abwassersystem. Internationale NGOs haben die Errichtung von kleinräumigen Kanalisationsnetzen für die Entsorgung des Grauwassers gefördert. Im Viertel Hippodrome wurde beispielsweise ein dezentrales Abwassersystem, das zum größten Teil durch eine NGO finanziert wurde, um 15 Millionen CFA errichtet. In den einzelnen Haushalten wurden Waschplätze errichtet und diese an die Kanalisation angeschlossen. Die Kostenbeiträge der Haushalte beliefen sich auf 4.000 CFA pro Monat über einen Zeitraum von drei Jahren (CREPA 2005). Das dezentrale Abwassersystem wurde als dauerhafte Lösung konzipiert und in den vergangenen Jahren auf angrenzende Straßenzüge im Stadtviertel ausgeweitet. Aufgrund der mangelnden Bereitschaft der Haushalte, für die Wartung und Instandhaltung des Systems einen monatlichen Betrag von 500 CFA zu bezahlen, kommt es jedoch immer wieder zu Betriebsstörungen. Auch in sieben anderen Stadtvierteln in Bamako wurden solche Systeme, an die zwischen vierzig und vierhundert Haushalte angeschlossen sind, errichtet. Auch in diesen Vierteln konnten ähnliche Probleme im Hinblick auf die finanziellen Anforderungen an die Errichtung und die regelmäßige Reinigung der Anlagen beobachtet werden. Ein weiterer Nachteil der dezentralen Abwassersysteme liegt darin begründet, dass nur die Grauwässer, nicht aber die Schwarzwässer auf diese Art und Weise entsorgt werden können. Für die Familien bedeutet dies zumeist einen finanziellen Mehraufwand für die Anbindung an dieses System, das jedoch nur für einen Teil der Abwasserentsorgung eine Lösung bereitstellt.

In Ouagadougou gibt es im Gegensatz zu Bamako keine derartigen dezentralen Abwassersysteme. Die Strategie läuft vielmehr darauf hinaus, alle Haushalte in der Stadt früher oder später an die Kanalisation anzuschließen. In Burkina Faso wird die Erhaltung und die Ausweitung des Kanalisationsnetzes über ein System der Kreuzsubventionierung finanziert. Alle Haushalte, die einen privaten Wasseranschluss besitzen, bezahlen mit der monatlichen Wasserrechnung eine Abgabe für das Kanalisationsnetz. So trägt der Großteil der städtischen Bevölkerung finanziell zur Kanalisation bei, ohne aber von ihr zu profitieren. Zwar wird bei geringem Wasserkonsum – den vermeintlich ärmere Familien haben – ein Sozialtarif berechnet. Allerdings leben ärmere Familien in Ouagadougou oftmals mit mehreren anderen Familien in einem Gehöft und teilen

11 Die Zahlungsbereitschaft für Dienstleistungen in der Abfall- und Abwasserentsorgung ist aber nicht nur vom verfügbaren Haushaltsbudget abhängig, sondern auch von den Zahlungsgewohnheiten. Die Reinigung der Toilette gegen Bezahlung wurde in Nairobi trotz der geringen Kosten nicht angenommen, denn sie fiel nicht in die üblichen Haushaltsausgaben, die sich aus der Miete, den Schulgebühren und der Ernährung zusammensetzten (Thieme und De Koszmovsky 2012; siehe auch Ahmed 2014).

einen gemeinsamen Wasseranschluss. Der Wasserverbrauch des Hofes fällt dadurch nicht mehr unter den Sozialtarif. Die ärmeren Haushalte subventionieren demnach die reicheren Haushalte (Baron und Haoues-Jouve 2004).

Die monatlichen Mindest- und Höchstgebühren für die Sammlung der Haushaltsabfälle werden in Bamako und Ouagadougou von der Stadtverwaltung festgelegt. In Bamako bewegt sich der gesetzliche Rahmen für die Müllabfuhrgebühren zurzeit zwischen 750 und 3000 CFA. Den GIE, also den Kleinunternehmen, die in der Abfallsammlung tätig sind, ist es freigestellt, die endgültige Höhe der Gebühren zu bestimmen. Die Tarife der sechzig GIE liegen derzeit zwischen 1000 und 2000 CFA pro Monat und werden meist im Hinblick auf die Distanz zur nächsten Mülldeponie berechnet. Manche GIE haben die Tarife jedoch der finanziellen Situation ihrer AbonnentInnen angepasst und gestatten finanzschwachen Bevölkerungsschichten Nachlässe (Sidibé 2011). Berechnungen für Bamako zeigen, dass die Kosten für die Abfallsammlung durch eine GIE innerhalb der allgemein akzeptierbaren Norm liegen sollten, denn sie betragen rund zwei Prozent eines durchschnittlichen monatlichen Haushaltseinkommens (UN-Habitat 2010 a). Nationalen Statistiken zufolge sind allerdings 85 Prozent der Haushalte in Bamako nicht bereit, mehr als 1.000 CFA pro Monat für die Sammlung der Haushaltsabfälle zu bezahlen (DNACPN 2007 b).

In Ouagadougou bewegen sich die Gebühren für die Abfallsammlung zwischen 500 und 1.000 CFA. Im Vergleich zu Bamako ist es für die Haushalte um die Hälfte bis um zwei Drittel günstiger, ihre Abfälle adäquat zu entsorgen. Dies kann zum Teil auf die Abfallwirtschaftsstrategie zurückgeführt werden, da diese als Richtlinie einen monatlichen Höchstarif von 1.000 CFA vorsieht. Aber das ist auch darauf zurückzuführen, dass viele Vereine und Kleinunternehmen ihre Gebühr dort unter 1.000 CFA angesetzt haben. Wieso dies der Fall ist, ist zwar nicht ganz klar. Aber einen großen Einfluss auf die tatsächliche Preisgestaltung dürfte die Konkurrenz durch informelle Akteure haben. Diese bieten ihre Dienstleistung zu unschlagbar günstigen Preisen an, sodass die offiziell anerkannten Akteure oftmals keine Anhebung der Abfallsammelgebühr wagen (Sory 2013).

Sowohl in Bamako als auch in Ouagadougou bleiben also die Tarife für die Abfallentsorgung meistens unter der gesetzlich zulässigen Obergrenze. Damit kommen die in der Abfallsammlung offiziell zugelassenen Akteure den Wünschen der Familien entgegen. Zugleich bringt dieser Kompromiss jedoch das Problem mit sich, dass die Tarife für die Abfallsammlung nicht mehr kostendeckend sind. NGOs und internationale Organisationen argumentieren, die Preise zu erhöhen, denn solange sie weniger als drei Prozent des monatlichen Haushaltseinkommens ausmachen, sollten sie von den Haushalten getragen werden können (Whittington et al. 1992). Dies ist zum einen problematisch, denn es setzt die Bereitschaft der Familien voraus, einen höheren Preis für die Sammlung ihrer Abfälle zu bezahlen und birgt die Gefahr der illegalen Entsorgung der Abfälle. Zum anderen scheinen diese Überlegungen die Konkurrenz durch informelle Akteure außer Acht zu lassen. Tatsache ist, dass in Bamako und Ouagadougou viele Haushalte kein Abonnement bei einer GIE oder einem Verein aufnehmen, sondern die Abfälle durch informelle AbfallsammlerInnen entsorgen lassen. Diese Anbieter haben keine fixen Preise, sondern sie verlangen pro Mülleimer im Schnitt zwischen 50 und 100 CFA (Sidibé 2012). Wenn die Menschen nicht mit dem geforderten Preis einverstanden

sind, sind die informellen Dienstleister meistens auch bereit, einen Preisnachlass auszuhandeln.

Preiskontrollen und die Ermittlung einer »angemessenen« Gewinnspanne, wie sie von der Stadtverwaltung durchgeführt werden, stehen nicht im Einklang mit der Vorstellung von ökonomischer Gerechtigkeit der informellen Akteure. Die Erkenntnisse einer kultur- und sozialanthropologischen Forschung über Schwarzmarktgeschäfte in Kamerun sind hier durchaus erhellend. Janet Roitman (2005: 12) zufolge stecken hinter den »illegalen« Handelspraktiken soziale Überlegungen:

»Their recourse to rounding up, bargaining, and negotiation is not necessarily perceived as economically problematic – the source of inflation; illogical and premodern; anticonsumer – since these practices are often viewed as the very means to account for social and economic differences, and hence promote certain forms of economic redistribution«.

Für die HändlerInnen auf den Schwarzmärkten ist der Preis keine fixe Einheit, sondern wird unter Berücksichtigung vieler Kriterien wie die Merkmale der KundInnen (Alter, ethnische Zugehörigkeit, Geschlecht, Status, Einkommen) oder die Beziehung zwischen Anbieter und Kunde (Generation, Verwandtschaft, Heiratsbeziehungen) verhandelt. Dienstleistungen werden in bestimmten Fällen auch auf Kredit erbracht (siehe ebd.). Diese Art der Logik könnte auch auf die Erbringung von Dienstleistungen durch informelle AbfallsammlerInnen in Bamako und Ouagadougou übertragen werden, denn auch hier gehen die Annahmen davon aus, dass die soziale Nähe zu den KundInnen mit bestimmten, kulturell definierten, Rollenbildern und den damit verknüpften Rechten und Pflichten einhergeht.

Neben Investitions- und Instandhaltungskosten für sanitäre Anlagen und Gebühren für die Abfall- und Abwasserentsorgung entstehen für die Haushalte im städtischen Raum weitere finanzielle Belastungen in Form von umweltbezogenen Steuern und Abgaben. Die Einführung umweltbezogener Steuern in Mali geht auf Struktur Anpassungsprogramme der Weltbank in den 1980er Jahren zurück. Dies sollte sicherstellen, dass der Umweltsektor durch die StadtbewohnerInnen und SteuerzahlerInnen mitfinanziert wird. Eine Abgabe an die kommunale Müllabfuhr sollte das Erbringen von öffentlichen Dienstleistungen im Bereich der Abfallwirtschaft gewährleisten. Es konnte jedoch seit der Einführung der Müllabfuhrsteuer nie durchgesetzt werden, dass alle Haushalte sie auch bezahlen. Im Jahr 1984 bezahlte beispielsweise nur ein Viertel der Haushalte in Bamako diese Abgabe, was auf zwei Gründe zurückgeführt wird. Einerseits hatte die Einführung dieser Steuer nicht zu einer Verbesserung der Leistungen der städtischen Müllabfuhr beigetragen. Andererseits hatten die beitragspflichtigen StädterInnen Zweifel an der Richtigkeit der Bemessungsgrundlage, denn nur zehn Prozent der Haushalte waren mit dieser Gebühr belegt worden:

»Ce score médiocre des services de recouvrement de la taxe provient en grande partie de la très mauvaise acceptation de cet impôt nouveau et à cause de la défaillance des services municipaux et de la très inégale répartition de l'assiette (10% des ménages assujettis)« (Anizon 1987 : 30).

Aktuell beläuft sich die Höhe der Müllabfuhrsteuer in Bamako auf 3.000 CFA pro Jahr und Haushalt. Die Akzeptanz dieser Abgabe ist jedoch nicht gestiegen und die Müllabfuhrsteuer kann lediglich von etwa fünf Prozent der Haushalte eingehoben werden (Sidibé 2012). Der hauptsächliche Grund hierfür ist, dass die Familien den Eindruck haben, dass sie für die Abfallsammlung doppelt bezahlen müssen, indem sie sowohl der GIE einen monatlichen Betrag für die Entsorgung der Haushaltsabfälle entrichten als auch eine jährliche Müllabfuhrsteuer bezahlen sollen. Den meisten Familien ist nicht bewusst, dass die Abfallsammelgebühr nicht alle anfallenden Kosten in der Abfallwirtschaft abdeckt und dass die städtische Müllabfuhr ohne Einnahmen aus der Müllabfuhrsteuer nicht in der Lage ist, die Deponiebewirtschaftung zu finanzieren.

In Ouagadougou wurde bereits 1973 eine Steuer für die Straßenreinigung und die Abfallentsorgung eingeführt. In den 1980er Jahren wird die Bezahlung dieser Steuer als wenig zufriedenstellend beschrieben. Die geringe Bereitschaft, finanziell zur kommunalen Abfallwirtschaft beizutragen, wird von Sylvie Jaglin (1991: 225) mit fehlendem Bürgersinn in Verbindung gebracht:

»Il nous semble en effet que les difficultés à mobiliser localement les ressources dépendent indéniablement d'une composante ›psychologique‹, que l'on peut qualifier provisoirement d'absence de ›sens civique‹ de la part des citoyens et qui se traduit en particulier par une évidente ›mauvaise volonté‹ à accomplir les devoirs fiscaux«.

In Ouagadougou gibt es diese Steuer heute nicht mehr, da ein anderes Konzept, das als Versuch einer öffentlich-privaten Partnerschaft gesehen werden kann, verfolgt wird. Mit den Gebühren für die Abfallsammlung sollte demnach die gesamte Abfallwirtschaft finanziert werden. Die Kleinunternehmen sollten dank den Abfallsammelgebühren den Transport der Abfälle zu den Mülldeponien übernehmen und gleichzeitig durch die Entrichtung einer Konzessionsgebühr an die Stadtverwaltung zur Finanzierung der Deponiebewirtschaftung beitragen. Die städtische Müllabfuhr sollte mit diesen Einnahmen sowohl die Müllverwertung als auch die Neuerrichtung von Mülldeponien finanzieren. Zusätzlich wird ein Teil der Marktstandgebühren, die von der Stadtverwaltung eingehoben werden, der städtischen Müllabfuhr zugeführt (Sory 2013). Dieses Konzept hat für die Stadtverwaltung bisher mittelmäßige Ergebnisse erzielt, denn nur die Einnahmen aus den Marktstandgebühren sind zufriedenstellend. Die Kleinunternehmen und Vereine sind mit der Bezahlung der Konzessionsgebühr im Verzug. Dadurch, dass die Abfallsammelgebühren relativ niedrig angesetzt sind und sich die Konkurrenz durch informelle Abfallsammler negativ auf die Anzahl der abonnierten Haushalte auswirkt, wird der betriebswirtschaftliche Erfolg der offiziellen Akteure in der Abfallsammlung geschmälert.

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass die Stadtbevölkerung im Gegensatz zur Wasserversorgung den sanitären Anlagen und Entsorgungsleistungen eine geringere Bedeutung beizumessen scheint. Ärmere Bevölkerungsschichten sind wenig bereit, finanzielle Eigenleistungen für die Errichtung und Wartung von sanitärer Infrastruktur zu erbringen bzw. Umweltsteuern zu entrichten. Dass die Klär- und Sickergruben möglicherweise undicht sind oder dass das dezentrale Abwassersystem nicht voll funktionsfähig ist, wird offensichtlich in Kauf genommen. Es werden ausschließlich Dienstleistungen in Anspruch genommen, welche als unumgänglich angesehen wer-

den. Dazu zählen einerseits die Entleerung der Klär- und Sickergruben und andererseits die Abfallsammlung. Darauf weisen auch Bockelmann und Samol (2004) hin. Aus der Perspektive der StadtbewohnerInnen zählt v.a. das Preis-Leistungsverhältnis und daher beauftragen viele nicht die offiziell zugelassenen Akteure mit der Abfall- und Abwasserentsorgung, sondern sie greifen auf die informellen Anbieter zurück. Diese haben im Unterschied zu den Kleinunternehmen, GIE und Vereinen keinerlei Abgaben an die Stadtverwaltung zu bezahlen und unterliegen auch keinen Umweltstandards. Dass die Tätigkeiten der informellen Akteure rechtlich gesehen nicht erlaubt sind und dass sie die Abfälle und Abwässer meist ohne jegliche Vorsicht in die Umwelt abführen, scheint viele StädterInnen nicht zu stören. Es macht vielmehr den Eindruck, dass eine intakte Umwelt und die allgemeine Verbesserung der Lebensbedingungen in der Stadt nicht oberste Priorität für die Bevölkerung haben bzw. die Menschen den Zusammenhang nicht erkennen.

4.3. Handlungstheoretische Aspekte: Handeln und Technik

Wie in den vorhergehenden Ausführungen offensichtlich wurde, spielt die Nutzung von Infrastruktur für das Umweltverhalten eine große Rolle. In den sozialwissenschaftlichen Handlungstheorien wurde der Einfluss von Umwelttechnologien auf das Handeln von Menschen lange Zeit nur am Rande behandelt. Gerade im Hinblick auf die städtische Infrastruktur, die im europäischen Kontext oft etwas Unsichtbares und gleichzeitig für die meisten Menschen im Alltag als etwas Selbstverständliches betrachtet wird, wurden die damit in Verbindung stehenden Verhaltensweisen nur ungenügend analysiert. Es wird oft davon ausgegangen, dass die technische Entwicklung in diesen Städten so weit fortgeschritten ist, dass Menschen Entsorgungsleistungen ohne größere Anpassungsleistung nutzen können. Dadurch, dass die Inanspruchnahme der Abfallsammlung durch die Müllabfuhr oder die Abwasserentsorgung mittels der Kanalisation zu einem routinisierten, gut funktionierendem Ablauf geworden ist, wird das tatsächliche Funktionieren von Infrastruktur nicht mehr problematisiert.

Dass diese Annahme jedoch nicht ohne weiteres gültig ist, soll mit einem Beispiel von Marion Jenkins und Beth Scott (2007) in ländlichen und peri-urbanen Gegenden in Ghana aufgezeigt werden. In diesem Beispiel werden die Praxis des Händewaschens mit Seife und die Benützung einer Toilette analysiert und die damit einhergehenden Handlungsansprüche einander gegenübergestellt. Beim Händewaschen gebe es relativ geringe technologische Anforderungen an die handelnden Menschen, sich neue Verhaltensweisen anzueignen. Fast ausnahmslos verfügten Menschen über Wasser, Seife und das Wissen, wie man sich die Hände wäscht. Wenn es also darum gehe, das Händewaschen vor dem Essen oder nach dem Gang auf die Toilette eine Gewohnheit werden zu lassen, sei dies nur mit geringen psychologischen Hürden verbunden. Bestehe das Ziel jedoch darin, sich eine (neue) Toilette zuzulegen, würden noch zusätzliche Faktoren eine Rolle spielen: Nicht nur neue Kenntnisse zur Benutzung dieser Toilette seien gefordert, sondern es müssten auch neue technische Produkte und Materialien sowie die Dienstleistung von Maurern in Anspruch genommen werden. In Ghana seien öffentliche Toiletten weit verbreitet und würden von großen Bevölkerungsteilen, welche keine

private Toilette besäßen, genutzt. Darüber hinaus würden in den Haushalten zumeist so genannte »bucket toilets«, also Eimer, zum Einsatz kommen, welche regelmäßig gesammelt und ausgeleert würden. Viele Menschen in Ghana hätten also keine Erfahrungen mit privaten, dauerhaft errichteten Toilettenhäuschen mit Sickergrube. Hier spiele nach Jenkins und Scott nun einerseits der Zugang zu spezialisiertem Wissen und den Materialien, andererseits die Leistbarkeit der technischen Bestandteile eine Rolle. Wenn die Errichtung einer Toilette mit hohem technischem und finanziellem Aufwand verbunden sei, dann liege die Wahrscheinlichkeit bei weniger als dreißig Prozent, dass tatsächlich eine (neue) Toilette gebaut werde (ebd.).

Es stellt sich insofern auch die Frage nach der Notwendigkeit einer Reflexion im Sinne von angepassten Technologien. Das Konzept der angepassten Technologien bezieht sich im Allgemeinen auf die Rücksichtnahme der lokalen technischen und gesellschaftlichen Voraussetzungen bei der Einführung und Entwicklung von Technologien. Es sei demnach oft nicht zielführend, wenn die in Industrieländern genutzten hochkomplexen und teuren Technologien in Entwicklungsländer importiert und auf dieselbe Art und Weise zum Einsatz kommen würden. Einerseits würden die notwendige Infrastruktur und die erforderlichen Kapazitäten fehlen, andererseits wären die (gesellschaftlichen) Kosten oft höher als der Nutzen dieser Technologien, weil diese meist kapitalintensiv und nicht arbeitsintensiv seien. Wenn hingegen auf lokal verfügbare Materialien zurückgegriffen werde, dann sei dies sowohl kostensparend wie auch umweltschonend (siehe Chevron 2011). Im Hinblick auf meine Forschungsfrage möchte ich einen bestimmten Aspekt im Zusammenhang mit angepassten Technologien besonders betonen, nämlich inwiefern Technologien an die jeweiligen Gewohnheiten von Menschen anknüpfen und ihr Verhalten in die gewünschte Richtung lenken können. Dies ist deshalb von Bedeutung, weil sich gezeigt hat, dass menschliche Verhaltensweisen sich auf die Funktionalität von Technologien auswirken können. Indem angepasste Technologien im Sinne von Technologien, die an das menschliche, kulturell geprägte Verhalten angepasst sind, entwickelt werden, können Umweltprobleme möglicherweise effizienter gelöst werden als mit Informationskampagnen, die direkt auf Verhaltensänderungen abzielen.

Ein wichtiger Beitrag zu dieser Diskussion stammt von Jaap Jelsma und Marjolijn Knot (2002) aus der Wissenschafts- und Technikforschung. Diese beiden WissenschaftlerInnen zeigen auf, dass Umwelttechnologien gewisse Eigenschaften aufweisen und daher nicht als neutral oder ausschließlich funktional bezeichnet werden können. Technologien würden Skripten enthalten, die gewisse Verhaltensweisen vorschreiben oder empfehlen und andere Verhaltensweisen verhindern würden. Im Hinblick auf ökologische Produkte sei es also erforderlich, dass die Nutzung des Produkts beispielsweise energie- und wassersparend oder abfallvermeidend möglich sei. Umweltfreundliches Verhalten liege demnach nicht nur im Entscheidungsspielraum der handelnden Menschen, sondern werde bereits durch technische Produkte vorbestimmt. Jelsma und Knot betonen allerdings, dass es zwischen der »Entwicklerlogik« und der »Nutzerlogik« Unterschiede geben könne, welche unerwünschte Folgen nach sich ziehen könnten. Wenn beispielsweise Urinseparationstoiletten zum ersten Mal in einen Haushalt oder im öffentlichen Raum eingeführt würden, dann könne nicht davon ausgegangen werden, dass die Handlungsanleitungen und das konkrete Handeln einander vollends

entsprechen. Persönliche Gewohnheiten und Motivationen könnten trotz den materiellen Gegebenheiten inhärenten Skripten zu unvorhergesehenem Nutzerverhalten führen. Eine eigene »Nutzerlogik« könne auch im Hinblick auf Dienstleistungen zum Tragen kommen. Dienstleistungssysteme, welche sowohl auf materiellen Dispositionen als auch auf organisatorischen, sozialen und politischen Elementen aufbauen, könnten von den KonsumentInnen ein bestimmtes Verhalten voraussetzen, ohne dies jedoch erzwingen zu können (ebd.).

Einige Faktoren, welche das Ausmaß der Übereinstimmung von Entwicklerlogik und Nutzerlogik beeinflussen, sind die Richtung, die Stärke und die Reichweite eines Skripts als einem der Technologie eingeschriebenen Handlungsschemas (Jelsma 2006). Können die Normen, Werte, Überzeugungen und Prioritäten bei der Nutzung einer neuen Technologie aufrechterhalten werden, dann ist die Wahrscheinlichkeit groß, dass die Aneignung einer solchen neuen Technologie erfolgreich sein wird¹². Die Einführung der neuen Technologie muss in diesem Fall nur geringfügig von bewusstseins-schaffenden Maßnahmen begleitet werden. Die Stärke eines Skripts beschreibt die Offenheit bzw. Geschlossenheit, d.h. wie viel Freiheit den NutzerInnen gelassen wird. Im Hinblick auf meine Forschung könnte das die Frage betreffen, ob die verfügbaren Technologien modular konzipiert sind, sodass die Menschen bei der Errichtung von sanitärer häuslicher Infrastruktur frei wählen können. Bei zu viel Freiheit können sich Verhaltensweisen möglicherweise nicht ändern, bei zu vielen Einschränkungen kann es möglicherweise zum Widerstand der NutzerInnen kommen. Bei Technologien, die als Black Box, also als System mit unbekanntem Aufbau und Funktionsweise funktionieren – beispielsweise Kanalisation und Kläranlagen – bleiben diese Effekte aus, da sich die NutzerInnen nicht bewusst sind, dass sie diszipliniert werden. Die Reichweite eines Skripts bezieht sich im Verständnis von Jaap Jelsma (2006) auf die Ebenen, auf der Änderungen eingeführt werden. Unterschieden werden kann nach ihm zwischen drei Ebenen: Die erste Ebene betrifft die Interaktion zwischen Mensch und Technologie, also die Verwendung und Nutzung von Technologien wie z.B. im Fall der Einführung von Toiletten. Die zweite Ebene bezieht sich auf Handlungsabläufe, welche eine Vielzahl an Prozessen und Handlungen umfassen. Als Beispiel können Tätigkeiten wie Kochen oder Wäsche waschen angeführt werden. Die dritte Ebene geht über bestimmte Anwendungen und Prozesse hinaus und bezieht sich auf ganze Systeme wie beispielsweise das System Wohnen (ebd.).

Im Hinblick auf die städtische Infrastruktur im Bereich der Assanierung wurde die Wechselwirkung zwischen materiellen Gegebenheiten und menschlichem Handlungsspielraum von Georges Knaebel et al. (1986) anhand der Abwasserentsorgung tiefergehend erörtert. Die gängige Betrachtungsweise von Systemen der Abwasserbeseitigung, die lediglich technische Aspekte wie die Infrastruktur und ihre Funktionstüchtigkeit

12 Andere ForscherInnen verwenden hierfür nicht den Begriff Richtung, sondern unterscheiden zwischen inkrementeller und architektonischer Innovation. Inkrementelle Innovation bedeutet eine stufenweise Entwicklung eines Produkts, die häufig mit einer verbesserten Leistung und einem verfeinerten Design einhergeht. Die Gewohnheiten der NutzerInnen werden hierdurch nicht beeinflusst. Architektonische Innovation hingegen fügt einem Produkt neue Merkmale hinzu und die Nutzung bedarf daher einer Veränderung der Fertigkeiten, Kompetenzen und Erwartungen (Abernathy und Clark 1985).

berücksichtige, greife in mehrerer Hinsicht zu kurz. Es müssten sowohl institutionelle und politische Aspekte im Hinblick auf die bürokratische Verwaltung als auch juristische Aspekte im Hinblick auf den Grundstücksbesitz und ökonomische Aspekte wie das Einkommen der Bevölkerung in die Planung von technischer Infrastruktur miteinbezogen werden. Am Beispiel von Kanalisation und Entwässerungsrinnen wurde von Jean-Marc Offner (1993) zwischen dem Vorhandensein der Infrastruktur und deren Funktionalität unterschieden. So liefere die Anbindung an das Kanalisationsnetz oder an Entwässerungsrinnen nur unvollständige Informationen über die Nutzungsmöglichkeiten des Netzes. Die Existenz von Infrastruktur und deren Funktionalität könne konzeptuell mithilfe von Anweisungen für die Verwendung der Infrastruktur aufgezeigt werden. Dennoch könnten laut Offner die einzelnen Aspekte in der Interaktion des Menschen mit der Infrastruktur – Anbindung, Verhaltensvorschriften und tatsächliche Nutzung – sich unabhängig von den anderen Aspekten verändern. Also könnte der Zugang zur Infrastruktur ausgeweitet werden, während gleichzeitig die Nutzungsweisen dieselben bleiben würden. Oder es könnten die Anweisungen für die Verwendung der Infrastruktur gleichbleibend sein, während sich die konkrete Nutzung des Netzes verändere. Wenn die fehlende Übereinstimmung zwischen der Anbindung an eine Infrastruktur, den Verhaltensvorschriften und der tatsächlichen Nutzung immer größer werde, dann könnte dies die Existenz der Infrastruktur in Frage stellen und in weiterer Folge die existierende technische Infrastruktur aufgeben und durch eine andere bzw. neue Infrastruktur ersetzt werden (ebd.). Als Beispiel hierfür können die dezentralen Abwassersysteme in Bamako angeführt werden. Den NutzerInnen dieser Systeme wurde die Anordnung erteilt, nur Grauwasser in das System abzuführen. Damit sollte verhindert werden, dass feste Abfälle in das System gelangen und zu Funktionsstörungen führen. Wenn nun aber ein dezentrales Abwassersystem auf neue Stadtteile ausgeweitet wird, können die Kapazitäten bei gleichbleibender Nutzung zu gering werden und das System als nicht mehr funktional erscheinen. Gleiches gilt für den Fall, dass die Verhaltensvorschriften nicht mehr befolgt werden und Schwarzwasser oder Essensreste im System entsorgt werden. Auch hier sei das ordnungsgemäße Funktionieren des Systems nicht mehr gewährleistet (Steiner 2002). Diese Erfahrungen wurden in Bamako bereits in einigen Stadtvierteln gemacht, allerdings haben sie aufgrund von mehreren Ursachen noch nicht dazu geführt, dezentrale Abwassersysteme zugunsten traditioneller Sickergruben oder der Kanalisation aufzugeben.

Wie es das Beispiel der dezentralen Abwassersysteme in Bamako aufgezeigt hat, wirkt sich eine übermäßige bzw. inadäquate Nutzung negativ auf die Umwelt aus. Die im System eingebauten Sedimentationsbecken und Kohlefilter, welche die Grauwässer von starken Verunreinigungen befreien sollten, bevor diese in den Fluss geleitet werden, sind bei zu hohen Abwassermengen und Fließgeschwindigkeiten nicht mehr funktional bzw. für die Reinigung von Schwarzwässern nicht geeignet. Die Auswirkungen der Nutzung von Technologien auf die Umwelt im Bereich der Infrastruktur müssen also genau betrachtet werden. Bei der Analyse der Interaktionen zwischen Menschen und Technologien wurden im Hinblick auf die Einführung einer neuen Technologie folgende Aspekte von Groot-Marcus et al. (2006) im Falle einer Forschung über die Entwicklung der Haushaltstechnik im 20. Jahrhundert angeführt. Die AutorInnen weisen in ihrem

systembasierten Ansatz darauf hin, dass vier Aspekte für den Erfolg von neuen Technologien ausschlaggebend seien. Es handelt sich hierbei um:

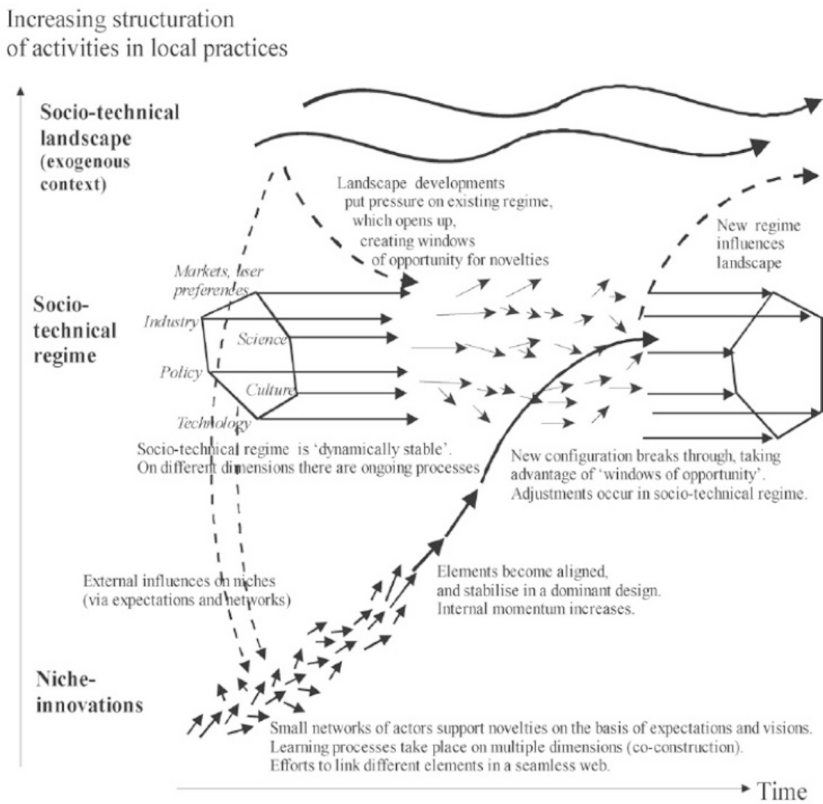
- Die Wahrnehmung von Veränderungen:
Hat die neue Technologie eine veränderte Wirkungsweise oder veränderte Ergebnisse, wird sich das Verhalten der NutzerInnen daran anpassen. Werden jedoch keine Veränderungen wahrgenommen, bleiben Gewohnheiten aufrecht. Ein Beispiel dafür wäre die Einführung eines phosphatfreien Waschmittels.
- Die Vereinbarkeit mit bisherigen Verhaltensweisen:
Verlangt eine neu eingeführte Technologie ein neuartiges Verhalten, so kann die Akzeptanz dafür im Haushalt vermindert sein. Ein Beispiel dafür wäre die Mülltrennung.
- Die Vereinbarkeit mit den Haushaltsressourcen:
Eine neu eingeführte Technologie sollte mit der verfügbaren Arbeitskraft und der Aufteilung der Hausarbeit zwischen den Haushaltsmitgliedern vereinbar sein, um erfolgreich zu sein. Wichtig dabei sind insbesondere die verfügbaren Zeitressourcen, die räumlichen Gegebenheiten und die finanziellen Ressourcen.
- Die Vereinbarkeit mit dem Lebensstandard:
Die Einführung einer neuen Technologie kann, wenn die Technologie den Schutz der Umwelt zum Ziel hat, mit einer Senkung des Lebensstandards verbunden sein. So gilt es z.B. im Fall der Verwendung von DDT als wirksames Insektizid, das aufgrund der negativen Auswirkungen auf die Umwelt verboten wurde. Eine neue Technologie kann aber auch den Lebensstandard erhöhen. So z.B. die Einführung der Waschmaschine in den 1970er Jahren. Allerdings hatte die Einführung der Waschmaschine in den Privathaushalten auch negative Auswirkungen auf die Umwelt. Im Vergleich zu den frühen 1970er Jahren, als pro Person wöchentlich 1,5 Kilogramm Wäsche gewaschen wurden, waren es Ende der 1990er Jahre 6 Kilogramm, wie dies Groot-Marcus et al. am Beispiel der Niederlande zeigen. Die Verwendung der Waschmaschine habe also dazu geführt, dass heutzutage für das Wäschewaschen mehr Wasser und Energie verbraucht werde als früher (siehe ebd.).

Ein weiterer Aspekt, der besonders bedeutsam ist, ist der Prozess der Normalisierung von Infrastruktur in einer Gesellschaft, denn er hilft zu verstehen, warum und auf welche Weise sich manche Technologien durchgesetzt haben. Standardisierte Technologien wie beispielsweise das Kanalisationssystem oder die Müllverbrennungsanlage, die in Industrieländern heute als selbstverständlich gelten, haben eine lange Geschichte von der Entwicklung bis zur flächendeckenden Umsetzung hinter sich. Die Aneignung von Technologie wird hierbei als eine aktive Handlung gesehen. Der Prozess der Entwicklung von Ideen bis hin zur Bereitstellung von Systemen spielt dabei eine zentrale Rolle. Der Ansatz von Geels und Schot (2007), der zwischen einer technischen Nische, einem soziotechnischen System und einer soziotechnischen Landschaft unterscheidet, kann hier gewinnbringend herangezogen werden. Als Nische wird jener Bereich bezeichnet, in dem technische Innovationen stattfinden. Der Begriff Nische wird einerseits deshalb verwendet, weil sich die neuen Erfindungen, meist Prototypen, noch nicht markt-

wirtschaftlich etabliert haben. Andererseits bezieht sich der Begriff Nische auch auf die ForscherInnen und EntwicklerInnen selbst. Häufig würden die SchöpferInnen von neuartigen Produkten eine randständige Position in der Forschungslandschaft einnehmen. Wenn sich eine Erfindung aufgrund eines verbesserten Preis-Leistungsverhältnisses oder die Unterstützung durch einflussreiche GönnerInnen durchgesetzt habe, dann finde sie sich im so genannten soziotechnischen System wieder. Dieses System könne man sich als ein komplexes Netz aus Akteuren der Wissenschaft, Politik und Industrie sowie NutzerInnen und Interessensgruppen vorstellen. Das soziotechnische System umfasse sozusagen den technologischen Standard, Regulierungen und Richtlinien sowie die vorherrschenden kulturellen Einstellungen im Hinblick auf ein bestimmtes Produkt. Durch die erfolgreiche Einführung einer neuen Erfindung sei das System gezwungen, Anpassungen vorzunehmen. Schließlich hätte das modifizierte soziotechnische System Einfluss auf die darüber liegende soziotechnische Landschaft. Diese bezeichnet die makroökonomischen Bedingungen, politische Entwicklungen und allgemeine kulturelle Normen. Veränderungen, die auf dieser Ebene stattfinden, wie beispielsweise neue Marktregulierungen, ein neues Steuersystem oder die Entstehung einer Konsumkultur, gingen gewöhnlich im Zeitraum von Dekaden vonstatten. Mit diesem Modell wollen Geels und Schot (2007) aufzeigen, wie eine Erfindung – man denke beispielsweise an die Antibabypille – Auswirkungen auf alle Bereiche der Gesellschaft und Umwelt haben können. Umgekehrt hätten jedoch auch Veränderungen in der soziotechnischen Landschaft Folgen für die darunterliegenden Ebenen. Ein neues Wettbewerbssystem zum Beispiel könnte Druck auf das soziotechnische System ausüben und dadurch Möglichkeiten für Innovationen in den technischen Nischen schaffen (siehe hierzu Abbildung 3).

Angewendet auf den Übergang von traditionellen Trockentoiletten zur modernen Wassertoilette mit Anschluss an die Kanalisation in den Niederlanden im Zeitraum von 1840 bis 1930 erweist sich das Modell von Geels und Schot (2007) als durchaus überzeugend. Dieser Wandel, der von Frank Geels (2006) beschrieben wird, erfolgte aufgrund einer Vielzahl an Faktoren: Den Ausgangspunkt bilden ihm zufolge die medizinischen Forschungen zum Zusammenhang zwischen Umweltverschmutzung und der Verbreitung von Infektionskrankheiten. Diese Forschungen, welche von Ärzten Mitte des 19. Jahrhunderts in den Niederlanden durchgeführt worden waren und welche die Verteilung von Krankheiten und Todesfällen im Stadtgebiet mit der Präsenz von Abfallhaufen und Schmutz im öffentlichen Raum sowie stagnierendem Abwasser und verwesenden Abfällen in den Kanälen in Verbindung brachten, seien in einer wissenschaftlichen Nische angesiedelt gewesen. Die Stadtverwaltungen hätten die Empfehlungen der Ärzte, für sauberes Trinkwasser, Abfallbeseitigung und saubere Luft zu sorgen, anfangs nicht ernst genommen und die Gesundheit als die persönliche Angelegenheit der BürgerInnen betrachtet. Investitionen in die städtische Infrastruktur seien erst in den 1870er und 1880er Jahren getätigt worden, als sich die soziotechnische Landschaft verändert hatte. Durch Industrialisierung und Urbanisierung hatte sich das Problem der Umweltverschmutzung für die ärmere städtische Bevölkerung noch verschärft. Ärzte argumentierten auf Basis der von Louis Pasteur entwickelten Keimtheorie und Ingenieure engagierten sich für neue technologische Lösungen in der Entsorgung von Fäkalien. Der Druck auf die Stadtverwaltungen sei schließlich so groß geworden, dass diese Tro-

Abbildung 3: Mehrebenenmodell von technologischer Entwicklung



(Quelle: Geels und Schot 2007: 401)

ckentoilettensysteme und mit Luftdruck operierende dezentrale Abwassersysteme einzuführen begannen. Die bereitgestellten Lösungen seien jedoch bei weitem nicht in der Lage gewesen, die Entsorgungsprobleme zu lösen. Bis zum Ende des 19. Jahrhunderts seien Sauberkeit und Hygiene zu weit verbreiteten Werten in der Gesellschaft avanciert. Die fortschreitende Demokratisierung hätte dazu geführt, dass die BürgerInnen und auch die Arbeiterschicht Verbesserungen ihrer Wohn- und Lebensbedingungen forderten. Schließlich wurde 1893 in Den Haag und 1914 in Amsterdam ein Kanalisationssystem errichtet (ebd.).

Das Modell von Geels und Schot (2007) kann auch neue Perspektiven auf die Umweltproblematik in westafrikanischen Städten ermöglichen, da es technologische Entwicklungen im Kontext gesellschaftlicher und politischer Entwicklungen betrachtet. Es gilt hierbei zu beachten, dass die drei Ebenen – die technische Nische, das soziotechnische System und die soziotechnische Landschaft – sich wechselseitig beeinflussen. Wenn sich beispielsweise eine neue lokale Erfindung im Sinne einer angepassten Technologie im Umweltsektor nicht etablieren kann, dann können die Ursachen sowohl in

den Marktbedingungen als auch in den Nutzergewohnheiten und -präferenzen liegen. Gleichzeitig können aber auch globale politische Einflüsse wie die Entwicklungsziele der Vereinten Nationen oder gesellschaftliche Probleme wie die Forderung nach der Schaffung von Arbeitsplätzen dazu führen, dass bestimmte umweltrelevante Technologien eingesetzt und gefördert werden.

5. Das Konzept des urbanen Lebensstils

In diesem Kapitel sollen ausgehend von theoretischen Überlegungen zum »Recht auf die Stadt« (Lefebvre 1968) Aspekte eines urbanen Lebensstils diskutiert werden. Inwiefern die vom Marxismus beeinflussten philosophischen Ansätze von Henri Lefebvre auch für afrikanische Städte, die durch informelle Arbeitsverhältnisse und informelle Zusammenschlüsse und Vereinigungen geprägt sind, hilfreich sein können, soll nun erörtert werden. Anschließend werden Fragen der urbanen Identität und der Entstehung neuer urbaner Lebensformen in den westafrikanischen Städten behandelt. Die Bedeutung gesellschaftlichen Wandels für die Ausformung von Handlungsstrategien bildet den Abschluss dieser Überlegungen.

5.1. Das »Recht auf die Stadt« im afrikanischen Kontext

Die Forderung nach dem »Recht auf die Stadt« geht auf den marxistischen Philosophen Henri Lefebvre (1968) zurück, der damit unter anderen Dingen die technokratische Sichtweise von StadtplanerInnen und ArchitektInnen auf die Stadt kritisierte. Lefebvres Arbeit steht vor dem Hintergrund des Wirtschaftsaufschwungs und des Bevölkerungswachstums in den Städten nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs. Im Frankreich der 1950er und 1960er Jahre wurde stark in den Bau von Sozialwohnungen in den Vororten der Großstädte investiert, um den MigrantInnen in die Stadt Wohnraum zur Verfügung stellen zu können. Die Stadtentwicklung zielte darauf ab, den neu zugezogenen Menschen grundlegende Dienstleistungen anzubieten, d.h. funktionale Lösungen für die Grundbedürfnisse Schlafen, Essen und familiäre Sozialbeziehungen bereitzustellen. Indem die StadtplanerInnen den Lebensraum (»l'habitat«) Stadt mit dem Wohnen (l'»habiter«) gleichsetzten, würden sie Lefebvre zufolge einen Fehlschluss begehen. Für Lefebvre ist die Stadt nämlich nicht nur ein Siedlungsgebiet mit bestimmten baulichen und demographischen Eigenschaften, sondern sie ist auch der Entstehungsort des Urbanen. Urbanität kann demnach nicht mit der Stadt gleichgesetzt werden. Lefebvre geht davon aus, dass es sich bei Urbanität um eine neue Form der Komplexität in räumlicher und sozialer Hinsicht handelt. Dies erinnert an Louis Wirths (1938) Definition von Stadt, welche auf den Kriterien Bevölkerungsgröße, Bevölkerungsdichte und Hetero-

genität der Bevölkerung beruht. Lefebvre verweist insbesondere auf das Stadtzentrum, denn dort seien die konstitutiven Elemente von Urbanität in ihrer Gesamtheit gegeben: Eine Vielzahl an Menschen unterschiedlichster Herkunft würde dort miteinander kommunizieren, was eine nie dagewesene Informationsflut mit sich bringen würde. Im Gegensatz zur Peripherie zeichnet sich das Zentrum nach diesem Konzept auch durch eine Vielzahl an Produktions- und Handelsbeziehungen sowie Märkte (Immobilien-, Kapital- und Arbeitsmarkt) aus. Die Dichte und die Gleichzeitigkeit all dieser Vorgänge und Handlungen in ihrer Diversität und Mehrdimensionalität machen also das Urbane bei Lefebvre (1970) aus:

»Donc, l'urbain, c'est une forme pure : le point de rencontre, le lieu d'un rassemblement, la *simultanéité*. Cette forme n'a aucun contenu spécifique, mais tout y vient et y vit. C'est une abstraction, mais le contraire d'une entité métaphysique, une abstraction concrète, liée à la pratique. Êtres de la nature, résultats de l'industrie, techniques et richesses, œuvres de la culture, y compris des façons de vivre, des situations, des modulations ou des ruptures du quotidien, l'urbain est *cumulatif* de tous les contenus« (Lefebvre 1970 : 159 f.).

Afrikanische Städte sind auch in diesem Sinn Orte der Begegnung und der kulturellen Innovation, wenn auch dieses umfassende Konzept von Urbanität auf afrikanische Städte schwer zu übertragen ist. Im Gegensatz zu europäischen oder amerikanischen Städten ging die Urbanisierung dort nicht mit einer Industrialisierung einher. Das Bevölkerungs- und das Wirtschaftswachstum standen und stehen nicht in einem ausgewogenen Verhältnis zueinander. In Städten wie Bamako oder Ouagadougou gibt es selbstverständlich einen ausgeprägten Handelssektor, denn Produkte wie Elektrogeräte, Fahrzeuge oder modische Kleidung sind begehrt. Ebenfalls wird eine große Bandbreite an Dienstleistungen wie z.B. Finanzdienstleistungen, Dienstleistungen im Gesundheits- und Bildungswesen oder in der Gastronomie angeboten. Was jedoch den Produktionssektor betrifft, sind zahlreiche Branchen wie die Tischlerei, die Schneiderei, die Metallverarbeitung oder die Ziegelherstellung nach wie vor stark handwerklich geprägt. Phänomene wie beispielsweise die Entfremdung vom Produkt der Arbeit, wie Lefebvre im Marx'schen Sinn in Zusammenhang mit der Industrialisierung in den europäischen Städten als wesentlich beschreibt, können demnach nicht im selben Umfang in afrikanischen Städten beobachtet werden. Die politischen Implikationen sind aufgrund der kolonialen Vergangenheit sowie der gegenwärtigen Zielvorgaben der internationalen Entwicklungspolitik jedoch durchaus ähnlich zu bewerten. Hier wie dort bestimmen nicht mehr Adelige bzw. traditionelle Herrscher über die Entwicklung der Stadt, sondern staatliche und kommunale Institutionen fällen die diesbezüglichen Entscheidungen.

Wenn man sich mit den politischen und gesellschaftlichen Aspekten der Urbanisierung in westafrikanischen Ländern auseinandersetzt, sind allerdings die Analyse und die politischen Forderungen von Henri Lefebvre von besonderem Interesse. Das »Recht auf die Stadt« oder – wie Lefebvre es auch bezeichnet – das Recht auf eine urbane Lebensform »droit à la vie urbaine« zielt darauf ab, unterschiedliche Lebensweisen, das Recht auf Zugehörigkeit, persönliche und gemeinschaftliche Entwicklung sowie soziale Gerechtigkeit angemessen zu bewirken. Neue soziale Bedürfnisse des Menschen stehen

demzufolge im Mittelpunkt, wobei diese nicht durch Konsumgüter befriedigt werden können. Es geht Lefebvre vielmehr darum, das kreative Potential der Menschen sowie die Begegnungen und den Austausch zwischen Menschen durch Feste, Spiele und Kulturveranstaltungen zu fördern. Das »Recht auf die Stadt« kann also als übergeordnetes Recht verstanden werden, welches verschiedene Rechte, darunter Freiheitsrechte, Grundrechte sowie Rechte der Teilnahme und der Aneignung beinhaltet:

»Le droit à la ville se manifeste comme forme supérieure des droits: droit à la liberté, à l'individualisation dans la socialisation, à l'habitat et à l'habiter. Le droit à l'oeuvre (à l'activité participante) et le droit à l'appropriation (bien distinct du droit à la propriété) s'impliquent dans le droit à la ville« (Lefebvre 1968 : 140).

Viele TheoretikerInnen nach Lefebvre haben diese Idee aufgegriffen und von »une autre ville pour une autre vie« (Simay 2009) oder vom »right to the city = right to another city« (Lopes de Souza 2010) gesprochen. Das »Recht auf die Stadt« enthält einen marxistisch inspirierten Wunsch nach radikaler Veränderung, der sich nicht auf die Reformierung der repräsentativen Demokratie innerhalb eines kapitalistischen urbanen Wirtschaftssystems reduziert, sondern der mehr Entscheidungs- und Kontrollbefugnisse für die lokalen Gemeinschaften beinhaltet. Inwieweit es sich beim »Recht auf die Stadt« um ein Ideal oder gar um eine Utopie handelt, bleibt dahingestellt. Die ökonomischen und politischen Voraussetzungen für eine umfassende Einräumung von Rechten an alle StadtbewohnerInnen sind nach Ansicht mancher AutorInnen in den Städten des »Globalen Südens« nicht gegeben (siehe Harvey 2009). Erstens gibt es in den meisten Städten starke sozioökonomische Gegensätze zwischen der politischen bzw. der wirtschaftlichen Elite und den marginalisierten Bevölkerungsschichten. Zweitens wird das staatliche Machtmonopol durch kriminelle Gruppierungen in diesen Städten häufig unterwandert, sodass der Staat seine BürgerInnen oft nicht vor Gewalt und Bedrohungen schützen kann. Die benachteiligten StadtbewohnerInnen würden darüber hinaus oft kein Gefühl einer gemeinsamen Zugehörigkeit oder urbanen Identität haben. Die Aufrechterhaltung eines abstrakten Wertes wie jenes der Staatsbürgerschaft gelinge deshalb kaum. Schließlich könne man in den Städten ärmerer Länder einen Prozess zunehmender Segregation feststellen. Dies würde die Wahrscheinlichkeit der Bildung kollektiver Handlungsformen mindern, wie David Harvey (2008) in Zusammenhang mit lateinamerikanischen Städten hinweist. Diese Tendenzen können auch in afrikanischen Städten beobachtet werden. Dort hat in den letzten Jahrzehnten nicht nur die monetäre Armut, sondern insbesondere die soziale Ungleichheit zugenommen. In Mali und Burkina Faso können so in den Hauptstädten viel größere Einkommensunterschiede als in den ländlichen Regionen beobachtet werden. So liegen die Gini-Koeffizienten¹ in Bamako und Ouagadougou bei 0,62 bzw. 0,64, während sie im nationalen Durchschnitt nur bei 0,33 bzw. 0,40 liegen (De Vreyer und Roubaud 2013). Die stärker ausgeprägte Ungleichheit in den Städten kann auf mehrere Gründe zurückgeführt werden: Einerseits haben hier Unterschiede im Bildungsniveau einen größeren Effekt auf die Beschäftigungs- und Einkommenschancen als im ländlichen Milieu. Andererseits gibt

1 Der Gini-Koeffizient ist ein statistischer Messwert für Ungleichverteilungen. Der Gini-Koeffizient bewegt sich zwischen dem Wert 0 für eine völlig gleichmäßige Verteilung und dem Wert 1 für eine maximale Ungleichverteilung.

es in der Stadt aber auch große Einkommensunterschiede zwischen den Geschlechtern, die sowohl auf die Mehrfachbelastung der Frauen als auch auf Diskriminierungen am Arbeitsmarkt zurückgeführt werden können. Im Vergleich zu den Hauptstädten der Nachbarländer, Dakar, Abidjan, Cotonou oder Lomé, zeigt sich, dass die soziale Mobilität von jungen Erwachsenen und Frauen in Bamako und Ouagadougou deutlich geringer ausfällt (ebd.). Die Urbanisierung in diesen beiden Städten geht also mit einer nie dagewesenen Kluft zwischen den Armen und den Reichen einher. Die Segregationsproblematik in diesen beiden Städten wurde in diesem Kapitel bereits ausgeführt. Welche Folgen sich daraus für die urbane Identität ergeben, wird in Folge erörtert werden.

Zuerst will ich nun zwei wesentliche Elemente des »Rechtes auf die Stadt«, nämlich das »Recht auf Partizipation« und das »Recht auf Aneignung«, erläutern. Die Aspekte Teilnahme und Mitbestimmung sind zentrale Bestandteile des Rechts auf die Stadt bei Lefebvre, der dabei von kollektiver Selbstverwaltung, der »autogestion«, spricht. Die Stadt befinde sich in einem stetigen Prozess der sozialen Konstruktion von Raum. Politische Kräfte würden auf diesen Raum und auf das Leben der Menschen in diesem Raum einwirken. Dies führe zu Interessenskonflikten, wobei Institutionen wie die Stadtverwaltung oder bestimmte Gruppen wie die herrschende Elite einen Machtvorteil besitzen würden. Die Interessen und Ideologien der Mächtigen würden dazu beitragen, dass Ressourcen, Technologien oder wissenschaftliche Erkenntnisse nicht optimal ein- oder umgesetzt würden, sondern politische und ökonomische Überlegungen vorangestellt würden (Lefebvre 1970). Dies sei Lefebvre zufolge der vom Staatsinterventionismus und Neoliberalismus geprägte Rahmen, der die Handlungsmöglichkeiten der BürgerInnen bestimmen würden. Entgegen dem Ideal der Partizipation würden die BürgerInnen lediglich politische und wirtschaftliche Subjekte darstellen. Die als naiv und passiv beschriebenen BürgerInnen würden also nicht tatsächlich Entscheidungen treffen, sondern sie hätten die Entscheidungshoheit bereits an die politische Elite abgegeben. Das neoliberale Primat zeige sich zum Beispiel darin, dass im Bereich des Wohnens nicht die Nutzung, sondern die ökonomischen Beziehungen zwischen VerkäuferInnen und KäuferInnen bzw. EigentümerInnen und MieterInnen im Mittelpunkt stünden. Auch in aktuellen Auseinandersetzungen mit Lefebvres Ansatz (siehe Lopes de Souza 2010) wird gezeigt, was Partizipation nicht ist. Partizipation dürfe sich nicht darauf beschränken, Entscheidungen der kommunalen RepräsentantInnen und der einflussreichen Interessensgruppen nur zu ergänzen oder zu korrigieren (siehe ebd.). Was Partizipation in der Praxis bedeuten könnte, zeigt die Charta für das »Recht auf die Stadt«. Diese Grundsatzerklärung wurde im Jahr 2005 von einem internationalen Dachverband von Organisationen und sozialen Bewegungen, die sich auf Lefebvre beziehen, entworfen. Ziel sind menschenwürdige Wohn- und Lebensbedingungen. Enthalten ist beispielsweise die Forderung nach dem Recht auf Mitbestimmung der StadtbewohnerInnen bei der Verwaltung des Gemeindebudgets. Gleichfalls sollten alle BürgerInnen die Möglichkeit besitzen, bei der Erstellung und Implementierung von Maßnahmen mitzuarbeiten. Damit sollten die Transparenz, die Effektivität und die Autonomie der Kommunalverwaltung gestärkt werden. Mitbestimmung müsse demnach mehr beinhalten als nur angehört zu werden und eine Antwort auf Fragen zu bekommen. Es müsse das Recht einschließen, mitregieren zu können und die Arbeit der Kommunalverwaltung überprüfen zu können (IAI 2005). Dies sind zwei-

felsohne wichtige Forderungen, die auch in afrikanischen Städten Verbesserungen für die ärmeren Bevölkerungsschichten mit sich bringen könnten. Bisher sind in Mali und Burkina Faso demokratische Instrumente wie Volksabstimmungen oder Volksbegehren in stadtplanerischen Belangen selten zum Einsatz gekommen. In Bamako wird jährlich eine öffentliche Versammlung, »L'Espace d'Interpellation Démocratique au Mali« genannt, organisiert, bei der die BürgerInnen den amtierenden MinisterInnen Anfragen stellen können. Dies kann zwar durchaus als erfreuliche Initiative zur Aufdeckung von Korruptionsfällen oder zur Besprechung der nicht ordnungsgemäßen bzw. schleppenden Umsetzung von Beschlüssen gesehen werden, allerdings ist diese Maßnahme noch längst nicht ausreichend, um allen BürgerInnen eine Möglichkeit der Mitsprache zu gewähren.

Das Recht auf Aneignung ist ein zweiter wichtiger Bestandteil des »Rechts auf die Stadt« im Verständnis von Lefebvre. Mit Aneignung sind der Zugang zu Grundstücken und Wohnflächen und die umfassende Nutzung des urbanen Raumes gemeint. Lefebvre kritisierte v.a. WissenschaftlerInnen, PlanerInnen und TechnokratInnen, die durch ihre Raumkonzeptionen bestimmte Repräsentationen des Raumes zu schaffen versuchen würden. Von den StadtbewohnerInnen hingegen würde meist angenommen, dass sie in ihrem nicht-reflexiven Alltag den Raum nur erleben und erfahren. Die urbane Bevölkerung sei aber imstande, diesen Raum Lefebvre zufolge auch zu gestalten. Raumgestaltung meint das Erscheinungsbild des städtischen Raums zu verändern, indem man sich kreativ mit den Symbolen von urbanen Formen und Strukturen auseinandersetzt. Der Prozess der Aneignung findet insbesondere in der informellen Raumnutzung statt. Die Stadt sieht Lefebvre (1968) auch als Kunstwerk, das durch die kollektiven Handlungen der StadtbewohnerInnen erst entstehen würde.

In Verbindung mit der Aneignung des Raumes steht darüber hinaus die Frage nach dem Gebrauchswert des urbanen Raumes. Die Stadt sollte für die Bevölkerung nicht einen hohen Tauschwert, sondern einen hohen Gebrauchswert haben. Dies entspricht Lefebvres Ablehnung der Kommodifizierung des Raumes, die zum Ausschluss bestimmter Bevölkerungsschichten sowie zur Segregation des urbanen Raumes führe. Der Gebrauchswert von Wohnraum wird von ihm beispielsweise an den Kriterien Größe, Sicherheit, Wohnraumqualität und Ausstattung gemessen werden. Dieser Idealvorstellung von Wohnen stellt Lefebvre die Praktiken des Bauens gegenüber. Die ArchitektInnen hätten sich dem Diktat der Marktlogik untergeordnet und würden zur residentiellen Segregation beitragen, indem die wirtschaftlichen Interessen von Bauträgern und Investoren sowie die Einkommensunterschiede für die Wahl des Wohnortes ausschlaggebend würden:

»Qu'il [l'architecte] le veuille ou non, il construit selon les contraintes des revenus (salaires et traitements), des normes et valeurs, c'est-à-dire selon des critères de classe qui aboutissent à la ségrégation et de brassage. Plus généralement, l'architecte se voit pris dans le «monde de la marchandise», sans savoir qu'il s'agit d'un monde. Inconsciemment, c'est-à-dire en toute bonne conscience, il subordonne l'usage à l'échange et les valeurs de l'usage à la valeur d'échange« (Lefebvre 1970 : 122 f.).

Lefebvre macht auch konkrete Vorschläge, wie der Gebrauchswert der Stadt erhöht und welche Maßnahmen getroffen werden könnten, damit die Stadtbevölkerung in höhe-

rem Ausmaß über den urbanen Raum verfügen kann. Er nennt hier einerseits die Notwendigkeit, die öffentliche Verkehrsinfrastruktur zu verbessern, damit auch die BewohnerInnen der städtischen Peripherie Zugang zum Stadtzentrum erhalten. Andererseits sei es erforderlich, dass Straßen und Plätze nicht nur dem Zweck des Transports bzw. des Konsums untergeordnet werden, sondern dass sie auch die Möglichkeiten bieten, dort zu verweilen oder sich zu versammeln. In Verbindung mit der Wiederaneignung des Raumes steht also auch die Wiederbelebung der zwischenmenschlichen Beziehungen, was Lefebvre als eine Art der Rückeroberung der Freiheit betrachtet.

Wie Lefebvre betont, gibt es viele Hürden, welche ein solches Voranstellen des Gebrauchswertes des urbanen Raums erschweren. Der Geograf Mark Purcell (2002) erwähnt hier zuallererst die Fokussierung auf das Wirtschaftswachstum. Immer mehr in den Städten in Entwicklungsländern wie nach wie vor auch in den Städten der Industrieländer werde das ökonomische Wachstum der sozioökonomischen Entwicklung vorangestellt. So seien Maßnahmen heutzutage weniger auf eine bedürfnisorientierte Umverteilung als auf einen angebotsorientierten Wettbewerb ausgerichtet. Wirtschaftswachstum und Wettbewerb würden als Motor für die lokale Politikgestaltung dienen. Überdies würden Aufgabengebiete, die früher der öffentlichen Hand zugewiesen waren, auf nichtstaatliche oder quasistaatliche Akteure übertragen. Die Möglichkeiten der lokalen Mitbestimmung seien dadurch in manchen Bereichen nicht mehr unter denselben Voraussetzungen gegeben.

Ein weiteres Problem liege darin begründet, dass die unkontrollierte Nutzung des urbanen Raumes durch die StadtbewohnerInnen für die Stadtverwaltung mit dem Potential sozialer Unruhen einhergeht. Wie Lefebvre anführt, wurde in Frankreich in Zeiten der politischen Krise wiederholt das Versammlungsverbot im öffentlichen Raum verhängt. Dies gilt ebenso oder vielleicht noch mehr für die Städte in afrikanischen Ländern, wo die Staatsapparate oft repressiv gegen Straßendemonstrationen und Bürgerproteste vorgehen (siehe Siméant 2014). Aber es genügt in manchen Fällen, dass die Nutzung des urbanen Raums einen anarchischen Eindruck auf die Stadtverwaltung macht und sie einschreitet, um für »Recht und Ordnung« zu sorgen. Für afrikanische Städte könnte das »Recht auf die Stadt« deshalb auch so beschrieben werden:

»[...] right to be messy and inconsistent, or to look disordered. This is not the right to be left alone, but to be engaged, to be the object of request, to be re-settled or re-aligned – to thrive in unanticipated ways« (Simone 2010a: 331).

Wie wir gesehen haben, lassen sich die Überlegungen von Lefebvre nur bedingt auf den afrikanischen Kontext übertragen, denn die afrikanischen Städte unterscheiden sich in mehrfacher Hinsicht von den Städten, auf die sich Lefebvre bezog. Die Siedlungsgeschichte, die Lebensbedingungen und die Bezugspunkte der städtischen Bevölkerung sind nicht mit jenen der französischen Großstädte in den 1960er Jahren gleichzusetzen. Dennoch können einige wichtige Aspekte im Hinblick auf die politischen Konsequenzen der fortschreitenden Urbanisierung und der Einbindung in globale Wirtschaftsprozesse festgehalten werden. Inwiefern Lefebvres Ausführungen zur urbanen Identität für die Diskussion der städtischen Lebensweisen in Afrika von Relevanz sind, bleibt schlussendlich jedoch unklar. Im Werk Lefebvres, einem marxistischen Philosophen, bezieht sich das Recht auf die Stadt besonders auch auf die Arbeiterschicht in Frank-

reich, die durch die Industrialisierung zu StadtbewohnerInnen geworden sind. Sowohl räumlich als auch sozioökonomisch marginalisiert, versuchte die Arbeiterschicht sich durch Integration und Partizipation in die Stadt einzufügen. Die Bemühungen der Arbeiterschicht werden von Lefebvre Ende der 1960er Jahre jedoch als wenig erfolgreich beurteilt. Im Zuge der neuen Produktionsverhältnisse hätte auch ein Prozess der Entfremdung der unselbstständigen ArbeiterInnen stattgefunden und die Fähigkeit, sich die Zeit und den Raum anzueignen, wäre ihr nun verloren gegangen. Der Massenkonsum sei zum Credo der gesamten urbanen Bevölkerung geworden, nach Lefebvre hätten wir es sozusagen mit einer bürokratischen Gesellschaft des gelenkten Konsums »la société bureaucratique de consommation dirigée« zu tun. Ob diese Feststellung auch für die Bevölkerung in afrikanischen Städten zutrifft und ob es dadurch zu ungelösten Fragen der Identität, multiplen Zugehörigkeiten oder sogar Konflikten kommt, soll im Folgenden näher ausgeführt werden.

5.2. Urbanität als Modernität

Wichtig für die kultur- und sozialanthropologische Forschungen über die sozialen und kulturellen Auswirkungen von Urbanisierung in afrikanischen Ländern sind die Forschungen des Sozialanthropologen Godfrey Wilson des Forschungsinstituts »Rhodes-Livingstone Institute« in Lusaka (Sambia) in den 1930er Jahren. In den darauffolgenden Jahrzehnten forschten zahlreiche namhafte VertreterInnen der Manchester School wie Clyde Mitchell (1956) oder Arnold Epstein (1958) über die Urbanisierung im südlichen Afrika. Mit der Zuwanderung in die Stadt finde demnach ein Kulturwandel statt: In der Stadt könnten neue Identitätsformen und neue soziale Netzwerke entstehen, die sich nicht mehr auf Abstammung, Tradition oder den Herkunftsort beziehen. Dies bedeute nicht, dass sich die Netzwerke mit den Verwandten in den Dörfern aufgelöst hätten, sondern vielmehr, dass die Nachbarschaft und berufliche Beziehungen im städtischen Alltag an Bedeutung gewinnen würden. Im sambischen Copperbelt wurde die zunehmende Industrialisierung und Urbanisierung in den 1930er Jahren von hoher Mobilität und zunehmender kultureller Diversität begleitet. Die städtische Bevölkerung zeichnete sich durch eine Vielzahl von Sprachen, unterschiedlichen Kleidungsstilen und unterschiedlichen Verhaltensweisen aus. Die Lebensbedingungen in der Stadt hätten dazu geführt, dass Menschen mehrere Rollen einnehmen und die unterschiedlichen Rollenerwartungen miteinander in Konflikt treten könnten. Zugleich sei dieses urbane Umfeld aber auch eine notwendige Voraussetzung für die Entstehung von politischen Parteien. Die Urbanisierung stand also sowohl mit einer gewissen Desorientierung der Neuankommenden und einer Lockerung der bisher geltenden sozialen Bindungen als auch mit bisher unbekannten Freiheiten und neuen Verwirklichungsmöglichkeiten in Zusammenhang.

Auch Forschungen in Westafrika in den 1950er Jahren (Little 1960) wiesen auf die Veränderungen des Lebensstils in den Städten hin: In ghanaischen Städten beispielsweise lebten damals bereits mehr als die Hälfte der Familien von den Einkünften aus Lohnarbeit. Kulturelle Heterogenität wurde als weiteres Kennzeichen von Urbanität angeführt. So setze sich die Bevölkerung Accras aus 65 verschiedenen ethnischen Gruppen

zusammen. Claude Meillassoux (1968) kommt am Beispiel Bamakos zu einer ähnlichen Erkenntnis: Mit der zunehmenden Urbanisierung würde der Anteil der dominierenden ethnischen Gruppe in der Region, der Bambara, zurückgehen und der Anteil anderer ethnischer Gruppen wie die Mandinka, die Fulbe oder die Soninke ansteigen. Kenneth Little (1960) zufolge würde das Leben in der Stadt mit der Entstehung neuer Berufsbilder einhergehen, d.h. dass die traditionellen Lebensweisen der unterschiedlichen ethnischen Gruppen zwar obsolet würden, sich jedoch dafür neue Spezialisierungen herausgebildet hätten. Schließlich sei in den Städten Ghanas, Nigerias oder Sierra Leones die Monogamie weiter verbreitet als in den Dörfern, was einerseits auf den Einfluss des Christentums, andererseits auf die größere Freiheit in der Wahl der Ehepartnerin zurückgeführt wird. Auch Meillassoux (1968) konnte in Bamako den Trend hin zur Monogamie beobachten. Während Ende der 1950er Jahre in den ländlichen Regionen noch knapp die Hälfte der Ehen polygam gewesen sei, hätte in den Städten nur jeder dritte Mann diese Form der Ehe gewählt. Dies hätte Auswirkungen auf die Haushaltsgröße in den Städten und sei den beiden Autoren zufolge dafür verantwortlich, dass die fehlende Unterstützung durch die Großfamilie mit der Gründung von gemeinnützigen Vereinen und Sparvereinen kompensiert worden sei.

Viele Aspekte, auf welche diese Kultur- und Sozialanthropologen in ihrer Forschung in Afrika in den 1950er Jahren hinwiesen, waren bereits Anfang des 20. Jahrhunderts von Soziologen zur Erklärung der Lebensweisen in den Städten der Industrieländer angeführt worden. Bei Georg Simmel ([1903] 2011) und Robert Park (1915) wird die Stadt als Ort definiert, wo traditionelle, volkstümliche Praktiken von modernen, individualisierten und monetarisierten Praktiken abgelöst werden. Der urbane Lebensstil wird einem ländlichen und agrarisch geprägten Lebensstil gegenübergestellt. Während die Gruppensolidarität in den Dörfern die soziale Organisation und das Verhalten der Menschen steuert, könne man in der Stadt einen Bedeutungsverlust der familiären und verwandtschaftlichen Beziehungen feststellen. Dies ermögliche einerseits die Befreiung aus der sozialen Kontrolle durch die Familie, führe andererseits aber zu einer Zunahme von sozial abweichendem Verhalten. Das Gewohnheitsrecht sei durch das geschriebene Recht ersetzt worden und während in den ländlichen Regionen die Großfamilie die wichtigste Instanz für die Sozialisation gewesen sei, hätten in der Stadt Institutionen wie die Schule oder die Kirche erzieherische Funktionen übernommen.

Der Umstand, dass der Prozess der Urbanisierung scheinbar weltweit mit ähnlichen kulturellen Veränderungen einhergeht, wird häufig auch mit dem Begriff der Westlichung in Verbindung gebracht. Inwieweit die »Modernisierung« des Lebensstils in afrikanischen Städten eine bloße Nachahmung westlicher Vorbilder bedeutet oder aber eigene neue Lebensstile hervorbringt, bleibt bis heute umstritten. Im ersten Jahrzehnt nach der Unabhängigkeit Malis wurde beispielsweise behauptet:

»Since the city is above all the point of impact of the Western world, the shift that we observe is not from a rural society to an urban one, but from an African way of life to a Western one. Bamako appears to be developing not from an inner force out of African society but from an abrupt and devastating contact with a foreign world. The ›urban‹ way of life is imported« (Meillassoux 1968: 144).

Die Stadt wird hier im sozialen und kulturellen Sinn als Fremdkörper empfunden, denn der Lebensstil orientiert sich bloß am europäischen Vorbild.

Die Verbreitung von westlichen Konsumgütern in den Städten könnte als Indiz für diese Annahme gelten. So kann man heute in Bamako und Ouagadougou in den Haushalten der Mittel- und Oberschicht Elektrogeräte wie Fernseher, Kühlschrank oder Klimaanlage vorfinden. Vorratshaltung wird besonders seit der zunehmenden Elektrifizierung durch den Kühlschrank ermöglicht und macht den gewohnten täglichen Einkauf am Markt obsolet. Importierte Konsumartikel und Fertigprodukte halten Einzug in die Haushalte. Die Klimaanlage trägt dazu bei, dass sich das Leben nicht mehr im Hof, sondern im Inneren der Wohngebäude abspielen kann. Das Auto, das für Bequemlichkeit und Sicherheit garantiert, rangiert unter den Statussymbolen weit oben. Solche Luxusartikel sind jedoch nicht nur Konsumgüter, sondern sie dienen auch dem Erwerb von »verwestlichtem Prestige« (Dulucq 1997). In den Haushalten der ärmeren Bevölkerungsschichten sind diese Luxusartikel noch nicht anzutreffen, allerdings finden sich auch hier durchweg Radio und Handys und oft auch ein Motorrad. Diese importierten Güter stehen also nicht nur der Elite zur Verfügung, sondern sind für einen beachtlichen Teil der städtischen Bevölkerung zu alltäglichen Gebrauchsgegenständen geworden. Chinesische Billigprodukte ermöglichen es immer mehr auch den ärmeren StädterInnen, sich nicht nur Gebrauchswaren, die aus Europa importiert werden, sondern auch neue Handys, Kleidung, Schuhe oder Handtaschen anzuschaffen (Lyons und Brown 2010). Allerdings darf nicht vergessen werden, dass der Besitz eines Handys oder eines Motorrads noch keineswegs bedeuten muss, das nötige Gesprächsguthaben oder das Benzin kaufen zu können. Indem man solche Statussymbole herzeigen kann, kann man jedoch zumindest den Anschein des sozialen Aufstiegs erzeugen. Die demonstrative Zurschaustellung von bestimmten Luxusgütern, die oftmals in keinem Verhältnis zum tatsächlichen Lebensstandard stehen, wird auch als »Modernity Bluff« (Newell 2012) bezeichnet. Dieser Bluff wird folgendermaßen beschrieben:

»A combination of dress, attitude, physical comportment, and spendthrift practices, the bluff is not only a performance of success beyond the financial means of the actor in question, but also a demonstration of the cultural knowledge and taste of the urbanized citizen. It is a demonstration of the superior person one would embody all the time if one had the money for it, a display of potential« (ebd. 1).

Es geht hier also insbesondere auch darum, sich als StädterIn zu zeigen. Die Unterscheidung zwischen kulturell angepassten StadtbewohnerInnen und ZuwanderInnen trete hier deutlich zutage, denn die ersteren wüssten, wie sie sich zu kleiden und zu verhalten hätten, während die letzteren oft leichtgläubig seien und auf Täuschungen und auch Betrügereien hereinfallen würden. So wird man in Bamako oft damit konfrontiert, dass man heutzutage vom Schein nicht mehr auf das Sein schließen könne. Wenn beispielsweise eine Frau in einem prächtigen Kleid aus Damast bei einer Hochzeit erscheine, dann sage dies nicht immer etwas über ihren sozioökonomischen Status aus, sondern es könnte auch der Versuch sein, den Eindruck von Reichtum zu erwecken.

In einer solchen, von wirtschaftlichem Erfolg bzw. dem Anschein von Erfolg gekennzeichneten, urbanen Gesellschaft wird Bildung oft nur anhand des finanziellen Nutzens bewertet. Erworbenes Wissen, Zeugnisse und Diplome besitzen also keinen Wert, so-

lange sie nicht in ökonomisches Kapital übersetzt werden können. Wenn der soziale Status aus der Höhe des Einkommens abgeleitet wird, kann dies zu Generationenkonflikten führen, weil das Senioritätsprinzip sowie traditionelle Werte und Machtstrukturen außer Kraft gesetzt werden (siehe Chevron 2001c; Gérard 1997). Die Vorbildwirkung von wirtschaftlich erfolgreichen jungen Männern kann aber auch eine unterschiedliche Wertschätzung innerhalb der Kategorie der Gleichaltrigen zur Folge haben. Anstelle von Solidarität und dem Gefühl der Verbundenheit treten Wettbewerbsdenken und Profilierungsstreben. Die familiären und gesellschaftlichen Konsequenzen können verheerend sein. Forschungen in westafrikanischen Städten Ende der 1990er Jahre (Marie 1997b) berichteten davon, dass selbst sozial geächtete und gesetzlich verbotene Betätigungen wie Prostitution oder Drogenhandel in manchen Familien akzeptiert worden seien, wenn sie zum Familienunterhalt beigetragen hätten. Diese Situation, in der die junge Generation weitgehend finanziell unabhängig war, hat sich aufgrund der anhaltenden Krise am Arbeitsmarkt jedoch wieder verändert. Jugendliche und junge Erwachsene in den Städten sind heutzutage oft nicht mehr in der Lage, selbstständig für ihre eigenen Bedürfnisse aufzukommen. Auch wenn diese jungen Menschen nach Unabhängigkeit streben und sie sich der Autorität des Haushaltsvorstandes entziehen wollen, lässt ihnen die Geldnot keine andere Wahl, als sich zumindest teilweise den familiären Vorschriften zu beugen.

Der informelle Arbeitsmarkt ist für die Mehrheit der städtischen Bevölkerung der einzige Arbeitsmarkt, der Beschäftigungsmöglichkeiten bietet. Für afrikanische Städte wurde das Konzept des informellen Wirtschaftssektors erstmals in den 1970er Jahren formuliert (Hart 1973)². Informelle Arbeit in den Städten ist demnach kein neues Phänomen, jedoch haben die zögernde Industrialisierung und die Einführung von Strukturanpassungsprogrammen in Mali und Burkina Faso ab den 1980er Jahren dazu beigetragen, dass der Anteil der informell Beschäftigten immer stärker angestiegen ist. Dadurch, dass die informellen Wirtschaftstreibenden nicht steuerlich erfasst sind, können Aussagen über ihren Anteil an der erwerbsfähigen Bevölkerung nur unter Vorbehalt getroffen werden. Schätzungen gehen jedoch davon aus, dass in Bamako und Ouagadougou 44 bzw. 45 Prozent der Personen im erwerbsfähigen Alter informell erwerbstätig sind (Herrera et al. 2012). Somit sind in diesen beiden Städten viermal so viele Menschen im informellen als im formellen Wirtschaftssektor tätig. Informelle Arbeit hat viele unterschiedliche Facetten: Es gibt einerseits die traditionellen Handwerksberufe, die sich auf lokale Technologien, Kenntnisse und Organisationsformen stützen. Informelle Arbeit umfasst aber auch Tätigkeiten, die der Überlebenssicherung dienen und die keiner besonderen Qualifikationen bedürfen wie beispielsweise die Tätigkeiten als Schuhputzer, Autowäscher, Lastenträger oder Kleinhändler. Schließlich fallen hier auch Kleinunternehmen darunter, die im informellen Sektor angesiedelt sind, obwohl sie eigene Arbeitsgeräte oder -maschinen besitzen. Allen diesen Tätigkeiten ist

2 Die Internationale Arbeitsorganisation definiert informelle Arbeit folgendermaßen: »Informal activities are the way of doing things, characterised by (a) ease of entry; (b) reliance on indigenous resources; (c) family ownership of enterprises; (d) small scale of operation; (e) labour-intensive and adapted technology; (f) skills acquired outside the formal school system; and (g) unregulated and competitive markets« (ILO 1972: 6).

gemeinsam, dass sie häufig wenig einträglich sind und dass sie im überproportionalen Maße von den ZuwanderInnen in die Städte ausgeübt werden. Auch Ackerbauern und -bäuerinnen am Rande der Großstadt, die ihre Ackerflächen verkauft haben oder enteignet wurden, bleibt meist keine andere Wahl als einer informellen und wenig qualifizierten Tätigkeit in der Stadt nachzugehen. In afrikanischen Städten kann oftmals das gleichzeitige Ausüben von mehreren Tätigkeiten im informellen Sektor beobachtet werden. Der Begriff, der dafür geschaffen wurde, ist der von »multiple livelihood strategies« (Mustapha 1991). Diese »multiple livelihood strategies« bestimmen demnach das Alltagsleben in den Städten. Manche Menschen arbeiten beispielsweise gleichzeitig als Kleinhändler und Dienstleistungsanbieter, Produzent und Verkäufer oder Maurer und Nachtwärter. Auch werden Tätigkeiten nacheinander für kurze Zeit ausgeübt: So arbeiten manche während der Regenzeit als Saisonarbeiter in der Landwirtschaft und danach als Lastenträger am Markt. Die beruflichen Tätigkeiten werden oft als Übergangslösung betrachtet und bei einem besseren Jobangebot aufgegeben. Dies liegt u.a. darin, dass im informellen Sektor tätige Menschen weder geregelte Arbeitszeiten, Arbeitszeitbeschränkungen, Kranken-, Unfall- oder Pensionsversicherung noch freie Wochenenden oder Urlaub in Anspruch nehmen können (vgl. Godinot et al. 2007). Die Auswirkungen der prekären Arbeitsverhältnisse betreffen auch familiäre und soziale Beziehungen. Der Vergleich zwischen drei Generationen von StadtbewohnerInnen in Bamako, wie Richard Marcoux et Joël Tokindang (1998) in einer demografischen Forschung zeigen konnten, bringt den Beweis für ein von vielen schon beobachtetes Phänomen, nämlich dass sich die Eheschließung von jungen Männern aufgrund des Mangels an Arbeitsplätzen um fast zehn Jahre nach hinten verschiebt. Während die Generation der Großväter mit 29 Jahren heiratete und aus dem Elternhaus auszog, sind junge Männer mittlerweile 38 Jahre alt, wenn sie eine Ehe schließen.

Dieser Umstand weist generell auf die grundlegenden Veränderungen der Siedlungsweisen im urbanen Raum hin. Im dörflichen Milieu war es üblich, dass die Söhne im Elternhaus blieben und nur die Töchter nach der Eheschließung auszogen. Die Söhne gründeten im Gehöft ihres Vaters eigene Familien und errichteten bei Bedarf neue Wohnhäuser für ihre Frauen und Kinder. Es handelte sich hier also um eine modulare Wohnstrategie, die der Anzahl der Haushaltsmitglieder prinzipiell keine Grenzen setzte. In der Stadt erschwert die räumliche Beengtheit die Fortsetzung dieser Lebensform. Die relativ kleinen Grundstücke in den neu erschlossenen Vierteln ermöglichen es vielen Haushaltsvorständen, wenn sie nicht mehrstöckige Gebäude errichten können, nur die Kernfamilie zu beherbergen. Andererseits ist auch die finanzielle Situation der alteingesessenen Familien in den Stadtzentren für den Wohnstil ausschlaggebend. Während früher Großfamilien mit drei oder mehr Generationen in den großen Gehöften im Zentrum lebten, wird heute oft ein Teil der Wohnräume im Hof untervermietet, denn dies garantiert eine regelmäßige Einkommensquelle (siehe Boyer 2009). Manche junge Männer ziehen heutzutage auch freiwillig aus dem Elternhaus aus, denn sie versprechen sich vom Leben in einem eigenen Haus mehr Freiheiten. Mittlerweile sind also oft weniger die Zugehörigkeit zu einer Großfamilie als die finanziellen Mittel und Präferenzen für die Lebensform ausschlaggebend (Meyer 2008a).

Während das Stadtbild in den zentrumsnahen Vierteln nach wie vor durch die hohe Anzahl an Gehöften geprägt ist, dominieren in den informellen, also nicht erschlosse-

nen, Vierteln kleine freistehende Häuser mit einem bis maximal drei Räumen. Man könnte hier nun die Frage stellen, warum in der städtischen Peripherie, wo meist noch genügend Freiraum vorhanden ist, kaum größere Gehöfte gebaut werden. Sylvie Jaglin (1991) führt dies auf die Unsicherheit durch fehlende Grundstücksrechte und die Gefahr, umgesiedelt zu werden, zurück. Die Menschen hätten Verhaltensweisen entwickelt, die darauf abzielen würden, dieses Risiko möglichst zu verringern. Die Großfamilie wird seit drei Jahrzehnten also zunehmend aufgesplittet und für jede Kleinfamilie ein eigenes Gebäude auf einem eigenen Grundstück errichtet, damit im Falle von Neuparzellierungen möglichst große Chancen bestehen, legal ein Grundstück zu erhalten. In den informellen Vierteln finden sich heute also überdurchschnittlich viele Kleinfamilien und Einpersonenhaushalte. Damit geht auch eine unterschiedliche Altersverteilung im Stadtgebiet einher, wie Aude Meunier-Nikiema (2008) am Beispiel von Ouagadougou ausführt. Während es in den peripheren und informellen Vierteln mit 16 Prozent einen hohen Anteil an Kleinkindern gibt, machen diese in den zentrumsnahen Vierteln nur knapp acht Prozent aus. Im Stadtzentrum ist hingegen der Anteil der über 50-Jährigen mit zehn Prozent doppelt so hoch wie in den peripheren und informellen Vierteln. Diese Aussage dürfte auch für Bamako annähernd zutreffen, denn die stadträumlichen und gesellschaftlichen Veränderungen in den beiden Städten sind in vielerlei Hinsicht vergleichbar. Hier wie dort versuchen junge Männer aus den alteingesessenen Familien eigene Grundstücke, die oftmals nur am Stadtrand verfügbar sind, zu erstehen und hier wie dort haben die meist jungen ZuwanderInnen aus den ländlichen Regionen oft nicht genügend Geld, um sich die Miete in zentrumsnahen Stadtvierteln leisten zu können. Während die Bevölkerung in den Stadtzentren also tendenziell älter wird, bleibt der Altersdurchschnitt in der städtischen Peripherie durch Zuzug und Bevölkerungswachstum niedrig.

Die fortschreitende Urbanisierung bedeutet auch eine zunehmende sozioökonomische Heterogenität und Fragmentierung des städtischen Raumes. Im Gegensatz zu dörflichen Gemeinschaften, wo Reziprozität und verbindliche Rechte und Pflichten meist sichergestellt waren und zum Teil noch sind, kann die ungleiche Verteilung von Einkommen, politischem Einfluss, Chancen und Zugangsrechten in der Stadt ein geschwächtes Vertrauen zu den NachbarInnen zur Folge haben. Die Bereitschaft, sich für das Allgemeinwohl zu engagieren, ist daher unter Umständen nur teilweise vorhanden (vgl. Moser 1998; Tilly 2007). Darüber hinaus kann der Umstand, dass in den dicht besiedelten Stadtvierteln oft Menschen unterschiedlichster Herkunft, ethnischer Zugehörigkeit und Religion miteinander leben müssen, auch zu Missverständnissen und Konflikten führen. Der tägliche Kampf um die Erwirtschaftung eines Einkommens erschwert zusätzlich die Integration in das städtische Umfeld. Dies wird dadurch begründet, dass die Menschen flexibel, einfallsreich und ständig verfügbar sein müssen, um am informellen Arbeitsmarkt bestehen zu können, und sie deshalb wenig Zeit und Energie in den Aufbau von Sozialbeziehungen am Wohnort investieren können (siehe Bouju 2009; Marcoux und Tokindang 1998). Insbesondere im Hinblick auf die ZuwanderInnen vom Land kann angenommen werden, dass sie über ein geringeres ökonomisches und soziales Kapital verfügen und sie von bestimmten sozialen Netzwerken ausgeschlossen sind. Die rezente Zuwanderung in die Stadt in Verbindung mit dem Problem der Armut und prekären Wohnverhältnissen führt dazu, dass ein

wesentlicher Teil der urbanen Bevölkerung in afrikanischen Ländern als entwurzelt bezeichnet werden kann (vgl. Pourcet 1992).

Manche AutorInnen gehen davon aus, dass die fehlende Integration auch mit negativen Auswirkungen auf die städtische Umwelt einhergeht. Dadurch, dass diesen Menschen die Stadtgeschichte nicht bekannt ist, sie also keine Erinnerungen an einen früheren Zustand der Stadt haben, würden sie die urbane Umwelt und das Stadtbild nicht wertschätzen. Darüber hinaus sei die Vermittlung einer urbanen Lebensweise nicht Bestandteil ihrer Sozialisation und sie würden sich daher nicht mit dem urbanen Raum kognitiv verbunden fühlen. Dies hätte u.a. zur Folge, dass Grünflächen und städtische Infrastruktureinrichtungen nicht ausreichend geschützt würden (siehe ebd.). Am Beispiel der Altstadt in Algier zeigt Djaffar Lesbet (1999) auf, wie sich die fehlende Identifikation mit der Stadt auf das Stadtbild auswirken kann. Die historische Altstadt in Algier, Kasbah genannt, beherbergt viele Moscheen und Paläste aus der Zeit der Mauren, weshalb sie 1992 von der UNESCO zum Weltkulturerbe erklärt worden war. Allerdings hätte sich das Stadtbild bereits seit den 1960er Jahren stark verändert. Denn damals waren die alteingesessenen BewohnerInnen in andere Stadtviertel umgezogen und ärmere ZuwanderInnen aus den ländlichen Regionen hatten sich in der Altstadt angesiedelt. Die hohe Bevölkerungsdichte und die Heterogenität der Bevölkerungszusammensetzung hätten sich nachteilig auf die Sauberkeit im Stadtviertel ausgewirkt. Der öffentliche Raum sei nicht mehr als Ort der Begegnung und des Austausches, sondern nur mehr als Durchgangsort gesehen worden. In den Straßen seien immer mehr wilde Mülldeponien entstanden, was als Indiz für den mangelnden sozialen Zusammenhalt gedeutet werden könnte. Das Fehlen einer urbanen Identität in Zusammenhang mit den schwierigen Lebensbedingungen hätte also dazu geführt, dass sich kein Verantwortungsbewusstsein für die Sauberkeit im urbanen Raum gebildet habe.

Diese Erkenntnisse aus Algier sind auch für Bamako und Ouagadougou von Relevanz. Die Frage nach der Wahrnehmung der Stadt und den Pflichten, die mit dem Leben im urbanen Raum einhergehen, sind im Hinblick auf das Problem der Umweltverschmutzung durchaus zentral. Es ist hierbei von Interesse, inwiefern die StadtbewohnerInnen mit der Stadtverwaltung kooperieren, d.h. die erforderlichen Steuern und Abgaben leisten und die Vorschriften zur Abfall- und Abwasserentsorgung befolgen. Hinzu kommt die Frage, inwieweit Dienstleistungen, die insbesondere in Städten angeboten werden, wie die Abfallsammlung oder die Entleerung der Klärgruben durch Saugwagen, angenommen werden. Schließlich stellt sich die Frage nach dem Wandel von traditionellem zivilgesellschaftlichem Engagement, wie beispielsweise die Teilnahme an freiwilligen Reinigungsaktionen, in der Stadt.

5.3. Handlungstheoretische Aspekte: Routinen im Kontext sozialen Wandels

Im Hinblick auf das Problem des umweltgerechten Handelns scheint es nicht nur erforderlich, die Ressourcen und Wissensbestände sowie die kulturellen Schemata, Normen und Handlungsstrategien zu analysieren, sondern auch die Frage zu stellen, inwiefern das jeweilige Verhalten zielführend ist, also tatsächlich zum Schutz der Umwelt bei-

trägt. Ein Aspekt, der hierfür eine wesentliche Bedeutung spielt, ist jener der Routinen und Gewohnheiten. Wie viele SozialwissenschaftlerInnen feststellen, können die meisten alltäglichen Praktiken als Gewohnheiten eingestuft werden. Routinen würden es den Menschen ermöglichen, ihren Alltag zu bewältigen, ohne vom Unbewussten oder von der selbstreflexiven Steuerung des Handelns überwältigt zu werden. Routinen, also Fertigkeiten und eingeübte Handlungsabläufe, würden dazu beitragen, soziale Beziehungen aufrechtzuerhalten, wie Anthony Giddens (1988: 37) feststellt:

»Der Wiederholungscharakter von Handlungen, die in gleicher Weise Tag für Tag vollzogen werden, ist die materiale Grundlage für das, was ich das rekursive Wesen des gesellschaftlichen Lebens nenne. Die Routinisierung ist notwendig für die psychologischen Mechanismen, mit deren Hilfe in den täglichen Handlungen des gesellschaftlichen Lebens ein Gefühl des Vertrauens bzw. der Seinsgewißheit aufrechterhalten wird.«

Während Routinen also durchaus eine soziale Funktion einnehmen, bleiben die Auswirkungen ihrer Realisierung in konkrete Handlungen auf die natürliche Umwelt unklar.

Das Konzept des Habitus von Pierre Bourdieu ([1976] 2009) bleibt in seiner Erklärungskraft ebenfalls auf den gesellschaftlichen Bereich beschränkt. Ähnlich wie Giddens beschreibt Bourdieu mit dem Konzept des Habitus als Handlungs- Denk- und Wahrnehmungsschema die Gesamtheit an Auftreten, Gewohnheiten und Stil, die in den handelnden Menschen tief verankert sei und für sie in Interaktionssituationen handlungsanleitend werde. Die historische Tragweite des Konzepts des Habitus wird bei Bourdieu jedoch ungleich sichtbarer. Habitusformen werden von ihm als »Systeme dauerhafter Dispositionen«, die als »strukturierende Strukturen« wirken, definiert. Da sich der Habitus vorwiegend auf Erfahrungen stützt und individuelle sowie kollektive Praxisformen, welche in der Vergangenheit angeeignet wurden, reproduzieren würde, könne er mit Kontinuität und Regelmäßigkeit assoziiert werden. Bourdieu bezeichnet den Habitus an anderer Stelle aber auch als Reservoir, aus dem die handelnden Menschen für die Lösung von neu auftretenden Problemen schöpfen könnten. Dies bedeutet, dass trotz verinnerlichter Strukturen ein gewisser Raum für Improvisation offen bleibt.

Diese Annahme, Gewohnheiten würden unabhängig vom zeitlichen Rahmen angemessene und angepasste Verhaltensweisen hervorrufen, soll hier kritisch beleuchtet werden. In theoretischer Hinsicht wurde der zeitliche Aspekt von Handlungsstrategien insbesondere von den SoziologInnen Mustafa Emirbayer und Ann Mische (1998) herausgearbeitet. Im Hinblick auf die Vergangenheit, die Gegenwart und die Zukunft werden sowohl die Entstehung von Routinen als auch die praktisch-evaluative Einschätzung der aktuellen Möglichkeiten und die Formierung alternativer zukünftiger Handlungsstrategien analysiert. Menschliches Handeln könne also als Ergebnis eines komplexen Zusammenwirkens verschiedener Denk-, Reflexions- und Planungsprozesse gesehen werden. Einerseits handle es sich um das selektive Wiederaufgreifen vergangener Denk- und Handlungsmuster und die angepasste Anwendung dieser Schemata in der Gegenwart. Da sich Handlungsstrategien aber nicht nur an Gewohnheiten und in der Vergangenheit erarbeiteten Relevanzsystemen orientieren, würden die Menschen

auch improvisieren oder handlungsrelevante Entscheidungen im Hinblick auf zukünftige Erwartungen treffen können (ebd.).

Andererseits möchte ich hier theoretische Ansätze des sozialen Wandels anführen, da sie insbesondere die Möglichkeit der Ungleichzeitigkeit von gesellschaftlichen Veränderungen betont haben. Das gegenwärtige Problem der Umweltverschmutzung in westafrikanischen Städten könnte somit als Problem, das in Zusammenhang mit zeitlich unterschiedlichen Entwicklungen steht, gesehen werden. Zuerst möchte ich die Theorie der »kulturellen Phasenverschiebung« vorstellen. Diese Theorie wurde vom Soziologen William Ogburn Anfang der 1920er Jahre entwickelt und besagt, dass es zu Ungleichzeitigkeiten der technischen, ökonomischen, politischen oder kulturellen Entwicklungen kommen kann. Wenn diese unterschiedlichen Formen des Wandels in einer Wechselbeziehung zueinander stehen und sich nicht mit derselben Geschwindigkeit entwickeln, dann liegt nach Ogburn das Phänomen der »kulturellen Phasenverschiebung« vor. Als Beispiel führt er die fehlende Anpassung zwischen der technischen Entwicklung in der US-amerikanischen Gesellschaft und dem kulturellen Wandel an. Als Anfang des 20. Jahrhunderts die Industrialisierung in den USA dazu führte, dass ökonomische Produktionsvorgänge in Fabriken ausgelagert worden waren, blieb die gesellschaftliche Organisation vorerst unverändert. Die vorherrschende öffentliche Meinung beharrte darauf, dass der Platz von Frauen am Herd sei und erlaubte ihnen u.a. nicht, weiterführende Schulen zu besuchen. Zwischen der industriellen Entwicklung und der gesellschaftlichen Ideologie hätte es demnach eine zeitlich verzögerte Anpassung gegeben (Ogburn 1969).

Diese Überlegung könnte auch für das Beispiel nicht angemessener Entsorgungspraktiken von Abfällen in Westafrika von Nutzen sein. Einerseits kann festgestellt werden, dass fortschreitende Industrialisierung und wirtschaftliche Globalisierung zur Verfügbarkeit von neuen Arten von Konsumgütern geführt haben. Gleichzeitig hat sich der Umgang mit der größeren Menge an Abfällen – darunter neuartige Verpackungsabfälle aus Kunststoff – nicht verändert. Nach wie vor führen viele StadtbewohnerInnen ihre Haushaltsabfälle in althergebrachter Weise einfach in die Umwelt ab, unter der Annahme bzw. mit der Hoffnung, sie würden sich allmählich zersetzen oder verschwinden. Die Akkumulation von Abfallhaufen in dicht besiedelten Gebieten führt allerdings zu ernsthaften Problemen für die Umwelt und über Umwege auch für die menschliche Gesundheit. Während dieses Entsorgungsverhalten an ein Konsumverhalten, welches vorwiegend auf nachwachsenden Rohstoffen basierte, gut angepasst war, ist es für ein Konsumverhalten, das vermehrt auf industriell hergestellte und verpackte Produkte zurückgreift, weniger gut angepasst.

Die Soziologin Ann Swidler (1986) greift in ihrer Theorie zwar die Idee der kulturellen Phasenverschiebung auf, bezieht sich jedoch nicht explizit auf William Ogburn. Entgegen der Annahme Ogburns, das Phänomen der kulturellen Phasenverschiebung trete in »dynamischen Gesellschaften« in Epochen rascher Veränderung auf, geht Ann Swidler davon aus, dass dieses Phänomen in ruhigen Zeiten in Erscheinung tritt. Sie unterscheidet zwischen stabilen Zeiten und Zeiten des Umbruchs und analysiert hierbei, welche Bedeutung der Kultur in diesen beiden Perioden zukommt (siehe Abbildung 4). In relativ stabilen Zeitabschnitten würde sich Kultur als kreatives und unstrukturisiertes Element stark auf die Handlungsstrategien von Menschen auswirken. Es gebe dem-

nach eine größere Freiheit, sich des kulturellen Repertoires zu bedienen und eine große Bandbreite an gängigen Verhaltensweisen. Die internalisierten kulturellen Repertoires würden eine gewisse Sicherheit vermitteln und zu nachlässigem Handeln führen:

»People profess ideals they do not follow, utter platitudes without examining their validity, or fall into cynicism or indifference with the assurance that the world will go on just the same« (Swidler 1986: 280).

Dies bedeute jedoch nicht, dass Menschen ihre alten Verhaltensmuster prinzipiell ablegen würden. Gewohnheiten würden beibehalten, da das benötigte kulturelle Repertoire dafür zur Verfügung stehe. Gebe es in Zeiten der gesellschaftlichen Stabilität neue technologische oder wirtschaftliche Entwicklungen, dann seien die Verhaltensweisen der Menschen nicht immer gut daran angepasst, es könne also zur kulturellen Phasenverschiebung kommen. Die Menschen würden auf neue Herausforderungen nicht reagieren bzw. neue Möglichkeiten nicht nutzen, wenn dies bedeuten würde, grundsätzlich neue Verhaltensweisen lernen zu müssen.

Im Gegensatz zu stabilen Zeiten gebe es laut Swidler auch gesellschaftliche Umbruchphasen, in welchen das kulturelle Repertoire weniger bedeutsam werde und Ideologien sich stärker auf das Verhalten von Menschen auswirken würden. Zu Beginn eines Umbruchs würden sich gewöhnlich politische und religiöse Ideologien und neue Organisationsformen entwickeln und Lehrmeinungen, Symbole und Rituale das Verhalten überdurchschnittlich stark kontrollieren. In einer Zeit des rasanten und umfassenden sozialen Wandels könnten kulturell vorhandene Verhaltensweisen, Gewohnheiten und Fertigkeiten nicht mehr greifen. Würden nach einer Phase des gesellschaftlichen Umbruchs jedoch wieder stabile Zeiten anbrechen, dann könnten sich Ideologien in Traditionen umwandeln. Traditionen würden dann als naturalisierte kulturelle Glaubens- und Verhaltensformen akzeptiert, wenn sie auch nicht immer einheitlich seien und nicht alle Aspekte des Alltagslebens abdecken würden (ebd.).

Abbildung 4 (Tabelle): »Settled Culture and Unsettled Culture«

	Characteristics	Short-Term Effects	Long-Term Effects
Settled Culture (Traditions and Common Sense)	Low coherence, consistency Encapsulates	Weak direct control over action Refines and reinforces skills, habits, modes of experience	Provides resources for constructing strategies of action Creates continuities in style or ethos and especially in organization of strategies of action
Unsettled Culture (Ideology)	High coherence, consistency Competes with other cultural views	Strong control over action Teaches new modes of action	Creates new strategies of action, but long-term influence depends on structural opportunities for survival of competing ideologies

(Quelle: Swidler 1986: 282)

Dieses Konzept scheint brauchbar zu sein, um das sich ändernde Erscheinungsbild westafrikanischer Städte in den letzten Jahrzehnten zu erklären. So kann als Ausgangspunkt die Revolution in Burkina Faso im Jahr 1983, welche Thomas Sankara an die Macht brachte, genannt werden. Unter seiner Präsidentschaft wurden neue Werte wie

Eigenverantwortung, Nationalstolz oder soziale Gleichheit propagiert. Ausdruck fand die neue Ideologie in am Gemeinwohl orientierten Maßnahmen, an welchen alle Burkinabé, unabhängig von Alter, Geschlecht und Status teilnehmen sollten. Ein Anliegen von Thomas Sankara war die Sauberkeit in den Städten und hierzu wurden regelmäßig stattfindende Aktionen mit dem Namen »mana-mana« durchgeführt. Die städtische Bevölkerung und auch die traditionellen Autoritäten mussten sich unter Beaufsichtigung der sogenannten Verteidigungskomitees der Revolution an den Gemeinschaftsarbeiten beteiligen und die Abfälle aus dem Stadtgebiet evakuieren. Die Abfallproblematik in den stark anwachsenden Städten Burkina Fasos konnte dank dieser Maßnahme relativ gut unter Kontrolle gebracht werden. Als jedoch Blaise Compaoré im Jahr 1987 durch einen Putsch an die Macht kam und danach 27 Jahre lang an der Macht blieb, änderte sich die Einstellung und das Verhalten der Bevölkerung. Die neu erworbene Freiheit wurde auch mit *Laissez-faire* in Verbindung gebracht und führte zu einer Individualisierung der Zuständigkeiten. Nicht mehr eine – durchaus auch mit Gewalt durchgesetzte Ideologie – beherrschte das Verhalten der Menschen, sondern die althergebrachten Konzepte und Praktiken fanden wieder ihren Durchbruch. Dies zeigte sich auch im Erscheinungsbild der Städte, die zunehmend einen weniger gepflegten und ordentlichen Eindruck machten. Die vorherrschende Ideologie unter der Präsidentschaft von Thomas Sankara hatte sich also nicht tradiert; Werte wie Arbeitsdisziplin und gegenseitige Solidarität waren also nicht in ehrenamtliches Engagement umgesetzt worden. Erst ab Ende der 1990er Jahre wurden von den politischen EntscheidungsträgerInnen wieder vermehrt Versuche unternommen, die Verschmutzung des öffentlichen Raums in den Griff zu bekommen.

Man könnte am Beispiel der Abfallproblematik in den Städten Burkina Fasos auch argumentieren, dass kulturelle Elemente wie Werte, Überzeugungen und soziale Normen sich zwar kontinuierlich, aber langsam verändern. In Anlehnung an Fernand Braudels Konzept der »longue durée«, also der langen Dauer, könnte man also argumentieren, dass kulturelle Strukturen einer unbeweglichen Geschichte gleichen. Die langsam auftretenden Veränderungen würden von den Menschen nicht wahrgenommen; das zeitliche Voranschreiten gleiche in ihren Augen einem kontinuierlich dahinfließenden Strom. Es seien ausschließlich die plötzlich eintretenden Ereignisse, also die kurze Dauer, welche diese Ordnung außer Kraft setze und den Menschen ins Bewusstsein rücke (siehe Chevron 2008). Als Beispiel für solche überraschenden und unvorhersehbaren Entwicklungen können die Einführung und Abschaffung politischer Institutionen genannt werden (vgl. Roland 2004). Wie es Gérard Roland ausführt, würden politische Institutionen oft lange stabil bleiben, dann aber plötzlich einem raschen Wandel unterliegen, indem sie beispielsweise über Nacht umgestürzt würden. Hingegen würden sich kulturelle Elemente oft langsam verändern, weil sie in Beziehung mit einer bestimmten Weltanschauung oder Religion stünden und diese sich durch eine große Stabilität auszeichnen würden. Rechtssysteme werden von Roland im Mittelfeld angesiedelt, da sie sich schneller als soziale Normen, jedoch weniger abrupt als Gesetze oder politische Institutionen ändern würden. In Anbetracht des Umweltbereichs in Westafrika kann diese Perspektive durchaus erhellend sein. Sie macht verständlich, warum die Schaffung eines Umweltministeriums in Mali und Burkina Faso im Jahr 2002 oder der Erlass eines gesetzlichen Verbots für den Import, die Produktion und den Verkauf von

bestimmten Arten von Plastiksäcken im Jahr 2014 in diesen beiden Ländern noch wenige Auswirkungen auf die Einstellungen in der Bevölkerung haben. Das Bewusstsein über die Gefahren von Umweltzerstörung und -verschmutzung ist in vielen Bevölkerungsschichten kaum ausgeprägt und hat in noch geringerem Ausmaß zu konkreten Verhaltensänderungen geführt.

6. Methode und Vorgehensweise bei der empirischen Forschung

Im folgenden Kapitel wird dargestellt, wie ich methodisch vorgegangen bin, d.h. welches Forschungsdesign ich gewählt habe und wie ich im Laufe der Forschung mit auftretenden Schwierigkeiten umgegangen bin. So stellte sich für mich die Frage nach dem Ort des Forschungsaufenthaltes nicht nur vor Beginn der Forschung, sondern aufgrund der politischen Ereignisse auch nach einem verkürzten ersten Forschungsaufenthalt in Bamako. Auch im Hinblick auf die Wahl der Forschungsinstrumente und die Verwendung bestimmter Begriffe wie jenem der Umwelt war ich im Feld mehrmals mit Herausforderungen konfrontiert. Meine Positionierung im Forschungsfeld sowie die Erwartungen der ForschungspartnerInnen und Menschen vor Ort an mich sollen in diesem Kapitel beleuchtet werden. Abschließend werde ich einen Überblick über das entstandene Datenmaterial geben und über die Auswertung und Interpretation der produzierten Daten berichten.

6.1. Darstellung des Forschungsfeldes

Wie bereits erwähnt, wurde die empirische Forschung in zwei westafrikanischen Städten südlich der Sahara durchgeführt. Als ehemalige Kolonien europäischer Mächte sind Länder wie Mali oder Burkina Faso bis heute mit strukturellen Problemen konfrontiert. Die Binnenländer in dieser Region galten lange als wirtschaftlich »wenig entwickelt«, da die mangelhafte Verkehrsinfrastruktur Handelsbeziehungen erschwert. Weitgehende Urbanisierung und damit einhergehende Veränderungen in den Lebensumständen der Bevölkerung sind ein relativ rezentes Phänomen. Der Zugang zu Bildung und anderen Annehmlichkeiten der Stadt wie Gesundheitsversorgung, Wasser und Strom ist für die jüngeren Generationen in der Stadt mittlerweile oft selbstverständlich geworden; die Elterngenerationen haben hingegen meist noch andere Lebensbedingungen gekannt. Allerdings führt die Monetarisierung des Lebens und die anhaltende Arbeitslosigkeit in der Stadt dazu, dass die tatsächlichen Möglichkeiten der Nutzung von Gütern und Dienstleistungen oft begrenzt sind. In einem solchen Kontext scheint es daher beson-

ders interessant, die Wahrnehmung der Umwelt und damit verknüpfte Verhaltensweisen zu analysieren.

Bamako – die Hauptstadt von Mali – wurde als Forschungsfeld gewählt, weil ich während meines Studiums der Kultur- und Sozialanthropologie an der Universität Wien die afrikanische Sprache Bambara, die in Bamako von über achtzig Prozent der BewohnerInnen als Erstsprache gesprochen wird, erlernt hatte. Darüber hinaus bestanden durch vorangegangene Forschungen in Bamako (Chevron et al. 2002) Kontakte zu ForscherInnen, zur Stadtverwaltung und zu Akteuren der Abfallwirtschaft. Der Forschungsaufenthalt wurde durch ein Marietta Blau-Stipendium des Österreichischen Austauschdienstes ermöglicht und war ursprünglich für zwölf Monate vorgesehen. Der erste Forschungsaufenthalt erfolgte aber nur für einen Zeitraum von sechs Monaten – von Oktober 2011 bis März 2012 – in Bamako, weil er im März 2012 wegen eines Militärputschs unterbrochen werden musste. Nachdem sich die politische Situation in Mali nicht entspannte, konnte an eine Fortsetzung des Forschungsaufenthaltes in Bamako im Jahr 2012 nicht gedacht werden. Im Frühjahr 2013 musste ich aufgrund der weiterhin instabilen Lage in Mali die Entscheidung treffen, den Forschungsaufenthalt in einem anderen, vergleichbaren Land weiterzuführen. Der zweite Forschungsaufenthalt erfolgte für einen weiteren Zeitraum von sechs Monaten – von September 2013 bis Februar 2014 – in Ouagadougou, der Hauptstadt von Burkina Faso, wobei ein kurzer Forschungsaufenthalt in Bamako im Oktober 2013 stattfand, um die dort begonnene Forschung abzuschließen¹.

Meine Wahl für den zweiten Forschungsaufenthalt war deshalb auf Burkina Faso mit seiner Hauptstadt Ouagadougou gefallen, weil Bamako und Ouagadougou Ähnlichkeiten in ökonomischer und ökologischer Hinsicht aufweisen, insbesondere was die Bildungs- und Beschäftigungssituation, die klimatischen Bedingungen sowie die technischen und organisatorischen Besonderheiten im Bereich der Abfallwirtschaft und Siedlungshygiene betrifft. Bamako und Ouagadougou sind zwei Städte im Sahel mit heute jeweils knapp zwei Millionen EinwohnerInnen. Beide Städte verzeichnen aktuell eine sehr hohe Bevölkerungszuwachsrate. In Bamako betrug die jährliche Bevölkerungszunahme in den letzten fünf Jahren 4,7 Prozent, in Ouagadougou 6,9 Prozent (United Nations 2012). Die rasante Urbanisierung führt in beiden Städten zu sozialen und ökologischen Problemen. Im zweiten Kapitel wurde erwähnt, dass sich ein Fünftel bzw. ein Viertel der BewohnerInnen in Bamako und in Ouagadougou unter der nationalen Armutsgrenze befindet (The World Bank 2014). Im vierten Kapitel wurde die unzureichende Abfallsammlung und Entwässerungsinfrastruktur in den beiden Städten thematisiert.

Die Forschung in Bamako und Ouagadougou kann nicht im engen Sinn als »multisited ethnography« (Marcus 1995) bezeichnet werden, weil weder die Bewegungen von Menschen, noch die Weitergabe von Objekten analysiert wurden. Allerdings trug die räumliche Ausdehnung des Forschungsfeldes auf zwei westafrikanische Städte und

1 Beide Forschungsaufenthalte erfolgten in der trockenen und kühleren Jahreszeit, die von September bis März dauert. Ein gewisser saisonaler Bias kann dadurch gegeben sein, dass weder die Zeiten von starkem Regen noch von großer Hitze erlebt werden konnten.

mehrere Stadtviertel dazu bei, dass die lokale und globale Verschränkung von Diskursen erforscht werden konnte. In Bamako fand die Forschung beispielsweise in den Stadtvierteln Banconi und Yirimadio statt. Banconi wurde als Dorf mit ursprünglich ca. dreihundert BewohnerInnen in den 1960er Jahren in das Stadtgebiet Bamakos eingegliedert. Ende der 1970er Jahre überschritt die Bevölkerungszahl dieses Viertels 20.000 Menschen. Trotz der geringen räumlichen Distanz zum Stadtzentrum wurde dieses Viertel mit einer der höchsten Bevölkerungsdichten in Bamako nicht an die Infrastruktur des Stadtzentrums angeschlossen. Banconi zog viele MigrantInnen unterschiedlichster ethnischer Zugehörigkeit an, da die Zentrumsnähe für sie ein Garant für Einkommensmöglichkeiten war. Aber die Forschung fand auch in der Siedlung Yirimadio am Stadtrand von Bamako statt. Yirimadio ist eines der flächenmäßig größten Stadtviertel der Stadt und hatte bis vor kurzem eine noch geringe Besiedlungsdichte. Mit einer der höchsten Bevölkerungswachsraten in den letzten Jahren ist dieses Viertel aber mit einem zunehmenden Wandel der wirtschaftlichen und sozialen Struktur konfrontiert. Die meisten BewohnerInnen dieses Viertels sind im informellen Sektor tätig und üben ihre Beschäftigungen außerhalb des Stadtviertels aus. Obwohl die Forschung in ein und derselben Stadt durchgeführt worden ist, unterscheiden sich die Lebensbedingungen je nach Wohnort stark voneinander.

Auch in Ouagadougou wurde die Forschung in mehreren ausgewählten Stadtvierteln durchgeführt, um der Heterogenität des Wohnumfeldes gerecht zu werden. Einerseits wurden viele Interviews im zentrumsnahen Viertel Gounghin, wo ich während meines Forschungsaufenthaltes bei einer Gastfamilie wohnte, durchgeführt. Gounghin profitierte aufgrund des Wohnsitzes des langjährigen Bürgermeisters von Ouagadougou, Simon Compaoré, von zahlreichen Infrastrukturprojekten: Das Viertel verfügt aus diesem Grund über asphaltierte Straßen und Straßenbeleuchtung. Andererseits habe ich auch Interviews in mehreren peripheren Stadtvierteln, welche sich nicht nur in baulicher, sondern auch in sozialstruktureller Hinsicht voneinander unterscheiden, durchgeführt. So habe ich im bereits teilweise erschlossenen Viertel Karpala mehrere Einzelinterviews mit den Frauen von Haushaltsvorständen und auch ein Fokusgruppeninterview geführt. In diesem Viertel, das am östlichen Stadtrand von Ouagadougou liegt, setzt sich die Bevölkerung vorwiegend aus den autochthonen ethnischen Gruppen zusammen. Demgegenüber sind die BewohnerInnen des informellen Viertels Zongo, das sich im Südosten von Ouagadougou befindet, und wo ich ebenfalls mehrere Einzelinterviews geführt habe, fast ausnahmslos aus den südlichen Landesteilen Burkina Fasos zugewandert und gehören oft nicht der vorherrschenden ethnischen Gruppe in Ouagadougou – den Mossi –, sondern anderen ethnischen Gruppen an.

Der Begriff »Viertel« – es soll hier angemerkt werden – ist keineswegs unproblematisch, um eine Grenzziehung nach physischen, soziohistorischen oder administrativen Kriterien zu beschreiben. Als Beispiel hierfür kann die Einteilung des Stadtgebietes von Ouagadougou genannt werden. Die Bezeichnungen wie Gounghin, Larlé oder Zogona gehen auf die präkoloniale Zeit zurück, als diese Siedlungen eine jeweils spezifische Funktion – als Viertel der königlichen Streitkräfte bzw. als Viertel der zugewanderten Fremden – innehatten. Während der Präsidentschaft von Thomas Sankara in den 1980er Jahren wurde diese Einteilung aufgehoben und das Stadtgebiet in dreißig Stadtteile, die sogenannten »secteurs« gegliedert, um die traditionellen Machtansprüche der

Naaba zu schwächen. Im Jahr 2012 wurde das Stadtgebiet ein zweites Mal neu eingeteilt und zwölf Bezirke, »Arrondissements«, mit insgesamt 55 Sektoren geschaffen. Das ehemalige Viertel Gounghin umfasst heute beispielsweise die Stadtteile 6 und 7, wobei ein Sektor dem 1. Bezirk und der andere Sektor dem 2. Bezirk zugerechnet wird. In politischer Hinsicht spielen die alten Viertelgrenzen in Ouagadougou also keine Rolle mehr, in kultureller Hinsicht werden diese Bezeichnungen aber nach wie vor verwendet, denn die wenigsten Menschen identifizieren sich mit dem Sektor, in welchem sie wohnen.

Bamako zählt seit dem Jahr 1978 sechs Stadtgemeinden, »Communes«, und 58 Stadtviertel, wobei viele alte Ortsbezeichnungen für die neu begrenzten Viertel übernommen wurden. Allerdings führen bauliche und soziale Unterschiede innerhalb dieser Viertel dazu, dass die BewohnerInnen sich nicht immer mit ihrem Viertel identifizieren. Beispielsweise sehen sich die BewohnerInnen der Sozialwohnbausiedlung ATT-Bougou nicht unbedingt als BewohnerInnen des Viertels Yirimadio, in welchem sich die Siedlung befindet. Und auch innerhalb des Viertels Banconi differenzieren die BewohnerInnen zwischen sechs verschiedenen Stadtteilen, welche zwar keine administrativen Einheiten darstellen, welche sich aber sehr wohl in den Vereinsstrukturen widerspiegeln. Es zeigt sich also sowohl für Bamako als auch für Ouagadougou, dass die Verwaltungsgliederung oft wenige Informationen über die Baustruktur, die Bevölkerungszusammensetzung oder die gemeinschaftliche Organisation im Viertel liefert. Die Heterogenität innerhalb der Stadtteile bezieht sich schließlich auch auf geographische Aspekte. Die Nähe zum Fluss Niger in Bamako oder zu den von Überschwemmung bedrohten Gebieten in Ouagadougou geht für die Menschen mit besonderen Gefahren einher. Gleiches gilt für die Nähe zu bestimmten Infrastruktureinrichtungen wie z. B. Mülldeponien oder Industriebetrieben. Für die Analyse ist es also erforderlich, nicht nur den Stadtteil, sondern auch die unmittelbare Wohnumgebung miteinzubeziehen.

Ausgangspunkt der Erforschung umweltgerechten Verhaltens waren die Haushalte. Unter Haushalt versteht man eine soziale und wirtschaftliche Einheit, welche sich aus einer oder mehreren Personen zusammensetzt, die miteinander verwandt sein können oder nicht. Diese Personen leben miteinander und teilen sowohl dasselbe Dach als auch dieselben Mahlzeiten. Ein Haushalt wird schließlich dadurch charakterisiert, dass die Einkommensschaffung und die Erwerbstätigkeit der Haushaltsmitglieder auf kollektiver Basis organisiert sind (vgl. Gonzalez de la Rocha 2001). Zu den Haushaltsmitgliedern wurden in meiner Forschung auch jene Familienmitglieder gezählt, die zwar nicht im selben Haushalt übernachten, die mit diesem Haushalt aber enge soziale und finanzielle Beziehungen pflegen. Dies trifft beispielsweise auf unverheiratete Söhne zu, die oft in der Nähe des Elternhaushaltes ein Zimmer mieten und dort ihren Schlafplatz haben. Die Söhne fahren meist dennoch fort, die täglichen Mahlzeiten gemeinsam mit den anderen Haushaltsmitgliedern einzunehmen und auch zu den Haushaltsausgaben beizutragen (vgl. Kinda 1987). Zu den Haushaltsmitgliedern wurden auch BesucherInnen gezählt, wenn ihr Aufenthalt von längerer Dauer war. Das ist beispielsweise oft der Fall bei Kindern und Jugendlichen, die wegen des Schulbesuchs zu einem Verwandten oder Bekannten nach Ouagadougou bzw. Bamako kommen. Dadurch, dass solche BesucherInnen in wirtschaftlicher Abhängigkeit von der Gastfamilie stehen und sich ihr

Lebensmittelpunkt in diesem Haushalt befindet, kann diese Entscheidung begründet werden.

Für die Auswahl der Haushalte wurden bestimmte Kriterien herangezogen. Als wichtigstes Kriterium kann hier der sozioökonomische Status eines Haushalts genannt werden, also ob Haushalte arm oder nicht arm sind. Die Grenzziehung zwischen armen und nichtarmen Haushalten stellte sich als äußerst schwierig heraus, denn eine Vielzahl an Faktoren wie die Haushaltsgröße, die Haushaltsstruktur und die Anzahl der erwerbstätigen Haushaltsmitglieder spielen hier eine Rolle. Anhand des Wohnortes und der Wohnsituation sowie der ausgeübten wirtschaftlichen Tätigkeit konnten die Haushalte jedoch vorab annähernd eingestuft werden. Denn so konnte ich davon ausgehen, dass die Menschen in den informellen Vierteln grundsätzlich ein geringeres Einkommen als die Menschen in den zentrumsnahen Stadtvierteln hatten, weil sie auf offiziellem Wege noch keine Parzelle hatten erstehen können. Auch Familien, die an ihrem Wohnort keinen Zugang zu Strom oder Fließwasser hatten, konnte ich tendenziell den ärmeren Haushalten zuordnen. Schließlich war auch die Berufstätigkeit der Haushaltsvorstände aufschlussreich, denn Familienväter, die z.B. als Kleinhändler oder Maurer im informellen Wirtschaftssektor tätig waren, wurden aufgrund der unregelmäßigen Einkommen und der fehlenden sozialen Absicherung eher mit prekären Lebensbedingungen in Verbindung gebracht. Dasselbe gilt auch für Witwen oder alleinerziehende Mütter, die oft alle Haushaltsausgaben selbst bestreiten müssen.

Eine letzte Dimension, die ich in meiner Forschung zu berücksichtigen versucht habe, betrifft die Frage der ethnischen Zugehörigkeit und der Religion. Hinsichtlich der soziokulturellen Zusammensetzung der Bevölkerung unterscheiden sich Bamako und Ouagadougou: In Bamako gehören über neunzig Prozent der EinwohnerInnen dem muslimischen Glauben an. Aufgrund des geringen Anteils an ChristInnen und AnimistInnen wurden für die qualitativen Interviews mit den Haushalten ausschließlich muslimische Familien herangezogen. Manche Forschungen in Bamako (Diarra und Togola 1997) weisen darauf hin, dass die Religionszugehörigkeit im Hinblick auf die Praktiken der Abfall- und Abwasserentsorgung keine Rolle spielt. Dies kann möglicherweise damit erklärt werden, dass umweltbezogene kulturelle Vorstellungen tief verwurzelt sind und vom Islam bzw. den christlichen Konfessionen nicht maßgeblich verändert wurden. Bestimmte Reinlichkeitsgebote, die im Islam eine große Rolle spielen, mögen zwar heutzutage einen höheren Stellenwert einnehmen, jedoch beziehen sich diese Gebote v.a. auf den Körper, die Kleidung sowie Hof und Haus. Im Hinblick auf den Schutz der Umwelt im öffentlichen Raum scheinen die beiden großen Weltreligionen bisher wenig Einfluss auf das Verhalten der Menschen gehabt zu haben. In der Hauptstadt Malis finden sich Angehörige aller ethnischen Gruppen, allerdings bilden die Bambara und die Malinke die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung. Durch interethnische Ehen haben sich die Angehörigen der anderen ethnischen Gruppen, unter ihnen die Fulbe, die Soninke, die Songhai oder die Dogon mittlerweile oft vermischt und die Verkehrssprache Bambara übernommen. Aufgrund der Familiennamen kann meist auf die ethnische Zugehörigkeit der Menschen geschlossen werden, jedoch habe ich bei der Auswahl meiner InterviewpartnerInnen wenig Aufmerksamkeit darauf gelegt, Angehörige aller ethnischen Gruppen zu befragen.

Die Bevölkerung in Ouagadougou ist im Vergleich zu Bamako sowohl religiös als auch ethnisch sowie sprachlich stärker differenziert. Schätzungen zufolge gehören etwa sechzig Prozent der EinwohnerInnen Ouagadougous dem Islam an, ein Viertel christlichen Konfessionen und 15 Prozent werden zu den AnhängerInnen traditioneller Religionen gezählt. Elemente des Animismus wurden jedoch häufig in synkretistischer Art und Weise mit den Weltreligionen verknüpft, sodass diese Kategorien nicht als absolut zu betrachten sind. In meiner Forschung in Ouagadougou habe ich gezielt Interviews mit muslimischen und christlichen Familien geführt. Hierbei konnte ich auch mehrere Male feststellen, dass der Haushaltsvorstand und seine Frau unterschiedlichen Religionen angehörten oder dass der Partner/die Partnerin aufgrund der Eheschließung zu einer anderen Religion konvertiert war. Weiters habe ich Interviews mit den VertreterInnen von verschiedenen Ethnien wie den Mossi, der dominierenden ethnischen Gruppe in Burkina Faso und den Dioula sprechenden anderen ethnischen Gruppen durchgeführt. Durch diese Vorgehensweise sollte die Behauptung von Jacky Bouju (2002), wonach ethnisch geprägte Vorstellungen über Abfälle im städtischen Milieu weniger relevant seien, überprüft werden. Bouju (ebd.) hatte sowohl in Ouagadougou als auch in Bobo Dialasso die Bedeutung der Religion und der ethnischen Zugehörigkeit im Hinblick auf das Abfallverhalten analysiert und war zu dem Schluss gekommen, dass in beiden Städten andere Faktoren wie z.B. das Bildungsniveau oder das Einkommen eine viel größere Rolle spielen. In einer Forschung in Bamako und Mopti in Mali wurde darauf hingewiesen, dass weniger die ethnische Zugehörigkeit, als die konkrete Lebensweise für die Wahrnehmung von Schmutz und Sauberkeit ausschlaggebend ist (siehe Chevron 2002). Ich möchte diese Frage in meiner Arbeit noch einmal aufgreifen, da ich es für möglich halte, dass die ethnische bzw. die Religionszugehörigkeit indirekt relevant sein könnten. Unterschiede, die sich daraus beispielsweise in der Haushaltsgröße, der Eheform oder der Stellung der Frau in der Familie ergeben, könnten Auswirkungen auf die Praktiken der häuslichen Abfall- und Abwasserentsorgung haben.

6.2. Darstellung der Forschungsannahmen

Ausgehend von den vorgestellten theoretischen Zugängen zu den Themen Armut, Umweltbewusstsein und umweltgerechtes Handeln sowie Infrastruktur und Dienstleistungen der Abfall- und Abwasserentsorgung soll nun die Operationalisierung der Forschungsfrage für die empirische Forschung präsentiert werden. Allgemein gilt es, die Wechselwirkungen zwischen Armut, manchen kulturellen Aspekten und den institutionellen Voraussetzungen zu hinterfragen.

Im Hinblick auf das Konzept der Armut gilt es einerseits zu erforschen, welche Rolle die anfallenden Kosten – insbesondere die Gebühren für die Entsorgung von Abfällen und Abwässern – für umweltgerechtes Verhalten haben. Die Annahme lautet, wie in Kapitel 4.2.3 näher ausgeführt, dass die Abfallsammelgebühren für die Haushalte verglichen mit den Kosten für die Errichtung von Sanitäranlagen und die Klärgrubenentleerung für ärmere Haushalte eher leistbar sind.

Eine zweite wichtige Fragestellung bezieht sich auf die umweltrelevanten Auswirkungen von unterschiedlichen Konsumniveaus: Welche Rolle spielt der Lebensstil von

reichen und armen Menschen im Hinblick auf den Grad der Umweltverschmutzung? Inwieweit können in westafrikanischen Städten neue Konsummuster auch bei ärmeren StadtbewohnerInnen festgestellt werden, welche zu einer stärkeren Verschmutzung der Umwelt, als dies im traditionellen dörflichen Kontext der Fall war, führen? Schließlich stellt sich die Frage, ob sich nur das Umwelthandeln oder auch das Umweltbewusstsein von armen Haushalten von jenem nichtarmer Haushalte unterscheidet. Wie bereits im ersten Kapitel angeführt, muss im Hinblick auf die empirische Forschung zwischen der Betrachtung eines allgemeinen Umweltbewusstseins und der Betrachtung von Prioritäten im Verhalten unterschieden werden. Die weit verbreitete Annahme lautet, dass ärmere Bevölkerungsschichten trotz umweltbewusster Einstellungen weniger Freiheiten haben, persönlichen Verzicht für den Umweltschutz in Kauf zu nehmen. In Abhängigkeit von den verfügbaren Ressourcen würden ärmere und reichere Menschen demnach andere Prioritäten setzen (Diekmann und Franzen 1999).

Theorien zur Messung von Umweltbewusstsein müssen aufgrund ihres zumeist westlichen Entstehungskontextes vorsichtig verwendet werden. Die Analyse von Einstellungen, Werten und Überzeugungen muss immer auf den jeweiligen Kontext bezogen sein. Folgendes Beispiel, das sich auf die Evaluierung von Umweltbildungsmaßnahmen in der größten Stadt der Elfenbeinküste, Abidjan, (Traoré 2007) bezieht, kann dies veranschaulichen. In der Studie von Kassoum Traoré wurden dreihundert Haushalte in den ärmeren Stadtvierteln Abidjans zum Thema Umwelt befragt. Aus der Befragung geht hervor, dass der französischsprachige Begriff für Umwelt, »environnement«, von der Bevölkerung auf unterschiedliche Art und Weise verstanden wurde. Während knapp die Hälfte der befragten Haushalte Umwelt mit den allgemeinen Lebensbedingungen assoziierte, verstand ein Fünftel der Befragten den Begriff Umwelt als unmittelbare physische und soziale Umgebung. Weniger als zehn Prozent der Befragten brachten Umwelt mit Sauberkeit und Siedlungshygiene oder mit Natur in Verbindung. Mehr als ein Drittel der befragten Haushalte konnte den Begriff »environnement« nicht deuten (ebd.). Diese Studie zeigt auf, dass Begriffe, die für die breite Masse der Bevölkerung in Europa oder den USA meist einheitlich konnotiert sind, im afrikanischen Kontext oft unterschiedlich verstanden werden². Obwohl Begriffe wie der der Umwelt besonders durch internationale Organisationen und nationale Verwaltungsapparate in afrikanischen Ländern in offiziellen Mitteilungen und Berichten weit verbreitet sind, werden sie nur von wenigen Menschen wirklich verstanden. Wissenschaftliche Studien übernehmen häufig unreflektiert diese Begriffe, weil sie als allgemein verständlich gelten.

Neben der Problematik der Übernahme westlich geprägter Begriffe muss auch das Wissen über bestimmte Zusammenhänge thematisiert werden. Es geht also nicht nur darum, ob die Menschen vor Ort den Begriff Umwelt verstehen, sondern auch darum, ob sie Verbindungen zwischen den Ursachen und Folgen von Umweltverschmutzung herstellen können. Dies wird als eine der Voraussetzungen gesehen, damit (neue) umweltgerechte Praktiken übernommen werden. In meiner Annahme gehe ich jedoch da-

2 Im Rahmen einer Forschung über das Umweltbewusstsein der BewohnerInnen des Industriegebietes in Kalkutta (Indien) wurde ebenfalls darauf hingewiesen, dass die InterviewpartnerInnen Begriffe wie Umwelt oder Verschmutzung oft nicht verstehen würden (Chatterjee 2008).

von aus, dass den Menschen diese Zusammenhänge in mancher Hinsicht unklar sein könnten. Brian Wynnes (1992) Aufgliederung der Arten des Nichtwissens erscheint hier von Interesse. Wynne skizzierte vier mögliche Szenarien des Nichtwissens, die er als Risiko, Unsicherheit, Unbestimmtheit und Unwissenheit bezeichnete. Während beim Risiko die Wahrscheinlichkeit des Eintretens von Folgen bestimmter menschlicher Verhaltensweisen bekannt sei, sei dies bei der Unsicherheit nicht der Fall. Unbestimmtheit meine, dass die Ergebnisse bestimmter Verhaltensweisen nicht vorhersagbar seien, wie beispielsweise die nicht-intendierten Folgen aus dem Zusammenspiel mehrerer individuell Handelnder. Unwissenheit bedeute schließlich, dass weder die Ursachen für Umweltprobleme noch die Folgen umweltbezogenen Handelns bekannt seien. Das Wissen bzw. Nichtwissen über die Ursachen und/oder Folgen könnte auch in meiner Forschung erklären, warum möglicherweise in manchen Situationen mehr Vorsicht geübt wird als in anderen. Es könnte beispielsweise im Hinblick auf das Erkrankungsrisiko mehr Wissen vorhanden sein als im Hinblick auf die diffuse Verschmutzung des öffentlichen Raumes durch Haushaltsabfälle.

Dem vorhandenen Wissen über den Zustand der Umwelt und die Faktoren, die diesen Zustand beeinflussen, möchte ich besondere Aufmerksamkeit widmen. Es gilt hier zu erforschen, inwieweit Werte und Einstellungen bzw. Handlungsbedingungen für umweltgerechtes Verhalten von Relevanz sind. Wie dies auch Studien aus der Umweltpsychologie (Milfont und Duckitt 2010) gezeigt haben, kann die symbolische Ebene, also Repräsentationen von Umwelt, nicht mit der instrumentellen Ebene, also dem tatsächlichen Verhalten, gleichgesetzt werden. Während also umweltrelevante Haltungen wie die Befürwortung des Umweltschutzes eine tief verwurzelte Dimension darstellen können, bezieht sich das Umwelthandeln auf die konkrete Nutzung der Umwelt. Auf der Handlungsebene gilt es darüber hinaus zu unterscheiden, ob Menschen aktiv nach umweltschonenden Lösungen suchen oder ob sie die Möglichkeiten, die ihnen bereit stehen, mehr oder weniger passiv nutzen. So sind die Handlungsbedingungen in einem Stadtviertel, in dem es eine Müllabfuhr gibt, und die Haushalte nur ein Abonnement aufzunehmen brauchen, andere als in einem Stadtviertel ohne organisierte Müllsammlung, wo die Haushalte entweder informelle Müllsammler mit Handwagen bestellen oder ihren Müll selbst entsorgen müssen. Im Hinblick auf die Handlungsbedingungen soll auch die Rolle von Technologien und Infrastruktur beleuchtet werden, wobei die Frage zu stellen ist, ob die Verwendung von modernen und meist kostspieligen Technologien zu einer Reduktion der Umweltverschmutzung führt.

In der empirischen Forschung spielt der Gegensatz zwischen der Wahrnehmung der Umweltqualität und der Besorgnis über die Umweltqualität eine besondere Rolle. So gilt es auch die Frage zu stellen, ob die Umweltverschmutzung in Zusammenhang mit dem persönlichen Wohlbefinden gesehen wird. Welche tatsächlichen Auswirkungen hat die Umweltverschmutzung auf das Wohlbefinden der Menschen? Umweltpsychologische Ansätze weisen darauf hin, dass Beschwerden über Umweltverschmutzung nicht immer aus einer tatsächlichen Umweltverschmutzung resultieren müssen, sondern oft auch aus der Unzufriedenheit mit der allgemeinen Wohnsituation. Es sind nicht nur die Umweltbedingungen, welche die Lebensqualität und die Gesundheit einer Person beeinflussen, sondern ebenso die Beziehungen, welche eine Person zu ihrer Umwelt hat:

«La gêne est une expression composite d'inconfort qui peut se cristalliser sur une composante de l'environnement physique (le bruit, les odeurs). Mais elle ne résulte pas exclusivement d'une exposition effective et massive à la nuisance, l'expression d'un inconfort ou d'une gêne peut aussi résulter d'une insatisfaction résidentielle qui est alors attribuée à la nuisance» (Moser 2009 : 131).

Genauso wie die tatsächliche Umweltverschmutzung nicht wahrgenommen oder heruntergespielt werden kann, kann die geäußerte Unzufriedenheit mit der Umweltsituation andere Gründe als eine möglicherweise kaum verschmutzte Umwelt haben. Der Begriff »sauber« beinhaltet eine moralische Konnotation, die nicht nur auf die physische Umwelt beschränkt bleibt, sondern sich auch auf die Menschen im Wohnumfeld bezieht, wie Sjaak van der Geest (1998) es in seiner Studie über die Bedeutungen von Schmutz in den Akan-Sprachen in Ghana demonstrieren konnte. Nachbarschaftliche Beziehungen können durch Schmutz im öffentlichen Raum beeinträchtigt werden und umgekehrt kann ein Missverhältnis zwischen den NachbarInnen die Sauberkeit des Viertels beeinträchtigen. Umwelt muss also weiter gefasst werden und stellt nicht bloß eine ökologische Kategorie dar. In der empirischen Forschung wurde Umwelt deshalb in einem weiteren Sinne verstanden. Sowohl die physischen als auch die sozialen Bedingungen, unter denen Menschen leben, wurden deshalb berücksichtigt. Umwelt bezieht sich sehr stark auf den Bereich des Wohnens, also auf die Aneignung, die Ausstattung, die Begrenzung und die Nutzung eines Raumes. Die Zufriedenheit mit dem Zuhause wird mit einer positiven Einschätzung der physischen Umwelt, einem gut funktionierenden sozialen Netzwerk in der Nachbarschaft und dem Zugang zu Infrastruktur oder kommunalen Dienstleistungen in Verbindung gebracht (Moser 2009).

Ein Aspekt, der in der empirischen Forschung ebenso einen wichtigen Stellenwert einnimmt, ist die Frage nach dem Verhältnis zwischen den ärmeren Bevölkerungsschichten und der Stadtverwaltung. In dieser Arbeit gehe ich davon aus, dass sich die fehlende Kommunikation zwischen der Stadtgemeinde und der Bevölkerung negativ auf die Einstellung und die Kooperationsbereitschaft der Menschen auswirkt. Die bereits erwähnten Forschungen in Abidjan haben aufgezeigt, dass Sitzungen der Kommunalverwaltung zum Thema Abfallwirtschaft und Siedlungshygiene unter Ausschluss der Öffentlichkeit stattfinden. Wie Kassoum Traoré (2007) zeigen konnte, ist die überwiegende Mehrheit der Befragten in seiner Studie der Meinung, die Gemeinde würde sich nicht bemühen, den Verschlechterungen der Lebensbedingungen im Viertel entgegen zu wirken (siehe auch Chevron et al. 2002). Andere Forschungen, wie die von Mario Small (2004) über puerto-ricanische MigrantInnen in Boston, USA, haben gezeigt, dass nachbarschaftliche Dynamiken ausschlaggebend für die dauerhafte Beteiligung der Bevölkerung an lokalen Projekten sind. BewohnerInnen eines Stadtviertels, welche sich über eine gemeinsame Vergangenheit definieren, sind aus diesem Grund z.B. weitaus aktiver als Menschen, die sich nur aufgrund von außen herangetragenem Projekten organisieren. Kontinuierliche soziale und politische Interaktionen zwischen den BewohnerInnen eines Viertels können also entscheidend für die Nachhaltigkeit von Projekten sein. Wenn in manchen Stadtvierteln freiwillige Reinigungskomitees die Sauberkeit des öffentlichen Raumes dauerhaft garantieren, während in anderen Stadtvierteln nur sporadische Reinigungsaktivitäten durchgeführt werden, dann könnte dies ein Zeichen

für den unterschiedlich starken sozialen Zusammenhalt in den Vierteln sein. Ob das Ausmaß des gesellschaftlichen Engagements grundsätzlich zwischen den zentrumsnahen und den informellen Stadtvierteln am Stadtrand differiert, soll ebenso analysiert werden. Die Stadtzentren, in denen oft alteingesessene Familien leben, unterscheiden sich aufgrund ihrer familiären und nachbarschaftlichen Netzwerke von den peripheren Vierteln, in denen familiäre Beziehungen fehlen und die horizontalen Solidaritätsnetzwerke fluktuierend, temporär und brüchig sind (vgl. Vuarin 2000). Der Vergleich der gemeinschaftlichen Aktivitäten von ärmeren StadtbewohnerInnen in Zentrumsnähe und in Stadtrandlage könnte daher zu interessanten Ergebnissen führen.

6.3. Reflexion über die Forschungsinstrumente

Für die empirische Forschung wurden verschiedene qualitative Methoden gewählt. Die ausschließliche Verwendung von qualitativen Methoden wird damit begründet, dass der intersubjektive Bedeutungsgehalt der Phänomene Armut und Umwelthandeln im Mittelpunkt des Forschungsinteresses steht. Anhand von Diskursen sollen Zusammenhänge zwischen den Motivationen und Einstellungen und konkreten Verhaltensweisen aufgedeckt und überprüft werden. Im empirischen Teil dieser Arbeit wird versucht, durch die offene, qualitative Herangehensweise zu neuen Erkenntnissen zu gelangen. Eine qualitative Forschungsstrategie zeichnet sich dadurch aus, dass sich die Forschungsannahmen graduell im Laufe des Forschungsprozesses verändern und die empirischen Methoden flexibel gehandhabt werden können. Der Erkenntnisgewinn entsteht aus der wechselseitigen Verschränkung der theoretischen Annahmen und der empirischen Forschungsdaten. Im Vergleich dazu müssen quantitative Erhebungen, welche hauptsächlich auf die Verifikation bzw. Falsifikation von Hypothesen abzielen, sich von vornherein auf die verwendeten Methoden festlegen (vgl. Witt 2001).

In Afrika werden in regelmäßigen Abständen Armutsstatistiken erstellt, die einerseits das Phänomen Armut greifbar machen sollen und andererseits für die Erstellung von nationalen Maßnahmenplänen herangezogen werden. Dadurch, dass diese Statistiken den Anspruch erheben, repräsentativ zu sein, werden sie häufig als objektive Abbildung der Armutsproblematik gesehen. Groß angelegte Fragebogenerhebungen bieten den Vorteil, statistische Maßzahlen wie Häufigkeiten und Verteilungen berechnen zu können. Darüber hinaus wird heute auch vermehrt versucht, verschiedene Dimensionen von Armut wie monetäre Armut oder materielle Armut statistisch zu erfassen und miteinander in Beziehung zu setzen. Dies führt in manchen Fällen jedoch dazu, dass soziale Phänomene quantifiziert werden, die sich aus theoretischer Hinsicht nicht quantifizieren lassen, wie beispielsweise die Wahrnehmung von Vulnerabilität, für die ein eigener Index geschaffen wurde. Kultur- und SozialanthropologInnen, welche Ernährungssicherheit in Mali erforscht haben, sehen diese Tendenz sehr kritisch:

»Ce culte des chiffres pousse à la quête systématique de prétendus ›indicateurs‹ les plus divers, censés renseigner des états d'insécurité alimentaire transitoires ou des vulnérabilités nutritionnelles plus structurelles, tandis que l'obsession méthodologique (la ›méthodophrenie‹, pourrait-on-dire) pousse à la technicisation croissante des ›ou-

tils« (système d'information géographique, système d'information sur les marchés, systèmes d'information sur les prix), tout cela, soit dit en passant, contribuant lourdement à l'inflation des coûts au détriment de la part dévolue (quand elle reste prévue!) à la recherche qualitative« (Arditi et al. 2011 b : 28).

Tatsächlich ist besonders in afrikanischen Ländern ein Trend zur quantitativen Sozialforschung festzustellen. Die Reduktion sozialer Phänomene auf Zahlen birgt die Gefahr, wenige inhaltliche Informationen zu liefern und macht die Interpretation der Ergebnisse daher oft sehr schwierig. Es sei hier pars pro toto eine Forschung in Mali zum Thema Armut erwähnt. In dieser Forschung ging es um das subjektive Wohlbefinden, das festgestellt werden sollte. Die Antworten wurden mittels eines Fragebogens mit geschlossenen Antwortkategorien »messbar« gemacht: 1. »Ça va bien; 2. Ça va à peu près; 3. Il faut faire attention; 4. Vit difficilement« (Sako et al. 2005 : 27). Die AutorInnen der Studie Mahmod Sako et al. weisen jedoch selbst auf die Grenzen dieser quantitativen Messung von Wohlergehen hin. Die Antworten auf die Fragen wurden mit dem Einkommen der Befragten korreliert und auch wenn die Ergebnisse erwartungsgemäß ein größeres Wohlbefinden bei einem höheren Einkommen signalisieren, konnten die Daten letztendlich nicht eindeutig interpretiert werden (ebd.). Die Selbsteinschätzung des Wohlbefindens wird meist im Vergleich zum eigenen sozialen Umfeld getroffen und liefert daher ohne eine entsprechende, qualitativ feststellbare Kontextualisierung wenig brauchbare Informationen über das eigene monetäre oder materielle Wohlergehen. Die quantitative Armutsforschung ist also aufgrund ihres meist sehr theoretischen Zugangs, der speziellen Fragestellungen und Hypothesen sowie der Verwendung standardisierter Methoden nicht unproblematisch. Indem das dominante Wissen über Armut aus der Bezugnahme auf bestimmte Arten von Informationen, Methoden und die Einbindung in professionelle Netzwerke resultiert, bleiben alternative Forschungszugänge oft unterrepräsentiert (O'Connor 2002).

Statistische Erhebungen werden auch für die Messung des Zugangs zu Trinkwasser und die Anbindung an die Infrastruktur der Abfall- und Abwasserentsorgung sowie die Nutzung diesbezüglicher Dienstleistungen eingesetzt. Hierbei gibt es Statistiken, die sowohl durch die nationalen Statistikbehörden als auch durch internationale Organisationen oder im Rahmen von wissenschaftlichen Forschungsprojekten erstellt wurden. Zieht man beispielsweise die Statistiken des Statistischen Amtes in Mali heran, so fällt auf, dass es teilweise unterschiedliche Maßzahlen und auch Unterschiede zwischen den einzelnen Erhebungen gibt. So wurden im Rahmen der malischen Volkszählung im Jahr 2009 (INSTAT 2011 a) 286.381 Haushalte in Bamako im Hinblick auf den vorhandenen Toilettentyp befragt. Hierbei wurde zwischen internen und externen privaten Toiletten mit Wasserspülung und gemeinsam genutzten Toiletten mit Wasserspülung unterschieden. Auch bei den traditionellen Toiletten wurde zwischen privaten und gemeinsam genutzten Toiletten unterschieden. Im Vergleich dazu wurden in einer Befragung, die zum Zweck der Evaluierung der Erreichung der Millennium-Entwicklungsziele von UNICEF entwickelt und vom Statistischen Amt durchgeführt wurde, im selben Zeitraum 19.371 Haushalte in Bamako befragt (INSTAT 2011 b). Hier bezogen sich die Antwortkategorien auf die Unterscheidung zwischen Trockentoiletten und Toiletten mit Wasserspülung sowie den Anschluss an die Kanalisation bzw. die Art der Klärgrube.

Die Daten aus diesen beiden Befragungen bilden unterschiedliche Aspekte ab und sind jeweils für sich genommen nicht ausreichend, um die Komplexität der Entsorgung von Schwarzwässern zu verstehen.

In Bezug auf die Abfallentsorgung zeigt sich dieselbe Problematik. Die nationale Abfallwirtschaftsstrategie für Mali (DNACPN 2007 a) stützt sich auf eine Befragung von 1.159 Haushalten in Bamako aus dem Jahr 2003 über die Art und Weise der Abfallentsorgung. In einem sehr detaillierten Fragebogen wurde zwischen zehn Praktiken des Umgangs mit dem Haushaltsmüll unterschieden, u.a. die Abfallsammlung durch eine GIE oder durch einen informellen Abfallsammler, das Verbrennen der Abfälle, die Entsorgung auf einer Mülldeponie, auf der Straße, auf einem nicht bebauten Grundstück oder im Fluss sowie die Nutzung der Abfälle als Dünger auf den Feldern. Eine Befragung von 851 Haushalten in Bamako im Zusammenhang mit der Armutsreduktionsstrategie im Jahr 2011 (INSTAT 2011d) beschränkt sich lediglich auf fünf Antwortkategorien: die Abfallsammlung, die Entsorgung auf einer Mülldeponie oder auf einer wilden Deponie sowie das Verbrennen oder Vergraben der Abfälle. Auch hier können die Daten aus den beiden Befragungen nur schwer in Beziehung zueinander gesetzt und ein Trend im Abfallverhalten festgestellt werden.

Die erhobenen quantitativen Daten dienen wie bereits erwähnt oftmals der Erstellung von lokalen Entwicklungsplänen. Für den Maßnahmenplan im Bereich Siedlungshygiene in der Hauptstadt Bamako wurden beispielsweise im Jahre 2007 sozioökonomische Merkmale der Haushalte, die vorhandenen sanitären Anlagen, die Entsorgung der Haushaltsabfälle, die Bereitschaft und die Fähigkeit, für die Abfallsammlung zu bezahlen, die Wasserversorgung, die Art der Abwasserentsorgung und die Art und Häufigkeit von Krankheiten im Haushalt erhoben (DNACPN 2007b). Die Umfrage wurde abschließend evaluiert und die Schwierigkeiten der quantitativen Erhebung erläutert. Besonders die Fragen betreffend das Haushaltseinkommen und die Haushaltsausgaben, aber auch Fragen nach den persönlichen Einstellungen waren im Zuge der Forschung auf Ablehnung und Skepsis bei den Betroffenen gestoßen. In den Vierteln der städtischen Peripherie wurden Fragen nach den Praktiken der Abwasserentsorgung aufgrund des offensichtlichen Nichtvorhandenseins von technischer Infrastruktur als Provokation empfunden:

»Cependant, il n'est pas exclu que certaines questions, parmi les plus subtiles, aient été interprétées avec équivoque par certains répondants dont la très grande majorité ne possède pas suffisamment de recul sur les ouvrages et services d'assainissement améliorés« (DNACPN 2007b : 18).

Dies zeigt, dass die Durchführung von quantitativen Befragungen bestimmte Schwierigkeiten mit sich bringt und die erhobenen Daten mit manchen Mängeln behaftet sein können. Dies gilt ebenfalls für die Durchführung von Befragungen zum Zwecke der Evaluierung von staatlichen oder kommunalen Maßnahmen wie beispielsweise Sensibilisierungskampagnen. So werden beispielsweise die Ergebnisse einer quantitativen Umfrage über die Häufigkeit der Klärgrubenentleerung in Bamako aufgrund der befürchteten Sanktionen durch die Behörden als nicht glaubwürdig eingeschätzt:

»Les informations relatives aux fréquences de vidange sont peu fiables car la période des enquêtes a coïncidé avec la campagne de salubrité qui a entraîné des mesures et des sanctions de la part des autorités« (Ballo 1993: 233).

Meine Entscheidung für den Einsatz von qualitativen Forschungsmethoden basiert daher neben der Wahl der besten Methoden auf einer kritischen Analyse von statistischen Umfragen. Mithilfe von qualitativen Methoden soll das verstehende Nachvollziehen lebensweltlicher Zusammenhänge vereinfacht und die Komplexität der Armuts- sowie der Umweltproblematik sichtbar werden. In meinen Ausführungen führe ich dennoch statistische Messdaten an, da sie die Einordnung der eigenen qualitativen Forschungsergebnisse ermöglichen. Außerdem können sie das Ausmaß von wenig bekannten Problemen, wie beispielsweise der fehlende Zugang zu Toiletten in westafrikanischen Städten, aufzeigen.

Die verwendeten qualitativen Methoden umfassen teilnehmende Beobachtung, qualitative Einzelinterviews, ExpertInneninterviews und Fokusgruppeninterviews. Die Methode der teilnehmenden Beobachtung im Hinblick auf das Wohnen und das Alltagsleben der Menschen war von Beginn an und während des gesamten Forschungsaufenthalts wesentlich. Die Beobachtung von Praktiken wie beispielsweise die Verrichtung von Hausarbeiten ließ Schlüsse über die Bedeutung von Ordnung und Sauberkeit zu. Die Interaktionen zwischen den Familienmitgliedern, NachbarInnen und BesucherInnen lieferten wichtige Informationen über den sozialen Status der Familie.

Mehrere Male verbrachte ich einige Tage bei anderen Familien als meiner Gastfamilie in zentrumsnahen, peripheren und informellen Stadtvierteln. Meine Bereitschaft, mich auf die beschwerlichen Lebensbedingungen der Menschen einzulassen, wurde mit einer Fülle an Erkenntnissen belohnt. Für die Erforschung von umweltgerechtem Verhalten, also Praktiken der Abfall- und Abwasserentsorgung, ist teilnehmende Beobachtung unerlässlich. Wie in der Kultur- und Sozialanthropologie bekannt ist, aber auch in der Umweltpsychologie erforscht wird, entsprechen die Aussagen von Menschen über ihre Verhaltensweisen nicht immer den tatsächlichen Handlungspraktiken.

Empirische Forschungen in anderen Erdteilen bestätigen diese Tatsache auch für umweltrelevantes Verhalten wie beispielsweise Recycling. Eine Studie in Mexiko (Corral-Verdugo 1997) ergab, dass umweltbezogene Einstellungen und Überzeugungen nur mit dem selbst berichteten Umweltverhalten, nicht aber mit dem beobachteten Umweltverhalten korrelieren. Einstellungen und Überzeugungen repräsentieren demnach v.a. Normen und soziale Erwartungshaltungen, sind jedoch wenig handlungsrelevant. Im Rahmen der Studie wurden außerdem Motivationen für Recycling sowie Wissen und Fertigkeiten über die Wiederverwertbarkeit von Wertstoffen erforscht. Die Personen, die konkrete persönliche Vorteile für das Recycling aufzählen konnten bzw. in einem Test den Recyclingprozess für verschiedene Wertstoffe richtig rekonstruieren konnten, zeigten auch während der Beobachtungsphase ein stärker ausgeprägtes Recyclingverhalten.

Die teilnehmende Beobachtung war auch wichtig, um die Arbeit und die Einstellungen der in der Abfall- und Abwasserwirtschaft tätigen Menschen zu erfassen. Die Menschen wurden von mir beim Reinigen der Entwässerungsrinnen, bei der Abfall-

sammlung und beim Straßenkehren begleitet. Die teilnehmende Beobachtung führte sowohl zu Erkenntnissen über die Arbeitsbedingungen und die Arbeitsweisen der Menschen als auch zu Erkenntnissen über die Art der Kontakte mit den NutzerInnen der Dienstleistungen. Im Bereich der institutionellen Voraussetzungen war die Lage in Bamako anders als in Ouagadougou. In Bamako konnten durch Kontakte mit der Interessensgemeinschaft der Kleinunternehmen in der Abfallsammlung Infrastruktureinrichtungen wie Mülldeponien, Kanalisationssysteme oder die Kläranlage besichtigt werden. In Ouagadougou konnte ich durch meinen Kontakt zur staatlichen Wasserversorgungsgesellschaft ONEA ein Programm der Subventionierung von sanitären Anlagen in der Praxis mitverfolgen. Ich wurde an ein Forschungsbüro verwiesen, das im Rahmen dieses Programms für die Informationsweitergabe zuständig war. Die MitarbeiterInnen dieses Forschungsbüros wurden mehrmals von mir bei ihren Hausbesuchen begleitet. Diese Rundgänge erlaubten die Erforschung der Interaktionen mit den Haushaltsmitgliedern und deren Bereitschaft zur Errichtung bzw. Erneuerung von Toiletten, Duschen und Waschplätzen. In den Haushalten, welche die subventionierten Baumaterialien erhalten hatten, konnte auch der Fortschritt der Bauarbeiten ermittelt werden. Schließlich konnte die Verwendung und Nutzung von umweltrelevanten Technologien und Infrastruktur beobachtet werden und daraus Schlüsse über die Technologiebeherrschung gezogen werden. Dies ist insofern relevant, als im Hinblick auf Umweltverschmutzung die Frage, ob die Umwelt willkürlich verschmutzt wird oder dies unabsichtlich geschieht, heftig umstritten wird.

Um die Phänomene »urbane Armut« und »Umwelthandeln« empirisch zu erforschen, wurden allerdings auch halbstrukturierte Einzelinterviews in Haushalten geführt. In den Interviews wurden Fragen zu den Lebens-, Wohn- und Arbeitsbedingungen der Menschen gestellt. Den InterviewpartnerInnen wurde die Möglichkeit gegeben, über ihre Familienzusammensetzung, die Haushaltseinnahmen und -ausgaben, den Zugang zu und die Nutzung von Infrastruktur und Dienstleistungen, die Belastungen im Wohnumfeld und die Einstellung zur Stadtverwaltung zu erzählen. Die Familienzusammensetzung wurde thematisiert, um die Einkommen und die Ausgaben des Haushalts besser abschätzen zu können, da über das Haushaltseinkommen generell nur ungern gesprochen wird. Dass dies der Fall ist, kann auf mehrere Gründe zurückgeführt werden: Über das Einkommen der anderen Bescheid zu wissen, ohne dass das eigene Einkommen bekannt ist, verleiht eine gewisse Macht. Informationen über das eigene Einkommen Preis zu geben, kann einer in Westafrika verbreiteten Überzeugung nach »das Unglück anziehen« und zu einer Verminderung des Einkommens führen. Das eigene Einkommen zu verheimlichen trägt auch dazu bei, bittstellende Familienangehörige und Bekannte fern zu halten. Dies führt dazu, dass selbst innerhalb eines Haushalts die EhepartnerInnen häufig nicht wissen, wie viel der/die andere verdient (Kinda 1987)³.

3 Im Roman »Faantankin. La cité des pauvres« thematisiert der Malier Abdoulaye Tapo (2006) Armutsdiskurse als Mittel der Demütigung ärmerer Menschen. Indem nur die Reichen, welche Armut selbst nie erfahren hätten, von Armut sprechen würden, würde sich die Situation für die »Armen« nicht verändern. Misstrauen gegenüber ForscherInnen, welche die konkreten Ursachen nicht bekämpfen würden, ist daher nachvollziehbar.

Die Wohnsituation konnte sowohl durch Fragen als auch durch eigene Beobachtungen evaluiert werden. Es wurden einerseits Fragen zum Wohngebäude, zur Hauhaalts-einrichtung und zur technischen und sozialen Infrastruktur in der Wohnumgebung gestellt. Andererseits hatte ich ein Schema für ein Beobachtungsprotokoll erstellt, das ich nach jedem Interview ausfüllte. Hier hielt ich fest, wie der Hof genutzt wurde, ob es Nutztiere oder Pflanzen gab, aber auch wie die Gebäude beschaffen waren und welche Gegenstände im Hof zu sehen waren. Eine mögliche materielle Unterstützung durch staatliche und nichtstaatliche Akteure wurde ebenso wie die außerfamiliären sozialen und finanziellen Verpflichtungen thematisiert.

Danach wurden Fragen nach besonderen (finanziellen) Belastungen im Hinblick auf die Abfall- und Abwasserentsorgung gestellt: Wie können die Menschen Abfälle loswerden? Welche Anstrengungen unternehmen sie, um Abfälle aus der unmittelbaren Wohnumgebung zu entfernen und wo werden Abfälle und Abwässer toleriert? Wie sehr hat man sich an die Präsenz von Abfällen und Abwässer im öffentlichen Raum gewöhnt? In den Interviews mit den Haushalten wurden auch die Häufigkeit von Krankheiten, der Zusammenhang zwischen verschmutztem Wohnumfeld und Krankheiten, und die Bereitschaft, sich ehrenamtlich bei der Reinigung des Wohnviertels zu engagieren, angesprochen. Ebenso wurde die Frage gestellt, wer im Stadtviertel für die Sauberkeit oder für den Umweltschutz verantwortlich sei⁴. Eine Forschung in Bamako (Chevron et al. 2002) hatte bereits gezeigt, dass die überwiegende Mehrheit der Menschen die kommunalen Maßnahmen als unzureichend betrachtet und Verbesserungen von der Stadtverwaltung einfordert. Innerhalb der Familie wird den älteren Menschen häufiger als den jüngeren und Frauen häufiger als Männern diese Verantwortung zugeschrieben. Das Gespräch wurde mit Fragen nach den Veränderungen der Lebensbedingungen und den persönlichen aktuellen Besorgnissen abgeschlossen.

Wie in der empirischen Sozialforschung allgemein bekannt ist, können bei Interviews gewisse Antwortverzerrungen auftreten, die unterschiedliche Ursachen haben können. Einerseits kann es sich um einen Interviewer-Bias oder um ein Problem der Interaktionssituation handeln, weshalb sehr genau darauf geachtet werden muss, wie man als Interviewerin auftritt und wo das Interview geführt wird. Der Versuch der Ein-ebnung sozialer Ungleichheiten kommt insbesondere im direkten Gespräch mit den InterviewpartnerInnen zum Tragen. Es wurde von mir beispielsweise als kleiner Erfolg gewertet, wenn meine Schlüsselpersonen mich anderen InterviewpartnerInnen mit dem Kommentar: »Elle est simple«, also: »Sie ist bescheiden« vorstellten. Bei der Wahl des Ortes für ein Interview spielt es eine Rolle, mit wem das Interview geführt werden soll. Wird ein Interview beispielsweise im Hof geführt, kann es sein, dass die angetroffenen Personen sich nicht autorisiert fühlen, auf die Fragen der ForscherInnen zu ant-

4 Die Übersetzung des Begriffs Umweltschutz auf Bambara gestaltete sich als schwierig. Da es für Umweltschutz keinen eigenen Begriff gibt, wurde die Wortkreation »sigida lakananan« geschaffen. »Sigida« meint hierbei die unmittelbare Umgebung, das Wohnumfeld oder auch Stadtteil. »Lakananan« heißt auf Bambara Schutz und wird meist in Bezug auf den Schutz von Personen verwendet. Schutzgewährend können sowohl Objekte wie ein Motorradhelm als auch Personen oder auch Gott sein. Der Ausdruck »sigida lakananan« wurde in meinen qualitativen Interviews auf Bambara nicht immer verstanden und musste öfters erläutert bzw. der französische Begriff »protection de l'environnement« verwendet werden.

worten. Der Ehemann bzw. die statushöhere Person (ein Elternteil, die erste Ehefrau, der ältere Bruder, etc.) wird als Auskunftsperson gewählt. Weiters muss während eines Leitfadenterviews der Art der Frageformulierung und der Reihenfolge der Fragen große Aufmerksamkeit gewidmet werden. Der Leitfaden kann zwar flexibel gehandhabt werden, dennoch sollte man darauf Acht geben, dass durch zu konkrete Fragen zu Beginn des Gesprächs das Thema nicht zu sehr eingeschränkt wird. Grundsätzlich gehen SozialwissenschaftlerInnen davon aus, dass das Antwortverhalten der Menschen bei Befragungen zum Großteil konsistent ist. Sensible Fragen oder Fragen, die bei den Befragten Ängste wecken können, erzeugen hingegen oft wenig konsistente Antworten. So zeigt die Analyse einer Panelumfrage in Malawi (Bignami-Van Assche 2003) auf, dass Fragen zum Thema HIV, insbesondere Fragen nach der Wahrscheinlichkeit, selbst HIV-positiv zu sein bzw. in der Zukunft infiziert zu werden, wenig verlässliche Antworten liefern. Wie bereits anhand der Studie über Recycling in Mexiko aufgezeigt wurde, können soziale Normen ebenfalls eine große Rolle für das Antwortverhalten spielen und stereotype Antwortmuster erzeugen. Das Problem der sozialen Erwünschtheit kann sich jedoch je nach kulturellem Kontext anders äußern. Ein Geograph von der Universität Bamako (Konaté 2007) weist auf dieses Problem im Rahmen einer Studie über Siedlungshygiene in der malischen Stadt Niono hin. Die InterviewerInnen überprüften hierbei die Aussagen der Befragten mit der tatsächlichen Situation in den Haushalten. Während alle Haushalte behaupteten, eine Toilette zu besitzen, konnte festgestellt werden, dass 14 Prozent der Haushalte keinen Zugang zu einer Toilette haben. Hinsichtlich der Entsorgungspraxis der Grauwässer lagen die Aussagen und die Beobachtungssituation noch weiter voneinander entfernt: dreißig Prozent der Haushalte hatten demnach keine eigene Sickergrube für die Entsorgung der Grauwässer, während fast alle behaupteten, eine solche zu besitzen. Dies zeigt erneut, wie wichtig die Beobachtung sein kann, um Diskrepanzen zwischen den Aussagen und den tatsächlichen Verhaltensweisen aufdecken zu können. Der französische Anthropologe Jacky Bouju (2002) zeigt dieses Problem im Hinblick auf das Thema Hygiene auf. In diesem Bereich entsprechen die Antworten – wie er feststellen konnte – nicht den wahren Einstellungen, sondern der erwarteten Einstellung des Forschers zu Hygiene. Diese Erkenntnisse gilt es sowohl in der Phase der Datenproduktion als auch bei der Auswertung zu berücksichtigen.

Eine Forschung in Accra, Ghana (Schauber 2008) weist darauf hin, dass Scham die Kommunikation über Armut verhindern kann und dies selbst in einem Stadtviertel, in dem vorwiegend ärmere Familien leben. Auch in Mali hat eine Studie über die Lebensbedingungen und das Problem der Armut (Dabitao et al. 2011) aufgezeigt, dass manche Menschen sich nur ungerne auf einer Skala von sehr arm bis sehr reich einstufen. Die Ergebnisse dieser Selbsteinschätzung entsprachen hier zum Teil nicht den Ergebnissen der monetären und multidimensionalen Armutsmessung. 16 Prozent der Befragten, die aufgrund ihrer Haushaltsausgaben als monetär arm eingestuft worden waren, bezeichneten sich selbst als weder arm noch reich. Weitere 19 Prozent der Befragten, die aufgrund von Indikatoren in den Bereichen Wohnen, Wohnungseinrichtung, Bildung und öffentliche Infrastruktur als nicht-monetär arm eingestuft worden waren, bezeichneten sich ebenfalls als weder arm noch reich. Im Hinblick auf die Frage des Wohlstandes scheint es, dass es in Mali eine Tendenz zur Mitte gibt und eindeutige Zuordnungen vermieden werden.

Gewisse weitere Umstände der Interviewsituation – wie die Tatsache, dass ich eine weiße Europäerin bin – lassen sich nicht ändern, sodass die Vor- und Nachteile in Kauf genommen werden müssen. In den meisten Fällen war meine Herkunft von Vorteil, denn die InterviewpartnerInnen gingen von der Vorstellung aus, dass ich mit den lokalen Lebensweisen und Gewohnheiten wenig vertraut bin und beantworteten daher auch ohne zu zögern scheinbar naive Fragen. Maimouna Traoré, eine Anthropologin aus Burkina Faso berichtet hingegen in ihrer Doktorarbeit über die Praktiken der Abfallentsorgung in Ouagadougou (Traoré 2011), dass sie manchmal auf wenig Gesprächsbereitschaft gestoßen war. Die InterviewpartnerInnen entgegneten ihr auf die Frage nach der Definition von Sauberkeit und Schmutz beispielsweise, dass sie selbst sehr gut wissen müsste, wie diese Zustände beschaffen seien.

Aber Fragen nach den Unterschieden zwischen ethnischen Gruppen im Hinblick auf die Sauberkeit wurden in keinem Fall von allen GesprächspartnerInnen beantwortet, da sie sich peinlich berührt fühlten (siehe hierzu auch Chevron 2002). Als Forscherin, die selbst einer der ethnischen Gruppen in Burkina Faso angehört, stieß Maimouna Traoré zusätzlich auf das Problem, nicht als neutral genug zu erscheinen. Die Tatsache, eine von außen kommende Forscherin zu sein, die zwar mit Sprache und Kultur einigermaßen vertraut ist, aber nicht zur Gesellschaft gehört oder die Vertreterin von nationalen Institutionen ist, kann durchaus Vorteile haben. Prinzipiell können mir als Außenstehender Informationen mitgeteilt werden, die Angehörigen gegenüber mit Scham verbunden wären. Es kann auch Kritik über bestimmte Problemlagen, die in Zusammenhang mit öffentlichen Ämtern stehen, geäußert werden, ohne negative Konsequenzen fürchten zu müssen. Da die InterviewpartnerInnen im Fall eines Gesprächs mit mir keinerlei rechtliche oder sozial nachteilige Folgen befürchten müssen, haben sie im Prinzip die Möglichkeit, sich frei zu äußern.

Eine letzte Anmerkung betrifft die Interviewsituation mit den Familien, welche nur selten kontrolliert werden konnte. Meistens fand das Interview im Hof statt, also an einem Ort, wo andere Familienmitglieder mit Hausarbeit beschäftigt waren. Wenn Verwandte oder Bekannte zu Besuch kamen, musste das Interview unterbrochen werden. In manchen Fällen gesellten sich andere Familienmitglieder oder BesucherInnen zum Interview dazu und veränderten damit die Interviewsituation, ohne dass man etwas dagegen unternehmen konnte. Diese Konstellation erwies sich allerdings grundsätzlich oft als günstig für das Interview, denn die Aussagen der Befragten wurden so ergänzt und erweitert.

Ergänzend zu den Einzelinterviews wurden auch Fokusgruppeninterviews mit Frauenvereinigungen und Gemüsegärtnerinnen und -gärtnerinnen durchgeführt. Die Methode des Fokusgruppeninterviews wurde gewählt, weil die kollektive Befragung eine Atmosphäre schafft, in welcher Menschen ohne Scheu sprechen können. Dadurch, dass die Fokusgruppen natürliche Gruppen darstellen, gleicht das Gespräch stärker einer »natürlichen« Unterhaltung. Bei Gruppenbefragungen werden immer auch die soziale Dynamik und die sozialen Beziehungen innerhalb der Gruppe unabhängig vom spezifischen Thema der Befragung sichtbar. Das Fokusgruppeninterview kann also nicht nur kollektiv verankerte Orientierungen in einer bestimmten Gruppe aufdecken, sondern auch helfen, die Aussagen der einzelnen TeilnehmerInnen zu positionieren. Die Gruppen der Frauenvereinigungen und Gemüsegärtnerinnen und -gärtnerinnen um-

fassten zwischen zehn und zwanzig Personen, wodurch die Steuerung des Interviews teilweise nur schwer möglich war. Wenngleich vorwiegend eine Interviewsituation gegeben war, in der ich die Fragen stellte, gab es zwischendurch auch Phasen, wo die TeilnehmerInnen miteinander zu diskutieren begannen und sich der Gesprächsfluss in eine neue Richtung entwickelte.

Die angesprochenen Themen in den Fokusgruppeninterviews mit Frauenvereinigungen waren die Erwerbstätigkeit von Frauen, die finanziellen Belastungen durch die Kinder und die gemeinschaftlichen (Umwelt-)Aktivitäten der Frauen im Stadtviertel. Den Gemüsegärtnern und -gärtnerinnen wurden im Fokusgruppeninterview Fragen nach der Verwendung von Pestiziden und Dünger, nach Krankheiten, nach den Beziehungen zur Stadtverwaltung und den Arbeits- und Lebensbedingungen gestellt.

Fokusgruppeninterviews können als Ergänzung zu den Einzelinterviews gesehen werden, da im Unterschied zu diesen die Konstruktion der Einstellungen auf eine andere Art und Weise erfolgt. Die InterviewerInnen regen mit Impulsfragen zwar die Auseinandersetzung zu bestimmten Themen an, können den Prozess der Meinungsbildung jedoch aus einer distanzierteren Position mitverfolgen. Die Antworten der TeilnehmerInnen sind im Fokusgruppeninterview nicht nur auf die InterviewerInnen, sondern auch auf die Aussagen der anderen TeilnehmerInnen bezogen. Insofern lässt sich leicht erklären, warum Einzelinterviews und Fokusgruppeninterviews nicht zu denselben Ergebnissen kommen müssen. In einer sozialwissenschaftlichen Forschung zum Thema Armut im Niger (CNESS-Bozari 2003) wurden beide Methoden eingesetzt. In den Einzelinterviews gaben die Befragten an, die Ursachen von Armut seien v.a. in unzureichenden Investitionen, dem schwachen Staat und sozialen Konflikten zu suchen. In den Fokusgruppeninterviews hingegen wurden die Ursachen für Armut auf die Bevölkerungsexplosion, Dürren und die geographische Abgeschiedenheit zurückgeführt. Ebenso wurden die Ursachen von strukturellen Veränderungen der Lebensbedingungen unterschiedlich verortet. In den Einzelinterviews wurden insbesondere die demokratischen Fortschritte und größere persönliche Freiheiten, aber auch Merkmale des sozialen Aufstiegs wie beispielsweise die Anzahl der Kleidungsstücke erwähnt. In den Fokusgruppeninterviews wurde hingegen der verbesserte Zugang zur Bildung und Gesundheitsversorgung genannt. Geteilte soziale Normen sowie medial kommunizierte Themen schienen hier also die Antworten in den Fokusgruppeninterviews zu strukturieren, während sozialkritische Ansichten und persönliche Erfahrungen die Antworten in den Einzelinterviews beeinflussten.

Neben den bisher erwähnten empirischen Methoden war die Teilnahme an Konferenzen in Bamako und Ouagadougou wesentlich, um Einblicke in die institutionellen Rahmenbedingungen vor Ort zu erhalten. In Bamako konnten drei Konferenzen zur Abfall- und Abwasserentsorgung besucht werden. Fragen der Dezentralisierung und des Zugangs der Bevölkerung zu Infrastruktur und Dienstleistungen sowie die Rolle der Entwicklungshilfe wurden dabei besonders oft und eingehend thematisiert. Die Teilnahme am dreitägigen Workshop zum Thema »Instandhaltung von sanitären Einrichtungen« im November 2013 in Ouagadougou ermöglichte die Einbettung der bisherigen Ergebnisse in einen größeren regionalen Kontext. Der Austausch mit Fachleuten aus der Abfall- und Abwasserwirtschaft aus neun westafrikanischen Ländern war besonders förderlich, um die Gemeinsamkeiten zwischen den Ländern, aber auch Beson-

derheiten in Burkina Faso zu identifizieren. Im Rahmen des Workshops wurde auch die Toilettenanlage einer Schule besichtigt und damit ein Beispiel kollektiv genutzter sanitärer Einrichtung veranschaulicht. Zugleich konnte aber auch klar aufgezeigt werden, welche konkreten Probleme dabei entstehen können, wenn wegen mangelnder finanzieller Mittel zu deren Reinigung die Anlage nicht entsprechend genutzt werden kann. Die Besichtigung der Kläranlage in Ouagadougou zeigte die Konsequenzen mangelnder Technologiebeherrschung für die daran angrenzenden Gemüsegärtner und -gärtnerinnen auf. Die Teilnahme an solchen Konferenzen kann wertvolle Erkenntnisse liefern, da nicht nur der Inhalt der Konferenzbeiträge analysiert werden kann, sondern ebenso die Art und Weise, wie dieser Inhalt überliefert wird:

»A scientist speaking to a community about the health risks of a chemical dump may be carrying out a ritual that displays confidence and control. The technical information (the message) is secondary to the real goal of the communicator: ›Have faith; we are in charge.« (Plough und Krimsky 1987: 7).

Streckenweise fand die Planung und Durchführung des Forschungsprozesses in Bamako und Ouagadougou gemeinsam mit ForschungspartnerInnen vor Ort statt. Hier sei besonders der malische Kulturanthropologe Gaousou Traoré erwähnt, der meine Forschung in Bamako mitverfolgte und mir bei inhaltlichen oder methodologischen Fragen zur Verfügung stand. Unterstützung erhielt ich in Bamako ebenso durch den Geographen Famagan-Oulé Konaté, der mir nicht nur im Hinblick auf mein Forschungskonzept beratend zur Seite stand, sondern mir auch im Rahmen seiner Lehrveranstaltung die Gelegenheit gab, Fragen der Auswertung von qualitativen Daten mit seinen DoktorandInnen zu diskutieren. In Ouagadougou haben regelmäßige Treffen mit dem Geographen Issa Sory meine Forschung orientiert. In weiterer Folge hat auch der wissenschaftliche Austausch mit dem Soziologen Boureima Ouédraogo dazu beigetragen, meinen Forschungsgegenstand zu präzisieren.

In Bamako beschränkte sich die Kooperation allerdings nicht nur auf die wissenschaftliche Ebene, sondern es fand über einen längeren Zeitraum auch eine Zusammenarbeit mit dem Verband der GIE in der Abfallwirtschaft statt. Durch die Kooperation mit Bamadou Sidibé, dem Leiter des Verbandes, wurden auch bestimmte Themen an mich herangetragen. Insbesondere die Fragen nach der Zahlungsfähigkeit und -bereitschaft der Haushalte sowie mögliche Zusatzeinnahmen durch das Recycling waren für den Verband von besonderem Interesse. Aber auch bestimmte strukturelle Herausforderungen, mit denen die GIE täglich konfrontiert waren, wie beispielsweise die große Distanz zu den Zwischendeponien oder die mangelhafte technische Ausrüstung, wurden mir erörtert. In Anbetracht dieser speziellen Probleme habe ich Interviews mit ExpertInnen in diesen Bereichen durchgeführt und die Themen auch in den Einzelinterviews angesprochen. Dank dieser Kooperation wurde eine partizipative Forschung ermöglicht, d.h. es wurde auf das Erkenntnisinteresse und die Fragen aus der Praxis Rücksicht genommen (vgl. hierzu Israel et al. 1998; Minkler und Wallerstein 2003 u.a.m.). Die Anliegen der GIE wurden von mir aufgegriffen und ich konnte den GIE einige nützliche Informationen liefern, allerdings konnte ich den Erwartungen nach einer Aktionsforschung aufgrund des zeitlichen Rahmens und meiner begrenzten finanziellen Mittel nicht nachkommen. Außerdem war ich bestrebt, meinen Forschungsgegen-

stand nicht zu sehr einzuschränken, was im Rahmen einer Aktionsforschung unweigerlich der Fall gewesen wäre.

In Ouagadougou gab es keinen vergleichsweise intensiven und länger währenden Austausch mit Akteuren der Abfallwirtschaft. Auch hier wurden zwar insbesondere von Vereinen und Kleinunternehmen wiederholt Anfragen an mich gestellt, eine Aktionsforschung durchzuführen, aber auch hier habe ich mich von einem solchen Vorgehen distanziert. Durch die hohe Präsenz von Organisationen der internationalen Entwicklungszusammenarbeit sind vielen lokalen ExpertInnen Maßnahmen der Aktionsforschung wie die »Participatory Hygiene And Sanitation Transformation« oder die »Community Led Total Sanitation« bekannt. Beide Ansätze versuchen, die Bevölkerung zu sensibilisieren und gewünschte Veränderungen des Verhaltens zu erzielen. Wie bereits erwähnt, wäre ein solcher Zugang für die Beantwortung meiner Forschungsfrage nicht unmittelbar zielführend gewesen und hätte sowohl einer anderen Vorbereitung der Forschung als auch anderen finanziellen Voraussetzungen bedurft. Für meine Forschung wählte ich daher einen in gewisser Hinsicht partizipativen und transdisziplinären Zugang, wobei ich durch die Einbeziehung anderer wissenschaftlicher Disziplinen wie der Geographie und der Soziologie sowie die Einbeziehung von Interessen der Akteure in der Praxis problemorientiert vorgegangen bin (vgl. Pohl 2005; Ramadier 2004).

Die Einzelinterviews und die Fokusgruppeninterviews sowie die meisten Gespräche wurden in Bamako mehrheitlich auf Bambara, der regionalen Verkehrssprache, durchgeführt. In Ouagadougou erfolgten viele Einzelinterviews auf Dioula, einer Dialektvariante des Bambara. In beiden Ländern wurden Interviews auch auf Französisch, der Amtssprache, durchgeführt. In einigen Fällen, in denen die InterviewpartnerInnen bzw. die Frauenvereinigungen in Ouagadougou weder Dioula noch Französisch beherrschten, wurde das Interview auf Mooré, der mehrheitlich gesprochenen Sprache in Ouagadougou geführt. In diesen Fällen übernahmen ÜbersetzerInnen die Simultanübersetzung der Fragen und Antworten, da ich Mooré in so kurzer Zeit nicht perfekt genug beherrschen konnte. Die Wahl der Sprache im Forschungsfeld betrifft nicht nur technische Aspekte der Übersetzung von Fragestellungen, sondern geht weiter darüber hinaus. Sprachen transportieren neben lexikalischen Bedeutungen und einer grammatikalischen Struktur auch Regeln der Sprachverwendung. Die Beherrschung einer afrikanischen Sprache hat im Forschungsfeld neben einem primär instrumentellen Nutzen auch einen ideellen Wert. Eine afrikanische Sprache – und seien es auch nur einige Wörter und Floskeln – gelernt zu haben, zeigt Interesse an den Menschen und den kulturellen Besonderheiten. Besonders aufschlussreich in dieser Hinsicht waren die Gespräche mit Menschen, die eine Zeit lang sowohl in Bamako als auch in Ouagadougou gelebt hatten. Wie sie mir erklärten, stehe die Dominanz einer einzigen Verkehrssprache, Bambara, in Bamako, im Gegensatz zur großen Sprachenvielfalt in Ouagadougou. Während in Bamako, auch bei Ämtern und Behörden, auf Bambara – auch mit BesucherInnen – kommuniziert werde, sei dies in Ouagadougou ganz anders. Hier werde in öffentlichen Einrichtungen, sofern es sich nicht um Familienangehörige oder nahe Bekannte handle, in Französisch kommuniziert.

Die Feststellung, die der Sozialanthropologe Harri Englund (2006) für Malawi getroffen hatte, dass nämlich afrikanische Sprachen weniger geschätzt werden als die Amtssprache Englisch, kann zum Teil auch auf die Situation in Mali und Burkina Fa-

so übertragen werden. Die von den ehemaligen Kolonialmächten eingeführten Amtssprachen würden heute als »languages of opportunities« gesehen, während die afrikanischen Sprachen eher als »languages of deprivation« gelten würden. Die gebildete Mittel- und Oberschicht bediene sich ganz selbstverständlich der Amtssprache, genauso wie die europäischen AusländerInnen dies tun würden. Die Verwendung der Amtssprache sei ein Ausdruck der Macht in einem kolonialen Kontext; dies gelte auch im postkolonialen Afrika, denn in den Schulen, Büros und öffentlichen Ämtern seien afrikanische Sprachen oft nicht von Nutzen (siehe ebd.). Es muss hier hinzugefügt werden, dass es sich im Hinblick auf Behördengänge nicht alleine um ein Problem der Sprache handelt, denn wie weiter oben angeführt wurde, wird in Bamako auch bei Ämtern auf Bambara kommuniziert. Es handelt sich hier vielmehr um ein Zusammenspiel von Lese- und Schreibkenntnissen, dem Wissen über rechtliche Grundlagen und Behördenwege sowie soziale Beziehungen zu den MitarbeiterInnen von Behörden, welche solche Amtsgänge erheblich erleichtern. Menschen, die keine dieser drei Voraussetzungen mitbringen, werden oft mit Analphabetismus, mangelnder Intelligenz oder anderen Unzulänglichkeiten in Verbindung gebracht. Kann eine Person nicht lesen oder beherrscht sie die offizielle Amtssprache nicht, so wird angenommen, dass sie auch ein beschränktes Verständnis von Rechten und Pflichten hat. Die Tatsache, dass diese Menschen oft nur afrikanische Sprachen ausreichend beherrschen, führt also dazu, dass sie Minderwertigkeitsgefühle entwickeln. Die Verwendung der afrikanischen Sprache, Bambara bzw. deren Variante Dioula, war mir deshalb auch ein Anliegen, weil ich den ärmeren Menschen, die keine oder nur wenig Schulbildung genossen hatten, Anerkennung zeigen und ihnen die Möglichkeit geben wollte, sich bestmöglich auszudrücken.

6.4. Positionierung im Forschungsfeld

Im Feld wurde ich mehrmals vor die Herausforderung gestellt, mein Forschungsvorhaben legitimieren zu müssen. Welche Rollen ForscherInnen im Feld zugeschrieben werden, welche Rollen sie einnehmen können und wie sich Rollen im Laufe der Zeit verändern, sind alles Themen, mit denen man sich in diesem Zusammenhang auseinandersetzen sollte. Die kontinuierliche Zusammenarbeit mit ForschungsmitarbeiterInnen war für mich sehr von Nutzen, denn wenn ich Einzelinterviews mit Haushaltsvorständen bzw. deren Frauen durchführte, wurde ich in der Regel von meinen BegleiterInnen vorgestellt und hatte dadurch auch bei jenen Menschen, die bisher noch kaum Kontakt mit EuropäerInnen hatten, einen Vertrauensvorsprung⁵. Auch bei meinen Treffen mit den Frauenvereinigungen und den Gruppen der Gemüsegärtner und -gärtnerinnen stellte sich die Zusammenarbeit mit jungen einheimischen ForschungsmitarbeiterInnen als wertvoll heraus. Oft wurde ich hier mit der Frage konfrontiert, ob ich die Zusammenschlüsse nicht in der einen oder anderen Form unterstützen könnte. Meine ForschungsmitarbeiterInnen ergriffen in diesem Fall für mich Partei und erklärten,

5 Die Validität der Aussagen und Informationen in den Interviews beruht vorwiegend darauf, dass ich über Schlüsselpersonen Zugang zu meinen InterviewpartnerInnen fand und diese daher ein gewisses Vertrauen in mich legen konnten.

dass ich noch Studentin sei und ich dazu momentan nicht in der Lage sei. Und selbst für das Organisieren und Durchführen von offiziellen Treffen war die Zusammenarbeit mit ForschungsmitarbeiterInnen von Belang, denn sie waren mir bei der Vorbereitung der Treffen behilflich und kannten die lokalen Gepflogenheiten. Schließlich machte es auf die ExpertInnen einen guten Eindruck, wenn ich nicht alleine, sondern mit jungen einheimischen BegleiterInnen erschien, denn dies war ein Hinweis auf meine soziale Integration und bot so manche Anknüpfungspunkte für das erste Gespräch.

Meine alltäglichen sozialen Beziehungen wirkten sich vor allem günstig auf die informellen Kontaktaufnahmen aus. Die soziale Einbettung der Forschenden ist für die Forschung von außerordentlicher Wichtigkeit und beeinflusst sowohl die möglichen Interaktionen als auch das Zustandekommen von Kooperationen. Ich selbst wohnte – wie schon erwähnt – sowohl in Bamako als auch in Ouagadougou bei einer Gastfamilie. Die Entscheidung für eine Gastfamilie hatte ich relativ früh am Anfang meines ersten Forschungsaufenthaltes in Bamako getroffen, da es viele organisatorische Probleme mit einem Schlag löste: Ich war nicht mehr auf ein teures Hotelzimmer angewiesen, die Verpflegung am Morgen und am Abend war gegen einen finanziellen Beitrag sichergestellt und da ich weder die Stadt kannte, noch mein neu gekauftes Motorrad für die lokalen Verkehrsbedingungen ausreichend beherrschte, war ein Mitglied der Gastfamilie immer bereit, mich mit meinem Motorrad zu chauffieren. Die erste Zeit des Aufenthalts in diesen beiden Städten nutzte ich dazu, das ausgedehnte soziale Netzwerk meiner Gastfamilien und damit potentielle InterviewpartnerInnen kennen zu lernen. Durch das Wohnen bei einer Familie konnte der Zugang zu Familienangehörigen leicht stattfinden, aber auch zu den BewohnerInnen des jeweiligen Stadtviertels. Als Europäerin stand ich anfangs sehr oft im Mittelpunkt des allgemeinen Interesses. Meine Präsenz wurde mit großer Aufmerksamkeit wahrgenommen und meine Aussagen, Gesten und Handlungen wurden genau beobachtet. Ein unbemerktes Teilhaben am Alltag war daher am Anfang des Aufenthalts kaum möglich. Erst nach einigen Wochen, als man sich an meine Anwesenheit gewöhnt hatte, kam für mich das Alltägliche mehr zum Vorschein. Allerdings galt dies nur für mein unmittelbares soziales Umfeld, also meine Gastfamilie und meine engsten Bekannten. Sobald entfernte Familienangehörige oder NachbarInnen zu Besuch kamen, war mein Besonderheitsstatus wieder da. Als Frau hatte ich den Vorteil, leichter in Kontakt mit Frauen zu kommen und an Ereignissen, die v.a. von Frauen organisiert werden, wie Taufen oder Hochzeiten, teilnehmen zu können. Auch wenn ich als Frau oft unter Frauen war, so darf nicht vergessen werden, dass Frauen keine homogene Kategorie bilden. Sowohl zwischen Frauen unterschiedlicher geographischer, kultureller oder sozialer Herkunft als auch zwischen Frauen innerhalb desselben kulturellen Kontextes kann es große Differenzen geben (siehe hierzu auch Moore 1993). Unterschiede im Hinblick auf die Herkunft, das Alter, die Religionszugehörigkeit oder den sozialen Status wurden mir so im Laufe meines Aufenthaltes immer wieder vor Augen geführt. Die InterviewpartnerInnen, die mir von VertreterInnen kommunaler Behörden bzw. MitarbeiterInnen internationaler Organisationen wie der FAO vermittelt wurden, unterlagen – das ist klar – vermutlich oft einem Bias, da es sich vorwiegend um einflussreiche und wohlhabendere Personen handelte. Da sich mein Forschungsvorhaben jedoch insbesondere auf das umweltgerechte Verhalten von ärmeren urbanen Bevölkerungsschichten bezog, war ich bestrebt, mit diesen Men-

schen in Kontakt zu treten. Hier zeigte sich meine Einbindung in eine Gastfamilie als sehr hilfreich, denn über das Schneeballverfahren konnte ich auf informelle Art und Weise Zugang zu diesen Menschen erhalten.

Eine Problematik, die im Zusammenhang mit methodologischen Problemen von ForscherInnen immer wieder thematisiert wird, betrifft die Interviewverweigerung. Aus seinen Forschungen mit AbfallsammlerInnen im Senegal berichtet Oumar Cissé (2007), dass diese Menschen aufgrund ihrer Marginalisierung fremden Menschen gegenüber sehr misstrauisch seien. Konkret würden die MüllsammlerInnen nicht mit JournalistInnen sprechen wollen, weil ihre Aussagen oft verzerrt und ungefiltert in den Medien veröffentlicht würden, wobei dies für sie sehr unangenehme Folgen haben könnte. Einerseits könnten die Verwandten in den Dörfern so von ihren »unwürdigen« Arbeitsbedingungen erfahren, andererseits könnten sie von Ämtern dazu verpflichtet werden, Steuern zu bezahlen. Der Zugang zu den AbfallsammlerInnen funktionierte im Senegal nur über Schlüsselpersonen und führe selten zu aussagekräftigen Ergebnissen. ForscherInnen seien oft mit dem Problem konfrontiert, dass Interviews deshalb verweigert werden, weil die MüllsammlerInnen die ForscherInnen verdächtigen, mit den Interviews finanziellen Profit erwirtschaften zu wollen (ebd.). Während meiner Forschungsaufenthalte stieß ich auf keinerlei Ablehnung von Seiten der (in-)formellen Akteure in der Abfallsammlung. Allerdings erwies sich die Strategie, über die Stadtverwaltung in Ouagadougou Kontakte zu Akteuren in der Abfallsammlung zu erhalten, als erfolglos. Der stellvertretende Leiter der städtischen Müllabfuhr hatte mich nach unserem Treffen darum gebeten, eine offizielle Anfrage an die Kommunalverwaltung zu richten. Auf meine Anfrage erhielt ich keinerlei Antwort und auch mehrfaches Nachfragen blieb erfolglos. Den Kontakt zu Kleinunternehmen und Vereinen erhielt ich daher ausschließlich über persönliche Kontakte. Dies kann durchaus als Vorteil gesehen werden, denn damit wurde ich als Forscherin nicht mit den Interessen der Stadtverwaltung in Verbindung gebracht. Dadurch, dass die Abfallwirtschaft in Ouagadougou und auch in Bamako ein politisch umkämpftes Feld ist, spielen Fragen der Macht hier immer auch eine Rolle. Ein offizieller Zugang über die Institution oder den »Patron«, dem das Kleinunternehmen bzw. der Verein untersteht, würde eine Selbstzensur der befragten Personen mit sich bringen. Ein Mitarbeiter einer NGO in Bamako hatte mir diesbezüglich auch geraten, darauf zu achten, dass bei meinem Interview mit einem Viertelchef kein Gemeindeangestellter zugegen sei.

Als Kultur- und Sozialanthropologin ist man im Laufe des Forschungsprozesses wiederholt mit forschungsethischen Herausforderungen konfrontiert. Zentrale Anforderungen an eine ethisch verantwortliche Forschungspraxis wurden von der American Anthropological Association in sieben Punkten zusammengefasst (siehe AAA 2012), dennoch bleiben viele Fragen weiterhin offen. So wird hier gefordert, dass die Kultur- und SozialanthropologInnen den Menschen im Feld im Hinblick auf die Forschungsziele und -methoden gegenüber offen und ehrlich sein sollten. Die Zustimmung der InterviewpartnerInnen oder der Menschen im Rahmen von teilnehmender Beobachtung wird als notwendige Voraussetzung für eine ethisch verantwortliche Forschung gesehen. Ebenso wird gefordert, dass die Forschungsergebnisse allen, auch den Menschen, die im Zentrum der Forschung standen, zugänglich gemacht werden sollen. Die Frage, wie und wann man die Ergebnisse den InterviewpartnerInnen mitteilen kann, beinhal-

tet jedoch nicht nur praktische Aspekte wie das Sprachverständnis, sondern auch das Problem, dass die Interpretation der Ergebnisse nicht mit der Wahrnehmung der InterviewpartnerInnen übereinstimmen muss. Die Schlussfolgerungen können von ihnen als Kritik aufgefasst werden oder als fehlende Wertschätzung ihrer alltäglichen Probleme. Inwiefern die Forschungsergebnisse bereits vor deren Publikation den betreffenden Personen vorgelegt werden und von ihnen bestätigt werden sollten, bleibt umstritten. Einerseits wird den Forschenden die Freiheit zugestanden, ihre eigenen Interpretationen und theoretischen Schlüsse zu ziehen, andererseits wird aber auch gefordert, Aussagen aufgrund von empirischen Belegen zu treffen und die soziale Wirklichkeit nicht zu verzerren. Wie dem auch sei, Kultur- und SozialanthropologInnen sind sowohl ihrem Fach als auch den Menschen, die durch ihre Mitteilungen und Handlungen zur Forschung beigetragen haben, verpflichtet. Wenn die ForscherInnen bestrebt sind, sich in ihrer Disziplin zu etablieren und neben dem Wissenserwerb auch Anerkennung zu erlangen, ist es von großer Wichtigkeit, auch nach dem Abschluss einer Forschung eine respektvolle Beziehung zu den ehemaligen ForschungspartnerInnen aufrechtzuerhalten. Mit der Bestätigung durch die »scientific community« erwerben sich die ForscherInnen intellektuelles Kapital. Ein berühmtes Beispiel hierfür ist zum Beispiel William Foote Whytes Werk »Street Corner Society« (1995), das in seiner zweiten Auflage ein soziologischer Klassiker wurde. Von KritikerInnen wurde Whyte vorgeworfen, seinen wichtigsten Informanten, welcher ihm mehr als drei Jahre lang als Schlüsselperson im Stadtviertel und bei der Interpretation der Ergebnisse geholfen hatte, ausgebeutet zu haben. Whyte hätte ihn weder als Koautor im Buch erwähnt, noch die Tantiemen mit ihm geteilt (siehe Boelen 1992; Richardson 1992).

In den Interaktionen mit den Menschen vor Ort sollte man generell ein Verhältnis anstreben, das auf Reziprozität beruht, d.h. dass man auch versucht, die Interessen der Menschen – soweit möglich – wahrzunehmen. Hierbei geht es sowohl um Interessen im materiellen Sinne als auch Interessen im symbolischen Sinne, wie dies Alain Morice (2007: 93) ausführt:

»A l'exception des quelques-uns qui chassent dans les beaux quartiers, sociologues et anthropologues ont plutôt pour coutume de travailler sur des populations pauvres, dominées, exploitées, exclues à des degrés divers de la scène civique. La contrepartie attendue par ces populations est généralement claire et exprimée: il faut que l'enquête débouche sur des améliorations. Il faut aussi qu'en amont – ce qui introduit déjà la question symbolique – cette revendication soit reconnue pour légitime«.

Der Nutzen der Informationsweitergabe kann manchmal von vorneherein angezweifelt werden, denn viele Menschen haben bereits Erfahrungen mit ForscherInnen oder auch EntwicklungshelferInnen bzw. MitarbeiterInnen von NGOs und internationalen Organisationen gemacht, ohne dadurch eine Verbesserung ihrer Lebens-, Wohn- oder Arbeitssituation gemerkt zu haben. So wird in der Evaluation einer Aktionsforschung im Bereich Abfallwirtschaft in Bamako folgender Schluss gezogen:

»Research« is generally seen as the prelude to technical constructions, particularly in this case, where the disadvantaged group was supposed to be the main beneficiary.

The people, generally poor, expected direct ›pay-offs‹, such as salaries, gifts, subsidies, etc.» (Traoré et al. 2003: 45).

Bleibt der konkrete und umgehende Nutzen für die Befragten aus, so können die Forschung und die Verwendung der Forschungsergebnisse nicht in ihrem Interesse liegen. Aus einer Situation der ausbleibenden konkreten materiellen Entschädigungen kann mangelnde Kooperationsbereitschaft resultieren. Knappe zeitliche Ressourcen werden dann in Zukunft nicht mehr für ein Interview aufgewendet.

In Ouagadougou waren es v.a. materielle Interessen, die an mich herangetragen wurden. Die Söhne meiner Gastfamilie in Ouagadougou waren Musiker und hatten schon einigen Gruppen von Jugendlichen aus Belgien und Israel Musikunterricht gegeben. Diese Jugendlichen waren mit einem für lokale Verhältnisse sehr großzügigen Reisebudget ausgestattet. So wurde mir berichtet, dass jede/r TeilnehmerIn hundert Euro für den wöchentlichen Proviant zur Verfügung gehabt hätte. Die Erfahrungen mit den Kindern wohlhabender Eltern führten dazu, dass die an mich gestellten Forderungen nach finanzieller Unterstützung sehr hoch waren. Da sich mein Aufenthalt in Ouagadougou über mehrere Monate erstreckte, konnten Gegenleistungen in verschiedener Form erbracht werden: Weihnachtsgeschenke oder Geschenke zum Opferfest, kleine Geldbeträge, Kauf von selbst hergestellten Produkten wie Musikinstrumenten oder die Organisation einer Abschiedsfeier, wo ich für alle ausreichend zu Essen und zu Trinken vorbereiten ließ. Prinzipiell weigerte ich mich jedoch, die InterviewpartnerInnen mit dem Versprechen einer Bezahlung zum Interview zu überreden. Kleine Gesten der Dankbarkeit fand ich hingegen durchaus angebracht und dies entspricht auch den örtlichen Gepflogenheiten. So entschädigte ich die Familien mit einer kleinen finanziellen Unterstützung, wenn ich einige Tage lang bei ihnen gewohnt hatte und von ihnen verköstigt worden war. Ebenso nahm ich Dienstleistungen von (den Angehörigen der) InterviewpartnerInnen in Anspruch, wie beispielsweise von Friseurinnen oder Schneiderinnen. Schließlich ließ ich die Fotos, die ich während meines Forschungsaufenthalts gemacht hatte, ausarbeiten und meinen Gastfamilien und den InterviewpartnerInnen zukommen.

Es gibt auch den Versuch, die ForscherInnen zu instrumentalisieren, d.h. für die eigenen Zwecke nutzbar zu machen. In symbolischer Hinsicht kann die Erwartung bestehen, die ForscherInnen könnten als MediatorInnen bei internationalen Entwicklungshilfeorganisationen oder bei politischen EntscheidungsträgerInnen fungieren. Diese Erfahrung machte ich während der Zusammenarbeit mit einer GIE in der Abfallsammlung in Bamako. Die von mir produzierten Daten wurden mit meinem Einverständnis in diesem Rahmen für einen Projektantrag an die japanische Entwicklungskooperation verwendet. Eine Einschränkung meines Handlungsspielraumes erfuhr ich durch die enge Zusammenarbeit mit dem Dachverband der Kleinunternehmen in der Abfallwirtschaft. Obwohl durch den Interessenverband Kontakte zur Gemeindeverwaltung, Forschungsbüros und NGOs hergestellt werden konnten, war mir die Kontaktaufnahme mit informellen Akteuren in der Abfallwirtschaft dadurch nicht möglich. Die Konkurrenz zwischen diesen beiden Akteursgruppen erlaubte es mir als Forscherin nicht, objektiv über die informellen AbfallsammlerInnen zu forschen. Die Befragung dieser Akteure wäre vom Interessenverband der GIE als eine

Art der »Zusammenarbeit« und damit als Loyalitätsbruch verstanden worden. Aus diesem Grund wurde in Bamako darauf verzichtet, Interviews mit den informellen Akteuren in der Abfallwirtschaft zu führen. Auch während der kürzer währenden Zusammenarbeit mit einem Unternehmer, der in Bamako ein Produkt zur biologischen Behandlung von Klärschlamm vermarkten wollte, machte ich eine ähnliche Erfahrung. Ich hatte den Unternehmer einen Tag lang bei Treffen mit Kleinunternehmen in der Klärschlammentsorgung begleitet, um über die aktuelle Praxis mehr zu erfahren. Den Leitern und Mitarbeitern dieser Kleinunternehmen wurden bei den Treffen auch die Vorzüge des neuen Produkts vorgestellt, wobei v.a. die Hygienisierung des Klärschlammes, die Eindämmung der Geruchsbelastung und die Reduktion des Volumens des Klärschlammes hervorgehoben wurden. Ich wurde vom Unternehmer auf meine Herkunft als Österreicherin angesprochen, um einen Zusammenhang zwischen der Sauberkeit im Wohnumfeld und der Attraktivität für TouristInnen herzustellen. Ich wurde hier also weniger als Forscherin denn als GarantIn für die Wirksamkeit und Relevanz des Produkts präsentiert.

Das Gleichgewicht zwischen Distanz und Nähe herzustellen, war eine ständige Herausforderung. Bei zu viel Distanz bleiben die Forschung oberflächlich und konkrete Einzelheiten unberücksichtigt. Bei zu viel Nähe hingegen stellt sich die Gefahr, dass der wissenschaftliche Zugang aufgegeben wird. Die Ambivalenz in der Reaktion auf die Erwartungen der InterviewpartnerInnen nach materiellen oder symbolischen Gegenleistungen bleibt bestehen. Nicht immer konnten die Menschen überzeugt werden, dass meine Mittel relativ begrenzt sind und anspruchsvolle Forderungen nicht erfüllt werden können. Die Macht, über welche ForscherInnen verfügen, wird in vielen Fällen überschätzt. Mein Alter und mein Status als Studentin wurden in manchen Fällen als Erklärung für vorerst ausbleibende Gegenleistungen akzeptiert. Dies bedeutet jedoch nicht, dass nicht die Hoffnung aufrecht bleibt, irgendwann doch noch einen Nutzen aus dem Treffen mit mir ziehen zu können.

6.5. Datengrundlage der Forschung in Bamako und Ouagadougou

In Bamako wurden insgesamt vier leitfadengestützte Einzelinterviews mit Haushaltsvorständen bzw. deren Frauen im Zentrum, in der städtischen Peripherie und in den informellen Siedlungen durchgeführt. Weiters wurden vier Fokusgruppeninterviews mit Frauenvereinigungen durchgeführt. Mit VertreterInnen von nationalen Umweltbehörden und kommunalen Einrichtungen, Journalisten, MitarbeiterInnen von Vereinen, NGOs, Forschungsbüros und Kleinunternehmen in der Abfall- und Abwasserentsorgung sowie mit VertreterInnen von Einrichtungen der Erwachsenenbildung konnten insgesamt 24 ExpertInneninterviews durchgeführt werden. Die Dauer dieser Interviews betrug zwischen einer halben und eineinhalb Stunden. Alle Interviews wurden mithilfe eines Aufnahmegeräts aufgezeichnet und im Anschluss transkribiert. Es wurden darüber hinaus auch viele weitere Gespräche mit EinwohnerInnen in Bamako und auch ExpertInnen geführt, welche nicht aufgenommen, sondern nur im Nachhinein protokolliert wurden. In Bamako konnte ich außerdem zwei Monate lang ein Projekt des Welternährungsprogramms im Bereich der Abfallwirtschaft begleiten. Das »Cash

for Work« Projekt mit dem Namen »Saniya Warri« dauerte von September bis November 2013 und sollte eine Einkommensquelle in der Abfallsammlung und im Recycling für bedürftige Menschen schaffen. Diese Menschen wurden als vulnerable Personengruppen bezeichnet, d.h. laut Definition des Welternährungsprogramms Witwen oder Frauen ohne Unterstützung, obdachlose Menschen, Menschen mit Behinderungen, PensionistInnen oder Personen unter dem Mindesteinkommen und Menschen, die bereits in informeller Weise in der Wertstoffsammlung arbeiten. Insgesamt waren knapp fünftausend bedürftige, also vulnerable, Personen im Projekt tätig und im Rahmen meiner Forschung konnte ich leitfadengestützte Interviews mit 68 von ihnen durchführen. Da ich die Menschen während ihrer Arbeit besuchte, wurden die Interviews relativ kurz gehalten und dauerten in den meisten Fällen zwischen zehn und zwanzig Minuten. Alle Interviews wurden jedoch aufgenommen und auch transkribiert. Aus den Interviews erhielt ich zwar einige wichtige Hinweise auf bestimmte Problembereiche wie beispielsweise die Situation von Witwen mit einer zahlreichen Familie, die Schwierigkeit, bei unqualifizierten informellen Tätigkeiten überleben zu können oder die Wahrnehmung von Abfällen und der Sauberkeit im Wohnviertel. Es wurde der Versuch gemacht, zwischen diesen Aspekten Zusammenhänge herzustellen und die Daten der 68 Interviews wurden hierfür im Nachhinein kodiert, um sie statistisch auszuwerten. Allerdings zeigte sich, dass der Leitfaden thematisch zu sehr an das Projekt und die konkreten Tätigkeiten im Projekt angelehnt war und manche Aspekte, die von allgemeiner Relevanz gewesen wären, ausgelassen worden waren. Ich habe mich deshalb dafür entschieden, diese Interviews nicht in der Analyse zu berücksichtigen.

In Ouagadougou konnten insgesamt 21 leitfadengestützte Einzelinterviews mit Haushalten im Zentrum, in der städtischen Peripherie und in den informellen Siedlungen durchgeführt werden. Es wurden weiters drei Fokusgruppeninterviews mit Frauen und ein Fokusgruppeninterview mit Gemüsegärtnern und -gärtnerinnen durchgeführt. Schließlich fanden 14 ExpertInneninterviews mit ForscherInnen an Universitäten, MitarbeiterInnen von staatlichen und kommunalen Einrichtungen im Bereich Siedlungshygiene und Abfallwirtschaft, Kleinunternehmen in der Abfall- und Abwasserentsorgung und (inter-)nationalen Organisationen, NGOs und Vereinen statt. Auch diese Interviews wurden vollständig aufgenommen und transkribiert. In Ouagadougou wurden ebenfalls zahlreiche Gespräche ohne einen zugrundeliegenden Leitfaden geführt, welche in die Interpretation der Forschungsergebnisse einfließen. Die Informationen aus den Interviews und Gesprächen werden durch Feldnotizen und Beobachtungsprotokolle vervollständigt.

6.6. Auswertung und Interpretation der empirischen Daten

Alle Interviews (Einzel-, ExpertInnen- und Fokusgruppeninterviews) wurden mithilfe eines Aufnahmegeräts aufgezeichnet. Die Transkription erfolgte mit dem Programm F4 und wurde nach dem vereinfachten Transkriptionssystem von Dresing und Pehl (2012) durchgeführt. Bei der Transkription meiner Interviews auf Bambara durch eine Sprecherin des Bambara erhielt ich bereits eine erste Hilfestellung für die Interpretation der Interviews. Das Problem der Mehrsprachigkeit umfasst sowohl kommunikative As-

pekte, also die gemeinsame Aushandlung von Begriffen während der Feldforschung, als auch Übersetzungsprozesse, wobei diese unweigerlich von einer Bedeutungsveränderung begleitet werden. In Bezug auf die Mehrsprachigkeit stellt sich vorrangig die Frage, wie viele Übersetzungsprozesse involviert sind. Während ich im Zuge der theoretischen Arbeit viele wissenschaftliche Quellen auf Deutsch, Englisch und Französisch verwendet habe, wurde die Forschung in Bamako vor allem auf Französisch und Bambara durchgeführt. In Bamako werden zwar auch andere lokale Sprachen wie das Fulfulde, das Songhai oder das Dogon gesprochen, aber viele Menschen sind mehrsprachig und beherrschen neben ihrer Erstsprache auch eine Amts- oder Verkehrssprache wie Französisch oder Bambara. Einzig bei meinen Interviews mit den TeilnehmerInnen des Projekts »Saniya Warri« traf ich ältere Frauen, die sich nicht in einer dieser beiden Sprachen mitteilen konnten. Hier stellten sich andere TeilnehmerInnen spontan als ÜbersetzerInnen zur Verfügung. In Ouagadougou, wo neben der Amtssprache Französisch Mossi am weitesten verbreitet ist, stieß ich bei meinen Interviews mit den Frauenvereinigungen und den GemüsegärtnerInnen auf das sprachlich bedingte Problem der Verständigung. Jedoch auch hier war entweder mein Forschungsmitarbeiter oder ein Mitglied der Gruppierungen bereit, für mich simultan zu dolmetschen. In diesen Fällen wurden ausschließlich die übersetzten Aussagen transkribiert und analysiert. Dieses Buch habe ich schließlich auf Deutsch verfasst. Im Laufe dieses Forschungsprozesses war es also wiederholt erforderlich, die verwendeten Begriffe zu definieren und zu rekontextualisieren.

Die Auswertung der transkribierten Einzelinterviews und Fokusgruppeninterviews erfolgte anhand der qualitativen Inhaltsanalyse nach Philipp Mayring (2010). Diese Form der Analyse ermöglicht die Zusammenfassung und Strukturierung des Materials, mit dem Ziel der Generierung von Kategorien. Die transkribierten ExpertInneninterviews wurden mithilfe der kritischen Diskursanalyse nach Siegfried Jäger (2009) ausgewertet und so die Gemeinsamkeiten und Unterschiede von Vorstellungen lokaler ExpertInnen zu Fragen der Armut und Umwelt erfasst. Diskurs kann definiert werden als:

»[...] a specific ensemble of ideas, concepts, and categorizations that are produced, reproduced, and transformed in a particular set of practices and through which meaning is given to physical and social realities« (Hajer 1997: 44).

In der Diskursanalyse haben sich Konstrukte wie jenes der »Storylines« und der »Diskurskoalitionen« als hilfreich herausgestellt, um Argumentationslinien und von mehreren Akteuren geteilte Diskurse zu dekonstruieren. Mit »Storylines«, also Erzählsträngen, wird die diskursive Komplexität reduziert, gleichzeitig erlauben sie aber auch die Erweiterung des individuellen Erfahrungsspektrums. Durch ihre ständige Präsenz erhalten Erzählstränge einen quasi rituellen Charakter. Mit »Diskurskoalitionen« ist gemeint, dass diskursive Interaktionen neue Konzepte, Identitäten und Positionen schaffen können. Diskurskoalitionen bezeichnen das Zusammenspiel von Akteuren, Erzählsträngen und Praktiken (ebd.). Hierbei sollte untersucht werden, mit welchen Begriffen und Konzepten das Problem der Umweltverschmutzung im Forschungsfeld beschrieben wird. Von besonderem Interesse ist hier die Verschränkung von mehreren Diskursen, die auf ökologische, ökonomische, technische oder ethische Aspekte abzielen.

Inwiefern sich ExpertInnendiskurse durchgesetzt haben und auch in der Bevölkerung vorzufinden sind, sollte ebenfalls untersucht werden.

Weiters wurden die Einstellungen zu Projekten internationaler Entwicklungsorganisationen und NGOs analysiert. Die Interpretation der Forschungsergebnisse kann hier nicht ohne eine Reflexion der eigenen Rolle als Forscherin erfolgen. Durch vermeintliche Kontakte zu MitarbeiterInnen von internationalen Organisationen wurde ich nicht immer ausschließlich als Forscherin, sondern auch als potentielle Vermittlerin gesehen. Aussagen wie beispielsweise: »Nous n'avons pas les moyens« (»Wir haben kein Geld«) können also sowohl als Einschätzung einer Problemlage interpretiert werden als auch als Aufforderung, mich über meine Rolle als Forscherin hinaus zu engagieren. Es sind also oft die speziellen sozialen Situationen oder in Anlehnung an Victor Turner (1994) »soziale Dramen«, die zu bestimmten Aussagen bzw. bestimmten Verhaltensweisen führen. Dies bedeutet, dass die hinter den expliziten Aussagen und den offen zur Schau gestellten Handlungen verborgenen gesellschaftlichen Prozesse und rhetorischen Absichten miteinbezogen werden müssen. Es kann sich bei Aussagen in Interviews also auch um strategische Äußerungen handeln, die zum Ziel haben, sich im Hinblick auf andere Akteure zu positionieren, d.h. sich entweder von diesen abzugrenzen oder Übereinstimmung mit ihnen zu signalisieren.

Aktuelle Statistiken der nationalen Statistikbehörden, aktuelle Gesetzestexte im Bereich Umweltschutz sowie Studien von ForscherInnen nationaler Forschungseinrichtungen, die nur lokal beziehbar sind, wurden als ergänzendes Datenmaterial herangezogen. Mithilfe dieser Sekundärdaten können einerseits die eigenen empirischen Ergebnisse besser eingebettet werden und andererseits auch veranschaulicht werden, inwiefern lokale Erzählungen mit den Ergebnissen statistischer Erhebungen und den Analysen der lokalen sozialen und ökologischen Bedingungen übereinstimmen oder von ihnen abweichen.

7. Umfassende Darstellung der Forschungsergebnisse

Die Darstellungen und die Schlüsse im folgenden Kapitel basieren auf den empirischen Daten, welche ich durch Interviews und teilnehmende Beobachtung in Bamako und Ouagadougou gewonnen habe. Für die Analyse wurden also sowohl die Aussagen in den Einzelinterviews, den Fokusgruppeninterviews und den ExpertInneninterviews als auch meine Feldnotizen herangezogen. Die Analyse macht sichtbar, dass für die Beantwortung der Forschungsfrage eine Vielzahl von Themen eine Rolle spielt. So wurden städtebauliche Aspekte im Hinblick auf die Infrastruktur, organisatorische Aspekte im Bereich der Bereitstellung von Dienstleistungen, wirtschaftliche Aspekte wie die Gegenüberstellung der Haushaltseinkommen und der Haushaltsausgaben sowie Fragen nach den Einstellungen und dem Umweltbewusstsein thematisiert. Aufgrund der besseren Lesbarkeit wurde darauf verzichtet, die französisch- und Bambara-sprachigen Originalzitate in den Text einfließen zu lassen. Es wird hingegen im Text auf die Zitate, welche im Anhang zusammengefasst sind, verwiesen.

7.1. Wohnverhältnisse

7.1.1. Die Abfall- und Abwasserbehandlung in Bamako und Ouagadougou

Eines der größten Probleme im Bereich des Wohnens und somit eine der größten Hürden für umweltgerechtes Verhalten wird in der Abwesenheit von Infrastruktur gesehen. Sowohl in Bamako als auch in Ouagadougou sind kostspielige technische Anlagen wie moderne Mülldeponien oder Kläranlagen meist entweder nicht vorhanden oder verfügen nicht über ausreichende Kapazitäten für eine Millionenstadt. So gibt es in Bamako erst seit dem Jahr 2015 eine funktionierende zentrale Mülldeponie. Zuvor wurden die Abfälle von der städtischen Müllabfuhr auf ihnen zugewiesenen Flächen am Stadtrand deponiert. Der Mangel an Infrastruktur in Bamako korrespondiert mit den fehlenden finanziellen Mitteln der Stadtverwaltung (siehe bereits Chevron et al. 2002). In einem Gespräch wies der Leiter der Abfallwirtschaft im Dezember 2011 in Bamako darauf hin, dass der Bedarf an den notwendigen Müllfahrzeugen bei weitem nicht gedeckt sei. Aktuell könnte daher nur die Hälfte des jährlich anfallenden Mülls im Stadtgebiet, näm-

lich ca. 175.000 m³, weggebracht werden. Er fügte hinzu, dass die städtische Müllabfuhr aufgrund der ungenügenden Anzahl an Fahrzeugen dazu übergegangen sei, jedes Jahr Lastwagen von privaten Unternehmen zu mieten, um Mülldeponien im Stadtgebiet zu evakuieren. Auch im Hinblick auf die Reinigung der industriellen Abwässer und die Klärschlammbehandlung gibt es in Bamako nur eine unzureichende Infrastruktur (siehe Lang 2002). Zurzeit gibt es eine einzige Kläranlage in Bamako, die sowohl die Abwässer der Kanalisation als auch die Abwässer von in der Nähe befindlichen Industriebetrieben behandeln sollte. Bei einer Führung durch die Kläranlage im Stadtteil Sotuba in Bamako im Dezember 2011 wurde mir erklärt, dass etwa dreißig Industriebetriebe, unter ihnen Gerbereien, Pharmaunternehmen, Batteriehersteller, Produzenten von Farben und Lacken sowie der Schlachthof ihre Abwässer in der Kläranlage reinigen lassen. Diese Abwässer werden gemeinsam mit den Haushaltsabwässern gereinigt, wobei die geringe Anzahl und Größe der Klärbecken bei größeren Abwassermengen kaum ausreichend sei. Für die Reinigung der Abwässer der vielen Textilfärbereien in Bamako wurden zu diesem Zeitpunkt auf dem Gelände der Kläranlage eigene Klärbecken errichtet. Im Hinblick auf die Entsorgung des Klärschlammes der überwiegenden Mehrheit der Haushalte, die nicht an die Kanalisation angeschlossen sind, gibt es noch keine zufriedenstellende Lösung. Der Mitarbeiter eines lokalen Forschungsbüros erwähnte, dass in Bamako im Jahr 2003 eine zweite Kläranlage in Betrieb genommen, aber aufgrund technischer und finanzieller Probleme im Jahr 2005 wieder eingestellt worden sei. Daraufhin wäre eine riesige Senkgrube um 1,2 Millionen CFA am Rande der Stadt errichtet worden, welche die Schwarz- und Grauwässer aufnehmen sollte. Inzwischen sei diese Grube voll und die Saugwagen würden die Abwässer nun illegal im unbebauten Gelände entleeren (13. Experteninterview).

In Ouagadougou ist die Situation im Hinblick auf die Großinfrastruktur etwas besser. Die zentrale Mülldeponie wurde im Jahr 2005 eröffnet und seitdem wurden die Abfälle von den Zwischendeponien dorthin evakuiert. Überdies wurden eigene Bereiche für die Mülltrennung und das Recycling von Plastik und Altpapier sowie die Kompostierung organischer Abfälle geschaffen. Ein Mitarbeiter der Abfallwirtschaft in der Abteilung für Nachhaltige Entwicklung in Ouagadougou wies darauf hin, dass die städtische Müllabfuhr ca. achtzig Prozent der jährlich anfallenden Abfallmenge, also 240.000 Tonnen zur zentralen Mülldeponie bringe. Auf der Basis solcher Schätzungen würde die Lebensdauer der Mülldeponie insgesamt zwanzig Jahre betragen (27. Experteninterview). Für die Reinigung der Abwässer und die adäquate Entsorgung des Klärschlammes gibt es aber auch in Ouagadougou bis jetzt zu wenige Anlagen. Bei einer Führung im November 2013 wurde mir die Funktionsweise der einzigen Kläranlage in Ouagadougou im Stadtteil Kossodo demonstriert. Hier werden sowohl die Abwässer von knapp 800 Haushalten, die an die Kanalisation angeschlossen sind, als auch die Abwässer der Brauerei und des Schlachthofes behandelt. Drei weitere Kläranlagen sind geplant, um auch die Abwässer weiterer Industriebetriebe und Krankenhäuser behandeln zu können. Für die Entsorgung des Klärschlammes gibt es bisher noch keine nachhaltige Lösung. Im Rahmen einer Konferenz im November 2013 in Ouagadougou berichtete ein Vertreter der nationalen Behörde für Wasserversorgung und Siedlungshygiene, dass es Überlegungen gebe, Infrastruktur für die Behandlung von Klärschlamm zu errichten und ihn anschließend als Dünger zu vermarkten. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt sind

die Saugwagen jedoch gezwungen, den Inhalt der Klär- und Sickergruben auf brach liegenden Flächen außerhalb der Stadt zu deponieren.

Das Fehlen von Infrastruktur in den peripheren und informellen Stadtvierteln ist besonders problematisch. Sowohl in Bamako als auch in Ouagadougou beklagten die InterviewpartnerInnen in diesen Vierteln, dass es weder eine Abfallsammlung noch eine offizielle Mülldeponie gebe. Die wilden Deponien in diesen Siedlungen stören zwar die BewohnerInnen, aber die meisten von ihnen sehen keine andere Alternative, um ihre Abfälle zu entsorgen. Der Mangel an Infrastruktur beschränkt sich darüber hinaus nicht nur auf die Abfallsammlung, sondern betrifft auch die Regenwasserdrainage und selbst den Zugang zu sauberem Trinkwasser. Die urbane Infrastruktur in Bamako, d.h. das Straßennetz, die Kanalisation sowie die Strom- und Wasserversorgung, habe sich – so die meisten ExpertInnen – seit den 1960er Jahren kaum verbessert, während die Bevölkerung von damals 400.000 EinwohnerInnen auf über zwei Millionen angestiegen sei. Dies zeige, dass die Stadtentwicklungspläne in den letzten Jahrzehnten das urbane Bevölkerungswachstum bei weitem unterschätzt hätten. Eine der Folgen sei, dass es zwei parallel stattfindende Prozesse der Urbanisierung gebe: Eine Form der Verstädterung im Stadtzentrum, die nach den Vorgaben der Stadtentwicklungspläne erfolge, und eine Form der Verstädterung in den spontanen Vierteln am Stadtrand, die ohne jegliches Raumordnungskonzept mehr oder weniger anarchisch erfolge (10. Experteninterview)¹.

Auch ein Geograph an der Universität in Ouagadougou sieht großen Verbesserungsbedarf beim Ausbau der urbanen Infrastruktur. Auch wenn der 2007 eingeführte Stadtentwicklungsplan die nicht erschlossenen Viertel miteinbeziehe, würden die Bedürfnisse der dort lebenden Menschen nicht im nötigen Ausmaß berücksichtigt. Zwar seien dort Sozialwohnbausiedlungen und Geschäftsviertel geplant, aber es würden keine Lösungen für die unzureichenden Lebensbedingungen, die in Zusammenhang mit strukturellen Problemen wie der Armut oder dem Mangel an Arbeitsplätzen stünden, angeboten. Auch seien keine konkreten Maßnahmen im Bereich der Abfallentsorgung vorgeschlagen worden. Hier sei nach wie vor die 2005 in Kraft getretene Abfallwirtschaftsstrategie gültig. Diese würde jedoch in den informellen Vierteln weder die Errichtung von Müllsammelstellen bzw. Mülldeponien noch die Zuteilung von offiziellen AbfallsammlerInnen zu bestimmten Vierteln vorsehen (25. Experteninterview).

Das Problem des fehlenden Zugangs zu sanitärer Infrastruktur und Dienstleistungen der Abfallwirtschaft stellt sich in Bamako nicht nur in den informellen, am Stadtrand gelegenen Vierteln, sondern selbst im Stadtzentrum. Wie bereits erwähnt, wurde das Stadtgebiet in Zonen untergliedert und jeder GIE eine Gewerbeerlaubnis für eine oder mehrere Zonen für einen bestimmten Zeitraum erteilt (siehe Polak 2012). Laut dem Leiter des Interessensverbandes der GIE in Mali gibt es in Bamako 126 registrierte GIE, wovon im Jahr 2012 jedoch nur knapp sechzig aktiv waren. Die sechs Stadtgemeinden hatten ab Ende der 1990er Jahre mit den GIE Verträge zur Durchführung der Abfallsammlung abgeschlossen. Hierbei ging es hauptsächlich darum, die Aufgaben und Pflichten der GIE festzulegen. Allerdings wurde in den Stadtgemeinden die Erbringung der Arbeitsleistung durch die GIE keiner Evaluierung unterzogen, sodass angenommen

1 Anhang 3: 1. Zitat

werden kann, dass manche der GIE, die ursprünglich eine Gewerbeerlaubnis erhalten hatten, nicht mehr bzw. nicht kontinuierlich in der Abfallsammlung tätig waren.

Mehrere der von mir durchgeführten Einzel- und Fokusgruppeninterviews weisen auf diese Problematik hin. In einem Fokusgruppeninterview mit Frauen im peripher gelegenen Viertel Yirimadio wurde mir im November 2013 erzählt, dass die offiziellen Abfallsammler in ihrem Viertel vor einigen Monaten ihren Dienst eingestellt hätten. Die Gemeinde hätte auf Anfrage der Bevölkerung zwar interveniert und dafür gesorgt, dass die wilden Deponien evakuiert worden seien, aber das grundlegende Problem sei nicht gelöst worden:

»Viele Familien hier im Viertel waren bei einer GIE abonniert. Wir haben im Monat 1500 CFA bezahlt. Die GIE kam ein Mal in der Woche. Dann haben sie damit aufgehört. Manche haben sich beschwert. Die GIE-Mitarbeiter haben uns erklärt, dass sie keine Mülldeponie haben und dass ihr Fahrzeug kaputt ist. Wir haben uns dann wegen den wilden Deponien bei der Gemeinde beschwert. Es sind dann Leute gekommen, um die Abfälle zu beseitigen. Nach zwei Monaten haben wieder Leute begonnen, in der Nacht ihre Abfälle auf die bereits evakuierten wilden Deponien zu bringen. Manchmal wird der Müll auch verbrannt, damit kann die Menge an Abfällen reduziert werden.«
(3. Fokusgruppeninterview)

Das schadhafte Müllfahrzeug der GIE und die große Distanz zur Zwischendeponie hatten in diesem Fall der Tätigkeit der GIE in Yirimadio ein (vorläufiges) Ende gesetzt. In einem Einzelinterview mit einer Bewohnerin des zentral gelegenen Stadtviertels Banconi in Bamako meinte die Frau, dass die GIE in Banconi die Abfallsammlung vor etwa zwei Jahren eingestellt hätten, weil viele abonnierte Haushalte nicht dafür bezahlen wollten: »Früher hat es im Viertel GIE gegeben, die die Abfälle von den Haushalten entsorgt haben. Jeden Tag sind sie von Haus zu Haus gegangen, um den Müll mitzunehmen. Sie wurden dafür im Monat bezahlt, aber nicht alle Haushalte haben gezahlt. Wenn sie nicht bezahlen, wie soll es weiter gehen? Wie lange ist es her, dass sie aufgehört haben? Es ist länger als ein Jahr her. Es werden bald zwei Jahre sein«. Heute gebe es nur noch informelle Abfallsammler mit Eselskarren, welche die Abfälle wegbringen und in einem nahe gelegenen Flussbett entsorgen würden (4. Einzelinterview)².

Dass dieses Problem weit verbreitet ist, zeigen die Gespräche, die ich mit den LeiterInnen von über zwanzig GIE im Rahmen eines Projekts des Welternährungsprogramms im Jahr 2013 in Bamako geführt habe. Ich hatte mit den LeiterInnen nicht nur über den Projektverlauf, sondern auch über ihre regulären Aktivitäten gesprochen. Mehrmals wurde mir berichtet, dass die jeweilige GIE vor dem Projektbeginn nicht mehr in der Abfallsammlung tätig gewesen sei, weil es entweder technische Probleme mit den Fahrzeugen oder mangelnde finanzielle Mittel für den Treibstoff bzw. für die Bezahlung der Angestellten gegeben hätte. Erst durch die finanzielle Unterstützung des Welternährungsprogramms im Rahmen des Projektes hätten sie ihre Arbeit wieder fortsetzen können.

Im Kampf um knapp werdende Flächen in der Stadt werden Einrichtungen im Bereich der Abfallwirtschaft oft zugunsten anderer Infrastrukturprojekte geschlossen. In

2 Anhang 3: 2. Zitat

Bamako wird dies am Beispiel der neu erbauten Brücke über den Niger im Viertel Misabougou in Bamako deutlich. Am Flussufer befanden sich früher eine Zwischendeponie und seit dem Jahr 2005 auch eine Kompostierungsanlage. Als die Bauarbeiten für die Brücke begannen, mussten beide Anlagen ersatzlos geschlossen werden. Seitdem wurde den Abfallsammlern im Viertel kein anderer Ort zugewiesen, um die Haushaltsabfälle zu deponieren. Die Abfälle werden nun auf brach liegenden Flächen in anderen Stadtteilen abgeladen und verbleiben dort, was immer wieder zu Konflikten mit den GrundstückseigentümerInnen führt (9. Experteninterview). Und auch in anderen Stadtvierteln in Bamako existiert das Problem fehlender bzw. unzureichend dimensionierter Mülldeponien. Im Viertel Lafiabougou in der Commune IV beispielsweise wurde die Aufnahmekapazität der Mülldeponie längst überschritten. Während meiner Forschungsaufenthalte in den Jahren 2011 und 2013 konnte ich beobachten, dass sich das Abfallvolumen auf dieser Zwischendeponie in diesem Zeitraum mehr als verdoppelt hatte, was auf die unzureichenden Mittel der städtischen Müllabfuhr hinweist. Im November 2013 wurden weiterhin Abfälle auf den existierenden Müllberg aufgeschüttet, da den GIE der umliegenden Viertel immer noch keine andere Zwischendeponie zugewiesen worden war. Manche GIE hatten jedoch beschlossen, die langen Wartezeiten vor der Zwischendeponie zu vermeiden und den Müll an anderen Orten zu entsorgen. So berichtete mir der Viertelchef eines Stadtteils in der Commune IV, dass die GIE in ihrem Viertel die Abfälle in der Nacht am Flussufer abladen würde (22. Experteninterview).

7.1.2. Wohnbedingungen und umweltgerechtes Verhalten

Ein weiterer Faktor, der sich auf die Möglichkeiten, umweltgerecht zu handeln, auswirkt, ist das Einkommen der Menschen. Unterschiede zwischen der Wohnsituation von Familien im Stadtzentrum, in der städtischen Peripherie und in den informellen Siedlungen wirken sich maßgeblich auf das lokale Ausmaß der Umweltverschmutzung aus. Ob man in Bamako oder in Ouagadougou in einem zentrumsnahen oder einem peripheren, ob man in einem erschlossenen oder einem nicht erschlossenen Viertel wohnt, impliziert bestimmte Möglichkeiten bzw. Einschränkungen in der Abfall- und Abwasserentsorgung.

In zentrumsnahen Vierteln gibt es meistens asphaltierte Straßen, Entwässerungsrinnen und eine offizielle Abfallsammlung. Die monatliche Abfallsammelgebühr empfinden zwar fast alle BewohnerInnen als zu teuer, doch sie sehen sich aus sozialen und rechtlichen Gründen gezwungen, die Abfälle auf diese Weise zu entsorgen. Es zeigte sich in den Gesprächen mit den Haushaltsvorständen bzw. deren Frauen immer wieder, dass die Menschen hier keinen Ausweg sehen. In den Interviews wurde dies u.a. mit der Aussage »On n'a pas le choix« (»Wir haben keine Wahl«) begründet (3. Expertinneninterview, 6. Einzelinterview). Damit wollten manche zu verstehen geben, dass die Siedlungsdichte zu hoch sei und es nicht möglich sei, einen Abfallhaufen am Straßenrand zu errichten oder seine Abfälle dort zu verbrennen, ohne die NachbarInnen zu stören (16. Einzelinterview, 2. Fokusgruppeninterview). Den Haushalten, welche unmittelbar neben einer asphaltierten Straße liegen, sei es auch nicht möglich, Grauwasser auf den stark befahrenen asphaltierten Straßen zu entsorgen. In den Vierteln im Zen-

trum wurde auch mehrmals darauf hingewiesen, dass die Entsorgung von Abfällen und Abwässern am Straßenrand mit Geldstrafen sanktioniert werde, wenn eine Polizeistreife dies sehen würde (5. Einzelinterview, 22. Einzelinterview). Dies kann manchmal dazu führen, dass ärmere Familien in Zentrumsnähe durchaus ohne Strom und Fließwasser leben, jedoch auf die Abfallsammlung nicht verzichten können.

Die städtische Peripherie umfasst immer mehr Viertel, die erst vor kurzem erschlossen und wo noch nicht alle Grundstücke bebaut wurden. In manchen Fällen handelt es sich hier um ehemalige Ackerflächen, die in Wohngebiet umgewidmet wurden. Oft handelt es sich jedoch um ehemalige spontane Siedlungen, die vermessen und in Parzellen untergliedert wurden. Die offizielle Vergabe der Grundstücke erfolgt im Anschluss nach bestimmten Kriterien: Grundsätzlich hat diejenige Familie, die sich als erste auf dem Gelände angesiedelt hat, das Vorrecht auf ein Grundstück. Um dieses Recht geltend zu machen, muss jedoch – wie in Kapitel 4.2.3 näher erläutert wurde – eine Steuer an die Gemeinde entrichtet werden, die abhängig von der Grundstücksgröße mehrere Hunderttausend CFA beträgt. Ärmere Familien, die sich den rechtmäßigen Erwerb eines temporären Wohnrechts nicht leisten konnten, haben diese Viertel, die sich also in einer Phase des Übergangs befinden, verlassen. Einerseits hat sich die Bevölkerungsdichte wegen der Umsetzung des neuen Entwicklungsplans, also durch die Neuparzellierung und die Errichtung eines Straßennetzes erheblich reduziert. Andererseits hat sich die Zusammensetzung der Bevölkerung dieser Viertel durch die Abwanderung der ehemaligen BewohnerInnen und die Neuansiedlung von wohlhabenderen Familien verändert. Dieser Prozess ist nicht neu, sondern kann seit mehreren Jahrzehnten beobachtet werden. Manche meiner InterviewpartnerInnen in den informellen Vierteln erwähnten, dass sie bereits zwei Mal umgesiedelt seien, weil das informelle Viertel, in welchem sie gelebt hatten, erschlossen worden seien und sie nicht die nötigen finanziellen Mittel besessen hätten, um auf rechtmäßigem Wege ein Grundstück zu erwerben (11. Einzelinterview, 25. Einzelinterview).

Die im Bau befindlichen bzw. bereits fertig gestellten Häuser in den neu erschlossenen Vierteln unterscheiden sich in mehrerer Hinsicht von den vormals bestehenden Häusern. Viele Häuser sind mehrstöckig und haben eine eigene Garage. Die Küche und das Badezimmer sind nicht mehr im Freien bzw. in einem eigenen kleinen Zubau untergebracht, sondern wurden ins Innere der Häuser verlagert. Die sanitären Anlagen der neu errichteten Häuser entsprechen den seit 1992 vorgeschriebenen ökologischen Standards, d.h. es wurden Betonziegel für die Errichtung der Klär- und Sickergruben verwendet, die Klärgrube hat in jedem Haus eine Tiefe von maximal zwei Metern und der gesetzlich vorgeschriebene Mindestabstand der Toilette zu einem Brunnen wurde eingehalten. Die Abfallentsorgung ist in den peripheren Stadtvierteln jedoch noch nicht flächendeckend, sodass viele Haushalte ihre eigenen Abfallhaufen haben bzw. ihre Abfälle verbrennen müssen (20. Einzelinterview, 16. Experteninterview). Stadtviertel, die schon vor über zehn Jahren parzelliert wurden, sind in der Wahrnehmung der BewohnerInnen Ouagadougous immer noch nicht vollständig erschlossen. Damit ist gemeint, dass die Straßen im Viertel noch nicht asphaltiert wurden und auch die Anbindung an das Elektrizitätsnetz noch nicht erfolgt ist. Diese Wahrnehmung dient bisweilen als Entschuldigung, da die Betroffenen angeben, dass es aus diesem Grunde ihrer Meinung nach zulässig sei, die Abfälle im öffentlichen Raum zu entsorgen (ebd.).

Selbst wohlhabende Haushalte sind mit solchen Organisationsproblemen im Bereich der Abfallentsorgung konfrontiert. Der Leiter eines Vereins für Straßensicherheit und Verkehrserziehung, der mit seiner Familie seit 2009 im Viertel Rimkieta in Ouagadougou lebt, hat zwar eine eigene Mülltonne, aber es gibt niemanden, der diese entleert. Als ich im September 2013 ein Interview mit ihm führte, erklärte er mir, dass es im Viertel weder offizielle noch informelle AbfallsammlerInnen gebe, sodass er sich genötigt sah, den Abfall von Zeit zu Zeit zu verbrennen. Dadurch, dass in manchen Vierteln in Ouagadougou, z. B. in Karpala oder in Rimkieta, noch nicht alle Grundstücke bebaut und bewohnt sind und die Bevölkerungsdichte relativ gering ist, meinen manche meiner InterviewpartnerInnen, dieses Verhalten bringe bisher keine Probleme mit sich (20. Einzelinterview, 9. Einzelinterview).

So nutzen also die BewohnerInnen die unbebauten Flächen in der Wohnumgebung, um ihre Abfälle zu entsorgen. In Ouagadougou nutzen beispielsweise nicht wenige die angrenzenden Bahngleise in Rimkieta als Ort für die Entsorgung von Abfällen und Abwässern (7. Einzelinterview). Mehrere Frauen, die ich nach einem Gottesdienst für ein Fokusgruppeninterview ebenfalls im Viertel Rimkieta in Ouagadougou versammelt hatte, meinten, dass sie die Abfälle auf den Baustellen der umliegenden Grundstücke zu Abfallhaufen anschütten würden. Da sich die Bauarbeiten an den unfertigen Häusern meistens über mehrere Monate bzw. Jahre hinziehen, sei dies eine gangbare temporäre Lösung. Erst wenn die EigentümerInnen der Häuser persönlich erscheinen, sei man gezwungen, die Abfälle zu evakuieren und zu verbrennen (6. Fokusgruppeninterview).

In den peripheren Vierteln üben manche Menschen die Abfallsammlung als Gelegenheitsarbeit aus. Die Eselskarren, die sie sonst für den Transport von Sand, Kies, Ziegeln oder anderen Baumaterialien verwenden, werden von ihnen auch eingesetzt, um Abfälle wegzubringen. Diese Menschen haben weder regelmäßige KundInnen noch abgesteckte Zonen, in welchen sie ihre Dienstleistung anbieten. Grundsätzlich gehen sie anderen Tätigkeiten nach und sie kommen nur auf Bestellung zu den Haushalten, um die Abfälle weg zu transportieren. Neu hinzugezogene Familien, welche das Viertel und ihre BewohnerInnen noch nicht kennen würden, wüssten oft nicht, dass es diese informelle Form der Abfallsammlung gebe (25. Experteninterview).

In Bamako wurden seit Anfang der 2000er Jahre mehrere Sozialwohnbausiedlungen v.a. im peripher gelegenen Stadtviertel Yirimadio errichtet. In einem Experteninterview wies ein Mitarbeiter von zwei malischen NGOs darauf hin, dass bei der Errichtung der Sozialwohnbauten die neuen Standards im Bereich der sanitären Anlagen eingehalten worden seien: Die Häuser sind mit Entwässerungsrinnen und mit Mülleimern ausgestattet und gleich nach dem Beziehen der Häuser wurde ein Vertrag mit einem Kleinunternehmen der Abfallsammlung unterschrieben. Das Vorhandensein von adäquater Infrastruktur wirke sich sehr stark auf die Sauberkeit im Stadtviertel aus, denn in den Sozialwohnbausiedlungen würde das Wohnumfeld ja wirklich sauber bleiben (16. Experteninterview)³.

14 der 55 Stadtviertel in Ouagadougou gelten als informelle Siedlungen und sind derzeit noch nicht erschlossen. Diese Viertel, die sich im peri-urbanen Stadtbereich von Ouagadougou befinden und teilweise ehemalige Dörfer inkludieren, beherbergen

geschätzte 34 Prozent der städtischen Bevölkerung (Boyer und Delaunay 2009). In Bamako zählen 24 der insgesamt 66 Stadtviertel zu den informellen Siedlungen. In diesen Siedlungen leben 45 Prozent der EinwohnerInnen (Farvacque-Vitkovic et al. 2007). Die Haushalte in den informellen Siedlungen sind sowohl räumlich und ökonomisch sowie sozial marginalisiert. Die Wohn- und Lebenshaltungskosten sind in diesen Vierteln zwar am geringsten, jedoch führen die weite Distanzen zu Märkten, Schulen und Krankenhäusern sowie die fehlenden lokalen Erwerbsmöglichkeiten dazu, dass die Befriedigung der Grundbedürfnisse, das sind neben Ernährung auch Gesundheitsversorgung, Bildung und Beschäftigung nicht ständig garantiert ist. Die völlige Abwesenheit von Infrastruktur für die Abfall- und Abwasserentsorgung hat dazu geführt, dass die Haushalte in diesen Siedlungen eigene Lösungen gefunden haben. Diese kann man zwar als sozial akzeptiert betrachten, aber ökologisch sind sie nur bedingt nachhaltig, denn sie sind nur provisorischer Natur. Sowohl im informellen Viertel Zongo in Ouagadougou als auch im informellen Viertel Senou in Bamako wurde mir berichtet, dass wenn die an der Toilette anschließende Klärgrube voll sei, daneben einfach eine neue Grube gegraben werde, denn es gebe noch genug Platz (11. Einzelinterview, 4. Fokusgruppeninterview). Diese »Lösung« wird überdies als kostengünstiger als die manuelle Entleerung der Klärgrube beschrieben. In manchen informellen Siedlungen kann die Bevölkerungsdichte allerdings sehr hoch sein, da mehrere Mitglieder einer Familie ihr eigenes Haus bauen, um im Falle einer Neuparzellierung und Erschließung des Viertels möglichst viele Grundstücke zuerkannt zu bekommen (vgl. Jaglin 1991). In diesen Vierteln mit hoher Siedlungsdichte kommt allerdings eine andere Strategie der Errichtung und Benutzung von sanitären Anlagen zum Einsatz. Jeder Haushalt verfügt dort über eine eigene Waschegelegenheit, aber es gibt für alle Haushalte eines Familienclans nur eine einzige gemeinsame Toilette in einem der Höfe. Diese Strategie hat – so meinen manche ExpertInnen – nicht nur den Vorteil, Platz zu sparen und Kosten zu minimieren, sondern auch Risiken zu senken. Manche der derzeit dort lebenden Familien könnten möglicherweise kein Grundstück zuerkannt bekommen und dann wären die Toiletten verfehlte Investitionen. Aufgrund der unklaren Besitzverhältnisse und zum Zweck der Risikominimierung werden in den informellen Vierteln die Toiletten und Häuser im Übrigen meistens nur aus Lehmziegeln errichtet. Ein Mitarbeiter der Abteilung für die Reinigung von Grau- und Schwarzwässern in Ouagadougou wies darauf hin, dass dieser »temporäre« Zustand vor der Neuparzellierung unter Umständen mehrere Jahrzehnte dauern könnte und manche Menschen daher den Großteil ihres Lebens in einer informellen Siedlung verbringen würden (38. Experteninterview)⁴.

In manchen informellen Vierteln verfügen die Haushalte über keinerlei Zugang zu Toiletten. Die Familienmitglieder wählen für die Erledigung ihrer Bedürfnisse eine unbewohnte, nicht genutzte, möglichst bewaldete Fläche in ihrer Wohnumgebung, welche zumeist auch für die Entsorgung der Abfälle genutzt wird (25. Einzelinterview, 4. Fokusgruppeninterview). Von dieser Praxis wurde mir in Bamako und Ouagadougou nur an der äußersten städtischen Peripherie, wo die Siedlungsdichte relativ gering ist und wo es noch – zwar spärlich aber dennoch – bewaldete Flächen gibt, berichtet. Manche

4 Anhang 3: 4. Zitat

InterviewpartnerInnen waren über meine Frage nach der offensichtlich nicht vorhandenen Toilette beschämt. So meinte eine ältere verwitwete Frau, die seit über zwanzig Jahren im informellen Viertel Zongo in Ouagadougou wohnt, dass sie vor einigen Jahren eine Toilette mit Klärgrube errichten lassen wollte. Sie hätte die Baumaterialien bereits herangeschafft, als am 1. September 2009 ein Unwetter eine große Überschwemmung zur Folge hatte und alle Baumaterialien zerstörte. Seitdem hätten sie es aufgrund fehlender finanzieller Mittel nicht geschafft, die Errichtung einer Toilette erneut in Angriff zu nehmen. Nun würden sie und ihre Familie entweder die Toilette ihres Nachbarn verwenden oder in den Busch gehen (25. Einzelinterview). Der Bürgermeister eines Viertels an der Peripherie Bamakos wies mir gegenüber darauf hin, dass die Situation in diesen Vierteln an die Wohnbedingungen in den Dörfern erinnere:

»Wenn Sie sich abseits von der asphaltierten Straße in diesem Viertel bewegen, dann finden Sie dort ein Dorf vor: Es gibt keine Wasserleitungen, keine Stromversorgung, keine richtigen Straßen. Wenn es hier sanitäre Anlagen gibt, dann entsprechen sie nicht der Norm. Das Viertel hat einen ländlichen Charakter. Es gibt Haushalte ohne Toiletten und die Menschen erledigen ihre Bedürfnisse in der freien Natur. Es gibt keine Abfallsammlung, weil die Menschen die Abfälle auf den anliegenden Feldern entsorgen«. (7. Experteninterview)⁵

Diese Feststellung entsprach meinen Beobachtungen, aber im Gegensatz zum Dorf pendeln viele der BewohnerInnen in den informellen Vierteln in die Stadt für ihre Arbeit. Viele würden daher ihre Bedürfnisse zeitlich so ausrichten, dass sie die Toilette am Arbeitsplatz verwenden können (36. Experteninterview).

(In-)formelle Kleinunternehmen oder Vereine, welche eine regelmäßige Abfallsammlung anbieten, gibt es in den informellen Siedlungen nicht. Die Menschen in diesen Siedlungen erklären dies damit, dass sie zu arm seien, um für die Abfallsammlung zu bezahlen. In den nicht erschlossenen Vierteln lasse sich mit der Abfallsammlung kein Geld verdienen. Die AbfallsammlerInnen, die selbst in informellen Siedlungen wohnen, würden ihre Arbeit in zentrumsnahen Stadtvierteln verrichten, wo die Haushalte für die Dienstleistung auch bezahlen könnten (19. Einzelinterview). In Ermangelung anderer Abfallentsorgungsmechanismen werden Abfälle in den informellen Siedlungen meist außerhalb des Hofes gebracht und wenn die Abfallhaufen einen gewissen Umfang erreicht haben, werden sie auch hier verbrannt (25. Einzelinterview)⁶. In manchen dieser Viertel haben sich die NachbarInnen abgesprochen und Orte für ihre spontanen »Mülldeponien« ausgewählt. Diese Abfallhaufen befinden sich oft auf freien Flächen, die von der Stadtverwaltung als »réserve publique« oder »domaine de l'Etat« qualifiziert werden. Es handelt sich dabei um brachliegende Flächen, die nicht als Siedlungsfläche dienen, sondern für öffentliche Infrastruktur wie Schulen, Krankenhäuser, Märkte oder auch Fußballplätze, welche in naher Zukunft errichtet werden sollen, reserviert sind. In Bamako ist es nach wie vor üblich, dass reichere Bauern und Bäuerinnen, die im peri-urbanen Raum Landwirtschaft betreiben

⁵ Anhang 3: 5. Zitat

⁶ Anhang 3: 6. Zitat

und es sich leisten können, die Haushaltsabfälle holen und als Dünger auf den Feldern ausbringen (siehe auch Chevron und Reinprecht 2002).

In den nicht erschlossenen Zonen an der Peripherie Ouagadougous werden Haushaltsabfälle auch in aufgelassenen Sand- und Kiesgruben entsorgt. Wenn die Gruben voll sind, werden sie während der Regenzeit für den Anbau von Getreide, Gemüse und Hülsenfrüchten für den eigenen Bedarf verwendet (25. Einzelinterview). Dies entspricht den traditionellen Praktiken der Kompostierung in den Ackerbaugesellschaften Westafrikas (siehe auch Chevron et al. 2002), allerdings kann die veränderte Zusammensetzung des Abfalls und die fehlende Mülltrennung auch negative Folgen für den Boden, das Grundwasser und die KonsumentInnen der Nahrungsmittel haben (siehe Rogalski 2002). Auf jeden Fall werden die Abfälle nicht irgendwo entsorgt, sondern sie werden so eingesetzt, dass sie für die Menschen noch einen Nutzen haben. So dienen sie manchen Familien in den informellen Vierteln auch dazu, die Unebenheiten der Lehmstraßen nach der Regenzeit wieder einzuebnen (18. Einzelinterview).

7.1.3. Dimensionierung und Nutzung der sanitären Infrastruktur

Vielfach meinten ExpertInnen, dass nicht nur das Fehlen einer entsprechenden Infrastruktur, sondern eine chronische Überlastung oder – wie manche ExpertInnen es nannten – eine Überaneignung »surappropriation« der existierenden Infrastruktur ein wichtiges Problem sei. Dies betrifft sowohl hauseigene sanitäre Anlagen wie Duschen und Toiletten als auch kollektive Infrastruktur wie dezentrale Abwassersysteme. Eine Ursache liegt darin, dass diese sanitären Anlagen, die nach europäischen Normen entworfen wurden, kaum an die »afrikanische Realität« angepasst wurden. So sind die standardisierten und in Burkina Faso subventionierten Modelle der Klär- und Sickergruben von ihrer Aufnahmekapazität her für Kleinfamilien konzipiert, obwohl diese Familienform in westafrikanischen Ländern längst nicht so weit verbreitet wie in Europa ist. Ein Forscher am Institut International d'Ingénierie de l'Eau et de l'Environnement in Ouagadougou sprach mir gegenüber dieses Thema mit besonderem Nachdruck an. Sogar in den neu erschlossenen Vierteln an der städtischen Peripherie, wo wohlhabende Familien ihre Häuser errichten ließen, entspricht die Kleinfamilie vielfach nicht der tatsächlichen Lebensform. Oft kommen im Laufe der Jahre die Familien der eigenen Kinder und auch Verwandte aus den Dörfern hinzu. So beschreibt er ein Phänomen, das man während einer Feldforschung zu dem Thema beobachten kann und für das Thema dieses Buchs eine große Rolle spielt. Das ist der Umstand, dass Haushalte, die sich ursprünglich nur aus einem Ehepaar und den Kindern zusammensetzen, oft kurzfristig doppelt so viele Personen zählen. Die Menge an Abwässern übersteige in einem solchen Fall dann die Kapazitäten der hauseigenen Infrastruktur und die sanitären Anlagen seien unterdimensioniert (siehe hierzu 35. Experteninterview). Dasselbe gilt für die Abfallmenge, da in manchen Haushalten mehr als zwanzig BewohnerInnen nicht selten sind. Die offiziellen AbfallsammlerInnen entsorgen die Abfälle im Allgemeinen einmal wöchentlich. In zahlreichen Familien sind die Abfallsammelbehälter jedoch unterdimensioniert, sodass relativ schnell rund um die Mülleimer Abfallhaufen entstehen. Die gängigen Konzepte der Abfallwirtschaft seien zu wenig flexibel, um den unterschiedlichen Bedürfnissen gerecht zu werden. Entweder müssten zahlreichen

Haushalten größere oder mehrere Abfallsammelbehälter angeboten oder ihre Abfälle häufiger entsorgt werden, um Abfallhaufen am Straßenrand oder andere Formen der umweltschädigenden Entsorgung von Abfällen zu vermeiden.

In Bamako konnte ich in den Stadtteilen Banconi und Djicoroni-Fulabougou dezentrale Abwassersysteme für die Entsorgung von Grauwässern besichtigen. Das Abwassersystem in Banconi, das mehr als vierhundert Haushalte verbindet, existiert seit dem Jahr 2000 und wurde zum Großteil von der Bevölkerung selbst finanziert und von Mitarbeitern einer lokalen GIE unter Aufsicht des technischen Dienstes der Stadtverwaltung errichtet. Beim Rundgang durch das Viertel mit dem Leiter der GIE im Februar 2012 wurden mir die Schwachstellen des Abwassersystems gezeigt, wobei diese dazu geführt hätten, dass der Abfluss des Abwassers vielerorts nicht mehr funktioniert. An mehreren Stellen wären die Leitungen kaputt und die Grauwässer hätten sich eigene Wege auf den nicht asphaltierten Straßen gebahnt. Entlang der Grundstücksmauern wären immer wieder offene bzw. eingestürzte Sickergruben zu sehen, in denen sich nicht nur Abwässer, sondern auch Abfälle stauten. Mancherorts war das Abwasser aus diesen Gruben übergetreten und hätte sich auf die Straße ergossen. Der Leiter der GIE führte mich auch in zwei Haushalte, deren Hof von Kochgeschirr und Wascheimern übersät war. In den Waschplätzen staute sich das Abwasser, da die Leitungen scheinbar verstopft waren. Es war offensichtlich, dass das dezentrale Abwassersystem nicht an die Gewohnheiten und Bedürfnisse der lokalen Bevölkerung angepasst war bzw. dass die Verhaltensweisen der NutzerInnen sich nicht geändert hatten, sodass das ganze System nicht wie erwartet funktionierte. Der Leiter der GIE, welche nunmehr für die Wartung des Systems zuständig war, beklagte, dass die BewohnerInnen zu wenig achtsam seien und sich darauf verlassen würden, dass die GIE jeglichen Schaden behebe (21. Experteninterview). Eine Studie, welche das dezentrale Abwassersystem im Jahr 2002 evaluiert hatte (Steiner 2002), war zum selben Schluss gekommen. In dieser Studie wurde festgehalten, dass bestimmte Praktiken das Abwassersystem übermäßig belasten. Beispielsweise wird erwähnt, dass der Umstand, dass Kochtöpfe, mit denen über offenem Feuer gekocht wird, mit Sand gereinigt werden, eine solche Praxis sei. Dieser Sand finde sich im Abwaschwasser wieder und führe zu Verstopfungen der Leitungen. Auch feste Abfälle würden immer wieder in die Abwasserleitungen gelangen und das System blockieren. Manche Haushalte hätten technische Vorrichtungen gebaut, um das Regenwasser in das dezentrale Abwassersystem zu leiten. Das System sei dafür jedoch nicht vorgesehen und mit den großen Wassermengen überfordert. Schließlich würden manche Haushalte das dezentrale Abwassersystem wie eine Kanalisation verwenden, das heißt sie würden auch die Abwässer von der Toilette in das System leiten. Die Abwasserreinigung erfolge jedoch nur mithilfe eines Filters aus Kies und Sand und sei daher nicht geeignet, um pathogene Keime zu eliminieren. Da das dezentrale Abwassersystem in den Niger mündet, stelle es eine Gefahr für Mensch und Umwelt dar, wenn es nicht in der vorgeschriebenen Weise genutzt werde (ebd.).

Auch bei der Besichtigung des dezentralen Abwassersystems im Viertel Djicoroni-Fulabougou in Bamako im Februar 2012 konnte ich ähnliche Probleme beobachten. Das System, an das zu diesem Zeitpunkt nur knapp fünfzig Haushalte angeschlossen waren, existiert dort seit dem Jahr 2009 und wurde ebenfalls zum Großteil von der Bevölkerung finanziert. Eine afrikanische NGO, die das Projekt unterstützt hatte, hatte ein

Privatunternehmen mit der Errichtung beauftragt. Auch hier war das System zum Teil nicht mehr funktionstüchtig: Die Filteranlage am Ufer des Nigers, welche die Abwässer des dezentralen Abwässers reinigen sollte, war seit der Inbetriebnahme nie gewartet worden. In mehreren Haushalten war der Abfluss des Waschplatzes verstopft und weil die Familien nicht bereit waren, für die Instandhaltung zu bezahlen, schütteten sie das Abwasser auf die Straße bzw. in offene Sickergruben außerhalb des Hofes.

In den zentrumsnahen Vierteln in Bamako und Ouagadougou stellt die unsachgemäße Verwendung der Regenwasserdrainage durch die StadtbewohnerInnen schon seit längerem ein Problem dar. Die Entwässerungsrinnen und -gräben wurden errichtet, um das Regenwasser während der Regenzeit in geordneten Bahnen zum Niger in Bamako bzw. in die Stauseen in Ouagadougou zu führen. In der niederschlagsarmen Jahreszeit sind die Entwässerungsrinnen und -gräben ausgetrocknet. Manche Haushalte nutzen die Regenwasserdrainage jedoch zur Entsorgung der Haushaltsabwässer und selbst zur Entsorgung der Abfälle. Dieses Phänomen, das bereits von Chevron et al. (2002) in Bamako und Jacky Bouju (2002) in Ouagadougou beschrieben wurde, wird auch heute immer wieder thematisiert. Die Sichtweisen der Bevölkerung und der ExpertInnen unterscheiden sich hier jedoch deutlich voneinander. Viele BewohnerInnen dieser Viertel sehen kein Problem darin, die Abwässer in den Entwässerungsrinnen zu entsorgen können. Eine Frau, die in Gounghin in Ouagadougou wohnt, meinte sogar, dass sie sich als Verbesserung ihrer Wohnsituation die Errichtung von Entwässerungsgräben entlang der Straße wünsche, damit sie ihre Haushaltsabwässer dort entsorgen kann. Dies würde nicht nur die Überschwemmungen während der Regenzeit reduzieren, sondern auch die Wasserlachen vor dem Haus verhindern (14. Einzelinterview). Die ExpertInnen, d.h. VertreterInnen von staatlichen und kommunalen Einrichtungen oder NGOs sehen die Nutzung der Regenwasserdrainage als Mülleimer jedoch sehr kritisch. Besonders während der Regenzeit könne dieses Verhalten häufig beobachtet werden, denn es gehe mit der Hoffnung einher, dass der Regen die Abfälle wegspülen werde. Das Prinzip der Entsorgung über den Wasserweg, das im Grunde nur für die Kanalisation, also für die Entsorgung von Grau- und Schwarzwässern vorgesehen war, wird hier auf die Entsorgung der Haushaltsabfälle ausgeweitet. Diese Vorgangsweise führe allerdings dazu, dass die Regenwasserdrainage mit der Zeit verstopfe und das aufgestaute Regenwasser überlaufe (15. Expertinneninterview)⁷. Dadurch, dass das Netz von Entwässerungsrinnen in den letzten Jahren ausgeweitet wurde und auch jene Stadtviertel, die nicht in der Nähe des Flusses bzw. der Stauseen gelegen sind, über Entwässerungsrinnen verfügen, hat sich die Wassermenge, die die Regenwasserdrainage kanalisieren soll, vervielfacht. Verstopfte Entwässerungsrinnen und -gräben haben nun unter Umständen nicht nur kleinflächige Überschwemmungen zur Folge, sondern können sogar ganze Stadtteile zerstören. Bei meinem Besuch im Stadtviertel Banconi in Bamako im Oktober 2013 konnte ich das Ausmaß der Schäden, die während der Regenzeit im August 2013 entstanden waren, mit eigenen Augen sehen. Viele Häuser, die sich entlang des Entwässerungsgrabens befunden hatten, waren von den Wassermassen zerstört worden. Dennoch hatten die BewohnerInnen dieses Viertels, in welchem es keine of-

fizielle Abfallsammlung gibt, auch nach der Überschwemmung ihre Abfälle weiter am Rande des Entwässerungsgrabens deponiert.

7.1.4. Die Kostenfrage als Streitpunkt zwischen MieterInnen und VermieterInnen

In den zentrumsnahen Vierteln in Ouagadougou ist der Anteil der Familien, die in einem Mietverhältnis leben, schon immer hoch gewesen und heute im Steigen begriffen. HofeigentümerInnen vermieten oft ungenutzten Wohnraum, um ein Zusatzeinkommen zu erwirtschaften. Mieteinnahmen können Zeiten der Einkommenseinbußen durch Krankheit oder Arbeitslosigkeit überbrücken helfen. Bei jungen Männern, die sich als Tagelöhner oder Studenten in der Stadt aufhalten, sind günstige Ein-Zimmer-Wohnungen besonders begehrt. Aber das Leben vieler einander anfangs fremder Menschen auf engem Raum bringt auch Probleme mit sich. In einigen der Gehöfte, in welchen ich Interviews durchgeführt habe, befanden sich mehrere Mietparteien und insgesamt mehr als dreißig Personen. Insbesondere die kollektive Nutzung der Dusch- und Waschräume, die Reinigung und die Wartung der sanitären Anlagen stellen diese Wohngemeinschaften vor große, schwer zu bewältigende Herausforderungen. Leben mehrere Familien in einem gemeinsamen Hof in Miete, so wird die Reinigung von Bad und Dusche immer zwischen den Frauen der jeweiligen Familien aufgeteilt. In einem Rotationsverfahren übernimmt jede der Frauen für einige Tage die Verantwortung für die Sauberkeit der sanitären Anlagen. Alleinstehende Männer hingegen sind von der Haushaltsarbeit befreit (5. Einzelinterview; für Bamako siehe auch Chevron et al. 2002). Dies führt insbesondere in einem so genannten Celibatorium (kleine Ein- bis Zwei-Zimmerwohnungen, welche um einen Hof gruppiert und für junge alleinstehende Männer vorgesehen sind) dazu, dass, wenn einzelne Männer bereits verheiratet sind, ihre Frauen eine übermäßig große Arbeitslast zu tragen haben. Einer meiner InterviewpartnerInnen berichtete, dass in seinem Hof nur drei Männer verheiratet seien und die drei Frauen abwechselnd die gemeinsamen Toiletten und Waschräume für alle 17 BewohnerInnen reinigen würden (15. Einzelinterview). Diese Arbeitsteilung, welche die Hausarbeit ausschließlich den Frauen anlastet, wurde weder von den Männern noch von den Frauen infrage gestellt. Auch wenn junge Frauen erwerbstätig sind, scheint ihnen die Vorstellung, Männer könnten sich bei der Hausarbeit beteiligen, zu realitätsfremd zu sein.

MieterInnen verfügen in den meisten Fällen über keinen Mietvertrag, in welchem die Rechte und Pflichten der MieterInnen und des Eigentümers/der Eigentümerin festgehalten werden. Wer für Betriebskosten und Instandhaltungskosten aufkommen muss, ist den MieterInnen oft nicht klar⁸. Während die Übernahme der laufenden Kosten wie Wasser, Strom oder Müllentsorgungsgebühren für die MieterInnen selbstverständlich ist, gilt das nicht im selben Maß für Kosten in Zusammenhang mit der sanitären Infrastruktur wie die Entleerung der Klär- und Sickergrube. Die meisten

8 Ein Mietrechtsgesetz für Privatwohnungen (LOI N°103-2015/CNT) wurde in Burkina Faso erst am 22. Dezember 2015 vom nationalen Übergangsrat verabschiedet. Dieses Gesetzes tritt im Dezember 2016 in Kraft und sieht u.a. vor, dass die EigentümerInnen für allfällige Instandsetzungen sowie die Entleerung der Klärgruben aufkommen.

MieterInnen gehen davon aus, dass die HofeigentümerInnen für die Instandhaltung und Wartung der sanitären Anlagen verantwortlich sind. Diese Annahme scheint jedoch vielfach unrealistisch zu sein, denn nur eine einzige Frau berichtete, dass der Eigentümer tatsächlich für die Entleerung der Klärgrube aufgekommen sei (23. Einzelinterview). Die anderen MieterInnen, bei denen die Klärgrube entleert werden musste, erzählten, dass sich die EigentümerInnen geweigert hätten, die Kosten zu übernehmen. Eine ältere Frau meinte, dass der Vermieter nicht bereit gewesen sei, die Kosten zu tragen, obwohl dessen Sohn im selben Hof wohnen würde (14. Einzelinterview). Ein Maurer gab an, dass der Hofeigentümer zum Anlass der Hochzeit seines Sohnes die Teilentleerung der Klärgrube als Geschenk für diesen bezahlt hatte. Im darauffolgenden Jahr sei die Klärgrube jedoch wieder voll gewesen und der Eigentümer hätte dieses Mal keine Bereitschaft für die Übernahme der Kosten gezeigt. Der Mann meinte, dass er sich nun gezwungen sehe, die Entleerung der Klärgrube selbst zu bezahlen (22. Einzelinterview). Manche MieterInnen lebten nach ihren Aussagen nicht so lange im Hof, dass die Klärgrube schon voll geworden sei. Die MieterInnen gehen auch hier oft davon aus, dass die EigentümerInnen für die Entleerung zuständig sind. Eine Frau erwog im Gespräch mit mir, die Sickergrubenentleerung selbst zu bezahlen und die Kosten dann im Nachhinein von der Miete abzuziehen. Sie fügte hinzu, dass sie jedoch nicht wisse, ob der Eigentümer das akzeptieren werde (5. Einzelinterview).

Da es – wie bereits erwähnt – meistens keine Mietverträge gibt, sondern die Übereinkunft über das Mietverhältnis zwischen den EigentümerInnen und den MieterInnen mündlich getroffen wird, ist die Zuständigkeit für die Renovierung von Klär- und Sickergruben oft unklar. Bei mehreren Familien, die ich im Viertel Gounghin in Ouagadougou besuchte, konnte ich feststellen, dass die sanitären Anlagen defekt waren. Den MieterInnen steht in den meisten Fällen kein Druckmittel zur Verfügung, um die EigentümerInnen zur Instandsetzung der Anlagen zu bewegen. Eine Frau erzählte mir, dass in ihrem Hof die Mauer der Dusche und der Toilette während der Regenzeit eingebrochen sei. Das Wellblechdach werde nun als provisorischer Wandersatz verwendet. Die drei Mietparteien würden zurzeit genügend Geld zusammensparen, um Ziegel zu kaufen und die Wand wieder aufzubauen (8. Einzelinterview). In einem anderen Haushalt, ebenfalls in Gounghin, war die Sickergrube, die sich direkt unter der Dusche befunden hatte, während der Regenzeit eingestürzt. Die MieterInnen hatten zum Zeitpunkt des Interviews im September 2013 die daneben befindliche Toilette zu einer Waschgelegenheit umfunktioniert und leiteten das Brauchwasser mithilfe eines Abflussrohres in die offene Sickergrube. Sie hatten dem Eigentümer des Hofes Bescheid gegeben, doch dieser hatte noch keine Maßnahmen getroffen, um die Sickergrube zu reparieren. Die ältere Frau, die mit ihrer Familie und zwei anderen Mietparteien gemeinsam in einem Hof lebte, meinte, dass der Hofeigentümer nicht in Ouagadougou wohnte und sich deshalb nicht um die Belange der MieterInnen kümmern würde (10. Einzelinterview). Da sich dieser Hof in unmittelbarer Nähe meiner Gastfamilie befand, konnte ich die weiteren Entwicklungen mitverfolgen. Bis zu meiner Abreise im Februar 2014 war die Sickergrube nicht repariert worden und die 23 BewohnerInnen des Hofes nutzten die Toilette weiterhin als provisorische Dusche.

Das Problem der Übernahme von Instandsetzungskosten betrifft jedoch nicht nur sanitäre Anlagen, sondern auch die Wohngebäude selbst. Während der starken Regen-

fälle im Jahr 2009 wurden die Wohngebäude von mehreren meiner InterviewpartnerInnen beschädigt. Weil der Eigentümer sich geweigert hatte, für die Sanierung zu bezahlen, waren die MieterInnen, wie sie mir erzählten, gezwungen, die Kosten selbst zu übernehmen. Das heißt, die schadhafte Mauer und das defekte Wellblechdach der Wohnhäuser wurden mit eigenen Mitteln wieder instand gesetzt (8. Einzelinterview, 12. Einzelinterview, 22. Einzelinterview). Die MieterInnen fühlten sich zwar für derartige Bautätigkeiten nicht verantwortlich, aber sie wollen nicht das Risiko in Kauf nehmen, dass ihr Haus bei starkem Regen unter Wasser gesetzt wird oder sogar zusammenstürzt. Insbesondere die MieterInnen in zentrumsnahen Vierteln gaben an, dass es sehr schwer sei, ein anderes leistbares Miethaus bzw. ein Grundstück in einem informellen Viertel zu finden, und dass sie daher keine andere Wahl hätten, als die anfallenden Kosten zu tragen.

Zu den Meinungsverschiedenheiten zwischen den HofeigentümerInnen und den MieterInnen kommen manchmal auch Konflikte zwischen den MieterInnen selbst hinzu. Eine Mieterin berichtete davon, dass der straßenseitig gelegene Teil des Grundstücks an Automechaniker, die dort eine kleine Werkstatt aufgemacht haben, vermietet würde. Zwischen den BewohnerInnen und den Arbeitern seien Konflikte rund um die Reinigung des Arbeitsplatzes und die Beteiligung an den Kosten für die Abfall- und Abwasserentsorgung entstanden. Die Mechaniker würden täglich Schmutz in Form von alten Autoteilen und verschmutzten Putzlappen hinterlassen. Durch das Altöl wäre der Eingangsbereich zum Hof bereits stark verunreinigt worden. Die Mechaniker seien jedoch weder dazu bereit, ihren Arbeitsort zu reinigen, noch finanziell zur Abfallsammlung beizutragen. Außerdem würden die Mechaniker die Toilette im Hof benutzen, ohne im Gegenzug zu den Kosten für die Entleerung der Klärgrube aufzukommen. Die Mechaniker würden es schlicht und einfach nicht als ihre Pflicht betrachten, für diese Ausgaben aufzukommen und die Verantwortung dem Hofeigentümer zuschieben (5. Einzelinterview).

Das Problem der Handwerks- und Dienstleistungsbetriebe, Geschäfte sowie Stehcafés, die am Straßenrand ihren Stand errichtet haben, ist laut einem Mitarbeiter der Interessensgemeinschaft der Kleinunternehmen in der Abfallwirtschaft in Ouagadougou bisher überhaupt noch zu wenig berücksichtigt worden. Schätzungen zufolge kämen auf ein Gehöft in einem zentrumsnahen Stadtviertel drei bis vier Kioske und Verkaufsstände. Da er als Abfallsammler selbst in zwei innerstädtischen Zonen tätig sei, wisse er, dass die VerkäuferInnen und DienstleisterInnen kein Abonnement für die Abfallsammlung aufnehmen, sondern den Abfalleimer der angrenzenden Haushalte verwenden würden. Während es in den innerstädtischen Zonen potentiell 30.000 AbonnentInnen gebe – eine Zahl, die die Stadtverwaltung errechnet habe – seien aktuell nur 8.000 Haushalte und Unternehmen bei der Abfallsammlung abonniert (33. Experteninterview).

7.2. Zahlungsfähigkeit und Zahlungsbereitschaft

7.2.1. Die »fehlende Zahlungsmoral«

In den von mir durchgeführten ExpertInneninterviews wurde zwischen dem Vermögen und der Bereitschaft, für umweltorientierte Dienstleistungen zu bezahlen, durchgehend unterschieden. Generell konnte ich feststellen, dass von finanziellen Schwierigkeiten in Zusammenhang mit der Errichtung und Instandsetzung von sanitären Anlagen die Rede war, während Zahlungsunwilligkeit eher in Bezug auf die Inanspruchnahme von Entsorgungsleistungen ausschlaggebend zu sein schien. In vielen ExpertInneninterviews wurde andererseits beklagt, dass die Bereitschaft der Bevölkerung, finanziell zur Errichtung von hauseigener Infrastruktur wie beispielsweise Sickergruben beizutragen, äußerst gering sei. Die ExpertInnen meinten, dass Männer wie Frauen ihr Geld lieber für Einkommen schaffende Aktivitäten wie den Kleinhandel verwenden wollten. Die Verbesserung der häuslichen sanitären Infrastruktur wird nicht als Investition gesehen, die dem Haushalt wirtschaftlichen Nutzen bringt (11. Experteninterview).

Diese mangelnde Bereitschaft, finanziell beizutragen, gilt auch und besonders, wenn größere Infrastrukturprojekte geplant werden. Als Beispiel kann die Errichtung eines dezentralen Abwassersystems in Bamako, im Stadtteil Djicoroni-Fulabougou, genannt werden. Nach der Fertigstellung des dezentralen Abwassersystems wurden nur 47 der geplanten 149 Haushalte an das System angeschlossen, da der Großteil der Haushalte den Errichtungsbeitrag von 115.000 CFA nicht bezahlt hatte (15. Expertinneninterview). Während die Gemeindevertreterin der Commune IV in Bamako das Problem ausschließlich auf die mangelnde Zahlungsfähigkeit zurückführte, wies ein traditioneller Viertelchef der Commune IV auf eine Reihe weiterer Faktoren hin, welche dem Projekt nur einen mäßigen Erfolg beschert hatten. Einerseits hätten manche Familien die Fertigstellung des dezentralen Abwassersystems abwarten wollen, um zu sehen, ob und wie das System funktioniere. Diese Familien wären dem Projekt also nicht prinzipiell ablehnend gegenübergestanden, aber aus einer gewissen Skepsis heraus hätten sie den Vertrag nicht vorab unterzeichnen und den nötigen Errichtungsbeitrag einzahlen wollen. Eine weitere Schwierigkeit wäre dadurch hinzugekommen, dass das Privatunternehmen, das mit der Errichtung des dezentralen Abwassersystems beauftragt worden war, die Arbeit zum Teil nicht korrekt ausgeführt hätte. Auch nach der Umarbeitung würde das System in manchen Bereichen nach wie vor nicht funktionieren (22. Experteninterview).

Bei der Errichtung eines dezentralen Abwassersystems im Stadtviertel Banconi in Bamako hatten ebenfalls nicht nur das Problem der mangelnden Zahlungsfähigkeit und Willigkeit, sondern auch andere Faktoren eine Rolle gespielt. Hier waren es auch die fehlende Voraussicht und die schlechte Planung, die zu Änderungen im Bauprojekt und den Errichtungsbeiträgen geführt hatten. Der Leiter der GIE im betreffenden Stadtteil, der auch bei den Bauarbeiten mitgewirkt hatte, erzählte mir, dass die BewohnerInnen sich anfänglich bereit erklärt hätten, über einen Zeitraum von drei Jahren monatlich 3.000 CFA als Errichtungsbeitrag zu bezahlen. Nach dem Baubeginn wären jedoch zusätzlich zum Anschluss an das Abwassersystem auch noch Waschplätze in den Höfen geplant worden, damit die Grauwässer vom Geschirr- und Wäschewaschen abgeführt

werden können. Der monatliche Kostenbeitrag sei aus diesem Grund auf monatlich 3.750 CFA pro Haushalt angehoben worden (21. Experteninterview). Im Hinblick auf die Einnahmen und Ausgaben der mehrheitlich ärmeren BewohnerInnen in Banconi stellte dies eine empfindliche Erhöhung dar. In Anbetracht der Tatsache, dass ein Tagelöhner in Bamako beispielsweise täglich rund 1.000 CFA verdient und damit oft bis zu zehn Familienmitglieder ernähren muss, sind bereits 3.000 CFA viel Geld. Es ist daher nicht erstaunlich, dass es großer Überredungskunst und teilweise auch Zwang bedurfte, um die Menschen in diesem Viertel zu dieser Zahlungsverpflichtung zu überreden. In den folgenden drei Jahren sei wiederholt die Intervention des Stadtteilkomitees erforderlich gewesen, um Zahlungsrückstände einzutreiben. Heute seien zwar über vierhundert Haushalte im Viertel an das dezentrale Abwassersystem angebunden, jedoch hätten nur drei Viertel der Haushalte einen Waschplatz errichten lassen. Die Weigerung, den erhöhten monatlichen Beitrag zu zahlen, wurde vom Leiter der GIE, der auch Mitglied des Komitees war, als »ländliche Mentalität« bezeichnet. Die Menschen im Stadtviertel hätten sich wie DorfbewohnerInnen verhalten, die ohne Zwang nicht bereit wären, ihre Beiträge zu zahlen (21. Experteninterview).

Diese Einstellung findet ihren Ursprung in der Kolonialzeit, als die Kopfsteuer von der Bevölkerung unter Zwangsandrohung eingehoben wurde. Auch nach der Unabhängigkeit der westafrikanischen Länder war die Bereitschaft der Bauern und Viehzüchter, Steuern und Abgaben zu leisten, sehr gering. Dies erklärt sich nicht zuletzt auch dadurch, dass die ländliche Bevölkerung, die keiner bezahlten Erwerbsarbeit nachging, sondern Subsistenzwirtschaft betrieb, kaum Bargeld besaß. Um also Steuern und Abgaben bezahlen zu können, waren sie gezwungen, ihre landwirtschaftlichen Produkte bzw. Vieh zu verkaufen. Auch heute würden z.B. Viehzüchter – so ein Mitarbeiter der Abteilung für Soziale Entwicklung in Mali – nicht den tatsächlichen Viehbestand deklarieren, um den Steuerforderungen zu entgehen (14. Experteninterview). Cheickna Touré, ein malischer Rechtswissenschaftler, erklärt dies nicht nur dadurch, dass manche Steuerbeamte korrupt seien und einen zu hohen Steuersatz berechnen würden, sondern auch, dass der Nutzen von Steuern vielen Menschen im ländlichen Milieu nicht klar sei (siehe Touré 2011).

Abgesehen von solchen Kosten werden auch die Kosten für die Entleerung der Klärgrube von ärmeren Haushalten oft als große Belastung erlebt. So meinte eine Frau, die Kosten von 22.500 CFA hätten ihr Herz zerrissen (»N yere dusu tinyena«) (10. Einzelinterview). Wenn man bedenkt, dass dieser Betrag beinahe dem gesetzlich festgelegten monatlichen Mindestlohn in Mali und Burkina Faso entspricht, bedeutet die Klärgrubenentleerung tatsächlich einen finanziellen Einschnitt für eine Familie. Die Gebühren für die Klärgrubenentleerung sind im Vergleich zu den Einkommenserhöhungen disproportional angestiegen. Die umweltgerechte Entsorgung des Klärschlammes wird immer teurer, was nicht zuletzt auf die Privatisierung dieser Dienstleistung zurückgeht. Eine alteingesessene Bewohnerin Ouagadougous meinte, dass die Stadt Ende der 1990er Jahre einen eigenen Saugwagen zur Verfügung gestellt hätte, um die Klärgruben der Privathaushalte zu entleeren. Die Kosten dafür hätten damals für ein Gehöft 6.000 CFA ausgemacht. Heutzutage gäbe es nur noch das Angebot der privaten Dienstleister und ein Saugwagen käme auf mindestens 15.000 CFA (16. Einzelinterview). Es komme aber auch vor, wie mir eine Bewohnerin des Viertels Karpala in Ouagadougou erzähl-

te, dass Saugwagenunternehmen die Klärgrube von ärmeren Haushalten als Freundschaftsdienst kostenlos entleeren. So gebe es dies von einem Saugwagenunternehmen in ihrer unmittelbaren Nachbarschaft. Weil sie dessen Mitarbeiter gut kennen würde, sei es schon vorgekommen, dass sie ihr die Kosten erlassen hätten (19. Einzelinterview). Eine Gemeindevertreterin in Bamako bestätigte, dass Saugwagenunternehmen in manchen Fällen die Entleerung der Klärgruben zum Unkostenpreis oder auf eigene Kosten durchführen würden. Dies sei insbesondere dann der Fall, wenn sie von einem Haushalt gerufen werden, weil die Klärgrube schon seit Wochen oder sogar Monaten voll sei und sich Schädlinge wie Ratten oder Kakerlaken vermehrt hätten (15. Expertinneninterview). Ein Mitarbeiter des Interessensverbandes der informellen Dienstleister, welche Klärgruben manuell, d.h. mit Schaufeln und Kübeln, entleeren, berichtete auch von solchen Fällen, wenn die Arbeiter von Haushalten gerufen werden, in denen es einen Todesfall in der Familie gegeben habe. Auch hier sei das Mitleid mit den Familien der ausschlaggebende Grund, weshalb die Gebühren in Ausnahmefällen gesenkt werden. Wenn nämlich die Sickergrube in diesen Haushalten voll und die hygienischen Bedingungen unzureichend seien, könnte die Leichenwaschung nicht vorgenommen werden. Die Notwendigkeit, diese so rasch wie möglich zu verrichten, und der Umstand, dass ärmere Familien nicht über ausreichende finanzielle Mittel verfügten, führe dazu, dass die Sickergrube dann zum Unkostenpreis entleert werde (34. Experteninterview)⁹.

Ein immer wieder diskutiertes Thema betrifft die akzeptablen Obergrenzen für Umweltdienstleistungen. In Ouagadougou sehen viele Haushalte 500 CFA als vertretbare monatliche Gebühr für die Abfallsammelgebühren; nur einige wenige Haushalte seien bereit, bis zu 1000 CFA pro Monat zu bezahlen. Ein Tarif, der über dieser Akzeptanzschwelle angesetzt wäre, würde einen Rückgang der AbonnentInnen bedeuten. Bamako hingegen verzeichnete in den letzten Jahren eine mehrmalige Anhebung der Abfallsammelgebühr und etliche Haushalte hätten sich nun daran gewöhnt, monatlich 2000 CFA oder sogar mehr zu bezahlen. In den peripheren Stadtvierteln, wo die Einkommenssituation der alteingesessenen, ursprünglich landwirtschaftlich tätigen Bevölkerung meist signifikant unter der Einkommenssituation der neu Hinzugezogenen liegt, gäbe es jedoch große Unterschiede in der Zahlungsfähigkeit. Aber auch in Ouagadougou in einem Gespräch mit den Bewohnerinnen von Rimkieta in Ouagadougou meinten die älteren Frauen, dass sie nicht in der Lage seien, die monatliche Gebühr von 500 CFA zu bezahlen (6. Fokusgruppeninterview)¹⁰.

Zur Veranschaulichung der Problematik sei die von mir während der teilnehmenden Beobachtung beobachtete Ernährungssituation erwähnt. In einem Interview mit einem jungen Mann in Ouagadougou wurde dies genau geschildert: In armen Familien wird morgens nur Brei für die Kleinkinder zubereitet, die Jugendlichen und Erwachsenen verzehren die Überreste des Vortags sofern vorhanden. Mittags wird für jedes Familienmitglied etwas Reis mit Sauce um 50 oder 75 CFA bei einer Garküche gekauft. Erst am Abend wird dann für die gesamte Familie gekocht und jeder bekomme dann garantiert eine warme Mahlzeit. Die Ernährungssituation in einem Haushalt könne also als sinnvolles Kriterium zur Armutsbestimmung verwendet werden. Der junge Mann

9 Anhang 3: 8. Zitat

10 Anhang 3: 9. Zitat

fügte hinzu, dass es nicht vertretbar sei, von Familien, die sich nur unzureichend ernähren, 1000 CFA für die Abfallentsorgung zu verlangen. Die Lage ist ganz anders, wenn man die Situation von Haushalten der Mittel- oder Oberschicht betrachtet; in diesen sei der Konsum von Fertigprodukten wie Konserven oder Säften sowie Trinkwasser aus Plastikflaschen alltäglich. Das Abfallvolumen in diesen Haushalten sei daher höher als in ärmeren Familien und folglich müssten die besser gestellten Haushalte sich damit auseinandersetzen, wie sie ihre Abfälle entsorgen. Ärmere Haushalte, die nicht einmal für eine ausreichende Ernährung sorgen könnten, würden gar nicht auf die Idee kommen, dass sie die Umwelt verschmutzen (15. Einzelinterview)¹¹. Diese Darstellung trifft m.E. eine Grundproblematik, die in den Abfallwirtschaftsstrategien in Mali und Burkina Faso bisher zu wenig berücksichtigt wurde. Ärmere Familien konsumieren häufig weniger als wohlhabende Familien und verursachen dadurch auch weniger Müll, insbesondere Verpackungsabfall. Die Preisgestaltung sieht bisher keine Möglichkeit vor, die Abfallgebühr abhängig von der Menge zu berechnen, sondern ist für jeden Haushalt gleich. Dies könnte auch ein Grund dafür sein, dass ärmere Haushalte mit geringen Abfallmengen die Dienstleistung von informellen Abfallsammlern bevorzugen, da sie hier die Preise verhandeln können. Ob ärmere Familien aufgrund der unzureichenden Ernährung kein Bewusstsein über das Problem der Umweltverschmutzung erlangen, bleibt für mich dahingestellt. Hier könnten auch die Prioritäten bzw. das Bildungsniveau der Menschen eine Rolle spielen.

In diesem Zusammenhang ist es jedoch wichtig festzuhalten, dass die Beseitigung der Abfälle von manchen Menschen anders beurteilt wird als die Entsorgung der Abwässer. So war der junge Mann in Ouagadougou, von dem soeben die Rede war, bei der Abfallsammlung abonniert und kritisierte die BewohnerInnen seines Viertels, welche die Haushaltsabfälle am Straßenrand verbrennen. Gleichzeitig hatten er und die anderen Bewohner im Celibatorium die Nutzung der Sickergrube eingeschränkt, um Kosten zu sparen. Den Frauen war verboten worden, das Abwasser vom Wäsche und Geschirr waschen in die Sickergrube zu leeren, da diese ansonsten innerhalb von wenigen Monaten wieder voll wäre. Die Frauen mussten in diesem Fall die Abwässer auf der Straße entsorgen (15. Einzelinterview). Die Motivation für das Handeln hängt in diesem Fall weder vom Einkommen noch vom Bildungsniveau ab, denn im Hof lebten u.a. ein junger Verwaltungsbeamter, ein Journalist und ein Krankenpfleger in Ausbildung und alle drei verdienen genug Geld.

Auch in den Sozialwohnbausiedlungen in Bamako, die seit Anfang der 2000er Jahre errichtet wurden und welche überwiegend, wie in Kapitel 4.1.3 näher ausgeführt wurde, von Staatsbediensteten und Angestellten mit Leitungs- oder Verwaltungsfunktion bewohnt werden, konnten ähnliche Erfahrungen gemacht werden. Eine Lehrerin, die in der Siedlung ATT-Bougou lebt, meinte, dass obwohl alle Häuser über eine Sickergrube für die Sammlung des Grauwassers verfügen, manche NachbarInnen ihre Abwässer in die Entwässerungsrinnen schütten würden, damit ihre Sickergrube nicht so schnell voll wird (3. Einzelinterview). Diese Problematik scheint mehr auf fehlende Zahlungswilligkeit denn auf fehlende Zahlungsfähigkeit zurückzugehen, denn die Menschen in den Sozialwohnbausiedlungen zählen nicht zu den ärmsten Bevölkerungsschichten in der

11 Anhang 3: 10. Zitat

Stadt. Alle Familien, die eine Sozialwohnung erhielten, mussten im Vorhinein die nötigen Sicherheiten, d.h. ein regelmäßiges und ausreichend hohes Einkommen vorweisen. Außerdem hatten sie sich verpflichtet, einen Kredit über einen Zeitraum von bis zu 25 Jahren aufzunehmen und monatlich rund 30.000 CFA zurückzuzahlen. Auch haben die meisten Haushalte in den Sozialwohnbausiedlungen die notwendigen finanziellen Mittel um Hausgehilfinnen, Kindermädchen oder Wärter zu beschäftigen. Die Leiterin einer GIE in ATT-Bougou hatte mir im Jahr 2009 jedoch bereits von den Schwierigkeiten der Abfallsammlung in dieser Siedlung berichtet. Die GIE hätte die Müllabfuhrgebühr von 1000 CFA auf 1500 CFA erhöhen wollen, aber die BewohnerInnen hätten sich geweigert, den erhöhten Preis zu bezahlen. Die Leiterin der GIE bezeichnete die Menschen in diesem Viertel als »Intellektuelle und Revolutionäre«, mit denen man kaum diskutieren könne und die trotz monatlichen Gehalts nur unregelmäßig oder gar nicht für die Abfallsammlung bezahlen würden (3. Expertinneninterview)¹².

Im Vergleich zwischen ärmeren und reicheren Haushalten zeigt sich, dass die Zahlungsbereitschaft nicht zwangsläufig durch die verfügbaren finanziellen Mittel erklärt wird. Die Haushalte der »reichsten« Gruppe in Mali seien in Bamako dafür bekannt, dass sie alle Abwässer auf der Straße entsorgen würden (20. Experteninterview)¹³. Diese Familien würden aber oft in schönen, mehrstöckigen Villen leben und könnten es sich leisten, Sickergruben zu errichten. Dennoch würden sie – so einer meiner Experten – zu den größten Verschmutzern zählen (siehe ebd.).

Im Allgemeinen wurde von mir eine paradoxe Situation beobachtet, dass nämlich ärmere Familien eine höhere Zahlungsbereitschaft als reichere Familien zeigen. In den Gesprächen mit vielen Menschen wurde dies damit begründet, dass ärmere Familien Angst vor einer Bloßstellung in der Öffentlichkeit hätten. Die ärmeren Haushalte würden sich davor fürchten, wenn die Dienstleister zu ihnen kommen, um die Gebühren für die Abfall- und Abwasserentsorgung vor den Augen der NachbarInnen einzufordern (21. Experteninterview)¹⁴. Für ärmere Haushalte ist der Schaden im Fall von öffentlichen Schmähungen um Einiges größer als für reichere Haushalte, die nicht auf die Solidarität anderer Haushalte im Viertel angewiesen sind. Dazu kommt, dass ärmere Haushalte fürchten müssen, vor den NachbarInnen das Gesicht zu verlieren und nicht mehr als kreditwürdig zu erscheinen, wenn sie die monatlichen Gebühren nicht bezahlen.

Aus den Interviews geht hervor, dass die Unterscheidung zwischen Zahlungsfähigkeit und Zahlungsbereitschaft in vielen Fällen nicht objektiv messbar ist, da sie vielfach auf der subjektiven Einschätzung der eigenen finanziellen Lage basiert. Insbesondere die Einstellungen zu den Kosten für die Abfallsammlung, die im Vergleich zu den Kosten anderer Entsorgungsleistungen bzw. Wartungs- und Instandsetzungskosten relativ gering sind, weisen auf diesen Umstand hin. Die Ausführungen eines Mitarbeiters eines Vereins im Bereich der Abfallsammlung in Ouagadougou zu den potentiellen Möglichkeiten der Preisgestaltung veranschaulichen dies gut. Er breitete mir in einem Gespräch den Plan des Vereins aus, in den informellen Stadtvierteln mit der Abfallsammlung zu beginnen. Anfangs würden sie von jedem Haushalt nur 300 CFA pro Mo-

12 Anhang 3: 11. Zitat

13 Anhang 3: 12. Zitat

14 Anhang 3: 13. Zitat

nat verlangen, denn dies sei eine Summe, die auch arme Haushalte bezahlen könnten. Nach einigen Jahren, wenn diese Viertel dann erschlossen seien, könnte man die Gebühren anheben. Die Familien hätten sich dann bereits an die gebührenpflichtige Abfallsammlung gewöhnt und würden die höheren Kosten akzeptieren (26. Experteninterview)¹⁵. Dieses Beispiel zeigt auf, dass das Problem nicht in der Zahlungsfähigkeit der Familien begründet liegt, sondern in der Vorgehensweise der staatlichen und privaten Akteure in der Abfallwirtschaft. Wenn die StadtbewohnerInnen mittels überzeugender Informations- und Kommunikationsstrategien auf Maßnahmen wie die Einführung einer kostenpflichtigen Abfallsammlung vorbereitet werden, dann könnte möglicherweise weniger Widerstand gegen diese Maßnahmen beobachtet werden.

7.2.2. Subventionen, die nicht wirken

Von Interesse ist die Lage in Ouagadougou, wo alle Haushalte in den erschlossenen Vierteln das Recht auf den Erhalt von Subventionen für die Errichtung von sanitären Anlagen wie Toiletten und Waschgelegenheiten mit Klär- bzw. Sickergrube haben. Die korrekt gebauten sanitären Anlagen durch ausgebildete Maurer und mit qualitativ hochwertigen Materialien sollen sicherstellen, dass Boden und Grundwasser nicht verschmutzt werden. Wie bereits in Kapitel 4.2.3 näher ausgeführt wurde, erhalten die Familien, welche sich für bestimmte Typen von Toiletten bzw. Waschgelegenheiten entscheiden, einen Teil der benötigten Baumaterialien zu einem vergünstigten Preis. Die Haushalte in den informellen Siedlungen an der städtischen Peripherie sind von dieser Maßnahme bisher ausgeschlossen. In den erschlossenen Stadtvierteln wird die Subventionierung der Toiletten- und Duschanlagen mittels Informationskampagnen der Behörde für Wasserversorgung und Siedlungshygiene beworben. Insbesondere in der Peripherie und den neu erschlossenen Stadtvierteln, in welchen die GrundstückseigentümerInnen neue Häuser errichten, werden die Haushalte systematisch informiert. Aktuell werden zwei Toilettenmodelle beworben: Die so genannte Ventilation Improved Pit (VIP) Latrine ist als Trockentoilette konzipiert, wobei die Klärgrube über zwei Kammern verfügt. Die Kammern werden alternierend verwendet, was die Frequenz der Klärgrubenentleerung reduziert. Die Klärgrube verfügt über einen Luftschacht, der unangenehme Gerüche abzieht und Fliegen fernhält. Die VIP-Toilette wird von den Haushalten am meisten nachgefragt. Das zweite Toilettenmodell ist die so genannte toilette à chasse manuelle (TCM), also eine Toilette, welche keinen Wasseranschluss benötigt, jedoch manuelles Spülen erforderlich macht. Durch die größere Distanz zwischen der Toilette und der Klärgrube entstehen auch hier keine unangenehmen Gerüche in der Toilette. Allerdings ist die Nutzung dieser Toilette durch den höheren Wasserverbrauch, die erforderliche regelmäßige Wartung des Siphons und die häufigere Entleerung der Klärgrube teurer. Die Kosten für die Errichtung dieser beiden Toilettentypen betragen mit der Subvention jeweils mindestens 60.000 CFA. Dies entspricht zwei Mindestgehältern in Burkina Faso und stellt daher eine finanzielle Hürde für ärmere Familien dar. Im Hinblick auf die Entsorgung von Grauwässern werden Sickergruben, die Abwasser aus Duschen bzw. vom Geschirr und Wäsche waschen aufnehmen, subventioniert.

15 Anhang 3: 14. Zitat

Mikrokredite werden zwar seit einigen Jahren vergeben, um den ärmsten Familien Investitionskapital zur Verfügung zu stellen, doch für die Errichtung von hausgener Infrastruktur kommen Mikrokredite oft nicht in Frage. Denn Personen, die einen Kredit für die Durchführung von Bauarbeiten aufnehmen wollen, müssen ein regelmäßiges monatliches Einkommen vorweisen. Diese Bestimmungen schließen ärmere Haushalte mit überwiegend informellen und unregelmäßigen Einkommen grundsätzlich aus.

Über die Behörde für Wasserversorgung und Siedlungshygiene erhielt ich Kontakte zu den Personen, welche die Informationskampagnen durchführen. In Folge erhielt ich die Gelegenheit, bei zwei Versammlungen teilzunehmen und zwei Teams bei ihren Rundgängen in den peripher gelegenen Vierteln von Ouagadougou, Kouritenga und Nagrin, zu begleiten. Beide Viertel wurden erst vor kurzem erschlossen und die Bautätigkeiten waren bei vielen Wohngebäuden noch nicht abgeschlossen. Auf manchen Grundstücken waren erst die Fundamente der Häuser errichtet worden. Insgesamt konnten im Rahmen der Informationskampagne knapp zwanzig Haushalte besucht werden. Bei vielen Haushalten bestanden die Aufgaben der MitarbeiterInnen des Vereins darin, die HauseigentümerInnen über die verschiedenen Modelle von sanitären Anlagen zu informieren und sie davon zu überzeugen, ihre Toiletten, Duschen oder Waschgelegenheiten von den Vertragspartnern und mit den vorgeschlagenen Materialien errichten zu lassen. Den so genannten Animateuren waren hier durchaus hohe Ziele gesteckt, denn sie sollten das Planziel von sieben verkauften sanitären Anlagen pro Woche erreichen. Außerdem mussten die Animateure pro Woche vierzig Haushalte, welche sich für die Errichtung einer sanitären Anlage entschieden hatten, besuchen und den Baufortschritt begutachten. Während meiner teilnehmenden Beobachtung konnte ich beobachten, dass die BewohnerInnen in den peri-urbanen Vierteln oft nicht die vollständige sanitäre Anlage bauen lassen, sondern nur bestimmte Teile davon. Anstatt also Klärgrube, Latrine und Toilettenhäuschen durch qualifizierte Maurer der Wasserbehörde errichten zu lassen, wird nur ein subventioniertes Toilettenhäuschen gebaut. Der Haushalt führt in solchen Fällen die Errichtung der Klärgrube in Eigenregie durch, weil die Grabarbeiten und die Ummauerung der Klärgrube durch einen informellen Maurer günstiger sind. Wenn diese Vorarbeiten abgeschlossen sind, wendet sich der Haushalt an die Behörde, um die Subventionen für Tür und Wellblechdach des Toilettenhäuschens zu erhalten. Die Nachfrage nach einem Toilettenhäuschen, also Tür und Wellblechdach übertrifft also bei weitem die Nachfrage nach der Errichtung einer Klärgrube. Die Materialkosten für ein subventioniertes Toilettenhäuschen belaufen sich auf 35.000 CFA, dies entspricht einem Mindestgehalt in Burkina Faso. Ein Mitarbeiter der Abteilung für die Reinigung von Grau- und Schwarzwässern in Ouagadougou meinte hierzu, dass die Familien nur die kurzfristigen, nicht aber die mittel- und längerfristigen Kosten ihrer sanitären Anlagen berücksichtigen würden. Die Erhaltung einer VIP-Toilette sei im Endeffekt günstiger, weil das Doppelkammersystem der Klärgrube ein größeres Fassungsvermögen habe und die Klärgrubenentleerung viel seltener erfolgen müsse (38. Experteninterview).

Die Behörde für Wasserversorgung und Siedlungshygiene subventioniert in Burkina Faso nicht nur die Errichtung von sanitären Anlagen, sondern auch die Sanierung bestehender Anlagen. Dieses Angebot richtet sich insbesondere an die Haushalte in den zentrumsnahen Vierteln von Ouagadougou, weil dort die sanitären Anlagen oft

seit Jahrzehnten nicht erneuert wurden und häufig defekt sind. Meist wird dort die Sanierung erst in die Wege geleitet, wenn ein akuter Problemfall vorliegt. So traf ich im Viertel Pagalayiri einen Haushalt, dessen Klärgrube während der Regenzeit eingestürzt war. Mithilfe der Subventionen der Behörde für Wasserversorgung und Siedlungshygiene wurden Dusche und Toilette saniert. Zum Befragungszeitpunkt hatte der Haushalt bereits 100.000 CFA für die Sanierung ausgegeben und die Bauarbeiten waren noch nicht abgeschlossen. Die Klärgrube war neu ausgekleidet worden, mit einer neuen Bodenplatte zugedeckt und eine Mauer für das Dusch- und Toilettenhäuschen errichtet. Es fehlten nun noch die Türen und ein Wellblechdach. Die Kosten für die Familie waren trotz Subventionen nicht unerheblich, denn die ältere verwitwete Frau, die mit ihrer Nebenfrau, zwei Söhnen und 13 Enkelkindern im Hof lebte, war auf die Unterstützung ihrer Kinder angewiesen, um die Bauarbeiten finanzieren zu können (21. Einzelinterview).

Der Koordinator der Informationskampagne in Ouagadougou bestätigte die finanziellen Schwierigkeiten der alteingesessenen ärmeren Familien in den zentrumsnahen Stadtvierteln im Hinblick auf die Sanierung von sanitären Anlagen. Die Haushaltsvorstände in diesen Familien seien häufig schon alt und hätten weder das erforderliche Geld noch würden sie sich für die Sanierungsarbeiten zuständig fühlen. Die finanzielle Verantwortung werde dem ältesten Sohn übertragen, der häufig in einem anderen Haushalt lebe und seiner Aufgabe nicht immer nachkommen würde (32. Experteninterview). Schließlich seien manche Haushalte über die öffentlichen Subventionierungen nicht ausreichend informiert. Da der Schwerpunkt der Informationskampagne auf der Errichtung von neuen Toiletten und Waschegelegenheiten in den neu erschlossenen Randbezirken Ouagadougous und nicht auf der Sanierung der bestehenden sanitären Anlagen liegt, gibt es in den zentrumsnahen Vierteln möglicherweise ein Informationsdefizit. So meinte eine Bewohnerin in Gounghin, dass die Subventionen, die es früher gegeben hätte, eingestellt worden seien. Da sie schon längere Zeit nichts mehr von der Maßnahme gehört hat, geht sie davon aus, dass sie die Reparatur ihrer defekten Sickergrube ohne irgendeine Unterstützung vornehmen muss (6. Einzelinterview).

7.2.3. Schwierigkeiten bei der Durchsetzung von Abfallsammelgebühren

Die Kleinunternehmen und Vereine in Bamako und Ouagadougou holen im Allgemeinen einmal wöchentlich die Abfälle der abonnierten Haushalte ab und bringen sie zu den Zwischendeponien. Am Ende des Monats werden die AbonentInnen dazu aufgefordert, für die Abfallsammlung zu bezahlen. Die monatlichen Gebühren belaufen sich auf 500 bis 1000 CFA in Ouagadougou und 1000 bis 2500 CFA in Bamako. Die Kommodifizierung der Abfallsammlung zeigt sich darin, dass eine umweltgerechte Entsorgung von Haushaltsabfällen nur noch in Form einer kostenpflichtigen Dienstleistung möglich ist. Vor zwei Jahrzehnten war die gesetzlich vorgeschriebene Abfallsammlung noch nicht zwangsläufig mit Kosten verbunden. In Bamako brachten die Haushalte bis Ende der 1980er Jahre ihren Müll zu einem Abfallhaufen im jeweiligen Viertel. Die städtische Müllabfuhr war für die regelmäßige Evakuierung dieser Abfallhaufen zuständig (8. Expertinneninterview). In den peripheren Vierteln Ouagadougous wurde bis in die 1990er Jahre ein ähnliches Abfallwirtschaftsmodell, das »système de tas au sol« genannt wur-

de, praktiziert. Den BewohnerInnen wurde eine kleine Fläche im Viertel, wo sie ihre Abfälle hinbringen konnten, zur Verfügung gestellt. Die Müllfahrzeuge der Gemeinde evakuierten die Abfallhaufen von Zeit zu Zeit (Compaoré und Kaboré 1997). Manche BewohnerInnen der peripheren Viertel sind nach wie vor der Meinung, dass die Abfallsammlung weiterhin auf diese Art und Weise funktioniert. Weil es in ihrem Viertel noch keine offizielle Abfallsammlung gibt, sind sie zurzeit dazu gezwungen, ihre Abfälle im öffentlichen Raum zu deponieren. Aber im Fall, das Viertel würde demnächst vollständig erschlossen sein, gehen sie davon aus, dass die Gemeinde ihnen einen neuen Ort zuweisen wird, wo sie sich ihrer Abfälle entledigen können (7. Einzelinterview)¹⁶.

In den zentrumsnahen Stadtvierteln in Bamako und Ouagadougou wurden noch bis vor zehn Jahren die Haushaltsabfälle in Abfallmulden gesammelt. Die Stadtverwaltung hatte Ende der 1990er Jahre über hundert Mulden aufgestellt. Die Bevölkerung konnte ihre Abfälle jederzeit kostenlos in diese Behälter werfen. Die frei aufgestellten Abfallmulden sind in der Zwischenzeit verschwunden, mittlerweile gibt es weniger als zehn Mulden, die an öffentlichen Plätzen und Märkten für die Abfallentsorgung zur Verfügung stehen (Mas und Vogler 2006). Selbst in den informellen Vierteln ist man heute allerdings bestrebt, die Anzahl der Abfallmulden zu reduzieren. Ein Vertreter der städtischen Müllabfuhr in Ouagadougou betonte, dass in den informellen Vierteln nur an strategischen Plätzen wie Märkten oder Gesundheitseinrichtungen Abfallcontainer aufgestellt werden. Für die Haushalte sei es vorgesehen, dass diese bei einem Kleinunternehmen oder einem Verein ein Abonnement abschließen würden. Nur so könnten sie ein Bewusstsein für die Wichtigkeit der Abfallwirtschaft entwickeln (27. Experteninterview)¹⁷. Die EntscheidungsträgerInnen im Bereich der Abfallwirtschaft gehen also von der Annahme aus, dass die StadtbewohnerInnen die angebotenen Dienstleistungen nur wertschätzen würden, wenn sie finanziell dazu beitragen würden. Allerdings sind in den informellen Vierteln kaum AbfallsammlerInnen tätig. Dies hat auch mit der grundsätzlich marktwirtschaftlichen Orientierung zu tun, denn die institutionalisierten Akteure in der Abfallwirtschaft folgen der Marktlogik und sind nur dort tätig, wo die Haushalte auch ihre Dienstleistungen bezahlen. Die Privatisierung der Abfallwirtschaft führt also dazu, dass die reicheren Bevölkerungsschichten einen besseren Zugang zu Entsorgungsleistungen haben.

In Bamako und Ouagadougou ist das einzige zulässige Modell der Abfallentsorgung heute die Abfallsammlung von Haus zu Haus. Die neue Organisation der Abfallwirtschaft seit den 1990er Jahren sieht vor, dass die offiziell zugelassenen AbfallsammlerInnen die Abfälle zu den Zwischendeponien bringen. Die Zwischendeponien werden von MitarbeiterInnen der städtischen Müllabfuhr beaufsichtigt. Die Bevölkerung ist nicht dazu berechtigt, ihre Abfälle persönlich zu einer Zwischendeponie zu bringen, sondern ist quasi dazu verpflichtet, eine/n AbfallsammlerIn dafür zu bezahlen (25. Experteninterview)¹⁸. Auch wird von den abonnierten Haushalten erwartet, dass sie die Abfälle in einen metallenen Abfalleimer mit Deckel geben und nicht alte kaputte Plastikeimer und -wannen oder Schachteln für die Abfallsammlung verwenden. Die Anschaffung

16 Anhang 3: 15. Zitat

17 Anhang 3: 16. Zitat

18 Anhang 3: 17. Zitat

eines Abfalleimers ist auch mit Kosten verbunden (8. Expertinneninterview). Die Kommodifizierung der Abfallentsorgung hat dazu geführt, dass die ärmeren Bevölkerungsschichten in den innerstädtischen Vierteln heute einen schlechteren Zugang zur Abfallsammlung als früher haben. Die Folgen sind u.a. das Entstehen von immer zahlreicher werdenden wilden Deponien. So ist sogar in der Nähe einer Zwischendeponie entlang der Geleise an der Viertelgrenze von Gounghin und Larlé in Ouagadougou eine wilde Deponie entstanden. Ein Mitarbeiter eines Vereins im Bereich der Abfallwirtschaft, welcher in Gounghin wohnt, hat mir erzählt, dass er herausfinden wollte, wer die Verursacher dieser wilden Deponie seien. Er hätte sich deshalb mehrere Tage nach Einbruch der Dunkelheit an die Stelle begeben um dort zu beobachten. Entgegen der weit verbreiteten Meinung, dass die informellen Abfallsammler den Müll dort abladen würden, hätte er festgestellt, dass es die AnrainerInnen gewesen seien, welche – um die monatliche Abfallgebühr von 1000 CFA zu sparen – ihre Abfälle neben der Zwischendeponie entsorgt hätten (26. Experteninterview)¹⁹.

Im Gegensatz zur Situation in der Strom- oder Wasserversorgung gibt es für die Unternehmen in der Abfallsammlung kaum wirksame Maßnahmen im Falle, dass KundInnen die Leistungen nicht bezahlen können. Die Kleinunternehmen können keinen Druck auf die AbonnentInnen ausüben, denn wenn sie die Abfallsammlung einstellen, greifen die Haushalte auf informelle Akteure zurück. Daher lassen die meisten Kleinunternehmen beim Einkassieren der Abfallsammelgebühren große Nachsicht walten. Oftmals gibt man den Haushalten bis zu zwei oder drei Monaten Zeit, um die ausstehenden Gebühren zu bezahlen. Währenddessen wird die Abfallsammlung fortgesetzt (26. Experteninterview). Während meines Feldaufenthaltes im September 2009 hatte ich die Gelegenheit, die Kassiererin einer GIE in Bamako zu begleiten, um das Zahlungsverhalten der abonnierten Haushalte und Geschäfte zu beobachten. Die GIE ist seit über 15 Jahren im Stadtteil Magnambougou aktiv und hat rund tausend AbonnentInnen, welche ihren Müll von der GIE entsorgen lassen. Dennoch hat sie Schwierigkeiten, die Müllgebühr von 2000 CFA jeden Monat fristgerecht einzuheben. Im Folgenden soll ein Teil des Gedankenprotokolls veranschaulichen, wie die Begegnungen mit den Familien und Geschäften vonstattengingen und mit welchen Schwierigkeiten die Kassiererin konfrontiert war:

- 1 Bei der Schneiderei: Die Kassiererin erhält den vollen Betrag.
- 2 Beim Geflügelhändler: Der Besitzer des Verkaufsstandes gibt an, zurzeit kein Geld zu haben.
- 3 Tischlerei: Der Tischler gibt an, zurzeit kein Geld zu haben.
- 4 Ein Haushalt: Die Frau bezahlt die Abfallsammelgebühr.
- 5 Ein Haushalt: Die Frau argumentiert, dass sie zurzeit kein Geld habe und bezahlt nicht. Die Kassiererin meint, nachdem wir auf dem Weg zum nächsten Haushalt sind, dass es nicht wahr sei, dass sie kein Geld habe, denn die Frau trage einen teuren Boubou (Kleidungsstück aus Damast).
- 6 Ein Haushalt: Ein Kind öffnet uns die Tür, meint, dass weder die Mutter noch der Vater zu Hause seien.

19 Anhang 3: 18. Zitat

- 7 Restaurant: Der Besitzer ist nicht da, der Angestellte kann die Gebühr nicht bezahlen.
- 8 Ein Haushalt: Die Frau argumentiert, dass sie nicht genügend Geld habe, um die Abfallgebühr zu bezahlen. Die Kassiererin ist verärgert, denn schon im vorangegangenen Monat hatte dieser Haushalt die Müllgebühr nicht bezahlt. Nach längerer Auseinandersetzung verrechnet die Kassiererin nur die Hälfte des geforderten Betrags um den sozialen Frieden zu wahren. Die Frau bezahlt.
- 9 Ein Haushalt: Eine Hausangestellte öffnet uns die Tür und meint, dass die Frau des Haushaltsvorstandes im Lebensmittelgeschäft zu finden sei. Wir begeben uns dorthin und erhalten die Müllgebühr.
- 10 Ein Haushalt: Die zwei Ehefrauen des Haushaltsvorstandes – es handelt sich um einen polygamen Haushalt – teilen sich die Müllgebühr und bezahlen.
- 11 Ein Haushalt: Die Frau gibt an, zurzeit kein Geld zu haben. Die Kassiererin ist verärgert, denn sie versucht nun schon zum dritten Mal, die Gebühr einzutreiben. Die Frau verspricht, beim nächsten Mal zu bezahlen.
- 12 Ein Haushalt: Eine sehr alte Frau bezahlt 1000 CFA und begleicht den noch ausstehenden Betrag mit Zucker und Hirse.

Die Kassiererin war bei ihrem zweistündigen Rundgang nur mäßig erfolgreich, denn knapp die Hälfte der 43 besuchten AbonentInnen konnte dieses Mal nicht bezahlen. Oft muss sie manche Haushalte oder Geschäfte drei bis vier Mal aufsuchen, bis sie die Müllgebühr erhält. Die AbonentInnen hätten prinzipiell die Möglichkeit, die Müllgebühr im Büro der GIE zu begleichen, doch werde dies nicht in Anspruch genommen. Dies zeigt eine gewisse Ambivalenz gegenüber dem Angebot der Abfallsammlung: Einerseits möchten die Menschen, dass die Abfälle wöchentlich entsorgt werden. Andererseits gibt es nur eine eingeschränkte Bereitschaft, für diese Dienstleistung zu bezahlen. Die soziale Integration der MitarbeiterInnen der GIE im Viertel bewirkt, dass sie die Abfälle mancher Haushalte günstiger oder sogar gratis entsorgen. Die soziale Nähe der MitarbeiterInnen erschwert eine hundertprozentige Kommodifizierung der Abfallsammlung. Für die GIE, die ihre Einnahmen einzig und allein aus den Müllabfuhrgebühren erhalten, hat dies zur Folge, dass die Abfallsammlung nur mäßig rentabel ist. Die Bezahlung der Betriebskosten und der Gehälter von durchschnittlich fünf Angestellten, die Instandhaltung des Fuhrparks und die Investition in neue Fahrzeuge können häufig nur durch die finanzielle Unterstützung von internationalen NGOs erfolgen.

Ein zweiter und sehr wesentlicher Grund für die lückenhafte Umsetzung der neuen Abfallwirtschaftsstrategie liegt in der Konkurrenz durch informelle AbfallsammlerInnen. Sowohl in Bamako als auch in Ouagadougou gibt es eine große Anzahl an inoffiziell tätigen AbfallsammlerInnen, die mit Hand- oder Eselskarren die Entsorgung der Haushaltsabfälle anbieten. Diese Anbieter sind keinen steuerlichen Abgaben oder sonstigen Auflagen unterworfen. Manche dieser AbfallsammlerInnen sind kaum organisiert und üben die Tätigkeit als Gelegenheitsarbeit aus, andere bieten ihre Dienstleistung regelmäßig an. Manche informelle AbfallsammlerInnen sind zu dieser Tätigkeit zufällig gekommen. So berichtete ein informell tätiger Abfallsammler in Ouagadougou, dass er als Kind mit seinem Vater oft in den peripheren Vierteln der Stadt unterwegs war,

um mit einem Eselskarren Sand zusammenzutragen und zu verkaufen. Nach dem Tod des Vaters hätte er diese Tätigkeit fortgesetzt und eines Tages hätte ihn jemand gerufen und gebeten, seine Abfälle mit dem Eselskarren wegzubringen. Er hätte an diesem Tag 500 CFA auf Anhieb verdient. Seit acht Jahren würde er nun mit dem Eselskarren die Abfälle seiner NachbarInnen beseitigen. Mittlerweile hätte er sich auch einen zweiten Eselskarren und einen zweiten Esel zugelegt und zwei jüngere Familienangehörige engagiert (31. Experteninterview). Einige AbfallsammlerInnen haben auch Erfahrung in dem Bereich, weil sie vorher für ein Kleinunternehmen oder eine GIE in der Abfallwirtschaft gearbeitet haben, bevor sie sich selbstständig gemacht haben. In jedem Fall sind die Kontakte zu potentiellen KundInnen von großer Relevanz, um mit der informellen Abfallsammlung erfolgreich zu sein.

Für die Haushalte, welche die Dienstleistung von informellen AbfallsammlerInnen in Anspruch nehmen, sind vor allem die niedrigen Kosten attraktiv. Die Haushalte können über den Preis, den sie bereit sind, für die jeweilige Abfallmenge zu bezahlen, verhandeln. Die informellen AbfallsammlerInnen sind in den meisten Fällen bereit, auch sehr geringe Summen anzunehmen. Die Kosten sind also flexibel und gestalten sich nach der Abfallmenge und dem verfügbaren Kleingeld der KundInnen. Bei einem Rundgang mit einem informellen Abfallsammler habe ich die Einnahmen durch die Abfallsammlung von 25 Haushalten notiert. Durchschnittlich betrug die Summe, die der Abfallsammler pro Hof einnahm 160 CFA. Da die Haushalte das Angebot der informellen Akteure nur nutzen, wenn die Abfallmenge ihrer Meinung nach ein tolerierbares Maß überstiegen hat, kostet sie diese Art der Entsorgung weniger als das Abonnement bei einem/einer offiziellen AbfallsammlerIn. Die informelle Abfallsammlung ist offensichtlich besser an die Lebensbedingungen der ärmeren Haushalte angepasst als die Form des Abonnements, das die offiziellen Kleinunternehmen anbieten. In einer urbanen Ökonomie, die durch den informellen Sektor dominiert wird, haben viele Menschen ein unregelmäßiges Einkommen. Jeden Monat einen festgesetzten Betrag für die Abfallsammlung zu bezahlen, kann deshalb Probleme bereiten²⁰. Die Abfälle jedes Mal zu entsorgen, wenn sie aufgrund ihres Volumens als störend empfunden werden bzw. wenn Geld vorhanden ist, entspricht eher den Gewohnheiten der Menschen. Interessanterweise muss das Abonnement bei einem Kleinunternehmen in der Abfallsammlung nicht bedeuten, dass der Haushalt nicht mehr auf informelle AbfallsammlerInnen zurückgreift. Es kommt oft vor, dass das Müllfahrzeug oder der Eselskarren der offiziell zugelassenen AbfallsammlerInnen defekt wird und dass die Abfälle dann nicht wöchentlich abgeholt werden. Wenn die Abfälle nur unregelmäßig entsorgt werden, nehmen die Haushalte das Angebot der informellen Akteure in Anspruch. Die Tatsache, dass diese Akteure nicht offiziell anerkannt sind, scheint für die Haushalte nicht von Belang zu sein. Vielmehr zählt die Gewissheit, dass auf die informellen AbfallsammlerInnen Verlass ist (16. Einzelinterview)²¹. In einem Interview wurde darauf hingewie-

20 Dies trifft übrigens auch für andere Abonnements wie beispielsweise für Wasser und Strom zu. Mehrere Haushalte gaben an, dass der Wasserhahn bzw. die Stromversorgung in ihrem Hof abgedreht worden war, weil sie die monatliche Rechnung nicht begleichen konnten (6. Einzelinterview, 13. Einzelinterview, 20. Einzelinterview).

21 Anhang 3: 19. Zitat

sen, dass es sich bei den informellen Akteuren um junge arbeitslose Burschen aus dem Viertel handle. Es spielen demnach auch soziale Überlegungen eine Rolle, insofern als die Interviewpartnerin diese jungen Menschen unterstützen möchte.

Von den offiziell zugelassenen Kleinunternehmen in der Abfallsammlung werden die informellen Akteure als illegitime Konkurrenz gesehen. Ihnen wirft man vor, dass die Haushalte nicht bereit seien, einen fairen Preis für die Dienstleistung zu bezahlen. Und in der Tat ist diese Konkurrenz der informellen Abfallsammler für die Kleinunternehmen sehr problematisch, denn sie trägt dazu bei, dass ihr Geschäft nicht rentabel ist, weil sie wie bereits erwähnt aufgrund von Gewerbesteuer, Personalkosten sowie Anschaffungs- und Instandhaltungskosten hohe Ausgaben haben. Darüber hinaus werden die informellen AbfallsammlerInnen für die Entstehung von wilden Deponien verantwortlich gemacht. In Bamako werden sie generell verdächtigt, die Haushaltsabfälle bei nächster Gelegenheit zu deponieren und nicht zu den Zwischendeponien zu bringen. In Ouagadougou wird den informellen AbfallsammlerInnen der Zugang zu den Zwischendeponien allerdings auch verweigert. Dies soll die Tätigkeit der informellen Akteure vollends unterbinden (27. Experteninterview)²². Allerdings konnte ich im Rahmen der teilnehmenden Beobachtung feststellen, dass auch manche offiziell zugelassenen AbfallsammlerInnen Praktiken anwenden, die den informellen Akteuren unterstellt werden. So hatte ich die Mitarbeiterinnen von Vereinen, welche die Abfallsammlung in den Stadtvierteln Larlé, Nonsingh und Rimkieta in Ouagadougou sicherstellen, bei ihrer Arbeit begleitet. Hierbei konnte ich mehrmals beobachten, dass Haushalte, die offensichtlich nicht abonniert waren, gegen die Entrichtung einer kleinen Gebühr von ihren Abfällen befreit wurden. Die Angestellten der Vereine und Kleinunternehmen schaden damit im Grunde dem Unternehmen, nur um einen kleinen persönlichen Zuverdienst zu erhalten. Dadurch, dass es meist unmöglich ist, den einzelnen MitarbeiterInnen Praktiken wie die Selbstbereicherung nachzuweisen, versuchen die LeiterInnen der Unternehmen oft gar nicht, dem Einhalt zu gebieten. Weiters wurde mir in Interviews davon berichtet, dass Kleinunternehmen genauso wie informelle AbfallsammlerInnen wilde Deponien schaffen würden. In Bamako habe die Einführung einer Gebühr für die Deponierung der Abfälle auf der Zwischendeponie neben dem Modibo-Keita-Stadion im Viertel Médina Koura dazu geführt, dass die Müllfahrzeuge der GIE nach Einbruch der Dunkelheit ihre Abfälle in das Flussbett im benachbarten Stadtviertel Banconi kippen würden (2. Einzelinterview). Die Deponierung von Abfällen im öffentlichen Raum bleibt in vielen Fällen ungestraft, da Kontrollen durch die Ordnungsorgane nur sporadisch durchgeführt werden. Die Konkurrenz der informellen Akteure in der Abfallsammlung hat jedenfalls häufig zur Folge, dass die offiziell zugelassenen GIE, Kleinunternehmen oder Vereine den mit der Stadtverwaltung schriftlich vereinbarten Arbeitsleistungen nicht mehr nachkommen. Insbesondere bei Vereinen und GIE, die in ihrer Zone nur wenige AbonnentInnen zählen und die aufgrund von geringen Einnahmen ihre Arbeit nicht mit motorisierten Müllfahrzeugen, sondern nach wie vor mithilfe von Eselskarren verrichten, scheinen diese Praktiken vermehrt vorzukommen. In diesen Zonen sind gewöhnlich auch mehr informelle AbfallsammlerInnen vorzufinden, da

technische Probleme mit den Eselskarren bzw. nicht einsatzfähige Esel öfters zu unregelmäßigen Müllabfuhrterminen der offiziell zugelassenen Akteure führen. Außerdem erhalten die MitarbeiterInnen der kleineren GIE, wie dies eine Studie über die GIE in der Commune V in Bamako aufzeigt (Camara 2011), oftmals Gehälter weit unter dem Mindestlohn von 30.000 CFA. Die MitarbeiterInnen sind dadurch eher bereit, ihr geringes Einkommen durch zusätzliche Einnahmen aufzubessern.

7.2.4. Sparvermögen und Services

Ein Faktor, der dazu beiträgt, dass Familien ihre Abfälle und Abwässer nicht umweltgerecht beseitigen, d.h. ihre Abfälle bzw. den Inhalt ihrer Klär- und Sickergruben nicht von offiziell zugelassenen GIE oder Vereinen bzw. Saugwagenunternehmen entsorgen lassen, liegt im fehlenden Sparvermögen, also der Schwierigkeit, Geld für die Inanspruchnahme dieser Dienstleistungen beiseite zu legen. Aus den Aussagen in den Interviews zeigt sich, dass mehrere Aspekte zum Tragen kommen: Erstens wird ersichtlich, dass die Haushaltsvorstände mit unregelmäßigen und geringen Einkommen alleine nicht in der Lage sind, für die grundlegenden Bedürfnisse wie Ernährung, Gesundheit oder Bildung ihrer Frauen und Kinder aufzukommen. Viele männliche Haushaltsvorstände sind für ihren Lebensunterhalt daher nicht nur auf die Erwerbstätigkeit ihrer Frau/en, sondern auch auf die finanzielle Unterstützung ihrer Verwandten angewiesen. Zweitens spielt der Wohnort eine entscheidende Rolle, welche Kosten für eine Familie anfallen.

Exemplarisch, sozusagen im Sinne einer »extended case method«, sollen im Folgenden die Einnahmen und Ausgaben zweier Familien in Ouagadougou einander gegenübergestellt werden, wobei ich am Anfang das Budget der jeweils neun Familienmitglieder zählenden Haushalte präsentieren möchte (siehe Abbildung 5).

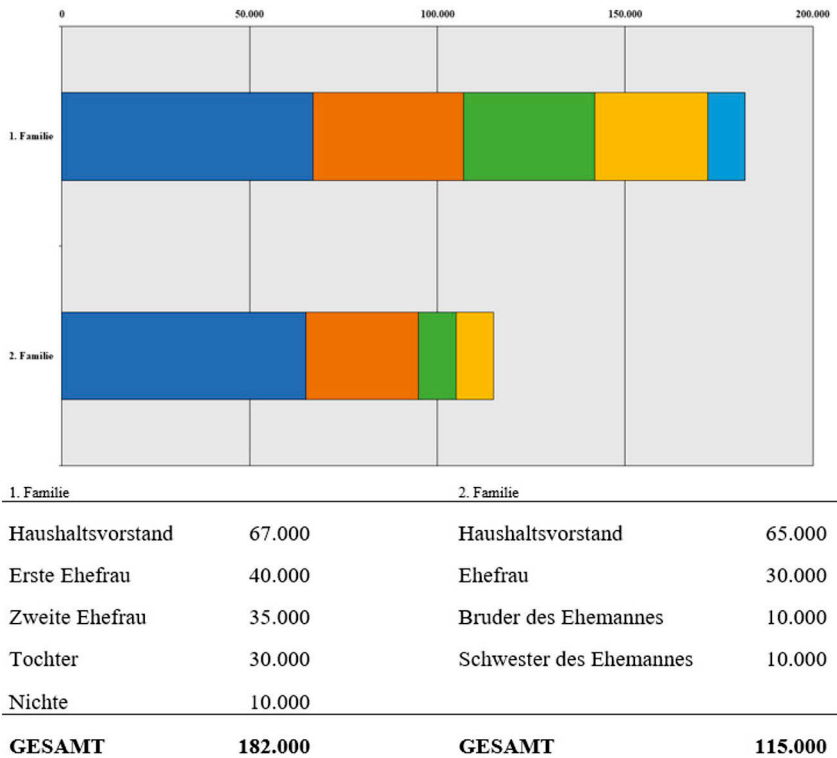
Die erste Familie lebt in einem Mietverhältnis im zentrumsnahen Stadtviertel Gounghin in Ouagadougou und setzt sich aus dem Haushaltsvorstand, seinen beiden Ehefrauen, einer Tochter und ihrem Kind, einem Sohn, einer Nichte und ihrem Kind sowie einer Adoptivtochter zusammen. Der Haushaltsvorstand stammt ursprünglich aus der Region Bobo-Dioulasso im Süden von Burkina Faso, lebt aber bereits seit über dreißig Jahren in Ouagadougou. Als sein Vater verstarb, erbte er als einziger männlicher Nachkomme das Grundstück im Dorf und war seitdem gezwungen, den Acker während der Regenzeit zu bestellen. Die Tätigkeit als Händler, die er zuvor in Ouagadougou ausgeübt hatte, hatte er deshalb aufgegeben. Heute lebt er ausschließlich vom Verkauf von Baumwolle, Mangos und Papaya. Seine jährlichen Einnahmen vom Verkauf der Agrarprodukte schätzt er auf knapp 800.000 CFA. Die beiden Ehefrauen stammen ebenfalls aus der Region Bobo-Dioulasso. Während der Regenzeit verrichten sie zeitweise gemeinsam mit ihrem Mann die Feldarbeit im Dorf. In der trockenen Jahreszeit leben sie durchgehend in Ouagadougou und verdienen dort ihr Geld durch den Verkauf von traditionellen Medikamenten bzw. Gemüse und Saucenzutaten am Markt. Die erste Ehefrau hat vier Töchter, wobei drei der Töchter bereits verheiratet sind und im Haushalt ihrer Ehemänner in Ouagadougou leben. Die jüngste Tochter betreibt ein kleines Restaurant, wohnt aber mit ihrem unehelichen Kind noch im elterlichen Haushalt. Die zweite Ehefrau hat eine Tochter und drei Söhne, wobei nur der jüngste

Sohn, der noch zur Schule geht, noch im Haushalt lebt. Die Tochter ist verheiratet und lebt bei ihrem Mann; die zwei anderen Söhne sind noch Junggesellen, haben sich aber im selben Stadtviertel ein Zimmer gemietet und wohnen nicht mehr im elterlichen Haushalt. Im 9-köpfigen Haushalt lebt noch eine Nichte mit ihrem Kleinkind, welche zurzeit keiner Beschäftigung nachgeht, jedoch gelegentlich finanzielle Unterstützung vom Vater ihres unehelichen Kindes erhält. Schließlich gibt es noch ein junges blindes Mädchen, welches die zweite Ehefrau bei sich aufgenommen hat und die sie als Tochter bezeichnet. Dieses Mädchen besucht eine Schule für Blinde und Sehbehinderte im Viertel und unterstützt die zweite Ehefrau bei der Hausarbeit. In dieser 9-köpfigen Familie in Gounghin leben also fünf Erwachsene, wovon vier erwerbstätig sind, und vier Kinder bzw. Jugendliche. Die durchschnittlichen monatlichen Einnahmen des Haushalts belaufen sich auf ca. 182.000 CFA.

Die zweite Familie, die sich ebenfalls aus neun Mitgliedern zusammensetzt, lebt im informellen Viertel Zongo am Rande von Ouagadougou. Die Familie besteht aus dem Haushaltsvorstand, seiner Frau, vier gemeinsamen Söhnen, einem Bruder des Ehemanns sowie einer Schwester des Ehemanns und ihrem Kind. Auch hier stammt das Ehepaar aus der Region Bobo-Dioulasso, lebt jedoch seit über zwanzig Jahren in Ouagadougou. Der Haushaltsvorstand ist Musiker und hat kein regelmäßiges monatliches Einkommen, sondern Einnahmen, die je nach Auftragslage zwischen 30.000 und 100.000 CFA schwanken. Seine Ehefrau betätigt sich als Köchin bei Hochzeiten und Taufen und bekommt dafür etwas Geld. Die vier Söhne des Ehepaares gehen alle noch zur Schule. Der Bruder und die Schwester des Haushaltsvorstandes, die ebenfalls im Haushalt leben, verdienen mithilfe von Gelegenheitsjobs etwas Geld bzw. erhalten finanzielle Unterstützung vom Vater des unehelichen Kleinkindes. In dieser 9-köpfigen Familie leben also vier Erwachsene, wovon drei erwerbstätig sind, und fünf Kinder. Die durchschnittlichen monatlichen Einnahmen in diesem Haushalt können auf 115.000 CFA geschätzt werden.

Aus dieser Gegenüberstellung wird erkenntlich, dass das Haushaltseinkommen der ersten Familien signifikant höher als jenes der zweiten Familie ist. Dies liegt wie bereits erwähnt an der Familienstruktur, d.h. dass die Anzahl der erwerbstätigen Personen in einem Haushalt eine große Rolle für das Gesamteinkommen spielt. Um aus dieser Aufstellung des Haushaltsbudgets Schlüsse ziehen zu können, ist es jedoch erforderlich, diese in Bezug auf die Haushaltsausgaben darzustellen. Deshalb sollen im Folgenden die monatlichen Ausgaben der zwei Haushalte einander gegenübergestellt werden (siehe Abbildung 6). Die gesamten monatlichen Ausgaben der ersten Familie belaufen sich hier auf 214.000 CFA, die Ausgaben der zweiten Familie auf 129.000 CFA. Der größte Ausgabenposten in beiden Haushalten stellt die Ernährung dar, die über vierzig Prozent der gesamten Ausgaben ausmacht. Im zweiten Haushalt wird nur einmal täglich gekocht, weshalb die Ausgaben für die Ernährung und für das Brennholz deutlich niedriger liegen als im ersten Haushalt. Aufgrund der geringeren Haushaltseinnahmen machen die Ausgaben für Ernährung dennoch in diesem Fall die Hälfte des Haushaltsbudgets aus. Für die erste Familie im zentrumsnahen Stadtviertel stellt die monatliche Miete den zweithöchsten Kostenfaktor dar, während der Familie im informellen Viertel keine Kosten für das Wohnen entstehen, weil sie ihr Grundstück nach dem Wohnheitsrecht erstanden haben und keine Miete bezahlen müssen. Im Hin-

Abbildung 5: Monatliche Einnahmen-Bilanz von zwei 9-Personen Haushalten in Ouagadougou (in CFA)



blick auf die restlichen Kosten sind die Ausgaben von beiden Haushalten vergleichbar. Die erste Familie zeichnet sich durch geringfügig höhere Kosten in den Bereichen Verkehr, sonstige Ausgaben, Kommunikation und Geschenke aus. Die höheren Ausgaben im Bereich Verkehr können dadurch erklärt werden, dass außer dem Motorrad, das dem Haushaltsvorstand gehört, auch öffentliche Verkehrsmittel wie Busse und Taxis von den beiden Ehefrauen und den anderen erwachsenen Personen im Rahmen ihrer Erwerbstätigkeit genutzt werden. In der zweiten Familie hingegen, wo es ebenfalls nur ein Motorrad gibt, nutzt nur die Frau des Haushaltsvorstandes öffentliche Verkehrsmittel, wenn sie als Köchin zu einer Festveranstaltung gerufen wird. Die Schwester des Mannes verbringt mit ihrem Kleinkind den Tag gewöhnlich zu Hause, die Kinder legen ihren Schulweg zu Fuß zurück und der Bruder des Mannes besitzt ein Fahrrad, mit welchem er in die Stadt fahren kann. Die höheren Ausgaben der ersten Familie in den Bereichen Kommunikation, Geschenke und sonstige Ausgaben, worunter die Körperpflege, Wasch- und Putzmittel, Batterien für Taschenlampen u.Ä. fallen, resultieren daraus, dass es in diesem Haushalt mehr Erwachsene und auch mehr Frauen gibt, die bestimmte Dienstleistungen wie Friseurinnen in Anspruch nehmen. Für die zweite Familie entstehen im Gegensatz zur ersten keine Ausgaben für die Abfallentsorgung, da

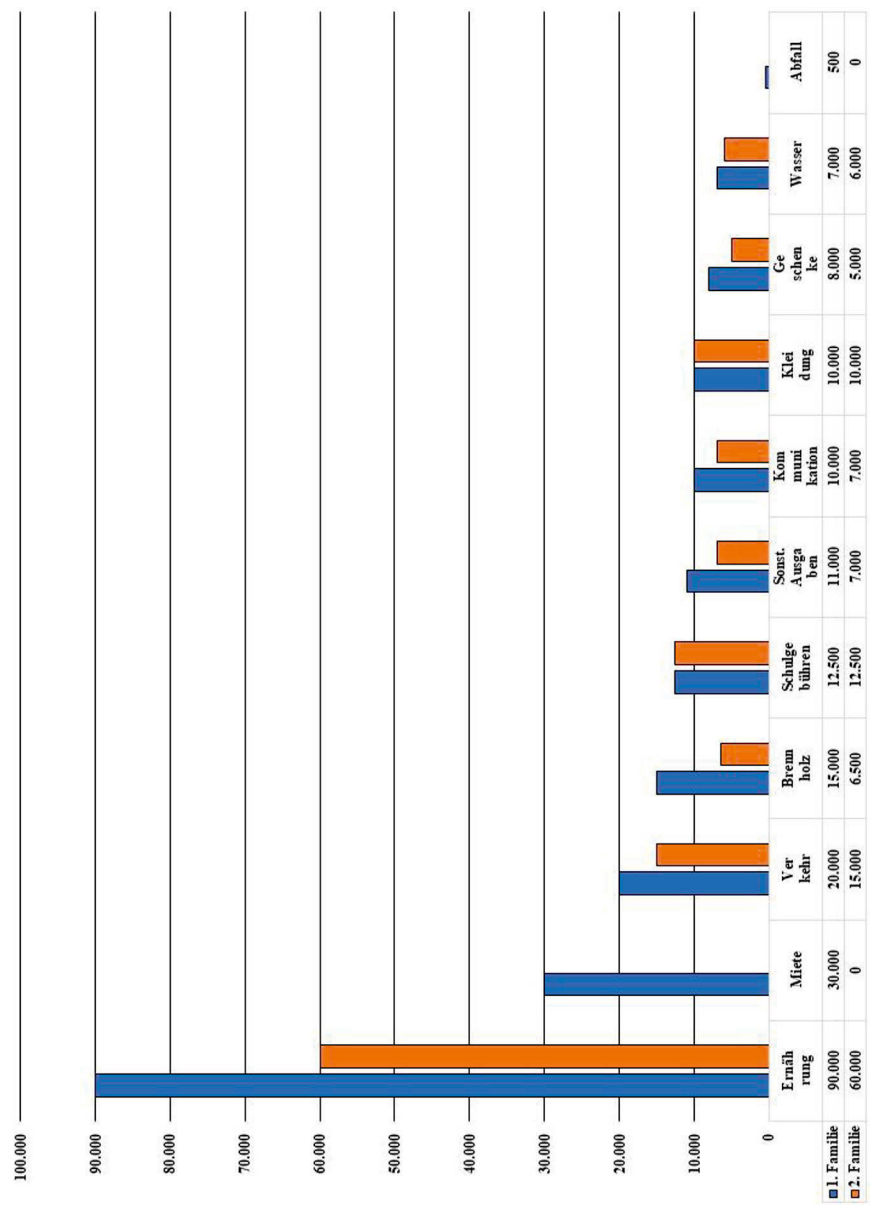
es im informellen Viertel keine Abfallsammlung gibt. Die Kosten für die Entleerung der Klärgrube wurden in der Darstellung nicht berücksichtigt, da diese Kosten nicht regelmäßig anfallen. Aber auch hier gilt, dass für die zweite Familie keine Kosten entstehen, denn wenn die Klärgrube voll ist, wird sie einfach zugeschüttet und daneben eine neue Toilette mit Klärgrube errichtet.

In beiden Familien übersteigen die durchschnittlichen monatlichen Ausgaben die Einnahmen. Das Haushaltsdefizit im ersten Haushalt beläuft sich auf ca. 32.000 CFA, im zweiten Haushalt auf ca. 14.000 CFA. Die erste Familie erhält regelmäßig Geld von den erwachsenen Kindern – vier verheiratete Töchter und zwei ledige Söhne –, die nicht mehr im Haushalt leben. Auch ein Neffe, der in der Nachbarschaft lebt, trägt von Zeit zu Zeit zum Haushaltsbudget bei. Die zweite Familie ist von der Unterstützung des älteren Bruders des Haushaltsvorstandes abhängig, um den Lebensunterhalt sicherstellen zu können. Dieser lebt mit seiner Familie im benachbarten, allerdings bereits erschlossenen Stadtviertel Rimkieta. Seine Frau kocht täglich das Mittagessen für beide Familien, wodurch sich für die Familie im informellen Viertel die Kosten für die Ernährung und das Brennholz reduzieren. Außerdem erhält die Familie Tankgutscheine vom älteren Bruder des Haushaltsvorstandes, der als Chauffeur für ein Ministerium arbeitet.

Diese beiden Beispiele helfen die grundlegenden finanziellen Schwierigkeiten ärmerer Familien zu erfassen. Die Verdienste sind wegen der Art der Erwerbstätigkeit niedrig und oft arbeiten die Menschen nur saisonal bzw. unregelmäßig. Die täglichen Einnahmen werden meist sofort wieder für den Kauf von Nahrungsmitteln oder für andere gerade anfallende Bedürfnisse ausgegeben. Was besonders ins Auge fällt, ist, dass der Handlungsspielraum ärmerer Haushalte beschränkt ist. Unvorhergesehene Ereignisse stellen die Familien vor große Herausforderungen. Wenn Arztkosten oder Ausgaben für Fahrzeugreparaturen anfallen, werden die verfügbaren Mittel dafür verwendet. Am Monatsende kann es dann zu Zahlungsengpässen bei der Miete oder anderen Fixkosten kommen. Auch familiäre Verpflichtungen sind häufig dafür verantwortlich, dass kein Geld zur Seite gelegt werden kann und dies kann zu paradoxen Situationen führen. So passiert es manchmal – wie mir in einem Interview (36. Experteninterview) berichtet wurde –, dass man einem Verwandten Geld für Medikamente leihen muss, was dazu führt, dass man am Ende des Monats gezwungen ist, selber von einem anderen Verwandten oder Bekannten Geld auszuborgen, damit man die Miete bezahlen kann.

Das fehlende Sparvermögen hat auch umweltrelevante Auswirkungen. Im Stadtviertel Banconi in Bamako wurde mir berichtet, wie z.B. die Haushalte Anfang der 2000er Jahre angehalten waren, ihren Errichtungsbeitrag zum dezentralen Abwassersystem einmal im Monat zu einer Mikrofinanzinstitution zu bringen. Aufgrund der eingeschränkten Öffnungszeiten kam es immer wieder vor, dass die Beiträge nicht am selben Tag einbezahlt werden konnten und die Haushaltsvorstände das Geld wieder mit nach Hause nehmen mussten. Das führte dazu, dass das Geld bisweilen für andere Ausgaben aufgewendet worden und am nächsten Tag nicht mehr genug Geld vorhanden gewesen sei (20. Experteninterview)²³.

Abbildung 6: Monatliche Ausgaben-Bilanz von zwei 9-Personen Haushalten in Ouagadougou (in CFA)



Fehlende Ersparnisse sind auch dann ein Problem, wenn die Klär- und Sickergruben voll sind und entleert werden müssten. Eine meiner Fragen in den Einzelinterviews mit den Haushalten zielte darauf ab, zu erfahren, wie Haushalte den Inhalt der Klär- und Sickergruben entsorgen. Ich fragte demnach, was der Haushalt machen würde, wenn

die Klärgrube der Toilette voll sei. Die Antwort war in manchen Fällen so prägnant wie einfach:

»Wenn die Klärgrube voll ist, gibt es die Saugwägen. Wenn Geld vorhanden ist, rufen wir sie. Sie kommen um die Grube auszuheben. Wenn kein Geld vorhanden ist, heben wir die Grube aus. Draußen vor dem Hof graben wir ein Loch und schütten den Inhalt hinein. Es ist alles eine Frage des Geldes«. (6. Einzelinterview)²⁴

Für die Art und Weise der Entleerung der Klärgrube entscheidet einzig und allein das gerade zur Verfügung stehende Geld. Wenn die finanziellen Mittel nicht ausreichen, um einen Saugwagen zu bezahlen (Kostenpunkt sind mindestens 25.000 CFA), werden Arbeiter gerufen, die mit einem Kübel ausgestattet die Sickergrube manuell entleeren. Um weitere Kosten zu sparen, wird der Inhalt der Klärgrube oft nicht wegtransportiert, sondern unmittelbar entlang der Außenmauer des Hofes entsorgt. In den meisten Fällen wird dort eine Grube gegraben, der Inhalt der Klärgrube hineingeleert und die Grube wieder zugeschüttet. Diese Arbeit kann mehrere Stunden in Anspruch nehmen und je nachdem wie viele Arbeiter bei der Entleerung der Klärgrube beteiligt sind, können die Kosten bis zu maximal 15.000 CFA ausmachen. Am günstigsten (ca. 10.000 CFA) wird es für den Haushalt, wenn die Arbeiter den Inhalt der Klärgrube einfach auf den Boden entlang der Außenmauer des Hofes entleeren. Dies wird meist nur in der Regenzeit und nach Einbruch der Dunkelheit praktiziert, wenn der Regen den Klärschlamm wegspült und sozusagen alle Spuren verwischt. In den Interviews in Ouagadougou wurde wiederholt darauf hingewiesen, dass diese Praxis nach wie vor existiere. Dadurch, dass ich mich während der Regenzeit nicht in Ouagadougou aufhielt, konnte ich die Angaben nicht selbst überprüfen. Allerdings konnte ich immer wieder – u.a. in meiner direkten Wohnumgebung in Gounghin – beobachten, dass Klärgruben entleert und der Inhalt am Straßenrand in einer eigens dafür gegrabenen Grube verscharrt worden waren. Die BewohnerInnen der angrenzenden Höfe akzeptierten dies scheinbar, solange diese Art der Entsorgung wenig sichtbar und mit keiner Geruchsbelästigung einhergeht. Die informellen Dienstleister in der Klärgrubenentleerung bieten aus diesem Grund ein maßgeschneidertes Service, um den finanziellen Mitteln der Haushalte gerecht zu werden. Die Bezahlung in Form von Ratenzahlungen ist ein Zahlungsmodell, welches hier zu erwähnen ist. Für den Kauf von Kleidung, Schuhen, Seife oder Hautcreme ist das Prinzip beispielsweise weit verbreitet. Die KäuferInnen erhalten sofort nach Anzahlung die gewünschte Ware und müssen sie in Folge in täglichen Raten von 50 oder 100 CFA abbezahlen. Auch im Bereich der Klär- und Sickergrubenentleerung gibt es von Seiten der informellen Dienstleister – wie mir in einem Interview berichtet wurde – den Versuch, sich eine solche Strategie zu eigen zu machen. So hat ein Mitarbeiter des Interessensverbandes der informellen Dienstleister, welche Klärgruben manuell, d.h. mit Schaufeln und Kübeln, entleeren, den Versuch einer monatlichen Ratenzahlung gestartet. Auf dieser Grundlage sollten auch Haushalte mit relativ begrenzten finanziellen Mitteln die Dienstleistung in Anspruch nehmen können. Er erzählte mir, dass der Versuch nach einiger Zeit jedoch wieder eingestellt wurde, da die Haushalte mit der Ratenzahlung erst dann begonnen hätten, als die Klärgrube bereits fast voll war. Nachdem

die Grube entleert worden sei, hätten sie keinerlei Interesse gezeigt, die ausstehenden Raten für die erbrachte Dienstleistung zu bezahlen (34. Experteninterview)²⁵.

Auch am Beispiel des dezentralen Abwassersystems in Banconi (Bamako) konnte dieses Problem beobachtet werden. Die Haushalte waren nach der Fertigstellung des Systems aufgefordert worden, einen monatlichen Instandhaltungsbeitrag zu leisten. Dies sollte alle eventuellen Reparatur- und Wartungskosten abdecken. Die Haushalte waren allerdings, wie mir von mehreren InterviewpartnerInnen bestätigt wurde, nicht bereit, den Betrag zu bezahlen. Der Leiter der GIE in dem Viertel berichtete, dass die Haushalte das Betriebskomitee nur rufen würden, wenn es ein akutes Problem gebe, wenn also beispielsweise ein Rohr blockiert sei und das Abwasser im Hof rückstau und überlaufe. In diesem Fall seien die Haushalte bereit, für die Arbeit des Betriebskomitees zu bezahlen. Grundlegende Wartungsarbeiten seien aufgrund der ausstehenden Instandhaltungsbeiträge jedoch nie durchgeführt worden, was dazu geführt habe, dass das System heute in einigen Abschnitten nicht mehr funktioniere (21. Experteninterview).

7.2.5. Familiäre Unterstützung

In Mali und Burkina Faso lebten die Menschen in den Dörfern traditionellerweise in Großfamilien, die mehrere Generationen zählten. Der älteste Mann in einer solchen Großfamilie galt als Familienoberhaupt, d.h. er trug die Entscheidungsmacht und lenkte die Geschicke der Familie. Im Zuge der Abwanderung in die Städte und des Wandels des Lebensstils im urbanen Umfeld änderte sich die Zusammensetzung der Familien. In Bamako lebt laut einer statistischen Erhebung aus dem Jahr 2008 über die Hälfte der BewohnerInnen in Großfamilien, während dies in Ouagadougou nur mehr für knapp 39 Prozent der Menschen zutrifft. Immerhin 26 bzw. 29 Prozent der StadtbewohnerInnen leben nun in Kleinfamilien, die sich aus einem Elternpaar und den Kindern zusammensetzen. Andere Wohnformen wie Singlehaushalte, kinderlose Paare oder Haushalte, die von alleinerziehenden Elternteilen geführt werden, sind in beiden Städten selten anzutreffen (Larmarange et al. 2014). Im Folgenden setze ich mich mit den Kleinfamilien in Bamako und Ouagadougou auseinander, da die Frauen der Haushaltsvorstände solcher Familien in meinen Interviews öfters Kritik daran übten, dass die Ehemänner ihren finanziellen Verpflichtungen nicht nachkommen würden. Die Rechte und Pflichten von Ehefrauen und Ehemännern werden, wie ich es selbst bei einer zivilrechtlichen Trauung in Bamako beobachten konnte, dem Ehepaar und den anwesenden Angehörigen am Gemeindeamt vorgelesen. Hier wird wie im Ehegesetz »Code du mariage et de la tutell« (Loi N°62-17 AN-RM du 3 février 1962; Art. 34) vorgesehen, betont, dass der Ehemann die Rolle des Haushaltsvorstandes einnimmt und die Ausgaben des Haushalts hauptsächlich ihm zufallen. Die Zuweisung der finanziellen Hauptlast an den männlichen Haushaltsvorstand entspricht auch nach wie vor den gesellschaftlichen Konventionen. So weist die burkinische Soziologin Fatoumata Kinda (1987) darauf hin, dass die Ehemänner für die Ernährung, die Unterbringung der Familienmitglieder und die Be-

25 Anhang 3: 23. Zitat

kleidung der Kinder verantwortlich seien. Frauen sei es freigestellt, ihr selbst verdientes Geld für Bekleidung oder weitere eigene Bedürfnisse zu verwenden.

Die schwierigen wirtschaftlichen Bedingungen in der Stadt, das heißt die extrem hohe Arbeitslosigkeit und instabile, gering bezahlte Beschäftigungen sowie gleichzeitig teure Lebenshaltungskosten, führen heute dazu, dass die Männer nicht mehr in der Lage sind, ihre Familien als Alleinverdiener zu versorgen, wie dies bereits im vorhergehenden Kapitel veranschaulicht wurde. In vielen Interviews in Bamako erwähnten die Frauen, dass ihr Einkommen für Ernährung, Wasser, Schulgebühren oder die medizinische Versorgung – alles Bereiche, die früher dem Mann zugeschrieben wurden – verwendet wird. So würden die männlichen Haushaltsvorstände keinen Beitrag zur Schulbildung der Kinder leisten und würden sich die Frauen nicht darum kümmern, würde die Ausbildung der Kinder auf der Strecke bleiben (4. Einzelinterview, 1. Fokusgruppeninterview). In einem Fokusgruppeninterview mit den Mitgliedern einer Frauenvereinigung im Stadtviertel Yirimadio in Bamako meinten mehrere Frauen, dass sie sich im Hinblick auf die Gesundheitsversorgung der Kinder nicht an ihre Männer wenden würden, denn diese seien weder bereit, Geld für Kleidung noch für den Schulbesuch zur Verfügung zu stellen. Eine Frau fügte hinzu, dass sie sogar das Geld für Waschmittel selbst auftreiben müsste. Ihr Mann würde kein Verständnis dafür zeigen, wenn seine Kleidung wegen der sparsamen Verwendung von Waschmittel nicht »ordentlich« gewaschen sei. In solchen Fällen komme es auch vor, dass sie von ihm geschlagen wird (3. Fokusgruppeninterview).

Besonders häufig wurde mir im Zuge von Fokusgruppeninterviews in Bamako und in Ouagadougou berichtet, dass Frauen zum Kauf von Nahrungsmitteln beitragen müssen. Gewöhnlich kaufen die Haushaltsvorstände – sofern sie es sich leisten können – 50 kg Säcke mit Reis, Mais oder Hirse, wovon der Haushalt je nach Anzahl der Familienmitglieder einige Wochen lang ernährt werden kann. Die Frauen erhalten zusätzlich täglich eine kleine Summe an Geld, den so genannten »nasongo« (Preis für die Sauenzutaten), mit der sie am Markt einkaufen und Mahlzeiten zubereiten können. Im Gespräch mit den Mitgliedern einer Tontine in Magnambougou in Bamako wurde mir gegenüber erwähnt, dass das von den Männern entrichtete Haushaltsgeld nicht ausreichend sei:

»Die Männer geben uns das Geld, damit wir Lebensmittel für die Sauce kaufen gehen können. Manche geben täglich 500 CFA, manche 1000 CFA. Wenn du nicht von deinem Geld etwas hinzufügst, reicht das nicht für den Einkauf. Damit kann man nichts zum Essen zubereiten«. (1. Fokusgruppeninterview)²⁶

Die unregelmäßigen Einnahmen der Männer bedingen in den meisten Fällen, dass die Frauen die Haushaltsausgaben nicht planen können. Insbesondere für das häusliche Mittagessen, das meistens nur von den Frauen und den Kindern gemeinsam eingenommen wird, fühle sich der Mann oft nicht verantwortlich, da er selbst nicht zu Hause sei. Die Männer würden das Haus gewöhnlich in der Früh verlassen und erst am Abend wieder heimkehren. Am Abend werde von der Frau erwartet, dass sie eine Mahlzeit

26 Anhang 3: 24. Zitat

zubereitet hat, egal ob sie nun das erforderliche Haushaltsgeld von ihrem Mann erhalten hat oder nicht (6. Fokusgruppeninterview)²⁷. Wie beständig dieses Problem ist, zeigte ein Fokusgruppeninterview im informellen Viertel Sandogo in Ouagadougou, in welchem die Frauen darauf hinwiesen, dass die Frau des Pfarrers die einzige Frau im Viertel sei, die täglich Geld von ihrem Mann erhalte. Sie gehöre demnach zu einer privilegierten Schicht, die keinen einzigen Tag ohne Haushaltsgeld auskommen müsse (5. Fokusgruppeninterview)²⁸.

Frauen, die keinerlei Einnahmen haben, befinden sich in einer besonders prekären Lage. Im Gespräch mit mehreren jüngeren Frauen im informellen Viertel Karpala in Ouagadougou schilderten mir Frauen, wie sie mit dieser Situation umgehen würden. Die Frauen berichteten, dass sie ebenso wie ihre Männer in Dörfern etwa fünfzig Kilometer nördlich von Ouagadougou gelebt und dort Landwirtschaft betrieben hatten. Aufgrund der wiederkehrenden Ernteausfälle hätten ihre Männer in Ouagadougou Arbeit gesucht. Sie selbst wären ihren Männern gefolgt und lebten nun schon seit durchschnittlich sechs Jahren in Ouagadougou. Die Männer, die heute als Wächter, Maurer, Fleischhauer oder Schweißer arbeiteten, wären allerdings kaum imstande, ihre Familien zu ernähren. Eine Frau brachte diese Tatsache mit dem Satz: »Le mari là, comme ça travaille pas, là, il n'a pas l'argent pour donner«, also der Mann könne ihr kein Geld geben, da es zu wenige Aufträge gebe, auf den Punkt. Im Laufe dieses Gruppeninterviews wurden unterschiedliche Alltagsprobleme als Folge von Geldknappheit thematisiert: Meistens würden die Familien das Essen von einer Garküche holen, an manchen Tagen sei jedoch kein Geld vorhanden, um Essen zu kaufen. Während die Erwachsenen oft hungrig zu Bett gehen müssten, würden die Kinder eine kostenlose Mahlzeit von den Garküchenbetreiberinnen erhalten. Wenn die Frauen in den darauffolgenden Tagen wieder etwas Geld hätten, würden sie die Schulden begleichen (8. Fokusgruppeninterview).

Die Ungewissheit, ob und wie viel Geld der Mann für die Bedürfnisse der Familie zur Verfügung stellen kann, regt viele Frauen dazu an, ein kleines eigenes Einkommen zu erzielen. Die zunehmende Erwerbstätigkeit der Frauen führt im Gegenzug dazu, dass sich die Männer nicht mehr für alle Haushaltsausgaben verantwortlich fühlen und versuchen würden – wie mir immer wieder berichtet wurde –, einen Teil der Ausgaben auf die Frau abzuwälzen (37. Experteninterview)²⁹. Die Frauen sind jedoch nicht bereit, sich an allen Haushaltsausgaben zu beteiligen bzw. diese zur Gänze zu tragen. Insbesondere die Ausgabenposten, die nicht die Ernährung, die medizinische Versorgung oder die Kinder betreffen, werden von den Frauen generell nicht übernommen. Hierzu zählen u.a. die Kosten für die Abfall- und Abwasserentsorgung sowie für Instandhaltungsarbeiten von sanitären Anlagen. In den Interviews, die ich mit Frauen geführt habe, wurde mehrmals zur Sprache gebracht, dass der Ehemann nicht das notwendige Geld für die Abfallsammlung bereitstellen würde. Eine Frau im zentrumsnahen Viertel Nonsingh in Ouagadougou, die durch den Verkauf von Damaststoffen und Seife eigenes Geld verdient, meinte, dass diese Kosten nicht in ihrem Zuständigkeitsbereich lägen

27 Anhang 3: 25. Zitat

28 Anhang 3: 26. Zitat

29 Anhang 3: 27. Zitat

und sie den Abfall deshalb verbrennen würde anstatt die Abfallsammelgebühr von 500 CFA pro Monat selbst zu bezahlen (13. Einzelinterview). Dasselbe gilt für defekte sanitäre Anlagen, bei denen Reparaturen nötig sind. Nur in denjenigen Familien, die von einem weiblichen Haushaltsvorstand geführt wurden, wo also der Mann entweder verstorben oder abwesend war, wurde mir berichtet, dass die Frauen zur Instandsetzung von Sickergruben beigetragen hatten (8. Einzelinterview, 21. Einzelinterview).

In der traditionellen Gesellschaft war aufgrund des Senioritätsprinzips der Status als Haushaltsvorstand nicht an den finanziellen Beitrag zum Haushaltseinkommen gekoppelt. Vielmehr erhielt das Familienoberhaupt die gesamten Einnahmen der Familienmitglieder und verteilte sie dann wieder auf die einzelnen Ausgabenposten und die anspruchsberechtigten Personen. So blieben auch ältere männliche Haushaltsvorstände, die selbst nicht mehr erwerbstätig waren und auch keine Pension bezogen, diejenigen, welche das Geld verwalteten und die Entscheidungen in der Familie fällten (Rosenmayr 1988). In den Städten, wo sich die Familienstrukturen geändert haben und viele junge Männer mit ihrer Familie das Elternhaus verlassen um einen eigenen Haushalt zu gründen, funktioniert dieses System der Umverteilung häufig nicht mehr. Dazu kommt, dass die zunehmend schwierigeren wirtschaftlichen Lebensbedingungen in der Stadt dazu führen, dass den jüngeren Generationen selbst wenig Geld zur Verfügung steht. Die beidseitigen Verpflichtungen, sowohl den Eltern als auch den eigenen schulpflichtigen Kindern gegenüber, übersteigen oft das finanzielle Vermögen dieser Menschen. Die älteren Personen können sich heute nicht mehr sicher sein, dass ihre Kinder in schwierigen Zeiten in der Lage sind, ihnen Unterstützung zu bieten (siehe ebd.). So meinte ein älterer Mann, dass er seinen erwachsenen Sohn, der in einem anderen Stadtviertel von Ouagadougou wohnt, um finanziellen Beistand bitten würde, wenn er für einen gewissen Zweck eine größere Summe an Geld benötige. Es sei möglich, dass er das Geld erhalte, aber es sei auch möglich, dass er auf später vertröstet werde, wenn der Sohn selbst kein Geld zur Verfügung hat (7. Einzelinterview)³⁰.

Älteren verwitweten Frauen wird aufgrund von mangelnder Unterstützung durch die Kinder jede Verbesserung der Lebensbedingungen unmöglich gemacht. So berichtete mir eine alte Frau, welche im informellen Viertel Zongo in Ouagadougou lebt, von den Schwierigkeiten, sich ohne die finanzielle Absicherung durch das regelmäßige ausreichende Einkommen eines Ehemanns bzw. erwachsener Kinder selbst zu erhalten (25. Einzelinterview). Früher hätte sie Damaststoffe verkauft, allerdings wäre sie damit Pleite gegangen. Drei Jahre hätte sie sie aufgrund einer Krankheit kaum arbeiten können. Heute bereitet sie eine Art von Krapfen zu, die sie an die BewohnerInnen des Viertels verkauft. Davon könne sie mehr schlecht als recht leben. Ich hatte drei Tage bei ihr verbracht und konnte mir ein Bild von der prekären Lebenssituation machen. Das kleine Wohnhaus, das aus einem einzigen Raum bestand, die Außenmauer des Hofes und das Wellblechdach waren in schlechtem Zustand, sodass es nicht ausgeschlossen war, dass sie die nächste Regenzeit unbeschadet überstehen würden. Selbst die tönernen Wasserkrüge, die zum Aufbewahren von Trinkwasser dienen, waren mit Mörtel ausgebessert worden. Die alte Frau erzählte mir, dass ihr Sohn als Schneider in einer Näherei arbeite, aber dass sein Einkommen nicht ausreichen würde, um ihr zu helfen. Auch von ihrer

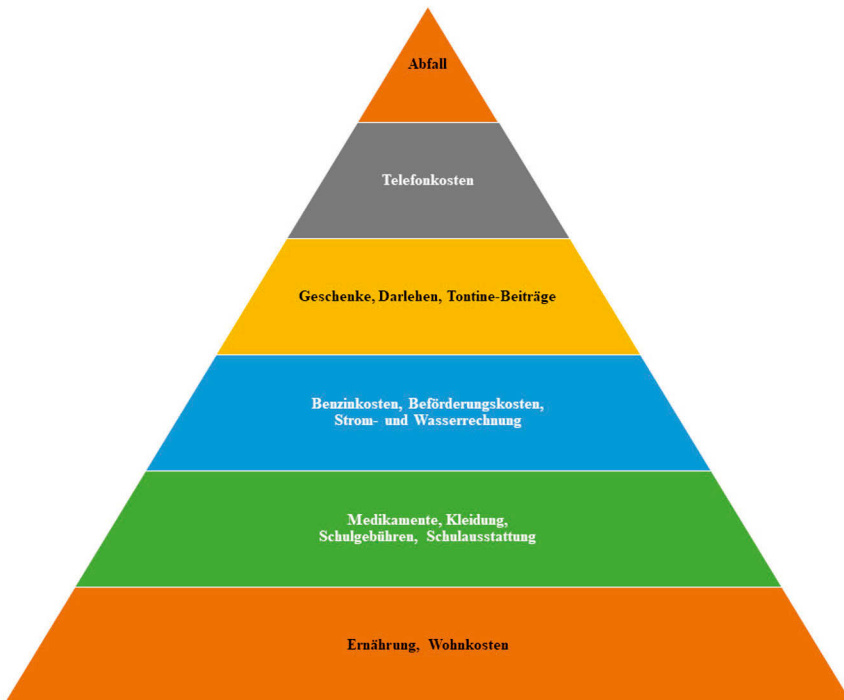
30 Anhang 3: 28. Zitat

älteren Tochter erwarte sie sich keine Unterstützung, da sie nach der Geburt des achten Kindes den ambulanten Verkauf von Schuhen eingestellt hätte. Die jüngere Tochter, die mit ihrem unehelichen Kleinkind im selben Haushalt lebt, arbeitet zeitweise als Friseurin. Die Einnahmen würden gerade ausreichen, um die Ernährung sicherzustellen, aber größere Investitionen wie die Errichtung eines zweiten Wohnhauses oder einer Toilette seien zurzeit aus finanziellen Gründen nicht möglich.

7.2.6. Prioritäten für die Verwendung des Haushaltseinkommens

Wie bereits dargestellt (siehe Abbildungen 5 und 6) lassen sich Ausgaben, die in einem Haushalt in der Stadt regelmäßig anfallen, wie z.B. im Bereich der Ernährung, des Wohnens, der Transporte, des Schulbesuchs, der Kleidung, des Brennholzes und des Wassers genau auflisten. Es soll nun der Versuch unternommen werden, die einzelnen Haushaltsausgaben in eine Rangfolge zu bringen. Anhand von Interviewaussagen und teilnehmender Beobachtung konnte ich feststellen, dass die Menschen in Bamako und Ouagadougou den jeweiligen Bereichen nicht dieselbe Wichtigkeit und Dringlichkeit zuschreiben. Die Analyse der empirischen Daten legt nahe, dass die Menschen aufgrund ihrer Bewertung die Ausgabenposten wie folgt reihen (siehe Abbildung 7).

Abbildung 7: Prioritätenpyramide laufender Haushaltsausgaben



Den Ausgangspunkt der Prioritätenpyramide bilden die Kosten für die Ernährung und das Wohnen. Darauf folgen die Kosten für die Gesundheitsversorgung, Kleidung

und die Schulbildung der Kinder. Anschließend finden sich die Ausgaben für den Transport sowie die private Strom- und Wasserversorgung. Danach folgen Kosten für Geschenke, Darlehen und Beiträge, die für die Mitgliedschaft in Vereinigungen wie z.B. in den Tontines zu bezahlen sind. An vorletzter Stelle finden sich die Ausgaben für Kommunikation, die hier prinzipiell die Ausgaben für die Handygebühren betreffen. Die Spitze der Pyramide bilden die Ausgaben für die Abfall- und Abwasserentsorgung.

Die Darstellung in Form einer Prioritätenpyramide erinnert an Maslows Bedürfnishierarchie (Maslow 1943), die physiologische Bedürfnisse vor Sicherheitsbedürfnisse, soziale Bedürfnisse, Individualbedürfnisse und Selbstverwirklichung stellt. Allerdings lässt sich die Reihung der Ausgabenposten nicht aufgrund der Unterscheidung zwischen materiellen und sozialen Bedürfnissen erklären, sondern beide Motivationen spielen auf jeder Ebene der Prioritätenpyramide eine Rolle. So betreffen die Ausgaben für den Bereich Ernährung und Wohnen zwar physische Bedürfnisse, aber die Ausgestaltung der Ausgaben spiegelt auch die diesbezüglichen gesellschaftlichen Werte wider. Umgekehrt könnte man bei den Ausgaben für das Telefonieren vermuten, dass die Kommunikation insbesondere dem Wunsch nach sozialen Kontakten entspringt. Allerdings hat das Telefon für jene Menschen, die für die Einkommensgenerierung von Aufträgen und Bestellungen abhängig sind, eine große wirtschaftliche Bedeutung. Aufgrund der unterschiedlichen Lebensbedingungen, die durch die Wohnverhältnisse, die Familienstruktur, die Art der Erwerbstätigkeit, aber auch das Alter und das Geschlecht gegeben sind, ist es schwierig, eine allgemeingültige Rangfolge an Prioritäten festzulegen. Dazu kommt, dass bestimmte Ausgabenposten wie z.B. die Kosten für Strom und einen privaten Wasseranschluss für Haushalte, welche in informellen Vierteln wohnen und daher keinen Zugang zu dieser Infrastruktur haben, nicht von Relevanz sind. Schließlich können Motivationen oftmals vielschichtig und komplex beschaffen sein und in spezifischen Situationen mehrere Bedürfnisse auch dieselbe Wichtigkeit einnehmen. Die Veranschaulichung in Form einer Prioritätenpyramide soll daher als Annäherung an die Entscheidungsgrundlagen von Menschen in Bamako und Ouagadougou verstanden werden.

Höchste Priorität: Ernährung und Wohnen

Die Ernährung

Die Ernährung macht – wie schon w.o. ausgeführt – für arme Familien nicht nur den größten Ausgabenposten aus, sondern sie hat naturgemäß auch die höchste Priorität. Dennoch sind manche Familien nicht in der Lage, regelmäßige und ausreichende Mahlzeiten für alle Familienmitglieder zu gewährleisten. Insbesondere in den informellen Vierteln habe ich Familien kennengelernt, deren finanzielle Mittel es den Erwachsenen nicht erlauben, mehr als eine warme Mahlzeit am Tag einzunehmen. Am Morgen erhalten nur die Kinder ein Frühstück, meistens einen Reis-, Mais- oder Hirsebrei. Zu Mittag werden die Reste der Abendmahlzeit von den Frauen und Kindern verspeist. Gekocht wird in diesen Familien erst am Abend, wenn auch der Haushaltsvorstand an der gemeinsamen Mahlzeit teilnimmt. Dieses Essverhalten wird »mort subite«, also plötzlicher Tod oder »Coup K.O.«, also K.O. Schlag genannt. Durch eine solche Mahlzeit, die darauf abzielt, die hungrigen Bäuche zu füllen, werden alle physischen Aktivitäten

eingeschränkt. Dadurch, dass in diesen Familien nur ein Mal am Tag gekocht wird, ersparen sie sich v.a. Brennholz und Wasser. Es muss nicht zwei Mal am Tag ein Feuer angefacht werden, um zu kochen und es muss nicht zwei Mal am Tag das Kochgeschirr gewaschen werden. Für viele arme Haushalte in den informellen Vierteln, die weder Zugang zu einem Wald noch zu ganzjährig verfügbarem kostenlosen Brunnenwasser haben, stellen die Kosten für Wasser und Brennholz zusätzliche Kosten dar. Auch wenn die Kosten für Brennholz im Vergleich zu anderen Ausgabenposten relativ gering sind – vier Äste Brennholz kosten zurzeit ca. 150 CFA – so sind sie für manche Familien schwer zu tragen. Eine ältere verwitwete Frau, die mit einer ihrer Töchter und fünf Enkelkindern im informellen Viertel Zongo in Ouagadougou lebt, meinte, dass diese Menge an Holz kaum ausreichen würde, um eine Mahlzeit gar zu kochen (11. Einzelinterview). Die sparsame Verwendung von Brennholz aufgrund der eingeschränkten finanziellen Mittel führt also dazu, dass die Qualität der Speisen abnimmt und bestimmte Speisen, die lange Garzeiten benötigen, nicht mehr gekocht werden.

In Burkina Faso hat die Regierung im Jahr 2011 Nahrungsmittelsubventionen nicht zuletzt aufgrund der seit 2008 anhaltenden Proteste der sozialen Bewegung „Coalition nationale de lutte contre la vie chère, la corruption, la fraude, l'impunité et pour les libertés« (»Nationale Koalition gegen das teure Leben, die Korruption, den Betrug, die Straflosigkeit und für die Freiheit«) eingeführt (siehe Engels 2014), sodass bedürftige Haushalte 50 kg Reis- oder Maissäcke um den halben Preis erwerben können. Ein Sack Reis konnte dank dieser Subventionierung um 6.000 CFA erworben werden. Dies ist sicher eine sinnvolle Maßnahme, um die Ernährungssicherheit der Familien zu verbessern, aber für manche Familien sind selbst die subventionierten Preise zu hoch. Die ärmsten Haushalte sind aufgrund fehlender Ersparnisse dazu gezwungen, kleine Mengen an Reis oder Mais täglich am Markt zu kaufen und damit im Endeffekt mehr Geld als wenn sie sich einen Vorrat zulegen könnten auszugeben (11. Einzelinterview). Dieses Problem findet sich nicht nur im Bereich der Ernährung, sondern trifft für eine Vielzahl an Gütern und Dienstleistungen zu. In Bamako haben Forschungen z.B. aufgezeigt, dass die Ausgaben für Trinkwasser für ärmere Familien deutlich höher als für wohlhabendere Familien sind. Dies lässt sich durch die unterschiedlichen Tarife für das Trinkwasser der öffentlichen Wasserentnahmestellen, wo die ärmeren Familien das Wasser täglich mit Kanistern holen, und das Trinkwasser der privaten Anschlüsse an die städtische Wasserleitung, die v.a. wohlhabendere Familien besitzen, erklären (siehe Lang 2002). In den informellen Vierteln sind die Familien in jedem Fall gezwungen, die höheren Tarife für das Wasser der öffentlichen Wasserentnahmestellen zu bezahlen, denn es gibt schlicht und einfach keine Wasserleitungen, an die man sich anschließen könnte.

Während in den informellen Vierteln die Ernährungssituation nicht zuletzt aufgrund der begrenzten Auswahl an lokal verfügbaren Lebensmitteln und der zum Teil großen Distanz zu Märkten recht schwierig ist, sind in den zentrumsnahen Stadtvierteln v.a. die finanziellen Mittel ausschlaggebend. Auch in diesen Vierteln sind viele Menschen nicht in der Lage, sich ausreichend und ausgewogen zu ernähren. Während meines Feldforschungsaufenthaltes in Ouagadougou konnte ich dies in dem Gehöft, das an den Hof meiner Gastfamilie angrenzte, immer wieder beobachten. Ein Ehepaar, das mit seinen fünf Kindern dort lebte, war scheinbar recht arm, denn die Frau, die mit

den Kleinkindern den ganzen Tag über zu Hause war, kochte nur sehr unregelmäßig. Während im Hof meiner Gastfamilie täglich ihre und auch meine Mahlzeiten gekocht wurden, blieb die Kochstelle dieser Familie oft unbenutzt. Öfters sah ich die Kinder mit kleinen Tellern ausgestattet, um von den Garküchen, die es in den zentrumsnahen Stadtvierteln überall neben dem Straßenrand gibt, Essen zu holen. Einige Male kam es auch vor, dass mich eines der Kinder um Geld bat, damit es sich etwas zu Essen kaufen konnte. Dass die Eltern der Kinder dies zuließen, zeigt, dass sie wirklich verzweifelt gewesen sein mussten, denn es waren keine Süßigkeiten oder sonstige kleine Geschenke, um die mich die Kinder baten, sondern wirklich das Geld für eine Mahlzeit.

Ein Soziologe an der Universität in Ouagadougou bestätigte meine Annahme, wonach die Ernährungssicherheit eine Herausforderung für arme Familien in der Stadt darstellt. Mittlerweile gebe es in Ouagadougou viele Familien, die gar keine eigene Küche mehr besitzen würden. Alle Haushaltsmitglieder würden mit ein wenig Kleingeld Essen bei den Garküchen besorgen und getrennt voneinander essen. Dies sei für die Familien günstiger als die gesamten Essenszutaten und das Brennholz zu kaufen und selbst zu kochen. Angesichts der traditionellen Bedeutung des Herds für den Zusammenhalt der Familie habe diese Entwicklung jedoch Auswirkungen, die über das Materielle hinausgehen (37. Experteninterview)³¹. Der burkinische Soziologe sprach hier einen wichtigen Punkt an, denn das gemeinsame Essen, zumindest am Abend, stärkt die Familienzugehörigkeit und vermittelt ein Gefühl der Sicherheit. Wenn jede/r unabhängig von den anderen isst, dann fehlen nicht nur Momente der Intimität und des Austauschs, sondern der Haushaltsvorstand büßt dadurch auch an Autorität und Respekt ein. Garküchen sind im urbanen Raum unverzichtbar geworden, denn sie bieten jungen alleinstehenden Männern und auch Familien, die aufgrund der Erwerbstätigkeit der Frauen mittags nicht mehr zu Hause verköstigt werden, eine rasche und günstige Mahlzeit. Allerdings haben die provisorisch errichteten Essensverkaufsstände am Straßenrand im Gegensatz zu richtigen Restaurants keinen guten Ruf, denn sie gelten als unhygienisch und wenig appetitanregend. Aus diesem Grund nehmen viele wohlhabendere Familien Hausgehilfinnen, die bereits um einen Monatslohn von 7.000 CFA das Kochen und andere Hausarbeiten übernehmen. Für eine Familie, die so elementare Funktionen wie das gemeinsame Essen nicht mehr erfüllen kann, ist dies beschämend. Dadurch, dass das Kochen und das gemeinsame Essen immer im Hof erfolgt, kann die prekäre Lage von Familien, die ihre Mahlzeiten vorwiegend von den Garküchen erhalten, vor BesucherInnen nicht verheimlicht werden. Verheiratete Frauen, die ihr Essen bei den Garküchen am Straßenrand kaufen, vermeiden es deshalb nicht nur, im öffentlichen Raum, sondern auch im Hof zu essen. Vielmehr ziehen sie sich ins Haus zurück, um ihr Essen unbeobachtet zu sich zu nehmen.

Die Wohnkosten

Bei ärmeren Haushalten, die nicht im Eigentum wohnen, stellt die Miete im Allgemeinen den zweitgrößten Ausgabenposten nach der Ernährung dar. Als Beispiel sei der Fall einer zweifach verwitweten ca. 50-jährigen Frau, die mit ihren drei Kindern in Ouagadougou lebt, erwähnt. Sie war nach dem Tod ihres zweiten Ehemannes von

dessen Familie gezwungen worden, das Gehöft zu verlassen, und so lebt sie heute in einem gemieteten Haus im zentrumsnahen Stadtviertel Gounghin. Direkt vor dem Gehöft betreibt sie eine Garküche am Straßenrand und erwirtschaftet so ein monatliches Einkommen von ca. 65.000 CFA. Die Ausgaben für die Miete belaufen sich für sie auf 20.000 CFA (5. Einzelinterview). Ein anderes typisches Beispiel ist das einer alleinstehenden Frau, welche mit einem Obstverkaufsstand monatlich durchschnittlich 30.000 CFA verdient. Diese Frau, die mit ihren zwei Töchtern und einem Enkelkind ebenfalls in Gounghin wohnt, bezahlt für die Miete monatlich 15.000 CFA (8. Einzelinterview).

Für die Haushaltsvorstände mit einer zahlreichen Familie bedeutet das Leben in einem Mietverhältnis hohe finanzielle Ausgaben. So muss ein von mir interviewter Haushaltsvorstand eines polygamen Haushalts im zentrumsnahen Stadtviertel Zogona in Ouagadougou für die elf Familienmitglieder in seinem Haushalt zwei Häuser mieten und bezahlt dafür 37.500 CFA. Dieser Mann, ein Maurer, schätzt sein durchschnittliches monatliches Einkommen auf ca. 80.000 CFA (22. Einzelinterview).

Im Hinblick auf die Wohnsituation herrscht in Bamako und in Ouagadougou einstimmig der Wunsch, GrundstückseigentümerIn zu sein und nicht in Miete leben zu müssen. Alle Menschen, die in Mietverhältnissen lebten, sahen den Erwerb eines eigenen Grundstücks als höchste Priorität an. Die Vorteile, welche mit dem Kauf eines Grundstücks und dem Bau eines Eigenheimes einhergehen, betreffen zuallererst das Wegfallen der Miete. Eine solche Investition wird insbesondere von älteren Menschen als lohnend betrachtet, denn sie gewährleistet in ihren Augen ein sorgenfreies Leben im Alter. Dadurch, dass nur Staatsbedienstete eine Pension beziehen, haben die meisten Menschen nach dem Ende der Erwerbstätigkeit keine eigenen Einnahmen mehr. Sie sind dann auf die finanzielle Unterstützung ihrer Kinder bzw. anderer Verwandter angewiesen. Wohnkosten, wie sie durch das Leben in einem Mietverhältnis entstehen, können somit große finanzielle Belastungen für ältere Menschen bedeuten.

Aber das Grundstückseigentum – wie in den Interviews vielfach erwähnt wurde – hat auch einen außerordentlich hohen symbolischen Wert. So berichtete ein Mann mittleren Alters, der im peripheren Stadtviertel Rimkieta in Ouagadougou ein Grundstück erstanden und mit seiner Familie im Jahr 2009 dorthin übersiedelt war, dass Menschen, die in Mietverhältnissen leben, von Verwandten und Bekannten wenig Anerkennung bekommen. Auch wenn es sich um eine große Mietwohnung in einem mehrstöckigen Haus im Stadtzentrum handeln würde, würde das nicht wertgeschätzt. Den Respekt, den ein Haushaltsvorstand von seinem sozialen Umfeld erhalte, leite sich direkt aus seiner Wohnsituation ab. Der Mann nannte als Beispiel den Besuch seiner älteren Schwester, die angesichts des neuen Eigenheims voller Bewunderung gewesen sei (9. Einzelinterview)³². Ein eigenes Grundstück mit Eigenheim gilt sowohl in Ouagadougou als auch in Bamako als Statussymbol, denn es weist auf die finanziellen Kapazitäten der Familien hin. Dadurch, dass den Verwandten sehr häufig Besuche abgestattet werden, wird viel Wert auf repräsentatives Wohnen gelegt. Auch Ereignisse wie Taufen oder Hochzeiten finden immer im Hof der Familie, welche das Fest veranstaltet, statt, und hier ist es von Vorteil, in den eigenen vier Wänden zu wohnen. In meinen Interviews wurde von niemandem, der in einem Mietverhältnis lebte, nicht darauf hingewiesen, dass

ein eigenes Haus vorzuziehen sei. Auch wenn die Menschen mit ihren Bemühungen um ein eigenes Grundstück noch nicht erfolgreich gewesen waren, hatten sie dieses Ziel nicht aufgegeben. Der Erwerb eines eigenen Grundstücks – und sei es in einem informellen, nicht erschlossenen Viertel am Stadtrand – war ihnen zufolge die einzige Möglichkeit, an Wertschätzung zu gewinnen. Als MieterIn zu leben ist hingegen mit Scham verbunden, denn es ist ein Indikator dafür, im Leben wenig erfolgreich gewesen zu sein.

Familien, die sich kein eigenes Grundstück und auch die Miete im Stadtzentrum nicht mehr leisten können, siedeln sich in informellen Siedlungen an, wo die Mietkosten deutlich niedriger sind. In der nicht erschlossenen Siedlung Senou an der äußersten Peripherie des Distrikts Bamako werden Häuser häufig um 10.000 CFA vermietet, Ein-Zimmer-Wohnungen sogar um 2500 oder 3000 CFA (4. Fokusgruppeninterview). Die Familien können in diesen Vierteln nicht nur Mietkosten, sondern auch Ausgaben für Strom und Abfall- und Abwasserentsorgung sparen. Wenn es in der neuen Wohnumgebung Brunnen gibt, können die Kosten für Wasser sogar wegfallen. Andererseits bringt das Leben in informellen Siedlungen auch Nachteile mit sich, insbesondere mangelnde Einkommensmöglichkeiten vor Ort, das bedeutet lange und zeitraubende Wege zur Arbeit und fehlende Infrastruktur. Schließlich ist das Phänomen des provisorischen Wohnens in den peripheren, neu erschlossenen Stadtvierteln, oft zu beobachten. Es gibt dort viele Häuser, die im Bau befindlich sind. Die meist wohlhabenden EigentümerInnen vermieten die mehr oder weniger fertiggestellten bewohnbaren Häuser an bedürftige Familien. Die EigentümerInnen erhalten dadurch ein Zusatzeinkommen und können so auf einen Wächter verzichten, da sie sich sicher sein können, dass ihr Haus durch die MieterInnen bewacht wird. Die Miete für ein Haus im Stadtviertel Yirimadio in Bamako beträgt in einem solchen Fall pro Monat zwischen 5000 und 7500 CFA. In den provisorischen Wohnungen leben manchmal fünf- bis sechsköpfige Familien. Es sind meistens sehr arme Familien, die solche Häuser bewohnen, denn sie müssen auf viele Annehmlichkeiten wie Wohnungseinrichtungsgegenstände oder sanitäre Anlagen wie Toiletten verzichten (3. Fokusgruppeninterview). Dazu kommt, dass die Situation der ZwischenmieterInnen sehr unsicher ist, da das »Mietverhältnis« jederzeit beendet werden kann, wenn die EigentümerInnen sich entschließen, in das neue Haus einzuziehen. Mehrere Frauen, die mit ihren Familien in Rimkieta in Ouagadougou als ZwischenmieterInnen lebten, gaben an, dass die Frist, die den BewohnerInnen dabei gewährt wird, unter Umständen nur wenige Tage betragen könne (6. Fokusgruppeninterview)³³.

Hohe Priorität: Gesundheit, Schulbesuch und Kleidung

Die Gesundheit wird von vielen Menschen als höchstes Gut bewertet, allerdings hängt es von den gerade zur Verfügung stehenden finanziellen Mitteln ab, welche Behandlung in welchem Umfang in Anspruch genommen wird. Vorbeugenden Maßnahmen wird weitaus weniger Wichtigkeit beigemessen als dem Heilen von Krankheiten. So wurde in den Gesprächen mit Frauen in den informellen Vierteln in Bamako und Ouagadougou immer wieder erwähnt, dass die Familien keine Moskitonetze hätten weil diese zu teuer seien (2. Fokusgruppeninterview, 5. Fokusgruppeninterview).

33 Anhang 3: 31. Zitat

Im Hinblick auf die Gesundheitsversorgung sind die meisten Menschen gezwungen, die Arzt- und Spitalkosten sowie die Kosten für Medikamente selbst zu übernehmen, weil sie keine Kranken- oder Unfallversicherung haben. Frauen in Magnambougou (Bamako) wiesen darauf hin, dass in den Krankenstationen ohne vorherige Bezahlung des Arzthonorars und der Verbrauchsmaterialien nicht nur keine Untersuchung oder Behandlung erfolge, sondern auch bei Notfällen keine Erstversorgung stattfinde (1. Fokusgruppeninterview)³⁴. So sehen sich viele ärmere Familien dazu gezwungen, Selbstmedikation zu praktizieren, das heißt sie greifen auf traditionelle Heilpflanzen oder Medikamente zweifelhaften Ursprungs, die von informell tätigen HändlerInnen auf der Straße verkauft werden, zurück, weil sie sich die moderne Gesundheitsversorgung nicht leisten können. So erzählte eine Frau im informellen Viertel Senou in Bamako: »Wir behandeln unsere Kinder mit traditionellen Medikamenten. Mit 500 CFA kann man die Kinder behandeln. Wir kochen einen Absud, lassen die Kinder trinken und waschen sie damit. Wir haben kein Geld, um Medikamente in der Apotheke zu kaufen. Für Medikamente in der Apotheke müssten wir ca. 12.500 CFA ausgeben. Wir kaufen die traditionellen Medikamente um 500 CFA am Markt. Alle in der Familie können damit behandelt werden« (4. Fokusgruppeninterview). In schwerwiegenderen Fällen wie Gelbfieber werden zwar die vom Arzt verordneten Infusionen in Kauf genommen, aber die ärztliche Behandlung wird häufig bei den ersten Anzeichen einer Besserung abgebrochen, da die Behandlungskosten sehr teuer sind. So erzählte eine jüngere Frau, die als Lehrerin im informellen Viertel Sandogo in Ouagadougou arbeitet, dass sie nur zwei der drei verschriebenen Infusionen bekommen hätte, weil sich ihr gesundheitlicher Zustand einerseits verbessert hatte, aber auch weil sie andererseits die Gesamtsumme von 22.000 CFA für die drei Infusionen nicht hätte bezahlen können (5. Fokusgruppeninterview).

Eine weitere Ausgabe, welche für die Familien prioritär ist, betrifft die Ausgaben für die Schulbildung der Kinder. Diese Kosten setzen sich aus den Schulgebühren und der Anschaffung der Schulausstattung sowie einer Schuluniform für jene SchülerInnen, die eine öffentliche Schule besuchen, zusammen. Sowohl in Bamako als auch in Ouagadougou gibt es neben den öffentlichen Schulen einen rasant steigenden Anteil an privaten Schulen. Diese werden nicht nur in den informellen, nicht erschlossenen Vierteln, wo es keine öffentlichen Schulen gibt, sondern auch in den zentrumsnahen Stadtvierteln begründet, und stellen hier für viele Familien eine Alternative zu den öffentlichen und meist überfüllten Schulen dar. Auch weniger wohlhabende Familien sind oft bereit, die deutlich höheren Schulgebühren für die Privatschulen zu bezahlen, wenn angenommen wird, dass die Qualität der Bildung dort besser ist. So meinte eine Frau, die im zentrumsnahen Viertel Larlé in Ouagadougou wohnt, dass sie viel Wert auf die Bildung ihrer Kinder lege und die vier Kinder deshalb alle ein privates Gymnasium besuchen würden bzw. eine Tochter dieses schon abgeschlossen hätte. Die alteingesessene Familie lebt zwar in einem Eigentums- haus, allerdings sind die Einnahmen des Haushaltsvorstandes, welcher als Schweißer arbeitet, und seiner Frau, die als Schneiderin tätig ist, relativ bescheiden (15. Einzelinterview). Eine andere Frau, die mit ihrer Familie im zentrumsnahen Viertel Banconi in Bamako lebt, betonte ebenfalls die

34 Anhang 3: 32. Zitat

höhere Bildungsqualität der Privatschulen aufgrund der geringeren SchülerInnenzahl und der besseren Betreuung durch die Lehrenden. Auch diese Familie wohnt in ihrem eigenen Haus, aber auch hier sind die Einnahmen der Frau, die als Textilfärberin arbeitet, und des Ehemannes, einem Tischler, nicht besonders hoch. Dadurch, dass erst ein Kind im Grundschulalter die Schule besucht, sind die Kosten noch erschwinglich. Derzeit würden die Schulgebühren jährlich 16.000 CFA betragen. Weil die die Kosten jedoch abhängig von der Schulstufe sind, würden sie für Kinder, die vor dem ersten allgemeinbildenden Schulabschluss stehen, auf bis zu 48.000 CFA pro Jahr ansteigen (4. Einzelinterview).

In Ouagadougou hatten mehrere InterviewpartnerInnen darauf hingewiesen, dass sie eine öffentliche Schule aufgrund der niedrigeren Kosten bevorzugen würden, aber dass sie die Kinder in Privatschulen schicken würden, weil sie in den öffentlichen Schulen keinen Platz bekommen hätten. So erwähnte eine alte verwitwete Frau im zentrumsnahen Stadtviertel Pagalayiri, dass mehrere der 13 Enkelkinder, welche in ihrem Hof leben, eine Privatschule besuchen würden (21. Einzelinterview). Eine alleinerziehende Mutter in Gounghin (Ouagadougou) gab ebenfalls an, dass sie ihre beiden Töchter, die nun die 6. und 7. Schulstufe besuchten, wegen Platzmangels in ein Privatschulhaus eingeschrieben hätte. Dort würden die Schulgebühren von Schulstufe zu Schulstufe und von Jahr zu Jahr angehoben, sodass sie dieses Jahr für beide bereits 80.000 CFA hätte bezahlen müssen (5. Einzelinterview). Für die Familie, die von den Einnahmen der Garküche lebt, ist diese Zahlungsverpflichtung ein großer Kraftakt. Damit die zwei Töchter das BEPC, also den Abschluss nach der 8. Schulstufe erhalten, ist die Frau bereit, viele Entbehrungen auf sich zu nehmen.

Die Ausgaben für die Schulgebühren stellen kinderreiche, ärmere Familien jährlich vor neue Herausforderungen. Wenn zu Beginn des neuen Schuljahres die Begleichung der Schulgebühren und die Anschaffung von Schulausstattung und Schuluniformen fällig werden, führt dies häufig zu Zahlungsengpässen. Wiederholt wurde mir bei Interviews in den Monaten Oktober und November berichtet, dass die Schulgebühren noch nicht bezahlt worden waren und der Haushalt nach Lösungen suche, um das Geld aufzutreiben.

Die Lebensbedingungen der ärmeren Bevölkerungsgruppen in den peripheren informellen Siedlungen sind – wie schon dargestellt – viel schwieriger als in den zentrumsnahen Stadtvierteln. Dazu kommt, dass es in diesen Siedlungen keine öffentlichen Schulen gibt. Auch in den peripheren, gerade erst erschlossenen Stadtvierteln wurden oft noch keine öffentlichen Schulen errichtet. Dadurch, dass in diesen Vierteln die Distanzen zu den öffentlichen Schulen so groß sind, können die Kinder sie nicht zu Fuß zurücklegen. Auch das Geld für ein Fahrrad oder öffentliche Verkehrsmittel fehlt meistens, sodass die Kinder entweder private Schulen im Viertel besuchen oder zu Hause bleiben. In den Fokusgruppeninterviews mit Frauen an der städtischen Peripherie in Bamako und Ouagadougou wurde wiederholt darauf hingewiesen, dass die Kinder nicht zur Schule gehen, weil die Familien nicht das hierfür nötige Geld hätten (4. Fokusgruppeninterview, 6. Fokusgruppeninterview, 8. Fokusgruppeninterview). Dies betrifft einerseits schulpflichtige Kinder im Grundschulalter. Oft werden Kinder nicht mit sechs oder sieben Jahren, sondern erst später eingeschult. Andererseits betrifft es aber auch ältere Kinder, welche die Mittelschule besuchen sollten. Aufgrund von finanziellen

Problemen der Familien kommt es bisweilen dazu, dass die Kinder die Schule unterbrechen und ein Jahr lang zu Hause bleiben müssen, bis die Familie wieder das Geld für die Schulgebühren angespart hat. Schließlich sind Schulabbrüche sehr häufig. So erzählte mir eine Frau im peripheren Stadtviertel Karpala in Ouagadougou, dass ihre drei Kinder im betreffenden Schuljahr nicht die Schule besuchen könnten, weil die Familie das Geld für die Schulgebühren nicht hätten aufbringen können. Der Haushaltsvorstand sei vor zwei Jahren an Diabetes erkrankt und könne nicht mehr als Taxifahrer arbeiten. Die geringen Einkommen der zwei Ehefrauen würden kaum ausreichen, um die 17-köpfige Familie zu ernähren. Der älteste Sohn hätte in dem Jahr seine Matura ablegen sollen, der zweitälteste das BEPC und auch der Sohn der Nebenfrau hätte das BEPC erwerben sollen. Doch nun seien die Kinder zu Hause und suchten eine Beschäftigung, um ein eigenes Einkommen zu verdienen (20. Einzelinterview). Zwar ist es für eine Familie beschämend, wenn die Kinder aus finanziellen Gründen den Schulbesuch unterbrechen, aber diese Situation ist in ärmeren Familien keine Seltenheit. Je jünger die Kinder sind, desto mehr wird darauf geachtet, dass die Kinder die Schule besuchen und zumindest Grundfähigkeiten im Lesen, Schreiben und Rechnen erlernen. Bei älteren Kindern wird Bildung zwar auch von vielen Menschen wertgeschätzt, aber hier sind die höheren Kosten oft ausschlaggebend, sodass auch schulpflichtige Kinder die Schule abbrechen müssen.

Schließlich wird der Kleidung eine große Bedeutung zugeschrieben, denn sie gilt in Bamako und Ouagadougou als äußeres Zeichen des Reichtums. Viele Menschen versuchen, durch Kleidung aus teuren Stoffen, Markenartikel und ständig neu erworbene Kleidungsstücke, Schuhe und Handtaschen auf andere Menschen Eindruck zu machen. In Mali gibt es beispielsweise mehrere Arten von Bazin [Damaststoffen], die für Frauen als soziales Unterscheidungskriterium dienen. Für junge Männer sind (echte oder gefälschte) Markenwaren Statussymbole. So meinte ein Abfallsammler in Ouagadougou, der informell tätig ist, dass es sehr wichtig sei, vor den Augen der anderen als kultiviert zu erscheinen. Indem man sich ordentlich kleide und auf ein gepflegtes Auftreten achte, könne man positives Licht auf sich werfen. Andere Menschen würden so beispielsweise gar nicht ahnen, dass er ein informeller Abfallsammler sei. Letztendlich sei der Schein wichtiger als das Sein und indem man auf die richtigen Indikatoren setze, könne man sogar den Anschein erzeugen, reich zu sein, obwohl man eigentlich arm sei (31. Experteninterview)³⁵.

Für das Fest des Fastenbrechens und das Opferfest ist es erforderlich, dass der Ehemann seiner Frau und seinen Kindern neue Kleidung schneiden lässt. An diesen zwei Tagen wäre es eine große Schande, wenn die Familienmitglieder nicht neu gekleidet in der Öffentlichkeit erscheinen würden. Die Speisen müssen an diesem Tag ebenfalls besonders sein. Auch wenn das restliche Jahr über keine neue Kleidung angeschafft würde und täglich »to« [eine Art Hirse- oder Maispolenta] am Speiseplan stünde, sei es wichtig, an diesen Festtagen Fleisch zu konsumieren (37. Experteninterview)³⁶.

35 Anhang 3: 33. Zitat

36 Anhang 3: 34. Zitat

Mittlere Priorität: Transport, Stromversorgung, Geschenke und Mitgliedsbeiträge

Die Bedürfnisse haben sich in den urbanen, afrikanischen Gesellschaften gewandelt: Heute zählen viele importierte »westliche« Güter und Dienstleistungen wie ein Motorrad, ein Telefon, ein Fernseher oder die Stromversorgung zu den grundlegenden materiellen Bedürfnissen. All diese Notwendigkeiten sind mit Kosten verbunden und obwohl ärmere Haushalte naturgemäß über geringere finanzielle Mittel verfügen, gibt es große Bemühungen, diese Güter und Dienstleistungen zu erhalten. Das Leben in der Stadt zwingt die Menschen, ständig mobil und erreichbar zu sein, tatsächlich fehlen vielen Menschen jedoch die Mittel dafür. Insbesondere in den informellen Vierteln in Bamako und Ouagadougou wurde mir von Frauen erzählt, dass sie nicht berufstätig seien, weil es in ihrer Siedlung keine Erwerbsmöglichkeiten gebe. Da sie kein eigenes Verkehrsmittel wie ein Fahrrad oder ein Motorrad besitzen und sie sich die täglichen Ausgaben für die öffentlichen Verkehrsmittel, sofern es welche gibt, nicht leisten können, würden sie nicht aus ihrem Viertel herauskommen (4. Fokusgruppeninterview, 18. Einzelinterview, 19. Einzelinterview)³⁷. Wenn die Frauen sagen, dass sie nicht arbeiten, dann bedeutet dies nicht, dass sie den ganzen Tag nur zu Hause verbringen. Die meisten Frauen versuchen in ihrem Viertel durch Kleinhandel, den Verkauf von Speisen, den Gemüseanbau oder das Weben von Stoffen etwas Geld zu verdienen. Aber das Problem der eingeschränkten Mobilität betrifft auch jüngere Männer, die noch nicht genügend Geld zusammengespart haben, um sich ein Motorrad zu leisten. So berichtete mir ein Bursche, der in der Nachbarschaft meiner Gastfamilie im zentrumsnahen Viertel Gounghin in Ouagadougou wohnte, dass er zwar eine Lehre als Elektriker abgeschlossen hätte, aber oftmals Aufträge ausschlagen müsste, weil er mit dem Fahrrad die weiten Distanzen nicht zurücklegen könne.

Andere Dienstleistungen wie die Strom- und Wasserversorgung werden, wenn grundlegendere Bedürfnisse nicht befriedigt werden können, oft eingestellt. So berichtete mir eine Frau, die mit ihrem Mann und drei Kindern im zentrumsnahen Viertel Nonsingh in Ouagadougou wohnt, dass in ihrem Haus vor einigen Monaten der Strom abgeschaltet wurde, da sie die Stromrechnung nicht mehr hätten bezahlen können (13. Einzelinterview). Auch im Hof meiner Gastfamilie in Gounghin (Ouagadougou) und dem daran angrenzenden Hof, wo ich mein Zimmer hatte, gab es keinen Strom. Als ich einzog, ließ ich eine Stromleitung zu meinem Zimmer verlegen und auch eine Lampe über der Tür installieren, um im Hof Licht zu haben. Daraufhin konnte ich öfters beobachten, dass sich die Kinder der 7-köpfigen Familie, mit der ich den Hof teilte, am Abend in die Nähe meines Zimmers setzten und unter dem Schein der Lampe ihre Hausübungen verrichteten. Selbst die Wasserleitung kann im Falle, dass die Wasserrechnung öfters nicht bezahlt wurde, abgedreht werden (6. Einzelinterview, 20. Einzelinterview). Für diese Familien ist dies zwar beschämend, denn in der Nachbarschaft bleibt es nicht unbemerkt, wenn die Frauen das Trinkwasser an einer öffentlichen Wasserentnahmestelle holen müssen oder wenn das Haus wegen der Stromabschaltung plötzlich keine Beleuchtung mehr hat. Dennoch fällt es den Familien leichter, auf einen privaten Wasseranschluss oder auf die Stromversorgung zu verzichten als auf andere, wichtigere Güter und Dienstleistungen.

37 Anhang 3: 35. Zitat

Auch Ausgaben in Form von Geschenken oder Mitgliedsbeiträgen sind für viele Menschen zwar wichtig, aber bei finanziellen Engpässen werden Strategien gesucht, um solche Ausgaben zu vermeiden. Geschenke werden v.a. bei Festen wie Taufen oder Hochzeiten³⁸ erwartet und hier sowohl Geschenke an die VeranstalterInnen als auch an die Griots/Griottes und die MusikerInnen. Im Falle einer Taufe erhält die Mutter des Täuflings Geschenke wie Stoffe, Seife oder häufig auch einen bestimmten Geldbetrag. Die lautstarke Ankündigung des Geschenks durch Griots/Griottes soll bewirken, dass es zwischen den Gästen zu einem regelrechten Wetteifern kommt und dass diese nicht hinter den Erwartungen zurückzubleiben möchten. Bei manchen Festen werden sogar die Gaben in einem Notizbuch detailliert festgehalten. Entsprechend dem Prinzip der Gegenseitigkeit kann jeder Gast damit rechnen, beim nächsten eigenen Fest mit einem Geschenk in gleicher Höhe bedacht zu werden. Im Falle einer Hochzeit rechnen das Brautpaar bzw. deren Eltern nicht mit Geschenken, allerdings gilt es, die Griots/Griottes und die MusikerInnen mit Geldscheinen für ihre Darbietungen zu belohnen. Aufgrund der zahlreichen sozialen Verbindungen zu den Mitgliedern der Großfamilie sind viele Frauen jede Woche zu einer Taufe oder Hochzeit eingeladen. Meine Forschungsmitarbeiterin in Bamako blieb manchen dieser Feiern, wenn sie nicht von nahen Verwandten organisiert waren, fern, wenn sie kein Geld für ein Geschenk oder für die Griots/Griottes hatte.

Viele Frauen sind Mitglied in einem oder auch mehreren Tontines, also Spar- und Kreditvereinen, um für den Ankauf von Handelswaren, die Abhaltung von Festen oder andere Zwecke zu sparen. Diese Vereinigungen haben darüber hinaus eine wichtige zusätzliche soziale Funktion, denn sie ermöglichen den Austausch unter den Mitgliedern und das Teilen von Alltagsorgen. In der »Tontine«, werden wöchentliche Mitgliedsbeiträge eingehoben. Wird ein Beitrag nicht eingezahlt oder bleibt ein Mitglied der Versammlung fern, so hat sie mit Strafen zu rechnen. Dies garantiert, dass die meisten Tontines relativ gut funktionieren. Gleichzeitig kann dieser Umstand dazu führen, dass die Frauen in sehr armen Haushalten keine Mitgliedschaft anstreben, aus Angst, ihren Zahlungsverpflichtungen längerfristig nicht gerecht werden zu können (12. Einzelinterview, 23. Einzelinterview)³⁹.

An der Spitze der Pyramide: Abfall- und Abwasserentsorgung

In der Prioritätenpyramide laufender Haushaltsausgaben befindet sich die Abfall- und Abwasserentsorgung an der Spitze, weil sie den niedrigsten Rang einnimmt. Im Vergleich zu anderen Bedürfnissen werden Umweltdienstleistungen hintangestellt. In den Interviews mit den LeiterInnen von Kleinunternehmen in der Abfallsammlung wurde wiederholt beklagt, dass die fehlende Zahlungsbereitschaft nicht nur auf die Armut zurückgeführt werden könne, sondern auch auf die fehlende Wertschätzung ihrer Arbeit. Mit dem Geld, das eine Frau in festliche Kleidungsstücke investiere, könne bereits

38 Die Abhaltung solcher Feste, die Ausgaben für Speisen und Getränke, Musiker und das Mieten von Sesseln umfasst, wird hier nicht berücksichtigt, denn diese Kosten fallen nicht regelmäßig an. Die Ausgaben für eine Hochzeitsfeier wurden von den Frauen in meiner Gastfamilie in Ouagadougou auf mindestens 150.000 CFA geschätzt.

39 Anhang 3: 36. Zitat

ein großer Anteil für die Errichtung einer Sickergrube bestritten werden, meinte eine Mitarbeiterin der COFESFA, der ersten Frauenkooperative in Bamako, die Anfang der 1990er Jahre mit der Abfallsammlung begonnen hatte (8. Expertinneninterview)⁴⁰. Ein Malier, welcher für die internationalen NGOs WaterAid und WSUP arbeitet, wies darauf hin, dass die Menschen generell bereit seien, für die Wasserversorgung, aber nicht für die Abfall- und Abwasserentsorgung zu bezahlen. Anstatt in die Wartung von sanitären Anlagen zu investieren, würden es viele Menschen sogar bevorzugen, sich bestimmte Statussymbole wie Kleidung aus Damaststoffen oder Handys anzuschaffen (11. Experteninterview)⁴¹.

Der Bürgermeister eines Viertels in der Commune VI in Bamako unterstrich, dass der Bereich der Gesundheitsversorgung von der Bevölkerung als viel wichtiger als die Siedlungshygiene eingestuft werde. So hätte die Städtepartnerschaft zwischen Bamako und Lyon im Jahr 2004 ein Projekt zur Schaffung von 45 neuen Spitalbetten in der Poliklinik im Viertel Sogoniko angeregt. Die Bevölkerung war aufgefordert worden, sich bei diesem Projekt finanziell zu beteiligen und hätte damals bereitwillig zugestimmt. Einige Jahre später hätte er versucht, ein dezentrales Abwassersystem im selben Viertel zu errichten. Den Familien war der Vorschlag unterbreitet worden, über einen Zeitraum von zehn Jahren monatlich einen Errichtungsbeitrag von 2000 CFA beizusteuern. Dieses Mal hätte die Bevölkerung jedoch keine Notwendigkeit gesehen, sich finanziell zu beteiligen, woraus der Bürgermeister schließt, dass die Abwasserentsorgung nur eine geringe Priorität in der Bevölkerung hat (12. Experteninterview).

Die Menschen – so die Kritik vieler ExpertInnen – würden eher gewillt sein, hohe Ausgaben für Medikamente und Insektenvernichtungsmittel hinzunehmen als die Ursache der Vermehrung von Moskitos zu bekämpfen. Die Ausgaben für Malaria-medikamente und Insektensprays könnten sich für einen zehnköpfigen Haushalt auf bis zu 78.000 CFA pro Jahr belaufen. Dazu würden dann noch Einkommensverluste durch krankheitsbedingte Arbeitsausfälle kommen (24. Experteninterview)⁴².

Ein gepflegter Hof und ein gesäuberter Straßenabschnitt vor dem Hof werden nur bei Festen wie Taufen oder Hochzeiten bedeutsam, wenn sich zahlreiche Verwandte einfinden und sowohl im Hof als auch im Festzelt, welches auf der Straße aufgestellt wird, essen, tanzen und feiern. Dann wird weder körperlicher noch finanzieller Aufwand gescheut, um das Wohnumfeld zu reinigen. Oft kommt es vor, dass defekte sanitäre Anlagen erst repariert werden, wenn ein gesellschaftliches Ereignis unmittelbar bevorsteht. So war bei Verwandten meiner Gastfamilie in Ouagadougou die Sickergrube der Dusche defekt geworden und die Dusche konnte drei Monate lang nur über ein Holzbrett betreten werden. Erst als die Taufe eines Enkelkinds gefeiert werden sollte, wurde die Sickergrube wieder instand gesetzt. Ein junger Soziologe in Ouagadougou erklärte dies damit, dass eine Wohnsituation, die nicht den Erwartungen der Gäste entspricht, verheerende negative Urteile zur Folge haben könnte (36. Experteninterview)⁴³.

40 Anhang 3: 37. Zitat

41 Anhang 3: 38. Zitat

42 Anhang 3: 39. Zitat

43 Anhang 3: 40. Zitat

Nach einer Feier erhält die Abfall- und Abwasserentsorgung jedoch meist keine große Aufmerksamkeit mehr. Dies konnte ich selbst im Viertel Gounghin in Ouagadougou in jenem Hof, wo ich mein Zimmer hatte, beobachten. Nachdem die Familie des Hofeigentümers die Taufe des jüngsten Kindes abgehalten hatte, waren über drei Wochen lang die Abfälle nicht mehr von der Müllabfuhr abgeholt worden. Offensichtlich war die Familie durch die Taufe in Geldnöte geraten und konnte für diese Dienstleistung nicht mehr bezahlen.

7.3. Die echten Kosten

7.3.1. Aktuelle Herausforderungen

Im Hinblick auf umweltgerechtes Verhalten stellt sich im Allgemeinen die Frage, wo der Verantwortungsbereich der BürgerInnen aufhört und wo die Verantwortung der Stadtverwaltung beginnt. Allgemein wird davon ausgegangen, dass die Stadtverwaltung gewisse Vorkehrungen in Form der Errichtung von Infrastruktur und der Bereitstellung von Dienstleistungen treffen muss, damit eine umweltverträgliche Entsorgung von Abfällen und Abwässern überhaupt möglich wird.

Die Stadtverwaltungen in Bamako und Ouagadougou stehen aufgrund der anhaltenden Zuwanderung in die Städte vor immer größeren Herausforderungen, das Stadtgebiet von den Abfällen und Abwässern zu befreien. In Ouagadougou kehren täglich dreitausend Frauen von der so genannten »Brigade Verte«, also der Abteilung für die Straßenreinigung, die asphaltierten Straßen und 24 Kleinunternehmen und Vereine sind von der Gemeinde beauftragt worden, die Abfälle der Haushalte zu den Zwischendeponien zu bringen. Schätzungen gehen davon aus, dass in den letzten zehn Jahren maximal 76 Prozent der anfallenden Abfallmenge in Ouagadougou durch Akteure in der Abfallsammlung evakuiert wurden (Direction de la Propreté 2009). Die städtische Müllabfuhr hat nun Anstrengungen unternommen, um die wilden Deponien im Stadtgebiet zu evakuieren. Die gereinigten Plätze werden tags- und nachtsüber von Wächtern beaufsichtigt, um die Entstehung von neuen wilden Deponien zu verhindern. Die Erhaltung der Regenwasserdrainage erfordert ebenfalls einen hohen personellen und finanziellen Aufwand. Täglich sind ca. 150 Arbeiter im Einsatz, um die Regenwasserdrainage von Abfällen zu befreien. Jährlich werden für die Reinigung der Entwässerungsrinnen und -gräben 117 Mio. CFA ausgegeben (27. Experteninterview). Im Hinblick auf die Abwasserproblematik werden, wie in Abschnitt 7.2.2 erörtert, die Errichtung und Sanierung von sanitären Anlagen subventioniert. Außerdem werden Ziegelfabrikanten ausgebildet, welche hochwertige Baumaterialien für die sanitären Einrichtungen herstellen. Ebenso bildet die Behörde für Wasserversorgung und Siedlungshygiene Maurer aus, welche lernen, ökologisch unbedenkliche Klär- und Sickergruben zu errichten (30. Expertinneninterview). Aufgrund von mangelnder sanitärer Infrastruktur entsorgt allerdings noch immer mehr als die Hälfte der städtischen Haushalte das Grauwasser auf der Straße (Bureau Central du Recensement 2009).

In Bamako werden gleichfalls Maßnahmen in der Abfall- und Abwasserwirtschaft gesetzt, die jedoch im Vergleich zu Ouagadougou weniger weitreichend sind. In man-

chen Stadtvierteln in Bamako wurde seit mehreren Jahrzehnten keine neue Infrastruktur für die Verbesserung der Siedlungshygiene errichtet. In Dianeguela beispielsweise sind die Straßen so eng, dass keine Entwässerungsrinnen errichtet werden können. Um eine entsprechende urbane Infrastruktur errichten zu können, müsste ein neuer Bebauungsplan entwickelt werden. Aktuell gebe es weder die notwendigen finanziellen Mittel noch die Bereitschaft der BewohnerInnen, die Besiedlungsstruktur im Viertel zu verändern (16. Experteninterview). Die Abfälle auf den Zwischendeponien werden nur in unregelmäßigen Abständen evakuiert, was dazu führt, dass sie oft überfüllt sind. In einer groß angelegten Aktion wurde im Jahr 2013 ein Privatunternehmen damit beauftragt, sieben Zwischendeponien um 900 Mio. CFA zu räumen. Seitdem ist die Abfallmenge wieder signifikant angewachsen und im Jahr 2015 wurde ein marokkanisches Unternehmen, das dieses Problem dauerhaft lösen soll, angeworben. Die fehlenden Investitionen im Bereich der Abfallentsorgung und die zögerlich voranschreitende Planung und Durchführung von Infrastrukturprojekten von staatlicher oder kommunaler Seite führen dazu, dass ausländische Unternehmen versuchen, im Abfall- und Abwassersektor Gewinn zu schlagen. In einigen Fällen wurden diese unternehmerischen Projekte aus finanziellen, rechtlichen oder organisatorischen Gründen nicht realisiert. So wurde das Vorhaben eines amerikanischen Unternehmens, eine Müllverbrennungsanlage in Bamako zu bauen, nicht umgesetzt weil sich die Belegschaft der städtischen Müllabfuhr aus Angst vor Entlassungen dagegen gewehrt hätte (13. Experteninterview).

Die Herausforderungen liegen allerdings nicht nur auf dem Niveau der Stadtverwaltungen, sondern sind auch auf der staatlichen Ebene zu finden. Mehrere ExpertInnen kritisierten, dass der Mangel an Infrastruktur nicht nur ein Problem sei, welches durch das Wachstum der Städte verursacht werde, sondern die fehlende Infrastruktur sei oft das Symptom eines mangelnden politischen Willens der Regierungen. Das Budget für den Bereich Abfallwirtschaft und Siedlungshygiene in Mali, das weniger als ein Prozent des Staatshaushaltes ausmacht, wird von einem technischen Berater des maliischen Umweltministeriums als viel zu gering bewertet. Das Umweltministerium erhalte im Gegensatz zum Gesundheitsministerium viel weniger Geld, obwohl es bewiesen sei, dass ein in die sanitäre Infrastruktur investierter US-Dollar zu einer Einsparung der Gesundheitsausgaben in der Höhe von acht US-Dollar führe (4. Experteninterview)⁴⁴.

Nicht zuletzt aufgrund der politischen Dezentralisierung ist die Finanzierung von Großinfrastruktur wie Mülldeponien oder Kläranlagen für die Stadtverwaltungen besonders schwierig. In Bamako und Ouagadougou wurden Steuern eingeführt, welche die Errichtung und Instandhaltung dieser Infrastruktur sicherstellen sollten. Ein Soziologe von der Universität Ouagadougou wies darauf hin, dass die Bereitschaft, diese Steuern und Abgaben zu entrichten, generell sehr gering sei, denn viele Menschen würden keine Verbesserungen der Infrastruktur oder der Bereitstellung von kommunalen Dienstleistungen sehen. Zugleich würde die Kommunalverwaltung in Ouagadougou argumentieren, dass sie ihre Vorhaben nicht umsetzen könnte, weil die Menschen keine Steuern bezahlen würden. Es gebe also einen Teufelskreis, der sowohl zum öffentlichen

44 Anhang 3: 41. Zitat

Diskurs über das fehlende staatsbürgerliche Pflichtgefühl der Bevölkerung als auch zur negativen Wahrnehmung der Stadtverwaltung beitrage (6. Experteninterview)⁴⁵.

Die Organisation der Abfallwirtschaft scheint eine der Ursachen für die »fehlende Zahlungsmoral« zu sein. Als Beispiel sei hier das Problem der mangelnden Kooperation zwischen den Bereichen der Abfallsammlung und der Deponiebewirtschaftung in Bamako erwähnt. Die Sammlung der Haushaltsabfälle, welche von den GIE sichergestellt wird, liegt in der Verantwortung der sechs Stadtgemeinden. Für den Transport der Abfälle von den Zwischendeponien zu den provisorisch errichteten Mülldeponien außerhalb der Stadt ist die städtische Müllabfuhr des Distrikts Bamako zuständig. Auch die Finanzierung dieser beiden Bereiche der Abfallwirtschaft erfolgt unabhängig voneinander, d.h. die Menschen werden nicht nur zur Bezahlung der Abfallsammelgebühren, sondern auch zur Entrichtung einer Müllabfuhrsteuer verpflichtet. Dieses Organisationssystem ist kompliziert und wird unzureichend kommuniziert, sodass die Auferlegung der Müllabfuhrsteuer auf den Unwillen der Bevölkerung stößt und nur in den seltensten Fällen bezahlt wird. Die Lösung, die nun gefunden wurde, besteht darin, dass die BürgerInnen für die Ausstellung von amtlichen Dokumenten zuerst ausständige Steuern bezahlen müssen (5. Experteninterview)⁴⁶.

Schließlich gibt es in Bamako große Versäumnisse im Hinblick auf gesetzlich geregelte Umweltschutzvorkehrungen. Insbesondere die Textilfärberei am Ufer des Niger, wobei die Färbereiabwässer ungereinigt in den Fluss gelangen, kann hier genannt werden. Dieses Handwerk, das überwiegend von informell tätigen Frauen ausgeübt wird, konnte ich selbst in den Vierteln Djicoroni-Fulabougou und Dianeguela im Rahmen der teilnehmenden Beobachtung eingehend studieren. Es handelt sich um ein altes Problem, das u.a. bereits von Chevron et al. (2002) thematisiert wurde. Wie ein technischer Berater des Umweltministeriums kritisiert, seien bis heute keine Maßnahmen gesetzt worden, um der Verschmutzung des Flusses Einhalt zu gebieten (4. Experteninterview)⁴⁷. Dasselbe Problem konnte von mir beim Besuch der Kläranlage in der Industriezone Bamakos im Dezember 2011 beobachtet werden. In der Industriezone befinden sich knapp sechzig Industrieunternehmen unterschiedlicher Branchen wie Gerberei, Molkerei, Pharmazie, Batterien, Farbe und Lacke, Textilproduktion und Schlachthöfe, wovon dreißig ihre Abwässer in der Kläranlage reinigen lassen und elf Unternehmen eine eigene Kläranlage haben. Wie eine Vertreterin der Stadtgemeinde IV in Bamako, es mir gegenüber meinte (siehe 15. Expertinneninterview), konnte bisher noch nicht durchgesetzt werden, dass alle Unternehmen ihre Abwässer reinigen bevor sie in den Niger geleitet werden.

7.3.2. Die Stadtverwaltung: Ein (un-)verantwortlicher Akteur

Die Maßnahmen der Stadtverwaltung im Bereich der Sanierung und allgemein der Umweltmaßnahmen werden sowohl von ExpertInnen als auch von der Bevölkerung nicht immer als zielführend gesehen.

45 Anhang 3: 42. Zitat

46 Anhang 3: 43. Zitat

47 Anhang 3: 44. Zitat

Mehrere ExpertInnen kritisierten die Maßnahmen, welche von den Gemeinden im Hinblick auf die Infrastruktur in der Abfall- und Abwasserwirtschaft getroffen werden, als Palliativmaßnahmen, das heißt als Maßnahmen, welche nicht die Ursachen bekämpfen, sondern lediglich lindernde Wirkung haben. Ein malischer Journalist, der für das Ressort Siedlungshygiene Beiträge verfasst, erwähnte in diesem Zusammenhang die provisorischen Deponien für die Entsorgung von Klärschlamm in Bamako, welche die Stadtverwaltung den Saugwägen zur Verfügung gestellt hätte. Das sei zwar besser, als den Klärschlamm im freien Gelände zu entsorgen, aber dennoch sei es weder eine längerfristige noch eine ökologisch verantwortliche Lösung, denn an diesen Orten an der städtischen Peripherie würden sich in unmittelbarer Nähe schon die ersten Häuser befinden (17. Experteninterview). Als anderes Beispiel kann die Subventionierung von Medikamenten und das Austeilen von kostenlosen Moskitonetzen in Ouagadougou genannt werden. Anstatt in die Erweiterung der vorhandenen Kanalisation bzw. in die Errichtung von dezentralen Abwassersystemen zu investieren und damit die Brutplätze von Moskitos zu eliminieren, würden nur Maßnahmen gesetzt werden, welche auf die Bekämpfung von Malaria und anderen Krankheiten abzielten, kritisierte ein Forscher an einer Technischen Hochschule in Ouagadougou (35. Experteninterview).

Der Umstand, dass vielfach schnelle und einfache Teillösungen für Umweltprobleme gesucht werden, könnte damit erklärt werden, dass die kommunalen EntscheidungsträgerInnen im Bereich der Abfall- und Abwasserwirtschaft politische Funktions-trägerInnen mit beschränkter Amtszeit sind. Der Leiter einer GIE in Bamako, der selbst seit Beginn der 1990er Jahre in der Abfallsammlung tätig ist, sah darin ein grundlegendes Problem. Die Umweltbeauftragten der sechs Stadtgemeinden würden während ihrer 5-jährigen Amtsperiode keine nachhaltigen Maßnahmen entwickeln und umsetzen können. Meist würden sich ihre Aktivitäten auf die Erstellung eines Entwicklungsplans für die Stadtgemeinde und die Suche nach GeldgeberInnen beschränken (23. Experteninterview)⁴⁸. Für dieses politische Problem scheint bisher noch keine Lösung gefunden worden zu sein. Die dritten stellvertretenden BürgermeisterInnen, welche in Bamako gewöhnlich für den Umweltbereich zuständig sind, verfügen häufig über keine technischen Kompetenzen. Zwar wurden eigene technische Einrichtungen der Gemeinden bzw. des Umweltministeriums geschaffen, welche die Wissensweitergabe an die NachfolgerInnen fördern sollten, aber die Zusammenarbeit zwischen diesen Akteuren war bisher oft nur unregelmäßig (vgl. Polak 2012). So ist es nicht verwunderlich, dass es z.B. unter den Akteuren der Plattform für den Umweltschutz in der Stadtgemeinde VI in Bamako eine weit verbreitete Resignation gibt. In den letzten Jahrzehnten wären verschiedene Konzepte der Abfallwirtschaft ausprobiert worden, wobei die Arten der Abfallsammlung und Entsorgung, die technische Ausstattung und das Budget von einem System zum anderen variiert hätten. Die Erfahrungen wären jedoch nicht zur Verbesserung des aktuellen Abfallwirtschaftskonzepts herangezogen worden (13. Experteninterview).

In den ExpertInneninterviews wurden auch weitere Probleme aufgezählt. Ein Aspekt betrifft die urbanen Flächennutzungspläne in Bamako, die nur in seltenen Fällen Zwischendeponien vorsehen würden (16. Experteninterview). In Ouagadougou würden

48 Anhang 3: 45. Zitat

die informellen Viertel bis heute keine Aufmerksamkeit durch die Stadtverwaltung erhalten. Während im Stadtgebiet 35 Zwischendeponien angelegt wurden, gibt es in den informellen Vierteln keine einzige. AbfallsammlerInnen, die in den informellen Vierteln ihrer Tätigkeit nachgehen wollten, hätten keinerlei Möglichkeit, die Abfälle adäquat zu entsorgen, denn die städtische Müllabfuhr evakuiert ausschließlich die Abfälle von den offiziellen Zwischendeponien (25. Experteninterview). Diese Beispiele zeigen auch, dass Probleme der Verschmutzung des Bodens oder des Grundwassers, welche durch die Abfall- und Abwasserentsorgung entstehen, über die Gebietsgrenzen der einzelnen Gemeinden hinausgehen. Bei gebietsübergreifenden Umweltproblemen wird von ExpertInnen in Bamako und Ouagadougou kritisiert, dass von den beteiligten Gemeinden kaum politische Maßnahmen gesetzt werden. Es entwickelt sich vielmehr das, was Roberts und Thanos (2003) »joint irresponsibility« nennen.

In den ExpertInneninterviews wurde unter anderen Dingen auch der Umstand thematisiert, wonach die Stadtverwaltungen autoritär seien, d.h. sich über Einwände der BürgerInnen hinwegsetzen würden. So meinte ein Mitarbeiter eines Vereins im Bereich der Abfallsammlung in Ouagadougou, dass die politischen EntscheidungsträgerInnen ihre Maßnahmen ohne jede Rücksichtnahme auf die Bevölkerung und mit Gewalt durchsetzen würden. Den BürgerInnen in Ouagadougou sei es nicht einmal gestattet, ihre Meinung kundzutun (26. Experteninterview)⁴⁹.

Die Haushaltsvorstände oder deren Frauen, mit welchen ich Interviews durchführte, äußerten sich häufig ebenso kritisch über die Stadtverwaltung wie die Akteure, die im Bereich der Abfallwirtschaft und Siedlungshygiene tätig sind. So meinte ein Mann in Ouagadougou, dass es den Menschen nicht entgangen sei, dass neu eingesetzte BürgermeisterInnen im Allgemeinen die Schuld auf die vorher amtierenden BürgermeisterInnen schieben würden anstatt Maßnahmen zu setzen, welche zu einer Verbesserung der Lebensbedingungen führen würden (15. Einzelinterview)⁵⁰.

Die Art und Weise, wie diese Kritik geäußert wird, unterscheidet sich jedoch auch oft von jener der ExpertInnen. Insbesondere das mangelnde Vertrauen zur Stadtverwaltung wird häufig thematisiert. Hierbei sind es die tagtäglichen Erfahrungen und Enttäuschungen, welche die Menschen als Argumentationsgrundlage heranziehen. Eine Frau im zentrumsnahen Viertel Larlé in Ouagadougou berichtete, dass ihnen kostenlose Moskitonetze für die gesamte Familie versprochen worden waren. Zu diesem Zweck hatte es einige Monate zuvor eine Zählung der Familienmitglieder in allen Haushalten gegeben um die Anzahl der benötigten Moskitonetze eruieren zu können. Für die 7-köpfige Familie waren vier Moskitonetze veranschlagt worden, allerdings hätten sie nur drei erhalten (16. Einzelinterview). Eine Frau, die im benachbarten Viertel Nonsingh wohnte, und mit der ich ebenfalls Anfang Oktober 2013 ein Interview führte, gab an, noch gar keine Moskitonetze erhalten zu haben (13. Einzelinterview). In Bamako erklärte mir eine Marktverkäuferin im informellen Viertel Yirimadio, dass sie kein Vertrauen zur Gemeinde hätte, da sie weder Informationen noch Hilfe bekäme. Am Markt würden die anfallenden Abfälle nicht von der Gemeinde weggebracht. Auch wenn sie die vorgeschriebenen Marktabgaben an die Gemeinde bezahlen würde, würde die Gemeinde

49 Anhang 3: 46. Zitat

50 Anhang 3: 47. Zitat

ihre Aufgaben nicht erfüllen (1. Einzelinterview). Tatsächlich stellten wilde Mülldeponien in der Nähe vieler Märkte zum Zeitpunkt meines Forschungsaufenthaltes in Bamako ein großes Problem dar. Im Rahmen des Projekts »Saniya Warrri«, das vom Welternährungsprogramm im Jahr 2013 durchgeführt wurde, konnte ich in den peripher gelegenen Stadtvierteln Yirimadio, Falladie und Samé beobachten, wie die TeilnehmerInnen des Programms zur Evakuierung dieser wilden Deponien bei den Märkten eingesetzt wurden. Das mangelnde Vertrauen zu den VertreterInnen der Stadtverwaltung resultiert schließlich daraus, dass diese verdächtigt werden, mit den Maßnahmen nur ihren Eigeninteressen zu dienen. So meinte eine Frau, die im zentrumsnahen Viertel Banconi in Bamako lebt, dass es in ihrem Viertel sehr schmutzig sei. Generell würde nur dort, wo die BürgermeisterInnen oder Abgeordnete wohnen, auf Sauberkeit geachtet. In den meisten anderen Stadtvierteln würde sich die Stadtgemeinde nicht für die Reinigung der Straßen und Plätze verantwortlich fühlen (4. Einzelinterview). Die Unzufriedenheit über die fehlende Regenwasserdrainage oder die unzureichende Abfallentsorgung sowie Grundstücksspekulationen, an denen die BürgermeisterInnen sich selbst bereichern wollten, rufen Empörung hervor und führen dazu, dass manche StadtbewohnerInnen Umweltschutzgesetze und Verbote bewusst ignorieren würden (15. Einzelinterview)⁵¹.

7.3.3. Abhängigkeit von internationaler Entwicklungshilfe

Darüber hinaus kann auch die Einbürgerung einer Entwicklungshilfementalität als tiefer liegende Ursache für die fehlende Bereitschaft gesehen werden, sich finanziell an Infrastrukturprojekten zu beteiligen. Die Menschen seien daran gewöhnt, dass sie Hilfe vom Staat oder von europäischen Entwicklungshilfeorganisationen bekommen. Wenn also ein Infrastrukturprojekt durchgeführt wird, würden die Menschen dies als »Geschenk« sehen (21. Experteninterview)⁵².

Die starke Präsenz von Akteuren der Entwicklungszusammenarbeit führt dazu, dass die kostenlose Bereitstellung von Lösungen von diesen erwartet wird. Geld, das von außerhalb kommt und als »argent froid« (Verger 1997) bezeichnet werden kann, wird leichten Herzens verbraucht und kann auch veruntreut werden. Im Gegensatz dazu ist Geld, wie es in den Sparvereinen der Frauen akkumuliert wird, »argent chaud«, also Geld, das gewissenhaft verwaltet wird.

Großinfrastrukturprojekte in afrikanischen Städten werden nach wie vor von Konzepten bestimmt, die in Industriestaaten entwickelt wurden. Abwasserdrainagen, Mülldeponien oder Kläranlagen richten sich in ihrer Konzeption nach europäischen Vorbildern. Damit entstehen allerdings, wie dies im Sinne von angepassten Technologien vielfach diskutiert wurde (siehe Chevron 2011), mehrere Probleme: Die Voraussetzungen in Entwicklungsländern sind im Hinblick auf die technischen Ressourcen und Kompetenzen nicht dieselben wie in Industrieländern, was dazu führen kann, dass solche Technologien nicht vollständig umgesetzt werden können. Darüber hinaus wird mit dem

51 Anhang 3: 48. Zitat

52 Anhang 3: 49. Zitat

Stichwort Ökoimperialismus auch kritisiert, dass der Technologietransfer von kapitalintensiven Technologien in Entwicklungsländer Abhängigkeiten schaffen kann.

Im Gegensatz zu den europäischen Ländern haben die afrikanischen Staaten kein ausreichendes Budget, um die Infrastrukturprojekte selbst zu finanzieren. Für die Errichtung von Infrastruktur im Bereich der Siedlungshygiene und der Abfallwirtschaft sind die Stadtverwaltungen abhängig von ausländischen Baumaterialien und Arbeitsgeräten. Alternative Infrastruktur wie z.B. traditionelle Trockentoiletten, wie sie in Djenné (Mali) zu finden sind (siehe Kapitel 2.8), die mit lokal verfügbaren Baumaterialien auskommen würden, wird im Normalfall nicht errichtet. Das Know-how, die Baumaterialien, die Baumaschinen und -geräte sowie das nötige Kapital kommen aus dem Ausland. Die Stadtverwaltungen geben sich damit zufrieden, dass staatliche oder multilaterale Entwicklungshilfeorganisationen Projekte durchführen und erhoffen sich ohne viel Verantwortung einen Nutzen daraus (siehe Bergamaschi 2009). Die Vorgangsweise der staatlichen und kommunalen EntscheidungsträgerInnen wird von manchen als sehr lasch bezeichnet. So kritisierte ein malischer Journalist die Abhängigkeit von Entwicklungsprogrammen, -zielen und -strategien, die im Ausland entwickelt werden. Den Ministern gehe es darum, Entwicklungshilfe an Land zu ziehen, aber sie selbst würden keine Anstrengungen unternehmen, um bestehende Probleme zu lösen und zur Entwicklung des Landes beizutragen. Der Fokus in Mali werde viel zu sehr auf die finanziellen Aspekte gelegt, obwohl die Ursachen vielmehr in fehlendem Schaffensdrang und Einfallslosigkeit liegen würden (17. Experteninterview)⁵³.

Ohne finanzielle und technische Hilfe aus dem Ausland ist für viele keine Entwicklung vorstellbar (siehe Naudet 2000 u.a.m.). Diese Einstellung, die unter den politischen EntscheidungsträgerInnen weit verbreitet ist, wird von MitarbeiterInnen internationaler Organisationen jedoch auch kritisiert. Ein malischer Vertreter der Weltbank bemängelte in einem Gespräch mit mir die Tatsache, dass im Hinblick auf Entwicklungsprojekte immer auf die Errichtung von Infrastruktur fokussiert werde. Oft herrsche die Mentalität: »On nous donne de l'argent, on va construire«, also »Man gibt uns Geld, wir bauen«. Entwicklung werde hier also mit Geld gleichgesetzt. Es werde allerdings vergessen, dass auch die Innovationspotentiale, Fertigkeiten und Kenntnisse der VerantwortungsträgerInnen gestärkt werden müssen, damit Entwicklungsprojekte dauerhaften Nutzen bringen können. In den letzten Jahren hätte man jedoch ausschließlich urbane Infrastruktur geschaffen, die aufgrund ihrer hohen Investitionskosten die Frage der Finanzierung in den Vordergrund gerückt hätte. Heute sei die Wartung und Instandhaltung dieser Infrastruktur aufgrund des Ausblendens der sozialen und kulturellen Aspekte nicht sichergestellt.

Während meines Aufenthaltes in Bamako von Oktober 2011 bis März 2012 fanden drei Konferenzen zum Thema Wasserversorgung sowie Abfallwirtschaft und Siedlungshygiene statt. Diese Konferenzen wurden von internationalen Entwicklungshilfeorganisationen finanziert und organisiert. Im Anschluss an eine Konferenz führte ich ein Interview mit einem »Communicateur traditionnel« (Griot), der an der Konferenz teilgenommen hatte. Er kritisierte die Ausrichtung und Organisation der Konferenz. Die Konferenz würde die Menschen ausschließen, die am stärksten von der Problematik

53 Anhang 3: 50. Zitat

fehlender Sanitäreinrichtungen und verschmutztem Trinkwasser betroffen seien. Er meinte weiterhin, dass die Botschaften, die während des Forums verbreitet worden waren, sich nur an die französischsprachigen Bevölkerungsschichten richten würden. Die Sensibilisierung der Bevölkerung müsste vielmehr in Form von Versammlungen stattfinden, wo die Botschaften mündlich weitergegeben werden. Schriftliche Informationen und Bewusstseins-schaffende Empfehlungen in französischer Sprache hätten keinen Nutzen, denn diejenigen, die verschmutztes Wasser trinken würden, wären die »Armen« und Ungebildeten. Die Zielgruppe würde also die Botschaften nicht verstehen. Man würde zu ihnen auf Französisch sprechen, sie selbst würden stumm bleiben. Dennoch würde es in vielen Fällen so ablaufen, dass die externen GeldgeberInnen Geld zur Verfügung stellen würden um die Botschaften in einer von ihnen vorgegebenen Weise zu vermitteln. Man könne daher an der Sinnhaftigkeit dieser Sensibilisierungsmaßnahmen zweifeln (18. Experteninterview)⁵⁴. Die Konferenzen waren in erster Linie nicht zum Zweck der Sensibilisierung der allgemeinen Bevölkerung abgehalten worden, sondern vielmehr, um die kommunalen EntscheidungsträgerInnen und die VertreterInnen von lokalen NGOs über neue Richtlinien und aktuelle Entwicklungen zu informieren. Die Präsentationen der ReferentInnen wurden jedoch zum Teil in sehr technischer Sprache gehalten, sodass es möglicherweise nicht nur mir, sondern auch manchen anderen Menschen streckenweise schwer gefallen sein mag, den Vorträgen zu folgen. Darüber hinaus wurden von einigen internationalen NGOs auch Gruppen von Frauen bzw. Jugendlichen mit T-Shirts der NGOs bekleidet und engagiert, an den Konferenzen teilzunehmen. Auf mich machten sie vielmehr den Eindruck von StatistInnen, denn sie stellten keine Fragen und beteiligten sich nicht an den Diskussionen. Lediglich zu Beginn der Konferenzen waren ihre Stimmen im allgemeinen Gelächter vernehmbar, denn jede Konferenz wurde mit einem kleinen Bambara-sprachigen Sketch in der traditionellen Form des Theaters, »koteba« eingeleitet. Diese Sketche behandelten eine zum Thema passende Problematik wie z.B. verschmutzte Trinkwasserbrunnen.

Nicht nur der Staat ist abhängig von Entwicklungshilfe, sondern auch die NGOs in Bamako und Ouagadougou, die ohne Unterstützung von ausländischen GeldgeberInnen kaum existieren könnten. Im Interview mit einem Mitarbeiter einer malischen NGO, die als Zwischenglied zwischen dem luxemburgischen Geldgeber und den Vereinen in der Abfall- und Abwasserentsorgung fungiert, wurde dies klar ersichtlich. Die Finanzierung für ein im Jahr 2009 gestartetes Projekt sollte im Jahr 2012 auslaufen und der Mitarbeiter der NGO sah die Tätigkeit der NGO gefährdet, sollte es danach keine anderen finanziellen Subventionen geben (10. Experteninterview). Kurzfristige Projektfinanzierung stellt eine Grundproblematik für viele lokale NGOs dar, denn sie gestattet keinerlei strukturbildenden Investitionen und die Entwicklung von eigenen Aktivitäten. Die Beschränkung der finanziellen Unterstützung auf einige wenige Jahre führt darüber hinaus dazu, dass sich manche NGOs recht opportunistisch verhalten, d.h. ihre Schwerpunkte je nach Geldgeber abwandeln (vgl. Dorier-Apprill und Meynet 2005). Lokale Vereine erfüllen oft nicht die Voraussetzungen, um mit internationalen Organisationen eine Kooperation einzugehen. Obwohl die Vereine die lokal vorherrschende Realität am besten kennen würden, hätten sie aufgrund der fehlenden finanziellen

Mittel nicht die Möglichkeit, große Projekte durchzuführen. Die Entwicklungshilfeorganisationen und internationale NGOs würden hingegen die meisten Gelder in die Verwaltung investieren und nicht in Projekte vor Ort (16. Experteninterview). Tatsächlich wurde ich mancher international bekannter großer NGOs, die auch in Mali und Burkina Faso vertreten waren, erst gegen Ende meiner Feldforschungsaufenthalte gewahr. Weder waren sie mir durch konkrete Projekte im Bereich der Siedlungshygiene in Bamako bzw. Ouagadougou, noch durch die Medienberichterstattung aufgefallen. Der Grund für diese mangelnde Präsenz ist mir nicht bekannt; von mehreren VertreterInnen von lokalen Vereinen wurde dies jedoch auf den bürokratischen Verwaltungsapparat zurückgeführt. Manche ForscherInnen haben ebenfalls bemängelt, dass sich internationale Organisationen der Entwicklungshilfe zu sehr mit der Budgetverwaltung, der Erstellung von Programmen und Berichten sowie dem Fundraising befassen und hierbei die Bedürfnisse der Bevölkerung als auch lokale Initiativen kaum Gehör finden (vgl. Easterly 2002).

Interessanterweise ist sogar der Privatsektor von internationaler Entwicklungshilfe abhängig. Das Beispiel der Abfallsammlung in Bamako zeigt dies deutlich auf. Die erste Frauenkooperative in Bamako, die seit dem Jahr 1989 in der Abfallwirtschaft tätig war, wurde durch UNDP und UNWOMEN finanziell und materiell unterstützt. Sie hatte daher sowohl die notwendigen Arbeitsgeräte wie zwei Lastwägen als auch ein Budget für die Sensibilisierung der Haushalte zur Verfügung. Mit dem Beginn der Dezentralisierung Anfang der 1990er Jahre wurden die Verträge mit der Frauenkooperative nicht mehr verlängert, sondern an junge arbeitslose Akademiker vergeben, die sich in Form von GIE organisiert hatten (Chevron et al. 2002). Eine Mitarbeiterin der COFESFA meinte, dass die Abfallsammlung durch die GIE weniger gut funktioniert hätte, da die GIE anfangs keinerlei internationale Unterstützung erhalten hätten und daher materiell und finanziell weitaus schlechter ausgestattet gewesen seien. Die meisten GIE hätten die Abfallsammlung deshalb mithilfe von Eselskarren durchgeführt und auf Sensibilisierungsaktivitäten verzichtet (8. Expertinneninterview)⁵⁵. Tatsächlich ergab eine Umfrage unter den GIE in Bamako im Jahr 1995, dass von 47 GIE keine GIE ein motorisiertes Müllfahrzeug besessen hatte, sondern alle auf Eselskarren angewiesen waren (siehe Berthé 2002). Seitdem wurde der Fuhrpark von vielen GIE mit der finanziellen Unterstützung durch internationale Geldgeber aus der bi- und multilateralen Entwicklungszusammenarbeit, Städtepartnerschaften bzw. NGOs jedoch um Müllfahrzeuge bzw. Traktoren erweitert. Andere GIE, die keine Kooperationen mit solchen Akteuren eingehen konnten, waren oft nicht in der Lage, in ihren Fuhrpark zu investieren und sind heute zum Teil nicht mehr aktiv. Die ausbleibende Unterstützung der neuen Kleinunternehmen in der Abfallsammlung durch die internationale Entwicklungszusammenarbeit kann daher als maßgeblicher Faktor für die zunehmende Verschlechterung der angebotenen Dienstleistungen gesehen werden.

55 Anhang 3: 52. Zitat

7.3.4. Korruption als eigenes Problem

Korruption darf im Hinblick auf Umweltverschmutzung nicht unberücksichtigt bleiben, denn Korruption ist nicht nur ein Phänomen, das in den Medien diskutiert wird, sondern Bestandteil der Lebensrealität ärmerer StadtbewohnerInnen.

Die Anwendung von Gesetzen und Vorschriften gestaltet sich in einem System des Klientelismus und der Korruption äußerst schwierig. Die soziale Komponente ist mitunter ausschlaggebend dafür, dass das Rechtssystem nicht in der vorgesehenen Weise funktioniert. Einflussreiche Personen setzen ihre Macht ein, sodass in ihrem Fall Ausnahmen gemacht und sie für ihren nachlässigen Umgang mit Abfällen und Abwässern nicht belangt werden. So berichtete ein Mann in Ouagadougou, der in einem Mietverhältnis lebt, dass die Sickergrube in seinem Hof schon vor einiger Zeit voll geworden sei. Der Eigentümer hätte sich geweigert, die Sickergrube zu entleeren, und so habe er selbst ein Abflussrohr nach draußen verlegt. Die Abwässer der Dusche gelangen nun durch die Außenmauer des Hofes in eine kleine offene Grube am Straßenrand. Gesetzlich sei diese Art der Abwasserentsorgung verboten und die Gemeinde hätte bereits eine Vorladung geschickt. Der Eigentümer würde jedoch dieser Vorladung nicht Folge leisten, da er ein einflussreicher und wohlhabender Mann sei, der nicht mit einer Strafe zu rechnen habe (22. Einzelinterview).

Faktische Straffreiheit und Klientelismus sind v.a. in Bamako aber auch in Ouagadougou weit verbreitete Phänomene und treffen nicht nur für die wohlhabenderen Schichten zu. Auch ärmere StadtbewohnerInnen bleiben oft unbehelligt, wenn sie Abfälle und Abwässer nicht auf eine adäquate Art und Weise entsorgen. Für Tatbestände wie schadhafte Sickergruben, das Verbrennen von Abfällen und Altreifen oder die Entsorgung von Abfällen und Abwässern auf der Straße oder in Entwässerungsrinnen sind in Mali laut Gesetz Strafen vorgesehen. In Bamako patrouillieren in jeder Gemeinde VertreterInnen der Umweltschutzbrigade, deren Aufgabe die Ahndung von Verschmutzungen des öffentlichen Raumes ist. Dadurch, dass diese Umweltpolizei jedoch den BürgermeisterInnen der jeweiligen Stadtgemeinde untersteht, ist ihre Durchsetzungskraft nicht sehr stark. Denn oft fehle es am politischen Willen, die Arbeit der Umweltschutzbrigade zu unterstützen, da die Sanktionen in der Bevölkerung nicht akzeptiert seien. Die Menschen würden mit den VertreterInnen der Umweltschutzbrigade diskutieren und letztendlich auch obsiegen. Häufig würden der Imam, ein Bruder des Angeklagten oder sogar der/die BürgermeisterIn selbst intervenieren, damit die Strafandrohung zurückgezogen wird (1. Expertinneninterview)⁵⁶. Die BürgermeisterInnen würden davor zurückschrecken, hart durchzugreifen, weil sie die WählerInnen nicht verärgern wollten. Die BewohnerInnen im Viertel würden als potentielle WählerInnen gesehen, mit denen man sich für die kommenden Wahlen gut stellen sollte. Aus Angst vor dem Verlust von Wählerstimmen würden Gesetze daher sehr lax angewendet (16. Experteninterview, 20. Experteninterview).

Aufgrund von ausbleibenden Strafen für die Verschmutzung des öffentlichen Raumes kursiert in der Bevölkerung in Bamako sogar das Gerücht, die Gesetze seien mög-

56 Anhang 3: 53. Zitat

licherweise wieder abgeschafft worden (14. Experteninterview)⁵⁷. Ein französischer Berater der malischen Umweltbehörde stellte in einem Gespräch mit mir ernüchtert fest, dass die Funktion von Gesetzen nur darin liege, eine »Inspiration« zu sein. Die Ineffizienz der Justiz in afrikanischen Ländern ist ein altes, viel diskutiertes Problem und wird auch in Programmen der Entwicklungszusammenarbeit immer wieder thematisiert. Aus kultur- und sozialanthropologischer Perspektive wurde darauf hingewiesen, dass es im Alltag eine Normen- und Regelvielfalt gebe, welche den AkteurInnen einen großen Handlungsspielraum eröffne und eine klare Grenzziehung zwischen legalen und illegalen Praktiken kaum zulasse. Mittelfristig könnten Praktiken der Aushandlung von Ordnung und ausbleibende Sanktionen gegenseitige Verpflichtungen erzeugen und sich zu Klientelstrukturen wandeln (Blundo und Olivier de Sardan 2001; Olivier de Sardan 1999; Smith 2007).

Während die Haltung des »Laissez-Faire« der öffentlichen Verwaltung den Alltag der Mehrheitsbevölkerung bestimmt, kommt Korruption im größeren Stil, also Schmiergeldzahlungen, willkürliche Auftragsvergabe, Nepotismus oder die Unterschlagung von Geldern eher in einflussreichen Schichten sowie im Gewerbe vor. Korruption im Bereich der Wasserversorgung und Siedlungshygiene ist – wie dies der von Transparency International in Auftrag gegebene »Global Corruption Report« (2008) feststellt – insbesondere im Hinblick auf die Errichtung von Infrastruktur ein weit verbreitetes Problem. Ein Mitarbeiter zweier internationaler NGOs in Mali bekräftigte, dass viel Geld in die Planung von Infrastrukturprojekten und in die Durchführung von Machbarkeitsstudien fließe, weil die Zuständigen wüssten, dass man damit gutes Geld verdienen könne. Wenn man sich jedoch die Umsetzung der Pläne in konkrete bauliche Infrastruktur ansehe, so könnten Jahre vergehen, ohne dass die Bauarbeiten beginnen würden. Der Verdacht liege nahe, dass die Verantwortlichen, sobald sie ihre Provisionen bezogen haben, Interesse am Projekt verlieren und den Fortschritt des Projekts nicht mehr forcieren. Mit den internationalen Fördergeldern würde nicht verantwortlich umgegangen werden und die lokalen Projektbeauftragten würden das Geld oft »nehmen, um es zu essen« (11. Experteninterview)⁵⁸.

Korruption betrifft aber auch eine Vielzahl anderer umweltrelevanter Wirtschaftszweige. In Ouagadougou kann beispielsweise die Leder verarbeitende Industrie genannt werden, die ExpertInnen zufolge für die Verschmutzung des Grundwassers verantwortlich ist. Dies sei allgemein bekannt, aber da die Eigentümerin des Unternehmens eine anerkannte Persönlichkeit in Burkina Faso ist, seien Konsequenzen bisher ausgeblieben. Zwar wurden Studien zur Problematik der Umweltverschmutzung durch die Gerberei durchgeführt, doch die Ergebnisse der Studien seien aus politischen Gründen nicht publiziert worden (28. Experteninterview). In Bamako kann das Beispiel der Kleinunternehmen in der Abwasserentsorgung, die mit Saugwägen die Toilettenabwässer der Haushalte abpumpen und mangels fehlender Kläranlagen am Stadtrand ausleeren, genannt werden. Mitunter komme es vor, dass die Fäkalien in der Nähe von bewohnten Grundstücken entleert werden und das Grundwasser dadurch verschmutzt wird. Die Stadtgemeinde wisse von dieser Praxis Bescheid, habe bisher aber noch keine

57 Anhang 3: 54. Zitat

58 Anhang 3: 55. Zitat

Lösung für das Problem gefunden. Die Polizei wurde zwar damit beauftragt, die Saugwagenfahrer zu bestrafen, aber das habe nur dazu geführt, dass Bestechungsgelder erhoben werden. Das umwelt- und gesundheitsgefährdende Vorgehen der Kleinunternehmen werde damit nicht unterbunden (24. Experteninterview).

Sowohl in Bamako als auch in Ouagadougou wurde von manchen Interviewpartnern die mangelnde Transparenz bei der Vergabe von Konzessionen in der Abfallsammlung kritisiert. In Bamako folge die Auswahl der Dienstleister keinen nachvollziehbaren Regeln, sondern geschehe rein willkürlich. Diejenigen GIE, die gute Beziehungen zu den BürgermeisterInnen und den GemeinderätInnen pflegten, würden Aufträge erhalten. Alle anderen fänden sich auf einer Warteliste wieder und hätten wenige Chancen, irgendwann doch noch zum Zug zu kommen. Aufgrund des Nepotismus hätten manche BürgermeisterInnen GIE mit der Abfallsammlung beauftragt, obwohl diese nicht die erforderlichen Arbeitsgeräte hätten (16. Experteninterview). Auch in Burkina Faso – so ein Geograph an der Universität in Ouagadougou – sei die Abfallwirtschaft durch die Dezentralisierung ein politisierter Bereich geworden. Manche GemeinderätInnen würden alte Frauen in ihrem Viertel organisieren, ihnen Eselskarren zur Verfügung stellen und ihnen den Auftrag erteilen, die Haushaltsabfälle im Viertel zu sammeln. Dies erfolge jedoch auf informelle Art und Weise und die Gruppen hätten keine offizielle Erlaubnis, diese Dienstleistungen zu erbringen. Mit diesem Vorgehen würden die GemeinderätInnen im Widerspruch zur 2005 in Kraft getretenen Abfallwirtschaftsstrategie handeln, aber für die GemeinderätInnen sei es politisch rentabel, denn die Initiativen würden älteren Frauen eine Einkommensmöglichkeit bieten und potentielle WählerInnen wohlgesinnt stimmen (25. Experteninterview).

In jedem Fall versuchen LokalpolitikerInnen in einem System von Klientelbeziehungen die Ressourcen und Chancen an diejenigen zu verteilen, die sie politisch unterstützen. Wie gängig diese Strategie ist, wird an einem Szenario deutlich, dass sich ein informeller Abfallsammler in Ouagadougou ausmalte. Er beschrieb, wie er für den (damals amtierenden) Präsidenten Blaise Compaoré Parteiwerbung machen könnte, indem er die Abfallsammlung für 250 CFA anstatt für 500 CFA anbieten würde. Der Präsident Blaise Compaoré müsste dem Abfallsammler zwar den entgangenen Gewinn wettmachen, aber im Gegenzug könnte man die günstigen Abfallsammelgebühren auf die Fahnen der Partei heften. Mit dieser Strategie könnte man eine Vielzahl an Wählerstimmen gewinnen (31. Experteninterview)⁵⁹. All dies macht sichtbar, wie Korruption in der öffentlichen Verwaltung ein weit verbreitetes und banalisiertes Phänomen geworden ist.

7.4. Ehrenamtliches Engagement für den Umweltschutz

Im Hinblick auf die Möglichkeiten von ärmeren StadtbewohnerInnen, umweltgerecht zu handeln, geht es nicht nur bloß um den Zugang zu Infrastruktur, um die finanziellen Kapazitäten der Haushalte oder das Respektieren von Umweltschutzgesetzen,

59 Anhang 3: 56. Zitat

sondern auch um die Fähigkeit, sich selbst zu organisieren. Eigeninitiativen zur Verbesserung der Siedlungshygiene können auch in Stadtvierteln, wo es eine unzureichende Infrastruktur, d.h. keine Abfallsammlung, gibt oder wo die finanziellen Ressourcen der Familien beschränkt sind und die Dienstleistungen der GIE bzw. Kleinunternehmen in der Abfallsammlung nicht von allen in Anspruch genommen werden können, dazu beitragen, die Umwelt zu schützen und die Lebensqualität zu erhöhen.

In Bamako haben die BewohnerInnen in mehreren Vierteln begonnen, sich nach dem Vorbild anderer Initiativen in Bereichen wie der Gesundheitsversorgung, der Bildung oder dem Wohnen zu organisieren und Aktivitäten zur Reinigung des öffentlichen Raumes durchzuführen. In zentrumsnahen Stadtvierteln wie Banconi, aber auch in peripher gelegenen Stadtvierteln wie Missabougou rücken bei Bedarf freiwillige Vereinigungen aus, um das Viertel von wilden Deponien zu befreien und Straßen sowie Entwässerungsrinnen und -gräben zu säubern. Mancherorts beinhalten die Aktivitäten auch die Reinigung von öffentlichen Einrichtungen wie Schulen oder Krankenstationen, denn viele dieser Einrichtungen haben nicht die entsprechenden finanziellen Mittel, um Reinigungskräfte zu bezahlen. Die Reinigungsarbeiten zum Nutzen des Gemeinwohls erfolgen ehrenamtlich durch Frauen, Männer und Jugendliche, die im Viertel wohnen. Eine Frau in Banconi meinte, dass viele der BewohnerInnen in ihrem Viertel den Jugendlichen kleine Summen Geld zustecken würden, damit diese sich mit den erforderlichen Arbeitsgeräten wie Besen ausstatten könnten (4. Einzelinterview)⁶⁰.

In mehreren Vierteln in Bamako werden solche selbst organisierte Tätigkeiten für ein sauberes Wohnumfeld durch mangelnde Arbeitsmaterialien jedoch erschwert oder sogar verunmöglicht. In einem Stadtteil in der Commune IV wurde mir vom traditionellen Viertelvorsteher berichtet, dass sich die Jugendlichen von Zeit zu Zeit versammeln würden, um die Abfallhaufen im öffentlichen Raum zu reinigen und die Abfälle außerhalb des Viertels zu bringen. Die Jugendlichen hätten sich als Reaktion auf die wenig zufriedenstellende Arbeit der im Viertel tätigen GIE organisiert. Die ehrenamtliche Arbeit der Jugendlichen wäre aufgrund von fehlender technischer Ausrüstung nicht einfach und bisher hätte ihnen die Gemeinde noch keinerlei Unterstützung gewährt (22. Experteninterview)⁶¹. Im Viertel Magnambougou gaben die Mitglieder einer Tontine an, dass sie bereit wären, das Stadtviertel ehrenamtlich zu reinigen, dass ihnen aber die notwendige Ausstattung fehle. Solange ihnen nicht jemand Unterstützung in Form von Besen, Rechen und Schubkarren zur Verfügung stelle, könnten sie diese Freiwilligenarbeit nicht in ihre Aktivitäten integrieren (1. Fokusgruppeninterview)⁶². Diese Tontine in Magnambougou war zum Zweck der gegenseitigen Unterstützung von Händlerinnen gegründet worden. Die Interessen der Vereinsmitglieder, die eine Vielzahl an Waren und Nahrungsmitteln auf den lokalen Märkten verkauften, waren also durchaus gewinnorientiert. Die mir gegenüber geäußerte Bereitschaft, sich auch in der ehrenamtlichen Reinigung des Viertels engagieren zu wollen, könnte möglicherweise auch eine Strategie gewesen sein, um eine Kooperation mit mir anzuknüpfen. Nach

60 Anhang 3: 57. Zitat

61 Anhang 3: 58. Zitat

62 Anhang 3: 59. Zitat

dem Fokusgruppeninterview hatte mich die Leiterin der Tontine wiederholt kontaktiert und mich um eine finanzielle Unterstützung gebeten, woraufhin ich sie und andere Frauen zu einem Mikrofinanzunternehmen begleitet hatte, um ihnen den Erhalt von Kleinkrediten zu ermöglichen.

Eine weitere Frage ist, wie es gelingen kann, Menschen für den Umweltschutz zu mobilisieren. In Bamako wurden ab Mitte der 1990er Jahre unter der Initiative der einzelnen Stadtgemeinden in jedem Viertel so genannte »comités de salubrité«, also Komitees für die Siedlungshygiene eingerichtet. Diese setzen sich aus GemeindemitarbeiterInnen, VertreterInnen lokaler Frauen-, Jugend- und sonstiger Vereine, den traditionellen Viertelchefs sowie den LeiterInnen von GIE zusammen. In einem Schema wird festgehalten, an welchen Tagen diese Komitees zum Einsatz kommen, um das jeweilige Viertel zu reinigen. Die Komitees sind dafür verantwortlich, die BewohnerInnen zu informieren und zu motivieren, sich aktiv an den Reinigungsaktivitäten zu beteiligen. Die Gemeinde sowie die GIE werden dazu verpflichtet, an diesen Tagen ihre Arbeitsgeräte zur Verfügung zu stellen, damit die Arbeiten durchgeführt und die Abfälle von den wilden Deponien wegtransportiert werden können. Bei den Sauberkeitstagen sind es vorwiegend Frauen, die sich bei der unbezahlten Reinigung von öffentlichen Plätzen aktiv beteiligen. Frauen sind nach Ansicht vieler Menschen am stärksten von der Verschmutzung der Wohnumgebung betroffen und deshalb wird ihnen generell ein ausgeprägtes Umweltbewusstsein zugeschrieben (vgl. Chevron et al. 2002). Mehrere ExpertInnen wiesen im Gespräch mit mir darauf hin, dass die größere Sensibilität von Frauen gegenüber der Verschmutzung des öffentlichen Raumes ausschlaggebend dafür sei, dass es mehrheitlich Frauen seien, welche bei den von den Komitees organisierten Saubermachaktionen erscheinen würden (2. Expertinneninterview, 16. Experteninterview). Die Jugendlichen hätten hingegen wenig Interesse, sich ehrenamtlich in der Reinigung ihres Stadtteils zu engagieren. Weil es eine schmutzige Tätigkeit sei und keinen Gewinn einbringe, seien die Jugendlichen kaum dazu zu bewegen, an den freiwilligen Reinigungsaktionen teilzunehmen (10. Experteninterview, 8. Expertinneninterview)⁶³. Diese Kritik am mangelnden Interesse für das Gemeinwohl kann ich nicht teilen, denn wie die Beispiele weiter oben gezeigt haben, sind Jugendliche durchaus bereit, ihr Wohnumfeld ehrenamtlich zu reinigen. Die Kritik kann vielmehr als Bestandteil eines allgemeinen, weit verbreiteten Diskurses gesehen werden, welche die Jugendlichen – in Zeiten hoher Arbeitslosigkeit – als antriebslos, bequem und verantwortungslos verurteilen. Möglicherweise liegt die geringe Beteiligung von Jugendlichen an den Sauberkeitstagen auch an der Art und Weise, wie diese organisiert werden. Im Gegensatz zu den Eigeninitiativen der Jugendlichen, bei welchen sie selbst über den Zeitpunkt und ihr Vorgehen bestimmen können, unterstehen sie bei den Sauberkeitstagen den Anordnungen der älteren Komiteemitglieder.

Während meines Forschungsaufenthaltes in Bamako wollte ich mir selbst einen Eindruck über die Reinigungsaktivitäten im Zuge der Sauberkeitstage bilden. Am Vorabend des Opferfests im November 2011 suchte ich zwei Viertel in Bamako auf, wo laut Plan die Bevölkerung gemeinsam mit den ehrenamtlichen Stadtviertelkomitees Reinigungsarbeiten durchführen sollten. Ein Platz in direkter Nähe zu einer Moschee in Ma-

63 Anhang 3: 60. Zitat

gnambougou und ein Platz unmittelbar neben dem Gemeindeamt in Yirimadio waren ausgewählt worden, um von Abfällen befreit zu werden. An beiden öffentlichen Plätzen konnte ich niemanden antreffen, der in diese Aktivitäten involviert war. Aus dem Tätigkeitsbericht der Gemeinde VI in Bamako für das Jahr 2011 geht hervor, dass am Samstag vor dem Opferfest lediglich in drei von zehn Stadtvierteln Reinigungsarbeiten durchgeführt worden waren, also öffentliche Plätze gekehrt, wilde Deponien evakuiert oder verstopfte Entwässerungsrinnen gereinigt wurden.

Diese Beobachtung spiegelt eine Momentaufnahme aus dem Jahr 2011 wider und kann somit nicht als Trend oder allgemeine Feststellung gelten. Dennoch gibt es einige Faktoren, die dazu beitragen, dass die Bereitschaft zum freiwilligen Engagement der Bevölkerung mitunter gering ausgeprägt ist. In manchen Stadtvierteln in Bamako spielt mangelnder sozialer Zusammenhalt im Viertel eine Rolle dafür, dass die Menschen den ehrenamtlichen Reinigungsaktivitäten fernbleiben. Die Mitglieder einer Tontine in Faldadie hätten früher an den monatlich stattfindenden Sauberkeitstagen teilgenommen, d.h. sie hätten mit ihren Besen alle Straßen im Viertel gekehrt und anschließend die Abfälle mit dem von der Gemeinde bereitgestellten Eselskarren weggebracht. Manche Nachbarinnen hätten allerdings ohne Rücksicht auf die Säuberungsaktion weiterhin ihre Abwässer auf der Straße entsorgt. Die Tatsache, dass diese Bewohnerinnen ihre Aktivitäten sabotiert hätten, hätte sie entmutigt. Nun würden sie bei den Sauberkeitstagen nicht mehr mitmachen und die freiwillige monatliche Reinigung des Viertels sei eingestellt worden (2. Fokusgruppeninterview)⁶⁴. Obwohl annähernd fünfzig Frauen im betroffenen Viertel Mitglied der Tontine sind, war die Gruppe nicht imstande, die anderen Familien zu überzeugen und hinter sich zu vereinen. Die Sauberkeitstage, deren Erfolg von der aktiven Beteiligung der Tontine-Mitglieder abhängig war, würden nach Aussage der Vereinsleiterin nun nicht mehr stattfinden.

In anderen Vierteln in Bamako kann die geringe Beteiligung an freiwilligen Reinigungsaktivitäten zum Teil auf die falschen Erwartungen in der Bevölkerung zurückgeführt werden. So erklärte eine Vertreterin der Frauenvereinigung in der Commune VI, dass der malische Präsident im Jahr 2002 den Sauberkeitskomitees mehrere Milliarden CFA versprochen hätte. Es sei die Rede davon gewesen, dass das Geld den ehrenamtlichen Zusammenschlüssen für die Verbesserung der Siedlungshygiene zur Verfügung gestellt werden sollte. Die StadtbewohnerInnen hätten sich organisiert aber nie einen Teil der Förderungen bekommen. Heute herrsche unter den Sauberkeitskomitees große Enttäuschung angesichts der nicht eingehaltenen Versprechungen (2. Expertinneninterview)⁶⁵.

In Bamako und Ouagadougou gibt es in der Bevölkerung heute generell ein weit verbreitetes Gefühl der Resignation. Vielerorts hätten die Zuwanderung und die Haltung des »Laissez-Faire« dazu geführt, dass wilde Deponien entstehen und zuvor existierende interne Regelungen im Viertel nicht mehr funktionieren würden. Im Viertel Missabougou in Bamako beispielsweise würden manche Familien ihre Kinder nachts im Schutz der Dunkelheit außer Haus schicken, um den Abfall zu entsorgen. Im Viertel

64 Anhang 3: 61. Zitat

65 Anhang 3: 62. Zitat

sei bereits darüber nachgedacht worden, einen Wächter zu beauftragen, die Sauberkeit im Viertel zu überwachen, jedoch hätten die Kosten für dessen Arbeitsleistung die Viertelverantwortlichen davon abgehalten (9. Experteninterview)⁶⁶. Manche meiner InterviewpartnerInnen, wie ein malischer »Communicateur traditionnel« (Griot) stellten diesem Verhalten die traditionellen Umweltregulierungsmechanismen gegenüber. Früher hätte es mehrere Instanzen gegeben, welche für den Umweltschutz verantwortlich gewesen seien. Die traditionellen Viertelchefs hätten mit ihren Beratern anstehende Umweltprobleme besprochen und die jungen Männer in der Siedlung beauftragt, Umweltschutzmaßnahmen durchzuführen. Die Abfälle seien am Rande der Städte bzw. der Siedlungen zusammengetragen und als Kompost auf die Felder ausgebreitet worden. Das Problem störender Abfälle und Abwässer in der Stadt hätte es damals also nicht gegeben (18. Experteninterview)⁶⁷. Der Umstand, dass heutzutage sowohl in Bamako als auch in Ouagadougou wilde Deponien in der Stadt anzufinden sind, könnte auf die schwindende Macht der traditionellen Viertelvorsteher hinweisen. Auch wenn diese in der Bevölkerung neben Imamen bzw. Priestern das höchste Vertrauen genießen, von den Menschen respektiert werden und häufig in direktem Kontakt mit der Bevölkerung stehen (siehe Logan 2008), scheinen sie nicht in der Lage zu sein, gewisse Verhaltensweisen im Bereich der Siedlungshygiene durchzusetzen. Das Nebeneinanderbestehen von verschiedenen Rechtssystemen und EntscheidungsträgerInnen – auf der einen Seite die gesetzlich legitimierten VertreterInnen in Person des/der BürgermeisterIn, auf der anderen Seite die nach dem Wohnheitsrecht eingesetzten traditionellen Viertelvorsteher – trägt darüber hinaus dazu bei, dass die Zuständigkeitsbereiche in den Augen der Bevölkerung nicht immer klar zugeordnet werden können.

Viele Menschen in Bamako und Ouagadougou wiesen in den Gesprächen mit mir darauf hin, dass im Vergleich zu heute die Siedlungshygiene in den Städten vor einigen Jahrzehnten, als in Mali und Burkina Faso autoritäre Regime herrschten, viel besser gewesen sei. Das Engagement für das Gemeinwohl sei direkt nach der Unabhängigkeit der Republik Mali Anfang der 1960er Jahre sehr stark spürbar gewesen. Eine Mitarbeiterin der Frauenkooperative COFESFA in Bamako meinte, dass es damals eine Besinnung auf die eigenen Werte und das Bestreben, etwas Neues und Schönes zu schaffen, gegeben hätte. Diese Haltung, die von manchen Menschen als Patriotismus bezeichnet wird, hätte auch beinhaltet, den urbanen öffentlichen Raum zu reinigen. Als der erste malische Präsident im Jahr 1968 nach einem Militärputsch abgesetzt wurde, hätte sich die Haltung in der Bevölkerung geändert und der Wunsch nach »Freiheit« hätte Einzug gehalten. Damit wäre eine Abnahme des Verantwortungsgefühls für die Gemeinschaft einhergegangen. Heute sei ganz Bamako schmutzig und es würde niemanden stören (8. Expertinneninterview)⁶⁸. Der Demokratisierungsprozess nach dem Militärputsch im Jahr 1991, welcher das 22 Jahre lang währende totalitäre Regime von Moussa Traoré zu Fall brachte, wurde im Gegensatz zur Situation nach der Unabhängigkeit und dem Staatsstreich im Jahr 1968 kaum erwähnt. Nach diesem Putsch hatte es Anfang der 1990er Jahre ebenfalls eine kollektive Euphorie und die Gründung einer Vielzahl an GIE

66 Anhang 3: 63. Zitat

67 Anhang 3: 64. Zitat

68 Anhang 3: 65. Zitat

und Vereinen gegeben, um die Siedlungshygiene in der Stadt zu verbessern. Die Bereitschaft zu gemeinschaftlichem Handeln für den guten Zweck sei heute auf jeden Fall viel weniger gegeben, sind sich viele InterviewpartnerInnen einig. Heute gebe es viele Stadtviertel, wo die BewohnerInnen sehr passiv seien und darauf warten würden, dass Hilfe von außen komme. Die Menschen selbst seien weder organisiert noch orientiert und würden keinerlei Initiative ergreifen um ihre Wohn- und Lebensbedingungen zu verbessern (16. Experteninterview).

Ähnliche Aussagen hörte ich auch in Ouagadougou, wo der Vergleich zwischen den Revolutionsjahren während der Präsidentschaft von Thomas Sankara von 1983 bis 1987 und heute oft gezogen wird⁶⁹. So wurde mir gegenüber oft das Thema angesprochen, dass das zivile Engagement der Bevölkerung seit dem Ende der 1980er Jahre deutlich nachgelassen hätte. Und diese weit verbreitete Meinung wird auch in den Medien thematisiert. Die neu erworbene Freiheit nach dem Putsch von Thomas Sankara wird demnach auch mit *Laisser-faire* in Verbindung gebracht. Während in den 1980er Jahren kollektive Saubermachaktionen organisiert wurden, bei denen die Bevölkerung ohne Zwang – wie die Frau betonte – teilnahm, liege es heute in der Verantwortung jedes einzelnen, die unmittelbare Wohnumgebung zu reinigen. Die Individualisierung der Zuständigkeiten bewirke, dass die Reinigung des öffentlichen Raumes meist vernachlässigt werde. Diejenigen, welche der Schmutz auf der Straße stört, seien frei, diesen zu beseitigen. Diejenigen, welche an der aktuellen Situation keinen Anstoß finden oder sogar noch zur Vermehrung von Abwässern und Abfällen im öffentlichen Raum beitragen, würden von ihren NachbarInnen oder von öffentlicher Seite nicht behelligt (16. Einzelinterview)⁷⁰.

7.5. Umweltbewusstsein und unterschiedliche Umweltdiskurse

7.5.1. Vorstellungen von Schmutz und Umweltschutz

Von der Bevölkerung wird Schmutz recht ambivalent wahrgenommen. Dies kann vermutlich auf traditionelle Zuschreibungen von Schmutz zurückgeführt werden. Auf Bambara bedeutet der Begriff »nogo« sowohl Schmutz als auch Dünger. Als Akt des Beschmutzens und als Begriff für Schmutz ist »nogo« negativ konnotiert, als Dünger hingegen ist »nogo« dem Menschen nützlich. Im ländlichen Raum wurde traditionellerweise jener Ort, der etwas abseits von den Behausungen gelegen war und an dem die Menschen kompostierbare Abfälle entsorgten sowie ihre Bedürfnisse verrichteten, gewöhnlich mit Schmutz und üblen Gerüchen assoziiert. Dennoch wurde der Nutzen des dort entstehenden Düngers anerkannt, sodass die unangenehmen Nebenerscheinungen in Kauf genommen worden seien (siehe Jaffré 2003). Im Zuge

69 In den 1980er Jahren wurde unter dem Präsidenten Thomas Sankara die Bevölkerung in Ouagadougou dazu angehalten, in regelmäßig stattfindenden Aktionen mit dem Namen »mana-mana« die Abfälle aus dem Stadtgebiet zu evakuieren. So genannte Verteidigungskomitees der Revolution übernahmen die kollektiven Reinigungsaktionen (Sory 2013).

70 Anhang 3: 66. Zitat

meiner Forschung in Bamako wurde mir auch das Sprichwort »Nogo be farafin lamo«, also »Schmutz lässt den/die AfrikanerIn reifen«, vorgestellt. Dies war ein mehr oder weniger ernst gemeinter Hinweis darauf, dass Schmutz nicht unbedingt negative Folgen für den Menschen haben muss. Das Sprichwort wurde mehrere Male als Kommentar zu meinen als übertrieben empfundenen Sauberkeitsvorstellungen geäußert und kann somit als ironische Bemerkung gesehen werden. Allerdings gibt es manche Phänomene, die ebenfalls in diesem Zusammenhang beschrieben wurden und die auf gewisse Aspekte von traditionellen Glaubensvorstellungen hinweisen. So wurde mir erzählt, dass es in der Region um Sikasso immer noch ältere männliche Mitglieder der ethnischen Gruppe der Senufo gebe, welche sich ohne Seife nur mit Wasser waschen würden. Auch wenn diese Praxis nicht den modernen Empfindungen von Sauberkeit entsprechen würde, würde sie der Überzeugung der Menschen nach dafür sorgen, die dem Menschen außen anhaftende Schutzschicht nicht zu zerstören (20. Experteninterview). Auch das Beispiel von Fetischen, welche von Marabouts, den traditionellen Magiern und Heilern, verwendet werden, wurde mir gegenüber erwähnt. Die Fetische würden aus »schmutzigen« Objekten wie Pflanzenbestandteilen, Blut und Erde gefertigt und würden dem/der TrägerIn gleichzeitig Kraft verleihen und Schutz bieten (16. Experteninterview).

Ein weiterer Begriff verdient hier nähere Betrachtung, und zwar der Begriff »nyaman«. Auf Bambara bzw. Dioula werden Abfälle und Überreste gewöhnlich als »nyaman« bezeichnet. Wie es Charles Bird et al. (1995) festhalten, leitet sich der Begriff »nyaman« vermutlich vom Begriff »nyaga« ab, welcher das beim Dreschen von Getreide übrig bleibende Spreu bezeichnet. Dies erklärt, warum »nyaman«, also Abfälle im Allgemeinen, von vielen meiner InterviewpartnerInnen mit sich zersetzender Materie assoziiert wurde und ihnen zufolge immer außerhalb des Hofes gebracht werden muss. »Nyaman« ist in diesem Verständnis negativ konnotiert und auch Orte wie Abfallhaufen »nyamanton« oder Ackerflächen, die nicht mehr bewirtschaftet werden und die vom Busch wieder zurückerobert werden »nyaman yoro« sind negativ konnotiert (siehe Jaffré 2003). Gleichzeitig hat »nyaman« aber auch noch eine weitaus vielschichtiger Bedeutung, die daraus herrührt, dass »nyaman« eine Form der Lebenskraft, die jedem Lebewesen innewohnt, bezeichnet. Diese Kraft ist im Grunde unberechenbar und kann sich im Falle, dass ihr Schaden zugefügt wird, an der VerursacherIn rächen. In diesem Sinne ist »nyaman« auch im Wort »nyamakala« enthalten, das die Berufsgruppe der HandwerkerInnen und MusikerInnen bezeichnet. Die Mitglieder dieser Gruppen werden als diejenigen gesehen, die mithilfe ihrer handwerklichen Fähigkeiten wie dem Schmieden bzw. dem Singen und Musizieren diese negative Energie beherrschen können. Charles Bird et al. (ebd. 28) fassen die unterschiedlichen und teilweise widersprüchlichen Konnotationen von »nyaman« folgendermaßen zusammen:

»Refinements on the meaning of nyama include notions that the force in question is variously (a) evil or satanic; (b) morally neutral; (c) dangerous; (d) polluting; (e) energizing or animating; (f) necessary for action; or (g) indicative of imperfect selfcontrol«.

Sie weisen darauf hin, dass abhängig vom jeweiligen Sinnzusammenhang aber auch von der Personengruppe unterschiedliche Aspekte hervorgehoben werden. So würden gläubige MuslimInnen üblicherweise auf das böse und beschmutzende Element Be-

zug nehmen, während animistische Jäger vielmehr die vitalen Eigenschaften betonen würden. Die Mehrdeutigkeit des Begriffs »nyaman« ist auch im Hinblick auf die Abfallproblematik spürbar. Im Rahmen des Cash-for-Work Projekts »Saniya Warri« des Welternährungsprogramms hatte ich im Oktober 2013 in Bamako mit mehreren Frauen, die wiederverwertbare Abfälle sammelten, gesprochen und sie auch nach einer Definition von »nyaman« gefragt. Manche InterviewpartnerInnen beschrieben »nyaman« als »fen jugu«, also als böses Ding. In einer solchen Interviewsituation mischte sich der Leiter einer GIE ins Gespräch ein und betonte, dass es »gute« und »schlechte« Überreste gebe und Wertstoffe wie Plastikabfälle, Altmetall oder Altglas noch nützlich sein könnten. Die Ambivalenz, die denjenigen Personen, welche in direktem Kontakt mit »nyaman« stehen, anhaftet, könnte möglicherweise auch für die AbfallsammlerInnen zutreffen. Im traditionellen Milieu wurden Griots/Griottes, Schmiede und andere HandwerkerInnen aus der Gruppe der »nyamakala« respektiert, auch wenn sie eine gewisse Sonderstellung einnahmen und keine Ehen mit Mitgliedern anderer gesellschaftlicher Gruppen eingehen durften. Die AbfallsammlerInnen, die heute auf den Abfallhaufen nach Verwertbarem suchen, werden hingegen oft als kriminelle oder als verwahrloste Menschen am Rande der Gesellschaft gesehen, wie mir mehrere Betroffene erzählten. Einige Teilnehmerinnen des Projekts »Saniya Warri« berichteten mir auch, dass sie von Kindern als Verrückte, auf Bambara »fato« beschimpft worden seien.

Bei der Beurteilung von Schmutz und Sauberkeit spielen die Sinnesorgane eine ausschlaggebende Rolle. Aussehen, Geruch und sogar Geschmack werden als Kriterium für die Gefährlichkeit von Wasser, Abfällen und Abwässern herangezogen. In Bamako berichteten mehrere Interviewpartnerinnen, dass das Brunnenwasser in ihrem Hof verschmutzt und es weder zur Ernährung noch zur Körperpflege geeignet sei (2. Fokusgruppeninterview). Umweltbelastungen werden von ärmeren Menschen ohne spezielle naturwissenschaftliche Kenntnisse dann wahrgenommen, wenn die Auswirkungen unmittelbar spürbar sind. Ältere Menschen wie der traditionelle Viertelvorsteher eines Stadtteils in der Commune IV, die in Bamako aufgewachsen sind, können sich daran erinnern, dass sie als Kind im Fluss Niger baden waren und das Wasser auch getrunken haben. Damals sei das Wasser sauber gewesen. Heute jedoch sei das Flusswasser nicht einmal mehr zum Wäschewaschen geeignet (22. Experteninterview).

Im Hinblick auf die Beurteilung von Abwässern wies ein Soziologe an der Universität Ouagadougou darauf hin, dass auch hier die Beurteilung mithilfe der Sinnesorgane ausschlaggebend für eine mögliche Verwendung sei. So würden die GemüsegärtnerInnen im urbanen Raum ihre Anbauflächen oft mit Oberflächenwasser gießen. Insbesondere im Stadtviertel Kossodo in Ouagadougou sei dies problematisch, denn es würden die in der Kläranlage gereinigten Abwässer verwendet. Zwar sind diese Abwässer offiziell als Brauchwasser deklariert und können im Gartenbau eingesetzt werden, allerdings seien die Abwässer der Brauerei auch nach der Reinigung in der Kläranlage wegen der großen Natronmengen nicht als Gießwasser geeignet. Um feststellen zu können, welche Eigenschaften das Brauchwasser hat, werde es von den GemüsegärtnerInnen gekostet (37. Experteninterview)⁷¹.

71 Anhang 3: 67. Zitat

Ärmere Menschen, die in speziellen Berufsfeldern auf natürliche Ressourcen angewiesen sind, verlassen sich auf ihre Sinnesorgane, um die Qualität dieser Ressourcen beurteilen zu können. So berichtete ein Maurer in Ouagadougou, dass die Verschmutzung des Bodens in der Stadt dazu führen würde, dass der Lehm nicht mehr zur Ziegelherstellung verwendet werden könnte. Die große Menge an Abfällen unterschiedlichster Art, die im Stadtumland in den Boden gelangten, würde dazu führen, dass die Bindekraft des Lehms abgenommen habe. Wenn man also heute aus dem feuchten Lehm Ziegel forme und zum Trocknen in die Sonne legen würde, dann würden diese oft auseinanderbrechen. An die Qualität früherer Lehmziegel, die so fest und belastbar wie Betonziegel gewesen seien, würden heutige Lehmziegel nicht mehr herankommen. Die Folge ist, dass die Lehmhäuser, die früher errichtet worden waren, eine Lebensdauer von bis zu fünfzig Jahren erreicht hätten, während sich die Lebensdauer der heutigen Lehmhäuser auf maximal zwanzig Jahre beschränke. Um Lehmziegel guter Qualität zu erhalten, sei man heutzutage gezwungen, den Lehm aus dem Busch zu holen (22. Einzelinterview)⁷².

Die Einschätzung von Abfällen und Abwässern mithilfe von Augen und Nase ist auch für die Art und Weise, wie diese entsorgt werden, von Relevanz. Grauwasser wird, je nachdem wie sehr es verschmutzt ist, an unterschiedlichen Orten beseitigt. Sieht das Abwasser nur leicht verunreinigt aus, dann wird es am Straßenrand entleert. Handelt es sich aber um stark verschmutztes Abwaschwasser mit Speiseresten, dann entsorgen die Frauen das Wasser auf einer kleinen brachliegenden Fläche, die sich in größerer Entfernung zum Hof befindet (21. Einzelinterview). Auch im Hinblick auf die Entsorgung von Klärschlamm sind Geruch und Aussehen relevant. Wenn beispielsweise ein Haushalt in Ouagadougou seinen Klärgrubeninhalt außerhalb des Hofes am Straßenrand deponiert, ihn mit Erde zuschüttet und sich durch die vorhergehende Behandlung mit bestimmten Präparaten kein unangenehmer Geruch entwickelt, würde dies von den NachbarInnen toleriert werden (17. Einzelinterview).

Verschmutzungen, die mit den Sinnesorganen nicht erkennbar sind, werden nur von höher gebildeten und damit meist reicheren Personen thematisiert. In den ExpertInneninterviews wurde demnach u.a. Zweifel an der Trinkwasserqualität in Bamako geäußert. Das Leitungswasser, das aus dem Fluss Niger aufbereitet wird, sei zwar offiziellen Aussagen zufolge gesundheitlich unbedenklich, aber die publizierten Wasseranalysen seien nicht glaubwürdig. Dadurch, dass Industrie und Haushalte ihre Abwässer in den Fluss leiten würden, könne man davon ausgehen, dass das Wasser stark belastet sei. Mehrere Menschen, die einen höheren Bildungsabschluss erlangt hatten, gaben im Gespräch mit mir an, dass sie kein Leitungswasser, sondern nur abgepacktes Wasser trinken würden (16. Experteninterview). Unter höher gebildeten Bevölkerungsschichten gibt es auch Bedenken, Salat aus urbanen und peri-urbanen Anbauflächen sowie Fische aus den Stauseen in Ouagadougou zu konsumieren (28. Experteninterview). Das Bewusstsein über die Vielzahl an Schadstoffen, die in den Boden und das Wasser eindringen, lässt gebildete und reichere Personen zu kritischeren KonsumentInnen werden.

72 Anhang 3: 68. Zitat

In den Beobachtungen und auch in den Interviews wurde deutlich, dass viele StadtbewohnerInnen ein sehr begrenztes Verständnis ihres Wohnortes haben. In den meisten Haushalten wird Umweltschutz im Hinblick auf die Vermeidung von Verschmutzung des eigenen Hauses und des eigenen Hofes verstanden (vgl. Bouju 2002; Chevron et al. 2002). Das Wohnumfeld, das gepflegt wird, entspricht dem privaten Grundstück. Pflege ist hier gleichbedeutend mit dem täglichen Auskehren des Hofes. Viele sind davon überzeugt, dass das Auskehren einen ausreichenden Beitrag zur Sauberkeit darstellt. Dieser Einstellung zufolge genügt das Kehren, also die Reinigung des Bodens von herumliegenden Abfällen, um einen sauberen, aufgeräumten und gepflegten Eindruck zu vermitteln. Eine Mitarbeiterin der Kooperative COFESFA betonte, dass im Zuge von Sensibilisierungsmaßnahmen in Bamako das Auskehren, das Zuschütten von Wasserlacken oder die Entsorgung von Abfällen in adäquaten Abfalleimern behandelt worden sei. Die Botschaft des Auskehrens wäre bei den Sensibilisierungsmaßnahmen bisher als einzige Botschaft immer verstanden worden und bei Kontrollbesuchen in den Haushalten sei der Wohnraum jedes Mal gekehrt gewesen (8. Expertinneninterview).

Sobald es sich um eine Verschmutzung des öffentlichen Raums handelt, fühlen sich viele nicht mehr zuständig. Der öffentliche Raum beginnt hier häufig bereits hinter der Außenmauer des Hofes. Dieses begrenzte Verständnis des Wohnraumes erklärt, warum diese Haushalte den Inhalt ihrer Klärgrube während der Regenzeit auf die Straße entleeren, wenn der Regen alle Spuren verwischt. Der öffentliche Raum ist demnach ein Niemandsland, das von niemandem kontrolliert wird. Das, was im privaten Raum nicht zulässig ist, kann im öffentlichen Raum gemacht werden, denn es wird nicht mit einer bestimmten Person oder Familie in Verbindung gebracht. Wenn man also den Abfalleimer während der Regenzeit auf die Straße entleert, damit der Regen die Abfälle wegbringt, verteilt sich der Müll im öffentlichen Raum ohne dem Haushalt zugeordnet werden zu können. Im Allgemeinen herrscht bei den Menschen die Vorstellung, dass es unbedeutend sei, wo die Abfälle genau entsorgt würden, Hauptsache, sie würden aus dem Wohnumfeld weggebracht werden. Die Menschen in Ouagadougou wissen beispielsweise oft nicht, dass es eine kontrollierte Mülldeponie gibt und wie diese funktioniert, um die Verschmutzung von Boden und Grundwasser zu vermeiden. So meinte ein älterer Mann in Ouagadougou, die städtische Müllabfuhr würde die Abfälle bloß auf brach liegende Flächen außerhalb der Stadt bringen (7. Einzelinterview).

Die Frage der Bildung ist hier von großer Relevanz, denn oft ist die mangelnde Vertrautheit mit ökologischen Zusammenhängen ausschlaggebend dafür, dass ärmere und weniger gebildete Menschen bestimmte umweltschädigende Praktiken ausüben. So meinte eine Frau in Ouagadougou, dass ihre Familie die Regenzeit nutzen würde, um die Sickergrube zu entleeren und den Inhalt auf der Straße zu entsorgen. Der Regen würde das Abwasser von ihrem Hof wegführen (10. Einzelinterview). Fließendes Wasser wird als geeignetes Mittel gesehen, um Abfälle, Abwasser und Fäkalien weg zu transportieren. Schließlich werden auch tote Flussarme und die Regenwasserdrainage für die Entsorgung der Abfälle verwendet. Die Abfälle, die sich im Flussbett bzw. in den Entwässerungsrinnen anhäufen, werden zumindest einmal im Jahr in der Regenzeit von den Wassermassen wegtransportiert. Und viele Familien, die das Abwasser vom Geschirr und Wäsche waschen im Hof bzw. vor dem Hofeingang verteilen, sehen darin kein Problem, denn der Boden würde aufgrund der Hitze und der Sonnenein-

strahlung nach kurzer Zeit wieder trocken sein. Während der Regen also die Abfälle wegrägt, lässt die Sonne Abwässer verdunsten. Diese Vorstellungen münden in eine eigene Theorie der Selbstreinigung durch die Natur. Die Umwelt befindet sich dieser Wahrnehmung nach in einem Zyklus der Verschmutzung durch den Menschen und der Selbstreinigung mithilfe von Sonne und Regen.

Eine andere Theorie, die in der Bevölkerung eine gewisse Verbreitung hat, bezieht sich auf die begünstigenden Faktoren für Krankheiten wie Malaria. Die Menschen in Bamako und Ouagadougou sind sich zwar darin einig, dass Moskitos für die Übertragung von Malaria verantwortlich sind, aber die Ursache für die rasche Vermehrung der Stechmücken ist umstritten. Manche InterviewpartnerInnen gaben an, dass es im Stadtviertel nicht aufgrund der stagnierenden Haushaltsabwässer so viele Moskitos gebe, sondern aufgrund der Mais- und Hirsefelder sowie bestimmter Gräser, die in der Regenzeit die Moskitos anziehen würden (1. Einzelinterview, 11. Einzelinterview). Manche betrachten Moskitos auch wie ein Naturphänomen, das an einem bestimmten Ort existiert, vergleichbar beispielsweise mit dem lokalen Klima oder dem lokalen Staubaufkommen. So meinte eine Frau, die in Bobo Dioulasso aufgewachsen ist, dass sie bei ihrer Ankunft in Ouagadougou festgestellt hätte, dass es hier viele Moskitos gebe. Hierbei gebe es keine Unterschiede zwischen den Stadtvierteln, sondern die Moskitos seien in der ganzen Stadt nun mal in großer Anzahl vorhanden (7. Einzelinterview). Darüber hinaus gibt es eigene Annahmen über die Anfälligkeit für Infektionskrankheiten. In einem Fokusgruppeninterview mit Gemüsegeärtnern und -geärtnern im Stadtviertel Wayalguin in Ouagadougou wurde mir gegenüber erwähnt, dass Krankheiten wie Durchfall nicht eindeutig auf das Trinken des Brunnenwassers zurückgeführt werden könnten, sondern dass man auch zu Hause oder in der Stadt krank werden könne (7. Fokusgruppeninterview). Ein Soziologe an der Universität Ouagadougou meinte, dass die GemüsegeärtnernInnen im urbanen Raum in Ouagadougou Krankheiten nicht auf schmutziges Wasser, sondern auf die vorhandene oder fehlende »puissance de l'estomac«, also die natürliche Widerstandsfähigkeit des Magens, die von Mensch zu Mensch verschieden sei, zurückführen würden (37. Experteninterview)⁷³.

Schließlich haben die Interviews in den informellen Vierteln in Ouagadougou gezeigt, inwiefern die Stadt, also menschlicher Lebensraum, mit Natur, also dem Reich von Tieren, Pflanzen und übernatürlichen Kräften, in den Vorstellungen der Menschen verschränkt ist. In den Interviews mit den BewohnerInnen von informellen Siedlungen am Stadtrand wurde darauf hingewiesen, dass diese Orte, obwohl sie bewohnt sind, noch nicht von den Menschen angeeignet worden seien. Manche InterviewpartnerInnen in Ouagadougou bezeichneten ihren Wohnort sogar auf Dioula als »kungo« oder auf Mooré als »weogo«, also als Busch. Dabei werden die Konnotationen mit diesen Begriffen auf die informellen Viertel übertragen. Wie in Kapitel 3.6 näher ausgeführt wurde, bezeichnet der Busch »kungo« jene Flächen, die für den Ackerbau kultivierbar gemacht werden können, wo aber ansonsten Tätigkeiten wie das Jagen und das Sammeln von Brennholz und Wildgemüse sowie Wildfrüchten vorherrschen. In den traditionellen Auffassungen untersteht der Busch nicht den menschlichen Gesetzen, sondern wird von bestimmten Geistern beherrscht. Die Gestaltungsmacht des Menschen

73 Anhang 3: 69. Zitat

ist im Busch also beschränkt und nie vollends gesichert. Der Busch wird gleichzeitig mit Freiheit und Gesetzlosigkeit assoziiert. Im Fall der informellen Viertel bedeutet das, dass diese als ungeordnet und unkontrolliert gesehen werden. Den BewohnerInnen dieses Ortes stehe es demnach frei, zu tun und zu lassen was sie möchten, ohne dafür bestraft zu werden. Dieser Zustand der Freiheit ist einerseits positiv konnotiert, weil das Leben im Viertel in der Wahrnehmung der BewohnerInnen noch nicht von außen gestört wird. So sei es in den zentralen Stadtvierteln Ouagadougous nicht möglich, das Abwasser einfach auf der Straße zu entsorgen, denn dies würde möglicherweise zu einer Geldstrafe führen. In einem informellen Viertel würde niemand kontrollieren, wie die BewohnerInnen mit Abfällen und Abwässern umgehen würden (18. Einzelinterview, 25. Einzelinterview). Andererseits wird der Busch bzw. das Leben im informellen Viertel auch mit verschiedenen Arten von Gefahren assoziiert. Während im Busch Gefahren durch die Geister und wilde Tiere lauern, sind es im informellen Viertel Diebe. Die meisten BewohnerInnen in den informellen Vierteln in Ouagadougou fühlen sich Einbrüchen und Raubüberfällen schutzlos ausgeliefert und verzichten daher häufig darauf, Nutztiere wie Hühner, Ziegen oder Schafe zu halten sowie das Haus nach Einbruch der Dunkelheit zu verlassen (11. Einzelinterview, 18. Einzelinterview).

7.5.2. Das Umweltbewusstsein der »Armen« nach den ExpertInnen

Manche ExpertInnen, mit denen ich Interviews geführt habe, sehen in der Armutsproblematik eine Ursache dafür, warum die ärmeren Bevölkerungsschichten in der Stadt oft nicht umweltgerecht handeln würden. So seien die Lebensbedingungen vieler Familien heute durch die Arbeitslosigkeit der Jugendlichen und jungen Erwachsenen geprägt. Dies wird der Situation kurz nach der Unabhängigkeit Malis gegenübergestellt. Damals hätten die Familien eine zufrieden stellende, konsistent ausreichende Kaufkraft gehabt, da jeder gearbeitet hätte. Heute würden sich alle Energien bloß darauf richten, den täglichen Lebensunterhalt zu bestreiten. Die Armut habe also Auswirkungen auf die Mentalitäten und die Verhaltensweisen der Menschen. Finanzielle Probleme könnten die Kultur erschüttern und positive Gewohnheiten vergessen machen lassen (10. Experteninterview)⁷⁴. Die armutsbedingten Alltagsorgen werden hier dafür verantwortlich gemacht, dass Abfälle und Abwässer nicht mehr umweltadäquat (und kostenpflichtig) entsorgt werden.

Die Erklärungsansätze der meisten ExpertInnen stützen sich aber weniger auf den Aspekt Armut als auf den Aspekt der mangelnden Bildung. Viele meiner InterviewpartnerInnen machten die fehlende Schulbildung dafür verantwortlich, dass der Umweltverschmutzung kein Einhalt geboten wird. Mehrmals wurden in diesem Zusammenhang die heiligen Welse erwähnt, die in Bobo Dioulassos Gewässern vorkommen. Mitten in der zweitgrößten Stadt Burkina Fasos leben diese Fische in breit angelegten Kanälen. Da die Welse den Glaubensvorstellungen der ethnischen Gruppe der Bobo zufolge die Geister der Toten repräsentieren und Garant für Fruchtbarkeit sind, gelten sie als heilig und es ist verboten, sie zu fangen und zu töten. Die Gefahren, die von der Umweltverschmutzung ausgehen, werden jedoch offensichtlich kaum reflektiert.

74 Anhang 3: 70. Zitat

So würden die AnrainerInnen des Kanals ihre Sicker- und Klärgruben während der Regenzeit in den Kanal entleeren und den Inhalt in der Nähe ihres Hofes deponieren. Es sei bereits vorgekommen, dass die Abwässer in den Kanal gelangt seien und zu einer höheren Mortalität der Fische geführt hätten. Auch Plastikabfälle und industrielle Abwässer werden nicht als gefährliche Abfälle erkannt und weiterhin in die städtische Umwelt abgeführt. Ein Soziologe von der Université de Ouagadougou erklärte das fehlende Umweltbewusstsein der StadtbewohnerInnen in Bobo Dioulasso mit der Theorie der drei Zeitebenen von Fernand Braudel. Man müsse hier also zwischen grundlegenden und lang währenden kulturellen und gesellschaftlichen Strukturen und kurzfristigen und plötzlich eintretenden Ereignissen unterscheiden. Veränderungen auf der Ereignisebene hätten demzufolge nicht immer unmittelbare Auswirkungen auf die darunter liegende Ebene und manche gesellschaftlichen Phänomene seien einem langsameren Wandel unterworfen als andere. Das Bewusstsein über die Gefahren von Schadstoffen und Giften für Lebewesen hänge so von den heute produzierten Arten von Abfällen und Abwässern hinterher. Die Bevölkerung in Bobo Dioulasso hätte deshalb weder ihr eigenes Verhalten geändert noch die Einhaltung von Umweltschutzgesetzen durch die Industrie gefordert (37. Experteninterview)⁷⁵.

Im Hinblick auf das Problem der mangelnden Bildung wurde auch auf die eingeschränkte Wirksamkeit von Verbotsschildern im öffentlichen Raum hingewiesen. In Bamako und Ouagadougou sind zwar häufig Verbotsschilder zu sehen, die darauf hinweisen, dass keine Abfälle entsorgt oder nicht uriniert werden darf, aber weil ein nicht unerheblicher Teil der ärmeren städtischen Bevölkerung nicht lesen kann, könnten die Gesetze und Verbote nur schwer verständlich gemacht werden (15. Einzelinterview)⁷⁶. In bestimmten Aspekten spielt nicht nur das Problem mangelnder Bildung alleine eine Rolle, sondern es ist eng mit dem Problem der Armut verknüpft. So wird in Mali und Burkina Faso versucht, im Fernsehen Botschaften für die Stärkung des Umweltbewusstseins zu vermitteln, aber oft würden diese Maßnahmen die ärmeren Haushalte nicht erreichen, weil sie weder Zugang zur Stromversorgung noch einen Fernseher haben (26. Experteninterview).

In manchen ExpertInneninterviews wurde hinzugefügt, dass nicht nur Armut und mangelnde Bildung, sondern auch die Herkunft der StadtbewohnerInnen für das fehlende Problembewusstsein im Hinblick auf die Umweltverschmutzung von Bedeutung sei. Es seien also nicht alle Armen, sondern insbesondere die ländlichen Armen, die keine Vorstellung vom Begriff des Umweltschutzes hätten. Man könne diesen vormaligen DorfbewohnerInnen nicht unterstellen, den öffentlichen Raum mutwillig zu verschmutzen. Es liege einfach an der Unkenntnis der Gesetzestexte, dass die Abfall- und Abwasserentsorgung nicht wie vorgeschrieben erfolge (5. Experteninterview)⁷⁷. Dieses Problem, auf das bereits der malische Kulturanthropologe Gaoussou Traoré (2002) hingewiesen hat, ist aufgrund der anhaltenden Zuwanderung in die Städte nach wie vor relevant. So meinte der Bürgermeister eines Viertels in der Commune VI in Bamako,

75 Anhang 3: 71. Zitat

76 Anhang 3: 72. Zitat

77 Anhang 3: 73. Zitat

dass es in seiner Gemeinde viele BewohnerInnen gebe, die vor nicht allzu langer Zeit ihre Dörfer verlassen hätten. Die Gemeinde sei aufgrund ihrer geographischen Lage nach allen Seiten hin offen und stelle damit ein Eingangstor zur Stadt dar. Viele vormalige DorfbewohnerInnen würden sich zuerst (provisorisch) in seiner Gemeinde niederlassen. Diese Menschen würden mit ihren Verhaltensweisen kommen und sich nicht die Mühe geben, umweltgerecht zu handeln (12. Experteninterview).

Manche Umweltschutzprojekte seien sogar an dieser Problematik gescheitert. So war in der Commune VI in Bamako ein Pilotprojekt zur Kompostierung im Jahre 2005 durchgeführt worden. Die Haushalte wurden damals dazu angehalten, die biologisch abbaubaren Abfälle von den restlichen Haushaltsabfällen zu trennen. Das Projekt musste nach zwei Jahren u.a. deshalb wieder eingestellt werden, weil die Mülltrennung in den Haushalten nicht funktioniert habe. In den Haushalten der Mittelschicht seien häufig Hausmädchen für die Erledigung der Hausarbeit zuständig. Diese Mädchen kommen aus ländlichen Gegenden und würden oft nicht verstehen, dass Abfälle noch einen Wert haben können. Dadurch, dass die meisten Hausmädchen nur für wenige Monate in der Stadt bleiben um ihre Aussteuer zusammenzusparen, wäre es ein Ding der Unmöglichkeit, die Hausmädchen im Hinblick auf die Mülltrennung zu schulen (7. Experteninterview)⁷⁸. Mit dem Umstand, dass in den wohlhabenderen Familien in der Stadt nunmehr nicht die weiblichen Familienmitglieder, sondern Hausmädchen die Hausarbeit verrichten, wird ein wichtiger Punkt angesprochen. Allerdings werden hierbei einige wichtige Aspekte vergessen: Die Verantwortung für die ordnungsgemäße Durchführung der Hausarbeit tragen nach wie vor die Frauen der Haushaltsvorstände und daher hätten sie im Rahmen des Kompostierungsprojektes dafür sorgen müssen, dass die Mülltrennung erfolgt. Darüber hinaus kann die pauschale Feststellung, Mädchen aus dem ländlichen Raum hätten keine Vorstellung über den Wert von Altstoffen so nicht gelten, denn gerade in den Dörfern, wo es meist an Gefäßen mangelt, werden Dosen, Gläser und Plastikflaschen oft für verschiedene Zwecke wiederverwendet. In Anbetracht des (relativen) Wohlstandes ihrer ArbeitgeberInnen könnten die Hausmädchen dann jedoch den Eindruck gewinnen, dass diese keinen Bedarf und kein Interesse für die Wiederverwendung von Altstoffen haben.

Im Hinblick auf die Empfindsamkeiten gegenüber unhygienischen Verhaltensweisen wurde von manchen ExpertInnen die zeitliche Dimension in den Vordergrund gerückt. Die Veränderung der Wohn- und Lebensweisen in Westafrika in den letzten hundert Jahren hätten dazu geführt, dass der Entsorgung von Abfällen und Abwässer heute viel mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden müsse. Dies wurde am Beispiel der menschlichen Abfälle veranschaulicht: In den Dörfern wurden die Bedürfnisse früher am Rande der bewohnten Siedlungen verrichtet, später im Laufe der Urbanisierung wurden Toiletten in der Nähe der Wohngebäude gebaut. Heute befinden sich die Toiletten im Hof und reiche Familien haben ihr Badezimmer und ihre Toilette sogar im Haus. Aus diesem Grund sei es wichtig, menschliche Abfälle richtig zu entsorgen (32. Experteninterview)⁷⁹.

78 Anhang 3: 74. Zitat

79 Anhang 3: 75. Zitat

Ein Soziologe an der Universität in Ouagadougou führte in diesem Zusammenhang auch das Konzept des Prozesses der Zivilisation von Norbert Elias an. Die Bevölkerung in afrikanischen Städten habe demnach unterschiedlich vorangeschrittene Schamsschwellen: Während manche Menschen keinen Anstoß daran nehmen würden, ihre Abfälle im öffentlichen Raum zu deponieren, würden andere keine Notwendigkeit in der Errichtung von Toiletten sehen. Und solange beispielsweise in den informellen Vierteln die Erledigung der Bedürfnisse in der freien Natur nicht als schamvolle Handlung kategorisiert wird, solange werde sich das Verhalten der BewohnerInnen nicht ändern (37. Experteninterview)⁸⁰. Auch der malische Kulturanthropologe Gaoussou Traoré (2002) verortete bestimmte Verhaltensweisen wie das Verrichten der Bedürfnisse auf urbanen öffentlichen Plätzen wie Märkten oder Bahnhöfen im fehlenden Schamgefühl der ländlichen Bevölkerung. Die Herausbildung von neuen Sitten ist dieser Anschauung zufolge ein Prozess, der sowohl auf einer höheren Schulbildung als auch auf veränderten Lebensbedingungen beruht. Ob die Theorie von Norbert Elias jedoch für das Problem der Hygiene in westafrikanischen Städten übernommen werden kann, bleibt offen. Insbesondere die in der Theorie implizierte Annahme, Fremdwänge würden im Laufe der Zeit nicht mehr notwendig sein, weil Selbstzwänge bestimmte Verhaltensweisen zur Folge haben werden, kann aufgrund der verschiedenartigen gesellschaftlichen Strukturen möglicherweise nicht zutreffen. Wie Beobachtungen und Interviews gezeigt haben, führen bloße Strafandrohungen und das Ausbleiben von Strafen für die Verschmutzung des öffentlichen Raumes dazu, dass wilde Deponien und offene Sickergruben am Straßenrand bisher nicht zum Verschwinden gebracht werden konnten.

Schließlich wurde in den Interviews mit den ExpertInnen die Rolle der Religion für die Hygiene und den Umweltschutz thematisiert. Manche ExpertInnen gehen davon aus, dass die monotheistischen Religionen und insbesondere der Islam das größte Potential haben, die Umweltqualität im Wohnumfeld zu verbessern. Die Vorschriften des Islams wurden hier besonders hervorgehoben, denn sie betreffen nicht nur die Sauberkeit des Körpers und der Kleidung, sondern auch die Reinlichkeit des Wohnbereichs. Vor einem Gebet müssen die rituellen Waschungen vorgenommen werden und auch der Ort, an dem man betet, muss sauber sein. Der Islam könne daher zu einer Verbesserung der Sauberkeit im Hof führen (19. Experteninterview)⁸¹. In Bamako wurde sogar die Errichtung eines dezentralen Abwassersystems im Stadtviertel Bagadadji mit den durch den Islam definierten Erfordernissen in Verbindung gebracht. In diesem Viertel hatte sich Ende der 1990er Jahre die Bevölkerungsdichte vervielfacht, da auch zwei- und mehrstöckige Häuser errichtet worden waren. Die Haushaltsabwässer wären auf der Straße entsorgt worden und hätten dermaßen zugenommen, dass die Straßen nicht mehr passierbar waren. Die alten Frauen, welche im Gegensatz zu den Männern kein Motorrad oder Fahrrad besaßen, hätten nicht mehr in die Moschee gehen können, ohne ihre Füße zu beschmutzen. Die Verbesserung der Siedlungshygiene durch die Errichtung eines dezentralen Abwassersystems hätte für sie eine große Erleichterung gebracht (20. Experteninterview). In den Interviews mit ExpertInnen in

80 Anhang 3: 76. Zitat

81 Anhang 3: 77. Zitat

Ouagadougou, wo es im Gegensatz zu Bamako einen viel höheren Anteil an ChristInnen in der Bevölkerung gibt, wurden jedoch auch andere Meinungen zu diesem Thema geäußert. Ein junger Soziologe von der Universität in Ouagadougou wies darauf hin, dass die täglich fünf Mal durchgeführten Gebetswaschungen einen hohen Wasserverbrauch und damit auch ein hohes Abwasseraufkommen mit sich bringen würden. Die Aufmerksamkeit, welcher der körperlichen Hygiene gewidmet werde, stünde in keinem Verhältnis zur Siedlungshygiene, denn nur wenige der betreffenden Haushalte würden eigene Sickergruben für die Waschräumlichkeiten besitzen (36. Experteninterview).

7.5.3. Armutsreduktion versus Umweltschutz

Inwiefern die Umweltverschmutzung in der Stadt auch als Folge des immensen Ausmaßes des informellen Sektors gesehen werden kann, stellt eine eigene Frage dar. Denn Handwerker und VerkäuferInnen nützen die öffentlichen Räume in der Stadt, um ihren wirtschaftlichen Aktivitäten nachzugehen und dabei gelangen viele Schadstoffe unkontrolliert in die Umwelt. Autowäscher, Seifenherstellerinnen und Färberinnen gehören zu den Berufsgruppen, welche Wasser als natürliche Ressource nutzen, wobei die Entsorgung des Brauchwassers oft auf unkontrollierte Art und Weise geschieht. Die Färberei ist eine besonders heikle Branche, denn die verwendeten Farbstoffe beinhalten Natriumhydroxid, Natriumdithionit und Schwermetalle. Dieses Phänomen ist seit langem bekannt. Patricia Gérimont (2008) hat die dabei in die Umwelt gelangenden Schadstoffe untersucht. Besonders durch den Verzehr von Fischen gelangen die Schadstoffe wieder in die Nahrungskette. Schätzungen gehen davon aus, dass in Bamako jährlich 16.000 m³ Abwasser von Färbereien in den Niger gelangen (UN-Habitat 2008). Aber nicht nur der Fluss ist in Mitleidenschaft gezogen: In Bamako z.B. üben viele Frauen die Färberei im Hof oder vor ihrem Haus auf der Straße aus und verunreinigen so Boden und Grundwasser. Das Viertel Dianeguela in Bamako ist von der Verschmutzung des Grundwassers durch die Färberei besonders betroffen. Die BewohnerInnen des Viertels können das Brunnenwasser aufgrund der Verschmutzung nicht mehr nutzen. In einem Gespräch mit einem malischen Mitarbeiter der UNESCO, der das Projekt »Niger-Loire: Gouvernance et Culture« betreut hatte, berichtete mir dieser über die Umweltschutzmaßnahmen im Hinblick auf die Färberei. In Dianeguela war ein Zentrum für Färberinnen errichtet worden. Es wurde dafür ein Platz ausgewählt, an dem die Färberei schon seit längerem ohne jegliche Umweltvorkehrungen betrieben worden war. Als der Platz für das Zentrum erschlossen wurde, musste der Boden bis zu einem Meter Tiefe abgetragen werden, da die Erde bereits sehr verseucht war. Das gesamte Terrain mit einer Fläche von 1.300 m² wurde danach mit frischer Erde bedeckt. Angesichts der Vielzahl an Färberinnen in diesem Viertel und im restlichen Stadtgebiet sei diese Maßnahme bei weitem nicht ausreichend. Manche ExpertInnen wiesen darauf hin, dass es eigentlich notwendig sei, die Färberei zu verbieten, um die Gesundheit der Menschen zu bewahren. Allerdings würden in Dianeguela und anderen Vierteln Bamakos zahlreiche Familien von der Färberei leben. Wenn man die Färberei verbieten würde, dann müsste man den Frauen andere Erwerbsmöglichkeiten zur Verfügung stellen, meinte eine Vertreterin des nationalen Dachverbandes für Frauenvereinigungen in Mali. Den Frauen sei das Geld, das sie durch die Tätigkeit als Färberinnen verdienen könnten,

wichtiger als eventuelle negative Auswirkungen auf die Umwelt oder die Gesundheit (2. Expertinneninterview)⁸².

Ein anderer Diskussionspunkt betrifft das im Jahre 2014 in Mali und Burkina Faso erlassene Verbot, Plastiksackerln zu importieren, zu produzieren und zu verkaufen. Das Verbot kann als Reaktion auf die massiv angestiegene Menge an Plastikabfällen im urbanen Raum gesehen werden. Auf Bambara »mananin« genannt, werden kleine Plastiksackerln in allen Märkten und Geschäften verwendet und haben die traditionellen Einkaufskörbe ersetzt (siehe auch Chevron et al. 2002). Während meines Forschungsaufenthaltes in Bamako und Ouagadougou bekam ich für alle meine Einkäufe, ob es Obst und Gemüse, Seife oder ein Kugelschreiber war, ein Plastiksackerl. Viele ExpertInnen, mit denen ich Interviews geführt habe, wiesen darauf hin, dass dieser Wandel hin zur Verwendung von Plastiksackerln im Vergleich zu europäischen Ländern erst kürzlich erfolgt sei, doch die Geschwindigkeit, mit der sich die Menschen an die Plastiksackerln gewöhnt hätten, erstaunlich sei. Die Schätzungen der InterviewpartnerInnen, wonach jede Familie pro Tag mindestens ein Plastiksackerl verbraucht, dürften den tatsächlichen Gegebenheiten entsprechen. Aufgrund der schlechten Qualität können die Plastiksackerln meist nur ein einziges Mal verwendet werden, bevor sie kaputt gehen. Vom Großteil der Bevölkerung werden sie als ungefährlich eingestuft, da sie keine Krankheiten auslösen oder übertragen. Für ihre Beseitigung werden deshalb keine besonderen Vorkehrungen getroffen, sondern sie werden gemeinsam mit den anderen Abfällen in Abfalleimern für die Müllabfuhr bereitgestellt bzw. verbrannt. Durch Wind, Regen oder die Nutztiere in der Stadt kann es aber auch dazu kommen, dass Plastiksackerln fast überall im öffentlichen Raum anzutreffen sind. Darüber hinaus sind insbesondere die fehlenden Papierkörbe im Stadtzentrum und bei Märkten ein Grund dafür, dass dort viele Plastiksackerln in die Entwässerungsrinnen und -gräben gelangen.

Der sorglose Umgang mit den Plastiksackerln hat negative Konsequenzen für Mensch und Umwelt. Wenn Weidetiere im urbanen Raum verenden, weil sie Plastiksackerln gefressen haben oder wenn aufgrund von Plastikabfällen die Regenwasserdrainage blockiert wird und es in der Regenzeit zu Überschwemmungen kommt, dann gibt es direkte Rückwirkungen auf den Menschen (siehe Rogalski 2002). Manche InterviewpartnerInnen betonten trotz allem, dass die positiven Aspekte die negativen Nebenerscheinungen überwiegen würden. Wenn man sich den ökonomischen Nutzen der Plastiksackerln für die Bevölkerung ansehe, dann müsste der Gesetzesentwurf, der Plastiksackerln verbieten will, in Frage gestellt werden. Wenn diejenigen, die bisher vom Verkauf der Plastiksackerln ihre Familien ernährt haben, ihrer Lebensgrundlage beraubt werden, könne dies nicht als positiv gewertet werden. Die Entscheidungen, die von Intellektuellen getroffen würden, würden manchmal der Bevölkerung nicht nutzen, meinte ein Mitarbeiter eines Vereins im Bereich der Abfallwirtschaft in Ouagadougou. Es gehe vielmehr darum, sozial zu handeln und nicht Maßnahmen einzuführen, die die Armut vergrößern würden (26. Experteninterview)⁸³. Der informelle Kleinhandel spielt für die Erwerbsmöglichkeiten in westafrikanischen Städten eine große Rolle

82 Anhang 3: 78. Zitat

83 Anhang 3: 79. Zitat

und viele ärmere Menschen versuchen mit dem Ankauf und Weiterverkauf von Waren einen kleinen Gewinn zu machen. Dies trifft genauso auf die vom Experten angesprochenen älteren Frauen aus den peripheren Stadtvierteln von Ouagadougou, die mit ihrem Fahrrad von Haus zu Haus fahren und Plastiksackerln verkaufen, zu. Auch sie bilden ein Glied in einer Wertschöpfungskette, die oft bei einem ausländischen Produzenten der Plastiksackerln beginnt. Im Zuge des Projekts Saniya Warrri des Welternährungsprogramms in Bamako wurde mir bewusst, dass auch das Recycling von Plastiksackerln die Lebensgrundlage für manche Menschen bilden kann. So traf ich mehrere informelle AbfallsammlerInnen, die bereits seit mehreren Jahren vom Verkauf der auf den Mülldeponien zusammengetragenen Plastiksackerln an ZwischenhändlerInnen und die kunststoffverarbeitenden Fabriken in Bamako lebten. In Bamako und Ouagadougou gibt es schließlich kleine Initiativen, die aus den Plastiksackerln Gebrauchsgegenstände wie Handtaschen weben und diese an TouristInnen verkaufen. Unter all diesen Menschen, die vom Verkauf, von der Wiederverwertung bzw. vom Recycling der Plastikabfälle profitieren, gab es Befürchtungen, dass das neue Gesetz für sie von Nachteil sein werde.

Neben der Färberei und der Verwendung von Plastiksackerln in Märkten und Geschäften ist auch die Gewinnung von Sand und Kies aus dem Flussbett des Nigers in Bamako für die Umwelt äußerst problematisch. Die immense Bautätigkeit im urbanen und peri-urbanen Raum geht mit einer so großen Nachfrage an Sand und Kies einher, dass es immer weniger Flusssand gibt. Ein UNESCO-Mitarbeiter des Projekts »Niger-Loire: Gouvernance et Culture« sieht diese Entwicklung als sehr problematisch. Der Rückgang von Flusssand gefährde nicht nur die Stabilität der Brückenpfeiler und der Bauten, die sich direkt am Fluss befinden, sondern führe auch zu einem Rückgang der Fischbestände. Diejenigen, die vom Sammeln und vom Verkauf des Flusssands und -kies lebten, würden jedoch ihre Lebensgrundlage nur wegen der ökologischen Folgen nicht aufgeben wollen.

Das vierte Problemfeld betrifft die Verwendung von Düngemitteln und Pestiziden im Gemüseanbau im peri-urbanen Raum. Studien weisen darauf hin, dass viele der verwendeten Pestizide nicht geeignet und dazu noch gesundheitsgefährdend sind. So sind sechzig Prozent der in Ouagadougou im Gemüseanbau verwendeten Pestizide eigentlich für die Produktion von Baumwolle vorgesehen (Bassole und Ouedraogo 2007). Knapp ein Drittel der verwendeten Pestizide stammt vom Schwarzmarkt und enthält zum Teil schädliche Substanzen. Die Produkte vom Schwarzmarkt sind oft nicht etikettiert bzw. werden die vorgeschriebenen Dosierungen aufgrund von Analphabetismus nicht eingehalten. Viele GärtnerInnen würden sich bei der Verwendung der Pestizide nicht ausreichend schützen und Verpackungen unkontrolliert entsorgen, sodass sie Mensch und Umwelt gefährden (ebd.). Ein Mitarbeiter der FAO in Ouagadougou wies darauf hin, dass der Staat zwar den Import von kontrollierten Düngemitteln und Pestiziden subventioniere, aber dass die am Markt angebotene Menge längst nicht ausreichend sei. Manche Gemüse GärtnerInnen seien auch der Meinung, dass die Düngemittel und Pestizide vom Schwarzmarkt effektiver wären, weil sie eine längere Wirkungsdauer entfalten würden. Oft würden die Gemüse GärtnerInnen, die von der FAO unterstützt

werden, in Umfragen aber nicht zugeben, dass sie Produkte vom Schwarzmarkt verwenden, weil sie negative Konsequenzen befürchten würden (29. Experteninterview)⁸⁴.

Die GemüsegärtnerInnen sehen die Gefahren, die von den verwendeten Produkten ausgehen, nicht, da Folgen wie Krebs oder andere chronische Krankheiten oft erst viel später auftreten. Die Armut und das niedrige Bildungsniveau können dafür verantwortlich gemacht werden, dass Risiken nicht wahrgenommen bzw. unterschätzt werden. In einem Fokusgruppeninterview mit Gemüsegärtnern und -gärtnerinnen in Ouagadougou betonten diese beispielsweise, dass Krankheiten wie Verdauungsbeschwerden oder Fieber nicht eindeutig auf ihre Tätigkeit zurückgeführt werden könnten. Man könne nie wissen, ob man sich auf den Anbauflächen oder zu Hause infiziert habe (7. Fokusgruppeninterview). Arme StadtbewohnerInnen, die keine eigenen Anbauflächen besitzen, nutzen während der Regenzeit auch wilde Mülldeponien für den Anbau von Gemüse. Da auf diesen Flächen alle Arten von Abfällen entsorgt werden, ist das nicht ungefährlich. Allerdings würden die GemüsegärtnerInnen nur den Ertrag sehen und nicht die Gefahren, die von Abfällen wie Batterien, Krankenhausabfällen oder Elektroschrott ausgehen (35. Experteninterview).

7.5.4. Umweltverschmutzung als Problem der »Weißen«

Interessant ist, dass Umweltverschmutzung als soziales Problem gesehen wird, denn es geht vielen Menschen weniger um die Beeinträchtigung der Umweltqualität als um die Beeinträchtigung der nachbarschaftlichen Beziehungen. So wird darauf hingewiesen, dass Abfallhaufen und stehendes Abwasser neben dem Hofeingang vermieden werden sollten, damit die eigenen Abfälle und Abwässer nicht den Wohnbereich der NachbarInnen verschmutzen. Der Schutz der Umwelt sollte einerseits dazu beitragen, dass die Menschen vor Krankheiten geschützt werden, andererseits, dass die soziale Harmonie im Viertel aufrechterhalten bleibt (10. Experteninterview)⁸⁵.

Auch wenn die Sauberkeit der unmittelbaren Wohnumgebung für die Menschen von Wichtigkeit ist, wird die öffentliche Kritik an den NachbarInnen aufgrund von Belästigungen durch Abfälle und Abwässer als Verhalten von Weißen klassifiziert. Manche würden zur Polizei gehen und gegen den/die NachbarIn Anzeige erstatten, wenn dessen/deren Abwässer den eigenen Hofeingang verunreinigen. Diese Menschen, die andere anklagen, würden sich wie Weiße verhalten und den sozialen Frieden in der Nachbarschaft stören. Manche würden ihre Beschwerde auch an den/die BürgermeisterIn oder den traditionellen Viertelchef richten. Diese Autoritätspersonen würden jedoch dem/der AnklägerIn Unrecht geben und ihn/sie als unsoziale/n NachbarIn kritisieren. Aus diesem Grund würden es die meisten Menschen vermeiden, sich über weniger gravierende Belastungen zu beklagen (2. Einzelinterview)⁸⁶. Höflichkeit, Toleranz und Zurückhaltung werden als vorbildliche Charaktereigenschaften zitiert. Diejenigen, welche sich anmaßen, ihre NachbarInnen offen zu kritisieren, würden dadurch oft das Gegenteil des gewünschten Verhaltens erzielen. Ein brüske Kritik vorzubringen wird

84 Anhang 3: 80. Zitat

85 Anhang 3: 81. Zitat

86 Anhang 3: 82. Zitat

als negative Eigenart der Weißen gesehen und daher als unangemessen für den afrikanischen Kontext. Implizit wird durch eine Zurechtweisung nämlich vermittelt, dass man in der sozialen Hierarchie einen höheren Rang einnimmt und daher das Recht zu einer solchen Äußerung hat. Unter NachbarInnen führe dies in den meisten Fällen nur zu Kränkungen und Frustrationen (15. Einzelinterview)⁸⁷. Auch beim Treffen mit einer Tontine in Bamako hatte die Leiterin mir erklärt, dass sie als einzelne Person nicht damit beginnen könne, die Menschen im Viertel zu sensibilisieren, denn das würde von ihren Nachbarinnen als Überheblichkeit und Anmaßung verstanden werden. Sie würde die Menschen dadurch nur kränken, denn durch die Umweltbildungsmaßnahmen würde der Eindruck entstehen, dass sie reinlicher als ihre Nachbarinnen wäre (2. Fokusgruppeninterview)⁸⁸.

AfrikanerInnen würden den Kompromiss, auf Bambara »musalaka« genannt, bevorzugen. Der Kompromiss kann Missstimmigkeiten, welche auf Machtunterschieden, gegensätzlichen Rollenbildern oder heterogenen Gesellschaftsschichten basieren, überbrücken (vgl. Bouju 2002; Chevron et al. 2002). Das Menschenbild der BewohnerInnen in Bamako und Ouagadougou geht grundsätzlich von der Unterschiedlichkeit der Menschen aus. So könnten nicht alle Menschen gleich sein, weder im Hinblick auf den Wohlstand noch im Hinblick auf die Sauberkeit. Es gebe auch arme Leute, die sauber und reiche Leute, die schmutzig seien. Es gebe manche Leute, deren Haus sauber aber deren Hof schmutzig sei, und es gebe auch den umgekehrten Fall (5. Einzelinterview, 7. Einzelinterview)⁸⁹. Dieser Respekt vor den Unterschieden kann als Zeichen der gegenseitigen Toleranz, welche die NachbarInnen füreinander haben, aufgefasst werden. Es kann aber auch einfach ein Hinnehmen unbeeinflussbarer Differenzen sein.

Die meisten InterviewpartnerInnen meinten, dass sie es unterlassen würden, mit den NachbarInnen einen Konflikt vom Zaun zu brechen. Wenn man das Verhalten der NachbarInnen als Ungerechtigkeit oder als Schikane empfinde, versuche man trotz allem, eine friedliche Einigung zu erzielen. Die Polizei bei nachbarschaftlichen Streitigkeiten einzuschalten, habe nicht nur negative Folgen für die Stimmung unter den BewohnerInnen eines Viertels, sondern auch für die KlägerInnen selbst. Diese würden in Folge mehrmals zur Polizeistation zitiert werden um ihre Aussage zu machen, was viel Zeit in Anspruch nehme. Nicht zuletzt deswegen versuchen die meisten Menschen, Streitigkeiten auf informellem Weg zu klären (38. Experteninterview). Während also manche Belästigungen wie die Entsorgung von Abwässern und Abfällen auf der Straße oder das Verbrennen von kleinen Abfallhaufen im öffentlichen Raum meist toleriert werden, können andere Störursachen durchaus der Gesundheitspolizei gemeldet werden. Eine Frau im zentrumsnahen Stadtviertel Larlé in Ouagadougou berichtete, dass ihre mittlerweile verstorbene Nachbarin Schweine gezüchtet hatte. Der Schweinestall befand sich direkt an der Mauer, welche an das Grundstück der Frau angrenzt. Auch wenn sie als muslimische Familie eine tolerante Grundeinstellung hätte, hätte sie der Gestank so sehr gestört, dass sie nicht mehr im Freien essen konnten. Schließlich hätte sie die städtische Hygienekommission informiert, welche daraufhin den Schweinestall

87 Anhang 3: 83. Zitat

88 Anhang 3: 84. Zitat

89 Anhang 3: 85. Zitat

desinfiziert hätte. Diese Maßnahme wurde als letzter Ausweg gesehen, denn wie die Frau betonte, würde man Konflikte mit den NachbarInnen um jeden Preis vermeiden. Gute Beziehungen zu den NachbarInnen seien nämlich in vielerlei Hinsicht unverzichtbar: NachbarInnen würden sowohl bei Krankheit als auch bei anderen Problemen zu Hilfe eilen und dafür Sorge tragen, dass EinbrecherInnen abgeschreckt werden (16. Einzelinterview)⁹⁰. Das Vorgehen dieser Frau, die Gesundheitspolizei herbeizurufen und damit Gefahr zu laufen, dass das Verhältnis zur Nachbarin darunter dauerhaft leidet, muss demnach einiges an Überwindung gekostet haben.

Der Verschmutzung von brach liegenden Flächen im Stadtgebiet, toten Flussarmen oder Entwässerungsgräben wird häufig wenig Aufmerksamkeit gewidmet. Die Verschmutzung solcher öffentlicher Räume wird mehreren InterviewpartnerInnen zufolge nur von den Weißen, also den EuropäerInnen thematisiert. Diese würden aus der mangelnden Siedlungshygiene ein Problem machen. So meinte ein Mitarbeiter zweier malischer NGOs, dass die Kritik an den wilden Deponien und an der Abwasserentsorgung auf der Straße im peri-urbanen Stadtviertel Dianeguela in Bamako die Einstellung der »Toubab«, der Weißen widerspiegle. Nur die Weißen hätten mit diesen gängigen Praktiken Probleme (16. Experteninterview)⁹¹. Es könne demnach manchmal eine gewisse Skepsis oder ein gewisser Widerstand gegenüber importiertem und aufgezwungenem Wissen beobachtet werden (19. Experteninterview)⁹². Wenn Umweltschutzdiskurse auf Ablehnung stoßen, weil sie als ausländische Einflussnahme gesehen werden, verfehlen sie damit das Ziel, Informationen über die Ursachen und Auswirkungen einer verschmutzten Umwelt zu vermitteln.

Auf die Frage, welche Stadtviertel sauber und welche schmutzig seien, gab es in Ouagadougou eine einstimmige Antwort. Das Stadtviertel Ouaga 2000 als moderne Erweiterung der Stadt, das den neuen Präsidentenpalast, Botschaften, Ministerien, teure Hotels und viele private Villen beherbergt, wurde als sauberstes Viertel bezeichnet. Ouaga 2000 sei deshalb so schön, weil es ein Viertel der Reichen sei und weil dort Abgeordnete, Minister und der Präsident wohnen würden. Die »Armen« könnten es sich nicht leisten, dort zu leben. In diesem Viertel sei alles sauber und niemand sei vor der Tür zu sehen. Wenn man dort ankomme, glaube man, in einem »Viertel der Weißen« gelandet zu sein und man glaube sogar, nicht mehr in Burkina Faso zu sein. Hamdallaye als Viertel, wo viele ViehzüchterInnen aus der ethnischen Gruppe der Fulbe leben, sei hingegen das schmutzigste Viertel in Ouagadougou. Hamdallaye sei nicht nur der schmutzigste Ort in Ouagadougou, sondern der schmutzigste Ort in ganz Burkina Faso (5. Einzelinterview)⁹³. Zu ähnlichen Ergebnissen kommt auch eine Studie, die sich mit der Wahrnehmung von Sauberkeit und Schmutz in Mali befasste (siehe Chevron 2002). Dieser Studie zufolge klassifizieren die ursprünglich Ackerbau betreibenden BewohnerInnen Bamakos die Viehzucht in der Stadt als unhygienisch. Für die BewohnerInnen der malischen Stadt Mopti, die nach wie vor häufig von der Viehzucht leben, seien Rinder, Schafe und auch deren Exkremente hingegen positiv konnotiert. In Ouagadougou

90 Anhang 3: 86. Zitat

91 Anhang 3: 87. Zitat

92 Anhang 3: 88. Zitat

93 Anhang 3: 89. Zitat

wurde das Ausmaß der Siedlungshygiene von vielen InterviewpartnerInnen zusätzlich mit der sozioökonomischen Situation der Bevölkerung in Verbindung gebracht. So würden die Stadtviertel der Reichen nicht schmutzig werden. In den anderen Vierteln sei es teilweise sauber, teilweise schmutzig, aber ganz sauber könne es an diesen Orten nicht sein (6. Einzelinterview). Eine Interviewpartnerin betrachtete die »cités«, die Sozialwohnbausiedlungen für Beamte als besonders sauber. Dies läge daran, dass dort alle Haushalte Hausangestellte und Wächter hätten, die sowohl im als auch vor dem Hof auskehren würden. In diesen Siedlungen könne es daher nie so schmutzig werden wie in den anderen Stadtvierteln Ouagadougous (14. Einzelinterview)⁹⁴. Manche sehen auch das Stadtzentrum als sauberstes Viertel in Ouagadougou weil es überall Kanalisation und Entwässerungsrinnen gibt. Die Abwässer seien im Stadtzentrum deshalb nicht sichtbar (22. Einzelinterview). In allen Aussagen spiegelt sich explizit oder implizit wider, dass Sauberkeit mit »den Weißen« assoziiert wird. Einerseits werden neu errichtete Stadtviertel als Orte der Weißen bezeichnet, denn die Gebäude, die Infrastruktur und die Lebensweise entspricht vielen Menschen zufolge jener der Weißen. Andererseits werden die Viertel in der Stadt als sauber bezeichnet, die bis zum Zeitpunkt der Dekolonisierung von Weißen okkupiert waren und in denen bereits damals Umweltvorkehrungen getroffen worden waren. Die urbane Infrastruktur wie die Kanalisation stammen zum Großteil noch aus der Kolonialzeit, erfüllen heute jedoch immer noch mehr oder weniger ihren Zweck.

Schließlich kann die Feststellung, die Umweltverschmutzung sei ein Problem der Weißen, auch auf die gesamtgesellschaftliche Ebene angewandt werden. Hier steht diese Aussage im Zusammenhang mit dem Phänomen des Ökoimperialismus. Ein Mitarbeiter des malischen Umweltministeriums betonte in einem Gespräch, dass der Umweltschutz in den Industriestaaten erst eingesetzt hätte als die Länder schon hoch entwickelt waren. Heutzutage würden die Industriestaaten jedoch verlangen, dass auch die Entwicklungsländer die Umwelt nicht verschmutzen. Die Industriestaaten seien heute besorgt über die Umweltverschmutzung in den Entwicklungsländern und würden auf vielerlei Art und Weise versuchen, das Ausmaß der Verschmutzung einzudämmen. Den Entwicklungsländern werde dadurch das Recht auf Entwicklung genommen. Im Grunde müssten die Länder im Norden ihre ökologische Schuld gegenüber den Ländern im Süden wiedergutmachen und nicht die gesamte Verantwortung für den Klimawandel und die Wasserknappheit auf die Entwicklungsländer schieben.

7.6. Conclusio: Armut und umweltgerechtes Verhalten

7.6.1. Die Ursachen für Armut

In diesem Kapitel wurde versucht, die vielen Gesichter von Armut aufzuzeigen und die Relevanz für die oftmals mangelnden Vorkehrungen zur Entsorgung von Abfällen und Abwässern in der städtischen Umwelt sichtbar zu machen. So wurden die Wohnformen genauso behandelt wie der Zugang zu Infrastruktur und Dienstleistungen. Armut

94 Anhang 3: 90. Zitat

wurde aber auch im Hinblick auf die finanziellen Ressourcen von Haushalten, ihr Sparvermögen und ihre Ausgabenprioritäten thematisiert. Berücksichtigt wurden ebenfalls der institutionelle Rahmen und die Rolle der Entwicklungszusammenarbeit. Schließlich wurden das bürgerschaftliche Engagement für den Umweltschutz und das Spannungsfeld von informell ausgeübten beruflichen Tätigkeiten und Umweltverschmutzung diskutiert.

Die konkreten Auswirkungen von Armut auf die Lebensumstände und Wohnbedingungen hängen darüber hinaus davon ab, ob der Mann oder die Frau Haushaltsvorstand ist, ob die Familie im Eigentum oder in einem Mietverhältnis lebt, wie viele Familienmitglieder erwerbstätig sind und ob die Ehefrau ein eigenes Einkommen hat. Der Entscheidungsspielraum über die Geldverwendung und über Maßnahmen zur Verbesserung der Wohnsituation kann aufgrund dieser Faktoren höchst unterschiedlich sein.

Die erste Armutsdimension umfasst Faktoren, die den Ehemann als traditionelles und rechtlich festgelegtes Familienoberhaupt betreffen. Als arm bezeichneten sich in dieser Hinsicht Frauen, wenn sie verwitwet oder alleinstehend waren oder wenn der Ehemann zu alt oder krank war, um zu arbeiten. Haushalte, die von Frauen geführt werden, wo es also kein männliches Familienoberhaupt mehr gibt, sind tendenziell im Steigen begriffen. Das Levirat, also die Ehe einer Witwe mit dem Bruder ihres verstorbenen Mannes, damit sie und die Kinder versorgt werden und der Anspruch auf die Erbfolge aufrechterhalten bleibt, wird im urbanen Raum in Mali und Burkina Faso kaum mehr praktiziert. In Ouagadougou kommt es immer häufiger vor, dass die Familie des verstorbenen Mannes gar keine Verantwortung für die Witwe und ihre Kinder übernimmt, sondern sie im schlimmsten Fall sogar aus dem Hof vertreibt. Aufgrund beruflicher oder privater Umstände verlassen manche Ehemänner auch ihre Familie und tragen nicht mehr zum Lebensunterhalt der Familie bei (vgl. Rossier und Ducarroz 2012). Die Abwesenheit des Ehemannes hat weitreichende Konsequenzen, denn sie führt zu einer gewissen Schutzlosigkeit der Frauen und Kinder und einem Ausgeliefertsein gegenüber den Angehörigen des Ehemannes. Alleinstehende Frauen in Ouagadougou sind oft genauso wie Witwen der Gefahr ausgesetzt, aus dem Hof der Großfamilie vertrieben zu werden. Auch Krankheiten, durch einen Unfall verursachte Arbeitsunfähigkeit oder die Arbeitslosigkeit des Mannes können in einem Haushalt zu Armut führen. Wiederholt wurde in diesem Zusammenhang die Aussage: »Fanga banna«, also auf Deutsch ungefähr »Die Kraft ist am Ende« getätigt. Der Rückzug des Haushaltsvorstandes aus der Erwerbstätigkeit bedeutet für die Ehefrauen, dass sie vermehrt Anstrengungen unternehmen müssen, um den Einkommensverlust des Mannes wettzumachen.

Die zweite Ursache für Armut umfasst Faktoren, die im Zusammenhang mit den Kindern stehen. Dies betrifft einerseits Familien mit mehreren Kindern im schulpflichtigen Alter, für welche Schulgebühren und die Schulausstattung bezahlt werden müssen, andererseits Familien mit Jugendlichen bzw. jungen Erwachsenen, die keine Arbeit finden, also arbeitslos sind. Eine besondere Problematik betrifft diejenigen Familien, die viele unverheiratete Töchter haben. Dadurch, dass diese Mädchen oft keiner Arbeit nachgehen und noch nicht von ihrem Ehemann versorgt werden, stellen sie für die Familien eine Belastung dar. Der urbane Kontext hat demnach auch zu einer veränderten Wahrnehmung von vielköpfigen Familien geführt. Während früher die Abwesenheit

von eigenen Kindern ein Kriterium für die Armut von Familien war, scheint heute eine große Anzahl an Kindern als Ursache für Armut angesehen zu werden.

Die dritte Ursache für Armut betrifft schließlich die fehlende Erwerbstätigkeit der Frauen. Dadurch, dass ein einziges Einkommen heute nicht mehr genügt, um die ganze Familie zu versorgen, sehen sich viele Frauen gezwungen, zusätzliche Einnahmequellen zu finden. Oftmals sind die Beschäftigungen wenig einträglich oder können nur unregelmäßig ausgeübt werden. Manche Frauen sind mit einer ehemals ausgeübten Tätigkeit im Kleinhandel oder im Betrieb einer Garküche gescheitert, andere haben aufgrund fehlender Arbeitsgeräte wie Nähmaschinen nie den erlernten Beruf ausüben können. Manche Frauen sind wegen der großen Anzahl an Kindern nicht mehr erwerbstätig, andere haben Betteln zu ihrem Beruf gemacht.

7.6.2. Die relative Armut in der Stadt

Gleichzeitig dürfen die familiären Beziehungen zur Großfamilie nicht ausgeblendet werden. Einige Haushalte sind auf die dauerhafte Unterstützung von wohlhabenderen Verwandten angewiesen. Die Einnahmen, die die Haushaltsmitglieder generieren, wären nicht ausreichend, um alle Ausgaben zu decken. Die stagnierende wirtschaftliche Lage führt jedoch dazu, dass der Großteil der urbanen Bevölkerung – sogar die wohlhabenderen Personen – kaum in der Lage ist, die gesamte Großfamilie zu unterstützen. Von vielen Menschen wird dies als schwindende Solidarität innerhalb der Großfamilie gedeutet. Wenn der Haushaltsvorstand stirbt oder nicht mehr arbeitsfähig ist, sei heute nicht mehr automatisch mit der Hilfe der Großfamilie zu rechnen. Gleiches gilt für den Fall, dass die Bildungskosten der Kinder das Haushaltsbudget einer Kleinfamilie überschreiten. Auch hier würde die Unterstützung durch die reichere Verwandtschaft oft ausbleiben. Die finanzielle Unterstützung, mit der ärmere Familien rechnen können, beschränkt sich meist auf kleine Geldbeträge. Individuelle Sparstrategien existieren, sie können jedoch oftmals nicht längerfristig umgesetzt werden, weil familiäre und soziale Verpflichtungen die individuelle Vermehrung von Geld kaum zulassen. Die sozialen Strukturen sind aufgrund von Senioritätsprinzip und Klientelbeziehungen so beschaffen, dass EinkommensbezieherInnen selten frei über ihr Geld verfügen können. Das bedeutet, dass die Menschen den Geldforderungen von älteren bzw. statushöheren Personen nachkommen müssen, um der Gefahr einer öffentlichen Schmähung zu entgehen.

Darüber hinaus sind Familien mit hohen Kosten für medizinische Behandlungen konfrontiert. In der Stadt kommt es nicht selten vor, dass Menschen mit Zahlungsverpflichtungen wie der Miete, den Schulgebühren oder dem Brautpreis im Rückstand sind. Auch fehlt oftmals das Geld, um die notwendigen Ausgaben für Festtage wie das Opferfest oder das Fest des Fastenbrechens zu tätigen. Schließlich ist die Abhaltung von Hochzeits- und Tauffeiern mit steigenden Kosten verbunden. Ein burkinischer Soziologe verglich diese Feste mit dem Fest des Potlachs, einem Fest nordamerikanischer indigener Gesellschaften, bei dem in ritueller Weise Geschenke verteilt werden und damit der Status des Gebenden maximiert wird. Auch in Westafrika würde derjenige, der fähig sei, eine große, prunkvolle Zeremonie mit vielen Gästen und gutem Essen zu veranstalten, mit Prestige belohnt. Das Streben nach sozialer Anerkennung sei von der-

art großer Bedeutung, dass in manchen Fällen sogar Feste veranstaltet werden, obwohl danach kein Geld mehr für andere wichtige Aufwendungen wie beispielsweise Schulgebühren übrig sei. Jedoch wäre es beschämend, wenn man eine Tauf- oder Hochzeitsfeier nicht erwartungsgemäß stattfinden lassen könne. Die Anzahl und der Status der teilnehmenden Gäste werden dabei genau analysiert und können sich positiv oder negativ auf das Prestige des Gastgebers/der Gastgeberin auswirken. Wer es schaffe, viele Menschen für ein soziales Ereignis zu mobilisieren, würde mit sozialer Anerkennung belohnt (37. Experteninterview).

Die eigene Armut wird von vielen Menschen relativiert und auf Bevölkerungsgruppen verwiesen, denen es noch schlechter gehe. Sogar Frauen, die mit ihren Ehemännern und Kindern nach Ouagadougou gekommen waren, in prekären Wohnverhältnissen leben und mitunter hungrig zu Bett gehen müssen, schätzen ihre Situation besser als die Situation der DorfbewohnerInnen ein. Die StadtbewohnerInnen sind einstimmig der Meinung, dass fast alle Menschen in den Dörfern mit einem steten Mangel an Notwendigem leben. Wenn man im Dorf finanzielle Hilfe benötige, gebe es heute niemanden, der einem helfen könne. Demgegenüber werden die Chancen, in der Stadt Unterstützung durch wohlhabende und einflussreiche Verwandte, NachbarInnen oder FreundInnen zu finden, höher eingeschätzt. Wenn solche Erwartungen enttäuscht werden, dann bleibt für die ZuwanderInnen in die Städte immer noch die Hoffnung aufrecht, durch Almosen den Lebensunterhalt sicherstellen zu können. Die Abhängigkeit von Geld in einem marktwirtschaftlichen System spielt also in allen Fällen eine zentrale Rolle für die Entscheidung, in der Stadt zu leben.

Anhand von drei Wohlstandskategorien, die ein Interviewpartner in Ouagadougou anführte, kann man versuchen zu zeigen, wie Armut im urbanen Raum gegenwärtig von der Bevölkerung wahrgenommen wird. Die Menschen, die am stärksten von Armut betroffen sind, werden auf Dioula bzw. Bambara als »desebagato« bezeichnet. Damit sind mittellose bedürftige Menschen gemeint, die keinerlei Besitz haben. Eine Familie, die in Miete lebt und deren Wohnungseinrichtung sich auf einen großen Wasserkrug aus Ton, ein Kochgeschirr, ein paar Schemel und Schlafmatten beschränkt, kann dieser Kategorie zugeordnet werden. In diesen Familien werden die Ausgaben für Nahrung reduziert, das bedeutet weniger Fleisch, Fisch, Gemüse und Obst sowie eine geringere Qualität der Nahrungsmittel (vgl. Arditi et al. 2011 a; Boyer und Delaunay 2009). Abgetragene Kleidung kann nur mehr unvollständig ersetzt werden und es wird vorwiegend Second Hand Ware gekauft. Die Nutzung von Verkehrsmitteln wird, wenn nicht unbedingt erforderlich, vermieden. Die Haushalte verzichten darauf, ihre Kinder zur Schule zu schicken oder medizinische Versorgung in Anspruch zu nehmen. Sehr arme Familien kann man auch daran erkennen, dass sie über einen längeren Zeitraum ohne funktionierende sanitäre Infrastruktur leben. Dies trifft insbesondere auf Haushalte in den informellen Vierteln zu, die ohne Toilette leben. Für diese Familien stellen bereits die Erhaltung der Bausubstanz ihrer Lehmhäuser sowie die Unterbringung aller Haushaltsmitglieder in den kleinen ein- bis zweiräumigen Häusern eine große Herausforderung dar, sodass die Errichtung von sanitären Anlagen in der Prioritätenliste nach unten rückt.

Die zweite Wohlstandskategorie, die von meinem Interviewpartner, einem älteren Mann in Ouagadougou (17. Einzelinterview), aufgestellt wurde, bezeichnet diejenigen,

die aufgrund von mangelnden finanziellen Ressourcen ihre Projekte nicht verwirklichen können. Diese Menschen werden »faantan«, also einfach Arme, genannt. In der Stadt – wie aus dieser Unterscheidung hervorgeht – bedeutet Armut demnach nicht nur extreme Armut, die mit fehlender Ernährungssicherheit, prekären Wohnbedingungen und fehlender Grundversorgung einhergeht, sondern damit ist auch eine relativ gemäßigte Form der Armut gemeint. Denn in diese Kategorie fallen Familien, die zwar in Miete leben und entweder nur an die Wasserleitung oder nur an die Stromversorgung angeschlossen sind, aber die Armut ist nicht so extrem wie bei Familien der ersten Kategorie und die Familie besitzt z.B. meist immerhin ein Motorrad, auch wenn es das einzige für alle Familienmitglieder ist. Wie bereits wiederholt angeführt wurde, ist die soziale Dimension des Konsums und des Lebensstils von außerordentlicher Wichtigkeit. Jeder Haushalt ist bemüht, den gegenwärtigen Status zu verbessern oder zumindest aufrechtzuerhalten. Familien, die der Kategorie der Armen zugeordnet werden können, streben deshalb danach, Errungenschaften wie ein Motorrad funktionstüchtig zu erhalten. Die Angst vor sozialem Abstieg und der damit einhergehenden Bloßstellung in der Nachbarschaft wirken hier meist als treibende Kraft für bestimmte Entscheidungen. Da neue und normgemäß errichtete sanitäre Anlagen sowie die Sauberkeit der Wohnumgebung kaum zum Status einer Familie beitragen und die Entsorgung von Abfällen und Abwässern am Straßenrand oder auf brach liegenden Flächen weniger schambelegt als ein desolates Haus oder zerschlissene Kleidung ist, wird Umweltproblemen mitunter wenig Aufmerksamkeit gewidmet.

Die dritte erwähnte Wohlstandskategorie bezeichnet schließlich die Reichen, diejenigen, die Geld in genügender Menge haben, auf Dioula »waritigi«. Diese kleinste Bevölkerungsgruppe lebt im Eigentum und zeichnet sich durch einen hohen Lebensstandard aus. Für sie gibt es keinerlei Schwierigkeiten, die Ernährung, die Schulbildung oder die medizinische Versorgung sicherzustellen. Die Wohnsituation kann in jeder Hinsicht als zufriedenstellend bezeichnet werden. Häufig zählen Luxusartikel wie Kühlschrank, Klimaanlage oder Auto zu den Gütern, über welche die Reichen und Reichen verfügen (9. Einzelinterview). Die mehrstöckigen Häuser, Villen bzw. Sozialwohnbauten dieser Bevölkerungsgruppe sind fast immer mit modernen Badezimmern sowie Klär- und Sickergruben ausgestattet. Dadurch, dass in den Stadtvierteln, in welchen überwiegend reiche Familien leben, Dienstleistungen wie die Abfallsammlung durchweg angeboten werden, gibt es auch deutlich weniger Schwierigkeiten bei der Entsorgung von Abfällen.

7.6.3. Von der Abfall- und Abwasserbeseitigung zur Siedlungshygiene

Das Verständnis von Armut ist im urbanen Raum – wie aus den bisherigen Ausführungen sichtbar wurde – in vielerlei Hinsicht an die Verfügbarkeit von finanziellen Mitteln gebunden. Wenn nun also die Auswirkungen von Armut auf die Umwelt analysiert werden, dürfen finanzielle Aspekte nicht ausgeblendet werden.

Allgemein kann festgestellt werden, dass die Umweltafgaben und -steuern sowie die Gebühren für die Abfall- und Abwasserentsorgung trotz der relativ geringen Höhe für manche Haushalte nicht leistbar sind. Für diese Dienstleistungen gibt es keine sozial gestaffelten Tarife, sondern den Kleinunternehmen, GIE und Vereinen steht es

frei, die Gebühren bis zu einem gewissen Höchstbetrag selbst festzulegen. In Bamako und Ouagadougou kann das Wiederaufkommen der informellen AbfallsammlerInnen zu einem gewissen Grad auf die Armut zurückgeführt werden. Obwohl die Abfallsammlung seit fast zwanzig Jahren die Aufgabe von offiziell anerkannten Kleinunternehmen ist, gibt es heute wieder viele informelle AbfallsammlerInnen. Die Anhebung der Tarife durch die GIE und die unregelmäßig stattfindenden Müllabfuhrer erklären, warum viele Haushalte nicht bereit sind, ein Abonnement bei den offiziellen Akteuren der Abfallsammlung aufzunehmen, sondern ihre Abfälle von informellen Dienstleistern entsorgen lassen. Dies hat dazu geführt, dass die GIE mit einer stetig sinkenden Zahl an AbonnentInnen konfrontiert sind und ihre Arbeit immer weniger rentabel wird. In manchen Stadtvierteln in Bamako haben die GIE die Abfallsammlung überhaupt eingestellt. Angesichts dieser Problematik kann auch die weiterführende Frage gestellt werden, welche Rolle der Bevölkerung in der Abfallbeseitigung zugeschrieben wird. Generell werden die StadtbewohnerInnen als KundInnen von Dienstleistungsunternehmen wie der Müllabfuhr gesehen. Indem sie nicht als BürgerInnen wahrgenommen werden, die Verantwortung für die Siedlungshygiene tragen und auch mitentscheiden dürfen, wird ihr Umweltbewusstsein nicht gefördert.

Die Subventionierungsmaßnahmen für die Errichtung bzw. Sanierung von sanitären Anlagen in Ouagadougou gehen bisher zu wenig auf die finanziellen Kapazitäten der Menschen ein. Solche Maßnahmen können daher sogar zur Diskriminierung von ärmeren Familien beitragen. Generell kann für ärmere Haushalte, ob MieterInnen oder EigentümerInnen, festgestellt werden, dass die Anzahl der sanitären Einrichtungen in einem Hof meist nicht ausreichend ist. Ärmere Familien zählen meist mehr Haushaltsmitglieder auf engerem Raum als Familien der Mittel- und Oberschicht. Eine einzige Toilette bzw. Dusche in einem Hof mit mehr als zwanzig BewohnerInnen bedeutet oft lange Wartezeiten und negative Folgen für die Sauberkeit und Funktionsfähigkeit der Anlage. Wichtiger als die Subventionierung von verbesserten Toilettenmodellen ist für ärmere Haushalte daher der Zugang zu Toiletten generell. Darüber hinaus spielt aber auch der Umstand, dass viele Menschen in Ouagadougou in einem Mietverhältnis leben, eine Rolle. Es würde hier den EigentümerInnen zufallen, in die Sanierung der Toilette oder Dusche zu investieren, aber diese sehen darin oft keine Notwendigkeit und können von den MieterInnen de facto auch kaum dazu gezwungen werden.

Die Bereitschaft, sich finanziell an Infrastrukturprojekten im Bereich der Siedlungshygiene zu beteiligen, ist nicht zuletzt aufgrund des Misstrauens in die EntscheidungsträgerInnen relativ gering. So wurden in mehreren Stadtvierteln in Bamako weit weniger Haushalte an die neu errichteten dezentralen Abwassersysteme angeschlossen als geplant. Dies liegt darin begründet, dass die Projektträger verdächtigt wurden, die finanziellen Beiträge der Familien zu unterschlagen. Wenn die Initiative von der Kommunalverwaltung ausgeht, haben negative Erfahrungen im Hinblick auf Korruption, Nepotismus oder Grundstücksspekulationen, also dem inoffiziellen Verkauf von Grundstücken, dazu beigetragen, dass jede Kooperation mit der Gemeindeverwaltung von vornherein ausgeschlossen ist.

Viele ärmere Menschen in Bamako zeigten sich hingegen bereit, sich aktiv für die Siedlungshygiene in ihrem Stadtviertel zu engagieren und beispielsweise ehrenamtliche Reinigungsaktionen durchzuführen. Insbesondere Frauen sind gewillt, ihre Zeit

und Arbeitskraft einzusetzen, um die Umweltqualität in ihrer Wohnumgebung zu verbessern. Umweltschutzprojekte in Stadtvierteln, welche mehrheitlich von ärmeren Familien bewohnt werden, sollten daher mehr auf diese Aspekte von Selbsthilfe als auf finanzielle Beteiligung setzen. Auch wenn die Bereitschaft für ehrenamtliches Engagement im Bereich der Abfallwirtschaft und Siedlungshygiene in manchen Stadtvierteln durch das Problem des fehlenden sozialen Zusammenhalts beeinträchtigt sein kann, leisten die Initiativen einen großen Beitrag zur Verringerung der Verschmutzung des öffentlichen Raumes. Wenn also z.B. manche Familien aus Kostengründen kein Abonnement bei der Müllabfuhr aufnehmen und die Abwässer nicht adäquat entsorgen, können gemeinschaftliche Reinigungsaktivitäten im Stadtviertel die Umweltbelastungen zumindest reduzieren. Abgesehen von diesen Nachbarschaftsverbänden könnte man bei der Durchführung von Bauprojekten von sanitärer Infrastruktur auch stärker auf die Arbeitskraft der lokalen Bevölkerung zurückgreifen. Diese Form der Eigenleistung könnte sowohl das Verantwortungsbewusstsein für die Wohnumgebung erhöhen als auch Einkommensmöglichkeiten schaffen.

Trotz dieser Viertelinitiativen haben die Interviews und Beobachtungen in Bamako und Ouagadougou gezeigt, dass sich das Umweltbewusstsein vieler Menschen auf den unmittelbaren Wohnbereich, also auf den Hof und den Straßenabschnitt vor dem Hof beschränkt. Alles was über den eigenen Hof, die Nachbarschaft bzw. das Viertel hinausgeht, fällt einstimmig in den Verantwortungsbereich der Stadtverwaltung, wie dies bereits von Chevron und Reinprecht (2002) thematisiert wurde. Wenn Schritte gesetzt wurden, um sich des Haushaltsmülls zu entledigen, also wenn er durch eine/n (informelle/n) AbfallsammlerIn weggebracht wurde, dann werden Abfälle nicht mehr als Problem gesehen, d.h. die weitergehende Abfallentsorgung wird als Aufgabe der Stadtverwaltung definiert. Dasselbe gilt für die Abwässer: Wenn Klär- oder Sickergruben durch einen Saugwagen entleert wurden, wird die Deponierung des Klärschlammes nicht mehr als Problem der Familie gesehen, sondern die Verantwortung geht vom Haushalt zur Stadtverwaltung über. In der Wahrnehmung der Menschen kann hier eine Parallele zwischen der Ehefrau in einer Familie und der Stadtverwaltung gezogen werden. Die Frau ist im privaten Raum für die Sauberkeit zuständig und kehrt regelmäßig den Hof. Die Familienmitglieder mögen noch so nachlässig sein und ihre Abfälle überall fallen lassen, die Frau sorgt dafür, dass der Boden wieder sauber wird und dass die Abfälle außerhalb des Hofes gebracht werden. Die Rolle der Stadtverwaltung scheint in dieser Hinsicht der Rolle einer Ehefrau zu entsprechen. So wird sie dafür verantwortlich gemacht, im öffentlichen Raum für Sauberkeit und Ordnung zu sorgen.

Wenig Interesse scheint dafür zu bestehen, wo die Abfälle letztendlich landen. Ob die Abfälle auf eine kontrollierte Mülldeponie oder auf brach liegende Flächen am Stadtrand gebracht werden, scheint den Haushalten mehrheitlich gleichgültig zu sein. Und auch der Umstand, dass die Abfälle und Abwässer möglicherweise anderswo die Umwelt verschmutzen könnten, wird nicht als eigenes Problem betrachtet. Diese Einstellung und entsprechende Verhaltensweisen konnten jedoch nicht nur bei ärmeren StadtbewohnerInnen beobachtet werden, sondern auch die Akteure in der Abfallwirtschaft und selbst die politischen EntscheidungsträgerInnen handeln oftmals nicht vorausschauender. Die Umweltverschmutzung außerhalb des Stadtgebietes oder des eigenen Wahlsprengeles wird oft nicht als Problem gesehen. So wurden in Bamako wiederholt Maß-

nahmen ergriffen, die nicht als ökologisch nachhaltig bezeichnet werden können. Die Errichtung einer Mülldeponie am Flughafengelände hatte dazu geführt, dass dort das Grundwasser verschmutzt wurde. Die BewohnerInnen einer nahe gelegenen informellen und nicht autorisierten Siedlung hätten laut einer Expertin die Folgen der Müllablagerungen unmittelbar bemerkt, denn das Brunnenwasser sei dadurch nicht mehr genießbar gewesen (2. Expertinneninterview). Und der Leiter einer GIE, der ein dezentrales Abwassersystem im Stadtviertel Banconi in Bamako initiiert hatte, meinte, dass die Kies- und Kohlefilter des Systems schon seit längerem nicht mehr ordnungsgemäß funktionieren und dass die Abwässer nun ohne jegliche Reinigung in den Fluss Niger münden würden. Es sei sehr wohl möglich, dass das Problem der Umweltverschmutzung nur räumlich verlagert werde, aber das Viertel sei immerhin vom Abwasser befreit (21. Experteninterview).

Der Umstand, dass das Problem der Verschmutzung des öffentlichen Raumes in Bamako und Ouagadougou nach wie vor nicht gelöst ist, weist auf die grundlegende Problematik der Übertragung von Konzepten wie jenes des »öffentlichen Raumes« auf afrikanische Städte hin. Im Kapitel 3.7 wurde zwischen drei Dimensionen von Umwelt unterschieden: dem privaten Raum, dem unmittelbaren Wohnumfeld und dem öffentlichen Raum. Diese Unterscheidung mag sich im Hinblick auf die Gestaltung von sozialen Beziehungen als hilfreich erweisen; im Hinblick auf das Problem der Umweltverschmutzung in Bamako und Ouagadougou ist die Nützlichkeit dieser Kategorisierung begrenzt. Es scheint erforderlich zu sein, den öffentlichen Raum stärker zu differenzieren und lokale Raumkonzepte miteinzubeziehen. So werden die Straße, der Straßenrand, Plätze, brach liegende Flächen wie z.B. die »réserves publiques«, Grünflächen, tote Flussarme oder Entwässerungsgräben sehr unterschiedlich bewertet. Während manche Räume wie z.B. tote Flussarme oder brach liegende Flächen von den Menschen als Niemandsland gesehen werden und das Hinterlassen von Abfällen und Abwässern nicht sozial sanktioniert wird, erregt die Verschmutzung von Straßen und Plätzen meistens Unmut. Diese unterschiedliche Bewertung zeigte sich auch im Rahmen der freiwilligen Reinigungsaktivitäten in Bamako. Wilde Deponien, die sich am Straßenrand befinden, werden im Zuge solcher Viertelinitiativen immer evakuiert. Anders verhält es sich mit vermüllten toten Flussarmen und Abfallhaufen auf brach liegenden Flächen: Weil diese Räume für die Menschen keinen bestimmten Nutzen haben und meistens nicht genutzt werden, wird der Müll nicht beseitigt. Es obliegt hier der städtischen Müllabfuhr, die Abfälle wegzuschaffen.

Welche Vorkehrungen und Handlungsweisen umweltgerechtes Verhalten erfordert, hängt nicht zuletzt von den Lebensweisen und Wohnformen in der Stadt ab. Im dörflichen Kontext war umweltorientiertes Verhalten nicht von den finanziellen Kapazitäten der Familien abhängig, denn die Haushaltsabfälle wurden kompostiert, verbrannt, vergraben oder an Nutztiere verfüttert. In der Stadt sehen die meisten BewohnerInnen aufgrund des neuen Lebensstils in der Kompostierung keinen Nutzen mehr bzw. werden die Haushalte in der Stadt heute dazu aufgefordert, ihre Abfälle in Abfalleimer zu geben und in regelmäßigen Abständen von offiziell zugelassenen AbfallsammlerInnen gegen ein Entgelt entsorgen zu lassen. Die meisten StadtbewohnerInnen sind nicht mehr in der Landwirtschaft tätig, sondern vom Arbeitsmarkt und von bezahlter Erwerbsarbeit abhängig. Mülltrennung und Kompostierung sind zeitintensive Tätigkei-

ten und für viele StadtbewohnerInnen nicht die Zeit, die Arbeit und die Bemühungen wert. Nur die BewohnerInnen der peripheren und informellen Stadtviertel nutzen Müll als Dünger, allerdings häufig ohne die nicht biologisch abbaubaren Abfallbestandteile heraus zu sortieren. Die Weigerung der ärmeren Familien in diesen Vierteln, für die Abfallentsorgung zu bezahlen, ist mit der Einstellung verknüpft, dass die Abfälle den Ackerbauern und -bäuerinnen nutzen. Für die Entsorgung von Abfällen zu bezahlen, obwohl andere Menschen diese Abfälle haben möchten, erscheint ihnen widersinnig. In Ouagadougou gibt es auch eine Form der informellen Mülltrennung und Sammlung der biologischen Abfälle. So verwenden manche Familien eigene Behälter für Küchenabfälle, die von den SchweinezüchterInnen gesammelt werden. In beiden Städten werden leere Behälter wie Gläser, Plastikflaschen oder Dosen von ärmeren Familien wiederverwendet. Viele Abfälle haben jedoch aufgrund des urbanen Lebensstils keinen Wert mehr.

Die Veränderung der Lebensweisen in der Stadt trägt schließlich zur Einstellung in der Bevölkerung bei, dass Umweltschutz ein Anliegen der »Weißen« sei und diese dafür Geld zur Verfügung stellen sollten. Die Umweltverschmutzung im urbanen Raum wird hier entweder beschönigt oder der Mangel an Infrastruktur, insbesondere fehlende Entwässerungsrinnen und fehlende Mülldeponien dafür verantwortlich gemacht. Umweltverschmutzung wird hier auf die unzureichenden finanziellen Mittel der Familien und der Stadtverwaltung zurückgeführt. Umweltschutz sei im Hinblick auf den gegenwärtigen Lebensstandard der Bevölkerung Luxus, da es drängendere Probleme zu lösen gebe. Diejenigen, die an der Umweltverschmutzung in der Stadt Anstoß nehmen, sollten Entwicklungshilfe leisten und die benötigte Infrastruktur bereitstellen.

8. Zusammenfassende Darstellung und Ausblick

In der vorgestellten Forschung ging es darum, den Zusammenhang zwischen Armut und dem Potential umweltgerechten Handelns in westafrikanischen Städten zu erläutern. Eingangs wurde aufgezeigt, dass in der theoretischen Auseinandersetzung Armut zum Einen als Ursache von Umweltproblemen gesehen wird, da die Zielsetzungen und Prioritäten von armen Menschen auf die Verbesserung der ökonomischen Lage und nicht auf die Verbesserung der Umweltqualität fokussiert sind (Diekmann und Franzen 1999; Inglehart 1995). Bezugnehmend auf Henry Odera Oruka (1997) und Martha Nussbaum (2006) wurde diskutiert, ob grundlegende menschliche Bedürfnisse bzw. Freiheiten in einem hierarchischen Verhältnis zueinander stehen oder als gleichrangig zu betrachten sind. Das Bedürfnis nach einem fürsorglichen und nachhaltigen Umgang mit anderen Lebewesen bzw. dem Schutz der Umwelt wurde hier anderen Bedürfnissen gegenübergestellt. Inwiefern knappe finanzielle Mittel bzw. eingeschränkte Verwirklichungschancen für den Schutz der Umwelt verwendet bzw. eingesetzt werden, wurde diskutiert. Umweltgerechtes Verhalten und das Sicherstellen einer sauberen Umwelt wurden hierbei vorrangig als die umweltadäquate Entsorgung von Abfällen und Abwässern definiert.

Die empirischen Ergebnisse legen nahe, dass kostenpflichtige Umweltschutzmaßnahmen für die ärmere städtische Bevölkerung im Vergleich zu anderen Bedürfnissen eine geringere Priorität einnehmen. Die Prioritätenpyramide basiert zuallererst auf materiellen Grundbedürfnissen wie Ernährung und Wohnen. An zweiter Stelle folgen sozial definierte Bedürfnisse, die häufig auf die veränderte Lebensweise in der Stadt hinweisen. Ausgaben für Elektrizität, Transport, Kleidung und Feste sowie Schulgebühren sind hier u.a. zu nennen. Der urbane Lebensstil, der mit dem Konsum von importierten Gütern einhergeht, trägt dazu bei, dass monetär arme StadtbewohnerInnen in ihrer Selbstwahrnehmung nicht über einen zufriedenstellenden Lebensstandard verfügen. Die vorhandenen finanziellen Mittel werden mit größerer Wahrscheinlichkeit in Konsumgüter und Prestigeobjekte als in die umweltgerechte Entsorgung von Abfällen und Abwässern investiert. Investitionen in sanitäre Infrastruktur wie Toiletten oder umweltrelevante Dienstleistungen müssen demnach unter einem sozialen Blickwinkel betrachtet werden. Investitionen werden weniger aus dem Grund getätigt, dass sich ein Haushalt mehr Komfort, Sauberkeit, eine einfachere Nutzbarkeit oder den Schutz der

Umwelt wünscht, als aus dem Grund, dass damit ein Zuwachs an persönlicher Würde und gesellschaftlichem Ansehen erhofft wird.

Eine zweite Annahme, die in dieser Arbeit untersucht wurde, lautet, dass die Handlungsweisen von ärmeren Bevölkerungsschichten Lösungen für Umweltprobleme bereitstellen können, weil ärmere Menschen auf die dauerhafte Verfügbarkeit von natürlichen Ressourcen wie Wasser, Ackerflächen und Weideland angewiesen sind (Guha und Martinez-Alier 1997; Martinez-Alier 2002). Dieses Argument wurde auf der Grundlage der Lebensweisen von Ackerbauern und -bäuerinnen, FischerInnen und ViehzüchterInnen in ruralen Gegenden im so genannten Globalen Süden entwickelt. In dieser Arbeit, welche sich auf den Kontext westafrikanischer Städte bezieht, wurde diese Theorie anhand von speziellen Berufen wie der Färberei und der Gemüsegärtnerei untersucht. Die empirische Forschung führte zur Erkenntnis, dass der Umgang mit den natürlichen Ressourcen Wasser und Boden im urbanen Raum wenig nachhaltig ist. Diese Ressourcen werden genutzt, um Handels- und Konsumgüter wie Stoffe und Obst und Gemüse zu produzieren. Jedoch werden wie im Falle der Färberei Abwässer ohne jegliche Behandlung wieder in die Umwelt abgeführt, was bereits wiederholt zur Verschmutzung des Grundwassers in bestimmten Stadtvierteln Bamakos geführt hat. Die Gemüsegärtnerei in Ouagadougou trägt durch den Einsatz von ungeeigneten Düngemitteln und Pestiziden zur Anreicherung von Schadstoffen im Boden und einer nachlassenden Bodenfruchtbarkeit bei. Da diese Formen der Erwerbsarbeit jedoch für einen wesentlichen Teil der städtischen Bevölkerung die Lebensgrundlage darstellen, ist die Bereitschaft relativ gering, diese Tätigkeiten aufzugeben. Im Hinblick auf natürliche Ressourcen herrscht demnach eine anthropozentrische Betrachtung der Umwelt vor. Die Natur wird als etwas Gottgegebenes betrachtet, das den Menschen alle erforderlichen Ressourcen zur Verfügung stellen wird. Die Menschen sollten dieser Vorstellung zufolge die Möglichkeiten nutzen, welche ihnen die Natur bietet.

So genannte »feedback loops« (Bateson [1972] 1996), also Feedbackschleifen, wurden in diesem Zusammenhang als Mechanismus beschrieben, mit dem negative Auswirkungen auf die Umwelt eingeschränkt werden können (Bennett 1976). Indem Umweltverschmutzung negative Rückwirkungen auf den Menschen hat, werden Menschen dazu bewogen, umweltschädigendes Verhalten zu unterbinden. Allerdings können solche Feedbackschleifen unwirksam sein, wenn Präferenzen oder soziale Strukturen diese Rückwirkungen verhindern. Auch können die Rückwirkungen mit zeitlicher Verspätung eintreten und Menschen daher keinen Zusammenhang zwischen ihrem Verhalten und den negativen Folgen ihres Verhaltens sehen. Dies trifft insbesondere auf die GemüsegärtnerInnen zu, die Gefahren durch ungeeignete Pestizide und Düngemittel oft nicht wahrnehmen. Dadurch, dass Schwermetalle oder andere Schadstoffe oft nur langfristige Folgen in Form von Krebserkrankungen haben, werden die Gefahren unterschätzt.

Den Schwerpunkt dieser Arbeit bildet das umweltrelevante Handeln der ärmeren StadtbewohnerInnen, die einer (informellen) Beschäftigung im Handel oder Handwerks- und Dienstleistungssektor nachgehen und deren Einkommensgrundlage nicht auf dem Zugang zu natürlichen Ressourcen basiert. Im Hinblick auf die Abfallbelastung im urbanen Raum wurde ein dritter analytischer Zugang vorgestellt, der Abfall als politisches Protestmittel betrachtet. Ärmere, marginalisierte StadtbewohnerInnen

würden Umweltverschmutzung als bewussten Akt des Widerstands einsetzen. Die Unzufriedenheit, die sich in der Vermüllung des öffentlichen Raums manifestiert, wie dies Jacky Bouju (2009) und Rosalind Fredericks (2009) schon für andere westafrikanische Städte beschrieben haben, wird auf mangelnde Mitbestimmungsrechte sowie Grundstücksspekulationen und Korruption der Stadtverwaltung zurückgeführt. Denn wie ich weiter oben bereits festgestellt habe, haben die schriftlich festgehaltenen Rechte der BürgerInnen möglicherweise wenig Gültigkeit im Alltag ärmerer Menschen in westafrikanischen Städten. Freiheitsrechte und Grundrechte werden nicht allen StadtbewohnerInnen garantiert, Rechte der Teilnahme und der Aneignung noch weitaus weniger.

Der Zugang zu umweltbezogener Infrastruktur und Dienstleistungen verbessert sich nur langsam und nur für kleine Teile der Bevölkerung. Die Kommunalverwaltungen fokussieren bei der Errichtung und Instandhaltung der Kanalisation und der Deponiewirtschaftung v.a. auf wohlhabendere und zentrumsnahe Stadtviertel¹. Vom Kanalisationsnetz profitieren beispielsweise vorwiegend Unternehmen, Industriebetriebe und Verwaltungsgebäude. Stadtviertel in städtischen Randlagen mit einem hohen Anteil an ärmeren Haushalten sind hingegen stark benachteiligt. Den StadtbewohnerInnen stehen angesichts dessen theoretisch drei verschiedene Handlungsoptionen offen: Abwanderung, Widerspruch und Loyalität (Hirschman 1981). Die empirischen Ergebnisse zeigen, dass Menschen nicht in ein anderes Stadtviertel ziehen, wenn sie mit der Wohnqualität in ihrem Viertel oder der Arbeit der Stadtverwaltung unzufrieden sind. Über offene Protestformen wie die Vermüllung von Straßen wurde in der malischen Presse vereinzelt berichtet. Insbesondere berichtet z.B. Camara (2012) in der Tageszeitung »L'Indépendant«, dass es während der Regenzeit in den vergangenen Jahren dazu gekommen war, dass die Belastungen durch manche Zwischendeponien in Bamako für die AnrainerInnen unerträglich geworden waren und durch die Blockade der Straße mit Abfällen die städtische Müllabfuhr dazu bewegt worden war, die Deponien zu evakuieren. Gleichfalls machen Konate (2014) und Sogodogo (2014) in der Tageszeitung »L'Eclair« bzw. »Le Républicain« darauf aufmerksam, dass in einigen Stadtvierteln Bamakos die Straßen mit Haushaltsabfällen blockiert wurden, weil Zwischendeponien geschlossen worden waren und die BewohnerInnen keine andere Möglichkeit mehr sahen, sich ihrer Abfälle zu entledigen. In den überwiegenden Fällen wird der fehlende Zugang zur Kanalisation und zur Abfallsammlung jedoch hingenommen. Die BewohnerInnen in diesen Stadtvierteln protestieren nicht, können aber auch nicht als loyal bezeichnet werden. Vielmehr kann von einem Rückzug auf die familiären und sozialen Beziehungen gesprochen werden. Ärmere Bevölkerungsschichten leben demnach so, als ob es keine Stadtverwaltung geben würde. Die ärmeren Haushalte üben ihr Wahlrecht nicht aus, bezahlen keine (Umwelt-)Steuern und sind durch die Erwerbstätigkeit im informellen Sektor in keine sozialen Absicherungsmaßnahmen eingebunden. Öffentliche Schulen und das öffentliche Gesundheitssystem werden aus Platzgründen oder aufgrund der Kosten nicht in Anspruch genommen. Ärmere Haushalte leben in diesem

1 Für die Wasserversorgung in den Städten des subsaharischen Afrikas wies Sylvie Jaglin (2005) auf denselben Tatbestand hin.

Sinne oft unabhängig vom Staat. Da sie sich von vielen staatlichen und kommunalen Leistungen ausgeschlossen sehen, fühlen sie sich nicht verpflichtet, den Umweltsetzen Folge zu leisten. Informelle Viertel wurden von vielen Menschen als Orte der Gesetz- und Strafflosigkeit bezeichnet. Die Reichweite des Staates und der Stadtverwaltung kann aber auch in manchen zentrumsnahen Stadtvierteln als begrenzt betrachtet werden.

Das, was Cohen (2010) »Second-Class Shitizenship« nennt, also das Fehlen eines Zugangs zu adäquaten Sanitäreinrichtungen, wurde im Laufe meiner Forschung in westafrikanischen Städten auch festgestellt. Dabei konnten einige wesentliche neue Erkenntnisse gewonnen werden. Wie aus der empirischen Forschung hervorgeht, ist die ärmere Stadtbevölkerung nicht primär die Zielgruppe von Subventionierungsmaßnahmen im Bereich der Siedlungshygiene. Die Modernisierung der »vernetzten Stadt« nimmt keine Rücksicht auf die finanziellen Möglichkeiten der ärmeren Bevölkerungsschichten und führt de facto zu deren Ausschluss. Implizit gehen damit die Vorurteile einher, dass ärmere StadtbewohnerInnen keine Sanitäreinrichtungen wollen und sie weder zu benutzen noch zu warten wüssten. In meiner Forschung konnte ich auch zeigen, dass die Kommodifizierung der Entsorgungsleistungen von Abfällen und Abwässern ein Prozess ist, der sich noch im Anfangsstadium befindet. In westafrikanischen Städten schreitet die Ökonomisierung der Lebensweisen fort, aber viele Güter oder Dienstleistungen sind noch nicht dem marktwirtschaftlichen Prinzip unterworfen (siehe auch Schaffer und Wen-hsien 1975). Im Bereich der Abfallwirtschaft und Siedlungshygiene entscheidet zwar Geld primär über die Inklusion oder den Ausschluss von Menschen, gleichzeitig spielen aber auch Status, Einfluss, Mitgliedschaften und Zugehörigkeiten eine Rolle. Insbesondere im Hinblick auf die Erbringung von Dienstleistungen können bestimmte Ansprüche bestehen, die nicht auf finanziellen Kriterien beruhen. Auch ärmere StadtbewohnerInnen versuchen deshalb, die Zugangsmodalitäten zu beeinflussen sowie gewisse Ansprüche zu schaffen, nachzuweisen und geltend zu machen. Die Beziehungen zu politischen Parteien, Nachbarschaftsgruppierungen, Familienverbänden oder Religionsgemeinschaften können als Ressource verwendet werden. Weiters kann Korruption als Strategie eingesetzt werden um die Zugangsbedingungen für sich zu verbessern (siehe auch Smith 2007). Je nach verfügbaren Ressourcen haben die NutzerInnen der Dienstleistungen also (eingeschränkte) Möglichkeiten, die Zugangsmodalitäten zu beeinflussen. Dies kann dazu führen, dass es im Hinblick auf dieselbe Dienstleistung für manche Menschen einen Zugang nach dem Marktprinzip und für andere Menschen einen Zugang nach einem bürokratischen Prinzip gibt. Ärmere Haushalte, die dennoch keinen Zugang zu Infrastruktur oder Dienstleistungen haben, ersetzen diesen durch menschliche Arbeitskraft. Margaret Grieco (2010) spricht in diesem Zusammenhang von Kindern als »living infrastructure«. Dort, wo es keine Kanalisation und keine Saugwägen gibt, werden Klärgruben manuell entleert. Dort, wo es keine Müllabfuhr gibt, entsorgen Menschen mit Handkarren und Eselskarren die Haushaltsabfälle. In Bamako und Ouagadougou sind v.a. weibliche Haushaltsmitglieder und informelle DienstleisterInnen in diese Aktivitäten involviert. Schließlich müssen auch Formen der Selbstorganisation berücksichtigt werden, die von lokalen Formen der Vergemeinschaftung initiiert werden. Anstelle von finanziellen Mitteln können auch zeitliche und soziale Ressourcen bedeutsam für die Erbringung von Entsorgungsleis-

tungen werden. Der Aspekt der Resignation zeigte sich in westafrikanischen Städten allerdings als maßgeblicher Grund dafür, dass freiwillige Reinigungsaktivitäten im öffentlichen Raum zunehmend unterbleiben. Sowohl mangelnder sozialer Zusammenhalt im Viertel als auch fehlende Unterstützung durch die Stadtverwaltung sind hierfür ausschlaggebend. Das Konzept des »aspiration gap« (Ray 2006), das im Hinblick auf fehlende Bemühungen, den Lebensstandard zu erhöhen, entwickelt worden war, kann somit auch auf Umweltschutzaktivitäten übertragen werden. Wird kollektives umweltorientiertes Handeln als wenig effizient beurteilt, dann werden Energie und Zeit nicht mehr in ehrenamtliches Engagement fließen.

Mangelndes Umweltbewusstsein wurde von vielen Menschen auf die fehlende Bildung der ärmeren Bevölkerungsschichten zurückgeführt. Da umweltschädigendes Verhalten nur in wenigen Fällen als offen provokatives Verhalten gesehen werden kann, liegt die Annahme nahe, dass mangelnde Kenntnisse über die Ursachen und Folgen von Umweltverschmutzung zur Folge haben, dass ärmere Menschen ihre Umwelt nicht schützen. Die Umweltdiskurse internationaler Organisationen, die im Rahmen von Entwicklungshilfeprojekten vermittelt werden, sind bisher anscheinend wenig erfolgreich. So sind z.B. Kenntnisse über Mikroorganismen oder andere verunreinigende Substanzen in den ärmeren Bevölkerungsschichten wenig verbreitet. Wie bereits erwähnt, können niedrige Schulbesuchsquoten dazu beitragen, dass bestimmte Formen von Umweltverschmutzung nicht als solche wahrgenommen werden. Bestimmte Verhaltensweisen, wie z.B. leere Trinkwasserbeutel an Ort und Stelle fallen zu lassen, werden als unbewusste Gewohnheiten von Menschen betrachtet, die nicht über die Auswirkungen auf die Umwelt reflektieren. Information und Aufklärung werden generell als sehr wichtig erachtet, um aus den StadtbewohnerInnen »Öko-BürgerInnen« zu machen. Diese Haltung bezieht sich auf die eingangs erwähnte These, dass Umweltbewusstsein ein postmaterielles Phänomen sei, welches erst im Laufe der Industrialisierung entstehe. In afrikanischen Entwicklungsländern herrschen demnach nicht dieselben umweltorientierten Werte wie in Industrieländern. Einer jungen, gebildeten, wohlhabenden und urbanen Bevölkerungsschicht wird ein Umweltbewusstsein zugeschrieben, aber der ärmeren Bevölkerung in afrikanischen Ländern wird eine ökologische Kultur aberkannt. Auch wenn Institutionen wie Umweltministerien geschaffen wurden, werden die Handlungsweisen der Bevölkerung als wenig ökologisch gesehen. Während also eine Externalisierung von umweltorientierten Normen in Form der Institutionalisierung erfolgt ist, wurden moderne Umweltnormen nur kaum internalisiert.

Im westafrikanischen Kontext spielt die Entwicklungshilfe eine besondere Rolle für die Entstehung eines Umweltbewusstseins. Die Vielzahl an Projekten im Bereich Umweltschutz, Klimawandel und Gesundheit könnte trotz ausbleibender Industrialisierung dazu führen, dass Umweltverschmutzung zukünftig vermehrt als Problem wahrgenommen wird². Die empirischen Ergebnisse haben allerdings aufgezeigt, dass bewusstseinserschaffende Maßnahmen zur Wertschätzung von Umweltschutz und zur Ver-

2 Das Projekt »Saniya Warrri« des Welternährungsprogramms wurde von den TeilnehmerInnen als Beitrag zur Reinigung des öffentlichen Raumes gesehen. Wiederverwertbare Abfälle wurden nicht mehr als schmutzig oder gefährlich wahrgenommen, sondern als nutzbringend. Wie nachhaltig ein solcher Bewusstseinswandel jedoch ist, bleibt dahingestellt.

meidung von Umweltverschmutzung bisher wenig erfolgreich waren. Globale Umweltdiskurse sind auf Konferenzen in westafrikanischen Städten durchgängig präsent, erreichen aber aufgrund der Sprachbarriere und der fehlenden Übersetzung in kulturell verständliche Konzepte nur teilweise die Bevölkerungsschichten mit geringer Schulbildung. Die Vorgehensweisen von Umweltbildungsmaßnahmen werden häufig als wenig partizipativ kritisiert. Weil die TeilnehmerInnen an solchen Sensibilisierungsaktivitäten oft keine fachlichen Qualifikationen mitbringen, wird Partizipation als unumgänglich betrachtet, um auf Akzeptanz zu stoßen. In der Realität basieren die Maßnahmen zumeist auf Anweisungen und Aufforderungen und bleiben daher wirkungslos bzw. erzeugen Widerstände.

Umweltbildungsmaßnahmen, die von einem wissenschaftlichen Verständnis von Hygiene ausgehen, berücksichtigen das lokal vorherrschende Verständnis von Sauberkeit nur unzureichend. Für viele ärmere StadtbewohnerInnen ohne formelle Schulbildung sind nach wie vor die Kriterien unangenehmer Geruch und sichtbare Verschmutzung zur Beurteilung von Sauberkeit ausschlaggebend. Tatsächliche Reinheit wird mit der gesellschaftlichen Beurteilung des Reinheitszustandes gleichgesetzt und daher geht es oft vielmehr darum, Schmutz für Augen und Nase unkenntlich zu machen als ihn tatsächlich zu beseitigen. Schließlich sind traditionelle kulturelle Konzepte von besonderer Bedeutung. Konzeptuell und sprachlich wird zwischen Umwelt und Natur differenziert. Umwelt wird als bewohnter, angeeigneter und zivilisierte Raum wahrgenommen. Dieser breite Umweltbegriff umfasst Haushalte, Straßen und das Stadtviertel. Natur hingegen wird mit dem Busch, dem Ort der wilden Tiere und Geister assoziiert. Umweltschutz impliziert daher etwas anderes als Naturschutz. Umweltschutz ist immer auf die Gesundheit und das Wohlergehen der Menschen bezogen, d.h. Abfall- und Abwasserbelastungen, die als gefährdend eingestuft werden, werden beseitigt. Wie aus meinen Ergebnissen hervorgeht, ist Naturschutz, also der Schutz von Pflanzen und Tieren, den meisten StadtbewohnerInnen in Westafrika kein Anliegen, denn die Natur als etwas Gottgegebenes wird als unerschöpflich betrachtet (siehe hierzu Kapitel 7.5.1).

Das Umweltverständnis in westafrikanischen Städten kann als ein anthropozentrisches Umweltverständnis beschrieben werden. Es herrscht weniger eine Besorgnis über die Auswirkungen der Umweltverschmutzung auf die Flora und Fauna als eine Besorgnis über die Betroffenheit des Menschen. Die symbolischen Repräsentationen von Umwelt entsprechen weiters nur begrenzt der instrumentellen Umweltnutzung. Natürliche Ressourcen werden in einem pragmatischen Sinne genutzt und moralische Verpflichtungen gegenüber der Natur spielen eine untergeordnete Rolle. Die Abschätzung der Handlungsfolgen geschieht nicht im Hinblick auf ökologische Folgen, sondern im Hinblick auf soziale Folgen. Umweltrelevante Verhaltensweisen erfolgen, weil mögliche Konflikte mit den NachbarInnen vermieden werden wollen. Umweltverschmutzung wird nicht als mangelndes Verantwortungsbewusstsein im ökologischen Sinn problematisiert, sondern als Verstoß gegen einen nachbarschaftlichen und gemeinschaftlichen Verhaltenskodex. Umweltgerechtes Verhalten erfolgt oft aus einer altruistischen Werthaltung heraus. Der Nutzen, den Ackerbauern und -bäuerinnen aus den Abfällen als Dünger ziehen können, wird oft als Argument angeführt, warum die Haushalte ihre Abfälle zu wilden Deponien am Stadtrand bringen.

In den Kontexten, wo die Verunreinigung des öffentlichen Raumes durch Abfälle und Abwässer nicht vermieden werden kann, herrscht oft große Toleranz. So sind in den zentrumsnahen Vierteln in westafrikanischen Städten viele ärmere Menschen anzutreffen, die aus den Dörfern abgewandert sind, um bei Verwandten oder Bekannten in der Stadt unterzukommen. Die vorhandene Abfall- und Abwasserinfrastruktur ist durch die hohe Bevölkerungsdichte überlastet, aber die familiären und nachbarschaftlichen Solidaritätsnetze sorgen dafür, dass Umweltverschmutzung kaum problematisiert wird. Soziale Normen stellen die soziale Harmonie in den Vordergrund und Umweltverschmutzung in den Hintergrund. Die gegenseitige Solidarität wird meist als größerer Wert gesehen als die individuelle Voraussicht und Übernahme von Verantwortung im Hinblick auf die Umwelt im urbanen Raum. Wie in manchen kultur- und sozialanthropologischen Studien (siehe Drackner 2005) gezeigt wurde, wirkt sich ein unsauberes Wohnumfeld negativ auf das Image der BewohnerInnen aus. In meiner Forschung in Ouagadougou und Bamako konnte ich dies allerdings nicht feststellen. Gewisse Stadtteile oder Nachbarschaften werden nicht aufgrund der Umweltbelastung durch Abfälle und Abwässer stigmatisiert.

Handlungstheoretische Ansätze waren im Laufe der Arbeit nützlich, um den Stellenwert von Motivation im Verhältnis zu strukturellen Handlungsbedingungen für umweltrelevantes Handeln zu bestimmen. Hierbei musste zwischen drei Ebenen unterschieden werden. Auf der individuellen Ebene waren der Mangel an Wissen und fehlende Akzeptanz von Umweltmaßnahmen ausschlaggebend. Gleichzeitig gibt es aber auch wenige Gruppenanreize für umweltgerechtes Handeln, das keine symbolische Bedeutung hat und nicht prestigeträchtig ist. Gesellschaftliche Anreize sind zwar in Form von Umweltgesetzen gegeben, aber sowohl Traditionen als auch ausbleibende Strafen für umweltschädigendes Verhalten führen dazu, dass Gesetze wenig Einfluss auf das Verhalten haben. Im Gegensatz dazu sind in informellen Siedlungen und in den Stadtvierteln, wo überwiegend ärmere Haushalte leben, situative Hürden, d.h. mangelnder Zugang zu sanitärer Infrastruktur und Abfallsammlung maßgeblich.

Westafrikanische Städte können insofern als Orte gesehen werden, die sich in einer Umbruchphase befinden. Wie eingehend ausgeführt wurde (siehe Kapitel 5.3), haben in Gesellschaften, die sich in einer Phase des Übergangs befinden, strukturelle Handlungsbedingungen einen größeren Einfluss auf das Handeln als das kulturelle Repertoire (Swidler 1986). So gibt es in Bamako und Ouagadougou eine Ungleichzeitigkeit der konkreten Wohn- und Lebensbedingungen und der Verhaltensweisen. Traditionelle kulturelle Werte existieren nach wie vor aber die Lebensweisen der Menschen haben sich gewandelt. Heute sind die Probleme, die aus der Urbanisierung, dem Bevölkerungswachstum und dem Klimawandel resultieren, akut geworden, doch die Einstellung der Menschen hat sich noch nicht gewandelt und auch Gewohnheiten wurden noch nicht angepasst. Oft gibt es Wissensfragmente über bislang praktizierte umweltorientierte Handlungen und Regulierungsmechanismen aber die Zusammenhänge sind den Menschen nicht mehr bewusst. Es kann nicht von einer »Kultur der Armut« (Lewis [1966] 2010) gesprochen werden, da Umweltverschmutzung im urbanen Raum und fehlender Bürgersinn relativ rezente Phänomene sind, die in Zusammenhang mit dem sozialen Wandel stehen. Es ist also weder in Bamako noch in Ouagadougou Tradition, den öffentlichen Raum zu verschmutzen oder diesen nicht zu reinigen. Erst mit dem Zer-

bröckeln des sozialen Zusammenhalts in der Nachbarschaft ist es möglich geworden, dass Schmutz im öffentlichen Raum ständig präsent ist. Auch haben die technologische Entwicklung und neue Konsumgewohnheiten neue Formen von Umweltverschmutzung möglich gemacht. So fanden Plastikverpackungen erst vor kurzem eine weite Verbreitung innerhalb der ärmeren städtischen Bevölkerung. Auch die Verwendung von synthetischen Farbstoffen in der Textilfärberei sowie der Einsatz von Kunstdünger und Pestiziden im Gemüseanbau waren für den Großteil der ärmeren Bevölkerung lange nicht gebräuchlich.

In Zeiten des sozialen Wandels können gleichzeitig zweckrationale, wertrationale und traditionelle Vorstellungen über die gewünschte Nutzung der Umwelt existieren. Sowohl Routinen als auch Regeln und Ressourcen sind für umweltrelevantes Handeln von Bedeutung. Handeln erfolgt als schrittweiser Prozess, in dem Ziele, Präferenzen, Ressourcen und Mittel ständig neu überprüft werden. In der Vergangenheit getroffene Entscheidungen liefern zwar die Grundlage für aktuelle Einstellungen und Entscheidungen, aber aufgrund von veränderten Lebensbedingungen erscheinen diese Entscheidungen oft nicht mehr als geplant oder rational. Durch unterschiedliche soziale Situationen, wechselnde Anforderungen und Rollenerwartungen sollten eher situationsspezifische Entscheidungen und Handlungen im Mittelpunkt des Forschungsinteresses stehen. Zusätzlich zu Routinen, Regeln und Ressourcen wäre es im Hinblick auf die urbane Umwelt interessant, Rhythmen genauer zu erforschen. Wie die empirischen Ergebnisse gezeigt haben, folgt die Reinigung des privaten und des öffentlichen Raumes ihren eigenen Rhythmen. Zum Rhythmus in der häuslichen Sphäre gehört das täglich ein- bis zweimalige Kehren des Hofes sowie das wöchentliche Waschen der Kleidung und die wöchentliche Abfallsammlung. Zu den Rhythmen im öffentlichen Raum gehört in Ouagadougou das tägliche, frühmorgendlich stattfindende Kehren der asphaltierten Straßen. In Bamako bilden die ehrenamtlichen monatlichen Saubermachaktionen der öffentlichen Plätze in den Stadtvierteln einen eigenen Rhythmus. Manche Reinigungstätigkeiten orientieren sich schließlich an muslimischen oder christlichen Feiertagen und unterliegen in diesem Sinne ebenfalls einem eigenen Rhythmus. Einen Raum zu säubern ist daher eine immer wiederkehrende Herausforderung. Oft geht es darum, die soziale Kontrolle aufrechtzuerhalten oder wieder einzuführen, ob von den BewohnerInnen selbst oder von der Kommunalverwaltung³. Mit dem Wandel von einem schmutzigen Hof oder einem verschmutzten Stadtviertel in einen sauberen Hof oder ein lebenswertes Stadtviertel geht auch ein symbolischer Wandel einher. Ein sauberer Hof wird genauso wie eine saubere Stadt als geordnet, verwaltet und kontrolliert wahrgenommen.

Armut kann sich auf unterschiedliche Arten und Weisen auf die Umweltqualität im urbanen Raum auswirken. Wird Armut anhand von monetären Kriterien definiert,

3 Das Kehren hat in Burkina Faso auch eine symbolische und moralische Bedeutung: Das Emblem der sozialen Bewegung »Coup de Balai« ist an ihrem Besen zu erkennen, der bei Demonstrationen zum Einsatz kommt. Damit wollen die AnhängerInnen die Reinigung von Misswirtschaft und Korruption andeuten. Hier geht es nicht um die Verschmutzung der Umwelt, sondern um den Verstoß gegen soziale Normen.

spielen die Zahlungsfähigkeit und Zahlungsbereitschaft für umweltrelevante Entsorgungsleistungen die ausschlaggebende Rolle. Günstigere Tarife für die Inanspruchnahme von Dienstleistungen der Abfall- und Abwasserentsorgung könnten dazu beitragen, die Verschmutzung des öffentlichen Raumes einzudämmen. Ärmere StadtbewohnerInnen würden dann vermutlich weniger auf informelle und »illegale« AbfallsammlerInnen zurückgreifen, um sich der Haushaltsabfälle zu entledigen. Höhere Subventionen für die Errichtung von adäquaten sanitären Anlagen bzw. für den Anschluss an die Kanalisation oder ein dezentrales Abwassersystem könnten die Umweltbelastungen in der Stadt verringern.

Wird Armut als unzureichende Befriedigung von Grundbedürfnissen verstanden, dann müssen sowohl die Grundbedürfnisse als auch der Wert einer sauberen Umwelt diskutiert werden. Im urbanen Raum Westafrikas kann heute von einer größeren Bandbreite an Grundbedürfnissen ausgegangen werden als dies im ländlichen Raum der Fall ist. Im Hinblick auf den sozialen Wandel, der mit der Urbanisierung einhergeht, könnte es hilfreich sein, sich auf Thorstein Veblens »Theorie der feinen Leute« ([1899] 1958) zu beziehen. Die Theorie besagt, dass Warenkonsum als Anzeichen einer abnehmenden Gültigkeit von Rollenzuschreibungen gesehen werden kann. Übertragen auf westafrikanische Städte würde das bedeuten, dass die soziale Positionierung von Menschen nicht mehr von Geburt her festgeschrieben ist, sondern eine gewisse soziale Mobilität mithilfe von Prestigeobjekten und statu strächtigen Konsumgütern möglich ist. Indem sozialer Status durch materiellen Wohlstand im Laufe des Lebens auch erworben werden kann, erfahren nichtmaterielle Werte weniger Bedeutung. Umweltbildungsmaßnahmen, die von angesehenen lokalen Persönlichkeiten durchgeführt werden, könnten sich günstig auf das umweltrelevante Verhalten der ärmeren Bevölkerungsschichten auswirken.

Wird Armut als das Fehlen von Verwirklichungschancen im Sinne von Amartya Sen betrachtet, dann müssen vor allem die mangelnden Fähigkeiten, politische Entscheidungen zu beeinflussen, betrachtet werden. Die konstant unzureichende Evakuierung der Abfälle und Abwässer in westafrikanischen Städten geht zu Lasten der ärmeren Bevölkerungsschichten, die sich nur unzureichend vor den Umweltgefahren schützen können. Ouagadougou und Bamako können als »pirate towns« (Simone 2006) bezeichnet werden, also als Städte, wo zu wenig Budget für die Funktionalität und Ordnung in Städten bereitgestellt wird. Der politische Wille ist oftmals nicht vorhanden, um Probleme der Siedlungshygiene und der Abfallentsorgung dauerhaft zu lösen. Als Alternative versuchen nachbarschaftliche Zusammenschlüsse und informelle Akteure das Leben in den Stadtvierteln zu organisieren und die notwendige Infrastruktur und Dienstleistungen bereitzustellen. Überdies werden Kompostierung und Recycling als einkommensschaffende Tätigkeiten ausgeübt⁴. Aufgrund von ausbleibender Unterstützung durch den Staat oder Entwicklungshilfeorganisationen haben diese Initiativen jedoch wenig Potential, dauerhafte Lösungen für die Umweltprobleme bereitzustellen.

4 Die Herstellung von Kompost und das Sammeln von Wertstoffen wie Metallen oder Kunststoffen erfolgt auch in anderen Großstädten Afrikas, beispielsweise in Dakar (Cissé 2007). Im Gegensatz dazu sind die MüllsucherInnen in Bamako und Ouagadougou jedoch kaum organisiert.

Der emischen Sichtweise von Armut als Mangel an familiären und sozialen Beziehungen wird aufgrund des Zwangs, Armut zu messen und international vergleichbar zu machen, oft zu wenig Rechnung getragen. Armut wird meist anhand von monetären Kriterien oder auf der Basis von multidimensionalen Kriterien gemessen. Die Reduktion von Armut auf die monetäre Dimension hat zum Ergebnis, dass ein Fünftel bzw. ein Viertel der städtischen Bevölkerung in Bamako und Ouagadougou als arm definiert wird. Internationale Armutskriterien stimmen demnach nicht unbedingt mit der lokalen Definition von Armut überein. Die sozialen Verpflichtungen resultieren häufig in einer Umverteilung von finanziellen Mitteln. Armut kann aufgrund der monetären Messung deshalb sowohl unter- als auch überschätzt werden. Abhängigkeitsverhältnisse werden generell unterschätzt, da Armutsmessungen meist nur die Anzahl der Haushaltsmitglieder, die vom Hauptverdiener ernährt werden, berücksichtigen, nicht aber die Familienmitglieder, die außerhalb des Haushalts leben und die ebenfalls finanziell vom Hauptverdiener abhängig sind. Für die empirische Forschung ist diese Erkenntnis mit einigen Herausforderungen verknüpft. Die sozialen Verpflichtungen innerhalb der Familien und die Geldstromflüsse zwischen Verwandten sind häufig nicht leicht durchschaubar. Die Unterscheidung zwischen der tatsächlichen Zahlungsfähigkeit und der persönlichen Zahlungsbereitschaft gestaltet sich daher schwierig.

Am Ende der Forschung stand fest, dass noch viele Fragen offen sind. In dieser Arbeit wurde der Aspekt des »guten Lebens« (Fischer 2014; Schmid 2014; Steinfath 1998) nur ansatzweise behandelt. Es wäre jedoch interessant, Vorstellungen von Wohlbefinden und wertgeschätzte Ziele in Westafrika zu erforschen. Die Erwartungen an ein gelungenes, zufrieden stellendes Leben der StadtbewohnerInnen in afrikanischen Ländern wurden bisher nicht eingehend untersucht. Die Forschungsergebnisse in dieser Arbeit weisen darauf hin, dass Gesundheit meist als höchstes Gut gesehen wird. Frieden und Wohlbefinden, auf Bambara »here« genannt, stehen ebenfalls an zentraler Stelle. Inwiefern jedoch ein Konsens über die notwendigen Voraussetzungen für eine zufriedenstellende Lebensqualität besteht, bleibt offen. Den Wert, den materielle Güter im Vergleich zu immateriellen Gütern sowohl für ärmere als auch für wohlhabendere StadtbewohnerInnen einnehmen, wurde bisher noch nicht im Detail erforscht.

Ein zweites Forschungsfeld, das bisher zu wenig erforscht wurde, ist das Risiko in westafrikanischen Städten. In dieser Arbeit wurden das Erkrankungsrisiko, das Invaliditätsrisiko und das Sterberisiko nur am Rande behandelt. Während umweltbedingte Infektionskrankheiten tragische Auswirkungen auf die Kindersterblichkeit haben, betreffen Arbeits- und Verkehrsunfälle insbesondere Erwachsene. Der Tod oder die Arbeitsunfähigkeit des Haushaltsvorstandes haben folgenschwere ökonomische Folgen und vergrößern die Armutgefährdung in Haushalten. Die Bewertung von Risiken und Strategien, um mit diesen Risiken umzugehen, könnten eine neue Perspektive auf das gering ausgeprägte Bewusstsein von Umweltverschmutzung eröffnen.

Schließlich könnten Ansätze der Medizinischen Anthropologie zu einem besseren Verständnis der Wahrnehmung von Krankheiten beitragen. Wie die empirischen Ergebnisse in dieser Arbeit gezeigt haben, werden Ursachen und begünstigende Faktoren für Krankheiten oft in den Lebensumständen gesehen und Krankheiten als unvermeidbar betrachtet. Krankheiten, die erst als Spätfolgen auftreten, wird wenig Aufmerksamkeit geschenkt. Forschungen über die Diagnose von Krankheiten und vorbeugende

Maßnahmen könnten sowohl in wissenschaftlicher als auch in praktischer Hinsicht einen wichtigen Beitrag leisten.

Im Rahmen dieses Buchs wurde der Versuch unternommen, die vielschichtigen und komplexen Zusammenhänge zwischen Armut und dem Potential der ärmeren Bevölkerung in westafrikanischen Städten, umweltgerecht zu handeln, aufzuzeigen. Die Städte sind immer schnelleren sozialen, ökonomischen und politischen Veränderungen unterworfen. Aus diesem Grund ist es nicht leicht, die ursächlichen Faktoren für die mangelhafte Siedlungshygiene zu bestimmen. Natürlich ist die ärmere städtische Bevölkerung Umweltgefahren, welche sie zum Teil selbst geschaffen hat, ausgesetzt, aber gleichzeitig werden die Stadtverwaltungen nicht in die Pflicht genommen, eine funktionierende Abfallwirtschaft sicherzustellen. Das Zusammenspiel von fehlender Umweltbildung, wirtschaftlichen Zwangslagen und konsensorientiertem Zusammenleben führt dazu, dass die ärmeren Menschen in den Städten kaum in der Lage sind, ein Umweltbewusstsein zu entwickeln und danach zu handeln. Der kultur- und sozialanthropologische Zugang zu den Themen Armut und Umwelt machte es möglich, kulturspezifische Besonderheiten zu berücksichtigen und zugleich strukturelle Handlungsbedingungen nicht außer Acht zu lassen. Der Balanceakt zwischen den theoretischen Grundlagen und dem empirischen Datenmaterial kann insofern dazu beitragen, neue Perspektiven auf altbekannte Phänomene zu eröffnen.

9. Bibliographie

- AAA** (2012) Statement on Ethics. Principles of Professional Responsibilities. Arlington: American Anthropological Association. <http://www.aaanet.org/profdev/ethics/upload/Statement-on-Ethics-Principles-of-Professional-Responsibility.pdf> [27.04.2016].
- Abernathy, William J. und Clark, Kim B.** (1985) Innovation: Mapping the Winds of Creative Destruction. In: Research Policy. 14, 1. 3-22.
- Adger, W. Neil** (2006) Vulnerability. In: Global Environmental Change. 16, 3. 268-281.
- Agrawal, Arun** (2005) Environmentalism. Technologies of Government and the Making of Subjects. Durham: Duke University Press.
- Ahmed, Teresa** (2014) (K)ein Örtchen: Ziel 7 der UN Millennium Development Goals und lokale Strategien im sanitären Bereich in Nairobi, Kenia. Saarbrücken: Akademiker-Verlag.
- Alkire, Sabina** (2005) Needs and Capabilities. In: Reader, Soran (ed.). The Philosophy of Need. Cambridge: Cambridge University Press. 229-252.
- Alkire, Sabina** (2009) Concepts and measures of agency. In: Basu, Kaushik und Kanbur, Ravi (eds.). Arguments for a Better World: Essays in Honor of Amartya Sen. Volume 1: Ethics, Welfare and Measurement. Oxford: Oxford University Press. 455-474.
- Amselle, Jean-Loup** (1987) Fonctionnaires et hommes d'affaires au Mali. In: Politique Africaine. 26, Juin 1987. 63-72.
- Anizon, Alain** (1987) Etude comparée de la fiscalité locale de villes africaines: Antananarivo, Bamako, Bujumbura, Conakry, Ouagadougou. Paris: Imprimerie IIAP.
- Antoine, Philippe; Ouédraogo, Dieudonné und Piché, Victor** (1998) Trois générations de citoyens au Sahel: Trente ans d'histoire sociale à Dakar et à Bamako. Paris: L'Harmattan.
- Appadurai, Arjun** (2004) The Capacity to Aspire: Culture and the Terms of Recognition. In: Rao, Vijayendra und Walton, Michael (eds.). Culture and Public Action. Palo Alto: Stanford University Press. 59-84.
- Apter, Andrew** (2007) Beyond Words. Discourse and Critical Agency in Africa. Chicago: The University of Chicago Press.
- Arditi, Claude; Janin, Pierre und Marie, Alain** (2011 a) La lutte contre l'insécurité alimentaire au Mali. Réalités et faux semblants. Paris: Karthala.

- Arditi, Claude; Janin, Pierre und Marie, Alain** (2011 b) Introduction. In: Arditi, Claude; Janin, Pierre und Marie, Alain (eds.). *La lutte contre l'insécurité alimentaire au Mali. Réalités et faux semblants*. Paris: Karthala. 13-40.
- Assemblée Nationale** (2013) Loi N°006-2013/AN portant code de l'environnement au Burkina Faso. Ouagadougou: Cinquième Législature.
- Austin, Gareth** (2010) African Economic Development and Colonial Legacies. In: *International Development Policy*. 1, 2010. 11-32.
- Auyero, Javier und Swiston, Débora Alejandra** (2009) *Flammable. Environmental Suffering in an Argentine Shantytown*. Oxford: Oxford University Press.
- Bâ, Amadou Hampâté** (1991) *Amkoullel, l'enfant peul*. Arles: Actes Sud.
- Ba, Mamadou Fadiala** (1996) *Quartiers spontanés et gestion partagée des services urbains à Bamako (Mali)*. Thèse. Bordeaux: Université de Bordeaux 3.
- Bado, Arsène Brice** (2015) La démocratie au Burkina Faso aux prises avec les systèmes traditionnels de gouvernance. In: *Études*. 4, avril. 19-30.
- Bagayogo, Shaka** (1989) Lieux et théorie du pouvoir dans le monde mandé: Passé et présent. In: *Cahier des Sciences Humaines*. 25, 4. 445-460.
- Bahloul, Joëlle** (1996) *The Architecture of Memory: A Jewish-Muslim Household in Colonial Algeria, 1937-1962*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Balbo, Marcello** (1993) Urban Planning and the Fragmented City of Developing Countries. In: *Third World Planning Review*. 15, 3. 23-35.
- Ballo, Amadou** (1993) Quelques problèmes du cadre de vie. In: (CRET), *Centre de Recherches sur les Espaces Tropicaux* (ed.). Bamako. Ecole Normale Supérieure de Bamako, Département d'Etudes et de Recherches d'Histoire et de Géographie. Pays Enclavés, N° 6. Talence: Université de Bordeaux. 229-244.
- Banerjee, Sudeshna Ghosh und Morella, Elvira** (2011) *Africa's Water and Sanitation Infrastructure: Access, Affordability, and Alternatives*. Washington, DC: World Bank.
- Bargatzky, Thomas** (2008) »Transzendenz im Diesseits«: Voraussetzungen des Naturhandelns in der »Urproduktiven Gesellschaft«. In: Knopf, Thomas (Hg.). *Umweltverhalten in Geschichte und Gegenwart. Vergleichende Ansätze*. Tübingen: Attempto-Verlag. 91-107.
- Barker, Kriss** (2003) Order from Chaos: Organizational Aspects of Information, Education, and Communication (a Case Study from Mali). In: *Journal of Health Communication*. 8, 4. 383-394.
- Baron, Catherine und Haoues-Jouve, Sinda** (2004) Accessibilité aux services urbains des plus démunis. In: Coll, Jean Louis (ed.). *Les services urbains liés à l'environnement entre mondialisation et participation: Regards croisés Maroc – Sénégal*. Programme de Recherche Urbaine pour le Développement. Projet n°82 - Rapport final. Toulouse: Université de Toulouse le Mirail. 5-22.
- Bartlett, Harley H.** (1956) Fire, Primitive Agriculture, and Grazing in the Tropics. In: Thomas, William L. (ed.). *Man's Role in Changing the Face of the Earth*. Chicago: The University of Chicago Press. 692-720.
- Bassan, Magalie; Tchonda, Tetouehaki; Mbéguéré, Mbaye und Zabsonré, Félix** (2012) Processus d'élaboration d'un cadre institutionnel régulant l'activité de vidange mécanique de la ville de Ouagadougou, Burkina Faso. Paper presented at 16th International Congress of the African Water Association,

- Marrakech, Morocco, 2012. http://www.eawag.ch/forschung/sandec/publikationen/ewm/dl/regulation_vidange_ouaga.pdf [26.06.2014].
- Bassett, Thomas J. und Zuéli, Koli Bi** (2000) Environmental Discourses and the Ivorian Savanna. In: *Annals of the Association of American Geographers*. 90, 1. 67-95.
- Bassole, Dominique und Ouedraogo, Léonard** (2007) Problématique de l'utilisation des produits phytosanitaires en conservation des denrées alimentaires et en maraîchage urbain et péri urbain au Burkina Faso: Cas de Bobo Dioulasso, Ouahigouya et Ouagadougou. Muscle Shoals: IFDC.
- Basu, Kaushik und Foster, James** (1998) On Measuring Literacy. In: *The Economic Journal*. 108, 451. 1733-1749.
- Bateson, Gregory ([1972] 1996) *Ökologie des Geistes: Anthropologische, psychologische, biologische und epistemologische Perspektiven*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Becker, Christian** (2008) Die Mensch-Umwelt-Beziehung in den Wirtschaftswissenschaften. In: Knopf, Thomas (Hg.). *Umweltverhalten in Geschichte und Gegenwart. Vergleichende Ansätze*. Tübingen: Attempto-Verlag. 212-227.
- Beckerman, Wilfred** (2006) Income Levels and the Environment. In: Haenn, Nora (ed.). *The Environment in Anthropology. A Reader in Ecology, Culture, and Sustainable Living*. New York: New York University Press. 173-182.
- Benneh, George; Songsore, Jacob; Nabila, John S.; Amuzu, A. T.; Tutu, K. A.; Yangyuoro, Yvon und McGranahan, Gordon** (1993) Environmental Problems and the Urban Household in the Greater Accra Metropolitan Area (GAMA) - Ghana. Stockholm: Stockholm Environment Institute.
- Bennett, John W.** (1976) *The Ecological Transition: Cultural Anthropology and Human Adaptation*. Oxford: Pergamon Press.
- Bergamaschi, Isaline** (2009) Mali: Patterns and Limits of Donor-Driven Ownership. In: Whitfield, Lindsay (ed.). *The Politics of Aid. African Strategies for Dealing with Donors*. Oxford: Oxford University Press. 217-245.
- Berlin, Brent** (1992) *Ethnobiological Classification: Principles of Categorization of Plants and Animals in Traditional Societies*. Princeton: Princeton University Press.
- Berthé, Hamidou** (2002) GIE und NROs im Bereich der Assanierung in den Städten von Mali: Organisationsformen und Tätigkeitsbereich. In: Chevron, Marie-France; Reinprecht, Christoph und Traoré, Gaoussou (Hg.). *Umwelt und Urbanität in Westafrika. Beiträge zur Müllverwertung und Abfallproblematik*. Frankfurt am Main: Brandes & Apsel/ Südwind. 73-85.
- Bertinelli, Luisito und Strobl, Eric** (2007) Urbanisation, Urban Concentration and Economic Development. In: *Urban Studies*. 44, 13 (December 2007). 2499-2510.
- Bignami-Van Assche, Simona** (2003) Are we measuring what we want to measure? Individual consistency in survey response in rural Malawi. In: *Demographic Research. Special Collection 1, Article 3*. 75-108.
- Bird, Charles; Kendall, Martha und Tera, Kalilou** (1995) Etymologies of Nyamakala. In: Conrad, David C. und Frank, Barbara E. (eds.). *Status and Identity in West Afrika: Nyamakalaw of Mande*. Bloomington: Indiana University Press. 27-35.
- Blacksmith Institute** (2012) *The World's Worst Pollution Problems. Assessing Health Risks at Hazardous Waste Sites*. New York: Blacksmith Institute.

- Blundo, Giorgio** (2003) La question des déchets et de l'assainissement à Dogondoutchi. Niamey: LASDEL.
- Blundo, Giorgio und Olivier de Sardan, Jean-Pierre** (2001) La corruption quotidienne en Afrique de l'Ouest. In: *Politique Africaine*. 83, octobre 2001. 8-37.
- BNETD** (2001) Plan stratégique du développement du District de Bamako. Gouvernance locale, pauvreté et partenariat dans le District de Bamako. Bamako: Mairie du District de Bamako.
- Bockelmann, Detlef und Samol, Frank** (2004) Verbesserung der Entsorgung in städtischen Armutsgebieten. Betriebliche Organisation und Finanzierung. Eschborn: GTZ.
- Boelen, Marianne W. A.** (1992) Street Corner Society: Cornerville Revisited. In: *Journal of Contemporary Ethnography*. 21, 1. 11-51.
- Boholm, Asa** (1996) Risk Perception and Social Anthropology: Critique of Cultural Theory. In: *Ethnos*. 61, 1-2. 64-84.
- Bondaz, Julien** (2013) Le thé des hommes: Sociabilités masculines et culture de la rue au Mali. In: *Cahiers d'études africaines*. 1-2, 209-210. 61-85.
- Bonnecase, Vincent** (2011) La pauvreté au Sahel. Du savoir colonial à la mesure internationale. Paris: Éditions Karthala.
- Bonnet, Doris** (1988) Corps biologique - Corps social. Procréation et maladies de l'enfant en pays mossi, Burkina Faso. Paris: Editions de l'ORSTOM.
- Booyesen, Frikkie; Van der Berg, Servaas; Burger, Ronelle; Von Maltitz, Michael und Du Rand, Gideon** (2008) Using an Asset Index to Assess Trends in Poverty in Seven Sub-Saharan African Countries. In: *World Development*. 36, 6. 1113-1130.
- Bouju, Jacky** (2002) Une anthropologie politique de la fange. Conceptions culturelles, pratiques sociales et enjeux institutionnels de la propreté urbaine à Ouagadougou et Bobo-Dioulasso (Burkina Faso). Marseille: SHADYC.
- Bouju, Jacky** (2009) Urban Dwellers, Politicians and Dirt. An Anthropology of Everyday Governance in Bobo-Dioulasso (Burkina Faso). In: Blundo, Giorgio und Le Meur, Pierre-Yves (eds.). *The Governance of Daily Life in Africa: Ethnographic Explorations of Public and Collective Services*. Leiden: Brill. 143-170.
- Bourdieu, Pierre** (1983) Ökonomisches Kapital, kulturelles Kapital, soziales Kapital. In: Kreckel, Reinhard (Hg.). *Soziale Ungleichheiten*. Göttingen: Schwartz. 183-198.
- Bourdieu, Pierre** ([1970] 2012) The Berber House or the World Reversed. In: Briganti, Chiara und Mezei, Kathy (eds.). *The Domestic Space Reader*. Toronto: University of Toronto Press. 35-39.
- Bourdieu, Pierre** ([1976] 2009) Entwurf einer Theorie der Praxis. Auf der ethnologischen Grundlage der kabyllischen Gesellschaft. 2. Auflage. Frankfurt/Main: Suhrkamp.
- Boyer, Florence** (2009) Morphologie urbaine: Un mouvement sans fin d'extension spatiale? In: Boyer, Florence und Delaunay, Daniel (eds.). *OUAGA 2009. Peuplement de Ouagadougou et développement urbain. Rapport provisoire*. Paris: IRD. 31-41.
- Boyer, Florence und Delaunay, Daniel** (2009) *OUAGA 2009. Peuplement de Ouagadougou et développement urbain. Rapport provisoire*. Paris: IRD.
- Brilleau, Alain** (2004) Les indicateurs liés à la mise en oeuvre des Cadres Stratégiques de Lutte contre la Pauvreté. In: *Statéco*. 98, 2004. 51-72.

- Brilleau, Alain; Roubaud, François und Torelli, Constance** (2005) L'emploi, le chômage et les conditions d'activité, enquête 1-2-3 phase 1. In: Statéco. 2005, 99. 43-63.
- Broch-Due, Vigdis** (2000) Producing Nature and Poverty in Africa: An Introduction. In: Broch-Due, Vigdis und Schroeder, Richard A. (eds.). Producing Nature and Poverty in Africa. Stockholm: Nordiska Afrikainstitutet. 9-52.
- Brondizio, Eduardo; Adams, Ryan T. und Fiorini, Stefano** (2016) History and Scope of Environmental Anthropology. In: Kopnina, Helen und Shoreman-Ouimet, Eleanor (eds.). Routledge Handbook of Environmental Anthropology. London: Routledge. 10-30.
- Brunner, Paul H. und Fellner, Johann** (2007) Setting Priorities for Waste Management Strategies in Developing Countries. In: Waste Management & Research. 25, 3. 234-240.
- Bullard, Robert D.** (1990) Dumping in Dixie: Race, Class, and Environmental Quality. Boulder: Westview.
- Bureau Central du Recensement** (2009) Recensement Général de la Population et de l'Habitation (RGPH-2006). Analyse des Résultats Définitifs. Ouagadougou: Ministre de l'Economie et des Finances.
- Camara, Oumar** (2011) Programme d'exécution des activités de la campagne nationale d'assainissement - Commune VI du District de Bamako. Bamako: Mairie Commune VI du District de Bamako.
- Camara, Youssouf** (2012) Enlèvement d'ordures sur la route Bamako-Kati: Les jeunes de Samè contraignent la mairie à sortir les moyens. Bamako: L'Indépendant. 23 juillet 2012. [http://www.maliweb.net/news/mairie-du-district-district-de-bko/2012/\[24.07.2012\]](http://www.maliweb.net/news/mairie-du-district-district-de-bko/2012/[24.07.2012]).
- Carney, Judith und Watts, Michael** (1991) Disciplining Women? Rice, Mechanization, and the Evolution of Mandinka Gender Relations in Senegambia. In: Signs: Journal of Women in Culture and Society. 16, 4. 651-681.
- Catton, William R. und Dunlap, Riley E.** (1978) Environmental Sociology: A New Paradigm. In: The American Sociologist. 13, 1. 41-49.
- Chambers, Robert** (1988) Sustainable Rural Livelihoods: A Key Strategy for People, Environment and Development. In: Conroy, Czech und Litvinoff, Miles (eds.). The Greening of Aid: Sustainable Livelihoods in Practice. London: Earthscan. 1-17.
- Chambers, Robert** (1989) Editorial Introduction: Vulnerability, Coping and Policy. In: IDS Bulletin. 20, 2. 1-7.
- Chatterjee, Deba Prashad** (2008) Oriental Disadvantage versus Occidental Exuberance: Appraising Environmental Concern in India - A Case Study in a Local Context. In: International Sociology. 23, 1. 5-33.
- Chevron, Marie-France** (2001 a) Mensch und Umwelt in der französischen Ethnologie. Auswirkungen des geographisch-morphologischen Paradigmas. Wien: Verlag Ferdinand Berger & Söhne.
- Chevron, Marie-France** (2001 b) Kulturwandel und sozialer Zusammenhalt in Mali: neue Gruppenbildungen und Frauenassoziationen. In: Mitteilungen der Anthropologischen Gesellschaft in Wien. 130/131, 2000/2001. 151-164.
- Chevron, Marie-France** (2001 c) Entwicklungsparadigma und Kulturwandel, Nachhaltigkeit und Mechanismen der Wissensvermittlung in der malischen Gesellschaft.

- Ein Beispiel aus Westafrika. In: Liedtke, Max (Hg.). Kulturwandel. Matreier Gespräche. Graz: Austria medien press. 340-359.
- Chevron, Marie-France** (2002) Ethnische Zugehörigkeit, Lebensweise und Umweltverhalten in den Städten von Mali. In: Chevron, Marie-France; Reinprecht, Christoph und Traoré, Gaoussou (Hg.). Umwelt und Urbanität in Westafrika. Beiträge zur Müllverwertung und Abfallproblematik. Frankfurt am Main: Brandes & Apsel/Südwind. 114-128.
- Chevron, Marie-France** (2008) Braudels Geschichte der »langen Dauer« als »Theorie des Wandels« und ihre Bedeutung für die historische Ethnologie am Beispiel der Wiener Ethnohistorie und Kulturgeschichte. In: Chevron, Marie-France (Hg.). Erscheinungsformen des Wandels. Wien: LIT-Verlag. 7-30.
- Chevron, Marie-France** (2011) Angepasste Technologien. In: Kreff, Fernand; Knoll, Eva-Maria und Gingrich, Andre (Hg.). Handbuch Globalisierung. Anthropologische und sozialwissenschaftliche Zugänge zur Praxis. Bielefeld: transcript Verlag. 24-28.
- Chevron, Marie-France** (2012) Underconsumption. In: Zimring, Carl A. und Rathje, William L. (eds.). Encyclopedia of Consumption and Waste: The Social Science of Garbage. London: SAGE. 943-945.
- Chevron, Marie-France und Reinprecht, Christoph** (2002) Verstädterung, Umwelt und Abfallproblematik in den Städten Westafrikas am Beispiel von Mali. In: Chevron, Marie-France; Reinprecht, Christoph und Traoré, Gaoussou (Hg.). Umwelt und Urbanität in Westafrika. Beiträge zur Müllverwertung und Abfallproblematik. Frankfurt am Main: Brandes & Apsel/Südwind. 16-38.
- Chevron, Marie-France; Reinprecht, Christoph und Traoré, Gaoussou** (2002) Umwelt und Urbanität in Westafrika. Beiträge zur Müllverwertung und Abfallproblematik. Frankfurt am Main: Brandes & Apsel/ Südwind.
- Cialdini, Robert B.; Reno, Raymond R. und Kallgren, Carl A.** (1990) A Focus Theory of Normative Conduct: Recycling the Concept of Norms to Reduce Littering in Public Places. In: Journal of Personality and Social Psychology. 58, 6. 1015-1026.
- Cissé, Oumar** (2007) L'argent des déchets - L'économie informelle à Dakar. Paris: Éditions Karthala.
- Clarke, Robin** (1999) Global Environment Outlook 2000. Nairobi: UNEP.
- CNESS-Bozari** (2003) Participatory Poverty Assessment Niger. Washington: World Bank.
- COGEVAD** (2003) Atelier de formation sur la sensibilisation du public: Redynamisation des Comités de Salubrité de Quartier - Commune VI du 18 au 19 juin 2003 au Centre Olymp-Africa de Banankabougou. Bamako: Mairie de la Commune VI du District de Bamako.
- COGEVAD** (2008) Rapport annuel 2008. Bamako: Mairie de la Commune VI du District de Bamako.
- Cohen, Art** (2010) Calling for an End to Second-Class Shitizenship. In: Review of Radical Political Economics. 42, 2. 269-274.
- Compaoré, Georges und Kaboré, Idrissa** (1997) Gestion urbaine et environnement: L'Exemple de Ouagadougou (Burkina Faso). In: Bley, Daniel; Champaud, Jacques; Baudot, Patrick; Brun, Bernard; Pagezy, Hélène und Vernazza-Licht, Nicole (eds.). Villes du sud et environnement. Chateaufort de Grasse: Editions de Bergier. 80-99.

- Coquery-Vidrovitch, Catherine** (1991) The Process of Urbanization in Africa (From the Origins to the Beginning of Independence). In: *African Studies Review*. 34, 1. 1-98.
- Corral-Verdugo, Victor** (1997) Dual ›Realities‹ of Conservation Behavior: Self-Reports vs Observations of Re-Use and Recycling Behavior. In: *Journal of Environmental Psychology*. 17, 1997. 135-145.
- Cosgrove, Denis** (1989) Geography is Everywhere: Culture and Symbolism in Human Landscapes. In: Gregory, Derek und Walford, Rex (eds.). *Horizons in Human Geography*. Houndmills: MacMillan. 118-135.
- CREPA** (2005) Gestion des eaux usées domestiques par les réseaux d'égouts de faible diamètre (REFAID). Projet Pilote de Hippodrome Extension, Bamako, Mali. Bamako: CREPA.
- D'Andrade, Roy G.** (1990) Culture and Personality: A False Dichotomy. In: Jordan, David K. und Swartz, Marc (eds.). *Personality and the Cultural Construction of Society*. Tuscaloosa: University of Alabama Press. 145-160.
- Dabita, Kassim; Dembélé, Aoua; Haidara, Fadimata und Sougané, Arouna** (2011) Pauvreté multidimensionnelle et conditions de vie au Mali 2001-2006. In: PMMA Cahier de recherche. 2011, 08.
- Dalton, George** (1971) *Economic Anthropology and Development: Essays on Tribal and Peasant Economies*. New York: Basic Books.
- De Bruijn, Mirjam; Van Dijk, Rijk und Gewald, Jan-Bart** (2007) Social and Historical Trajectories of Agency in Africa: An Introduction. In: De Bruijn, Mirjam; Van Dijk, Rijk und Gewald, Jan-Bart (eds.). *Strength Beyond Structure: Social and Historical Trajectories of Agency in Africa*. Leiden: Brill. 1-15.
- De Groot, Judith und Steg, Linda** (2008) Value Orientations to Explain Beliefs Related to Environmental Significant Behavior. How to Measure Egoistic, Altruistic, and Biospheric Value Orientations. In: *Environment and Behavior*. 40, 3. 330-354.
- De Noray, Marie-Laure** (1997) Mali: Du kotèba traditionnel au théâtre utile. In: *Politique Africaine*. 66, Septembre 1997. 134-139.
- De Suremain, Charles-Edouard und Razy, Elodie** (2011) «Tu manges aujourd'hui, tu ne manges pas le lendemain, ça, c'est la pauvreté». L'incertitude alimentaire à Bamako. In: Arditi, Claude; Janin, Pierre und Marie, Alain (eds.). *La lutte contre l'insécurité alimentaire au Mali. Réalités et faux semblants*. Paris: Karthala. 249-278.
- De Vreyer, Philippe und Roubaud, François** (2013) *Urban Labor Markets in Sub-Saharan Africa*. Washington: The World Bank.
- Derive, Jean** (2010) Typologie et fonctions de quelques genres oraux du Manding à l'aune du critère de la spatialité. In: *Journal des africanistes*. 79, 2. 201-222.
- Descola, Philippe** (1996) Constructing Natures: Symbolic Ecology and Social Practice. In: Descola, Philippe und Palsson, Gisli (eds.). *Nature and Society: Anthropological Perspectives*. London: Routledge. 82-102.
- Descola, Philippe** (2011) *Jenseits von Natur und Kultur*. Berlin: Suhrkamp.
- Dévérin-Kouanda, Yveline** (1990) Gestion des espaces collectifs: Pratiques ouagalaises. In: *Espaces et sociétés: Revue critique internationale de l'aménagement, de l'architecture et de l'urbanisation*. 62-63, 2-3. 93-106.

- Dévérin-Kouanda, Yveline** (1993) De la fertilité rurale à la nuisance urbaine. Les difficiles variations culturelles du Tampuure (tas d'ordures) en pays Mossi (Région de Ouagadougou - Burkina Faso). In: *Géographie et Cultures*. 6, 1993. 121-134.
- Dévérin, Yveline** (1998) Société, environnement et représentation binaire de l'espace en pays mossi (Burkina Faso). In: Guillaud, Dominique; Seysset, Maorie und Walter, Annie (eds.). *Le voyage inachevé ... à Joël Bonnemaison*. Paris: ORSTOM. 149-154.
- Dévérin, Yveline** (2002) L'arbre chez les Mossi: De rival à partenaire. In: Cormier-Salem, Marie-Christine; Juhé-Beaulaton, Dominique; Boutrais, Jean und Roussel, Bernard (eds.). *Patrimonialiser la nature tropicale: Dynamiques locales, enjeux internationaux*. Paris: IRD Orstom. 403-413.
- Diarra, Asse und Togola, Seydou** (1997) La participation de la communauté à la gestion des déchets solides au Mali. *Collecte des Ordures Ménagères à Bamako*. Gouda: WASTE.
- Diekmann, Andreas und Franzen, Axel** (1999) The Wealth of Nations and Environmental Concern. In: *Environment and Behavior*. 31, 4. 540-549.
- Dieterlen, Germain** (1951) *Essai sur la religion Bambara*. Paris: Presses Universitaires Francaises.
- Direction de la Propreté** (2009) *Rapport d'Activités 2009*. Ouagadougou: Commune de Ouagadougou.
- DNACPN** (2007a) *Stratégie Nationale de Gestion des Déchets Solides*. Bamako: Ministère de l'Environnement et l'Assainissement.
- DNACPN** (2007b) *Schéma directeur et programme de drainage des eaux pluviales et d'assainissement des eaux usées du District de Bamako*. Collecte et analyse des données. Volume 4: *Diagnostic socio-économique*. Bamako: Ministère de l'Environnement et l'Assainissement.
- DNACPN** (2009) *Politique Nationale d'Assainissement*. Bamako: Ministère de l'Environnement et de l'Assainissement.
- Dorier-Apprill, Elisabeth und Meynet, Cécilia** (2005) Les ONG: Acteurs d'une »gestion disputée« des services de base dans les villes africaines? In: *Autrepart. Revue de sciences sociales au Sud*. 35, 3. 19-37.
- Douglas, Mary** ([1966] 2003) *Purity and Danger. An Analysis of Concepts of Pollution and Taboo*. Collected Works. Volume II. London: Routledge.
- Douny, Laurence** (2007) The Materiality of Domestic Waste: The Recycled Cosmology of the Dogon of Mali. In: *Journal of Material Culture*. 12, 3. 309-331.
- Drackner, Mikael** (2005) What is waste? To whom? – An anthropological perspective on garbage. In: *Waste Management & Research*. 2005, 23. 175-181.
- Dresing, Thorsten und Pehl, Thorsten** (2012) *Praxisbuch Transkription. Regelsysteme, Software und Anleitungen für qualitative ForscherInnen*. Marburg: Eigenverlag.
- Du Toit, Andries** (2009) Poverty Measurement Blues: Beyond 'Q-Squared' Approaches to Understanding Chronic Poverty in South Africa. In: Addison, Tony; Hulme, David und Kanbur, Ravi (eds.). *Poverty Dynamics. Interdisciplinary Perspectives*. Oxford: Oxford University Press. 225-246.
- Dulucq, Sophie** (1997) *La France et les villes d'Afrique noire francophone: quarante ans d'intervention, 1945-1985 approche générale et études de cas Niamey, Ouagadougou et Bamako*. Paris: L'Harmattan.

- Dunlap, Riley E.; Gallup, George H. und Gallup, Alec M.** (1993) Of global concern: Results of the Health of the Planet Survey. In: *Environment*. 35, 9. 5-39.
- Easterly, William** (2002) The Cartel of Good Intentions: The Problem of Bureaucracy in Foreign Aid. In: *Policy Reform*. 5, 4. 223-250.
- Eaton, Derek und Hilhorst, Thea** (2003) Opportunities for managing solid waste flows in the periurban interface of Bamako and Ouagadougou. In: *Environment and Urbanization*. 15, 1. 53-63.
- Echavarren, José M.** (2016) From Objective Environmental Problems to Subjective Environmental Concern: A Multilevel Analysis Using 30 Indicators of Environmental Quality. In: *Society & Natural Resources*. 16.06.2016. <http://dx.doi.org/10.1080/08941920.2016.1185555> [15.07.2016].
- Ellen, Roy F.** (1982) *Environment, Subsistence and System: The Ecology of Small-Scale Social Formations*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Emirbayer, Mustafa und Mische, Ann** (1998) What is Agency? In: *American Journal of Sociology*. 103, 4. 962-1023.
- Engels, Bettina** (2014) Städtische Proteste »gegen das teure Leben« in Burkina Faso. In: Gestring, Norbert; Ruhne, Renate und Wehrheim, Jan (Hg.). *Stadt und soziale Bewegungen*. Wiesbaden: Springer. 145-160.
- Englund, Harri** (2006) *Prisoners of Freedom. Human Rights and the African Poor*. Berkeley: University of California Press.
- Enten, Francois** (2003) L'hygiène et les pratiques populaires de propreté. Le cas de la collecte des déchets à Thiès (Sénégal). In: Bonnet, Doris und Jaffré, Yannick (eds.). *Les maladies de passage. Transmissions, préventions et hygiènes en Afrique de l'Ouest*. 375-402.
- Epstein, Arnold L.** (1958) *Politics in an Urban African Community*. Manchester: Manchester University Press.
- Équipe VICA Mali** (2009) *Production des déchets à Bamako et à Koulikoro. Vers une gestion adéquate*. Bamako: VICA Technologies LLC.
- Etienne, Janique** (2004) Demande sociale et assainissement liquide et solide. In: Le Jallé, Christophe (ed.). *Gestion durable des déchets et de l'assainissement urbain*. Paris: Programme Solidarité Eau (pS-Eau). 70-76.
- Fairbrother, Malcolm** (2013) Rich People, Poor People, and Environmental Concern: Evidence across Nations and Time. In: *European Sociological Review*. 29, 5. 910-922.
- Fairhead, James und Leach, Melissa** (1996) *Misreading the African Landscape: Society and Ecology in a Forest-Savanna Mosaic*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Fall, Abdou Salam und Rondeau, Chantal** (1998) Politiques d'habitat et réseaux sociaux d'accès au logement. In: Antoine, Philippe; Ouédraogo, Dieudonné und Piché, Victor (eds.). *Trois générations de citoyens au Sahel. Trente ans d'histoire sociale à Dakar et à Bamako*. Paris: L'Harmattan. 207-247.
- Farvacque-Vitkovic, Catherine; Casalis, Alicia; Dip, Mahine und Eghoff, Christian** (2007) *Développement des villes maliennes - Enjeux et priorités*. Africa Region Working Paper Series Number 104b, September 2007. Washington: The World Bank.
- Fenner, Dagmar** (2007) *Das gute Leben*. Berlin: De Gruyter.
- Filipovich, Jean** (1985) *The Office du Niger under Colonial Rule: Its Origin, Evolution, and Character (1920-1960)*. Dissertation. Montréal: McGill University.

- Fischer-Kowalski, Marina** (1997) Wie erkennt man Umweltschädlichkeit? In: Fischer-Kowalski, Marina; Haberl, Helmut und Hüttler, Walter (Hg.). Gesellschaftlicher Stoffwechsel und Kolonisierung von Natur. Amsterdam: G+B Verlag Fakultas. 13-24.
- Fischer, Edward F.** (2014) *The Good Life: Aspiration, Dignity, and the Anthropology of Wellbeing*. Stanford: Stanford University Press.
- Fleming, Donald** (1988) Wurzeln der New-Conservation Bewegung. In: Sieferle, Rolf Peter (Hg.). Fortschritte der Naturzerstörung. Frankfurt am Main: Suhrkamp. 216-306.
- Foster, James E. und Handy, Christopher** (2009) External Capabilities. In: Basu, Kaushik und Kanbur, Ravi (eds.). *Arguments for a Better World: Essays in Honor of Amartya Sen. Volume 1: Ethics, Welfare and Measurement*. Oxford: Oxford University Press. 362-374.
- Frank, Barbara E.** (1998) *Mande Potters and Leatherworkers: Art and Heritage in West Africa*. Washington: Smithsonian Institution Press.
- Fredericks, Rosalind C.** (2009) *Doing the Dirty Work: The Cultural Politics of Garbage Collection in Dakar, Senegal*. Dissertation. Berkeley: University of California.
- Fukuda-Parr, Sakiko und Hulme, David** (2011) International Norm Dynamics and »the End of Poverty«: Understanding the Millennium Development Goals. In: *Global Governance: A Review of Multilateralism and International Organizations*. 17, 1. 17-36.
- Gaye, Malick und Diallo, Fodé** (1997) Community participation in the management of the urban environment in Rufisque (Senegal). In: *Environment and Urbanization*. 9, 1. 9-29.
- Gazeley, Ian und Newell, Andrew** (2013) The First World War and working-class food consumption in Britain. In: *European Review of Economic History*. 17, 1. 71-94.
- Geels, Frank** (2006) The hygienic transition from cesspools to sewer systems (1840-1930): The dynamics of regime transformation. In: *Research Policy*. 35, 2006. 1069-1082.
- Geels, Frank und Schot, Johan** (2007) Typology of sociotechnical transition pathways. In: *Research Policy*. 36, 2007. 399-417.
- Geertz, Clifford** (1973) *The Interpretation of Cultures. Selected Essays*. New York: Basic Books.
- Gehlen, Arnold** (1997 [1940]) *Der Mensch: Seine Natur und seine Stellung in der Welt*. Wiesbaden: Quelle & Meyer Verlag.
- Geller, Scott E.** (1995) Actively Caring for the Environment. An Integration of Behaviorism and Humanism. In: *Environment and Behavior*. 27, 2. 184-195.
- Gérard, Etienne** (1997) La lettre et l'individu. Marginalisation et recherche d'intégration des »Jeunes Diplômés« bamakoïses au chômage. In: Marie, Alain (ed.). *L'Afrique des individus. Itinéraires citadins dans l'Afrique contemporaine* (Abidjan, Bamako, Dakar, Niamey). Paris: Editions Karthala. 203-248.
- Gérimont, Patricia** (2008) *Teinturières à Bamako. Quand la couleur sort de sa réserve*. Paris: ibispress.
- Gervais-Lambony, Philippe** (1994) *De Lomé à Harare: Le fait citadin. Images et pratiques des villes africaines*. Paris: Karthala.
- Giddens, Anthony** (1988) *Die Konstitution der Gesellschaft. Grundzüge einer Theorie der Strukturierung*. Frankfurt/Main: Campus Verlag.

- Givens, Jennifer E. und Jorgenson, Andrew K.** (2011) The Effects of Affluence, Economic Development, and Environmental Degradation on Environmental Concern: A Multilevel Analysis. In: *Organization & Environment*. 24, 1. 74-91.
- Godinot, Xavier; Heyberger, Claude; Heyberger, Patricia; Ugarte, Marco und Ugarte, Rosario** (2007) Resisting Extreme Poverty: Learning from Families in Burkina Faso and Peru. In: Narayan, Deepa und Petesch, Patti (eds.). *Moving Out of Poverty. Volume 1: Cross-Disciplinary Perspectives on Mobility*. Washington: The World Bank. 273-306.
- Gonzalez de la Rocha, Mercedes** (2001) Are poor households coping? Assets, vulnerability and decreasing opportunities. In: *Development and Society*. 30, 2. 1-40.
- Goode, Judith und Eames, Edwin** (2010) An Anthropological Critique of the Culture of Poverty. In: Gmelch, George; Kemper, Robert und Zenner, Walter (eds.). *Urban Life. Readings in the Anthropology of the City. Fifth Edition*. Long Grove: Waveland Press. 405-417.
- Gordon, David M. und Krech, Shepard** (2012) Indigenous Knowledge and the Environment. In: Gordon, David M. und Krech, Shepard (eds.). *Indigenous Knowledge and the Environment in Africa and North America*. Athens: Ohio University Press. 1-24.
- Graham, Stephen** (2000) Constructing Premium Network Spaces: Reflections on Infrastructure Networks and Contemporary Urban Development. In: *International Journal of Urban and Regional Research*. 24, 1. 183-200.
- Granado, Stefanie; Ablan, Anne-Marie E. und Adjoua, Nadège et al.** (2006) La vulnérabilité des citoyens à Abidjan en relation avec le palu. Les risques environnementaux et la monnayabilité agissant à travers le palu sur la vulnérabilité urbaine. In: *Vertigo - La revue électronique en sciences de l'environnement. Hors-série 3, décembre 2006*. <http://vertigo.revues.org/1767> [15.01.2013].
- Graneß, Anke** (2011) *Das menschliche Minimum. Globale Gerechtigkeit aus afrikanischer Sicht*: Henry Odera Orika. Frankfurt/Main: Campus.
- Green, Edward C.** (1999) *Indigenous theories of contagious disease*. Walnut Creek: Altamira Press.
- Green, Maia** (2006) Representing Poverty and Attacking Representations. Perspectives on Poverty from Social Anthropology. In: *Journal of Development Studies*. 42, 7. 1108-1129.
- Green, Maia** (2009) The Social Distribution of Sanctioned Harm: Thinking Through Chronic Poverty, Durable Poverty and Destitution. In: Addison, Tony; Hulme, David und Kanbur, Ravi (eds.). *Poverty Dynamics: Interdisciplinary Perspectives*. Oxford: Oxford University Press. 309-327.
- Gregory, Robin; Lichtenstein, Sarah und MacGregor, Donald** (1993) The Role of Past States in Determining Reference Points for Policy Decisions. In: *Organizational Behavior and Human Decision Processes*. 55, 2. 195-206.
- Grieco, Margaret** (2010) Living infrastructure: Replacing children's labour as a source of sanitation services in Ghana. In: *Desalination*. 252, 1-3. 68-76.
- Groom, Eric; Halpern, Jonathan und Ehrhardt, David** (2006) Explanatory Notes on Key Topics in the Regulation of Water and Sanitation Services. Water Supply and Sanitation Sector Board Discussion Paper Series No. 6, June 2006. Washington: The World Bank.

- Groot-Marcus, Ans; Terpstra, Paul; Steenbekkers, Bea und Butijn, Carja** (2006) Technology and Household Activities. In: Verbeek, Peter-Paul und Slob, Adriaan (eds.). User Behavior and Technology Development. Shaping Sustainable Relations Between Consumers and Technologies. Dordrecht: Springer. 33-42.
- Grove-White, Robin** (1993) Environmentalism: A New Moral Discourse for Technological Society? In: Milton, Kay (ed.). Environmentalism: The View from Anthropology. London: Routledge. 18-30.
- Grundmann, Reiner** (1991) Marxism and Ecology. Oxford: Clarendon Press.
- Gubert, Flore; Lassourd, Thomas und Mesplé-Somps, Sandrine** (2010) Do remittances affect poverty and inequality? Evidence from Mali. G-MonD Working Paper n° 13, May 2010. Paris: Paris School of Economics.
- Guha, Ramachandra und Martinez-Alier, Joan** (1997) Varieties of Environmentalism. Essays North and South. London: Earthscan.
- Guisso, Basile L.** (2002) Histoire et pauvreté au Burkina Faso. In: Sall, Alioune (eds.). La pauvreté, une fatalité? Promouvoir l'autonomie et la sécurité humaine des groupes défavorisés. Bénin – Burkina Faso – Mali – Niger. Paris: Karthala. 97-127.
- Günther, Isabel; Marouani, Mohamed Ali und Raffinot, Marc** (2006) La croissance est-elle pro-pauvres au Mali? Document de Travail 15, Novembre 2006. Paris: IRD.
- Guyer, Jane I.** (1996) Traditions of Invention in Equatorial Africa. In: African Studies Review. 39, 3 (December 1996). 1-28.
- Haber, Wolfgang** (1992) Umweltbegriff. In: Dreyhaupt, Franz Joseph; Peine, Franz-Joseph; Wittkämper, Gerhard W. und Herkendell, Josef (Hg.). Umwelt-Handwörterbuch. Berlin: Walhalla. 2-6.
- Haeckel, Ernst** (1866) Generelle Morphologie der Organismen. Allgemeine Grundzüge der organischen Formen-Wissenschaft, mechanisch begründet durch die von Charles Darwin reformierte Descendenz-Theorie. Berlin: Reimer.
- Hahounou, E.** (2003) La question des déchets et de l'assainissement à Tillabéri. Niamey: LASDEL.
- Hajer, Maarten A.** (1997) The Politics of Environmental Discourse: Ecological Modernization and the Policy Process. Oxford: Clarendon Press.
- Hall, David und Lobina, Emanuele** (2007) Profitability and the poor: Corporate strategies, innovation and sustainability. In: Geoforum. 38, 5. 772-785.
- Hansen, Karen T. und Vaa, Mariken** (2004) Reconsidering Informality: Perspectives from Urban Africa. Stockholm: Nordiska Afrikainstitutet.
- Hardin, Garrett** (1968) The Tragedy of the Commons. In: Science. 162, 3859. 1243-1248.
- Harsmar, Mats** (2010) Understanding Poverty in Africa? A Navigation through Disputed Concepts, Data and Terrains. Uppsala: Nordiska Afrikainstitutet.
- Hart, Keith** (1973) Informal Income Opportunities and Urban Employment in Ghana. In: The Journal of Modern African Studies. 11, 1. 61-89.
- Harvey, David** (2008) The Right to the City. In: New Left Review. 53, Sept./Oct. 2008. 23-40.
- Harvey, David** (2009) Social Justice and the City. Athens: The University of Georgia Press.

- Hatfield, Julie und Job, Soames** (2001) Optimism Bias about Environmental Degradation: The Role of the Range of Impact of Precautions. In: *Journal of Environmental Psychology*. 21, 1. 17-30.
- Hawkins, Gay und Muecke, Stephen** (2003) Introduction: Cultural Economies of Waste. In: Hawkins, Gay und Muecke, Stephen (eds.). *Culture and Waste. The Creation and Destruction of Value*. Lanham: Rowman & Littlefield. ix-xvii.
- Hays, Sharon** (1994) Structure and Agency and the Sticky Problem of Culture. In: *Sociological Theory*. 12, 1. 57-72.
- Herrera, Javier; Kuépié, Mathias; Nordman, Christophe J.; Oudin, Xavier und Roubaud, François** (2012) Informal Sector and Informal Employment: Overview of Data for 11 Cities in 10 Developing Countries. WIEGO Working Paper N° 9, January 2012. Cambridge: WIEGO.
- Herrle, Peter; Jachnow, Alexander und Samol, Frank** (2002) Verbesserung der Entsorgung in städtischen Armutsgebieten. Grundlagen. Eschborn: Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit.
- Hinga, Kenneth R. und Batchelor, Allan** (2005) Waste Processing and Detoxification. In: Hassan, Rashid; Scholes, Robert und Ash, Neville (eds.). *Ecosystems and Human Well-Being: Current State and Trends. Findings of the Condition and Trends Working Group of the Millennium Ecosystem Assessment*. Washington: Island Press. 417-439.
- Hirschman, Albert O.** (1981) Exit, Voice, and Loyalty. Responses to Decline in Firms, Organizations, and States. Cambridge: Harvard University Press.
- Hogan, Daniel J. und Marandola, Eduardo** (2005) Towards an Interdisciplinary Conceptualisation of Vulnerability. In: *Population, Space and Place*. 11, 6. 455-471.
- Hoornweg, Daniel und Bhada-Tata, Perinaz** (2012) What a Waste. A Global Review of Solid Waste Management. Washington: The World Bank.
- Hopewell, Mike R. und Graham, Jay P.** (2014) Trends in access to water supply and sanitation in 31 major sub-Saharan African cities. An analysis of DHS data from 2000 to 2012. In: *BMC Public Health*. 14, 2014. 208-220.
- Huber, Joseph** (2001) Allgemeine Umweltsoziologie. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Hulme, David** (2003) Conceptualizing Chronic Poverty. In: *World Development*. 31, 3. 403-423.
- IAI, International Alliance of Inhabitants** (2005) World Charter for the Right to the City. <http://www.urbanreinventors.net/3/wsf.pdf> [09.12.2010].
- Iliffe, John** (1987) The African Poor. A History. Cambridge: Cambridge University Press.
- Imperato, Pascal J.** (1975) Traditional medical practitioners among the Bambara of Mali and their role in the modern health care delivery system. In: *Tropical and Geographical Medicine*. 27, 2. 211-221.
- Inglehart, Ronald** (1995) Public Support for Environmental Protection: Objective Problems and Subjective Values in 43 Societies. In: *Political Science and Politics*. 28, 1. 57-72.
- Ingold, Tim** (2002) Jagen und Sammeln als Wahrnehmungsformen der Umwelt. In: Gingrich, Andre und Mader, Elke (Hg.). *Metamorphosen der Natur*. Sozialanthro-

- pologische Untersuchungen zum Verhältnis von Weltbild und natürlicher Umwelt. Wien: Böhlau Verlag. 69-102.
- INSD** (2005) Gouvernance, démocratie et lutte contre la pauvreté à Ouagadougou: Le point de vue de la population de la capitale. Enquêtes 1-2-3, Premiers résultats. Ouagadougou: Ministère de l'économie et du développement.
- INSTAT** (2011 a) Recensement Général de la Population et de l'Habitat du Mali de 2009 (RGPH 2009). Résultats définitifs. Bamako: Institut National de la Statistique.
- INSTAT** (2011 b) Enquête par grappes à indicateurs multiples (MICS) 2009 - 2010. Rapport final. Bamako: Institut National de la Statistique.
- INSTAT** (2011 c) Enquête par grappes à indicateurs multiples et de dépenses des ménages (MICS/ELIM) 2010. Résultats préliminaires du volet ELIM. Bamako: Institut National de la Statistique.
- INSTAT** (2011 d) Enquête modulaire et permanente auprès des ménages (EMOP). Rapport d'analyse. Premier passage (avril-juin) 2011. Bamako: Institut National de la Statistique.
- International Labour Organization** (1972) Employment, Incomes and Equality: A Strategy for Increasing Productive Employment in Kenya. Geneva: ILO.
- Israel, Barbara A.; Schulz, Amy J.; Parker, Edith A. und Becker, Adam B.** (1998) Review of Community-Based Research: Assessing Partnership Approaches to Improve Public Health. In: Annual Review of Public Health. 19, 1998. 173-202.
- ISWA, International Solid Waste Association** (2012) Globalization and Waste Management. Phase 1: Concepts and Facts. Wien: ISWA.
- IUCN Environmental Law Programme** (1995) Draft International Covenant on Environment and Development. Gland: IUCN.
- Jaffe, Rivke und Dürr, Eveline** (2010) Introduction: Cultural and Material Forms of Urban Pollution. In: Dürr, Eveline und Jaffe, Rivke (eds.). Urban Pollution. Cultural Meanings, Social Practices. Oxford: Berghahn Books. 1-29.
- Jaffré, Yannick** (2003) Transmissions, prudences et préventions en pays mande. In: Bonnet, Doris und Jaffré, Yannick (eds.). Les maladies de passage. Transmissions, préventions et hygiènes en Afrique de l'Ouest. 29-60.
- Jäger, Siegfried** (2009) Kritische Diskursanalyse. Eine Einführung. Münster: Unrast-Verlag.
- Jaglin, Sylvvy** (1991) Pouvoirs urbains et gestion partagée à Ouagadougou. Equipements et services de proximité dans les périphéries. Thèse. Paris: Université de Paris VIII.
- Jaglin, Sylvvy** (2005) Services d'eau en Afrique subsaharienne. La fragmentation urbaine en question. Paris: CNRS Editions.
- Jaglin, Sylvvy** (2010) Accès à l'eau, accès à la ville. In: Jacquet, Pierre; Pachauri, Rajendra K. und Tubiana, Laurence (eds.). Regards sur la terre 2010: L'annuel du développement durable. Villes changer de trajectoire. Paris: Presses de Sciences Po. 183-191.
- Jaglin, Sylvvy und Dubresson, Alain** (1993) Conclusion. Gérer la ville: Décentralisation, participation, démocratie? . In: Jaglin, Sylvvy und Dubresson, Alain (eds.). Pouvoirs et cités d'Afrique noire. Décentralisations en question. Paris: Editions Karthala. 295-305.
- Jelsma, Jaap** (2006) Technology and Behavior: A View from STS. In: Verbeek, Peter-Paul und Slob, Adriaan (eds.). User Behavior and Technology Development. Shaping Sus-

- tainable Relations Between Consumers and Technologies. Dordrecht: Springer. 61-70.
- Jelsma, Jaap und Knot, Marjolijn** (2002) Designing environmentally efficient services; a ›script‹ approach. In: *The Journal of Sustainable Product Design*. 2, 2002. 119-130.
- Jenkins, Marion W. und Scott, Beth** (2007) Behavioral indicators of household decision-making and demand for sanitation and potential gains from social marketing in Ghana. In: *Social Science & Medicine*. 64, 2007. 2427-2442.
- Kalland, Arne** (2003) Environmentalism and Images of the Other. In: Selin, Helaine (ed.). *Nature Across Cultures: Views of Nature and the Environment in Non-Western Cultures*. Boston: Kluwer Academic Publishers. 1-17.
- Kamto, Maurice** (1996) *Droit de l'environnement en Afrique*. Vanves: EDICEF.
- Kanki, Bernadette; Curtis, Valérie; Mertens, Thierry; Traoré, Etienne; Cousens, Simon; Tall, Francois und Diallo, Ibrahima** (1994) Des croyances aux comportements: Diarrhées et pratiques d'hygiène au Burkina Faso. In: *Cahiers Santé*. 4, 5. 359-366.
- Kesby, John D.** (2003) The Perception of Nature and the Environment in Sub-Saharan Africa. In: Selin, Helaine (ed.). *Nature Across Cultures: Views of Nature and the Environment in Non-Western Cultures*. Boston: Kluwer Academic Publishers. 211-228.
- Kessides, Christine** (2005) *The Urban Transition in Sub-Saharan Africa: Implications for Economic Growth and Poverty Reduction*. The World Bank Africa Region Working Paper Series No. 97, December 2005. Washington: The World Bank.
- Ki, Jean Bosco; Faye, Salimata und Faye, Bocar** (2009) Case Study # 1: Multidimensional Poverty in Senegal. A Nonmonetary Basic Needs Approach. In: Asselin, Louis-Marie (ed.). *Analysis of Multidimensional Poverty: Theory and Case Studies*. New York: Springer. 79-115.
- Kinda, Fatoumata** (1987) *Ménages populaires à Ouagadougou*. Thèse. Nantes: Université de Nantes.
- Kirner, Kimberly** (2016) Cognition and Cultural Modeling. In: Kopnina, Helen und Shoreman-Ouimet, Eleanor (eds.). *Routledge Handbook of Environmental Anthropology*. London: Routledge. 428-440.
- Kluge, Friedrich und Seebold, Elmar** (2011) *Etymologisches Wörterbuch der deutschen Sprache*. Berlin: De Gruyter.
- Knaebel, Georges** (1991) Le rangement du résidu. In: *Les Annales de la recherche urbaine*. 53, Décembre 1991. 23-31.
- Knaebel, Georges; Cadillon, Marcel; Jole, Michèle und Rioufol, Régis** (1986) *Que faire des villes sans égouts? Pour une alternative à la doctrine et aux politiques d'assainissement urbain*. Paris: SEDES.
- Knopf, Thomas** (2008) Das Umweltverhalten bäuerlicher Gruppen: Archäologische und ethnographische Informationen. In: Knopf, Thomas (Hg.). *Umweltverhalten in Geschichte und Gegenwart. Vergleichende Ansätze*. Tübingen: Attempto-Verlag. 78-90.
- Kokott, Jeanette** (2001) *Der Mensch zwischen Natur und Kultur: Uexküll - Gehlen - Ingold. Eine ideengeschichtliche Studie zur ethnologischen Theorienbildung*. Hamburg: Books on Demand.

- Kollmuss, Anja und Agyeman, Julian** (2002) Mind the Gap: Why do people act environmentally and what are the barriers to pro-environmental behavior? In: Environmental Education Research. 8, 3. 239-260.
- Konaté, Famagan-Oulé** (2007) Insalubrité dans la ville de Niono en zone Office du Niger au Mali. Bamako: ENSUP.
- Konaté, Youssouf** (2014) Barrer les routes avec des ordures: Niaréla et Quinzambougou entrent dans la danse. Bamako: L'Essor. 29 août 2014. <http://www.maliweb.net/environnement/barrer-les-routes-ordures-niare> [05.09.2014].
- Kondé, Cheickna und Diallo, Bakary** (2003) Rapport de mission sur l'assainissement écologique à Djenné. Bamako: CEK Kala Saba.
- Kopnina, Helen und Shoreman-Ouimet, Eleanor** (2013) Introduction. Environmental Anthropology of Today and Tomorrow. In: Kopnina, Helen und Shoreman-Ouimet, Eleanor (eds.). Environmental Anthropology: Future Directions. London: Routledge. 1-22.
- Kosciolek, Jakub** (2013) Africa - The Land of Poverty. The Media's Distorted View on the Continent. In: Bernard, Veronika und Oksay, Serhan (eds.). Images (II) - Images of the Poor. The Conference Proceedings. Berlin: LIT Verlag. 153-160.
- Kottak, Conrad P.** (1999) The New Ecological Anthropology. In: American Anthropologist. 101, 1 (March 1999). 23-35.
- Kraemer, Klaus** (2008) Die soziale Konstitution der Umwelt. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Kuper, Adam** (1988) The Invention of Primitive Society: Transformation of an Illusion. London: Routledge.
- Lang, Bernhard** (2002) Der Fluss und die Stadt. Die Infrastruktur der Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung in Bamako. In: Chevron, Marie-France; Reinprecht, Christoph und Traoré, Gaoussou (Hg.). Umwelt und Urbanität in Westafrika. Beiträge zur Müllverwertung und Abfallproblematik. Frankfurt am Main: Brandes & Apsel/ Südwind. 187-203.
- Larmarange, Joseph; Coulibaly, Siriki; Koriko, Ousman und Fall, Madior** (2014) Appréhender la structure écodémographique des ménages à partir d'enquêtes économiques: l'exemple des Enquêtes sur les Dépenses des Ménages 2008. In: Statéco. 108, 2014. 75-97.
- Lautier, Bruno** (2002) Pourquoi faut-il aider les pauvres? Une étude critique du discours de la Banque mondiale sur la pauvreté. In: Tiers-Monde. 43, 169. 137-165.
- Le Pape, Marc** (1985) De l'espace et des races à Abidjan, entre 1903 et 1934 (On Space and Race in Abidjan, 1903-1934). In: Cahiers d'Études Africaines. 25, 99. 295-307.
- Leach, Melissa und Mearns, Robin** (1996) The Lie of the Land: Challenging Received Wisdom of the African Environment. Oxford: Currey.
- Leacock, Eleanor B.** (1971) Culture of Poverty: A Critique. New York: Simon and Schuster.
- Lefebvre, Henri** (1968) Le droit à la ville. Paris: Editions Anthropos.
- Lefebvre, Henri** (1970) La Révolution urbaine. Paris: Gallimard.
- Leist, Anton** (2007) Ökologische Gerechtigkeit als bessere Nachhaltigkeit. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. 24/2007, 11. Juni 2007. 3-10.
- Lesbet, Djaffar** (1999) La Casbah. Une cité en reste. In: Beaune, Jean-Claude (ed.). Le déchet, le rebut, le rien. Seyssel: Editions Champ Vallon. 123-150.

- Lévi-Strauss, Claude** (1997 [1962]) *Das wilde Denken*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Lewis, Oscar** (1959) *Five Families. Mexican Case Studies in the Culture of Poverty*. New York: Basic Books.
- Lewis, Oscar** ([1966] 2010) *The Culture of Poverty*. In: Gmelch, George; Kemper, Robert und Zenner, Walter (eds.). *Urban Life. Readings in the Anthropology of the City*. Fifth Edition. Long Grove: Waveland Press. 175-184.
- Leynaud, Emile** (1966) *Fraternités d'âge et sociétés de culture dans la Haute-Vallée du Niger*. In: *Cahiers d'études africaines*. 6, 21. 41-68.
- Lipton, Michael** (1977) *Why Poor People Stay Poor. A Study of Urban Bias in World Development*. London: Temple Smith.
- Lipton, Michael** (1986) *Seasonality and Ultra Poverty*. In: *IDS Bulletin*. 17, 3. 4-8.
- Little, Kenneth** (1960) *West African Urbanization as a Social Process*. In: *Cahiers d'études africaines*. 1, 3. 90-102.
- Logan, Carolyn** (2008) *Traditional Leaders in Modern Africa: Can Democracy and the Chief Co-Exist?* Afrobarometer Working Paper No. 93, February 2008. Cape Town: IDASA.
- Logan, Ikubolajeh B.** (2004) *Ideology and Power in Resource Management: From Sustainable Development to Environmental Security in Africa*. In: Moseley, William G. und Logan, Ikubolajeh B. (eds.). *African Environment and Development: Rhetoric, Programs, Realities*. Aldershot: Ashgate. 17-40.
- Lopes de Souza, Marcelo** (2010) *Which Right to Which City?* In *Defence of Political-Strategic Clarity*. In: *Interface. A Journal for and about social movements*. 2, 1. 315-333.
- Luhmann, Niklas** (1986) *Ökologische Kommunikation: Kann die moderne Gesellschaft sich auf ökologische Gefährdungen einstellen?* Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Luke, Timothy W.** (1995) *On Environmentality: Geo-Power and Eco-Knowledge in the Discourses of Contemporary Environmentalism*. In: *Cultural Critique*. 31, Autumn 1995. 57-81.
- Lyons, Michal und Brown, Alison** (2010) *Has Mercantilism Reduced Urban Poverty in Sub-Saharan Africa? Boom, Bust and the Chine-Africa Trade in Lomé and Bamako*. In: *World Development*. 38, 5. 771-782.
- Magassa, Hamidou** (2002) *Ethique et pauvreté: L'exemple du Mali*. In: Sall, Alioune (eds.). *La pauvreté, une fatalité? Promouvoir l'autonomie et la sécurité humaine des groupes défavorisés. Bénin – Burkina Faso – Mali – Niger*. Paris: Karthala. 129-176.
- Marchand, Trevor H. J.** (2009) *Negotiating Licence and Limits: Expertise and Innovation in Djenné's Building Trade*. In: *Africa*. 79, 1. 71-91.
- Marcoux, Richard und Tokindang, Joel** (1998) *Une émancipation résidentielle remise en question*. In: Antoine, Philippe; Ouédraogo, Dieudonné und Piché, Victor (eds.). *Trois générations de citoyens au Sahel. Trente ans d'histoire sociale à Dakar et à Bamako*. Paris: L'Harmattan. 183-205.
- Marcus, George E.** (1995) *Ethnography in/of the World System: The Emergence of Multi-Sited Ethnography*. In: *Annual Review of Anthropology*. 24, 1. 95-117.
- Marie, Alain** (1988) *État, politique urbaine et sociétés civiles: Le cas africain*. In: *Tiers-Monde*. 29, 116. 1145-1169.

- Marie, Alain** (1997 a) Introduction: L'individualisation africaine en question. In: Marie, Alain (ed.). *L'Afrique des individus. Itinéraires citadins dans l'Afrique contemporaine* (Abidjan, Bamako, Dakar, Niamey). Paris: Editions Karthala. 7-16.
- Marie, Alain** (1997 b) Du sujet communautaire au sujet individuel. Une lecture anthropologique de la réalité africaine contemporaine. In: Marie, Alain (ed.). *L'Afrique des individus. Itinéraires citadins dans l'Afrique contemporaine* (Abidjan, Bamako, Dakar, Niamey). Paris: Editions Karthala. 54-110.
- Marie, Alain** (2011) «Il n'y a rien. Nous avons honte. Nous ne mangeons rien». *Anthropologie de la pauvreté à Bamako*. In: Arditi, Claude; Janin, Pierre und Marie, Alain (eds.). *La lutte contre l'insécurité alimentaire au Mali. Réalités et faux semblants*. Paris: Karthala. 279-373.
- Marris, Claire; Langford, Ian H. und O'Riordan, Timothy** (1998) A Quantitative Test of the Cultural Theory of Risk Perceptions: Comparison with the Psychometric Paradigm. In: *Risk Analysis*. 18, 5. 635-647.
- Martinez-Alier, Joan** (2002) *The Environmentalism of the Poor. A Study of Ecological Conflicts and Valuation*. Cheltenham: Edward Elgar.
- Martinez-Alier, Joan** (2008) Conflits écologiques et langages de valorisation. In: *Ecologie & Politique*. 35, 2008/1. 91-107.
- Mas, Simon und Vogler, Christian** (2006) *La gestion des déchets solides à Ouagadougou*. Ouagadougou: CREPA.
- Maslow, Abraham H.** (1943) A Theory of Human Motivation. In: *Psychological Review*. 50, 4. 370-396.
- Mathys, Alain** (2004) Le financement de l'assainissement solide et liquide en Afrique. Considérations générales. In: Le Jallé, Christophe (ed.). *Gestion durable des déchets et de l'assainissement urbain*. Paris: Programme Solidarité Eau (pS-Eau). 79-84.
- Mayring, Philipp** (2010) *Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken*. Weinheim: Beltz.
- McGranahan, Gordon; Jacobi, Pedro; Songsore, Jacob; Surjadi, Charles und Kjellén, Marianne** (2001) *The Citizens at Risk. From Urban Sanitation to Sustainable Cities*. London: Earthscan Publications Ltd.
- Meillassoux, Claude** (1968) *Urbanization of an African Community. Voluntary Associations in Bamako*. Seattle: University of Washington Press.
- Meinig, Donald W.** (1979) The Beholding Eye: Ten Versions of the Same Scene. In: Meinig, Donald W. (ed.). *The Interpretation of Ordinary Landscapes. Geographical Essays*. Oxford Oxford University Press. 33-50.
- Merton, Robert K.** (1936) The Unanticipated Consequences of Purposive Social Action. In: *American Sociological Review*. 1, 6 (December 1936). 894-904.
- Meunier-Nikiema, Aude** (2007) Géographie d'une ville à travers la gestion des déchets Ouagadougou (Burkina Faso). In: *M@appemonde*. 87, 3. <http://mappemonde.mgm.fr/num15/articles/arto7305.html> [30.01.2012].
- Meunier-Nikiema, Aude** (2008) Des personnes âgées au centre et des jeunes en périphérie. In: Fournet, Florence; Meunier-Nikiema, Aude und Salem, Gérard (eds.). *Ouagadougou (1850-2004): Une urbanisation différenciée*. Paris: IRD Editions. 51-60.

- Meyer, Pierre-Erwann** (2008 a) De Bancoville à la ville moderne. In: Fournet, Florence; Meunier-Nikiema, Aude und Salem, Gérard (eds.). Ouagadougou (1850-2004): Une urbanisation différenciée. Paris: IRD Editions. 25-38.
- Meyer, Pierre-Erwann** (2008 b) L'impact de la Révolution de 1983. In: Fournet, Florence; Meunier-Nikiema, Aude und Salem, Gérard (eds.). Ouagadougou (1850-2004): Une urbanisation différenciée. Paris: IRD Editions. 39-48.
- Meynet, Cécilia** (2005) Quelle gouvernance urbaine locale au Mali? Territoires et dynamiques sociales à partir de l'assainissement à Mopti, Ségou, Kayes. Thèse. Lille: Université de Lille III.
- Milfont, Taciano L. und Duckitt, John** (2010) The environmental attitudes inventory: A valid and reliable measure to assess the structure of environmental attitudes. In: *Journal of Environmental Psychology*. 30, 2010. 80-94.
- Ministère de l'Economie et des Finances** (2011) Cadre Stratégique pour la Croissance et la Réduction de la Pauvreté 2012-2017. Bamako: Ministère de l'Economie et des Finances.
- Minkler, Meredith und Wallerstein, Nina** (2003) Community-Based Participatory Research for Health. San Francisco: Jossey-Bass.
- Minujin, Alberto und Delamonica, Enrique** (2005) Incidence, Depth and Severity of Children in Poverty. New York: UNICEF.
- Mitchell, J. Clyde** (1956) The Kalela Dance: Aspects of Social Relationships Among Urban Africans in Northern Rhodesia. Manchester: Manchester University Press.
- Mittelman, James H.** (1998) Globalisation and Environmental Resistance Politics. In: *Third World Quarterly*. 19, 5. 847-872.
- Moity-Maizi, Pascale** (2011) Questioning the Localization and Circulation of Knowledge in Africa. In: *Revue d'anthropologie des connaissances*. 5, 3. a-s.
- Moore, Donald S.** (1998) Subaltern Struggles and the Politics of Place: Remapping Resistance in Zimbabwe's Eastern Highlands. In: *Cultural Anthropology*. 13, 3. 344-381.
- Moore, Henrietta L.** (1993) The Differences Within and the Differences Between. In: Del Valle, Teresa (ed.). *Gendered Anthropology*. New York: Routledge. 193-204.
- Moorehead, Richard** (1989) Changes Taking Place in Common Property Resource Management in the Inland Niger Delta of Mali. In: Berkes, Fikret (ed.). *Common Property Resources: Ecology and Community-Based Sustainable Development*. London: Belhaven Press. 256-272.
- Morel à l'Huissier, Alain** (2003) Gestion domestique des eaux usées et des excreta: Etude des pratiques et comportements, des fonctions de demande, de leur mesure en situation contingente et de leur opérationnalisation. Paris: Programme Solidarité Eau (pS-Eau).
- Morella, Elvira; Foster, Vivien und Banerjee, Sudeshna Ghosh** (2008) Climbing the Ladder: The State of Sanitation in Sub-Saharan Africa. Washington: The World Bank.
- Morice, Alain** (2007) Recherches sur le paternalisme et le clientélisme contemporains: Methodes et interpretations. Mémoire pour l'habilitation à diriger des recherches. Paris: EHESS.
- Mortimore, Michael und Wilson, John** (1965) Land and People in the Kano Close-Settled Zone. A Survey of Some Aspects of Rural Economy in Ungogo District, Kano

- Province. A Report to the Greater Kano Planning Authority. Zaria: Ahmadu Bello University.
- Moser, Caroline O. N.** (1998) The Asset Vulnerability Framework: Reassessing Urban Poverty Reduction Strategies. In: *World Development*. 26, 1. 1-19.
- Moser, Gabriel** (2009) *Psychologie environnementale. Les relations homme-environnement*. Bruxelles: De Boeck.
- Mosler, Hans-Joachim und Kraemer-Palacios, Silvie** (2013) Environmental Issues in Developing Countries. In: Steg, Linda; Van den Berg, Agnes und De Groot, Judith (eds.). *Environmental Psychology. An Introduction*. Oxford: Blackwell. 293-302.
- Mosse, David** (2005) *Cultivating Development: An Ethnography of Aid Policy and Practice*. London: Pluto Press.
- Mustapha, Abdul Raufu** (1991) *Structural Adjustment and Multiple Modes of Social Livelihood in Nigeria*. Geneva: UNRISD.
- Myers, Garth A.** (2005) *Disposable Cities: Garbage, Governance and Sustainable Development in Urban Africa*. Aldershot: Ashgate.
- Myers, Garth A.** (2016) *Urban Environments in Africa. A Critical Analysis of Environmental Politics*. Bristol: Policy Press.
- N'Diaye, **Bokar** (1995) *Les castes au Mali*. Paris: Présence Africaine.
- Narayan, Deepa und Petesch, Patti** (2007) Agency, Opportunity Structure, and Poverty Escapes. In: Narayan, Deepa und Petesch, Patti (eds.). *Moving Out of Poverty. Volume 1: Cross-Disciplinary Perspectives on Mobility*. Washington: The World Bank. 1-44.
- Naudet, Jean-David** (2000) *Twenty Years of Aid to the Sahel. Finding Problems to Fit the Solutions*. Paris: OECD.
- Nazarea, Virginia D.** (2003) A View from a Point: Ethnoecology as Situated Knowledge. In: Nazarea, Virginia D. (ed.). *Ethnoecology: Situated Knowledge/Located Lives*. Tucson: The University of Arizona Press. 3-20.
- Newell, Sasha** (2012) *The Modernity Bluff: Crime, Consumption, and Citizenship in Côte d'Ivoire*. Chicago: The University of Chicago Press.
- Njoh, Ambe J.** (2012) *Urban Planning and Public Health in Africa. Historical, Theoretical and Practical Dimensions of a Continent's Water and Sanitation Problematic*. Aldershot: Ashgate.
- Nussbaum, Martha** (2006) Poverty and Human Functioning: Capabilities as Fundamental Entitlements. In: Grusky, David und Kanbur, Ravi (eds.). *Poverty and Inequality*. Stanford: Stanford University Press. 47-75.
- Nyerere, Julius K.** (1973) *Freedom and Development. A Selection From Writings and Speeches 1968-1973*. Dar Es Salaam: Oxford University Press.
- O'Brien, Martin** (2011) *A Crisis of Waste? Understanding the Rubbish Society*. London: Routledge.
- O'Connor, Alice** (2002) *Poverty Knowledge: Social Science, Social Policy, and the Poor in Twentieth-Century U.S. History*. Princeton: Princeton University Press.
- OCDE** (2003) IX: Promouvoir les services de distribution d'eau et d'assainissement dans les pays en développement. In: *Revue de l'OCDE sur le développement*. 1, 4. 203-219.
- OECD** (2008) *Growing Unequal? Income Distribution and Poverty in OECD Countries*. Paris: OECD.

- Offner, Jean-Marc** (1993) Le développement des réseaux techniques: Un modèle générique. In: Flux. 13-14, 1993. 11-18.
- Ogburn, William F.** (1969) Statische und dynamische Gesellschaften. In: Ogburn, William F. (Hg.). Kultur und sozialer Wandel. Ausgewählte Schriften. Neuwied: Luchterhand. 82-104.
- Olivier de Sardan, Jean-Pierre** (1999) A Moral Economy of Corruption in Africa? In: The Journal of Modern African Studies. 37, 1. 25-52.
- ONEA** (2001) Plan stratégique d'assainissement de la ville de Ouagadougou (PSAO). Assainissement collectif de la ville de Ouagadougou. Ouagadougou: Ministère de l'environnement et de l'eau.
- Onibokun, Adepoju G.** (1999) Managing the Monster: Urban Waste and Governance in Africa. Ottawa: International Development Research Centre.
- Onibokun, Adepoju G.** (2001) La gestion des déchets urbains. Des solutions pour l'Afrique. Paris: Karthala.
- Ortner, Sherry B.** (2006) Anthropology and Social Theory. Culture, Power, and the Acting Subject. Durham: Duke University Press.
- Oruka, Henry Odera** (1997) Six Liberties. In: Graneß, Anke und Kresse, Kai (eds.). Sagacious Reasoning. Henry Odera Oruka in Memoriam. Frankfurt/Main: Lang.
- Osmont, Annik** (1985) La Banque mondiale et les politiques urbaines nationales. In: Politique Africaine. 17, 1985. 58-73.
- Ostrom, Elinor** (1990) Governing the Commons: The Evolution of Institutions for Collective Action. Cambridge: Cambridge University Press.
- Ouédraogo, Dieudonné; Piché, Victor; Kouamé, Aka; Marcoux, Richard und Konaté, Mamadou Kani** (1995) Problématique de l'insertion dans les villes africaines: Le cas de Bamako. In: Ouédraogo, Dieudonné und Piché, Victor (eds.). L'insertion urbaine à Bamako. Paris: Editions Karthala. 11-26.
- Ould Taleb, Moustapha; Séraphin, Essane und Cissé, Guéladio** (2006) Le désert existe aussi dans la ville. Regard sur la lutte contre la maladie chez des populations défavorisées en milieu périurbain de Nouakchott (Mauritanie). In: VertigO – La revue électronique en sciences de l'environnement. Hors-série 3, décembre 2006. <http://vertigo.revues.org/1805>
- Park, Robert E.** (1915) The City: Suggestions for the Investigation of Human Behavior in the City Environment. In: The American Journal of Sociology. 20, 5. 577-612.
- Pellow, Deborah** (2003) The Architecture of Female Seclusion in West Africa. In: Low, Setha M. und Lawrence-Zuniga, Denise (eds.). The Anthropology of Space and Place: Locating Culture. Oxford: Blackwell Publishing. 160-184.
- Plough, Alonzo und Krinsky, Sheldon** (1987) The Emergence of Risk Communication Studies: Social and Political Context. In: Science, Technology & Human Values. 12, 3/4. 4-10.
- Pohl, Christian** (2005) Transdisciplinary collaboration in environmental research. In: Futures. 37, 10. 1159-1178.
- Polak, Jan Tobias** (2012) Lokale Governance-Netzwerke in Westafrika: politisches Handeln in der urbanen Umweltpolitik Malis. Dissertation. Wien: Universität Wien.
- Polanyi, Karl** (2001 [1944]) The Great Transformation: The Political and Economic Origins of Our Time. Boston: Beacon Press.

- Poloni, Arlette** (1990) Des pratiques de propreté dans les secteurs périphériques de Ouagadougou. In: Fassin, Didier und Jaffré, Yannick (eds.). *Société, développement et santé*. Paris: Ellipses. 273-287.
- Pourcet, Guy** (1992) La ville, l'informel et l'environnement. In: *Afrique Contemporaine*. 1er trimestre 1992, 161. 178-187.
- Prevost, Liliane und Laye, Barnabé** (1999) *Guide de la sagesse africaine*. Paris: L'Harmattan.
- Purcell, Mark** (2002) Excavating Lefebvre: The Right to the City and its Urban Politics of the Inhabitant. In: *GeoJournal*. 58, 99-108.
- Quénot, Hélène** (2010) *La construction du champ politique local à Accra (Ghana) et Ouagadougou (Burkina Faso). Le cas de la politique de gestion des déchets*. Thèse. Bordeaux: Université Montesquieu – Bordeaux IV.
- Ramadier, Thierry** (2004) Transdisciplinarity and its challenges: The case of urban studies. In: *Futures*. 36, 2004. 423-439.
- Rappaport, Roy A.** (1979) *Ecology, Meaning, and Religion*. Berkeley: North Atlantic Books.
- Raudsepp, Maaris und Heidmets, Mati** (2005) Sustainability as a Regulative Idea and Norm of Behavior: Social and Psychological Aspects. In: Leal Filho, Walter (ed.). *Handbook of Sustainability Research*. Frankfurt am Main: Peter Lang. 205-234.
- Ray, Debraj** (2006) Aspirations, Poverty, and Economic Change. In: Banerjee, Abhijit; Bénabou, Roland und Mookherjee, Dilip (eds.). *Understanding Poverty*. Oxford: Oxford University Press. 409-421.
- Richards, Audrey I.** ([1939] 1995) *Land, Labour and Diet in Northern Rhodesia: An Economic Study of the Bemba Tribe*. Münster: LIT.
- Richardson, Laurel** (1992) Trash on the Corner: Ethics and Technography. In: *Journal of Contemporary Ethnography*. 21, 1. 103-119.
- Rijpm, Sjoerd** (2015) *David Livingstone and the Myth of African Poverty and Disease: A Close Examination of His Writing on the Pre-Colonial Era*. Leiden: Brill.
- Robbins, Paul** (2012) *Political Ecology: A Critical Introduction*. Chichester: Wiley-Blackwell.
- Roberts, Timmons J. und Thanos, Nikki Demetria** (2003) *Trouble in Paradise: Globalization and environmental crises in Latin America*. New York: Routledge.
- Robeyns, Ingrid** (2005 a) The Capability Approach: A Theoretical Survey. In: *Journal of Human Development*. 6, 1. 93-117.
- Robeyns, Ingrid** (2005 b) Assessing Global Poverty and Inequality: Income, Resources, and Capabilities. In: *Metaphilosophy*. 36, 1/2. 30-49.
- Robinson, Jennifer** (2011) Cities in a World of Cities: The Comparative Gesture. In: *International Journal of Urban and Regional Research*. 35, 1. 1-23.
- Rogalski, Wojciech** (2002) Technische Bestandsaufnahme und Lösungsversuche. In: Chevron, Marie-France; Reinprecht, Christoph und Traoré, Gaoussou (Hg.). *Umwelt und Urbanität in Westafrika. Beiträge zur Müllverwertung und Abfallproblematik*. Frankfurt am Main: Brandes & Apsel/ Südwind. 164-181.
- Roitman, Janet** (2005) *Fiscal Disobedience. An Anthropology of Economic Regulation in Central Africa*. Princeton: Princeton University Press.

- Roland, Gérard** (2004) Understanding Institutional Change: Fast-Moving and Slow-Moving Institutions. In: *Studies in Comparative International Development*. 38, 4. 109-131.
- Rosenmayr, Leopold** (1988) More Than Wisdom: A Field Study of the Old in an African Village. In: *Journal of Cross-Cultural Gerontology*. 3, 1. 21-40.
- Rossier, Clémentine und Ducarroz, Lucile** (2012) La pauvreté dans les quartiers de l'Observatoire de Population de Ouagadougou: Une approche qualitative. Rapport de recherche. Ouagadougou: Université de Ouagadougou.
- Rossier, Clémentine; Soura, Abdramane; Lankoande, Bruno und Millogo, Roch** (2011) Les quartiers d'habitation informels sont-ils des villages urbains? Le cas de la périphérie de Ouagadougou. In: 6ème Conférence Africaine sur la Population de l'Union pour l'Etude de la Population Africaine, Ouagadougou 5-9 Décembre 2011. <http://uaps2011.princeton.edu/papers/110907> [24.07.2013].
- Sachs, Wolfgang** (1993) *Global Ecology: A New Arena of Political Conflict*. London: Zed Books.
- Sachs, Wolfgang** (2003) Ökologie und Menschenrechte. Welche Globalisierung ist zukunftsfähig? Wuppertal Paper Nr. 131, Juni 2003. Wuppertal: Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie.
- Sahlins, Marshall** (1986) *Der Tod des Kapitän Cook. Geschichte als Metapher und Mythos als Wirklichkeit in der Frühgeschichte des Königreichs Hawaii*. Berlin: Verlag Klaus Wagenbach.
- Sako, Mahmoud Ali; Razafindrakoto, Mireille und Roubaud, François** (2005) Gouvernance, démocratie et lutte contre la pauvreté. Le point de vue de la population de l'agglomération de Bamako. Enquêtes 1-2-3, premiers résultats. Bamako: Direction Nationale de la Statistique et de l'Informatique.
- Samake, Mamadou; Tang, Zhonghua; Hlaing, Win und Wang, Jun** (2009) State and Management of Solid Wastes in Mali: Case Study of Bamako. In: *Environmental Research Journal*. 3, 3. 81-86.
- Sarr, Mamadou** (1980) *Bamako et Banconi, son quartier illégal*. Banconi. Etude de cas. Thèse. Paris: Université Paris I Panthéon-Sorbonne.
- Satterthwaite, David** (2003) The Links between Poverty and the Environment in Urban Areas of Africa, Asia, and Latin America. In: *Annals of the American Academy of Political and Social Science*. 590, November 2003. 73-92.
- Scanlan, John** (2005) *On Garbage*. London: Reaktion Books.
- Schaffer, Bernard B. und Wen-hsien, Huang** (1975) Distribution and the Theory of Access. In: *Development and Change*. 6, 2. 13-36.
- Schauber, Almuth** (2008) *Armut und politische Partizipation. Die Auswirkungen informeller Überlebenssicherung und Selbstorganisation städtischer Armer auf die politische Transition Ghanas*. Münster: LIT.
- Schmid, Elisabeth** (2014) *Die Frage nach dem guten Leben. Buen Vivir in Ecuador und Entwicklung als Freiheit im kritischen Vergleich*. Bremen: Wiener Verlag für Sozialforschung.
- Schneider, Leander** (2004) Freedom and Unfreedom in Rural Development: Julius Nyerere, Ujamaa Vijijini and Villagization. In: *Canadian Journal of African Studies*. 38, 2. 344-393.

- Scott, James C.** (1990) *Domination and the Arts of Resistance. Hidden Transcripts*. New Haven: Yale University Press.
- Scott, James C.** (1998) *Seeing Like a State: How Certain Schemes to Improve the Human Condition Have Failed*. New Haven: Yale University Press.
- Segura, Olman und Boyce, James K.** (1994) Investing in Natural and Human Capital in Developing Countries. In: Jansson, AnnMari; Hammer, Monica; Folke, Carl und Costanza, Robert (eds.). *Investing in Natural Capital: The Ecological Economics Approach to Sustainability*. Washington: Island Press. 479-489.
- Sen, Amartya K.** (1987) *Gender and Cooperative Conflicts*. WIDER Working Paper Nr. 18, July 1987. Helsinki: World Institute for Development Economics Research.
- Sen, Amartya K.** (2000) *Der Lebensstandard*. Berlin: Rotbuch-Verlag.
- Sen, Amartya K.** (2002) *Ökonomie für den Menschen. Wege zu Gerechtigkeit und Solidarität in der Marktwirtschaft*. München: Deutscher Taschenbuch Verlag.
- Sen, Amartya K.** (2006) *Environment and Poverty: One World or Two?* Valedictory address to the International Conference on Energy, Environment and Development. Bangalore, 16. December 2006. www.institut.veolia.org/live/ressources/documents/1/166/Amartya-Sen.pdf [15.05.2012].
- Sewell, William H.** (1992) *A Theory of Structure: Duality, Agency, and Transformation*. In: *The American Journal of Sociology*. 98, 1. 1-29.
- Siddiqui, Roomana N. und Pandey, Janak** (2003) Coping with Environmental Stressors by Urban Slum Dwellers. In: *Environment and Behavior*. 35, 5. 589-604.
- Sidibe, Aminata** (1985) *Approvisionnement en eau et assainissement à Bamako: Une insuffisance de service aux conséquences multiples*. Thèse. Paris: Université de Paris IV Sorbonne.
- Sidibé, Bamadou** (2012) *Rapport de l'étude diagnostique de la gestion des déchets solides dans le District de Bamako*. Bamako: JICA.
- Sidibé, Mallaye** (2011) *Etude monographique des groupements intervenant dans l'assainissement en Commune V, Bamako*. Bamako: COGIA V.
- Sillitoe, Paul** (1996) *A Place Against Time: Land and Environment in the Papua New Guinea Highlands*. Amsterdam: Harwood.
- Simard, Paule und De Koninck, Maria** (2001) Environment, living spaces and health: Compound-organisation practices in a Bamako squatter settlement, Mali. In: *Gender and Development*. 9, 2. 28-39.
- Simay, Philippe** (2009) Une autre ville pour une autre vie. Henri Lefebvre et les situationnistes. In: *Rue Descartes*. 63, 1. 17-26.
- Siméant, Johanna** (2014) *Contester au Mali: Formes de la mobilisation et de la critique à Bamako*. Paris: Karthala.
- Simmel, Georg** ([1903] 2011) *Die Großstädte und das Geistesleben*. In: Hauser, Susanne; Kamleithner, Christa und Meyer, Roland (Hg.). *Architekturwissen. Grundagentexte aus den Kulturwissenschaften*. Band 1: *Zur Ästhetik des sozialen Raumes*. Bielefeld: transcript Verlag. 147-157.
- Simone, AbdouMaliq** (2004) *For the City Yet to Come: Changing Life in Four African Cities*. Durham: Duke University Press.
- Simone, AbdouMaliq** (2006) *Pirate Towns: Reworking Social and Symbolic Infrastructures in Johannesburg and Douala*. In: *Urban Studies*. 43, 2. 357-370.

- Simone, AbdouMalik** (2010a) *City Life from Jakarta to Dakar: Movements at the Cross-roads*. London: Routledge.
- Simone, AbdouMalik** (2010b) *Infrastructure, Real Economies, and Social Transformation: Assembling the Components for Regional Urban Development in Africa*. In: Pieterse, Edgar (ed.). *Urbanization Imperatives for Africa. Transcending Policy Inertia*. Rondebosch: University of Cape Town. 28-45.
- Skinner, Elliott** (1974) *African Urban Life: The Transformation of Ouagadougou*. Princeton: Princeton University Press.
- Small, Mario L.** (2004) *Villa Victoria*. Chicago: Chicago University Press.
- Smith, Daniel J.** (2007) *A Culture of Corruption. Everyday Deception and Popular Discontent in Nigeria*. Princeton: Princeton University Press.
- Söderström, Ola; Dupuis, Blaise und Leu, Pierrick** (2013) *Translocal Urbanism: How Ouagadougou Strategically Uses Decentralized Cooperation*. In: Obrist, Brigit; Arlt, Veit und Macamo, Elisio (eds.). *Living the City in Africa: Processes of Invention and Intervention*. Münster: LIT. 99-118.
- Sogodogo, Aguibou** (2014) *Problématique de la gestion des déchets en commune II de Bamako: L'atmosphère s'est détendue*. Bamako: Le Republicain. 29 août 2014. <http://www.maliweb.net/societe/problematique-gestion-dechets-en-co> [14.09.2014].
- Somda, Prosper** (2009) *Apprendre à ne pas être pauvre au Burkina Faso. Les faits, une arme contre la pauvreté*. Ottawa: IDRC.
- Sonnenfeld, David A. und Mol, Arthur P.J.** (2011) *Social Theory and the Environment in the New World (Dis)Order*. In: *Global Environmental Change*. 21, 2011. 771-775.
- Sory, Issa** (2013) *«OUAGA LA BELLE!» Gestion des déchets solides à Ouagadougou: Enjeux politiques, jeux d'acteurs et inégalités environnementales*. Thèse. Paris: Université Paris I Pantheon - Sorbonne.
- Sory, Issa und Tallet, Bernard** (2012) *Des choix d'aménagement urbain porteurs d'inégalités sociales et environnementales: La gestion des déchets solides à Ouagadougou (Burkina Faso)*. In: *Flux*. 89-90, Juillet - Décembre 2012. 79-89.
- Steg, Linda und Vlek, Charles** (2009) *Encouraging pro-environmental behaviour: An integrative review and research agenda*. In: *Journal of Environmental Psychology*. 29, 3. 309-317.
- Steiner, Michael** (2002) *Evaluation des réseaux d'égout à faible diamètre dans des quartiers défavorisés à Bamako (Mali)*. Lausanne: Ecole Polytechnique Fédérale de Lausanne.
- Steinfath, Holmer** (1998) *Was ist ein gutes Leben? Philosophische Reflexionen*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Steward, Julian H.** (1977) *Evolution and Ecology: Essays on Social Transformation*. Urbana: University of Illinois Press.
- Stewart, Frances** (2005) *Groups and Capabilities*. In: *Journal of Human Development*. 6, 2. 185-204.
- Stone, Christopher D.** (2010) *Should Trees Have Standing? Law, Morality, and the Environment*. Oxford: Oxford University Press.
- Strasser, Susan** (2000) *Waste and Want: A Social History of Trash*. New York: Henry Holt.

- Swidler, Ann** (1986) Culture in Action: Symbols and Strategies. In: *American Sociological Review*. 51, 2. 273-286.
- Sy, Ibrahima; Koita, Mouhamadou und Traoré, Doulo et al.** (2011) Vulnérabilité sanitaire et environnementale dans les quartiers défavorisés de Nouakchott (Mauritanie): Analyse des conditions d'émergence et de développement de maladies en milieu urbain sahélien. In: *VertigO – La revue électronique en sciences de l'environnement*. 11, 2. <http://vertigo.revues.org/11174> [14.11.2012].
- Sy, Ibrahima; Piermay, Jean-Luc und Wyss, Kaspar et al.** (2011) Gestion de l'espace urbain et morbidité des pathologies liées à l'assainissement à Rufisque (Sénégal). In: *L'Espace géographique*. 1, 40. 47-61.
- Tacoli, Cecilia; McGranahan, Gordon und Satterthwaite, David** (2015) Urbanisation, Rural-Urban Migration and Urban Poverty. IIED Working Paper March 2015. London: IIED.
- Tapo, Abdoulaye Garba** (2006) Faantankin. La cité des pauvres. Bamako: Editions Jamaana.
- Tauxier, Louis** (1927) La religion Bambara. Paris: Geuthner.
- Taylor, Dorceta E.** (2000) The Rise of the Environmental Justice Paradigm: Injustice Framing and the Social Construction of Environmental Discourses. In: *American Behavioral Scientist*. 43, 4. 508-580.
- Taylor, Paul W.** (2010) The Ethics of Respect for Nature. In: Keller, David (ed.). *Environmental Ethics: The Big Questions*. Chichester: Wiley-Blackwell. 175-181.
- The Government of South Africa** (1998) Poverty and Inequality in South Africa. Report prepared for the Office of the Executive Deputy President and the Inter-Ministerial Committee for Poverty and Inequality. Summary Report. Pretoria: The Government of South Africa.
- The World Bank** (1975) The Assault on World Poverty. Problems of Rural Development, Education and Health. Baltimore: The Johns Hopkins University Press.
- The World Bank** (2014) World Development Indicators 2014. Washington: The World Bank.
- The World Bank** (2016) World Development Indicators 2016. Washington: The World Bank.
- Thieme, Tatiana und De Koszmovszky, Justin** (2012) Community Cleaning Services: Une alliance hybride pour l'assainissement urbain. In: *Field Actions Science Reports*. 4, 2012. 75-82.
- Thompson, Michael** ([1979] 2003) Mülltheorie: Über die Schaffung und Vernichtung von Werten. Essen: Klartext-Verlag.
- Thompson, Michael; Ellis, Richard und Wildavsky, Aaron B.** (1990) Cultural theory. Boulder: Westview Press.
- Tilly, Charles** (2007) Poverty and the Politics of Exclusion. In: Narayan, Deepa und Petesch, Patti (eds.). *Moving Out of Poverty. Volume 1: Cross-Disciplinary Perspectives on Mobility*. Washington: The World Bank. 45-76.
- Toren, Christina** (2012) Culture and Personality. In: Barnard, Alan und Spencer, Jonathan (eds.). *The Routledge Encyclopedia of Social and Cultural Anthropology*. Second Edition. London: Routledge. 176-179.

- Touré, Abdoulaye** (2002) Bamako: La problématique du développement urbain (1883-1998). Thèse. Paris: Université de Paris IV Sorbonne.
- Touré, Cheickna M.** (2011) Détermination des facteurs socioculturels de blocage au paiement des impôts et taxes au Mali (analyse socio-anthropologique). Forum multi-acteurs sur la Gouvernance au Mali. Bamako, 15.11.2011. www.base.afrique-gouvernance.net/docs/d_termination_des_facteurs_socioculturels_de_blocage_au_paiement_des_imp_ts.pdf [19.11.2015].
- Touré, Moussa** (2011) Acteurs et pratiques de la gestion communale bamakoise. Tensions et clivages entre normes et stratégies citadines. In: Backouche, Isabelle; Ripoll, Fabrice; Tissot, Sylvie und Veschambre, Vincent (eds.). La dimension spatiale des inégalités. Regards croisés des sciences sociales. Rennes: Presses universitaires de Rennes. 163-181.
- Townsend, Peter** (1954) Measuring Poverty. In: The British Journal of Sociology. 5, 2 (June 1954). 130-137.
- Transparency International** (2008) Global Corruption Report 2008. Corruption in the Water Sector. Cambridge: Cambridge University Press.
- Traoré, Dionkounda; Keita, Modibo; Sacko, Bano und Müller, Maria** (2003) Citizen Involvement in Clean-Up Activities in Bamako. Lessons from an Action Research Project in Commune IV. Gouda: Waste.
- Traoré, Gaoussou** (2002) Traditionelle Verhaltensweisen und Mentalitäten. In: Chevron, Marie-France; Reinprecht, Christoph und Traoré, Gaoussou (Hg.). Umwelt und Urbanität in Westafrika. Beiträge zur Müllverwertung und Abfallproblematik. Frankfurt am Main: Brandes & Apsel/ Südwind. 145-155.
- Traoré, Kaidia** (2011) Etude d'évaluation socio-économique de la filière des boues de vidange dans la ville de Bamako. Bamako: Université de Bamako.
- Traoré, Kassoum** (2007) De la sensibilisation des populations à la gestion de l'environnement urbain dans les quartiers précaires de la ville d'Abidjan. In: African Population Studies. 22, 2. 153-173.
- Traoré, Maimouna** (2011) Le »Sale« et le »Propre«: Modes de gestion des déchets ménagers et logiques identitaires à Ouagadougou. Thèse. Poitiers: Université de Poitiers.
- Traoré, Néné** (2009) Projet de gouvernance sur la gestion des déchets solides et liquides. Bamako: Alliance pour refonder la gouvernance en Afrique.
- Truman, Harry S.** (1949) Truman's Inaugural Address January 20, 1949. http://www.trumanlibrary.org/whistlestop/soyr_archive/inagural20jan1949.htm [19.06.2010].
- Turner, Victor (1994) Dramas, Fields, and Metaphors. Symbolic Action in Human Society. Ithaca: Cornell University Press.
- UN-Habitat** (2008) Global Atlas of Excreta, Wastewater Sludge and Biosolids Management: Moving Forward the Sustainable and Welcome Uses of a Global Resource. Nairobi: UN-Habitat.
- UN-Habitat** (2010 a) Solid Waste Management in the World's Cities. Water and Sanitation in the World's Cities. London: Earthscan.
- UN-Habitat** (2010 b) The State of African Cities 2010. Governance, Inequality and Urban Land Markets. Nairobi: UN-Habitat.

- UN-Habitat** (2011) *Housing the Poor in African Cities. Quick Guide 2. Low-income Housing: Approaches to Helping the Urban Poor Find Adequate Housing in African Cities*. Nairobi: UN-Habitat.
- UN-Habitat** (2014) *The State of African Cities 2014. Re-imagining Sustainable Urban Transitions*. Nairobi: UN-Habitat.
- UNDP** (2014) *Human Development Report 2014. Sustaining Human Progress: Reducing Vulnerabilities and Building Resilience*. New York: UNDP.
- United Nations, Department of Economic and Social Affairs, Population Division** (2012) *World Urbanization Prospects. The 2011 Revision. Final Report*. New York: United Nations.
- Vaa, Mariken** (2000) Housing policy after political transition. The case of Bamako. In: *Environment and Urbanization*. 12, 1. 27-34.
- Van Binsbergen, Wim und Van Dijk, Rijk** (2004) *Situating Globality. African Agency in the Appropriation of Global Culture*. Leiden: Brill.
- Van der Geest, Sjaak** (1998) Akan Shit: Getting Rid of Dirt in Ghana. In: *Anthropology Today*. 14, 3. 8-12.
- Van Ginneken, Meike; Netterstrom, Ulrik und Bennett, Anthony** (2011) More, Other, or Different Spending? Trends in Public Expenditure on Water and Sanitation in Sub-Saharan Africa. Washington: The World Bank.
- Veblen, Thorstein** ([1899] 1958) *Theorie der feinen Leute: Eine ökonomische Untersuchung der Institutionen*. Köln: Kiepenheuer & Witsch.
- Verger, Chantal** (1997) *Le Mali au quotidien. La force des faibles*. Paris: L'Harmattan.
- Vuarin, Robert** (2000) *Un système africain de protection sociale au temps de la mondialisation. Ou: »Venez m'aider à tuer mon lion ...«*. Paris: L'Harmattan.
- WCED** (1987) *Report of the World Commission on Environment and Development: Our Common Future*. <http://www.un-documents.net/our-common-future.pdf> [26.02.2013].
- Weisz, Helga und Payer, Harald** (2005) Naturschutzziele im Wandel der Zeiten. Historische Entwicklung des Naturschutz. In: Aiginger, Elsa (Hg.). *Naturschutz: Warum, wo, was, wie?* Wien: Forum Österreichischer Wissenschaftler für Umweltschutz. 69-80.
- White, Michael J. und Hunter, Lori M.** (2009) Public Perception of Environmental Issues in a Developing Setting: Environmental Concern in Coastal Ghana. In: *Social Science Quarterly*. 9, 4. 960-982.
- Whittington, Dale; Lauria, Donald T.; Wright, Albert M.; Choe, Kyeongae; Hughes, Jeffrey und Swarna, Venkateswarlu** (1992) *Household Demand for Improved Sanitation Services: A Case Study of Kumasi, Ghana*. Washington: The World Bank.
- Whyte, William Foote** (1995) *Street Corner Society: The Social Structure of an Italian Slum*. Chicago: University of Chicago Press.
- Winters, Christopher** (1982) Urban Morphogenesis in Francophone Black Africa. In: *Geographical Review*. 72, 2. 139-154.
- Wirth, Louis** (1938) Urbanism as a Way of Life. In: *The American Journal of Sociology*. 44, 1. 1-24.

- Witt, Harald** (2001) Forschungsstrategien bei quantitativer und qualitativer Sozialforschung. In: Forum Qualitative Sozialforschung. 2, 1. <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0114-fqs010189> [19.02.2016].
- Wood, Geof** (2003) Staying Secure, Staying Poor: The »Faustian Bargain«. In: World Development. 31, 3. 455-471.
- Wratten, Ellen** (1995) Conceptualizing Urban Poverty. In: Environment and Urbanization. 7, 1. 11-33.
- Wynne, Brian** (1992) Uncertainty and Environmental Learning: Reconceiving Science and Policy in the Preventive Paradigm. In: Global Environmental Change. 2, 2. 111-127.

Anhänge

Anhang 1: Liste der Interviews

ExpertInneninterviews in Bamako, Mali

1. Expertinneninterview	07.09.2009	Mitarbeiterin der malischen NGO AGIR, Bamako
2. Expertinneninterview	09.09.2009	Vertreterin der Coordination des Associations et ONG féminines du Mali
3. Expertinneninterview	11.09.2009	Leiterin einer GIE in Bamako, Commune VI
4. Experteninterview	15.09.2009	Technischer Berater des Umweltministeriums, Mali
5. Experteninterview	16.09.2009	Mitarbeiter des Forschungsbüros CEK Kala Saba, Mali
6. Experteninterview	19.09.2009	Vertreter der Direction Nationale des Collectivités Territoriales, Bamako
7. Experteninterview	23.09.2009	Bürgermeister eines Viertels in der Commune VI, District de Bamako
8. Expertinneninterview	25.09.2009	Mitarbeiterin der Coopérative des Femmes pour l'Education à la Santé Familiale et l'Assainissement (COFESFA), Bamako
9. Experteninterview	02.11.2011	Mitarbeiter des Centre d'Alphabétisation et de Formation Missabougou, Bamako
10. Experteninterview	02.11.2011	Mitarbeiter der malischen NGO AGIR, Bamako
11. Experteninterview	04.11.2011	Mitarbeiter der internationalen NGOs WaterAid und WSUP
12. Experteninterview	17.11.2011	Bürgermeister eines Viertels in der Commune VI, Bamako

13. Experteninterview	21.11.2011	Mitarbeiter des Forschungsbüros CEK Kala Saba, Mali
14. Experteninterview	24.11.2011	Mitarbeiter der Direction National du Développement Social, Mali
15. Expertinneninterview	06.12.2011	Mitarbeiterin der Plattform COPIDUC der Commune IV, Bamako
16. Experteninterview	18.01.2012	Mitarbeiter der malischen NGOs APROPESE DID und APROFEM
17. Experteninterview	27.01.2012	Mitglied des Réseau des Journalistes Eau Potable, Assainissement, Mali
18. Experteninterview	31.01.2012	Griot, Mitglied des Réseau des communicateurs traditionnels pour le développement, Bamako
19. Experteninterview	01.02.2012	Mitarbeiter der afrikanischen NGO Eau et Assainissement pour l'Afrique, Bamako
20. Experteninterview	03.02.2012	Ingenieur der Société Malienne de Gestion de l'Eau Potable, Bamako
21. Experteninterview	03.02.2012	Leiter einer GIE in Bamako, Commune I
22. Experteninterview	11.02.2012	Viertelchef eines Stadtteils in der Commune IV, Bamako
23. Experteninterview	02.03.2012	Leiter einer GIE in Bamako, Commune VI
24. Experteninterview	06.03.2012	Mitarbeiter eines Biotechnologie-Unternehmens

ExpertInneninterviews in Ouagadougou, Burkina Faso

25. Experteninterview	10.09.2013	Forscher am Département de Géographie, Université de Ouagadougou
26. Experteninterview	13.09.2013	Mitarbeiter der Association des Jeunes Sans Frontières, Burkina Faso
27. Experteninterview	13.09.2013	Mitarbeiter des Bereichs Abfallwirtschaft, Direction du Développement Durable, Ouagadougou
28. Experteninterview	16.09.2013	Mitarbeiter der Direction Générale de la Pêche et de l'Aquaculture, Burkina Faso
29. Experteninterview	18.09.2013	Mitarbeiter der FAO, Ouagadougou
30. Expertinneninterview	25.09.2013	Mitarbeiterin von ONEA, Ouagadougou
31. Experteninterview	26.09.2013	Informeller Abfallsammler, Ouagadougou
32. Experteninterview	01.10.2013	Mitarbeiter eines Forschungsbüros, Ouagadougou
33. Experteninterview	19.12.2013	Mitarbeiter der Coordination des entreprises privées de gestion des déchets, Ouagadougou

34. Experteninterview	03.02.2014	Mitarbeiter der Association Burkinabè pour l'Assainissement et la Sauvegarde de l'Environnement, Ouagadougou
35. Experteninterview	05.02.2014	Forscher am Institut International d'Ingénierie de l'Eau et de l'Environnement, Ouagadougou
36. Experteninterview	06.02.2014	Soziologe, Université de Ouagadougou
37. Experteninterview	12.02.2014	Soziologe, Université de Ouagadougou
38. Experteninterview	14.02.2014	Mitarbeiter der Direction Générale de l'Assainissement des Eaux Usées et Excréta, Ouagadougou

Einzelinterviews mit Haushaltsvorständen bzw. deren Frauen in Bamako, Mali

1. Einzelinterview	19.10.2013	Interview mit Frau, informelles Viertel Yirimadio, Bamako, Hauseigentümerin, verheiratet, vier Kinder, insgesamt zehn Personen im Hof
2. Einzelinterview	27.10.2013	Interview mit Mann, zentrumsnahes informelles Viertel Banconi, Bamako, Hauseigentümer, verheiratet, sechs Kinder, insgesamt ca. fünfzig Personen im Hof
3. Einzelinterview	31.10.2013	Interview mit Frau, periphere Sozialwohnbausiedlung ATT-Bougou, Bamako, Hauseigentümerin, verheiratet, drei Kinder, zwei Enkelkinder, insgesamt zehn Personen im Hof
4. Einzelinterview	09.11.2013	Interview mit Frau, zentrumsnahes informelles Viertel Banconi, Hauseigentümerin, verheiratet, zwei Kinder, insgesamt 19 Personen im Hof

Einzelinterviews mit Haushaltsvorständen bzw. deren Frauen in Ouagadougou, Burkina Faso

5. Einzelinterview	11.09.2013	Interview mit Frau, zentrumsnahes Viertel Gounghin, Ouagadougou, Wohnungsmieterin, verwitwet, drei Kinder, mit anderen MieterInnen insgesamt sieben Personen im Hof
6. Einzelinterview	12.09.2013	Interview mit Frau, zentrumsnahes Viertel Gounghin, Ouagadougou, verheiratet, ein Kind, Miteigentümerin des Hauses, mit MieterInnen insgesamt 19 Personen im Hof
7. Einzelinterview	16.09.2013	Interview mit einem älteren Ehepaar, peripheres Stadtviertel Rimkieta, Ouagadougou, Hauseigentümer, zwei Kinder, drei Enkelkinder, insgesamt elf Personen im Hof
8. Einzelinterview	21.09.2013	Interview mit Frau, zentrumsnahes Viertel Gounghin, Ouagadougou, Wohnungsmieterin, von Mann getrennt lebend, zwei Kinder, ein Enkelkind, mit anderen MieterInnen insgesamt 13 Personen im Hof

9. Einzelinterview	22.09.2013	Interview mit Mann, peripheres Stadtviertel Rimkieta, Ouagadougou, Hauseigentümer, verheiratet, drei Kinder, insgesamt zehn Personen im Hof
10. Einzelinterview	23.09.2013	Interview mit Frau, zentrumsnahes Viertel Gounghin, Ouagadougou, Wohnungsmieterin, verheiratet, ein Kind, ein Enkelkind, jüngere Schwester, mit anderen MieterInnen insgesamt 23 Personen im Hof
11. Einzelinterview	25.09.2013	Interview mit Frau, informelles Viertel Zongo, Ouagadougou, kostenlos untergebracht, von Mann getrennt lebend, ein Kind, fünf Enkelkinder, insgesamt sieben Personen im Hof
12. Einzelinterview	28.09.2013	Interview mit Frau, zentrumsnahes Viertel Gounghin, Ouagadougou, Wohnungsmieterin, verheiratet, Nebenfrau, fünf Kinder, zwei Enkelkinder, ein Adoptivkind, jüngerer Bruder, mit anderen MieterInnen insgesamt 23 Personen im Hof
13. Einzelinterview	03.10.2013	Interview mit Frau, zentrumsnahes Viertel Nonsingh, Ouagadougou, Hauseigentümerin, verheiratet, drei Kinder, insgesamt fünf Personen im Hof
14. Einzelinterview	08.10.2013	Interview mit Frau, zentrumsnahes Viertel Gounghin, Ouagadougou, Wohnungsmieterin, verheiratet, vier Kinder, mit anderen MieterInnen insgesamt 16 Personen im Hof
15. Einzelinterview	08.10.2013	Interview mit Mann, zentrumsnahes Viertel Zone 1, Ouagadougou, Wohnungsmieter, verheiratet, mit anderen MieterInnen insgesamt 17 Personen im Hof
16. Einzelinterview	10.10.2013	Interview mit Frau, zentrumsnahes Viertel Larlé, Ouagadougou, Hauseigentümerin, verheiratet, vier Kinder, ein Enkelkind, insgesamt sieben Personen im Hof
17. Einzelinterview	01.12.2013	Interview mit einem älteren Ehepaar, zentrumsnahes Viertel Nonsingh, Ouagadougou, Hauseigentümer, sieben Kinder, vier Enkelkinder, insgesamt 21 Personen im Hof
18. Einzelinterview	04.12.2013	Interview mit einem Ehepaar, informelles Viertel Zongo, Ouagadougou, Hauseigentümer, vier Kinder, insgesamt neun Personen im Hof
19. Einzelinterview	05.12.2013	Interview mit Frau, informelles Viertel Karpala, Ouagadougou, Hauseigentümerin, verheiratet, zwei Kinder, insgesamt sechs Personen im Hof
20. Einzelinterview	05.12.2013	Interview mit Frau, peripheres Viertel Karpala, Ouagadougou, Hauseigentümerin, verheiratet, Nebenfrau, fünf Kinder, insgesamt 17 Personen im Hof
21. Einzelinterview	06.12.2013	Interview mit Frau, zentrumsnahes Viertel Pagalayiri, Ouagadougou, Hauseigentümerin, verwitwet, drei Kinder, 13 Enkelkinder, insgesamt 23 Personen im Hof

22. Einzelinterview	08.12.2013	Interview mit Mann, zentrumsnahes Viertel Zogona, Ouagadougou, Wohnungsmieter, verheiratet, zwei Ehefrauen, zwei Kinder, vier Enkelkinder, mit anderen MieterInnen insgesamt 15 Personen im Hof
23. Einzelinterview	20.12.2013	Interview mit Frau, peripheres Viertel Rimkieta, Ouagadougou, Wohnungsmieterin, verheiratet, drei Kinder, mit anderen MieterInnen insgesamt zehn Personen im Hof
24. Einzelinterview	09.02.2014	Interview mit Frau, informelles Viertel Zongo, Ouagadougou, Hauseigentümerin, verheiratet, vier Kinder, insgesamt neun Personen im Hof
25. Einzelinterview	09.02.2014	Interview mit Frau, informelles Viertel Zongo, Ouagadougou, Hauseigentümerin, verwitwet, ein Kind, vier Enkelkinder, insgesamt sechs Personen im Hof

Fokusgruppeninterviews in Bamako, Mali

1. Fokusgruppeninterview	01.11.2011	Fokusgruppeninterview mit Mitgliedern einer Tontine im zentrumsnahen Viertel Magnambougou, Bamako
2. Fokusgruppeninterview	06.11.2013	Fokusgruppeninterview mit Mitgliedern einer Tontine im zentrumsnahen Viertel Falladie, Bamako
3. Fokusgruppeninterview	12.11.2013	Fokusgruppeninterview mit Mitgliedern einer Tontine im peripheren Viertel Yirimadio, Bamako
4. Fokusgruppeninterview	19.11.2013	Fokusgruppeninterview mit Mitgliedern einer Tontine im informellen Viertel Senou, Bamako

Fokusgruppeninterviews in Ouagadougou, Burkina Faso

5. Fokusgruppeninterview	08.09.2013	Fokusgruppeninterview mit Frauen nach dem Gottesdienst in Sandogo, informelles Viertel, Ouagadougou
6. Fokusgruppeninterview	15.09.2013	Fokusgruppeninterview mit Frauen nach dem Gottesdienst in Rimkieta, peripheres Viertel, Ouagadougou
7. Fokusgruppeninterview	29.09.2013	Fokusgruppeninterview mit einer Gruppe von Gemüsegärtnern und -gärtnerinnen in Wayalguin, peripheres Viertel, Ouagadougou
8. Fokusgruppeninterview	05.12.2013	Fokusgruppeninterview mit Frauen in Karpala, informelles Viertel, Ouagadougou

Anhang 2: Interviewleitfäden

Leitfaden für die halbstrukturierten Interviews mit den Haushalten auf Französisch

Introduction

- Vous habitez ici depuis quand ? Vous vous êtes installé ici pour quelle raison ?
- Êtes-vous propriétaire ou locataire de votre maison ?
- Votre quartier c'est un quartier loti ou non loti ?
- Il y a combien de ménages/ de personnes dans la concession ? Sont-ils membres de la famille ou locataires ?
- Le chef de ménage est responsable de combien de personnes ?
- Quelle est la profession du chef de ménage/ de vous-même ?

L'Habitat

- Qui a construit votre maison ? Le chef du ménage, un maçon ?
- Dites-moi comment votre concession est équipée ! (Robinets, puits, douches, toilette, puisard/ fosse) ?
- Qui a construit ces ouvrages ? Quel est l'état actuel de ces ouvrages ?
- Qui prend les décisions concernant ces ouvrages dans la concession ?

Tâches domestiques

- Pour les tâches domestiques : Qui fait quoi dans votre ménage ? (Cuisine, vaisselle, lessive, toilette et douche des enfants, évacuation des déchets) ?
- Êtes-vous branché à l'égout /aux mini-égouts ? Si non, aimeriez vous être branché à l'égout ?
- Trouvez-vous difficile d'évacuer les eaux usées ? Avez-vous des problèmes pour vous débarrasser des eaux usées ? Y'a-t-il de l'eau stagnante/ des flaques d'eau dans la cour, des odeurs, des moustiques ?
- Comment vous faites pour évacuer les ordures ménagères ? (Poubelle, bac, évacuation dans la rue, dans le caniveau, sur un terrain non-loti, transfert à un dépôt, brûlage, compostage, etc. ?)
- Avez-vous des problèmes de gestion des ordures ménagères : tas d'ordures dans la cour, odeurs, cafards, mouches, rats ?
- Faites-vous le tri des déchets ? Y'a-t-il différentes sortes de déchets ?

Payer pour l'évacuation des déchets/ des eaux usées

- Qui fait le ramassage des ordures dans votre quartier ? Un GIE, PME, des pousse-pousse ? Êtes-vous satisfait avec leurs services ? Coûts ?
- Quand votre latrine est pleine, que faites vous ? Comment vous faites pour la vidange des fosses ? (Manuellement, vidangeur, membre de la famille, privé, public) ? Coûts ?
- Comment vous faites pour la vidange des eaux usées ?
- Est-ce que vous payez la taxe de voirie et la taxe de balayage ?
- Qui est responsable de payer pour l'évacuation des déchets/des eaux usées dans votre concession ?

Engagement civique

- Est-ce que vous vous engagez pour le développement de votre quartier ? Aussi dans le domaine de l'environnement ? Aussi dans le ramassage des ordures ?
- Y'a-t-il des comités de salubrité dans votre quartier ? Est-ce que vous en faites partie ?
- Quelles sont leurs activités ? (Nettoyage des places publiques/ des rues avant les fêtes comme les mariages, les baptêmes, les fêtes religieuses)
- Qui habite ce quartier ? Famille, groupes ethniques, professions, religions, etc. ?
- Comment sont vos rapports avec les voisins ? Y'a-t-il des manifestations culturelles ou sportives dans ce quartier ?
- Est-ce que vous diriez que votre quartier est bien organisé ? Pourquoi (pas) ?
- A qui appartient l'espace publique, c'est-à-dire les rues, les places, etc. ?
- Diriez-vous que votre quartier est sale ? Si oui, pourquoi et pour quelle raison ?
- Quel est l'espace le plus propre dans votre quartier ? Pourquoi ?
- Y'a-t-il des centres de collecte des déchets dans votre quartier ? En êtes vous satisfaits ?
- Y'a-t'il des dépôts sauvages dans ce quartier ? Qui met ses déchets là-bas ?
- Est-ce qu'il y a des personnes qui sont responsables pour veiller sur ce quartier ? Qui a le droit de sanctionner les mauvais comportements ?

Rapports avec la mairie

- Quels sont vos rapports avec la mairie ?
- Est-ce que la mairie vous informe sur les projets dans votre quartier ?
- Est-ce que vous êtes impliqué dans les décisions concernant votre quartier ?
- Est-ce que la mairie vous rend compte sur la suite des travaux dans le quartier ?
- Est-ce que vous participez aux travaux dans votre quartier ?
- Faites-vous confiance à la mairie/aux collectivités locales ?

Identité urbaine, conscience environnementale

- Etes-vous content d'habiter ce quartier ou est-ce que vous aimeriez habiter ailleurs ?
- Comment la ville a-t-elle changé depuis votre enfance/ depuis que vous êtes arrivé ici ?
- Quelles sont les avantages/ les inconvénients de la ville à votre avis ?
- Quelle est la façon de vivre en milieu urbain ? Qu'est-ce qui distingue le citadin par rapport au villageois ?
- Quelles seront les conditions de vie pour vos enfants/ petits enfants ? Est-ce que ça va changer ? Dans quel sens ? En bien/ en mal ?

Pauvreté en milieu urbain

- Qu'est-ce que ça signifie pour vous d'être pauvre ? A quoi reconnaît-on la pauvreté ?
- Quelle est la différence entre les pauvres en ville et les pauvres en milieu rural ?
- Y'a-t-il des ménages pauvres dans ce quartier ?
- En quoi une maison des riches est différente d'une maison des pauvres ?
- En quoi un quartier des riches est différent d'un quartier des pauvres ?

- Certains disent : « La pauvreté est une fatalité ». C'est aussi votre avis ?
- Diriez-vous que la pauvreté change les gens ? Les comportements des gens ? A quel niveau ?
- Quels sont les effets de la pauvreté sur les liens familiaux/ les liens sociaux ?
- Est-ce que vous prêtez régulièrement de l'argent aux membres de la famille ? Est-ce que vous-même, vous recevez de l'argent d'un proche ?
- Qui dans votre ménage est responsable de payer pour la nourriture, l'éducation, les soins médicaux ?
- Y'a-t-il des différences entre les ménages pauvres avec un homme comme chef de ménage et les ménages pauvres avec une femme comme chef de ménage ?

Leitfaden für die halbstrukturierten Interviews mit den Haushalten auf Bambara/Dioula **Damine**

- Aw nana k'aw sigi yan san jumen? Munna aw sigira nin kin kono?
- So b'aw bolo wa ? Wala aw ye locataire (luwanse) ye? Wala nin so ye aw balimake ka ta ye?
- Nin ye quartier loti wala quartier non-loti ye wa?
- Denbaya joli be nin du kono ? Aw ye somogo joli ye? Duden dow min be, u nana ka segin u somogow fe wa?
- Dutigi be mogo joli labalo ?
- Dutigi ka baara ye mun ye ? I yere, i ka baara ye mun ye?

Du ani sigiyoro

- Aw ka so jora cogo min ? Banco, ciment, briques? Jon ye i ka so jo ? Dutigi, macon?
- Sokonominenw jumen be soro aw ka so kono? (Robinet, kolon, nyegen, sutura, wuluwulu)?
- Jon ye nin fenw jo/dilan ? Quel est l'état actuel de ces ouvrages ?
- Jon y'a latige ko ka nin fenw jo/dilan ?

Sokonobaara

- Sokonobaara ye jon ka wajibi ye ? (Tobili ke, minenko, finiko, denmisenw koli, nyaman fili)?
- Egout wala mini-égouts be yan wa ? Aw tun b'a fe ka égout, mini-égouts soro yan wa ?
- Aw hakili la geleya be soro ka jinogo bo so kono? Flaques d'eau (ji nerenere) be soro dukene wa ? Kasa, soso be soro dukene wa?
- Aw be nyaman bo so kono cogo di ? Nyaman be ke nyaman minen kono? Somogo do be taa ka bila bac kono?
- Wala nyaman be bila sira da la, wuluwulu kono, yoro were? Nyaman be jeni? Nyaman be ke nogo ye ?
- Aw hakili la geleya be soro ka nyaman bo so kono? Kasa, nyebere, dimogo, nyine be soro dukene wa ?
- Nyaman wolomali be ke aw ka du kono wa ?

Wari sarali ka nyaman ani jinogo bo so kono

- GIE, PME do be na aw ka nyaman ta wa ? Munna? Songo ka ca/Baara te diya ? Pousse-pousse be yan ka nyama bo aw ka du kono wa ?
- Ni nyegen fara/ falen don aw be mun ke ? Aw be nyeginji bo cogo di? Baarakela, spiros, somogo b'a ke? A songo ye joli ye?
- Wuluwuluji be bo cogo di?
- Aw be taxe de voirie (ani taxe de balayage) sara wa ?
- Jon ka wari be ke nyamanboli ani jinogoboli la ?

Ton ani jeya ton

- I be mun ke ka aw ka kin yiriwali sabati ? I be mun ke ka aw ka sigida fisaya ?
- Jeya ton be soro aw ka kin kono wa ? I yere ye tonden ye ? Jeya ton ka baara ye mun ye? (Ni konyo/denkundi/seli be ke, u be fere ani sira je?)
- I ni i ka siginyogon, aw be ben wa ? Jon be sigi nin kin kono wa? (Balimaw, siya, senekela, jagokela, fonctionnaires, chrétiens, silame, etc. ?)
- Manifestations culturelles ou sportives be ke yan wa ?
- Ko nyenabora aw ka kin kono wa? Munna?
- Fere ani sirada ye jon ta ye?
- Sigida lamini ka d'i ye wa ?
- I hakili la aw ka kin jelen don wala nogolen don ? Munna ? Jeya/nogolenya ye mun ye ?
- Yoro jumen jelen don ka temen yoro bee kan aw ka kin kono ?
- Centres de collecte des déchets be soro aw ka kin kono wa ? A ka nyi wa ?
- Nyamanton sauvages caman be soro aw ka kin kono wa ? Jon be nyaman bila nyamanton sauvages la ?
- Sigida lamini lakananan ye jon ka wajibi ye ? Jon ka wajibi don ka kojugu nyangi ?

Mairie

- I ni mairiemogo, aw be nyogon faamu wa ?
- Ni projets be ke aw ka sigida la aw be kunnafoni soro mairie fe wa ?
- I ni siginyogon, aw be hakili falen ni maire ye ka aw ka kin yiriwali nyenabo?
- Ni projet kera, aw yere be wari sara/baara dow ke?
- Ni wari sarali mairie be musaka nyefo aw ma ?
- I be dannaya da mairie kan wa ?

Dugubako

- I ka kin ka d'i ye ? I tun b'a fe ka sigi kin were ?
- Duguba/sigida in yelemara i sera yan/ kabini i denmisenma?
- Avantages/ inconvénients jumen be soro duguba kono?
- Dugudenw ani dugubakonomogow jogo ye mun ye ? Faransi jumen be dugudenw ni Ouagalais ce ?
- Aw korola sisan. Sini be aw ka denw soro cogo di? Ko be nogoya wala a be geleya?

Faantanya

- Faantanya ye mun ye ? Faantanye be se ka ye cogo di ?
- Faransi jumen be faantan duguba kono ani faantan dugu fitini kono ce ?
- Faantan be sigi nin kin kono wa?
- Faantan kin ye mun ye? Faantan ka so ye mun ye?
- Mogo ye faantan ye nakan koson?
- Faantanya be hadamadenw yelema wa? Hadamadenw ka tagabolo/donko?
- Faantan ka balimaya/ teriya be cogo di ?
- I yere ye juru ta i balima ye? I balima ye juru ta i ye?
- Jon ka wari be ke dumuni la, kalan na, keneya la ?
- Faantan dutigi cema ani faantan dutigi musoma ye kelen ye wa?

Leitfaden für die ExpertInneninterviews auf Französisch**Introduction**

- Comment l'extension de la ville, le développement et l'environnement en milieu urbain sont liés d'après vous ?
- Est-ce que selon vous le développement et la protection de l'environnement s'excluent ?
- Quelles sont les difficultés concernant l'assainissement et la gestion des déchets à Ouagadougou ?
- Y a-t-il des secteurs/ arrondissements à Ouagadougou où les ordures ménagères et les eaux usées posent problème ? Pourquoi ?

Infrastructure

- Quels sont les ouvrages d'assainissement à Ouagadougou ? Centre d'enfouissement technique, centres de recyclage, station d'épuration d'eaux usées ?
- Y a-t-il assez de dépôts d'ordures à Ouagadougou ?
- Est-ce que les égouts ou les fosses septiques sont préférables selon vous ? Pourquoi ?
- Pour les ménages qui ne disposent pas d'une latrine, utilisent-ils des toilettes publiques ?

Organisation du secteur d'assainissement

- Quels acteurs sont impliqués dans l'évacuation des déchets solides ? Quel est le rôle des acteurs informels ?
- Quel est le taux actuel de l'évacuation des déchets solides à Ouagadougou ?
- Est-ce qu'il y a des secteurs où ça marche très bien et d'autres où ça ne marche pas bien ? Pourquoi ?
- L'évacuation des ordures ménagères est faite par deux chemins : Le porte-à-porte et les bacs. Quel système est préférable et pourquoi ?
- Comment l'évacuation des ordures ménagères se fait dans les quartiers spontanés informels ?
- Quelles sont les raisons/les conséquences de la privatisation du secteur de l'assainissement ?

- Diriez-vous que les compétences des acteurs dans l'évacuation des déchets solides et liquides sont suffisantes ?
- Qui est responsable pour le balayage des rues, le curage des caniveaux, le désherbage ?
- Le contrôle de la salubrité des quartiers se fait par quelles structures ? Est-ce que ce contrôle est satisfaisant ?
- Qui est responsable pour le contrôle de l'espace public, c'est-à-dire le contrôle de l'occupation des trottoirs et de la divagation des animaux en ville ?
- Est-ce que les femmes sont impliquées comme ouvriers dans le secteur d'assainissement ?
- Est-ce que le secteur de l'assainissement est concerné par la spéculation foncière ?

Coûts des services urbains

- Est-ce que les coûts pour l'évacuation des ordures ménagères, pour la vidange des fosses sont abordables ?
- Comment les tarifs sont déterminés ?
- Quelles sont les mesures prises pour faciliter l'accès des ménages pauvres à l'assainissement en milieu urbain ?
- (Subventions pour la construction des latrines/fosses, subventions pour le branchement à l'égout, tarifs sociaux pour des ménages pauvres pour l'évacuation des ordures ménagères)
- Les subventions croisées pour l'extension du réseau de canalisation à travers la facture d'eau, est-ce que ça marche bien ?
- Le recouvrement de la taxe de voirie et de la taxe de balayage fonctionne comment ?
- On entend souvent parler du «principe pollueur – payeur» et du «principe de recouvrement des coûts». Qu'est-ce que ces deux termes veulent dire ?

Justice environnementale

- Dans la constitution burkinabé datant de l'année 1991 c'est écrit que les citoyens burkinabés ont droit à un environnement sain. Qu'est-ce que ça veut dire ?
- Qui bénéficie des investissements dans le secteur de l'assainissement à Ouagadougou ?
- Est-ce que selon vous le secteur informel est plus polluant que le secteur formel ? Pourquoi (pas) ? Y a-t-il des mesures concernant le recyclage informel ?
- Comment est-ce que les maraîchers et les éleveurs en milieu urbain sont concernés par l'insalubrité ?

Engagement bénévole

- Y a-t-il des comités de salubrité qui nettoient leurs quartiers volontairement ?
- Est-ce que les populations participent aux projets de l'assainissement ?

Coopération internationale

- Est-ce que le Burkina Faso est bien parti pour réaliser les OMD (objectifs millénaires pour le développement) ?

- Quel rôle joue la coopération internationale pour l'assainissement à Ouagadougou ?
- Est-ce que le financement international pour la protection de l'environnement a diminué le financement pour le développement ?

Comportements des populations

- Est-ce que les populations citadines, ont-ils une dette envers l'environnement ? Pourquoi (pas) ?
- Quelle est la notion de « responsabilité » des citoyens à Ouagadougou ?
- Est-ce que les comportements des populations dans les quartiers périphériques de Ouagadougou, sont-elles différentes des comportements au centre-ville ?
- Est-ce que les populations approuvent l'installation des centres de collecte dans leur quartier ?
- La religion, influence-t-elle la gestion des déchets et des eaux usées ?
- Comment les campagnes de sensibilisation contribuent-elles au changement de comportements ? Qui sont les auteurs des campagnes de sensibilisation ? Quelles sont les contributions des chefs traditionnels et des autorités religieuses ?
- Est-ce que selon vous les femmes préfèrent d'investir dans les habits, les téléphones et les cérémonies que d'investir dans la salubrité de leur environnement ?
- Comment faire pour que l'assainissement devienne une priorité pour les citoyens ?

Pauvreté

- Les Burkinabé sont pauvres mais l'état burkinabé est riche. L'état burkinabé est riche mais les Burkinabé sont pauvres. Quel constat est le vôtre ?
- Est-ce que les données statistiques sur la pauvreté sont valables à votre avis ?
- Y a-t-il des quartiers pauvres à Ouagadougou ? Pour quelle raison ?
- Quand un ménage est pauvre, est-ce que ça veut dire que tous les membres du ménage sont pauvres ?
- On dit souvent que les jeunes au chômage sont assis devant la porte faisant rien. Quel est votre avis là-dessus ?
- On a vu les manifestations de la coalition contre la vie chère à Ouagadougou récemment. Quel est votre point de vue là-dessus ? Est-ce qu'une distribution des produits subventionnés à bas prix pourra résoudre le problème de la pauvreté urbaine ?

Suggestions

- Comment pourrait-on rendre la capitale Ouagadougou plus vivable selon vous ?

Schema für die Beobachtungsprotokolle

- Größe des Hofes
- Baumaterialien der Gebäude
- Räumliche Trennung zwischen dem Koch- und dem Waschbereich
- Ordentlich/unordentlich
- Abfälle, Wasserlachen, Staub
- Unangenehme Gerüche, Fliegen, Moskitos, Kakerlaken, Ratten

- Bäume, Sträucher, Nutzpflanzen
- Tiere: Schafe, Ziegen, Kühe, Hühner
- Ausstattung: Strom, Handy, Radio, Fernseher, Kühlschrank, Ventilatoren, Kochgelegenheit (Gas), Motorrad, Fahrrad, Auto
- Verrichtung von Hausarbeiten: Wer, wo, wie, wann, mit welchen Materialien?
- Wer befindet sich zur Zeit der Befragung im Hof? Was machen die anwesenden Haushaltsmitglieder/MieterInnen?
- Interaktionen mit BesucherInnen, NachbarInnen, etc.
- Wohnumgebung: Infrastruktur, Abfälle, Abwässer, wilde Deponien, Zwischendepotien

Anhang 3 : Zitate

1. Zitat : »Bamako a vécu pendant plus de cinquante ans, il y a les mêmes infrastructures alors qu'il y a la démographie qui galope. Bamako en 1959 a eu 400.000 habitants. Et maintenant nous avons dépassé le cap de deux millions d'habitants. Mais le développement institutionnel ne va pas avec le développement démographique. Donc il y a la pression de la population qui est sur Bamako et c'est ce qu'on constate maintenant. Donc au fur et à mesure la ville se développe il fallait mettre en place les structures pour accueillir ces gens. Et il y a les infrastructures par rapport à ça, mais elles ne sont pas réellement adéquates. Donc quand vous prenez Bamako, tous les périphériques de Bamako sont des quartiers spontanés qui ne sont pas rentrés dans la logique de l'urbanisation réelle. Il n'y a aucun aménagement qui les accueille, les gens vont s'installer, il n'y a pas de rues, il n'y a pas de caniveaux, il n'y a pas d'eau potable, il n'y a pas d'électricité« (10. Experteninterview).

2. Zitat : »Nyamanjelow tun be folo. Don o don u be na nyaman je. Kalo la u b'a sara. Mais sisan olu y'a dabila. Parce que dow be, dow be wari sara, dow te wari sara. I ma ye? Parce que olu fana be nyaman je, olu fana be mogow sara, nyamanwari ni kalo sara. Comme o sara ma ke u y'a dabila. O de geleya be. Nyamancelaw te« (4. Einzelinterview).

3. Zitat : »Les dispositions sont prises à l'avance : Les caniveaux sont creusés, on met des poubelles chez vous, on signe un contrat déjà avec un GIE avant que vous déménagez pour l'évacuation des tas d'ordures. Donc tu déménages, tu trouves que tous les dispositifs sont déjà mis en place. Donc, ça veut dire que ce qui te reste seulement c'est d'entretenir les dispositifs« (16. Experteninterview).

4. Zitat : »Selon ma connaissance dans le non-loti la plupart ont des toilettes quand même. Ou bien ce qu'ils font, soit si les cours sont proches, si c'est la même famille, souvent ils peuvent faire une seule toilette. En fait ils sont séparés virtuellement comme ça. Mais c'est des cours. Si on veut voir en termes de coûts, c'est la même concession. Les parcelles sont petites. Si chacun devait réaliser une latrine, ça occupe de la place. Ils décident de réaliser uniquement une latrine mais chacun chez lui a une douche. Mais comme on se dit c'est quelque chose de temporaire. C'est temporaire à longue durée.

Parce que souvent ils passent plus de temps là-bas même que sur une parcelle normale. Il y a des gens qui ont fait plus de vingt années. Après on va te donner une parcelle, tu ne vas pas faire dix ans dedans et puis mourir. Ça veut dire que tu as passé plus de temps de ta vie là-bas» (38. Experteninterview).

5. Zitat : »Aujourd'hui au niveau de ce quartier, une fois que vous dépassez le goudron qui longe, vous allez à l'intérieur du quartier, c'est vraiment le village. Il n'y a pas d'eau potable, il n'y a pas d'électricité, il n'y a pas de routes bien tracées. Donc ça veut dire que c'est un quartier qui donne occasion à tous que vous pouvez connaître comme contraire à l'assainissement et à l'environnement. Ici les équipements, les ouvrages d'assainissement, même si ça existe, ce n'est pas dans les normes, parce que c'est un peu rural ici. Il y a le problème des concessions sans toilettes ici. Les gens, ils se donnent à des défécations en plein air. Le ramassage des ordures ménagères, ça n'existe presque pas parce que les gens sont voisins aux champs, ils prennent les ordures et les jettent directement au niveau des champs» (7. Experteninterview).

6. Zitat : »Ici on se lève seulement et chacun va jeter en dehors. Chacun jette devant sa maison ou comme ça. Après on brûle. [...] C'est un problème. Mais on va faire comment?» (24. Einzelinterview).

7. Zitat : »On a aussi la mentalité que l'eau va amener les déchets et dans la saison des pluies on déverse les déchets dans les caniveaux. Quand les collecteurs sont bouchés on voit des inondations chaque année» (15. Expertinneninterview).

8. Zitat : »Il y a des familles même, vous pouvez être là assis, on vous appelle, vous arrivez, vous allez trouver il y a un décès dans la famille. Il faut qu'on lave le corps. Donc souvent vous êtes énervé. Forcément il y a ces cas. Tous ceux qui voient ces cas-là fréquemment c'est les camions vidangeurs. Là on t'appelle, tu arrives, on va te dire : »On a 10.000 CFA. On a un décès. Voilà le corps qui est posé dedans. Il faut qu'on lave'. Donc il faut quand même faire quelque chose parce que certainement c'est une famille pauvre. Si tu vas dire aux gens de rentrer dans l'odeur pour faire ça, tu vois non» (34. Experteninterview).

9. Zitat : »Il y a une association, les gens qui ramassent devant la porte. Mais ce n'est pas chez tout le monde. Tu payes 500 CFA par mois et ils viennent ramasser. Mais si tu ne peux pas faire ça, comme le voisin n'est pas là, tu sors, tu jettes dans la cour. C'est une parcelle vide. Le jour qu'il vient de te voir il faut ramasser. Tu vas ramasser brûler» (6. Fokusgruppeninterview).

10. Zitat : »Si quelqu'un arrive à manger trois fois par jour il se rend compte qu'il pollue la nature. Je bois du jus, je mange la conserve, j'ai des boîtes chez moi, je bois eau Laafi, je mange trois fois par jour, je dois me rendre compte que je pollue l'environnement. Par conséquent je dois réfléchir sur le comment évacuer ces ordures. Mais tu ne manges pas. Tu manges le soir, à midi chacun se débrouille. Comme tu ne manges pas, comment tu vas penser que tu pollues l'environnement? Même les ordures que tu as

dans la cour, ça ne te dit rien. On ne peut pas venir dire à une telle famille de s'abonner pour ramasser. C'est comme si tu lui demandais de vivre dans une situation de luxe» (15. Einzelinterview).

11. Zitat : »On a commencé avec 1000 CFA. A un certain moment, on s'est réuni avec les autorités pour décider une augmentation. On avait décidé que, ceux qui étaient à 1000 CFA aillent à 1500 CFA. Et ceux qui étaient à 1500 CFA passent à 2000 CFA. Mais nous, on n'a pas réussi d'abord. Les gens, en général c'est des intellectuels, des enseignants, des révolutionnaires quoi. Ils sont difficiles à gérer. Ils ne sont pas réguliers dans le paiement. C'est des mauvais payeurs en général« (3. Expertinneninterview).

12. Zitat : »C'est un quartier dont on a les revenus un peu diminués mais le quartier n'est pas pauvre jusqu'à ce niveau-là. Ils sont en train de faire des étages partout. Les familles [Name einer ethnischen Gruppe, Anm.d.A.], tu vas trouver qu'il a fait une belle maison, mais devant sa maison, il lave les marmites, jette, il y a des enfants, ils font la vaisselle devant la porte. C'est les plus grands pollueurs et c'est les plus riches du point de vue ethnique« (20. Experteninterview).

13. Zitat : »En réalité, ceux qui sont riches chez nous, ils ont la peine de payer ces choses-là. Ceux qui sont pauvres, les pauvres types là : lui, il a la peine qu'on lui réclame de l'argent. Il paye« (21. Experteninterview).

14. Zitat : »Comme c'est en zone non lotie, ce n'est pas d'abord automatiquement l'argent, mais c'est d'impliquer l'esprit. En zone non lotie contrairement aux zones comme le centre-ville ici qui est loti, même si on fait ça à 300 CFA le ménage, les gens vont comprendre l'importance de la chose, ils vont adhérer. Et dès qu'ils adhèrent déjà, ça veut dire que ça fait un pas de gagné. Après de temps à autre il faut rencontrer les ménages, c'est pour les faire comprendre pourquoi cela. Et de leur dire aussi que dans les perspectives un jour ça pourrait évoluer en prix. Parce que dès que ça va être bien viabilisé là-bas, ça ne serait plus la même chose. On va quitter de 300 CFA peut être à 1000 CFA. Il faut déjà les préparer. Vous savez, l'homme, dès qu'il est préparé à suivre une intervention, il n'a plus peur. Dès qu'il n'est pas préparé, c'est là qu'il commence à se lever, dire non, il ne veut pas la force, c'est du vol, ainsi de suite. Il commence à tout rejeter« (26. Experteninterview).

15. Zitat : »Mairie be na wuli mais u ma wuli folo. Comme an ka kin, kin kura de don. Sinon mairiemogow be yaala, u be nyaman je ka taa n'a ye kungo la. Mais waati do be na ke, u be na fo ko an mankan ka nyaman bo yan. Ni u nana laben, u bena yoro yira an na, an be na to ka bo o yoro la. Mairiemogow bena to ka na, u be nyaman je, u be taa fili. Mais comme yoro a ma laben peuw peuw bee be se ka nyaman bo yan. Sinon mairie bena kele ke. Mais u ma wuli folo« (7. Einzelinterview).

16. Zitat : »Il y a des zones, si on met d'abord des bacs ça va créer des problèmes. Si on met des bacs il y a des gens qui vont refuser de s'abonner. Plus vous vous n'abonnez

pas plus vous produisez des déchets. Vous ne voyez pas l'importance de la gestion des déchets» (27. Experteninterview).

17. Zitat : »Les bacs à ordures distribués un peu partout contribuaient à l'assainissement. N'importe qui pouvait y aller. Maintenant en obligeant les gens à s'abonner aux privés pour évacuer les déchets, ils ne peuvent plus y aller déverser, même s'ils sont à 100 mètres du centre« (25. Experteninterview).

18. Zitat : »Contrairement à ce que les gens racontent, ce ne sont pas les informelles qui font les dépôts sauvages. Non, non, non. Les gens disent que oui, moi, je dis non. C'est vrai, je ne peux pas dire à cent pourcent que ce n'est pas eux. Mais ceux qui font les dépôts sauvages ce sont les ménages. Vous voyez, quand vous prenez les rails, il y a un dépôt sauvage qui est là-bas, juste à quelques, 150 mètres du centre de collecte. C'est qui? Moi, j'ai posé la question à un conseiller : »C'est qui? Dis-moi! C'est des informelles?« »Non, c'est les ménages'. J'ai dit OK, on mène une étude, on mène une enquête, on verra. On est sorti dans la nuit, nous nous sommes arrêtés un peu loin, on regarde. Les gens sortent, les ménages comme ça, ils portent leurs seaux, ils poussent des pousse-pousse, les ménages, ils viennent, ils déversent parce qu'ils ne veulent pas payer les 1000 CFA. Ce n'est pas à un seul jour qu'on a mené l'enquête. Non, non, non, c'étaient plusieurs jours« (26. Experteninterview).

19. Zitat : »Avant il y avait un service. On était abonné. C'est avec des charrettes pour ramasser les ordures. Des femmes. Entre-temps, parce qu'elles n'étaient pas régulières. Souvent elles ont des problèmes des ânes qui sont malades. Maintenant il y a d'autres personnes. Ils n'ont pas une société comme ça. Il y a des jeunes désœuvrés, ils ont des charrettes, ils passent. Si tu as des ordures, ils ramassent et tu payes de l'argent. C'est mieux par rapport aux gens du service. Dans d'autres secteurs ça va. Mais chez nous elles ne sont pas régulières. Elles vont par exemple passer deux fois dans le mois quand c'est prévu quatre fois« (16. Einzelinterview).

20. Zitat : »Nous, on a construit ce centre de collecte au profit des GIE qui sont attribués à la zone. Mais les informels qui prennent les déchets, ils ne peuvent pas les envoyer dans nos centres parce que nous, on ne les autorise pas. Ils ne sont pas acceptés de venir dans ce centre, ils ne sont pas acceptés aussi de collecter dans les zones. Parce qu'il y a un appel d'offres qui a été lancé en 2003. Mais ils [die informellen Abfallsammler, Anm.d.A.] n'ont pas eu le marché. Maintenant ils passent derrière pour collecter les déchets. Ils ne peuvent pas les envoyer dans nos centres de collecte. Maintenant ils se débarrassent soit dans les caniveaux soit dans les réserves. C'est ça qui cause maintenant les décharges non contrôlées, les décharges sauvages« (27. Experteninterview).

21. Zitat : »Les gens avec leurs sous, ils veulent payer maintenant, ils [die Filiale einer Mikrofinanzinstitution, Anm.d.A.] disent que c'est la descente, ils ferment. Alors que chez nous, c'est à dire on a cette difficulté de gérer l'argent de poche. C'est-à-dire dès qu'on a l'argent dans la poche, il y a des problèmes qui viennent. C'est-à-dire la personne qui doit te payer aujourd'hui, si tu le laisses retourner l'argent à la maison il y aura

d'autres dépenses. Et les sous seront détournés pour faire face à ces dépenses» (20. Experteninterview).

22. Zitat : »Ni dinge fara, mobilitigi be. Ni wari be, an b'olu wele. U be na sen. Ni wari te fana an b'a sen ka bon kene ma. An be dinge sama ka don o yoro la. A be ja. A bee ye wariko ye« (6. Einzelinterview).

23. Zitat : »On voulait faire des abonnements. Chaque fin du mois vous contribuez 1000 CFA ou bien 2000 CFA, et si toutefois votre fosse est remplie on vient, on vide. Mais il y a un problème : Les gens ne sont pas conscients ici. Si tu dis ça il y a d'autres qui vont dire oui. Parce qu'il voit que sa fosse est presque remplie. Un exemple, il t'appelle, tu viens, il paye 1000 CFA ou 2000 CFA le premier mois, le deuxième mois il t'appelle : »Voilà, ma fosse est remplie«. Tu viens, tu vides. Pour avoir les 2000 CFA, 2000 CFA qui restent, c'est fini, parce que sa fosse a été vidée. Il ne va plus te payer. C'est fini comme ça. Donc on a arrêté« (34. Experteninterview).

24. Zitat : »Olu ka nasongo. 500 Francs. Dow 1000 Francs. Ni i yere ma do fara a kan, a te bo yan. A te dun de.« (1. Fokusgruppeninterview).

25. Zitat : »Le matin tu sors vendre tes petits trucs. C'est pour avoir à manger. En attendant qu'il revient le soir. Tu attends, s'il vient, ce qu'il gagne. Le jour qu'il gagne, il donne. Le jour qu'il ne gagne pas, nous, comme on se débrouille, on prend ça, on fait avec. S'il voit que tu fais un peu, tu gagnes un peu aussi, il donne les céréales, nous, on cotise le reste« (6. Fokusgruppeninterview).

26. Zitat : »Des fois il donne de l'argent pour les condiments. Des fois aussi il donne un peu. Des fois aussi il ne donne rien. Mais elle ne peut pas dire que quand ce n'était pas donné, elle ne va pas préparer aussi. Elle court pour préparer pour ses enfants. Le jour que ça ne va pas, la femme, elle doit couvrir son mari. Mais celle-là, elle prend tous les jours. La femme du pasteur, elle doit avoir de l'argent. Elle reçoit tous les jours, il n'y a même pas un jour« (5. Fokusgruppeninterview).

27. Zitat : »Quand la femme ne gagne rien il n'y a pas de problème. L'homme se sent obligé de faire face à toutes les dépenses. Mais dès que la femme gagne un peu d'argent l'homme laisse beaucoup de dépenses à la femme. La nourriture, l'eau, le savon. Il y a beaucoup de postes que l'homme va de plus en plus se décharger. La femme peut accepter ou ne pas accepter, mais il y a une tension dans le ménage où les deux gagnent de l'argent. L'homme essaye de ne plus faire certaines dépenses à partir de là où la femme gagne un peu d'argent« (37. Experteninterview).

28. Zitat : »Ni se be min ye, a be son. Parce que ko bee be geleya. Burkina, a ka gelen. Tuma do be, ni se te denmisenw ye, ni denw te baara la, olu b'a bo min? Mais nin min be baara la, a fana be, a be se min, a b'o d'i ma. Mais caman te. Est-ce que ni den nana don yan, ale donna ka 5000 CFA di ne ma. 5000 CFA, ni n b'a fe ka taa sambara san et puis n b'a fe ka fen do san ka dun, 5000 CFA be se ka fini san wa? A te se. A te boli ke.

Olu fana be débrouiller. Ni geleya do be comme n'y'a fo cogo minna du kono, ni geleya do be n be se ka den do wele sisan. N'b'a fo ale ka na, n mako b'a la. Ni a nana, n ye geleya fo ale ma, n'b'a fo: »Ne tun be nin wari fe ka nin ko ke'. Tuma do a be fo »N bena file'. Ni kunna diyara yan ni tile fila a be segin ka na di ne ma. Tuma do fana a be se ka fo i ye: »Sisan ka gelen. Foyi te ne fe. I b'a to sinye were'. I b'a ke di? I b'a to sinye were ke« (7. Einzelinterview).

29. Zitat : »A Ouaga aujourd'hui il y a beaucoup de foyers sans foyer. Les gens, ils donnent l'argent à la femme, aux enfants qui vont à l'école, on lui donne 100 CFA pour acheter du riz. La femme va au coin pour manger, le père pour son côté également, l'enfant également. Parce qu'ils n'ont pas l'argent pour préparer eux même le riz. Pour préparer le riz il faut acheter le sel, pâte d'arachide, les oignons, les tomates, l'huile, le bois. Il ne peut pas avoir l'argent pour préparer lui-même à la maison. Le foyer c'est le symbole. Quand le foyer ce n'est plus ce qui uni les membres de la famille qu'est-ce qu'il reste de cette famille?« (37. Experteninterview).

30. Zitat : »Tu vois que, an fe Burkina kono yan, an ka hakili kono, i yere ta a ka fisa ni mogo were ta ye. Ça veut dire yere ta ka fisa. An be yere ta considérer yan. Tubabukan b'a fo individualiste. On est individuel parce qu'on veut pour soi. On veut être propriétaire de chez soi. Voilà. Sisan n koromuso nana ka na an ka so file. A nana yan, fo: »So nin ka nyi! I yere ta nyogon te!« Hali ni i be dugu kono, hali ni i be étage kono dugu kono, ni mogo ta te, an fe, Burkina yan, mogo t'i considérer. On ne te considère pas. Maintenant, an fe, Burkina yan, mogo ka bonya, i ka bonya be bo i ka so la. Ça veut dire : La valeur d'une personne au Burkina c'est chez soi, c'est son domicile. Si tu vis en location même, tel que soit l'immeuble, où tu vis là, les gens ne te considèrent pas. Mais dès que tu as ta propre cour, tu as plus de considération que celui-là. Donc c'est ça la mentalité au Burkina Faso« (9. Einzelinterview).

31. Zitat : »Il y a ceux qui peuvent venir : »Demain ou après-demain je viens«. Donc à ce moment tu ne sais pas où aller. Donc, il y a d'autres qui peuvent dire un mois. Si c'est un mois c'est bon. Ça te permet de trouver une autre maison. Il y a d'autres qui disent deux jours seulement ou »Demain je viens«. Donc c'est difficile« (6. Fokusgruppeninterview).

32. Zitat : »Ni i yere taara docotoroso la, ni docotoro ko : »Wari di yan!« Hali a t'i file! Hali ka visiter, ka laje. Ni i taara docotoroso la, docotoro ko : »Wari b'i bolo wa?« Sani i ka wari bo ka premier soin ke, o te.« (1. Fokusgruppeninterview).

33. Zitat : »Si tu me vois, on te dit que je ramasse des ordures, tu vas dire que c'est faux. Je te jure, si tu ne me connais pas tu vas dire que c'est faux. Parce que moi, je suis capable de prendre 10.000 CFA pour payer un habit, m'habiller correctement. Et puis je n'ai même pas 100 CFA en poche. En ce moment on doute, on ne sait pas. D'autres vont dire : »Lui, il a de l'argent!'. Pourtant toi, tu sais que tu n'as rien. La vie c'est comme ça. Il ne faut pas te laisser, parce que tu n'as rien tu t'es laissé désordonné, tout le monde, celui qui te voit seulement, il commence à rire : »Voilà, je savais que lui, il allait devenir comme ça. Ici on veut le malheur de l'autre pour rire« (31. Experteninterview).

34. Zitat : »Même les pauvres, pour lui paraître c'est important. C'est surtout les jours de fête. Un voisin, à l'approche de la fête, il dit qu'il a une soucie, il est en train de tout faire pour coudre une nouvelle robe pour sa femme et pour ses enfants. Tabaski et Ramadan. Ces deux seuls jours de l'année que si ta femme ne paraît pas autrement qu'elle paraît d'habitude, que c'est une honte insupportable. Au moins ces deux fêtes il faut que ta femme sorte avec du nouveau. C'est important pour les gens. C'est une occasion aussi de préparer. Ces jours-là, même si les autres jours c'est du que tu prépares, ce jour il faut préparer bien« (37. Experteninterview).

35. Zitat : »Ni bolifen t'i bolo ka déplacer, a ka gelen. Ne fana, nyegeso, hali nyegeso gwansan te ne fe. Ni i b'a fe ka déplacer, a ka gelen. Ce fana, ni a wulila, a be taa ni moto ye. A be taa ni a ka moto ye baarakeyoro la. I be sigi du kono. Hali ni i b'a fe ka taa mogo file, i te se ka taa, parce que moyen de déplacement t'i bolo. Ne be feereli ke ka doonin doonin soro. N ko ni feereli te, n bena bo ka baara yaala. Ne ko n tun be bo Zone du Bois. Tubabu be, u be den mogo ta. N ko n bena baara façon nin yaala. Hali bi n tun be miiri a la. Ni ne ye negeso soro n bena taa. Hali sini n bena wuli ka don o yoro la ka baara yaala ka to ka ke doonin doonin« (19. Einzelinterview).

36. Zitat : »Ne te tonden ye. Ton koni be, mogo b'a ke. Mais ni i ka monnaie ma sama, ni i ko i b'a ke, maloya be soro. O de fana an ma ton de ke. Parce que yan tonko, monnaieko de don. U be se ka ko ni kalo sara, u be 10.000 CFA bo ka di do ma. Bon ni se t'i ye, ni i ko, i b'a ke, mogo y'a laje ka di ne ma. Ne y'a mine ka dun. Ni i ma se ka sara i ma maloya soro? O de kama an y'a dabila« (12. Einzelinterview).

37. Zitat : »La femme malienne peut mettre 50.000 CFA dans un seul boubou. 50.000 CFA je vous dis. Et il y a combien de boubous dans notre armoire? Au moins c'est 20. Si je prends le prix d'un seul boubou, je peux faire au moins la moitié d'un puisard. Donc, ce n'est pas un problème de moyens. C'est un problème de compréhension, de mentalité. On a pris l'habitude de rester dans cette insalubrité et souvent les gens n'ont pas tellement de conscience« (8. Expertinneninterview).

38. Zitat : »Bamakokaw be ji san. U te son ka wari don saniya de la, l'assainissement. Sinon, ji be yoro o yoro. Jiko yoro be, ni jiko b'o la, n'i nana ni ji ye u b'a sara. Dow yere be bidon san fo tan duuru fo mугan. Donc, Bamakokaw be ji san. Wari be don ji kan. Nka u te son ka wari don saniya de la. Ka wuluwulu dilan, ka nyegen dilan, ka carrée kono dilan u te son ka wari bo de la. Ils préfèrent ka wari don waxi la ou téléphone ye ka wari don saniya la« (11. Experteninterview).

39. Zitat : »Quand les gens ont le programme actuel, qu'est-ce qu'ils font? Ils achètent des anti-moustiques, »Rambo«. Je ne sais pas combien de bombes Rambo les gens utilisent par mois mais je pense 1200, 1500 CFA. Ils tombent malades, ils ont beaucoup de palu. On sait que la prise des médicaments anti-palu c'est autour de 1000 CFA par mois. C'est le minimum qu'il faut par mois. Ça dépend du nombre de personnes à la maison. Il y a autour de dix personnes dans la maison, c'est vraiment 60.000 CFA supplémen-

taires. Sans compter en fait que quand ils sont malades, ils ne vont pas au boulot. Les enfants ne vont pas à l'école, Madame a du mal à travailler au marché, à la maison et tout ça. Quand on englobe tout ça, si on compte surtout les maladies, on n'est pas loin de 100.000 CFA» (24. Experteninterview).

40. Zitat : »C'est un regroupement, il faut paraître. Si un invité vient chez toi tu vas tout mettre au net. Pour quelqu'un qui va venir, il ne va pas dire : »Lui là, il ne vaut rien«. Quand tu veux savoir si quelqu'un est propre, il faut rentrer chez lui pour entrer dans sa douche. S'il est sale dans sa douche et dans sa maison c'est qu'il n'est pas propre, même s'il est bien habillé en dehors [...] S'il y a un mariage dans la cour on fait tout possible pour que ça soit bien. Parce qu'on a peur de jugement de l'autre. C'est à dire dans la famille, il n'y a pas quelqu'un qui connaît la réalité de la famille. Mais en tant qu'une personne va s'introduire dans la famille et qui va constater il fera un jugement. Donc on veut que ce jugement soit positif. Alors que si chez toi les latrines sont bouchées, quelqu'un qui va venir va dire : »Ce n'est pas la peine. Quand c'était chez lui ce n'était pas la peine. On n'aura plus d'envie même de revenir« (36. Experteninterview).

41. Zitat : Parce que si on veut assurer un cadre de vie meilleur pour la population, en tout cas, il faudrait quand même investir un peu dans l'assainissement. Malheureusement dans les pays africains, singulièrement au Mali, même pas un pourcent du budget n'est alloué à l'assainissement. Même pas un pourcent. Donc le budget qu'on alloue dans certains domaines, notamment pour la défense du territoire, pour l'éducation, pour la santé et ce qu'on alloue pour l'assainissement, ce n'est pas du tout comparable. Il n'y a pas cette volonté politique là au Mali pour mieux assainir. Parce que si, dans certains pays, on dit même qu'en investissant 1 dollar dans l'assainissement on réduit les dépenses de santé de 8 dollars. Donc, maintenant il faudrait qu'il y ait cette prise de conscience là par nos autorités (4. Experteninterview).

42. Zitat : »On a même l'impression que c'est en ville qu'on a les plus mauvaises impressions des communes parce-que vous avez le problème de salubrité, vous avez le problème d'évacuation des eaux usées. Donc il y a tellement des problèmes, et c'est couronné par le fait qu'en ville personne ne paye parce que tout le monde dit : »Mais la commune fait quoi? On ne sait pas. On donne l'argent, on ne sait même pas ou est-ce que ça va«. La commune aussi dira : »On ne peut rien faire parce que les gens ne donnent pas l'argent«. Donc on est dans ce cercle vicieux qui malheureusement traîne à être cassé, ce qui fait que la perception du public reste très très très négative, sinon mitigée sur la valeur ajoutée des communes dans la gestion des affaires publiques« (6. Experteninterview).

43. Zitat : »Il y a une taxe spécialement programmée pour la collecte secondaire que les gens ne payent pas. Il y a la taxe au niveau de la voirie que les gens doivent payer, alors qu'ils payent aux GIE pour l'enlèvement de leurs ordures. La voirie ne peut pas se justifier auprès de la population. Donc les gens refusent de payer. Donc pour récupérer cet argent, on attend quand quelqu'un a besoin d'un service de la mairie, on lui dit : »Non, ça fait trois ans que tu n'as pas payé des taxes. Il faut payer ça d'abord«. Et de

cette façon, le taux de recouvrement est tellement faible que vraiment ce n'est plus intéressant» (5. Experteninterview).

44. Zitat : »Souvent tu vois des teinturières ici, elles envoient leurs eaux usées chargées de plomb, très toxiques, et les gens boivent ça. Ça tue les poissons, ça rentre dans la chaîne alimentaire. Les politiciens ils négligent ça, ils savent ça, ils connaissent. Ils sont au courant mais ils ne font rien. Donc il y a un problème de mal-gouvernance. C'est pour ça que je dis qu'il y a un manque de volonté politique« (4. Experteninterview).

45. Zitat : »Quand une équipe vient, ils font un an. La première année, c'est savoir comment ça fonctionne, la deuxième année, c'est l'élaboration du plan de développement, la troisième et quatrième année, ça c'est comment mobiliser des ressources. Souvent les ressources tombent rarement et les ressources peuvent tomber même en quatrième année et le moment de la mise en œuvre de ça, ça coïncide avec la fin de leur mandat. Quand une nouvelle équipe vient elle reprend encore les mêmes plans de développement et vient encore se positionner dans le même statut de renforcement de capacités. Donc souvent c'est l'éternel recommencement qui fait que les communes ne parviennent pas vraiment à donner satisfaction à la population« (23. Experteninterview).

46. Zitat : »Quand je suis allé à Lyon l'année passée, ils avaient les Journées de la propreté. Mais quand je regarde, je dis : Ceux qui nous aident, voilà ce qu'ils font. Ils le font avec souplesse. Et nous, on le fait avec violence, sans aucune considération. J'ai vu à Lyon des gens qui disaient : »Non! Nous, on n'est pas d'accord!« Mais chez nous tu ne peux pas dire non. Il faut laisser des gens s'exprimer sur tout ce qui concerne l'environnement. L'environnement ce n'est pas un état, l'environnement c'est tous qui vivent dedans. Quand ça concerne la question de l'environnement il faut impliquer tout le monde. Maintenant si ça concerne des questions des finances, oui, il faut chercher des techniciens. C'est vous qui connaissez, il faut faire. Nous, on est d'accord. Mais l'environnement : Tout de suite on prend une décision comme ça. Est-ce que ça colle à notre réalité?« (26. Experteninterview).

47. Zitat : »Chaque maire qui vient dira qu'il est venu trouver les problèmes comme ça. Ce n'est pas avec lui que ça a commencé. Il y avait d'autres maires avant lui. Donc chaque maire rejette la responsabilité à l'autre maire qui est parti. Et il ne décide pas de dire : »C'est moi, à mon tour je vais arrêter ce problème«. Chacun dit c'est l'autre. En fin de compte la population va se dire : »C'est qui?« Donc, ce n'est pas sérieux quand même« (15. Einzelinterview).

48. Zitat : »Comment tu vas sensibiliser les gens? »Interdit de jeter les ordures!« C'est comme si tu le disais même de venir jeter. Souvent le peuple est révoltant parce que le maire de l'arrondissement n'a pas prévu des zones, n'a pas aménagé des zones pour les ordures. Chaque maire qui vient, il fait son mandat, il vend les parcelles, il bouffe son argent. Il fait de sorte de distribuer les parcelles. Il vend les courts, il se fait de l'argent. Et ce n'est pas de faciliter le passage des eaux de pluie. Même les ordures, il n'aménage rien. Et ça fait que la population est révoltante« (15. Einzelinterview).

49. Zitat : »On ne doit pas payer pour les eaux usées. On ne doit pas payer, c'est pour l'état. C'est l'état qui doit le faire. Jinogo, ça ne se paye pas. C'est l'argent de l'état ou c'est l'argent des bailleurs d'Europe. Ils nous ont donné ça, donc on ne doit pas payer. C'est pour nous aider« (21. Experteninterview).

50. Zitat : »On n'a pas des moyens«, ce n'est pas vrai. Le premier moyen c'est les ressources humaines. Il y en a. Le premier moyen de l'homme c'est l'expérience, son idée, son esprit. Quand tu ne fais pas preuve de créativité, d'imagination, on te donne tout l'argent du monde et ça ne sert à rien. Bon, on est habitué à ça. A tout moment il faut qu'on dise qu'on n'a pas des moyens« (17. Experteninterview).

51. Zitat : »Forum be ke jamana minna? Mali de don. Mali kan joli be yan min be fo? Fo faamuya ka ke! Salle kono bee te tubabukan men. Bon, mogow min te tubabukan men de, forum nafa b'olu kan. [...] Aw be seben d'u ma, u t'a kalan. Ani aw be ci di, o te kelen. Parce que projet mun be, olu be u ka wari don a la ka fo i k'u kakan ka fo. Olu b'o don, olu yere b'u ka kan men. Olu ye baara do de ke. Ni i nana olu bora, ni i fana nana yan, a ye an ka mogow ye, a b'a fo ko cogoya minna. Mais an te ka faamu o cogo la. Ko parce que aw kalanden don. Hali an t'an togo seben. Nin mun ye i ka tubabukan na, a te kuma. Nafa jumen de b'a la? Ni a fora an be jinogo ke, jon be jinogo min? Faantan ni kalanbali b'a min« (18. Experteninterview).

52. Zitat : »Aujourd'hui le constat est que nous, nous ne sommes plus là. Comme je l'ai dit, après la répression, nous, on n'est plus là. C'est les jeunes qui ont pris la relève. Donc eux, ils ramassent, mais il n'y a pas l'accompagnement de la sensibilisation qui est l'essentiel même. Donc ces jeunes n'ont pas fait la sensibilisation et puis ils n'ont pas les mêmes moyens. Parce que nous quand même, ça, j'ai oublié de le dire, on a eu le soutien de Nations Unies pour le Développement. Il y a eu aussi un autre financement de l'ONU FEMMES. Ça aussi est une coordination du développement de la femme et ils ont financé deux camions. Donc nous avions deux camions et bien, ce qui fait qu'on a vraiment fait très, très bien le travail. Ces d'autres qui sont venus après nous, eux, ils n'ont eu cet accompagnement, voire de sorte que vraiment le travail c'était fait à la moitié. Et ils avaient des charrettes que nous avions des camions. Eux, ils avaient des charrettes. Donc ils sont allés ramasser, mais ils ne pouvaient pas aller loin. Ils devaient déposer à des dépôts de transit« (8. Expertinneninterview).

53. Zitat : »Il y a la dimension sociale qui est là. Parce qu'il faut reconnaître qu'un meilleur système de gestion des déchets ne peut pas du tout aboutir sans l'application correcte, c'est-à-dire des mesures réglementaires. Donc alors que notre société, si l'agent technique essaye de pénaliser les gens, soit c'est l'imam qui est là, soit c'est le frère ou le maire lui-même, qui se présente pour dire que 'Ah, il faut voir, bon il faut laisser cette fois ci. Bon, ça va aller« (1. Expertinneninterview).

54. Zitat : »A l'époque, il y avait une loi qui autorisait les agents de service d'hygiène à verbaliser ceux qui n'ordonnaient pas. Parce que je me souviens, avec les eaux de ruis-

sellement des latrines là, quand ils venaient, ils te donnaient un délai d'ici à demain ou après-demain je repasserai, si je trouve ça, vous allez payer ça. C'était important, mais est-ce qu'actuellement cette loi existe? Est-ce que ce n'était pas abrogé? Parce que le service d'hygiène n'a plus tellement la responsabilité de ce truc-là» (14. Experteninterview).

55. Zitat : »Kunun u ka plan de développement communal kera. U be se ka assainissement ke sisan à coûts des milliards. Mogow be planificationba ke, ninnu min be planification ke, u b'a don nafa b'a la. Mais ni a fora ka exécuter san duuru kono i te se ka foyi ke. Ni i tilara baara la très souvent, a te temen kalo fila, kalo saaba, kalo naani. Ni i seginna a kan i ba fo: »Foyi ma ke!« Mun bilala nyemogo ma i b'a soro o te ke sebeko ye. I wariko, u be wari mine ka dun. Ni wari taara ka fo ka réunion ke, i b'a soro réunion te ke. Papiers t'u bolo ka yira ka fen min dira u ma, u b'a mine ka nye« (11. Experteninterview).

56. Zitat : »Pour convaincre nous, les Burkinabé, c'est très simple. Blaise Compaoré, il t'appelle : »Mr. S., viens! Donne ta conviction, on va voir«. OK. Je dis : »J'ai besoin de tant de tracteurs, tant de charrettes pour ramasser cette zone. Et quand je vais ramasser je vais le mettre au nom de ton parti.« Au lieu que le prix peut être atteint 500 CFA, je dis : »Blaise, je veux faire à 250 CFA par jour. Et à ce moment, par mois aussi tu vas me donner quelque chose pour que j'ajoute pour faire du travail.« Et aujourd'hui tu ramasses à 250 CFA par cour au nom du CDP. Que c'est pour le président, que c'est le président qui a payé ça. Est-ce qui si on te dit d'aller voter, tu vas aller voter quelqu'un autre et puis le laisser?» (31. Experteninterview).

57. Zitat : »Jeya ka ton be. Jeya min be ke ka ca. U be to ka entretien ke o yoro la, wuluwulu u b'a bo. U yere b'a bo, u yere delila ka ke fo i ka yoro be jeya. Sinon i tena deme soro min be i ka yoro dilan. Donc ni i ka yoro nogolen don, denmisenw carré kono, cemisenw, musomaninw, u be fara nyogon kan. Ni u be mogow ka minenw ta, i na fo furan ou fen, i be se ka 50 CFA, 50 CFA fara nyogon kan, i b'o san. A be ke ka baara ke« (4. Einzelinterview).

58. Zitat : »Yan waati do kera, ni nyamanko bora sisan, u be taa ba da la. Nyaman be yoro fan bee fe. Dow were be taa nyaman je ka taa ba la. Nyaman de be yan. Waati do kera, jeunes y'a ramassé, ka je, ka nyini mairie fe. Ni u sera ka fenge do d'an ma, brouette d'an ma, an be se ka nyaman ke nin kono, ko an ka je. Mais la situation c'est ca la réponse. Vraiment on a voulu que la mairie nous apporte ça. On a tout fait, on n'a pas eu ça. Maintenant qu'est-ce que les gens jusqu'à présent, nyaman be caya. Imaginez, e be yan, GIE fana do be yan, mais c'est insuffisant« (22. Experteninterview).

59. Zitat : »Bon, ni i taara saniya, i ye groupe sigi saniya la, donc o kuma n'u fe, a be se k'a pratiquer. Sinon, sigilenyoro la muso groupe do be. Chaque lundi ka damine deux heures la, u be taa carré kono ka carré nogo bee fura. Mais jekulu te ladon o yoro la. Ni i ye brouette san ka d'u ma, ka furalan san ka d'u ma, ka fenge d'u ma, rateau, u be nyaman dalaje. I y'a ye? Mais o mogo te, mogo ma se an fe yan, an file yoro mogo ma se. Sinon, ni i taara ka fenge lasigi. Donc mogo be, an be bo ka yoro fenge. Ni

baarakeminenw sorola, an be baara ke. Il n'y a pas de problème. Mais comme mogo ma o fen soro, i te se k'o bila an ka activités la» (1. Fokusgruppeninterview).

60. Zitat : »Les jeunes sont là, ils sont au chômage, parce que la plupart de temps c'est les jeunes, ils ont fini, ils n'ont pas de travail. Mais personne ne peut se lever pour dire : ›Je vais faire ce truc‹. Quand on défait l'insalubrité, c'est pour toi d'abord. ›Non, c'est la mairie qui doit faire ça! C'est les autorités qui doivent faire ça!‹ Le président est là, mais est-ce qu'il y a des ordures à Koulouba? Le maire, il a bien construit, lui, il est dans sa maison« (8. Expertinneninterview).

61. Zitat : »An be wari fara nyogon kan kalo o kalo samedi an be réunion na, an be fara nyogon kan. An be taa mairie la, an be taa wari di. Ni wotorotigi ma na, an b'a ke pousse-pousse kono, an yere be taa bo. An be bo ka sigida furan. An be yoro saniya. An b'a ke yan mais an ma taa nye. Parce que an be taa do ka wuluwulu da nettoyer. An be furan na, a be to ka jinogo bo. An b'a ko, do be jinogo bo o yoro la. An y'a dabila. Bee découragera. A bee tinyena« (2. Fokusgruppeninterview).

62. Zitat : »Au début vers les années 2002, il y avait le président qui nous a dit que si on organisait les comités de salubrité il y aurait une somme, des milliards qui sont venus pour la salubrité. Donc tout de suite on a fondé les comités croyant qu'on aura avoir les milliards pour faire les travaux. Mais malheureusement on n'a pas vu les milliards. Le comité, on travaille, travaille, travaille, on n'a pas vu quelque chose. Ça décourageait beaucoup. Et ça amenait les doutes entre certaines personnes pensant que d'autres ont eu alors que notre n'a pas eu. Il a donné ça aux autres. Mais la base quand même n'a pas vu« (2. Expertinneninterview).

63. Zitat : »En vrai dire, assainissement à Missabougou, assainissement a be na ka ke problème ye sisan parce que mogow kura min be na, u be ka caya. Quartier kura de don, donc c'est tellement convoité maintenant que geleya be ka soro an fe. Parce que mogow be nyaman bon par-ci par-là. U be nyaman bon fan bee. Fan bee kera dépôt anarchique ye. Sinon, folo a tun reglementénen don doonin. Parce que yoro dow point point do tun be, nyaman kakan ka taa o yoro minna, donc voirie mogow be na, u be na ta. Ni GIE mogow, u b'a fenge, ka lase o yoro la. Mais maintenant là bee be ka nyamanboyoro créer créer. De telle sorte que ce n'est pas facile. Ce n'est pas facile à gérer. J'ai beau parlé, u t' dabila. Dugu be je, dow yere be taa bo su fe, min ka nyaman minen fara, su fe, u be taa bo. Mogow t'u ye. Bon, ni i ko i be gardien sigi il faut payer mensuellement. A wari be bon min? De telle sorte que o geleya be an kan. Ni i bora ka dugu yaala i bena soro point point nyamanboyoro o nyamanboyoro be o yoro la. Des dépôts anarchiques. Donc o geleya be. Geleyaba be. Ni moyens te, ni comité de salubrité te, donc o ma nogon, o man nyi quoi« (9. Experteninterview).

64. Zitat : »An ka waati la, i y'a soro jinogo tun te yan. Nyaman tun te yan. Nyamanton tun be soro kungo kono. U tun be bo yere ni nyaman fitini ka taa fo so ko fe. Nyaman tun be yeleva ka ke engrais ye. Mogow b'a je ka taa n'a ye foro la. Nogo tun te so kono.

A tun be dugu ko fe. [...] Lakananan min tun be ji kan, o de banna. Dugutigi ni a conseil ni kamalenw tun be lakananan je. Mais bi o te. O te ke» (18. Experteninterview).

65. Zitat : »Quand nous étions très petit, c'était la Première République, ils avaient cultivé un certain patriotisme chez les jeunes. Il y avait une mobilisation devant la chose publique, par exemple les places publiques. Le week-end les gens sortaient pour balayer. C'était spontané. Il y a eu le coup d'état, le changement du régime. Souvent quand on change le régime, on a tendance à voir tout ce qui était, le passé, c'était négatif. On oublie que même s'il y a du négatif, il y a des choses positives qu'il faut conserver. Donc cette voie quand même a été vraiment bafouée. Cette voie a été vraiment anéantie. Donc on a dit : »Non, c'était l'esclavage. Maintenant chacun est libre«. Donc les gens ont eu cette idée de liberté. Fait mal l'insalubrité des jeunes personnes. Vous passez, vous trouvez un groupe de jeunes devant leur porte. Le caniveau est rempli, il y a des ordures partout. Ils sont en train de faire du thé. Ça ne dérange personne« (8. Expertinneninterview).

66. Zitat : »En temps de la révolution, en ce moment il y'avait des travaux d'intérêt commun. Les gens se levaient de leur propre gré, se levaient balayer les six mètres, tout tout tout. Après ça c'est fini. Maintenant il y a chacun pour soi. Sinon, au temps de la révolution, au temps de Thomas Sankara, les gens étaient mobilisés. C'est la révolution. Les femmes sortaient, les enfants, on faisait du tamtam, on balayait les rues, on n'obligeait personne. Ce n'était pas forcé. Mais les gens sortaient. Ça leur a donné envie de ramasser, de rendre la ville belle. Mais maintenant c'est fini. Chacun pour soi. Si tu veux, tu te lèves, si tu es content tu balayes chez toi, si tu n'es pas content tu laisses« (16. Einzelinterview).

67. Zitat : »Les eaux là-bas, il les goutte. A Kossodo, il les goutte avant d'utiliser parce que l'eau arrive par vagues. L'usine de la brasserie, quand elle récupère les bouteilles pour les recycler, ils utilisent la soude caustique pour les laver. Et quand ils lavent et dégagent les eaux, c'est très très mauvais. Quand le maraicher se trompe, il vient, il prend, il arrose, il va déverser sur les plantes, une heure après tout ça brûle. Pour éviter cela il goutte. Par la langue il voit si on peut mettre ça sur la plante ou pas. Je les ai vu goûter ça. Le corps est mobilisé pour voir la qualité de l'eau que la plante est susceptible de supporter. Dans une culture ou les gens n'ont pas la notion des microbes, comment peut-on faire comprendre la nocivité de l'acte qu'il vient de faire?« (37. Experteninterview).

68. Zitat : »Folo folo bogo dugukolo nin, nogo man ca. Ni i ye bogo nin ke, olu be se ka bogo moon ka bila. Tuma do la u be situlu k'a la. Ni u nana brique dilan, c'est solide comme ciment. Ni u y'a ke ka bon jo a be comme ciment bon don. Mais sisan nogo cayara dugukolo kan. Mogo be briques bo bi. Ça perce. Fanga t'a la. I ma don ka nye ka coller nyogon na. Ni u y'a don yoro nin kelen bee, u be muru ta ka briques bo. Donc ni tile nana bo a be peren peren. Fanga te. U ma foyi k'a la. Ni u ye briques bon jo sisan a tena vingt ans yere bo, a be bin. Folo mogo y'a ke cogo min a be taa fo cinquante ans. Par exemple an ka duba yan fe, ça fait cinquante ans, mais bogobon a be solide. U be to ka ji bon a kan fo ale be semaine bo. Dow were be bin mugu mugu ka k'a la. Mais don min a b'a ke a b'a don fo ka don nyogon na, propre. A te peren. Sisan bogo nogo ka ca

dugu kolo kan. U te don ka nye, a te se ka meen. Dugu kolo be yoro minna sisan, il y a trop de saleté. Ni i be bogo yere fe, fo i ka taa kungo kono ka na yan ka ke bogo briques ye. Ka bon jo n'a ye. Ale ye solide ye. Parce que nogo te o yoro la. Mais en ville ici nyama nyama nogo be toli ka ke nyogon kan» (22. Einzelinterview).

69. Zitat : »Un maraîcher m'a dit, quand ils disent que la salade qu'ils font, ça va les rendre malade, que non, il ne peut pas comprendre ça. Que lui, à la longueur de la journée, quand il est sur son site en train de faire le maraîchage, en longueur de la journée il ne fait que brouter littéralement la salade. Et qu'il n'est jamais malade. Lui, il n'arrive pas à comprendre que ça rende les gens malade. En réalité la maladie ça dépend de la puissance de l'estomac de tout un chacun» (37. Experteninterview).

70. Zitat : »Il y a 50 ans, une famille était composée de, vraiment c'était des grandes familles, mais c'est des familles qui étaient bien organisées, qui avait un pouvoir d'achat, tout le monde travaillait. Et maintenant vous voyez dans une famille des enfants qui étaient à l'école, qui ont terminé l'école et qui n'arrivent pas à trouver de l'emploi, retournent à la maison pour s'asseoir. Donc il y a le stress économique qui est là. Les parents sont stressés, les enfants sont là, ils ne font rien, ils n'ont pas d'emploi. Et donc ça change automatiquement les coutumes, la culture. Tous dont on avait l'habitude de faire sont complètement bouleversés à cause du fait que les parents sont réellement axés sur les revenus. Il faut aller chercher quelque chose pour pouvoir venir nourrir les enfants. Donc le reste est plus ou moins délaissé un peu. Et malheureusement aussi la politique gouvernementale n'a pas suivi. Donc il y a ce progrès sur ce plan qui fait que les gens facilement perdent leur notion de culture d'antan et leurs comportements également» (10. Experteninterview).

71. Zitat : »Vous regardez par exemple les lieux, par exemple Bobo où il y a des silures sacrés. Hors des silures sacrés aujourd'hui, il y a des déchets comme ça. Les plastiques, les eaux usées des usines. Je n'ai pas vu que les Bobo se sont levés pour défendre les sites des silures sacrés parce que il y a trop de déchets maintenant. Pourquoi ? A Bobo il ne faut pas que quelqu'un aille avec un net pour pêcher, pour ça ils vont te tuer. Parce qu'ils ont dit que c'est sacré, tu ne dois pas chercher ça pour manger. Mais à part ça, les déchets que les gens viennent déverser, ils s'en foutent. Alors que les déchets vont aussi tuer à long terme. Donc ça veut dire que leur habitus c'est qu'ils restent sur un habitus de déchet comme le déchet qui n'est pas nuisible. Ils restent attachés à un habitus de déchet comme un déchet qui n'a pas des nuisances. Ils n'ont pas encore compris qu'il y a déchet et déchet. Aujourd'hui les mêmes qui interdisent qu'on vienne prendre le poisson physiquement, ils doivent aussi interdire la pollution. Donc ça veut dire leur habitus des déchets n'a pas encore évolué. Voir qu'ils sont dans une société urbaine où il y a des nouvelles formes des déchets qui sont là et qui présentent la nuisance et la dangerosité» (37. Experteninterview).

72. Zitat : »On peut faire des pancartes, des écritures pour sensibiliser les gens. Mais les gens ne lisent pas. Tu peux écrire quelque part : »Interdit de jeter les ordures!« Le gars arrive, il jette les ordures. »Interdit d'uriner!« Il arrive, il urine. En fait, on ne lit

pas. Comment on veut sensibiliser les gens à être citoyens? Ils peuvent s'arrêter à côté d'une affiche ou on dit de ne pas jeter les ordures. Il arrive, il jette les ordures et puis il rentre. La femme de ménage, elle ne va pas lire. Simplement elle est analphabète» (15. Einzelinterview).

73. Zitat : »Les gens ont une mentalité du villageois. Quand ils viennent, ils ne peuvent pas changer certaines choses. Il faut attendre un peu, n'est-ce pas? A tous les niveaux il y a ce problème. Même quand on regarde les pays sous-développés, on veut qu'ils se comportent comme les pays développés. Mais ce n'est pas possible. Même si nous avons la volonté, il faut nous laisser comprendre un peu. Les villageois qui viennent, ils ne connaissent pas les textes de la ville. Il faut lui donner l'occasion de comprendre« (5. Experteninterview).

74. Zitat : »Par rapport au tri à la source, le problème majeure c'est que dans les familles ce sont les bonnes qui balayent les maisons, la concession. Quand elle balaye c'est elle qui vient faire le tri. Une bonne, quand on a calculé un peut, c'est au moyen une année qu'elle travaille dans une famille. Une fois cette bonne quitte la maison, il faut encore passer pour former la nouvelle bonne qui vient pour dire comment il faut faire le tri. Les GIE n'ont pas tous ces moyens. Hors si c'est par exemple un membre de la famille, la mère de famille qui est sensibilisée, bon, là, on sait que ça peut continuer. Mais la mère de famille, soit elle travaille, soit elle va au marché, nettoyer, balayer la cour, ce n'est pas tout à fait son problème. Et une fois une bonne quitte, l'autre qui vient, elle ne connaît pas la différence entre les ordures à mettre ici et les ordures à mettre ici. Elle fait tout, elle ramassage et le met quelque part. Il y a des bonnes qui ne peuvent pas comprendre que les déchets, on a besoin de ça. Pour elle, ça là, vraiment c'est fini« (7. Experteninterview).

75. Zitat : »Avant les latrines étaient placées là où les gens allaient en brousse. Au fur et à mesure que l'urbanisation est venue on a commencé à faire ça autour des maisons. Après on a mis maintenant les latrines dans les cours. Maintenant ceux qui ont les moyens c'est dans les chambres. Donc ça montre aujourd'hui que les déchets sont avec nous, il faut les gérer, on ne peut pas les jeter au hasard« (32. Experteninterview).

76. Zitat : »C'est [eine Toilette, Anm.d.A.] quelque chose que les gens ne considèrent pas comme utile. Ils ne considèrent pas que c'est utile. Pour eux et leur condition de vie ce n'est pas quelque chose qui est considérée. Il semble aussi d'être le contraire : Le fait d'aller dans la nature comme ça ce n'est pas perçu comme dévalorisant pour la personne. Les questions de sensibilité et de civilisation, ce sont des questions des cultures et du temps. Il y a le sociologue Elias Norbert sur la civilisation des mœurs. L'évolution des sensibilités des gens, c'est très important. On n'a pas les mêmes sensibilités. Les sensibilités évoluent dans le temps. Je pense que ces gens-là ne sont pas encore arrivés au point où le fait de faire un tel acte c'est gênant« (37. Experteninterview).

77. Zitat : »Pour les prières il faut des ablutions, il faut être propre. Ça comprend le corps et le cœur, pur, propre. Et à chaque moment de prière, les cinq fois il faut les

ablutions. Et même avant tout le monde doit garder son corps propre. Tu vas prier sur le tas d'ordures? Non, tu vas prier à un endroit propre, assaini. Sinon quand le lieu est sale, ta prière ne va pas atteindre l'objectif. Donc la religion musulmane est un levier dans l'acquisition des bonnes pratiques d'hygiène. La religion est plutôt un élément des comportements positifs dans le cadre de l'hygiène et de l'assainissement» (19. Experteninterview).

78. Zitat : »Par exemple dans le cadre d'un quartier qui s'appelle Dianeguella. La population se plaint beaucoup des eaux des teintureries qui polluent et qui gênent même la population. Si vous dites aux femmes d'arrêter la teinturerie, alors qu'elles sont pauvres, c'est grâce à ça que la femme vit avec toute sa famille souvent. Parce qu'il y a déjà des femmes qui sont chef de famille, qui vivent de ça. Tu viens un jour, tu dis : »Arrête ce travail! Ne fais plus ce travail, parce que ça nuit à la santé!« La femme ne voit pas la santé. La femme voit tout de suite ce qu'elle gagne pour vivre» (2. Expertinneninterview).

79. Zitat : »Tout de suite on vient de prendre une décision d'interdiction de vente de plastique, de production de plastique au Burkina. C'est bien. Mais est-ce qu'on a mesuré les contours? Une étude qui a été faite pour dire à quelle échelle le plastique profite à l'émergence de la population? Il y a des gens qui vendent le plastique pour nourrir des familles. Moi, j'en connais. Il y a des gens ici, ils ne font rien que prendre le plastique pour tourner vendre, pour en fait pouvoir faire manger les enfants, les inscrire à l'école. Moi, j'ai connus des exemples, je connais des vieilles femmes, qui peuvent quitter en vélo très loin de Ouagadougou, rentrer au centre-ville ici, continuer faire le marché pour vendre du plastique. Rentrer de cours en cours, vendre du plastique à des femmes qui vendent l'eau glacée. Est-ce qu'on a réfléchi à ça? Ce sont des décisions des intellectuels. Des fois, quand on veut agir pour une population, ce n'est pas l'intellectuel qu'on recherche, on recherche le social. Aujourd'hui on parle de pauvreté, on vient encore pour ajouter des actions qui vont nous ajouter la pauvreté» (26. Experteninterview).

80. Zitat : »Il y a des producteurs non encadrés, à une petite occasion d'avoir de l'engrais, quel que soit la provenance, ils l'utilisent. Donc ils sont beaucoup plus exposés à utiliser le mauvais engrais. Parce qu'ils ne sont pas sensibilisés. Mais d'une manière générale les jardiniers encadrés, dès qu'ils savent que c'est une enquête, ils vont dire qu'ils n'utilisent pas. Quand même ils se cachent. Parce qu'ils connaissent déjà les enquêtes. Ils savent très bien qu'on leur conseille d'avantage le fumier organique. Ils savent que s'ils disent qu'ils utilisent de l'engrais on va demander quel engrais ils utilisent. Et ils savent très bien qu'il y a des engrais homologués et non homologués. Si vous demandez où ils achètent, ils vont dire au marché. Et comme on les conseille ils vont dire qu'ils n'utilisent pas. Alors qu'en réalité...» (29. Experteninterview).

81. Zitat : »Une famille ne doit pas se permettre de dégrader son environnement devant sa porte qui peut nuire son voisin. Il doit faire une sorte que son environnement immédiat soit très protégé, très propre pour éviter les stagnations d'eaux usées, pour éviter l'écoulement de l'eau usée, pour éviter le déversement des déchets au niveau de

la porte. Et qui peut provoquer et peut causer des ennuis sur le plan sanitaire, dans la famille et dans le milieu dans lequel nous vivons» (10. Experteninterview).

82. Zitat : »Ni an be sigi yan, i be n tooro mais ne te se ka fo. Ni n b'a fo u ba fo n ko ka jugu. Ni i taara faama fe, mairie la, ko wuluwuluji be olu ka da la, a b'a fo ka couvrir, a ko ne te mogo nyuman ye. Siginyogon jugu de don. Donc an fana an be maloya. I be maloya ka i ka to yen, a be ka i tooro mais i be maloya« (2. Einzelinterview).

83. Zitat : »Souvent tu n'es pas obligé de les sensibiliser mais s'il voit que toi-même, tu es correcte, ils vont t'imiter. C'est une façon aussi de les sensibiliser. Sinon quand tu te lèves, tu vas dire à quelqu'un : »Ne jettes plus tes ordures dehors!«, il va se foutre, il va t'insulter, il va te dire : »Mais toi, tu es qui? Tu te crois en Europe?« Cela même, tu le pousse même à faire plus. Parce que le fait que tu vas lui dire, ça le frustre. Il est vexé« (14. Einzelinterview).

84. Zitat : »Ni i y'a fo aw be na an deme ka se ka du saniya, ka se ka yoro saniya. Ayiwa, là d'accord. O koni a be faamu. Nka ni a fora aw bee ka wuli, a ye aw ka du saniya, a ye ka yoro je, o te se ka ke. O te ben. I kelen be wuli, i be mogo lasensibiliser, u ko i b'u dogoya. U b'a fo i b'u nyenge. Parce que e hakili la e jelen don ka temen olu kan« (2. Fokusgruppeninterview).

85. Zitat : »A bee te se ka ke propre ye parce que mogow be cogo te kelen ye. Dow be, hali ni fen t'a fe a ye propre ye. Dow be, hali ni wariba de be a ye sale ye. A delila a la. Ni i taara don dow ka du kono a ka du ce ka nyi! Ni i donna du nin ye sale ye. Mais dow ka du nogolen don. Ni i donna du nin ye propre ye. Ni i donna bon na a bee propre ye mais a ka yoro nin man nyi. Mais a yere ye propre ye. Ni i y'a file fana yoro nin bee la, i be taa se yoro do la propre don. I be taa se yoro do la propre te. A bee te se ka ke kelen ye« (5. Einzelinterview).

86. Zitat : »Entre voisins, s'il y a des disputes, ce n'est pas intéressant. Chez nous en Afrique on dit que c'est le voisin qui veille sur toi pour que tu dormes. Si on est malade, si on a un problème, c'est les voisins. Avant que les parents viennent c'est le voisin qui va s'occuper de toi« (16. Einzelinterview).

87. Zitat : »Ici on parle des déchets médicaux, des eaux usées, comment drainer et éliminer les excréta. C'est à dire à Dianeguela souvent tu dépasses seulement une ruelle et il y a toutes ces choses-là. Ce nyaman-nyaman là, c'est à travers le lieu, donc c'est à dire ils ont bien nettoyé là-bas là mais ce qui est là. Et puis on pense que quand tu n'es pas à l'aise avec ça, c'est-à-dire parce que tu es Toubab. Je pense c'est d'être Toubab« (16. Experteninterview).

88. Zitat : »On peut vivre dans l'insalubrité parce qu'on ignore l'importance des effets négatifs de l'environnement malsain sur la santé. On peut les ignorer. On peut connaître aussi mais ne pas être d'accord« (19. Experteninterview).

89. Zitat: »Ouagadougou kono yoro min propre ye, o ye Ouaga 2000 ye. Ouaga 2000 ye propre ye. I te don yen ka saleden kelen ye. Hamdallaye ye sale yere yere ye. Fula be, u jelen don comme Tubabu. Misiw b'u fe, misiw min be bo ke ke ke. Ni i sera Hamdallaye i te se ka taama. Yoro dow be, ni i sera i te se ka taama. Ni i donna six mètres do kono, i te se ka taa, i be segin. Mais olu yere ye propre ye, u jelen don, u ce ka nyi, ni i y'a ye i b'a fo Tubabu. Ni i sera olu ka quartier, u bee ye propre, propre ye, u bee para para para. Mais u be misiw mara, misiw min be bo ke ke ke ka ji nin potopoto, fo yoro nin bee, kasa be bo. Hamdallaye koni ye sale ye Burkina Faso bee. Ni i taara yoro ye i bena fo tinye don. I yere bena fo yanyoro kera comme Ouagadougou te. A ye sale ye fo ka toli. Mais quartier min ye propre ye Burkina Faso bee kono: Ouaga 2000. O yoro la hali saleden kelen te. Yoro bee propre. Du bee ka nyi, fen bee ka nyi parce que o yoro nin waritigi yoro de don. Fama ka yoro don. Yoro nin ye président ta ye, députés, ministres. Faantan te se ka taa o yoro la. Ni i sera ka don yen i b'a don i taara tubabudugu la. Yoro nin, a bora tubabuyoro fe. Ni i y'a ye doron, c'est propre propre. A te comme yoro tow. Ni i yere taara don yen, tuma dow i b'a fo k'i te Burkina kono. Yoro bee propre. I be don, i be taama, i te mogo ye a ka da la. I te mogo si ye. I be don six mètres kono fo ka taa bo yen, i te mogow ye. I be munyu munyu ka fen bee ke, i te mogow ye. Bee b'a ka bon na. Fo n'i taara porte sonner. Donc yoro koni propre ye« (5. Einzelinterview).

90. Zitat : »Cités saniyalen don ka temen yan kan. Gardiens be bee ka da la, gardiens b'a fura. A te se ka nogo comme nous. Baarakelaw be du kono, mais gardiens fana be carré kono fura. Bee b'a ka patron ka da fura. A te se ka nogo comme an ta don« (14. Einzelinterview).

Anhang 4: Zusammenfassung

Auf der Grundlage von theoretischen Überlegungen und einer empirischen Forschung befasst sich dieses Buch mit dem Phänomen der Armut und ihren Auswirkungen auf umweltgerechtes Handeln im urbanen Raum in Westafrika. In einem Zeitraum von insgesamt über zwölf Monaten wurde eine ethnographische Forschung in Bamako (Mali) in den Jahren 2011 und 2012 sowie in Ouagadougou (Burkina Faso) in den Jahren 2013 und 2014 durchgeführt. Die Forschungsfrage thematisiert die Möglichkeiten, welche ärmeren städtischen Bevölkerungsschichten gegeben sind, um umweltgerecht zu handeln. Die Praktiken der Abfall- und Abwasserentsorgung werden unter den dafür relevanten ökonomischen, sozialen und kulturellen Bedingungen analysiert.

Armut wird im Sinne einer »dichten Beschreibung« aus mehrfacher Perspektive betrachtet. Es werden sowohl monetäre Aspekte und das menschliche Minimum (Henry Odera Oruka 1997) als auch fehlende Verwirklichungschancen (Amartya Sen 2002) sowie familiäre und nachbarschaftliche Solidaritätsstrategien erörtert. Umweltbewusstsein, Umweltverschmutzung und Umweltschutz werden anhand von interdisziplinären Zugängen diskutiert und u.a. die Aspekte Vulnerabilität, Gesundheitsgefährdung und Umweltgerechtigkeit behandelt. Da die Arbeit umweltrelevantes Verhalten im urbanen Raum thematisiert, werden die Wohn- und Lebensbedingungen in der Stadt veran-

schaulich. Fragen nach der Infrastruktur, dem »Recht auf die Stadt« (Henri Lefebvre 1968) und urbanen Lebensstilen werden hier beantwortet. Schließlich werden handlungstheoretische Ansätze vorgestellt, die Handlungspotentiale mithilfe von strukturellen, kulturellen und technischen Ressourcen und Regeln zu erklären versuchen.

Im Rahmen der empirischen Forschung wurden die Methoden der teilnehmenden Beobachtung, Einzelinterviews, Fokusgruppeninterviews und ExpertInneninterviews angewandt. Die Forschungsergebnisse zeigen den Stellenwert der Wohnverhältnisse und des finanziellen Handlungsspielraums der ärmeren StadtbewohnerInnen auf. Maßnahmen der Stadtverwaltung und der internationalen Entwicklungshilfeorganisationen sowie ehrenamtliche Tätigkeiten von lokalen Initiativen werden auf ihre positiven Folgen für die Umwelt untersucht. Während einerseits rechtliche Ursachen wie fehlende Mietverträge ausschlaggebend für den fehlenden Zugang zu funktionierender sanitärer Infrastruktur sind, wirkt andererseits die Kommodifizierung der Abfallwirtschaft als ausschließendes Kriterium für ärmere StadtbewohnerInnen. Als Reaktion auf die unzureichende Infrastruktur werden die Kapazitäten der technischen Vorrichtungen überlastet, als Alternative zu teuren Umweltdienstleistungen die Angebote informeller Akteure in Anspruch genommen.

Die Verschmutzung des öffentlichen Raums durch Abfälle und Abwässer wird häufig weder sozial noch strafrechtlich sanktioniert. Ein anthropozentrisches Umweltverständnis führt dazu, dass Umweltverschmutzung nur bei direkten und unmittelbaren Rückwirkungen auf den Menschen als Problem gesehen wird. Vorsorgendes umweltorientiertes Handeln hat für ärmere StadtbewohnerInnen nicht die höchste Priorität.

Anhang 5: Abstract

This thesis focusses on the issue of poverty and its implications for environmentally sound behaviour in urban West Africa. The thesis combines a theoretical approach with an in-depth empirical research. Ethnographic research has been conducted for a period of more than twelve months in Bamako (Mali) in 2011-2012 and in Ouagadougou (Burkina Faso) in 2013-2014 in order to explore environmentally relevant behaviour patterns of the urban poor. Both opportunities and capabilities for the urban poor to act environmentally friendly are taken into consideration. Financial, social and cultural factors are analysed for their importance on waste and wastewater disposal.

In referring to a variety of theoretical approaches a »thick description« of poverty is attempted. Monetary-based measures of poverty as well as the concept of the »human minimum« (Henry Odera Oruka 1997) and the capability approach (Amartya Sen 2002) are presented. Mutual aid groups who are composed of family, friends and neighbours serve as example for local informal poverty reduction strategies. Ecological consciousness, environmental degradation and environmental protection are analysed in an interdisciplinary way. The dimensions vulnerability, health hazards and environmental justice are discussed in detail. Since the thesis is about ecologically beneficial behaviour in the urban area living and housing conditions in Bamako and Ouagadougou are illustrated. Infrastructure, the »right to the city« (Henri Lefebvre 1968) and urban lifestyles are of special interest. Finally action-theoretical approaches are presented.

Structural, cultural as well as technical resources and rules are considered to underlie human agency.

The qualitative research methods include participant observation, individual interviews, expert interviews and focus group interviews. The results point to the aspects inadequate housing, the ability and the willingness to pay for environmental services, projects and programmes by the municipalities and international development agencies and community based environmental initiatives. Legal factors are shown to be significant because the absence of tenancy agreements coincides with the lack of access to sanitation. In response to the lack of adequate infrastructure sanitary facilities are overcharged. Financial reasons are of relevance because the commodification of waste collection services excludes the urban poor. As a substitute to costly environmental services the urban poor prefer offers of informal service providers.

The pollution of the public sphere is neither socially nor legally sanctioned. Environmental pollution is only seen as a problem when direct and immediate feedback loops with negative consequences on human beings occur. An anthropocentric view of the human-nature relationship is predominant among the inhabitants of West African cities. Precautionary environmental protection is not of utmost priority to the urban poor.

Anhang 6 : Résumé

Dans cette recherche en milieu urbain en Afrique de l'Ouest, une réflexion théorique et un travail de terrain se complètent pour traiter de façon critique le thème très complexe de la pauvreté dans son rapport à la formation d'une prise de conscience environnementale. Ainsi, des données empiriques ont été recueillies lors d'une recherche ethnographique de plus de douze mois en 2011 et 2012 à Bamako (Mali) et en 2013 et 2014 à Ouagadougou (Burkina Faso). L'objet de la recherche étant de mieux appréhender les possibilités et capacités des citoyens pauvres de préserver et respecter l'environnement, les pratiques de la gestion des déchets solides et liquides ont été analysées en tenant compte des problèmes économiques, sociaux et culturels.

La thèse a pour but d'apporter une «description dense» du phénomène de la pauvreté, en ne tenant pas seulement compte des aspects matériels. Ainsi, la notion du «minimum humain» de Henry Odera Oruka (1997) ainsi que le concept de la «capability approach» de Amartya Sen (2002) mais aussi les différents mécanismes de solidarité sont présentés parmi les approches théoriques. La discussion des problèmes ayant trait à la pollution et à la protection de l'environnement exigent des approches interdisciplinaires, en particulier en ce qui concerne la vulnérabilité des populations, les risques sanitaires et la justice environnementale. Les comportements en milieu urbain étant au cœur de cette thèse, les conditions de vie et de logement à Bamako et à Ouagadougou sont particulièrement ciblées. L'infrastructure, le «droit à la ville» (Henri Lefebvre 1968) et les modes de vie urbain font l'objet d'une attention toute particulière. Les théories de l'action destinées à nous éclairer sur les capacités d'agir sont considérées en tenant compte des ressources et règles structurelles, culturelles et techniques.

L'observation participante ainsi que les nombreux entretiens et interviews avec des personnes privées, des experts et des groupes ont permis de mieux comprendre les conditions de vie et de logement, la capacité à s'impliquer dans les mesures prises au niveau environnemental (par exemple au niveau du simple paiement de certains services municipaux) et de mieux appréhender les projets et programmes des municipalités et des organisations de développement ainsi que l'engagement des organisations communautaires. A cause du manque d'infrastructures les unités et services sanitaires existant sont surchargés et, de plus, l'absence de contrats officiels de location et la commercialisation des services impliquent souvent l'impossibilité pour les locataires d'accéder aux services d'assainissement, ce qui revient à une exclusion systématique des citoyens pauvres. Le manque d'accès aux prestations des services officiels force les citoyens pauvres à avoir recours aux offres des collecteurs informels.

La pollution de l'espace publique n'est sanctionnée ni par la communauté locale ni par la loi. Une vision très anthropocentrique de l'environnement fait que la pollution n'est considérée comme un problème grave que dès qu'il y a des répercussions négatives pour les personnes. Un comportement prévoyant, tenant compte des atteintes possibles à l'environnement n'est – aux vues des problèmes évoqués – pas la toute première priorité pour les citoyens pauvres.

Ethnologie und Kulturanthropologie



Victoria Hegner

Hexen der Großstadt

Urbanität und neuere religiöse Praxis in Berlin

2019, 330 S., kart., 20 Farabbildungen

34,99 € (DE), 978-3-8376-4369-5

E-Book: 34,99 € (DE), ISBN 978-3-8394-4369-9



Stefan Wellgraf

Schule der Gefühle

Zur emotionalen Erfahrung von Minderwertigkeit
in neoliberalen Zeiten

2018, 446 S., kart., 16 SW-Abbildungen

34,99 € (DE), 978-3-8376-4039-7

E-Book: 34,99 € (DE), ISBN 978-3-8394-4039-1

EPUB: 34,99 € (DE), ISBN 978-3-7328-4039-7



Sandro Ratt

Deformationen der Ordnung

Bausteine einer kulturwissenschaftlichen
Katastrophologie

2018, 354 S., kart., 20 SW-Abbildungen

34,99 € (DE), 978-3-8376-4313-8

E-Book: 34,99 € (DE), ISBN 978-3-8394-4313-2

**Leseproben, weitere Informationen und Bestellmöglichkeiten
finden Sie unter www.transcript-verlag.de**

Ethnologie und Kulturanthropologie



Martin Heidelberg

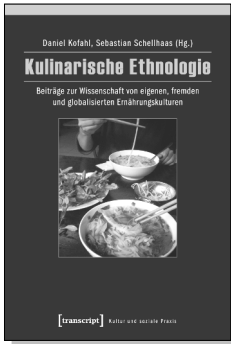
Korrespondenten des Wandels

Lokale Akteure der globalen Nachrichtenindustrie

2018, 328 S., kart.

39,99 € (DE), 978-3-8376-4173-8

E-Book: 39,99 € (DE), ISBN 978-3-8394-4173-2



Daniel Kofahl, Sebastian Schellhaas (Hg.)

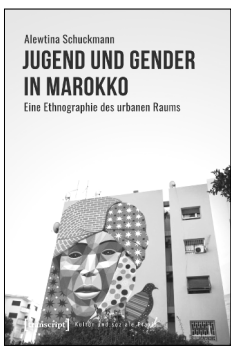
Kulinarische Ethnologie

Beiträge zur Wissenschaft von eigenen, fremden, fremden und globalisierten Ernährungskulturen

2018, 320 S., kart., 9 SW-Abbildungen, 12 Farbabbildungen

34,99 € (DE), 978-3-8376-3539-3

E-Book: 34,99 € (DE), ISBN 978-3-8394-3539-7



Alewtina Schuckmann

Jugend und Gender in Marokko

Eine Ethnographie des urbanen Raums

2019, 412 S., kart., 1 SW-Abbildung

44,99 € (DE), 978-3-8376-4631-3

E-Book: 44,99 € (DE), ISBN 978-3-8394-4631-7

**Leseproben, weitere Informationen und Bestellmöglichkeiten
finden Sie unter www.transcript-verlag.de**

